
Das nach dem Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg eingerichtete Office of Strategic Services (OSS) war eine höchst unorthodoxe Organisation, in der neben Wall-Street-Bankiers, Hollywood-Regisseuren und namhaften Wissenschaftlern auch emigrierte deutsche Linksintellektuelle ihren Beitrag zum Kampf gegen Hitler zu leisten suchten, vor allem in der für politische Analysen zuständigen Research and Analysis Branch (R&A). Die von den Mitarbeitern dieser Abteilung zwischen 1942 und 1949 verfaßten deutschlandpolitischen Analysen wurden bisher meist als Dokumente der Emigration interpretiert. Im letzten Jahrzehnt freigegebene Akten des OSS erlauben es jedoch, die Deutschlandanalysen in ihrer ursprünglichen Zweckbestimmung zu bewerten als „intelligence“ für die an der Formulierung, Planung und Umsetzung der amerikanischen Deutschlandpolitik beteiligten Beamten, Politiker und Militärs. Die vorliegende Studie eröffnet einen neuen Blick auf die in Washington geführten Diskussionen über Deutschland und liefert zugleich einen unverzichtbaren Beitrag zur Genese des „Kalten Krieges“.

Petra Marquardt-Bigman, 1988 Stipendiatin des Deutschen Historischen Instituts in Washington, D.C. und 1989/90 Fellow an der Wiener Library der Tel Aviv University, lebt als freiberufliche Historikerin in Washington, D.C.

Petra Marquardt-Bigman
Amerikanische Geheimdienstanalysen

Studien zur Zeitgeschichte

Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte

Band 45

R. Oldenbourg Verlag München 1995

Petra Marquardt-Bigman

Amerikanische
Geheimdienstanalysen
über Deutschland
1942 – 1949

R. Oldenbourg Verlag München 1995

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Marquardt-Bigman, Petra:

Amerikanische Geheimdienstanalysen über Deutschland 1942–
1949 / Petra Marquardt-Bigman. – München : Oldenbourg, 1995

(Studien zur Zeitgeschichte ; Bd. 45)

Zugl.: Tübingen, Univ., Diss.

ISBN 3-486-56109-X

NE: GT

© 1995 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf, München

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-56109-X

Inhalt

Einleitung und Zusammenfassung	7
<i>I. R&A als Innovation im amerikanischen Nachrichtendienstwesen</i>	15
Die amerikanischen Nachrichtendienste zu Beginn des Zweiten Weltkrieges	15
Der Aufbau der R&A-Branch	24
<i>II. Determinanten des nationalsozialistischen Kriegspotentials: Akademische Theorien und bürokratische Praxis</i>	35
Analysen der wirtschaftlichen und militärischen Kapazität Deutschlands	35
Versuche zur Psychologie des nationalsozialistischen Deutschlands	44
<i>III. R&A als Bestandteil der amerikanischen Kriegsmaschinerie</i>	53
Geistes- und sozialwissenschaftliche Expertise im Dienste militärischer Operationen	53
Interdisziplinäres Forschen für Krieg und Frieden	58
<i>IV. Die Stärken und Schwächen des „Behemoth“: Das nationalsozialistische Deutschland 1943–1945</i>	67
Deutsche Emigranten als Geheimdienstexperten	67
Der totalitäre Staat im totalen Krieg	73
Das andere Deutschland	96
<i>V. Brückenschlag zwischen Krieg und Frieden: Arbeiten zur amerikanischen Besatzungs- und Nachkriegspolitik in Deutschland</i>	119
Planungen und Vorbereitungen für die Militärregierung	119
Kriegsziele als Hypothek für die Friedensordnung?	146
<i>VI. Kontinuitäten und Neubeginn: Von der NS-Diktatur zur Militärregierung</i>	169
Feldberichte über Besatzer und Besetzte	169
Die Vorbereitung der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse	196
<i>VII. R&A im US-Außenministerium</i>	205
Die Debatte um die Neuordnung des amerikanischen Nachrichtendienstwesens 1945–1947	205
Zu „idealistisch und nicht realistisch“?	216

<i>VIII. Auf der Suche nach den Konturen eines demokratischen Deutschlands: Die Analysen der Jahre 1946–1949</i>	221
Am Ende des Anfangs	221
Die „deutsche Frage“ im Kalten Krieg	242
Eine „falsche Theorie der Demokratie“ in der Praxis?	253
Schlußbetrachtung	269
Quellen und Literatur	273
Abkürzungen	284
Anhang Index	287
Verzeichnis der Civil Affairs Guides der R&A-Branch	287
Verzeichnis der Field Intelligence Studies (FIS) von R&A/Germany	290
Verzeichnis der Deutschlandanalysen der R&A-Branch und ihrer Nachfolge- organisationen im Department of State	292

Einleitung und Zusammenfassung

„Do Americans know what is going on in the world? Admittedly, [...] the Americans are well informed, their information-gathering apparatus is formidable. But to be well informed [...] is not the same as understanding what goes on.“
Saul Bellow, *To Jerusalem and Back*.

Als Präsident Roosevelt am 11. Juli 1941 die Einrichtung einer neuen Behörde verfügte, war mitnichten offenkundig, daß sich hinter deren harmlos klingender Benennung als „Coordinator of Information“ (COI) der erste zentrale Geheimdienst in der Geschichte der Vereinigten Staaten verbarg. In den Nachrichtendienststäben des Militärs hatte man freilich schon seit längerem mit Besorgnis beobachtet, daß „Wild Bill“ Donovan, ein erfolgreicher New Yorker Anwalt, der seinen Spitznamen wagemutigen Taten im Ersten Weltkrieg verdankte, seine Bekanntschaft mit dem Präsidenten und anderen einflußreichen Persönlichkeiten in Regierungskreisen nutzte, um auf die Einrichtung eines am britischen Vorbild orientierten US-Geheimdienstes zu drängen. So entschlossen die vom Militär und verschiedenen zivilen Regierungsbehörden unterhaltenen Nachrichtendienstabteilungen waren, ihre Kompetenzen zu verteidigen, so wenig hatten sie angesichts ihrer unkoordinierten Tätigkeit Donovan entgegenzuhalten, wenn er argumentierte, daß es in Washington zwar nicht an Daten und Informationen, wohl aber an umfassenden, über die Perspektive einzelner Behörden hinausreichenden Analysen und mithin an „intelligence“ fehlte.

Diesem Manko wollte Donovan mit dem von ihm konzipierten Nachrichtendienst abhelfen, denn es sollte zu dessen Hauptaufgaben gehören, auf umfassender Sachkenntnis beruhende Studien und Analysen zu aktuellen politischen und militärischen Fragen auszuarbeiten. Donovan war der Ansicht, daß für diese Aufgabe die besten Geistes- und Sozialwissenschaftler rekrutiert werden sollten, und als ihn Präsident Roosevelt zum Direktor des COI ernannte, begab er sich mit der ihm eigenen Energie unverzüglich an die Verwirklichung seiner Pläne.

Der Mitarbeiterstab der innerhalb des COI bald darauf eingerichteten „Research and Analysis Branch“ (R&A) ist später als „the most brilliant team of analysts in the history of intelligence“ bezeichnet worden¹. Der Leiter der Abteilung, der renommierte Historiker William Langer, wurde nach dem Krieg mit dem höchsten zivilen US-Orden, der Medal for Merit, ausgezeichnet, und der Urkundentext bescheinigte ihm seine kompetente Führung „in pioneering the production of vast quantities of studies, surveys, handbooks, and guides which were of inestimable value in the prosecution of the war“². Aber auch für Friedenszeiten veranschlagte man den Wert der von R&A geleisteten Arbeit in Washington hoch genug, um die Abteilung von der im September 1945 angeordneten Auflösung des von Donovan geleiteten Nachrichtendienstes auszunehmen. Präsident Truman verfügte vielmehr, daß R&A vom State Department übernommen werden sollte, „[so] that pertinent experience accu-

¹ William S. Stephenson, zit. nach Dunlop, Donovan, S. 309.

² Langer, Ivory Tower, S. 199.

mulated during the war will be preserved and used in meeting the problems of the peace“³.

Trotz dieser scheinbar so eindrucksvollen Bilanz haben sich bislang nur wenige Historiker für die Arbeit von R&A interessiert. Das hat eine Reihe von Gründen, die zum einen Tendenzen der Historiographie reflektieren, zum anderen aber auch in der Arbeit von R&A selbst zu suchen sind. Seit Mitte der siebziger Jahre, als die Enthüllung des „Ultra Secret“ manche bislang akzeptierte Interpretation strategischer Entscheidungen des Zweiten Weltkriegs in Frage stellte⁴, ist immer wieder kritisiert worden, daß Historiker lange gezögert haben, sich mit der – durch Spionageromane und Agentenmemoiren wissenschaftlich vielleicht etwas suspekten – Frage nach der Bedeutung der Arbeit von Nachrichten- und Geheimdiensten auseinanderzusetzen⁵. Inzwischen wird der Einfluß geheimdienstlicher Informationen auf militärische Operationen zwar häufiger untersucht, die Berücksichtigung nachrichtendienstlicher Materialien im Bereich der Politik und Diplomatie ist aber noch vor wenigen Jahren als „the missing dimension“ vieler einschlägiger Darstellungen bezeichnet worden⁶.

Die Tendenz, diese Dimension zu vernachlässigen, läßt sich im Hinblick auf die Arbeit der R&A-Branch allerdings scheinbar leicht rechtfertigen. Zum einen war R&A auch dann, als die Personalstärke der Abteilung über tausend Mitarbeiter erreichte, nur ein weiteres kleines Rad im Getriebe der aufgeblähten Washingtoner Kriegsbürokratie, in der der COI bzw. das aus ihm hervorgehende Office of Strategic Services (OSS) manchem sowieso nur als eine überflüssige Neuerung erschien. Überdies nahm die R&A-Branch innerhalb des OSS keineswegs die zentrale Stellung ein, die Donovan ihr ursprünglich zugeordnet hatte. Denn obwohl „research and analysis“ zunächst die einzigen Funktionen waren, zu denen Donovans Behörde explizit autorisiert worden war, wurde R&A bald zu einer zwar viel in Anspruch genommenen, gleichzeitig aber zunehmend in ein Aschenputteldasein abgedrängten Dienstleistungsstelle. Die im Juni 1942 erfolgende Eingliederung des COI als Office of Strategic Services in den unter Kontrolle der Joint Chiefs of Staff stehenden militärischen Apparat ließ die mit Secret Intelligence oder Special Operations befaßten Abteilungen in den Vordergrund treten, während die Akademiker vom R&A-„Campus“ zwar nicht entbehrlich, aber doch weniger kriegswichtig schienen. Seitdem haben nicht nur Historiker, sondern auch viele der später für den Aufbau und die Organisation des US-Nachrichtendienstwesens Verantwortlichen übersehen, daß die Karteikarte in Standardausführung eine kaum zu überschätzende Waffe im Arsenal eines Geheimdienstes sein kann⁷. Wie Studien und Untersuchungsberichte zur Leistungsfähigkeit des US-Nachrichtendienstwesens immer wieder kritisierten, wurde über der von geheimen Operationen ausgehen-

³ Truman an Secretary of State Byrnes, 20.9. 1945, abgedruckt in Troy, Donovan, S. 463.

⁴ Winterbotham, *The Ultra Secret*; Lewin, *Entschied ULTRA den Krieg?*

⁵ Schulz (Hrsg.), *Geheimdienste und Widerstandsbewegungen*, S.7ff. Schon in den dreißiger Jahren hat einer der Pioniere der Zunft Kritik an der Zurückhaltung seiner Kollegen anklagen lassen, als er das Bonmot formulierte: „Spies and speculators for thirty-three centuries have exerted more influence on history than on historians.“ Rowan, *The Story of Secret Service*, S. 1.

⁶ Andrew/Dilks (Hrsg.), *The Missing Dimension*, S. 1.

⁷ So Winks, *Cloak & Gown*, S. 63; ähnlich auch Smith, *Shadow Warriors*, S. 361.

den Faszination allzuoft vergessen, daß der eigentliche Zweck eines Nachrichtendienstes die Bereitstellung von Analysen für politische Entscheidungsträger ist⁸.

Während R&A so schon innerhalb des OSS zu einem Schattendasein verurteilt war, glaubten R&A-Mitarbeiter immer wieder feststellen zu müssen, daß man auch in den Washingtoner Ministerien die von der Abteilung mit hohem Anspruch und großem Einsatz geleistete Arbeit nicht angemessen zu schätzen wußte. Gerade die R&A-Deutschlandexperten sahen vielfach Grund zur Klage. Ihre Dienste wurden zwar von zahlreichen Regierungsbehörden – insbesondere von Kriegs- und Außenministerium – eifrig in Anspruch genommen, doch wurden sie meist im unklaren gelassen, ob und wie ihre Studien und Analysen letztlich genutzt wurden. Zudem litt man in R&A darunter, daß die Weigerung des Präsidenten, die amerikanische Deutschlandpolitik vor Kriegsende festzulegen, ein politisches Vakuum beließ, in dem auch die Kompetenzen der mit deutschlandpolitischen Fragen befaßten Behörden und Gremien lange ungeklärt blieben. So kamen in der Abteilung immer wieder Zweifel auf, ob dem ehrgeizigen Versuch, mit wissenschaftlich anspruchsvollen Arbeiten zur Formulierung der amerikanischen Deutschlandpolitik beizutragen, Erfolg beschieden sein konnte. Die in den ersten Nachkriegsjahren von den USA betriebene Deutschlandpolitik schien schließlich zu bestätigen, daß dieser Versuch in der Tat gescheitert war, und entsprechend resignative Äußerungen einiger R&A-Mitarbeiter dürften dazu beigetragen haben, daß manche Historiker später mit einem abschätzigen Urteil über den praktischen Wert und die politische Bedeutung der von R&A geleisteten Arbeit schnell bei der Hand waren.

Während aber die politische Bedeutung der R&A-Studien meist geringgeschätzt wurde, ist ihre intellektuelle Qualität immer wieder hervorgehoben worden. Den Leistungen der in R&A versammelten „galaxy of academic stars“⁹ ist schließlich auch die bislang einzige Monographie der Abteilung gewidmet: mit seiner 1989 erschienenen Studie *Foreign Intelligence* hat Barry M. Katz eine auf umfassendem Quellenstudium beruhende Ideen- und Wissenschaftsgeschichte der R&A-Branche vorgelegt¹⁰. Eine ganz bestimmte Gruppe der in R&A beschäftigten Akademiker hatte schon zuvor das Interesse deutscher Historiker geweckt: nämlich die seit 1943 für R&A arbeitenden deutschen Emigranten, darunter vor allem Franz Leopold Neumann, Herbert Marcuse, Otto Kirchheimer, John Herz und Felix Gilbert. Die Frage, welchen Einfluß diese Emigranten auf die Arbeit von R&A hatten, ist bereits 1976 von Ulrich Borsdorf und Lutz Niethammer in ihrer Edition einer Serie von „Feldberichten“ gestellt worden, die in Deutschland stationierte R&A-Mitarbeiter 1945 verfaßt hatten¹¹, und 1986 gab Alfons Söllner eine Reihe ausgewählter R&A-Deutschlandanalysen heraus, um sie nach Spuren der „Kritischen Theorie“ der Frankfurter Schule zu untersuchen, die Neumann, Marcuse und Kirchheimer als ehemalige Mitarbeiter des von Max Horkheimer im Exil fortgeführten Instituts für Sozialforschung vermittelt haben mochten¹².

⁸ Laqueur, *World of Secrets*, S. 32.

⁹ Alsop/Braden, *Sub Rosa*, S. 18.

¹⁰ Katz, *Foreign Intelligence*. Die Rolle einiger Yale-„Alumni“ in R&A beschreibt Winks in seinem „Insider“-Buch *Cloak & Gown* (besonders Kapitel 2); Smith, *Shadow Warriors*, gibt einen knappen, auf einer begrenzten Quellenauswahl beruhenden Überblick über Aufbau, Entwicklung und Tätigkeit der R&A-Branche (Kapitel 8).

¹¹ Borsdorf/Niethammer (Hrsg.), *Zwischen Befreiung und Besatzung*; siehe insbesondere S. 9 ff.

¹² Söllner (Hrsg.), *Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland* (2 Bände).

Dabei ging es Söllner in erster Linie darum, die von ihm im Anschluß an Borsdorff/Niethammer postulierten „Ungleichzeitigkeiten und Widersprüche“ aufzudecken, die seiner Ansicht nach zwischen den politischen Idealen der Emigranten und den Vorstellungen ihres „Arbeitgebers“ bestehen mußten¹³. Während Söllner das Verdienst zukommt, auf Umfang und Bandbreite der von deutschen Emigranten im amerikanischen Geheimdienst geleisteten Arbeit aufmerksam gemacht zu haben und einige interessante Thesen und Interpretationen der von ihm herausgegebenen Analysen vorgelegt zu haben, erscheint sein Ansatz aus der Perspektive des Historikers aus verschiedenen Gründen problematisch. Söllners Anwendung der von Foucault entworfenen „archäologischen Methode“ vereinnahmt die R&A-Deutschlandstudien als Dokumente der politischen und wissenschaftlichen Emigration; ihre eigentliche Bestimmung als Analysen des US-Nachrichtendienstes wird dabei zur sie verschüttenden – und abzutragenden – „Erdlage“, ist aber gleichzeitig für Söllners Interpretation als die das Wissen der Emigranten transformierende Praxis von zentraler Bedeutung. Wie Söllner einräumt, ist über diese Praxis aber bislang wenig bekannt, so daß die von ihm versuchte Diskursanalyse in der Tat immer wieder zu einem „voraussetzungsreichen Unternehmen“ gerät.

Anhand der seit Anfang der achtziger Jahre aus dem Archiv der Central Intelligence Agency freigegebenen Aktenbestände des OSS¹⁴ ist es inzwischen möglich, diese Praxis eingehender zu erforschen und dabei auch die Voraussetzungen für die Interpretation und Bewertung der R&A-Deutschlandanalysen zu klären. Der Aufbau der folgenden Darstellung ist von dem Versuch bestimmt, dies für die hier beschriebenen, zwischen 1941 und 1949 entstandenen Arbeiten zu leisten. Wie darzulegen sein wird, waren Thematik und Anspruch dieser Arbeiten stets in hohem Maße durch den institutionellen Rahmen geprägt, in dem sie entstanden. Insofern bezeichnet der hier immer wieder gebrauchte Begriff „Deutschlandanalysen“ eine Reihe ganz verschiedenartiger Arbeiten: Im ersten Jahr nach der Einrichtung des COI war die Arbeit der Abteilung stark durch Donovans Ehrgeiz geprägt, möglichst schnell zu demonstrieren, daß seine noch im Aufbau befindliche Behörde eine längst überfällige Innovation des US-Nachrichtendienstwesens darstellte. Nach Donovans Vorstellungen hatte R&A dabei zum einen als eine Art von Informationsbüro zu fungieren, andererseits sollten die Wissen-

¹³ Dazu und zum Folgenden ebenda, Bd. 1, S. 7 ff., 36; Bd. 2, S. 113, 117. Söllner läßt dabei die Frage nach eventuellen Modifikationen durch die Erfahrung des Exils im Amerika des New Deal weitgehend außer acht und vermittelt überdies, freilich in Übereinstimmung mit manchen einschlägigen Darstellungen, ein unzulässig vereinfachtes bzw. tendenziöses Bild der deutschlandpolitischen Diskussion amerikanischer Planungsstäbe. Immer dann, wenn in den R&A-Deutschlandanalysen Positionen vertreten werden, die nicht oder nur bedingt mit den von Söllner postulierten politischen Überzeugungen der Emigranten in Einklang zu bringen sind, wird für ihn das „Dilemma“ sichtbar, in das „deutsche Demokraten und Sozialisten geraten mußten, als sie sich, um ein ‚anderes Deutschland‘ zu befördern, in den Dienst einer der Siegermächte begaben“, und Söllner stellt die These auf, daß die Emigranten darauf mit einer „strategischen Zurückhaltung in der politischen Perspektivenbildung“ reagierten.

¹⁴ Einen knappen Überblick über die Erschließung dieser Aktengruppe bieten McDonald, *The OSS and Its Records*, in: Chalou (Hrsg.), *The Secrets War*, S. 78–102; Breitman, *Research in OSS Records*, ebenda, S. 103–108; zur bisher über das OSS erschienenen Literatur vgl. Constantinescu, *The OSS*, ebenda, S. 109–117. Die ursprünglich in der Obhut des State Department befindlichen R&A-Deutschlandanalysen selbst sind seit Mitte der siebziger Jahre zugänglich.

schaftler der Abteilung vor allem durch Analysen der nationalsozialistischen Wirtschaft sowie durch Beobachtung der „Moral“ der deutschen Bevölkerung einen Beitrag zur Formulierung der amerikanischen Politik und Strategie leisten. Die meisten der bis Mitte 1942 entstehenden Arbeiten lassen jedoch deutlich erkennen, daß sich sowohl R&A wie auch der COI insgesamt noch in einem Stadium befanden, das eher einen experimentellen denn einen ausgereiften Beitrag zu den Kriegsanstrengungen erlaubte, obwohl es gerade den R&A-Mitarbeitern bereits gelang, gelegentlich explizite Anerkennung für ihre Arbeit zu ernten.

Nachdem der COI im Sommer 1942 als Office of Strategic Services in den unter Kontrolle der Joint Chiefs of Staff stehenden militärischen Apparat integriert worden war, konnte diese Experimentierphase abgeschlossen werden. In R&A wurden Anfang 1943 durch eine umfassende Reorganisation sowie die Rekrutierung deutscher Emigranten völlig neue institutionelle und personelle Voraussetzungen geschaffen, und die nun entstehenden Deutschlandanalysen heben sich deutlich von früheren Arbeiten ab: Sie stellen nicht länger lediglich eine Reihe von Einzelstudien zu den jeweils aktuellen politischen und militärischen Fragen dar, sondern lassen erkennen, daß die R&A-Deutschlandexperten nun versuchten, auf der Basis ihrer Analysen des „Dritten Reiches“ eine umfassende deutschlandpolitische Konzeption zu entwickeln. Sowohl methodisch wie inhaltlich orientierten sie sich dabei an Franz Neumanns Analyse in seinem Anfang 1942 erschienenen Werk Behemoth. Die von Neumann in dieser bald als Standardwerk geltenden Studie des nationalsozialistischen Deutschlands entwickelten Konzeptionen sollten schließlich die von R&A im Auftrag des War Department ausgearbeiteten Materialien zur Vorbereitung der US-Besatzung ebenso prägen wie die zum Teil vom State Department angeforderten Studien zu Fragen der Nachkriegspolitik. Obwohl die in diesen Arbeiten vertretenen Positionen damit der von R&A-Richtlinien verlangten „politischen Neutralität“ oft wenig entsprachen, muß für ihre Einordnung und Interpretation in Rechnung gestellt werden, daß sie, wie alle R&A-Arbeiten, vor ihrer Verteilung als anonyme, numerierte Berichte von abteilungsinternen Gremien überprüft und gutgeheißen werden mußten. Besonders anhand der im Auftrag des War Department in Zusammenarbeit mit anderen Washingtoner Behörden entstandenen Arbeiten läßt sich überdies demonstrieren, daß R&A in der deutschlandpolitischen Diskussion keineswegs Außenseiterpositionen vertrat.

Neben den Arbeiten, die als Beitrag zur Formulierung der amerikanischen Deutschland- und Besatzungspolitik intendiert waren, begann R&A seit Anfang 1945, über die Verhältnisse im besetzten Deutschland zu berichten. Daß sich R&A dabei zunehmend auf die Rolle eines Beobachters und Analytikers zurückzog, dürfte nicht nur damit zu erklären sein, daß der Abteilung seit der Besetzung Deutschlands durch die Alliierten tatsächlich verstärkt die Aufgabe nachrichtendienstlicher Berichterstattung zufiel. Die kritische Distanz, die das in früheren Arbeiten zur „deutschen Frage“ immer erkennbare politische Engagement nun allmählich ablöste, dürfte auch als Reaktion auf die Entwicklungen der Nachkriegszeit zu werten sein, die eher die Befürchtungen als die Hoffnungen der R&A-Deutschlandexperten bestätigten. Darüber hinaus hatten sich nach Kriegsende aber auch die Arbeitsbedingungen für R&A noch einmal entscheidend verändert, denn der Abbau der Washingtoner Kriegsbürokratie brachte auch die Auflösung des OSS mit sich. Obwohl R&A vom State Department übernommen wurde, bedeutete das mitnichten die Integration der Abteilung in den Prozeß der Formu-

lierung der amerikanischen Nachkriegspolitik. Aus Rücksicht auf die althergebrachten Kompetenzen ihrer neuen Kollegen mußten die R&A-Deutschlandexperten nun strenger als zuvor politische Empfehlungen vermeiden, so daß ihre seit 1945 im State Department entstehenden Arbeiten weitgehend auf die Beobachtung und Analyse der Entwicklungen in Deutschland beschränkt blieben.

Die Beurteilungen der in diesen Arbeiten beschriebenen Entwicklungen lassen allerdings erkennen, daß die in den letzten beiden Kriegsjahren von R&A entwickelten deutschlandpolitischen Konzeptionen – die mit den vom State Department vertretenen Positionen oft weitgehend übereingestimmt hatten – noch immer als Maßstab dienten. Während die im State Department verbliebenen R&A-Deutschlandexperten nicht zuletzt deswegen manchem als „zu idealistisch und nicht realistisch“¹⁵ erscheinen mochten, wurde andererseits mit der im September 1946 von Außenminister Byrnes in Stuttgart gehaltenen Rede eine Politik eingeleitet, die – letztlich freilich nur noch für ein geteiltes Deutschland und ein geteiltes Europa – einigen der grundlegenden, von R&A schon seit 1943 befürworteten Positionen entsprach. Auch wenn für die Zeitgenossen kaum erkennbar sein mochte, daß die amerikanische Politik ausgerechnet vor dem Hintergrund des sich verschärfenden Ost-West-Antagonismus begann, deutschlandpolitische Konzeptionen zu reflektieren, die noch vor Kriegsende in der Hoffnung auf eine Fortsetzung der interalliierten Kooperation formuliert worden waren, dürfte es für ein differenziertes Verständnis der längerfristigen Entwicklung der amerikanischen Deutschlandpolitik und der Entstehungsphase des Kalten Krieges nicht ohne Bedeutung sein, daß die im State Department verbliebenen R&A-Deutschlandexperten in ihren Arbeiten noch lange eine in der Planungsphase entwickelte Alternative zur tatsächlich realisierten US-Politik bewahrten.

Obwohl ein namhafter amerikanischer Historiker kürzlich eloquent davor gewarnt hat, die meist nur spekulativ zu beantwortende Frage nach dem konkreten Nutzen der Arbeit eines Geheimdienstes zu stellen¹⁶, soll hier zumindest versucht werden, die eben charakterisierten Arbeiten der R&A-Branch durch Einordnung in den jeweils relevanten institutionellen Rahmen mit Blick auf ihre ursprüngliche Zweckbestimmung – also als „intelligence“ für die am Prozeß der Formulierung, Planung und Umsetzung der amerikanischen Deutschlandpolitik beteiligten Beamten, Politiker und Militärs – darzustellen und zu bewerten. Da die R&A-Deutschlandstudien bislang nur in Einzelfällen als nachrichtendienstliche Materialien vorgestellt oder in Darstellungen berücksichtigt worden sind¹⁷, wird damit erstmals versucht, den Beitrag der R&A-Deutschlandexperten zur Entwicklung der amerikanischen Strategie – insbesondere im Bereich der psychologischen Kriegführung – sowie zur Vorbereitung und Planung der Besatzungs- und Nachkriegspolitik insgesamt zu untersuchen und darüber hinaus dar-

¹⁵ So John Herz im Gespräch mit Söllner, in: Söllner (Hrsg.), *Archäologie der Demokratie*, Bd. 2, S. 43.

¹⁶ Winks, *Getting the Right Stuff*, in: Chalou (Hrsg.), *The Secrets War*, S. 19–38, besonders S. 30–34.

¹⁷ Erstmals wohl Niethammer, *Entnazifizierung in Bayern* (später unter dem Titel *Die Mitläuferfabrik*), S. 52 ff.; außerdem Fichter, *Besatzungsmacht und Gewerkschaften*, S. 59 ff., sowie Heideking, *Amerikanische Geheimdienste und Widerstandsbewegungen im Zweiten Weltkrieg*, in: Schulz (Hrsg.), *Partisanen und Volkskrieg*, S. 147–177; Fleischhauer, *Die Chance des Sonderfriedens*, S. 206 ff.

zustellen, wie die nach Kriegsende vom State Department übernommenen R&A-Deutschlandexperten die Entwicklungen im besetzten Deutschland beurteilten und welche Forderungen sich aus ihren Beurteilungen für die Gestaltung der amerikanischen Politik gegenüber Deutschland ergaben. In Anlehnung an das eingangs als „Leitmotiv“ gewählte Zitat soll es dabei weniger um die Frage gehen, wie gut oder genau man in der Abteilung über bestimmte Einzelheiten informiert war. Zwar wird durchaus zu fragen sein, woher die R&A-Deutschlandexperten ihre Informationen bezogen; grundsätzlich soll aber vor allem dargestellt werden, wie man die verfügbare „raw intelligence“ weiterverarbeitete, wie man die Entwicklungen in Deutschland interpretierte, welches Verständnis, vielleicht auch welches „Deutschlandbild“ in den Analysen der R&A-Branch und ihrer Nachfolgeorganisationen vermittelt wurde und welche deutschlandpolitischen Konzeptionen daraus explizit oder implizit entwickelt wurden.

Wie durch gelegentliche Vergleiche von R&A-Arbeiten mit entsprechenden Papieren anderer Behörden und Gremien zu zeigen sein wird, können die von R&A vertretenen Positionen im Rahmen der in Washington geführten deutschlandpolitischen Diskussion allerdings kaum als exzeptionell charakterisiert werden. Insofern muß in Frage gestellt werden, ob das besonders in der deutschen Literatur vorherrschende Interesse an der Arbeit der in R&A beschäftigten Emigranten nicht zu einer Überbewertung bzw. Fehleinschätzung des von Franz Neumann ausgehenden Einflusses geführt hat. Darüber hinaus wird aber auch zu fragen sein, ob in diesen Arbeiten nicht eine in Darstellungen zur amerikanischen Deutschlandpolitik bislang meist „fehlende Dimension“ dokumentiert ist.

*

Gedankt sei abschließend noch denen, die diese Arbeit ermöglicht haben: Herrn Professor Dr. Gerhard Schulz und Herrn Professor Dr. Jürgen Heideking verdanke ich die Anregung zur Beschäftigung mit diesem Thema; sie haben die diesem Buch zugrundeliegende Dissertation mit Geduld und freundlichem Interesse betreut. Ein Stipendium im Rahmen des Austauschprogrammes zwischen der Eberhard-Karls-Universität Tübingen und der Georgetown University, Washington, D. C., ermöglichte die Quellenstudien, die auch vom Deutschen Historischen Institut in Washington, D. C., großzügig unterstützt wurden. Eine Fellowship der Wiener Library der Universität Tel Aviv und die freundschaftliche Ermunterung von Professor Gabriel Gorodetsky gaben mir die Energie, die Dissertation in einer neuen, noch fremden Umgebung fertigzustellen. Danken möchte ich auch denen, die Teile des Manuskripts kritisch gelesen und kommentiert haben: Christiane Toyka-Seid, M. A., Dr. Christof Mauch und Dr. Frank Stern. Herrn Dr. Norbert Frei und Frau Renate Bihl vom Institut für Zeitgeschichte gebührt Dank für ihren professionellen Rat bei der Überarbeitung des Manuskripts; alle noch verbliebenen Unzulänglichkeiten gehen ausschließlich zu meinen Lasten.

Denen, die konkret am wenigsten zu dieser Arbeit beitragen konnten, verdanke ich am meisten; ihnen möchte ich sie widmen: meinem Lebensgefährten David, meinen Eltern Alexandra und Fritz Marquardt und meiner Schwester Jutta Marquardt.

I. R&A als Innovation im amerikanischen Nachrichtendienstwesen

Die amerikanischen Nachrichtendienste zu Beginn des Zweiten Weltkrieges

Daß die Vereinigten Staaten noch ein halbes Jahr vor dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor nicht über ein zentral koordiniertes Nachrichtendienstwesen, geschweige einen der heutigen Central Intelligence Agency (CIA) vergleichbaren Geheimdienst verfügten, mag wenig in das immer wieder von skandalumwitterten Aktionen ihrer Geheimdienste geprägte Bild der Supermacht USA passen. Tatsächlich hatten jedoch verschiedene Faktoren die Einrichtung eines zentral gelenkten Nachrichten- oder Geheimdienstes lange als politisch unerwünscht und kaum durchsetzbar, wenn nicht gar unnötig erscheinen lassen. Die bis in die Tage George Washingtons zurückreichende Ablehnung von Spionage im engeren Sinne war einer dieser Faktoren; sie verband sich mit der in der amerikanischen Öffentlichkeit bis heute als problematisch empfundenen Frage nach der Vereinbarkeit eines staatlichen Geheimdienstes mit den Idealen einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft zu einem schwer zu entkräftenden Argument gegen die Einrichtung einer solchen Organisation. Solange die Vereinigten Staaten sich im Zeichen des Isolationismus hinter die Ozeane zurückzuziehen suchten, schien überdies gar keine Notwendigkeit für die Etablierung eines Geheimdienstes gegeben¹.

Vor diesem Hintergrund konnten die schließlich durchaus bestehenden, wenn auch meist in einem wörtlich zu nehmenden Sinne mit nachrichtendienstlichen Aufgaben betrauten Abteilungen von Army, Navy, FBI und State Department sowie einiger anderer Regierungsbehörden als ausreichend gelten, um die innere wie äußere Sicherheit der Vereinigten Staaten zu garantieren und die politischen Entscheidungsträger mit Daten und Informationen zu versorgen². Schon letzteres fiel freilich nicht immer zur Zufriedenheit der betreffenden Politiker aus, da die Nachrichtendienststellen der verschiedenen Institutionen im allgemeinen nicht zusammenarbeiteten, sondern vielmehr dazu tendierten, die im Rahmen ihrer jeweiligen Kompetenzen gesammelten Daten mit einer den Auffassungen ihrer Behörde entsprechenden Interpretati-

¹ Die verschiedenen Tendenzen und politischen Konstellationen, die dem Aufbau eines zentralen Nachrichtendienstwesens entgegenstanden, sind nirgendwo zusammenhängend dargestellt, werden in der einschlägigen Literatur aber im jeweils relevanten Kontext immer wieder angesprochen, vgl. Troy, Donovan, S.3 ff. – eine 1975 fertiggestellte, ursprünglich für den CIA-internen Gebrauch bestimmte Studie, die, zunächst als „Secret“ klassifiziert, 1981 freigegeben und in nur leicht abgeänderter Form veröffentlicht wurde; Cline, *Secrets*, S. 1 ff.; Ransom, *Secret Intelligence in the United States, 1947–1982*, in: Andrew/Dilks (Hrsg.), *Missing Dimension*, S. 199–226; sowie Jeffreys-Jones, *The CIA and American Democracy*, S. 11 ff.

² Vgl. die graphische Darstellung bei Cline, *Secrets*, S. 8. Zu Geschichte und Entwicklung des amerikanischen Nachrichtendienstwesens bis zum Ende der zwanziger Jahre Troy, Donovan, S. 3–11; Corson, *Armies of Ignorance*, S. 41–75; sowie den Überblick bei Ameringer, *U.S. Foreign Intelligence*, S. 17–127.

on weiterzugeben³. Die Empfänger der so ausgearbeiteten Studien und Berichte sahen sich deshalb nicht selten mit widersprüchlichen Informationen und Empfehlungen konfrontiert, aus denen nur mühsam eine Grundlage für verantwortliche Entscheidungen zu erarbeiten war.

Das Fehlen jeglicher koordinierter Nachrichtendiensttätigkeit sollte in der zunehmend gespannten weltpolitischen Situation der dreißiger Jahre immer problematischer werden, und angesichts des Kriegsausbruchs in Europa wurde diese Situation vollends unhaltbar. Seit 1939 gab es zwar Bestrebungen, die Arbeit der bestehenden Nachrichtendienststellen zu koordinieren, und man hatte mit der Einrichtung von Secret-Intelligence-Abteilungen im FBI und in der Marine zudem begonnen, den bislang stark vernachlässigten Bereich der Auslandsspionage auszubauen. Im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit des amerikanischen Nachrichtendienstwesens waren dennoch kaum substantielle Verbesserungen zu verzeichnen⁴. Präsident Roosevelt, der vielleicht nicht zu Unrecht als „greatest victim“⁵ der unzulänglichen Arbeit der Nachrichtendienste bezeichnet worden ist, versuchte schließlich, sich in der ihm eigenen unbürokratischen Weise zu behelfen, indem er den Journalisten John Franklin Carter (alias Jay Franklin) beauftragte, zusammen mit qualifizierten Mitarbeitern Berichte und Analysen zu aktuellen Problemen auszuarbeiten⁶. Daß dieser „Privatgeheimdienst“ kaum mehr als ein Provisorium darstellte, mag dem Präsidenten zwar bewußt gewesen sein, doch dürfte er auch kaum Zweifel daran gehegt haben, daß jede umfassendere Lösung auf den erbitterten Widerstand der bestehenden Nachrichtendienststellen stoßen würde, die hinter jedem Reformvorschlag eine Einschränkung ihres Kompetenz- und Einflußbereiches witterten. Die im Rahmen der sich seit Anfang 1941 ausbildenden anglo-amerikanischen Koalition erforderlich werdende Zusammenarbeit zwischen den Geheimdienststellen beider Länder ließ allerdings eine bessere Koordinierung der amerikanischen Nachrichtendiensttätigkeit immer dringlicher erscheinen, doch zeigten sich die bislang nicht an Kooperation gewöhnten US-Nachrichtendienste unfähig, die notwen-

³ Insofern ist die Verwendung des im Englischen und Amerikanischen gängigen Begriffs „intelligence community“ nicht unproblematisch; vgl. dazu Winks' Kritik an dieser „unduly cozy phrase“, in: ders., Cloak, S. 62, sowie die Einleitung der Herausgeber in Andrew/Dilks (Hrsg.), Missing Dimension, S. 1–16.

⁴ Eine scharfzüngige Kritik an der Arbeit der bestehenden US-Nachrichtendienststellen findet sich in NA, RG 226, E 99, b 76, f 45/46: History of the Research and Analysis Branch in the Office of Strategic Services, June 1941 – September 1944 (künftig zitiert als R&A-History). Zur Entwicklung des amerikanischen Nachrichtendienstwesens in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre Troy, Donovan, S. 11–21; Corson, Armies of Ignorance, S. 77–107; Cline, Secrets, S. 3ff., sowie die abweichende Darstellung bei Jeffreys-Jones, American Espionage, S. 120ff., 133ff.

⁵ OSS War Report I, S. 7. Das Manuskript zu dieser offiziellen Darstellung der Entwicklung von COI/OSS befindet sich in NA, RG 226. Bereits im Juli 1944 war ein „OSS History Project“ ins Leben gerufen worden (NA, RG 226, E 1, b 17, f: OSS History Project, Special Order vom 25. 7. 1944); die in diesem Rahmen ausgearbeiteten Manuskripte – darunter auch die für diese Arbeit herangezogene R&A-History – waren z. T. sehr umfangreich. Die Auflösung des OSS nach Kriegsende erlaubte jedoch lediglich die Fertigstellung des relativ knappen OSS War Report, der ursprünglich als „Top Secret“ klassifiziert, nach Ablauf der dreißigjährigen Sperrfrist 1976 in kaum überarbeiteter Form veröffentlicht wurde.

⁶ Smith, Shadow Warriors, S. 63f. Die von Carter für Roosevelt ausgearbeiteten Berichte befinden sich in FDRL, PSF/Subject File, b 122–125, 126–139 (vgl. b 208–219).

digen Maßnahmen durchzuführen⁷. Letztlich trugen sie damit zu einer Entwicklung bei, die von ihnen am wenigsten begrüßt wurde, denn ihr Versagen ermöglichte es einem Außenseiter wie dem etwas exzentrischen New Yorker Anwalt William J. Donovan, die Vorstellungen zu verwirklichen, die er selbst teils aus privatem Interesse, teils im Rahmen zweier Englandreisen als Sonderbeauftragter der amerikanischen Regierung zu einer Verbesserung des US-Nachrichtendienstwesens entwickelt hatte.

Donovan gehörte zu jenem „old boys' network“, das sich aus ehemaligen Regierungsbeamten und Militärs sowie Geschäftsleuten konstituierte, die sich „for the love of the thing“ – also ohne Bezahlung oder offizielles Amt – ihrer Regierung hin und wieder als Amateuragenten zur Verfügung stellten⁸. In dieser Eigenschaft war Donovan seit Sommer 1940 bereits zweimal tätig gewesen, wobei er Gelegenheit gehabt hatte, sich mit den Mängeln des amerikanischen Nachrichtendienstwesens gründlich vertraut zu machen. Im Juli 1940 war er auf Anregung des mit ihm befreundeten Marineministers Frank Knox in geheimer Mission nach London gesandt worden, um zu erkunden, ob Großbritannien mit amerikanischer Unterstützung eine realistische Chance hätte, den deutschen Angriffen standzuhalten, oder ob es – wie eben erst Frankreich – innerhalb kürzester Zeit zusammenbrechen würde.

Donovan mochte aufgrund seiner Persönlichkeit und seiner beruflichen Erfahrungen⁹ als geeignet gelten, einem so komplexen wie politisch brisanten Auftrag gewachsen zu sein. Obwohl ihm wenig Erfolg beschieden gewesen war, als er sich, hochdekoriert aus dem Ersten Weltkrieg zurückgekehrt, um eine Karriere als republikanischer Politiker bemühte, trauten ihm Freunde und Bekannte in diesem Bereich stets Großes zu, und selbst Roosevelt soll einmal gemeint haben, „if Bill Donovan had been a Democrat, he'd been in my place today“¹⁰. Tatsächlich war Donovan in der politischen Arena jedoch ein glückloser Kandidat und verlor sämtliche Wahlen, denen er sich je stellte. Im Gegensatz dazu gestaltete sich seine juristische Karriere überaus erfolgreich. Anfang der dreißiger Jahre hatte Donovan in New York ein Anwaltsbüro begründet, das bald zu den renommiertesten des Landes gehörte. Er und seine Mitarbeiter spezialisierten sich auf die komplizierten Rechtsstreitigkeiten amerikanischer Großkonzerne, und wenn Donovan später das systematische Sammeln und Auswerten von Hintergrundinformationen und aktuellen Daten als unverzichtbare Grundlage für politische Entscheidungen und strategische Planungen bezeichnete, konnte er immerhin darauf verweisen, daß Erfolg und Renommee von „Donovan Leisure Newton & Irvine“ nicht zuletzt auf der Anwendung dieser Methode beruhten¹¹.

⁷ Einzelheiten zu den im Frühjahr 1941 unternommenen Reformversuchen des US-Nachrichtendienstwesens bei Troy, Donovan, S. 43–51; vgl. auch Cline, *Secrets*, S. 1–30, sowie Smith, *Shadow Warriors*, S. 57 ff.

⁸ Dazu Corson, *Armies of Ignorance*, S. 73 ff.; Smith, *Shadow Warriors*, S. 27; Andrew/Dilks (Hrsg.), *Missing Dimension*, S. 7 ff.; Knightley, *Geschichte der Spionage im 20. Jahrhundert*, S. 201 f.

⁹ Es gibt mehrere Donovan-Biographien, die allerdings zumindest mit Blick auf Donovans Tätigkeit als COI- bzw. OSS-Direktor nicht immer zuverlässig sind; fast schon hagiographisch Ford, *Donovan of OSS*, und Dunlop, *Donovan, America's Master Spy*; kritischer Cave Brown, *The Last Hero*; umfassende und verlässliche Darstellung von Donovans Tätigkeit als COI/OSS-Direktor bei Troy, Donovan.

¹⁰ Ebenda, S. 26.

¹¹ Ebenda, S. 26 f.

Das Sammeln und Auswerten von Informationen war für Donovan aber nicht nur ein aus seiner beruflichen Tätigkeit resultierendes Erfordernis, sondern auch privates Steckenpferd. Seine zahlreichen Reisen nach Übersee, ob geschäftlicher oder privater Natur, waren im Grunde stets „fact-finding missions“. So hatte er 1919 seine verspätete Hochzeitsreise nach Japan unterbrochen, um auf Drängen des dortigen amerikanischen Botschafters in Sibirien Nachforschungen über das Regime Admirals Alexander Koltshaks anzustellen. Auf zahllosen Europareisen betätigte sich Donovan in ähnlicher Weise; so etwa 1935, als er auf eigene Initiative, aber in Absprache mit dem War Department, Hintergründe und Entwicklung der Äthiopienkrise vor Ort recherchierte und dabei mit hohen Militärs und führenden Politikern sowie dem „Duce“ selbst zusammentraf. Auch in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre unternahm Donovan zahlreiche ähnliche Reisen, so daß er für den ihm im Sommer 1940 erteilten Auftrag in vielerlei Hinsicht bestens vorbereitet war: Er verfügte nicht nur über eine umfassende Kenntnis der politischen und militärischen Entwicklungen in Europa, sondern auch über zahlreiche wertvolle Kontakte – kurzum: „he knew, or had a friend who knew, nearly everyone who counted“¹².

Insgesamt sollte sich Donovan seines Auftrages dann auch in so umfassender und umsichtiger Weise entledigen, daß gesagt worden ist, er habe dabei seine künftige Funktion als „Coordinator of Information“ schon vorweggenommen, und tatsächlich hat er selbst die Anfänge des von ihm begründeten und geleiteten Nachrichtendienstes später auf diese Reise zurückgeführt¹³. In London mag Donovan auch ermuntert worden sein, sich für eine Verbesserung des amerikanischen Nachrichtendienstwesens einzusetzen, denn da die Briten hofften, in den Vereinigten Staaten bald einen Partner im Kampf gegen Hitler zu haben, mußte ihnen daran gelegen sein, daß die USA über ein effizientes Nachrichtensystem bzw. einen Geheimdienst verfügten, der mit den entsprechenden britischen Stellen zusammenarbeiten würde. Bereits im Frühjahr 1940 hatte der kanadische Millionär William S. Stephenson seine weitreichenden Verbindungen genutzt, um eine Zusammenarbeit zwischen dem britischen Secret Intelligence Service (SIS) und dem amerikanischen FBI in die Wege zu leiten, und als Stephenson im Sommer 1940 den Posten des „British Security Coordinator“ in New York übernahm, gehörte neben seinem vorrangigen Auftrag, sich für ausreichende Hilfeleistung an Großbritannien einzusetzen, die Förderung einer anglo-amerikanischen Kooperation in Sachen Geheimdienst zu seinen wichtigsten Aufgaben¹⁴.

Zu den zahlreichen Personen, mit denen Stephenson Umgang pflegte, um diese Ziele zu erreichen, gehörte auch der entschieden für die Unterstützung Großbritanniens eintretende Donovan. Stephensons Bemühungen, die verantwortlichen Stellen in Wash-

¹² Winks, Cloak, S. 65.

¹³ Troy, Donovan, S. 33, 53.

¹⁴ Hyde, *The Quiet Canadian*, S. 25 ff., 52 ff.; die von dem fast namensgleichen William Stevenson verfaßte Biographie Stephensons ist nicht immer zuverlässig: Stevenson, *A Man Called Intrepid*. Kritisch dazu Stafford, ‚Intrepid‘: Myth and Reality, in: *JCH* 22/2 (1987), S. 303–317. Vgl. außerdem: Troy, Donovan, S. 34 f.; Smith, *Shadow Warriors*, S. 29 f.; Corson, *Armies of Ignorance*, S. 108 f., sowie die überblickshafte Darstellung von Stephenson selbst in Hyde, *Secret Intelligence Agent*, S. 247 ff. Zum britischen Interesse an der Einrichtung eines US-Nachrichtendienstes Troy, Donovan, S. 54 f., 59 ff.; Cline, *Secrets*, veranschlagt die britische Einflußnahme sehr hoch, vgl. besonders S. 21 ff., 36 f.

ington zu überzeugen, daß ein Ausbau des US-Nachrichtendienstwesens dringend notwendig sei¹⁵, wurden von Donovan zumindest insofern unterstützt, als dieser Ende November 1940 anlässlich eines Vortrags über die Kriegsbereitschaft der USA die Bildung eines Ausschusses vorschlug, der aktuelle politische Probleme anhand verfügbarer Informationen studieren sollte, um umfassende Berichte und Analysen zu erarbeiten, die der Administration als Entscheidungsgrundlage dienen konnten. Damit skizzierte Donovan im Grunde schon die von ihm später als so wesentlich bezeichnete Forschungs- und Analysefunktion eines Nachrichtendienstes¹⁶. Bevor er aber in dieser Hinsicht weiter aktiv werden konnte – falls er dies Ende 1940 überhaupt schon beabsichtigte¹⁷ –, hatte Donovan einmal mehr Gelegenheit, als „Ein-Mann-Geheimdienst“ zu fungieren.

Inzwischen hatte sich nämlich herausgestellt, daß Großbritannien über die von den USA gewährte materielle Unterstützung hinaus auch auf Begleitschutz für britische Handelsschiffe bei der Überquerung des Atlantik angewiesen war. Die verantwortlichen Politiker in Washington standen so erneut vor der Frage, ob die militärische, wirtschaftliche und politische Verfassung Großbritanniens eine noch weitergehende amerikanische Verwicklung rechtfertigte. Da es in Washington einmal mehr an zuverlässigen Informationen und Analysen zu dieser Frage fehlte, bot sich Donovan an, eine zweite Inspektionsreise nach Großbritannien zu unternehmen und im Anschluß an seinen dortigen Aufenthalt auch die Krisengebiete im Mittelmeerraum und auf dem Balkan zu bereisen. Dieser Vorschlag fand nicht nur die notwendige Billigung durch den Präsidenten und die Secretaries of State, War und Navy, sondern löste in London sogar so etwas wie Enthusiasmus aus – immerhin betrachtete der britische Botschafter in Washington Donovan inzwischen als „one of our best and most influential friends here“¹⁸.

In Begleitung von Stephenson trat Donovan am 6. Dezember 1940 seine zweite Mission als Sonderbeauftragter der amerikanischen Regierung an. Wie schon bei seinem ersten Aufenthalt im Sommer traf Donovan in der britischen Hauptstadt wiederum auf großes Entgegenkommen, und seine sich an den Aufenthalt in London anschließende ausgedehnte Inspektionsreise in die Balkan- und Mittelmeerländer wurde von den Briten nicht nur finanziert, sondern auch in vielerlei anderer Hinsicht erleichtert¹⁹. Als

¹⁵ Troy, Donovan, S. 54; zum Verhältnis zwischen Donovan und Stephenson vgl. ebenda, S. 34 ff., 53 ff.; sowie Stephenson in Hyde, a. a. O.; Knightley, Geschichte der Spionage, S. 205 f., sieht Stephenson gar als Drahtzieher hinter Donovans Englandreisen und Donovan als „Opfer eines Manövers, das man nur als intensive PR-Kampagne bezeichnen kann und das einer der seltenen Triumphe des britischen Geheimdienstes im Zweiten Weltkrieg war“.

¹⁶ Vgl. dazu Troy, Donovan, S. 29. Donovan mag dabei eine gewissermaßen offizielle Variante des seit 1921 aktiven Council on Foreign Relations vorgeschwebt haben; zu Zusammensetzung und Aktivitäten des Council vgl. Wala, *Winning the Peace*.

¹⁷ Donovans Engagement für eine Verbesserung des amerikanischen Nachrichtendienstwesens bzw. seine Pläne für die Schaffung eines zentralen US-Geheimdienstes sind in der Literatur häufig „vordatiert“ worden; kritisch dazu Troy, Donovan, S. 52 ff.

¹⁸ Zit. nach Troy, Donovan, S. 37; die genauen Hintergründe von Donovans zweiter Reise nach Großbritannien sind nicht völlig geklärt, vgl. ebenda, S. 36 ff.; Smith, *Shadow Warriors*, S. 40 ff.; Corson, *Armies of Ignorance*, S. 123 ff.

¹⁹ Dies geschah freilich nicht aus uneigennütigen Motiven; besonders Churchill scheint gehofft zu haben, daß Donovan in den Balkanländern als Fürsprecher britischer Interessen auftreten und versuchen würde, die Regierungen dieser Staaten für ein entschiedenes Auftreten gegen

Donovan nach fast drei Monaten Anfang März 1941 nach Washington zurückkehrte, dürfte er vom Krieg tatsächlich mehr gesehen haben „than any other prominent figure in American public life“²⁰. Aber nicht nur den europäischen Krieg hatte Donovan eingehender in Augenschein nehmen können als andere prominente Amerikaner – auch in die Arbeit des britischen Geheimdienstes hatte man ihm mehr Einblick gegeben, als einem Nicht-Briten wohl je zuvor und vielleicht auch jemals seither (freiwillig) gewährt worden ist²¹.

Während Donovan dies vor allem Stephenson zu verdanken gehabt haben dürfte, lagen dem scheinbaren Leichtsinn, mit dem die Briten einen amerikanischen Zivilisten ohne offizielles Amt in kriegswichtige und damit geheimste Erkenntnisse einweihten, auch ganz handfeste Motive zugrunde: Zum einen konnten es sich die Briten Ende 1940/Anfang 1941 angesichts ihrer relativ schwachen militärischen Position kaum erlauben, gegenüber einem Abgesandten Präsident Roosevelts, der – wie wohlgesonnen auch immer – schließlich gekommen war, ihre Chancen im Kampf gegen Hitler einzuschätzen, einen „Joker“ im Ärmel zu behalten. Zwar beschränkten sich die einzig wirklich eindrucksvollen Erfolge des britischen Geheimdienstes Ende 1940 auf die ersten im Rahmen von ULTRA gewonnenen Erkenntnisse – und Donovan ist über dieses Projekt wohl nur indirekt informiert worden²². Doch war Donovan seit seiner eigenen Kampagne gegen die nationalsozialistische „Fünfte Kolonne“ im Herbst 1940²³ genügend von der Bedeutung subversiver Aktionen und psychologischer Kriegführung überzeugt, um durch die noch recht bescheidenen Anfänge der britischen Special Operations Executive (SOE) beeindruckt zu sein²⁴. Zudem mag vor allem Stephenson gehofft haben, daß Donovan, der seit Kriegsbeginn vielleicht tatsächlich ein wenig „a hero in search of a role“²⁵ war, sich letztlich doch noch des amerikanischen Nachrichtendienstwesens annehmen und dabei – zum Nutzen der Briten – ihre Organisation als Vorbild sehen würde.

Diese Hoffnungen schienen sich zu erfüllen, als Donovan am Tag nach seiner Rückkehr dem Präsidenten einen ersten Bericht über seine Reise erstattete, denn es ist be-

Hitlerdeutschland zu gewinnen. Später sind die politischen Folgen von Donovans Unterredungen im Negativen wie Positiven zuweilen überschätzt worden, vgl. z. B. Ford, Donovan, S. 99–106; sehr kritisch, doch insgesamt nüchtern abwägend Smith, *Shadow Warriors*, S. 44 ff., 51 f.; umfassende Darstellung der britischen Politik in den Balkanländern während des Zweiten Weltkriegs bei Barker, *British Policy in South-East Europe*, zu Donovans Mission siehe S. 101, 119. Einzelheiten zu Donovans Reiseroute bei Troy, Donovan, S. 37 ff.; Smith, *Shadow Warriors*, S. 47 ff.; Corson, *Armies of Ignorance*, S. 127 ff.

²⁰ Smith, *Shadow Warriors*, S. 54.

²¹ Corson, *Armies of Ignorance*, S. 129; Troy, Donovan, S. 39.

²² Zu ULTRA, der Entzifferung des deutschen Codes durch den britischen Geheimdienst, siehe Winterbotham, *Aktion Ultra*; zur Verfügbarkeit von ULTRA Lewin, *Entschied Ultra den Krieg?*

²³ Troy, Donovan, S. 33, weist darauf hin, daß Donovan den Journalisten Edgar Ansel Mowrer bei dessen „Aufklärungskampagne“ über die Aktivitäten der „Fünften Kolonne“ unterstützte, vgl. William J. Donovan, *Edgar Mowrer, Fifth Column Lessons for America*, Washington, D. C., 1941.

²⁴ Die Situation des britischen SOE und SIS Ende 1940 ist skizziert bei Smith, *Shadow Warriors*, S. 42 ff.; eine ausgezeichnete Darstellung der Geschichte der SOE bietet Stafford, *Britain and the European Resistance 1940–1945*.

²⁵ Troy, Donovan, S. 52.

hauptet worden, daß er bei dieser Gelegenheit „the creation of a new agency“ vorgeschlagen habe²⁶. Diese „new agency“ sollte mit nachrichtendienstlichen Aufgaben betraut werden und zudem für Propaganda, psychologische Kriegführung, Sabotage und Guerillakampf zuständig sein. Während nicht geklärt ist, ob Donovan diesen Vorschlag wirklich schon während jener Unterredung mit Roosevelt erwähnt hat, setzte er sich unzweifelhaft bald nach seiner Rückkehr nach Washington für die Schaffung eines zentralen US-Geheimdienstes ein, denn Brigadegeneral Sherman Miles, stellvertretender Stabschef für den Nachrichtendienst G-2, äußerte sich am 8. April 1941 in einem Schreiben an Stabschef General George C. Marshall besorgt über „a movement [. . .] fostered by Col. Donovan, to establish a super agency controlling *all* intelligence“²⁷.

Eine erste schriftliche Äußerung Donovans zu diesem Thema liegt allerdings erst vom 26. April 1941 vor²⁸ – und Miles' Befürchtungen lassen sich aus diesem Schriftstück nur bedingt rechtfertigen. Auf Anregung von Knox skizzierte Donovan in einem Schreiben an diesen kurz die Organisation der britischen Auslandsnachrichtendienste, was er ganz offensichtlich mit Blick auf die Möglichkeit tat, daß ein ähnliches Instrumentarium auch bald in den Vereinigten Staaten geschaffen werden könnte. In diesem Zusammenhang betonte Donovan aber ausdrücklich, daß eine derartige Organisation in keiner Weise die „home duties“ der Nachrichtendienststellen von Armee und Marine sowie des FBI beschränken oder gar übernehmen sollte. Donovan schwebte ein reiner Auslandsnachrichtendienst vor; dieser sollte allerdings auch alle verfügbaren Informationen für den Präsidenten bzw. für von ihm autorisierte Dienststellen auswerten, was implizierte, daß die neue Behörde als Zentrale dienen sollte, an die von den bereits bestehenden Nachrichtendiensten gesammelte Informationen weitergegeben würden, um zu Berichten und Analysen für die Administration verarbeitet zu werden. Damit nahm Donovan in modifizierter Form seine schon früher formulierte Vorstellung eines Organs auf, das im wesentlichen eine Forschungs- und Analysefunktion ausüben sollte. Das Sammeln und Auswerten von Informationen bezeichnete Donovan in diesem Schreiben an Knox als „intelligence work“ im engeren Sinne; weitere wichtige Aufgabenbereiche sah er in der Auswertung von Post, im Abhören von Funkverkehr, im Einsatz von Propaganda als einem Mittel psychologischer Kriegführung und in der Planung und Ausführung subversiver Aktionen. Diese Auflistung dürfte vor allem die Aspekte geheimdienstlicher Tätigkeit widerspiegeln, auf deren Bedeutung Donovan während seiner beiden Reisen von den Briten immer wieder aufmerksam gemacht worden war; zudem ist nicht auszuschließen, daß Stephenson einen Anteil an der Formulierung dieses Schreibens an Knox hatte.

Am 10. Juni 1941 legte Donovan dann mit seinem „Memorandum of Establishment of Service of Strategic Information“²⁹ eine formelle Empfehlung für die Einrichtung eines zentralen US-Geheimdienstes vor. Die in dieser Denkschrift formulierten Überlegungen können kaum als ein in sich schlüssiges Konzept bezeichnet werden³⁰, son-

²⁶ Wallace R. Deuel in einem Entwurf zu einer „History of the OSS“, zit. nach Troy, Donovan, S. 40.

²⁷ Ebenda, S. 42.

²⁸ In Auszügen abgedruckt ebenda, S. 417f.

²⁹ Abgedruckt ebenda, S. 419f., sowie bei Corson, *Armies of Ignorance*, S. 135ff.

³⁰ Besonders kritisch Smith, *Shadow Warriors*, S. 64ff.

dern stellen eher ein Konglomerat aus den vielerlei Anregungen dar, die Donovan auf seinen Reisen, während seiner Gespräche mit Stephenson und wahrscheinlich auch durch Diskussionen in Washington erhalten hatte. Donovan begann sein Memorandum mit einigen grundsätzlichen Überlegungen zum modernen Krieg, der als „totaler Krieg“ die Mobilisierung aller Ressourcen einer Nation notwendig mache. Von entscheidender Bedeutung sei deshalb die Fähigkeit, aufgrund möglichst korrekter Analysen der Gesamtstärke des Gegners dessen Absichten und Planungen vorauszusehen, um sie durch die eigene Strategie zu vereiteln. Donovan kritisierte, daß die dazu notwendige Information der amerikanischen Regierung und ihren Planern nicht zur Verfügung stehe, da die Nachrichtendienstabteilungen von Armee und Marine zu sehr auf die Sammlung aktueller technischer bzw. strategischer Informationen spezialisiert seien. Überdies konnte das Sammeln von Daten und Informationen nach Donovans Ansicht nicht genügen; er argumentierte, daß erst ihre Analyse und Interpretation durch Experten aus allen Bereichen der Wissenschaft und Technik zu den Aufschlüssen ver helfe, die im modernen Krieg von so entscheidender Bedeutung seien.

Wie bereits angedeutet, hatte Donovan ähnliche Überlegungen im Ansatz schon früher entwickelt. In seinem Memorandum vom 10. Juni 1941 sind sie jedoch detaillierter ausgeführt. Erstmals formuliert ist hier auch der Gedanke, Experten zur Auswertung der gesammelten Daten und Informationen heranzuziehen, was letztlich eine Verwissenschaftlichung bzw. Professionalisierung von Nachrichtendienstarbeit bedeutete und mithin sehr modern gedacht war³¹. Die Analyse und Interpretation aller eingehenden Informationen erscheint zudem in diesem Rohentwurf eines „Service of Strategic Information“ als zentrale Aufgabe dieser Organisation, und unmißverständlich führen Donovans diesbezügliche Überlegungen zur „Research and Analysis“-Funktion des einen Monat später eingesetzten „Coordinator of Information“. Daß Donovan „Research and Analysis“ als unverzichtbare Grundlage für geheimdienstliche Operationen betrachtete, wird auch in seinen Vorstellungen zur psychologischen Kriegführung deutlich, wenn er argumentiert, daß zwar die Deutschen bislang Meister im Einsatz der in diesem Bereich wichtigsten „Waffe“, dem Radio, seien, daß aber die Wirkung von Radiopropaganda durchaus noch perfektioniert werden könne – „[but] only by planning, and planning is dependent upon accurate information“, wobei „accurate information“ in Donovans Verständnis nie nackte Fakten, sondern immer verarbeitete, in die relevanten Zusammenhänge eingeordnete Daten bedeutete.

Mit den Aufgabenbereichen „Research and Analysis“ und Radiopropaganda skizzierte Donovan in seinem Memorandum die beiden Funktionen, die seiner Ansicht nach integrale Bestandteile eines modernen Nachrichtendienstes zu sein hatten, im Rahmen des bestehenden US-Nachrichtendienstes aber nicht abgedeckt waren. Seine Versicherung, „that the proposed centralized unit will neither displace nor encroach upon the FBI, Army and Navy Intelligence, or any other department of the govern-

³¹ Die Aktualität der entsprechenden Überlegungen und Vorschläge Donovans wird deutlich in Laqueur, *World of Secrets*, wo sowohl OSS wie R&A allerdings nur beiläufig erwähnt sind, so daß bei den für die „Future of Intelligence“ (S. 311) gegebenen Empfehlungen nicht berücksichtigt wird, daß bereits in der Vergangenheit versucht wurde, manche von Laqueurs Forderungen zu realisieren. Vgl. in diesem Zusammenhang auch Ameringer, *U.S. Foreign Intelligence*, S. 396 ff., 405. Jeffreys-Jones, *American Espionage*, S. 173 ff., bestreitet dagegen den innovativen Charakter von Donovans Konzeptionen.

ment“, hätte insofern glaubwürdig und beruhigend für die angesprochenen Stellen klingen können. Doch wie kaum anders zu erwarten, tendierte man in militärischen Kreisen dazu, die von General Miles schon früh geäußerte Besorgnis zu teilen, daß es Donovan darum ginge, „to establish a super agency controlling *all* intelligence“. Andererseits fanden Donovans Vorschläge aber auch einflußreiche Befürworter, und neben seinen persönlichen und politischen Freunden wie etwa Frank Knox setzten sich vor allem die Briten für die Verwirklichung seiner Ideen ein. Zudem konnte sich Donovan sicher sein, mit seinem Memorandum auf ernsthaftes Interesse bei Roosevelt zu treffen. Nach einer Unterredung mit Donovan autorisierte der Präsident denn auch am 18. Juni das Bureau of the Budget, einen Entwurf für die Einrichtung des von Donovan vorge schlagenen „Service of Strategic Information“ auszuarbeiten.

Letztlich sollten allerdings mehrere Entwürfe notwendig sein, bis die Bedenken aller an der Diskussion beteiligten Stellen soweit ausgeräumt waren, daß dem Präsidenten das gewünschte Dokument zur Unterzeichnung vorgelegt werden konnte³². Die von den Juristen des Budget Bureau ausgehandelte Kompromißformel vermied – ganz im Gegensatz zu Donovans Memorandum und Roosevelts ursprünglichen Anweisungen – auf Insistieren von Kriegsminister Stimson jeglichen Hinweis auf etwaige militärische Funktionen der neuen Behörde. So wurde Donovan als deren Leiter nicht, wie ursprünglich vorgesehen, zum Generalmajor befördert, und aus seinem „Service of Strategic Information“ wurde in eigentümlicher Verbindung zwischen dem Direktor und der ihm unterstellten Organisation ein „Coordinator of Information“ (COI). Die Hauptaufgabe der neuen Behörde sollte darin bestehen, „to collect and analyze all information and data, which may bear upon national security; to correlate such information and data, and to make such information and data available to the President and to such departments and officials of the Government as the President may determine“.

Damit war die von Donovan als so wichtig erachtete Research and Analysis-Funktion umschrieben; sie blieb die einzige Aufgabe, die die präsidentielle Order der neuen Behörde ausdrücklich zuwies. Darüber hinaus war der COI lediglich noch autorisiert „to carry out, when requested by the President, such supplementary activities as may facilitate the securing of information important for national security not now available to the Government“ – eine wachsweiße Formulierung, hinter der sich, freilich nicht ohne Absicht, alles und nichts verbergen konnte. Bezeichnenderweise war in dieser so vage gehaltenen und nur etwa eine halbe Schreibmaschinenseite beanspruchenden Order aber Raum, noch einmal ausdrücklich und ausführlich darauf hinzuweisen, daß die Kompetenzen der regulären militärischen Berater des Präsidenten durch die neue Behörde in keiner Weise beschnitten würden.

Der bürokratische Grabenkampf, der sich schon an der Abfassung dieses Dokuments entzündet hatte, sollte Donovans Behörde zwar von Anfang an das Dasein erschweren und sie bald gar in ihrem Bestehen gefährden, doch war Donovan schließlich kein Neuling in Washington und zudem nicht leicht zu entmutigen. Als Roosevelt am 11. Juli 1941 Donovans Einsetzung als Coordinator of Information durch seine Unterschrift amtlich machte, konnte dieser immerhin für sich verbuchen, gegen große Wi-

³² Einzelheiten bei Troy, Donovan, S. 62–70; die vom Präsidenten unterzeichnete Designation eines „Coordinator of Information“ ist abgedruckt ebenda, S. 423; vgl. auch Corson, *Armies of Ignorance*, S. 137 ff.; sowie Smith, *Shadow Warriors*, S. 65 ff.

derstände die Einrichtung des ersten zentralen Geheimdienstes in der Geschichte der Vereinigten Staaten initiiert zu haben. Aufbau und Entwicklung dieses Geheimdienstes sollte er im folgenden stark prägen, oft genug ist er denn auch als „Vater“ des COI bzw. des aus diesem hervorgehenden Office of Strategic Services (OSS) bezeichnet worden. Doch auch wenn die Bedeutung von Donovans Engagement nicht unterschätzt werden sollte, wäre die Schaffung eines zentralen US-Geheimdienstes ohne die durch den Krieg diktierten Erfordernisse wohl noch lange undenkbar geblieben, und sosehr Donovan Entwicklung und Aufbau von COI und OSS auch geprägt haben mag, sosehr prägten eben von Anfang an auch kriegsbedingte Anforderungen beide Organisationen.

Der Aufbau der R&A-Branch

Als Donovan am 11. Juli 1941 das Amt des Coordinator of Information antrat, übernahm er damit die Leitung einer Behörde, die noch gar nicht existierte, für deren Organisation – außer den von ihm selbst in seinem Memorandum vom 10. Juni 1941 entwickelten Vorstellungen – keinerlei Konzeptionen vorlagen, für deren Unterbringung kein Raum und für deren Aufbau und Unterhalt keine Mittel eingeplant waren. Da die Einrichtung eines zentralen US-Nachrichtendienstes im Juli 1941 längst überfällig war, blieb auch keine Zeit, Konzeptionen zu entwickeln und entsprechende Planungen und Vorbereitungen in die Wege zu leiten. Aufbau und Organisation dieses ersten zentralen US-Nachrichtendienstes wurden so unvermeidlich zu einem „learn as you go“-Prozeß, der nicht selten nach dem Muster von „trial and error“ ablief. An der Frage, ob der COI bzw. das später aus ihm hervorgehende Office of Strategic Services dabei insgesamt mehr Fehlschläge oder mehr Erfolge zu verbuchen hatte, schieden und scheiden sich die Geister. Doch selbst diejenigen, die zu einer kritischen Haltung tendieren, nehmen die Research & Analysis (R&A) Branch von dieser Kritik meist aus.

Wie eben dargelegt, war der Aufgabenbereich der R&A-Branch in der von Präsident Roosevelt am 11. Juli unterzeichneten Order die einzige Funktion, zu der der COI ausdrücklich autorisiert war. Dem Gedanken, alle verfügbare Information in einer Zentrale zu sammeln, um sie von Experten aus Wissenschaft und Technik auswerten und zu Analysen verarbeiten zu lassen, die als Grundlage für politische Entscheidungen und strategische Planungen dienen konnten, kam in den von Donovan entwickelten Vorstellungen zudem zentrale Bedeutung zu. Dennoch beschränkte sich sein Beitrag zum Auf- und Ausbau der mit diesen Aufgaben befaßten R&A-Abteilung letztlich auf die anfängliche Aufbauphase, denn selbst ein Mann von Donovans schier unerschöpflicher Energie konnte nicht in kürzester Zeit eine so komplexe Organisation wie einen zentralen Nachrichtendienst aus dem Nichts schaffen, wenn er nicht bereit war, Kompetenzen zu delegieren.

Da der Auswahl der ersten leitenden Mitarbeiter um so größere Bedeutung zukam, als auch für R&A keine „Blaupause“ existierte und grundlegende Strukturen erst zu entwickeln waren, ersuchte Donovan Archibald MacLeish, den Leiter der Library of Congress, aus Mitarbeitern der Bibliothek, der National Archives, des American Council of Learned Societies sowie Vertretern verschiedener anderer Organisationen und Universitäten einen Ausschuß zu bilden, der Empfehlungen für die personelle

Ausstattung der R&A-Branch geben sollte³³. Damit wurde der Grundstein zur Ausbildung eines der frühesten und prägendsten Charakteristika der R&A-Branch gelegt – der einzigartigen Zusammensetzung ihres Mitarbeiterstabes. Schon nach wenigen Monaten hätte R&A den Vergleich mit den Fakultäten auch mancher renommierter Universitäten kaum zu scheuen brauchen, denn bekannte Historiker, Politikwissenschaftler, Soziologen, Wirtschaftswissenschaftler, Psychologen, Geographen und Sprachwissenschaftler von über 35 Universitäten hatten sich für die Mitarbeit in der Abteilung gewinnen lassen³⁴.

Die Rekrutierung dieser ersten R&A-Mitarbeiter erfolgte weitgehend innerhalb der Grenzen eines akademischen „old boys’ network“, da die anfangs für die Arbeit in der Abteilung gewonnenen Wissenschaftler ihrerseits häufig von ihnen geschätzte Kollegen und Doktoranden oder Studenten als R&A-Mitarbeiter gewannen. Insofern war es kein Zufall, wenn der Mitarbeiterstab der Abteilung anfänglich eine deutliche „Ivy League“-Prägung aufwies; doch wäre es kaum gerechtfertigt, dahinter politisches Kalkül zu vermuten. Denn diese Personalzusammensetzung hatte sich nicht nur aufgrund der eben erwähnten persönlichen Bekanntschaften herausgebildet, sondern spiegelte auch getreulich den zu dieser Zeit noch unangefochtenen Vorrang der alten etablierten Universitäten der Ostküste im Bereich der Geisteswissenschaften wider, wobei Harvard und Yale anfangs den größten Teil der R&A-Mitarbeiter stellten³⁵. Freilich dürfte sich diese „Ivy League“-Prägung insofern vorteilhaft für die Arbeit der Abteilung ausgewirkt haben, als die R&A-Mitarbeiter gewohnt waren, in ähnlichen Kategorien zu denken wie die potentiellen Washingtoner Abnehmer der von ihnen ausgearbeiteten Studien und Analysen, die schließlich ebenfalls häufig an den Eliteuniversitäten der Ostküste studiert hatten³⁶. Wie ein Großteil dieses „Kundenkreises“ waren viele Mitarbeiter der R&A-Branch überdies deutlich vom liberalen Gedankengut und dem reformerischen Geist des New Deal geprägt.

Der Umstand, daß die Liste der R&A-Mitarbeiter bald einem Who’s Who der amerikanischen Geistes- und Sozialwissenschaften ähnelte, brachte Donovans Behörde von Anfang an einen gewissen Neid und reichlich Spott ein. Selbst in der nationalsozialistischen Propaganda wurde gehöhnt, der Mitarbeiterstab des neuen US-Nachrichtendienstes – dem die anfänglichen Notunterkünfte bald zu eng wurden und der sich deshalb ein eilig, aber nur unvollständig geräumtes Gebäude des National Health Institute mit dem dort zurückgebliebenen Experimentierzoo teilen mußte – bestehe aus „fifty professors, twenty monkeys, ten goats, twelve guinea pigs, and a staff of Jewish scribblers“³⁷. Innerhalb des COI und in Washington wurde R&A bald unter dem nicht immer respektvoll gemeinten Spitznamen „the Campus“ bekannt, denn in dem „un-

³³ OSS War Report I, S. 48f.; vgl. dazu und zum Folgenden auch Katz, *Foreign Intelligence*, S. 5 ff.

³⁴ OSS War Report I, S. 11; NA, RG 226, E 38, b 3 (Reading Files); zum „recruiting ground“ Universität Winks, *Cloak*, S. 23 ff., sowie Katz, a. a. O.

³⁵ Vgl. dazu Smith, *Shadow Warriors*, S. 361 f.; und ausführlich Winks, *Cloak*, S. 60 ff.

³⁶ Smith, *Shadow Warriors*, S. 362; Kritik an der anfänglich nach rein akademischen Qualifikationen ausgerichteten Rekrutierung von Mitarbeitern in NA, RG 226, R&A-History, S. 59 ff.

³⁷ Zit. nach Ford, *Donovan*, S. 122; vgl. auch Dunlop, *Donovan*, S. 308; Troy, *Donovan*, S. 87; sowie Smith, *OSS*, S. 1, der als einziger eine Quelle angibt: Drew Pearson, *Washington Merry Go-Round*, mit einer für den 3.12. 1941 vermerkten nationalsozialistischen Propagandasendung.

usually pure academic ghetto“³⁸, das die R&A-Branch bald darstellte, gediehen offenbar nicht nur viele der der akademischen Welt zugeschriebenen Tugenden, sondern wohl auch so manche der ihr eigenen Untugenden³⁹.

Die Schlichtung der daraus resultierenden Probleme und Spannungen scheint denn auch das bereits Anfang August 1941 als R&A-Führungsgremium eingerichtete Board of Analysts gelegentlich überfordert zu haben⁴⁰. Unter Vorsitz des für die Leitung der R&A-Branch gewonnenen Historikers James Phinney Baxter III sollte dieser Ausschuß die Arbeit der Abteilung planen und überwachen⁴¹; zu seinen Mitgliedern zählten mehrere Harvard-Professoren – der Historiker William Langer, der später Baxters Nachfolger werden sollte, der Wirtschaftswissenschaftler Edward S. Mason und Donald C. McKay, ein Spezialist für französische Geschichte – sowie der Politologe Joseph R. Hayden von der University of Michigan, der Wirtschaftswissenschaftler Calvin Hoover von der Duke University und der Militärhistoriker Edward Mead Earle vom Institute of Advanced Studies in Princeton. Später sollte dieser rein akademische Zirkel noch durch Vertreter des Außenministeriums sowie des Kriegs- und des Marineministeriums erweitert werden.

So beeindruckend personelle Besetzung wie Kompetenzbereich dieses bald mit dem Spitznamen „College of Cardinals“ belegten Führungsgremiums auch waren, sollte es die ihm zugeordneten Funktionen letztlich nie ganz ausfüllen. Ein Grund dafür war die Überlastung der Ausschußmitglieder, die alle noch vielerlei andere Verpflichtungen zu erfüllen hatten, wobei es sich anscheinend gelegentlich als besonders problematisch erwies, daß mehrere Ausschußmitglieder zugleich Leiter einer R&A-Abteilung waren und deshalb zu einer gewissen Parteilichkeit neigten, die der Konsensfähigkeit erfordernden Arbeit dieses Gremiums nicht zuträglich war.

Immerhin war mit der Einsetzung des Board of Analysts Anfang August 1941 ein erster Schritt zum Aufbau der R&A-Branch getan. Neben der Rekrutierung von Mitarbeitern gehörte es zunächst zu den vordringlichsten Aufgaben der Ausschußmitglieder, Vorstellungen darüber zu entwickeln, wie die Abteilung die ihr zugewiesenen Funktionen eigentlich erfüllen sollte. Der den in R&A versammelten Akademikern vom OSS War Report zugeschriebene Ehrgeiz, einen Beitrag zur Entwicklung nachrichtendienstlicher Arbeitsweisen zu leisten⁴², drückte sich dabei in dem für R&A so charakteristischen Bemühen aus, stets wissenschaftlich und systematisch vorzugehen: „the basis of the research and analysis function was conceived to be the collection of all evidence relevant to the subject at hand and the application to that evidence of the inductive and deductive processes of analysis“⁴³. Wie in der R&A-History betont

³⁸ Smith, *Shadow Warriors*, S. 362.

³⁹ Vgl. dazu die farbige Darstellung des OSS- bzw. R&A-Mitarbeiters Alcorn, *No Bugles for Spies*, S. 71–93.

⁴⁰ Dazu Corson, *Armies of Ignorance*, S. 172.

⁴¹ OSS War Report I, S. 50; zum Folgenden auch Katz, *Foreign Intelligence*, S. 4 ff.; Winks, *Cloak*, S. 70 f., und Troy, *Donovan*, S. 84 f. Die Sitzungen des Ausschusses sind dokumentiert in NA, RG 226, E 58: *Minutes of the Meetings of the Board of Analysts, 1941–43*. Der Ausschuß wurde im Dezember 1943 aufgelöst; seine Funktionen wurden im wesentlichen vom Projects Committee übernommen, siehe dazu unten III., 2. Teil.

⁴² OSS War Report I, S. 13; vgl. auch Katz, *Foreign Intelligence*, S. 6 f.

⁴³ NA, RG 226, R&A-History, (II. The Nature of Research and Analysis Activities), S. 4.

wird, war man sich zwar bewußt, damit nur die Beachtung alterwürdiger Grundsätze solider Wissenschaft zu fordern, doch glaubte man feststellen zu müssen, daß dieses Vorgehen für die amerikanischen Nachrichtendienste „surely and shamefully new in practice“ sei⁴⁴. Daß man sich in R&A in so hohem Maße einem Ideal strenger Wissenschaftlichkeit verpflichtet fühlte und damit auch die Forderung nach „absoluter“ Objektivität und einer entsprechend sachlichen, nüchtern-emotionslosen Darstellungsweise verband, spiegelte nicht zuletzt die zeitgenössische Diskussion um eine „Verwissenschaftlichung“ der Geisteswissenschaften wider⁴⁵.

Um R&A mit dem Material zu versorgen, das die Mitarbeiter wissenschaftlich auswerten sollten, war es nach Donovans Ansicht nicht notwendig, zuerst eine eigens mit der Sammlung von Daten und Informationen befaßte Abteilung aufzubauen. Militärische Stellen sowie Außenministerium, FBI und einige andere Regierungsbehörden verfügten schließlich bereits über entsprechende Abteilungen, und offenbar war es Donovan ernst mit seiner Absicht, nicht in deren Kompetenzen einzugreifen, sondern sich auf die ihm zugewiesene Aufgabe der „Koordination“ der von diesen Stellen gesammelten Informationen zu beschränken. Die für die wissenschaftliche Analyse und Aufbereitung dieser Materialien benötigten Hintergrundinformationen waren nach Donovans Ansicht aus Büchern, Fachzeitschriften und Zeitungen zu gewinnen. Donovan war deshalb daran gelegen sicherzustellen, daß R&A die reichhaltigen Ressourcen der Library of Congress nutzen konnte, und in Gesprächen mit Archibald MacLeish hatte er bereits im Juni die Grundlage für eine Zusammenarbeit zwischen der Bibliothek und der R&A-Branch geschaffen⁴⁶.

Aufgrund der zwischen Donovan und MacLeish getroffenen Vereinbarungen konnten die Mitarbeiter der im August 1941 eingerichteten Division of Special Information (DSI) so zunächst in der Library of Congress ein Unterkommen finden⁴⁷. Die Hauptaufgabe dieser nach regionalen Schwerpunkten untergliederten R&A-Abteilung bestand darin, den von Donovan für die Analyse aktueller Informationen als so wichtig erachteten Grundstock an „background knowledge“ zusammenzutragen. Neben den Ressourcen der Library of Congress zogen die DSI-Mitarbeiter dafür auch Bestände anderer Bibliotheken heran und werteten in Firmen- und Bankarchiven verfügbare Materialien aus.

Leiter der DSI war der renommierte Historiker William L. Langer, der im Sommer 1942 als Nachfolger des offiziell aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretenen Baxter auch die Leitung der R&A-Branch übernehmen sollte⁴⁸. Der 1896 als Kind deutscher Einwanderer in Boston geborene Langer war in relativ ärmlichen Verhältnissen aufgewachsen; dank seiner Begabung und eines offenbar schon in jungen Jahren entwickelten Ehrgeizes gelang es ihm jedoch, mit Hilfe eines Stipendiums in Harvard moderne Sprachen zu studieren, um Lehrer für Deutsch und Französisch zu werden⁴⁹. Da

⁴⁴ NA, RG 226, R&A-History, a. a. O.

⁴⁵ Etwas spöttisch dazu Smith, *Shadow Warriors*, S. 362f.; vgl. auch Katz, *Foreign Intelligence*, S. 15ff.

⁴⁶ OSS War Report I, S. 9.

⁴⁷ Vgl. zum Folgenden OSS War Report I, S. 53.

⁴⁸ Langer hatte ursprünglich wohl angenommen, daß er von Anfang an die Leitung der R&A-Branch übernehmen würde; dazu ausführlicher in III., 2. Teil.

⁴⁹ Zum Folgenden Langers Autobiographie, *Ivory Tower*.

Langer das auf vier Jahre angelegte Studienprogramm in nur drei Jahren absolvierte, konnte er seine erste Stellung bereits 1915 antreten. Von seiner Arbeit als Deutschlehrer in einem Internat in keiner Weise ausgefüllt, begann Langer in seiner Freizeit bald, sein schon immer waches Interesse für Geschichte und Politik zu vertiefen, und nachdem er im Ersten Weltkrieg als Freiwilliger Militärdienst geleistet hatte, entschloß er sich nach Kriegsende, nicht zu seiner Lehrtätigkeit zurückzukehren, sondern in Harvard ein Promotionsstudium in Geschichte aufzunehmen.

In seiner Dissertation beschäftigte sich Langer mit der französisch-russischen Allianz zwischen 1891–1894, einem für amerikanische Verhältnisse damals eher exotischen Thema. Nach einem fast einjährigen Forschungsaufenthalt in Europa und dem Abschluß des Promotionsverfahrens begann Langer, an der Clark University in Worcester europäische Geschichte zu lehren und daneben bei der eben erst gegründeten Zeitschrift *Foreign Affairs* mitzuarbeiten⁵⁰. Mit seiner fachlichen Orientierung bewies Langer ein für amerikanische Geisteswissenschaftler jener Zeit relativ ungewöhnliches Interesse an europäischer Zeitgeschichte. Seine Expertise auf diesem Gebiet fand Anerkennung, als er auf den Coolidge-Lehrstuhl nach Harvard berufen wurde, und nachdem schon seine 1929 publizierte Dissertation ausgezeichnete Rezensionen erhalten hatte, avancierten seine 1931 bzw. 1935 erscheinenden Darstellungen der *European Alliances and Alignments* sowie der *Diplomacy of Imperialism* bald zu Klassikern. In diesen umfang- und detailreichen Werken demonstrierte Langer seine vollständige Beherrschung der klassischen Methoden Rankescher Diplomatiegeschichte, wobei sein Interesse vorrangig der Frage nach den Bedingungen internationaler Stabilität galt. Angesichts der politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Europa begann Langer aber auch, die Grenzen der Rankeschen Methoden zu erkennen und die Notwendigkeit sozialgeschichtlicher Fragestellungen und Arbeitsweisen zu konzedieren.

In den dreißiger Jahren blieb Langer ein aufmerksamer Beobachter des europäischen Zeitgeschehens, wobei er stets bemüht war, die politischen Entwicklungen vor ihrem geschichtlichen Hintergrund zu sehen. Illustrativ ist in diesem Zusammenhang ein von ihm Anfang 1938 verfaßter Artikel mit dem Titel *When German Dreams Come True*⁵¹, in dem er das von Hitler in *Mein Kampf* formulierte Gedankengut als Erbe der im 19. Jahrhundert entwickelten nationalistischen, sozialdarwinistischen und imperialistischen Vorstellungen verstanden wissen wollte. Langer beschränkte sich jedoch nicht auf diese Analyse, sondern versuchte, davon ausgehend auf die künftige deutsche Politik zu schließen. Seiner Ansicht nach strebten die Deutschen danach, einen mitteleuropäischen Machtblock zu errichten, der das nach dem Verschwinden der österreichisch-ungarischen Donaumonarchie entstandene Vakuum füllen würde. Doch, wie Langer meinte: „The new bloc would, undoubtedly, be more inclusive than the old, and the German hegemony would be far more effective.“ Die Annexion Österreichs sei nur der erste Schritt auf dem Wege zur Verwirklichung dieses „age-old urge and [...] age-old dream“; ganz richtig sagte Langer in diesem Zusammenhang auch die Besetzung der Tschechoslowakei voraus. Weder Großbritannien noch Frankreich, ge-

⁵⁰ Zu *Foreign Affairs*, dem Organ des 1921 begründeten Council on Foreign Relations, siehe Wala, *Winning the Peace*, S. 33 ff.

⁵¹ Abgedruckt in Langer, *Explorations in Crisis*, S. 227–243.

schweige denn Rußland würden nach Langers Analyse in der Lage bzw. willens sein, den Deutschen Einhalt zu gebieten; doch spätestens wenn dieses neue Deutsche Reich versuchen würde, Kolonialpolitik zu betreiben, würden die Briten erkennen müssen, „that they have been living in a fool's paradise, for the new Greater Germany promises to be infinitely stronger than the antagonist of 1914“.

In diesem Artikel hatte Langer die Arbeitsweise der R&A-Branch im Grunde vorweggenommen und vor allem auch die später von Donovan vertretene Auffassung bestätigt, daß schon allein die sorgfältige Analyse frei verfügbarer Materialien durch Experten zu aufschlußreichen Erkenntnissen verhelfen konnte. So gehörte die Ausarbeitung derartiger Analysen denn auch zu den Hauptaufgaben der nach regionalen Schwerpunkten untergliederten DSI, wobei das Schwergewicht – dem Kriegsgeschehen entsprechend – zunächst auf Europa lag. Allein drei DSI-Abteilungen widmeten sich unter Leitung hervorragender Gelehrter dem Studium der dortigen Entwicklungen: Die Central Europe Section unterstand Walter L. Dorn, der zuvor als Professor für moderne europäische Geschichte bzw. als Spezialist für preußische Geschichte an verschiedenen amerikanischen Universitäten gelehrt hatte und der später als Berater für die Planung und Ausführung der amerikanischen Deutschlandpolitik fungieren sollte⁵². Die nächste Wissenschaftlergeneration war ebenfalls schon vertreten, repräsentiert etwa durch Carl E. Schorske, einem der wenigen Langer-Schüler, zu denen der häufig als verschlossen beschriebene Langer wohl auch eine persönliche Beziehung hatte. Schorske sollte sich später als Autorität auf dem Gebiet europäischer Geistesgeschichte einen Namen machen, und unter seinen Veröffentlichungen finden sich auch mehrere Studien zur deutschen Zeitgeschichte⁵³.

Neben der Central Europe Section umfaßte die DSI noch die unter der Leitung des bekannten Politologen Robert K. Gooch stehende Western Europe Section sowie die Eastern Europe Section, in der mit Mitarbeitern wie etwa dem Historiker Robert L. Wolff, der später in Harvard osteuropäische Geschichte lehrte, ebenfalls ausgezeichnete Fachleute beschäftigt waren. Die unter der Leitung des Yale-Historikers Sherman Kent stehende Mediterranean and Africa Section hatte als erste DSI-Abteilung Gelegenheit, ihre Leistungsfähigkeit mit ihren in Vorbereitung für die Operation TORCH ausgearbeiteten Nordafrika-Studien unter Beweis zu stellen und dabei auch „the first victory“ für R&A's methodology⁵⁴ zu erringen. Mit seiner Arbeit als Leiter der Mediterranean and Africa Section bzw. der späteren Europe-Africa Division legte Sherman Kent den Grundstein für seine Nachkriegskarriere als Direktor des von William Lan-

⁵² Directory of American Scholars 1951, S.237. Kritik an Dorn in NA, RG 226, R&A-History, (IV), S.76; vgl. dazu auch Söllner (Hrsg.), Archäologie der Demokratie, Bd.2, S.23. Siehe außerdem das von Niethammer gezeichnete Persönlichkeitsbild Dorns in: Dorn, Inspektionsreisen in der US-Zone, S.8ff. Von der Arbeit der Central Europe Section während der Aufbauphase des COI ist heute nicht mehr viel zu identifizieren, was sich zum Teil aus der ursprünglichen Funktion der DSI als eine Art von Dienstleistungsstelle innerhalb der R&A-Branch erklären mag; vgl. NA, RG 226, E 58, b 1, Book I, Exhibit No.3.

⁵³ Directory of American Scholars 1951, S.832. Schorskens spätere Publikationen umfassen u.a.: The Problem of Germany, New York 1947, German Social Democracy, 1905–1917: The Development of the Great Schism, Cambridge 1955; Explorations in Crisis, eine 1969 von Schorske als Festschrift herausgegebene Sammlung von Langers Aufsätzen.

⁵⁴ Donovan zit. nach Winks, Cloak, S.85; zur COI/OSS-Beteiligung an TORCH siehe III., 1. Teil.

ger innerhalb der CIA aufgebauten Office of National Estimates (ONE)⁵⁵, und neben Langer entwickelte sich Kent zur prägenden Persönlichkeit innerhalb der R&A-Branch.

Nachdem mit der Einrichtung der DSI ein wesentliches Element von Donovans Konzept verwirklicht war, wurde Anfang September mit der Central Information Division (CID) ein weiterer wichtiger Teil seiner Vorstellungen realisiert. Aufgabe der CID war es, „to handle central filing, registry, and editing of reports“⁵⁶. Um eine zentrale Kartei aufzubauen, mußten sich die CID-Mitarbeiter allerdings erst einmal die Materialien beschaffen, die sie katalogisieren sollten. Schon dieser erste Schritt ihrer Arbeit erwies sich freilich als alles andere als einfach, denn nach Darstellung der R&A-History war es nur durch „cajolery, bullying, logic and semi-theft“ möglich, eine Sammlung aufzubauen, die anfänglich kaum mehr enthielt als „quarterly price reports, Axis orders of battle, estimated requirements of the British Empire, and other such luke-warm intelligence as the established agencies would release to a new brother“⁵⁷. Bei der Katalogisierung dieser Materialien sollte sich die CID nach Donovans Vorstellungen dann nicht etwa darauf beschränken, das altherwürdige „file and forget“-System der meisten Regierungsbehörden einmal mehr anzuwenden. Donovan bestand vielmehr darauf, daß der COI über das modernste und effizienteste Katalogisierungssystem verfügen sollte⁵⁸. Daß der COI bekam, was Donovan wollte, bezeugt noch heute der in den Washingtoner National Archives aufbewahrte, fast eine Million Karten umfassende Index, der wahrlich das „institutional ,memory“⁵⁹ des COI bzw. OSS darstellte.

Dieser Index war das Werk von Wilmarth Sheldon Lewis⁶⁰, einem aus wohlhabender Familie stammenden Yale-Absolventen, den Archibald MacLeish im August 1941 für die Mitarbeit beim COI gewonnen hatte. Den leidenschaftlichen Literaturliebhaber Lewis faszinierte die Frage, wie die im COI anzusammelnde Vielzahl von Einzelinformationen und Daten am besten zu organisieren wäre. Daß er dieses Problem mit Bravour löste, trug unschätzbar viel zur Effizienz und Qualität der Arbeit von R&A bei, denn dank eines ausgefeilten Systems von Querverweisen erlaubte der von Lewis angelegte Index schon lange vor unserem Computerzeitalter einen schnellen und sicheren Zugriff auf vorhandene Daten und Informationen, so daß angeblich sogar das State Department gelegentlich bei R&A anfragte, über welche Konsularberichte es selbst eigentlich verfüge⁶¹.

Im Herbst 1941 wurden neben der nach regionalen Schwerpunkten gegliederten DSI drei funktionale, d. h. fachlich spezialisierte R&A-Abteilungen eingerichtet. Bereits im September wurde mit dem Aufbau der Psychology Division begonnen⁶².

⁵⁵ Vgl. auch Kent, *Strategic Intelligence for American World Policy*, Princeton 1949.

⁵⁶ OSS War Report I, S. 49, siehe auch S. 60 und 169.

⁵⁷ NA, RG 226, R&A-History, (CID), S. 4.

⁵⁸ OSS War Report I, S. 49, 60.

⁵⁹ Corson, *Armies of Ignorance*, S. 171.

⁶⁰ Zum Folgenden Winks, *Cloak*, S. 96 ff.

⁶¹ Ebenda, S. 100; vgl. auch NA, RG 226, R&A-History, (CID), S. 14 f.

⁶² Zum Folgenden OSS War Report I, S. 59 f.; die Psychology Division wurde allerdings im Rahmen der im Januar 1943 durchgeführten Reorganisation der R&A-Branch aufgelöst; dazu unten III., 2. Teil.

Die Mitarbeiter dieser zur damaligen Zeit im Rahmen eines Geheimdienstes zweifellos exotisch anmutenden Abteilung sollten einerseits ihre Expertise bei der Analyse nationalsozialistischer Propaganda einbringen⁶³; andererseits sollten sie bei der Planung amerikanischer Propaganda mitwirken, was enge Zusammenarbeit mit dem unter Leitung von Robert E. Sherwood stehenden Foreign Information Service (FIS) erforderte. Der FIS hatte als erste COI-Abteilung schon im August 1941 seine Arbeit aufgenommen und konnte mit seinem ab Februar 1942 ausgestrahlten Programm der „Voice of America“ auch schon früh Leistungen vorweisen. Aufgrund schwerwiegender Differenzen zwischen Donovan, der Propaganda als integralen Bestandteil psychologischer Kriegführung verstanden wissen wollte, und Sherwood, der – wie viele der von ihm rekrutierten liberal-demokratischen, dem New Deal verpflichteten FIS-Mitarbeiter – eher politische „Aufklärungsarbeit“ leisten wollte, erwies sich der FIS aber auch als die problematischste COI-Abteilung. Letztlich sollten die Differenzen zwischen Donovan und Sherwood zur Ausgliederung des FIS aus dem COI und seiner Übernahme durch das im Juni 1942 gegründete Office of War Information führen⁶⁴.

Als weitere funktionale Abteilung wurde im Oktober die Economics Division unter Leitung des Wirtschaftswissenschaftlers Edward S. Mason begründet⁶⁵. Sie gliederte sich anfänglich nach den Arbeitsbereichen Agriculture and Standard of Living, Military Supplies, Labor Supply und Industrial Resources; später wurden noch einige andere Abteilungen gebildet. Die Mitarbeiter der Economics Division – darunter so bekannte Wissenschaftler wie Emile Despres, Calvin Hoover, Charles Kindleberger und Wassily Leontief – zeigten von Anfang an großes Engagement, und schon ihre erste umfassende Studie, „The German Economic and Military Position“ vom 12. Dezember 1941⁶⁶, war methodisch wie inhaltlich insofern ein Glanzstück, als in ihr unter Ausschöpfung aller erdenklicher Informationsquellen Ergebnisse erarbeitet und Voraussagen getroffen wurden, die zwar manchen gängigen Ansichten widersprachen, sich aber letztlich als zutreffend erweisen sollten⁶⁷.

Ebenfalls im Oktober 1941 wurde mit dem Aufbau der Geographic Division begonnen⁶⁸; ihre Mitarbeiter fertigten Landkarten als Illustration zu R&A-Berichten an, stellten Informationen über Infrastruktur, Hafenanlagen und Stadtpläne zusammen

⁶³ Z.B. NA, RG 59, R&A 608, „Design of Propaganda in German Foreign Newsreels („Auslands-wochenschau)“, 19. 3. 1942; NA, RG 59, R&A 616, „The Radio Propaganda Atmosphere of the German Public“, 21. 3. 1942; ausführlicher dazu unten II., 2. Teil.

⁶⁴ Zu den Differenzen zwischen Donovan und Sherwood, zur Arbeit des FIS und in diesem Zusammenhang auch zur Problematik des Einsatzes von Propaganda OSS War Report I, S. 10f., 31–48. Zur Geschichte des OWI Winkler, Politics of Propaganda.

⁶⁵ Zum Folgenden OSS War Report I, S. 56ff.; NA, RG 226, R&A-History, (IV. Europe-Africa Division), S. 3ff.

⁶⁶ NA, RG 59, R&A 214 A, B; vgl. auch NA, RG 226, R&A-History, (IV. Europe-Africa Division), S. 4ff. Diese Studie war die erste umfassende R&A-Arbeit, die Roosevelt vorgelegt wurde, vgl. FDRL, PSF/Subject/OSS, b 163, f 1, sowie b 165, f 7 (Langer an Roosevelt, 10. 3. 1942); ausführlich dazu unten II., 1. Teil.

⁶⁷ Vgl. dazu auch OSS War Report I, S. 56ff.; weitere Beispiele zur Arbeitsweise der Economics Division bei Winks, Cloak, S. 86ff. Die R&A-History erwähnt aber auch Fehleinschätzungen der deutschen Wirtschaftskapazität durch die Economics Division, dazu unten II., 1. Teil.

⁶⁸ Zum Folgenden OSS War Report I, S. 58f.; vgl. auch Winks, Cloak, S. 89f.

und analysierten die Genauigkeit und Aussagekraft veröffentlichter kartographischer Materialien.

Problematisch an dieser ursprünglichen Struktur der Research and Analysis Branch war, daß die drei funktionalen Abteilungen, also die Psychology, Economics und Geographics Divisions, nicht etwa mit der nach regionalen Schwerpunkten gegliederten Division of Special Information zusammenarbeiteten, sondern vielmehr direkt der Leitung des Board of Analysts unterstanden. Dies führte zu Überschneidungen, die Verschwendung von Arbeitskraft bedeuteten und zu Spannungen führten, wobei die Beziehungen zwischen der Economics Division und der Eastern Europe Section der DSI besonders beeinträchtigt waren. Für eine Organisation, die geschaffen worden war, um eine bessere Koordination der amerikanischen Nachrichtendiensttätigkeit zu gewährleisten, war dies ein schwerwiegender Minuspunkt, zumal diese Probleme erst Anfang 1943 im Zuge einer grundlegenden Reorganisation der R&A-Branch gelöst wurden⁶⁹. Dennoch war mit den soeben beschriebenen Abteilungen bis Ende 1941 eine arbeitsfähige Grundstruktur geschaffen worden. In dieser Aufbauphase kam der R&A-Branch zweifellos zugute, daß ihr Aufgabenbereich die einzige Funktion war, zu der Donovans neue Behörde in der präsidentiellen Order vom 11. Juli ausdrücklich autorisiert worden war. Trotzdem mußte sich R&A erst einmal einen „Kundenkreis“ schaffen, wobei die Abteilung – wie der ganze COI – angesichts des innerhalb der Washingtoner Bürokratie herrschenden Kampfes um Mittel, Macht und Einfluß unter großem Leistungsdruck stand.

Um potentielle Interessenten in den Washingtoner Regierungsbehörden mit der Arbeit von R&A in Berührung zu bringen, verfiel DSI-Chef Langer auf den Gedanken, in einer wöchentlich erscheinenden Publikation einen Überblick über den Fortgang und die Ergebnisse von R&A-Studien zu geben⁷⁰. Als „SECRET“ klassifiziert, fand diese Publikation unter dem Titel *The War This Week* ab Anfang Dezember 1941 in Washingtoner Regierungskreisen relativ weite Verbreitung. Obwohl über die Vergabe der einzelnen nummerierten Exemplare Buch geführt wurde, fürchtete man in militärischen Kreisen wohl nicht ganz zu Unrecht, daß auf diese Weise klassifizierte Information nur allzu leicht in die Hände von Unbefugten geraten könne. So sah sich Donovan schließlich veranlaßt, die Einstellung dieser Publikation anzuordnen, was er angeblich mit dem vielzitierten Kommentar tat, Akademiker seien „like Chorus girls, who have beautiful legs and like to show them“⁷¹.

Aber auch Donovan hatte sich schon früh Gedanken darüber gemacht, wie die Ergebnisse der Arbeit seiner Organisation am besten darzustellen und weiterzuvermitteln wären. Als Anwalt hatte er gelernt, wie wichtig es war, große Mengen komplexer Daten und Informationen in eingängiger Weise zu präsentieren, und er hatte seine diesbezüglichen Fähigkeiten in zahlreichen Prozessen unter Beweis gestellt. Seiner Auffassung nach mußte dies auch Teil seiner Aufgabe als Coordinator of Information sein, denn die besten Studien und Analysen nützten schließlich wenig, wenn sie auf den so wieso stets überladenen Schreibtischen der Entscheidungsträger untergingen. Vor diesem Hintergrund entwickelte Donovan zusammen mit dem erfolgreichen Holly-

⁶⁹ Siehe dazu III., 2. Teil.

⁷⁰ Dazu und zum Folgenden OSS War Report I, S. 51; Winks, Cloak, S. 75.

⁷¹ Hier zit. nach Winks, Cloak, S. 75.

wood-Regisseur Merian C. Cooper und einem Ausschuß von Filmexperten, Technikern und Elektronikfachleuten ehrgeizige Pläne für eine Visual Presentation Branch (VP)⁷², die beispielsweise über ein mit der neuesten Technologie ausgestattetes Gebäude verfügen sollte, in dessen Räumen die verschiedenen Aspekte der internationalen Situation mit Hilfe ausgefeilter Präsentationstechniken leicht faßbar dargestellt werden könnten. Obwohl Donovan seine grandiosen Pläne aus finanziellen Gründen erheblich modifizieren mußte, umfaßte die VP Branch schon bald eine Field Photographic Division, die den amerikanischen „war effort“ photographisch und filmisch dokumentierte, sowie die – später von R&A übernommene – Pictorial Records Section, deren Aufgabe die Sammlung und Auswertung von photographischen und filmischen Materialien war⁷³, und schließlich die Graphic Section, die herangezogen wurde, wenn es galt, Ergebnisse von R&A-Studien in besonderer Weise darzustellen⁷⁴.

Donovans Pläne für die VP Branch illustrieren ebenso wie manche andere Vorstellungen, die er beim Aufbau des COI entwickelte, in welchem hohem Maße er stets neuen, den traditionellen Rahmen sprengenden Ideen gegenüber aufgeschlossen war. Doch so schnell seine Begeisterung für ein neues Projekt auch entflammt war, so schnell konnte sie auf ein wieder neues übergehen. Die R&A-Branch bekam die Auswirkungen dieser Sprunghaftigkeit in mehrfacher Hinsicht zu spüren. Vor allem in der Anfangsphase des COI, als Donovan in besonderem Maße daran gelegen sein mußte, Roosevelt und andere potentielle Interessenten mit den vom COI erbrachten Leistungen zu beeindrucken, mußten R&A-Mitarbeiter stets damit rechnen, immer neue, stets überaus dringliche Anfragen und Arbeitsaufträge von Donovan zu erhalten⁷⁵. Doch obwohl die von R&A ausgearbeiteten Studien und Analysen für geraume Zeit das einzige waren, was der COI an konkreten Leistungen überhaupt vorzuweisen hatte⁷⁶, verlor Donovan in gewisser Weise das Interesse an dieser von ihm ursprünglich als so wichtig erachteten Abteilung. Das bedeutete zwar keineswegs, daß er die Arbeit der R&A-Branch plötzlich geringschätzte, doch der Aufbau anderer COI-Abteilungen nahm seine Aufmerksamkeit in Anspruch, und im Vergleich mit den Aufgaben einer Spionage- oder Sabotageabteilung, wie sie der COI bald umfassen sollte, fehlte es der Arbeit von R&A zweifellos an „drama and excitement“⁷⁷. Auf lange Sicht sollte sich allerdings zeigen, daß die R&A-Wissenschaftler mit ihren Karteikarten über die vielleicht „most powerful weapon“ im Arsenal der Geheimdienstwaffen verfügten⁷⁸.

⁷² Dazu OSS War Report I, S. 12f., 67f.; Troy, Donovan, S. 108f.

⁷³ Zur Arbeit dieser Abteilung Winks, Cloak, S. 106f.

⁷⁴ Dazu OSS War Report I, S. 13.

⁷⁵ Ebenda, S. 61, sowie Winks, Cloak, S. 67f.

⁷⁶ Vgl. dazu auch die Beispiele in OSS War Report I, S. 17; siehe außerdem die von Cline, Secrets, S. 48 entworfene Graphik zur Organisation des COI.

⁷⁷ Langer, Ivory Tower, S. 187. Das COI-Budget spiegelt diese veränderte Gewichtung deutlich wider, vgl. OSS War Report I, S. 13; sowie die bei Troy, Donovan, S. 112 abgedruckte „Summary of 1942 Budget Request“ des COI. Vgl. auch NA, RG 226, R&A-History, (III.), S. 23: „Donovan, though generally sympathetic toward R&A and possessed of considerable respect for the total of its talents, was fundamentally more interested in operations than in intelligence.“ Zur Gewichtung von „intelligence“ und „operations“ grundsätzlich Laqueur, World of Secrets, S. 32, sowie Ameringer, U. S. Foreign Intelligence, S. 396–405.

⁷⁸ So Winks, Cloak, S. 63; ähnlich Smith, Shadow Warriors, S. 361.

II. Determinanten des nationalsozialistischen Kriegspotentials: Akademische Theorien und bürokratische Praxis

Analysen der wirtschaftlichen und militärischen Kapazität Deutschlands

Einer der Grundgedanken in Donovans „Memorandum of Establishment of Service of Strategic Information“ vom 10. Juni 1941¹ war die Überlegung gewesen, daß der moderne Krieg als „totaler Krieg“ die Mobilisierung aller Ressourcen einer Nation notwendig mache und daß deshalb möglichst korrekte Analysen der gesamten Wirtschaftskapazität eines Gegners für sinnvolle strategische Planungen unverzichtbar seien. Gerade mit Blick auf ein „gleichgeschaltetes“ und scheinbar entsprechend total mobilisiertes Deutschland mochte dies als allzu offensichtlich erscheinen², doch reflektierten Donovans Überlegungen auch die grundsätzlich wichtige Erkenntnis, daß die technischen Fortschritte seit dem Ersten Weltkrieg eine immer raschere Entwicklung militärischer Technologien erlaubten und daß das militärische Potential einer Nation so in zunehmendem Maße von einer wachsenden Zahl wirtschaftlicher Faktoren determiniert wurde³.

Ein Grundstock von Daten und Informationen für die von Donovan als so wichtig erachteten Wirtschaftsanalysen war in Washington bereits vorhanden. Militärisch relevante Informationen wurden von Army- und Navy-Stellen gesammelt; daneben verfügten eine ganze Reihe von Washingtoner Ministerien und Regierungsbehörden über mehr oder minder ausführliche Datensammlungen zur Wirtschaft anderer Nationen, insbesondere der europäischen Staaten, zumal die USA in der Folge des Ersten Weltkrieges entscheidenden Einfluß auf die Reparationsregelungen genommen hatten. Für die Ausarbeitung aktueller Schätzungen waren diese Materialien nach Donovans Ansicht freilich kaum von Nutzen, solange sie nicht in einer Zentrale systematisch erfaßt wurden⁴. Donovans grundsätzliche Kritik, daß die Arbeit der US-Behörden unter einem Mangel an Koordination leide, mußte um so berechtigter erscheinen, als er 1940 schließlich vor allem deshalb zweimal nach Großbritannien entsandt worden war, weil man in Washington nicht einmal das Potential einer befreundeten Nation hinreichend zuverlässig einzuschätzen wußte.

Diesem empfindlichen Mangel sollten nach Donovans Vorstellungen künftig die in der Economics Division der R&A-Branch tätigen Wirtschaftswissenschaftler mit ih-

¹ Abgedruckt in Troy, Donovan, S. 419f.

² Das Ausmaß bzw. die Intensität der Mobilmachung der deutschen Wirtschaft wurde anfänglich allgemein überschätzt, dazu unten ausführlicher. Siehe zu diesem Themenkomplex Herbst, *Der Totale Krieg*, besonders S. 111 ff.; vgl. außerdem Wark, *British Military and Economic Intelligence*, in: Andrew/Dilks (Hrsg.), *The Missing Dimension*, S. 78–100.

³ Vgl. dazu Kennedy, *The Rise and Fall of the Great Powers*, besonders S. 275 ff. und S. 291 ff.

⁴ Donovan-Memorandum vom 10. 6. 1941, abgedruckt in Troy, Donovan, S. 419f.

ren Studien und Analysen abhelfen. Der Mitarbeiterstab dieser Abteilung umfaßte in der Aufbauphase zwar kaum mehr als ein Dutzend Fachleute, doch zeichneten sich diese durch große Kompetenz und hohe Einsatzbereitschaft aus⁵. Der renommierte Wirtschaftswissenschaftler Edward S. Mason, der als Mitglied des Board of Analysts die Leitung der Economics Division übernommen hatte, rekrutierte seine ersten Mitarbeiter aus den Rängen der besten Harvard- und Yale-Absolventen, darunter Emile Despres vom Federal Reserve Board⁶, der als außergewöhnlich befähigt und überaus ehrgeizig charakterisiert worden ist, sowie Wilfred Malenbaum, der als einer der besten Nachwuchskräfte unter den Agrarökonomen galt⁷. Auch Calvin Hoover, der sich in den dreißiger Jahren als Experte für die sowjetische und deutsche Wirtschaft profiliert hatte⁸, gehörte 1941 zum Mitarbeiterstab der Economics Division.

Bereits im Dezember 1941 stellten die R&A-Wirtschaftswissenschaftler eine umfassende Studie zur „German Economic and Military Position“ fertig⁹, die als grundlegend für die gesamte weitere Arbeit der Abteilung in diesem Bereich gelten kann und als erste ausführliche R&A-Studie auch dem Präsidenten vorgelegt wurde¹⁰. Die mehr als 200 Seiten starke Studie setzt sich aus zwei Teilen zusammen, deren erster eine Sammlung von sieben Analysen der wichtigsten wirtschaftlichen Faktoren beinhaltet, während der zweite Teil eine Zusammenfassung der Ergebnisse dieser Analysen und die daraus zu ziehenden Schlußfolgerungen enthält.

Schon allein in ihrer formalen Gestaltung war diese Arbeit vorbildlich, denn mit Blick auf die chronisch überladenen Schreibtische der Washingtoner Entscheidungsträger war jeder Einzelstudie eine ein- bis zweiseitige Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse vorangestellt, während der Haupttext selbst das jeweilige Thema ausführlich – und wissenschaftlich ordentlich mit Fußnoten belegt – abhandelte. Dieser formale Aufbau wurde für alle umfangreicheren R&A-Studien übernommen, was – zumindest in der Theorie – ihren Gebrauchswert beträchtlich erhöhte.

Doch auch hinsichtlich ihres Inhaltes waren die vorgelegten Analysen bemerkenswert. In mehreren wichtigen Punkten kamen die Mitarbeiter der Economics Division nämlich zu Ergebnissen, die nicht nur im Widerspruch zu allgemein vorherrschenden Vorstellungen standen, sondern auch manche Schätzungen des British Ministry of Economic Warfare in Frage stellten – und immerhin galt dieses Ministerium in Washington weithin als „the highest authority on the enemy economy“¹¹. Davon unbeeindruckt be-

⁵ Zur personellen Zusammensetzung der Economics Division siehe auch Katz, *Foreign Intelligence*, S. 97 ff.

⁶ Während der OSS War Report I, S. 56 f. Mason als Leiter der Economics Division nennt, wird in NA, RG 226, R&A-History, (IV), S. 3 f., behauptet, daß dieser als Mitglied des Board of Analysts Despres für diesen Posten gewonnen habe; vgl. auch Winks, Cloak, S. 86.

⁷ NA, RG 226, R&A-History, (IV), S. 3.

⁸ Vgl. Hoover, *The Economic Life of Soviet Russia*, und ders., *Germany Enters the Third Reich*, sowie ders., *Dictators and Democracies*. Hoover arbeitete jedoch nur während der Aufbauphase des COI in der Economics Division; später (wahrscheinlich im Frühjahr 1942) wechselte er zur Secret Intelligence Abteilung. Unmittelbar nach dem Krieg fungierte er für einige Monate als wirtschaftspolitischer Berater der amerikanischen Besatzungsbehörden in Deutschland, vgl. dazu Hoover, *Memoirs of Capitalism*, S. 195 ff.

⁹ NA, RG 59, R&A 214 A, B, 12.12. 1941.

¹⁰ FDRL, PSF/Subject, OSS, b 163, f 1, sowie b 165, f 7.

¹¹ NA, RG 226, R&A-History, (IV), S. 11; vgl. dazu auch OSS War Report I, S. 56 f.

trachtete man in R&A manche Voraussagen dieses Ministeriums, die in ihrer für Deutschland düsteren Perspektive dem Wunschenken der Alliierten entgegenkamen, mit großer Skepsis. So lehnten die Mitarbeiter der Economics Division in ihren eigenen Analysen zur Rohstoffversorgung Deutschlands die vom Ministry of Economic Warfare vertretene Ansicht ab, daß Deutschland im Frühjahr 1942 mit einem Chrommangel konfrontiert sein werde und daß für die zweite Jahreshälfte eine bedenkliche Kupferknappheit zu erwarten sei. Ebenso wenig war nach den Berechnungen von R&A zu erwarten, daß Deutschland, wie manche Schätzungen besagten, seine Rohöl- bzw. Petroleumvorräte im Kalenderjahr 1942 erschöpfen würde. Auch im Hinblick auf die Transportsituation hielten die R&A-Wissenschaftler Voraussagen ernsthafter Schwierigkeiten für unangemessen; lediglich für den Rußlandfeldzug sahen sie während des Winters Engpässe für die Deutschen voraus.

Bei ihren Berechnungen zur Entwicklung der personellen Stärke der deutschen Streitkräfte kamen die Mitarbeiter der Economics Division zu dem Schluß, daß aufgrund des Geburtenrückganges zwischen 1914 und 1918 nur 7,2 Millionen Mann im idealen Kampfalter zwischen 21 und 33 Jahren zur Verfügung stünden, so daß Deutschland in einem länger dauernden Krieg nicht in der Lage sein würde, eine ausreichende Zahl von Soldaten zu mobilisieren. Diese Einschätzung stand wiederum in krassem Gegensatz zu der weitverbreiteten Ansicht, daß die Versorgung der deutschen Streitkräfte mit Nachwuchssoldaten zu den wenigen Faktoren gehöre, die die militärische Schlagkraft Deutschlands kaum beeinträchtigen würden¹².

In ihrer Analyse der „German Manpower Resources“ insgesamt vertraten die Experten der Economics Division die Ansicht, daß die durch den Krieg abgezogenen Arbeitskräfte teilweise durch die verstärkte Beschäftigung von Frauen, die Ausbeutung von Fremdarbeitern sowie eine Erhöhung der Arbeitszeit kompensiert würden. Akkurate und verlässliche Schätzungen der Kriegsgüterproduktion hielt man jedoch für schwierig, denn obwohl man glaubte, ein Absinken der Produktivität feststellen zu können, ließ sich nicht absehen, ob dies eine dauerhafte Erscheinung sei und wann sich daraus entscheidende Engpässe für die deutsche Produktion von kriegswichtigen Gütern ergeben würden.

Im Hinblick auf die Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln kamen die Mitarbeiter der Economics Division zu dem Schluß, daß der Kalorienbedarf vorläufig noch gedeckt werden könne, wenn auch auf lange Sicht ein Vitamin- und Mineralstoffmangel zu erwarten stünde, der sich in einer größeren Infektionsanfälligkeit niederschlagen könnte. Zwar gebe es Versorgungsengpässe für Fleisch, Fette und Öl, doch glaubte man in R&A, daß sich diese für 1942 noch nicht kritisch auswirken würden¹³. Die von der Economics Division vertretene Ansicht, daß die Nahrungsmittelversorgung in Deutschland insgesamt nicht so angespannt sei, daß sie in absehbarer Zeit den Kriegsverlauf zugunsten der Alliierten beeinflussen würde, war wiederum „directly contrary to the prevailing opinion, which characterized not only the public but

¹² NA, RG 226, R&A-History, (IV), S.11f.

¹³ Vgl. auch NA, RG 59, R&A 84, „The War and German Nutrition“, (COI, Food and Agriculture Section, Special Memorandum EC 8), 5.12. 1941, sowie NA, RG 59, R&A 834, „The German Position with Respect to Food and Textiles“, Dezember 1941; beide Studien sind offenbar in Vorbereitung der hier besprochenen umfassenden Analyse erstellt worden.

also high intelligence circles, where memories of a hungry 1918 Germany produced wishful predictions of early starvation and collapse“¹⁴.

Neben diesen Analysen der deutschen Wirtschaft enthält R&A 214 noch einen Bericht zur „German Morale“. Im Rahmen einer Studie zum wirtschaftlichen und militärischen Potential eines gegnerischen Staates mag ein solcher Bericht zunächst befremdlich erscheinen, zumal dieses Thema kaum zum üblichen Arbeitsbereich von Wirtschaftswissenschaftlern gehörte. Doch im Verständnis von R&A konnte die „Moral“¹⁵ der Bevölkerung eines gegnerischen Staates durchaus als komplexer Wirtschaftsfaktor gesehen werden: Ihre Aufrechterhaltung erforderte eine akzeptable Versorgung mit Nahrungsmitteln, und diese wiederum war ein entscheidender Faktor für die Produktivität der Bevölkerung. Dementsprechend maßen die Nationalsozialisten einer möglichst guten Versorgungslage nach Ansicht der R&A-Wissenschaftler große Bedeutung bei¹⁶. Auch in Donovans Verständnis war die „Moral“ von Zivilbevölkerung und Streitkräften ein wichtiges Element des Kampfpotentials eines Gegners und deshalb in einer Analyse zur Gesamtstärke dieses Gegners unverzichtbar. In diesem Ansatz werden die innovativen, wenn auch mitnichten klar durchdachten Aspekte von Donovans Verständnis moderner Nachrichtendienstarbeit sichtbar, die sich vor allem in dem Bestreben niederschlugen, den neuen, schillernden und – wie sich zeigen sollte – so schwer zu definierenden Bereich von „psychological warfare“ in den Griff zu bekommen. Die R&A-Wissenschaftler wiesen im Hinblick auf die „German Morale“ denn auch vor allem auf die Rolle und Bedeutung von Propaganda hin. Sie sahen einerseits die Gefahr, daß die von der nationalsozialistischen Propaganda formulierte Alternative zwischen totalem Krieg und totalem Sieg – oder aber totaler Vernichtung – zu einer erbitterten und auch noch in einer völlig verzweifelten Situation durchgehaltenen Verteidigung führen könne; andererseits sah man aber auch die Chance, daß eine wirksame alliierte Gegenpropaganda den Krieg spürbar verkürzen könne, falls es besser als bislang gelinge, „to put across a message of hope“ – eine Beurteilung, in der sich schon früh die spätere Ablehnung der Forderung nach „Unconditional Surrender“ durch R&A abzeichnet.

¹⁴ NA, RG 226, R&A-History, (IV), S. 10f. Was die Lebensmittelversorgung in Deutschland betraf, so war die Beurteilung der R&A-Wirtschaftswissenschaftler tendenziell richtig, auch wenn es zum Teil große regionale Unterschiede gab, worauf in R&A-Studien immer wieder hingewiesen wird. Erst in Schätzungen, die schon über das Kriegsende hinauswiesen, wurden schließlich massive Versorgungengpässe vorausgesehen, so z.B. in NA, RG 226, R&A 2773, „Significant Developments in the German Food Position“, 9.1. 1945.

¹⁵ Der englische Begriff „morale“ ist mit „Stimmung“ nur unzureichend zu übersetzen, obwohl R&A-Studien zur „German Morale“ durchaus versuchten, die „Stimmung“ der Bevölkerung zu ergründen. „Stimmung“ wurde dabei allerdings als Funktion einer Vielzahl von Faktoren begriffen; letztlich ging es stets um die Frage, wie deutlich die vielfältigen Auswirkungen des Krieges die „Arbeitsmoral“ der Zivilbevölkerung und die „Kampfmoral“ der Truppen beeinträchtigten bzw. wo die psychologische Kriegführung der Alliierten ansetzen könnte, um aufkeimende Unzufriedenheit, Widerstreben und Ängste in ihrem Sinne zu lenken und zu nutzen. In Anlehnung an die Begriffe „Arbeitsmoral“ und „Kampfmoral“ wird der englische Begriff „morale“ hier mit dem (stets in Anführungszeichen gesetzten) deutschen „Moral“ wiedergegeben.

¹⁶ NA, RG 59, R&A 834, „The German Position with Respect to Food and Textiles“, Dezember 1941; vgl. auch die spätere Serie NA, RG 59, R&A 2215.1 (-5), „Monthly Review of Economic and Morale Factors Bearing on German Unconditional Surrender“, 24.12. 1943–26.4. 1944.

Als erste umfassende Deutschlandstudie der Economics Division bildete R&A 214 die Grundlage für die weitere Arbeit der Abteilung in diesem Bereich. Aufbauend auf diese Studie stand ab Frühjahr 1942 das Bemühen, die Grundstrukturen der wirtschaftlichen Position des Gegners sichtbar zu machen, im Mittelpunkt der Arbeit der Economics Division. Analog zu den in R&A 214 abgedeckten Themenkomplexen etablierten sich die etwa zwei Dutzend wissenschaftlichen Mitarbeiter der Abteilung nun in den Sektionen Industrial Resources, Military Supplies, Agriculture and Standard of Living sowie Labor Supply¹⁷. Bereits im März 1942 legten die R&A-Wirtschaftswissenschaftler eine weitere umfassende Studie zur Wirtschaftslage in Deutschland vor, wobei sie wiederum zu dem Ergebnis kamen, daß keine für den unmittelbaren Kriegsverlauf entscheidenden Engpässe bestünden¹⁸.

Grundsätzlich wiesen die Experten der Economics Division immer wieder darauf hin, daß der weitere Kriegsverlauf für alle Schätzungen einen beträchtlichen Unsicherheitsfaktor darstelle, da sich nur schwer vorhersagen lasse, inwieweit die deutsche Wirtschaft einerseits durch den Krieg gefordert und eventuell überfordert würde, und inwieweit andererseits Engpässe durch eventuelle deutsche Gewinne kompensiert werden könnten. Obwohl sich die Wirtschaftswissenschaftler dieser Problematik bewußt waren, sollte sie ihnen letztlich doch zum Fallstrick werden, was auch in der R&A-History nicht verschwiegen wird: „evaluations of the German economy, although they were [. . .] at first accurate, were subsequently to a considerable extent distorted by the belief that the German economy had by 1940 or 1941 been mobilized for war to an extent approaching the limits of the economy's capability“¹⁹. Spätere Zahlen zeigten, daß diese Annahme nicht gerechtfertigt gewesen war und daß ein weiterer Ausbau der deutschen Wirtschaftskapazität möglich war und auch erfolgte²⁰.

Diese fehlerhafte Einschätzung mag durch die wenig sinnvolle interne Struktur der R&A-Branche begünstigt worden sein²¹. Die anfängliche Trennung zwischen funktionalen und regionalen Abteilungen und die unzureichende Koordination der Arbeit der verschiedenen Abteilungen fielen zwar kaum ins Gewicht, solange man sich in der Economics Division auf die Errechnung und Analyse von Daten beschränkte, die weitgehend unabhängig von politischen oder soziologischen Faktoren gesehen werden konnten. Umfassendere Studien wie die Schätzungen zur gesamtwirtschaftlichen Situa-

¹⁷ NA, RG 226, R&A-History, (IV), S. 8; dieser Aufbau der Economics Division wurde im wesentlichen beibehalten, vgl. dazu R&A Administrative Regulation Number 1, vom 21. 1. 1943, in NA, RG 226, E 1, b 2, f: Administrative Office.

¹⁸ NA, RG 59, R&A 386, „Greater Germany, Economic Estimate“, 15. 3. 1942, sowie NA, RG 59, R&A 682, „An Estimate of the Population of Greater Germany by Consumer Groups“, 21. 10. 1942.

¹⁹ NA, RG 226, R&A-History, (IV), S. 5. Daß R&A mit dieser Fehleinschätzung nicht alleine stand, illustriert z. B. ein FEA-Bericht in NA, RG 226, 64678, Foreign Economic Administration, Special Areas Branch, European Enemy Division: „Policies and Control of German Industrial Operations, 1942–1943“, 8. 2. 1944.

²⁰ In vielen Bereichen der Rüstungsproduktion wurde der Höchststand im Sommer 1944 erreicht, vgl. dazu z. B. Herbst, Der Totale Krieg, besonders S. 253 ff. (mit umfangreichem Literaturverzeichnis); sowie für die von Speer erreichten Wachstumsraten Zilbert, Albert Speer, dort auch zu den Schwierigkeiten, mit denen britische und amerikanische Wirtschaftsexperten bei ihren Schätzungen zur deutschen Wirtschaftskapazität konfrontiert waren, vgl. besonders S. 41.

²¹ NA, RG 226, R&A-History, (II), S. 14.

tion des nationalsozialistischen Deutschlands erforderten jedoch die Einbeziehung einer Vielzahl politischer und sozialer Faktoren und damit Kenntnisse, über die die R&A-Ökonomen bei aller Brillanz nicht immer verfügten. Darüber hinaus erforderten solche Studien aber auch Methoden, die die Mitarbeiter der Economics Division anfangs mit einer gewissen Arroganz gegenüber ihren Kollegen von den „humanities“ schlichtweg ablehnten²². Dennoch scheint es hin und wieder zur Zusammenarbeit gekommen zu sein. In einem Bericht über Maßnahmen zur Stärkung der deutschen Kriegswirtschaft²³ werden als verantwortliche Abteilungen ausdrücklich die „Economics Division in Cooperation With Central European Section“ vermerkt. Allerdings gingen die R&A-Wissenschaftler auch in dieser Studie wieder davon aus, daß die deutsche Wirtschaft schon 1940/41 bis an die Grenzen ihrer Kapazität ausgebaut worden sei. Dies beeinflusste unvermeidlich die Beurteilung der auf eine Erhöhung der Produktion abzielenden Maßnahmen und führte zu dem Fehlschluß: „Miscarriage of plans in Russia and entry of the United States into the war have necessitated squeezing the last measure of output from available productive resources.“²⁴ Allerdings wurde einschränkend hinzugefügt, daß es keinen Grund gebe anzunehmen, „that the Nazi economy must soon collapse, or even that the scale of supreme effort will soon be reduced“. Partei, Militär und Industrie als wichtigste Machträger arbeiteten reibungslos zusammen²⁵, und, so wurde festgestellt: „A sense of determination, rather than desperation, pervades the new economic measures.“

Doch abgesehen von solchen, offenbar seltenen „Gemeinschaftsprojekten“, in denen politische Maßnahmen zur Leitung der Kriegswirtschaft berücksichtigt wurden, spezialisierten sich die R&A-Wirtschaftsexperten früh auf komplexe Kapazitäts- und Bedarfsberechnungen, zu denen Geistes- und Sozialwissenschaftler nicht viel beitragen konnten. Die Frage nach etwaigen Engpässen in der Rohstoffversorgung sowie der Produktion kriegswichtiger Güter Deutschlands und der Achse nahm bei diesen Analysen eine zentrale Stellung ein. Die Kenntnis solcher Engpässe versprach zum einen die Möglichkeit, Rückschlüsse auf den wahrscheinlichen Kriegsverlauf zu ziehen, zum anderen konnte sie wertvolle Anhaltspunkte für die Planung einer alliierten Strategie bieten, die auf eine Verschärfung dieser Engpässe abzielte. Besonders die unter Leitung des aus Deutschland emigrierten Erdölexperten Walter Levy²⁶ erstellten Statistiken und Analysen zum Erdölbedarf und -verbrauch Deutschlands und seiner Satellitenstaaten trugen später viel zur Reputation der R&A-Economics Division bei, die schließlich durch Levy auch in der Enemy Oil Commission der JCS vertreten sein sollte. Der Arbeitsaufwand, den die Sammlung der für derartige Analysen notwendigen Daten erforderte, ist allein schon formidabel: Einigermaßen zugängliche Statistiken

²² NA, RG 226, R&A-History, (IV), S. 20; vgl. auch Katz, Foreign Intelligence, S. 97 ff.

²³ NA, RG 59, R&A 658, „The Strengthening of German War Economy“, 28. 7. 1942.

²⁴ Vgl. dazu auch NA, RG 59, R&A 930, „Estimate of the Effect on the German Labor Force of Mobilization Decrees of Early 1943“, 16. 6. 1943.

²⁵ Vgl. dazu auch NA, RG 59, R&A 379, „Military and Civilian Controls in German War Economy“, 4. 12. 1942: „There is no overall supreme economic authority in Germany at the present moment. Decisions are reached by agreement between the major power groups which, in the order of importance, are: the Party, Industry, the Armed Forces, and the High Civil Service.“

²⁶ Zu Levys beeindruckender Karriere in den USA vgl. Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration, Bd. I, s. v. Levy, Walter.

reichten zumeist nur bis 1939, die entsprechenden Zahlen für die vierziger Jahre mußten meist mühselig hochgerechnet werden²⁷, und heutzutage ist kaum vorstellbar, wie all dies ohne den Einsatz von Computern überhaupt möglich war.

Ähnliche Analysen wie für den Erdölbedarf wurden auch für andere kriegswichtige Rohstoffe und Industrien wie etwa die deutsche Stahl-, Gummi-, Textil- und Flugzeugindustrie erstellt²⁸. Immer wieder gelang es den R&A-Ökonomen dabei mit erstaunlicher Findigkeit, ihr nur dürftiges Datenmaterial auf ungewöhnliche Weise aufzubessern: So verschafften sie sich beispielsweise aus den Seriennummern erbeuteter Maschinenteile Aufschlüsse darüber, welche Fabrik welche Güter in welchem Umfang wann produzierte²⁹. Wie R&A-Chef Langer rückblickend nicht ohne Stolz feststellte, erschloß R&A damit „military intelligence of the highest order, attained by altogether new and ingenious methods“³⁰. Die R&A-Wirtschaftswissenschaftler waren sich dessen wohl bewußt – „modesty, false or otherwise, was never a failing of the economics division of OSS“, wie einer von ihnen einmal bemerkte³¹–, und gelegentlich machten sie sich sogar die Mühe nachzuweisen, daß Vergleiche ihrer eigenen Arbeit mit britischen Schätzungen eine klare Überlegenheit für die R&A-Methoden ergaben³².

Die ausgeklügelte Identifizierung von Engpässen in der deutschen Wirtschaft sowie Studien über die Auswirkungen von Bombenangriffen versetzten die R&A-Wissenschaftler schließlich in die Lage, die Voraussetzungen für das von amerikanischen Strategen befürwortete gezielte Bombardieren individueller, militärisch wichtiger Objekte zu schaffen. Das von der Royal Air Force praktizierte Flächenbombardement war nämlich im Urteil der R&A-Wissenschaftler nicht allzu effizient. So untersuchte R&A Ende Juli 1943 beispielsweise die Auswirkungen der Luftangriffe auf das Ruhrgebiet³³ und kam zu dem Schluß, daß zwar beträchtliche Schäden angerichtet worden seien, daß diese aber nicht ausreichten, um den unmittelbaren Kriegsverlauf zugunsten der Alliierten zu beeinflussen, da kein genügend starker Produktionsrückgang erzwungen worden wäre. Auch unter der Annahme, daß britische Luftangriffe wie bislang fortgesetzt werden könnten, seien keine wesentlich besseren Ergebnisse zu erwarten³⁴. Gegenüber der britischen Strategie befürwortete R&A das gezielte Bombardieren kriegswichtiger Objekte mit dem Argument, daß von dieser Strategie sehr viel durch-

²⁷ Dazu OSS War Report I, S.177; vgl. zur Arbeitsweise der Economics Division auch Katz, Foreign Intelligence, S.105ff.

²⁸ Vgl. dazu auch OSS War Report I, S.177.

²⁹ Vgl. auch NA, RG 59, R&A 883, „Digest of Applications for Foreign Labor From German Industrial Firms“, 1.4.1943; aus Anträgen deutscher Industrieunternehmen auf Zuteilung von fachlich qualifizierten Fremdarbeitern schloß R&A auf die Produktionsschwerpunkte dieser Unternehmen.

³⁰ Langer, Ivory Tower, S.191.

³¹ Sidney Alexander, zit. nach Katz, Foreign Intelligence, S.109.

³² Z.B. NA, RG 59, R&A 906, „Comparison of American and British Estimates of German Aircraft Production“, 27.5.1943; NA, RG 59, R&A 943, „MEW's Estimates of Foreign Workers in Germany: A Case in the Bits and Pieces Method“, 20.5.1943; vgl. in diesem Zusammenhang auch Hinsley, British Intelligence in the Second World War, Bd. II, S.129ff.

³³ NA, RG 59, R&A 1005, „The Effect of Aerial Bombardment of the Ruhr on Axis War Potential“, 29.7.1943.

³⁴ Vgl. dazu auch NA, RG 59, R&A 1273, „German Losses in the Hamburg Raids, 24 July – 2 August 1943“, 18.9.1943.

schlagendere Erfolge zu erwarten seien³⁵. Damit deckte sich die von R&A vertretene Position mit den grundlegenden Vorstellungen der US-Strategen. Die Umsetzung dieser Strategie war allerdings bislang daran gescheitert, daß es zum einen an den notwendigen theoretischen Kenntnissen über Schwachstellen der feindlichen Wirtschaftsstruktur gefehlt hatte und daß es zudem überaus diffizil war, die entsprechenden Bombardierungsziele zu identifizieren und präzise zu lokalisieren. Beiden Problemen wandte sich im Herbst 1942 eine Gruppe von R&A-Experten zu – darunter Chandler Morse, Walt W. Rostow, Carl Kaysen und Charles Kindleberger –, die sich in der Londoner US-Botschaft als *Enemy Objectives Unit* konstituierten. Obwohl die von dieser Einheit geleistete Arbeit die Voraussetzungen für gezielte Bombenangriffe auf strategisch wichtige Objekte schuf³⁶, hielten die Briten, zum Teil aus technischen Gründen, an Flächenbombardierungen fest. Nach Kriegsende durchgeführte Studien und Analysen sollten jedoch erweisen, daß die von R&A vertretene Position vollauf berechtigt gewesen war³⁷.

Während die in der *Economics Division* versammelten Experten so von Anfang an bemerkenswerte Leistungen erbrachten und ihre Arbeit insgesamt sehr wohl geeignet war, die von Donovan als so bedenklich bezeichnete Informationslücke der Washingtoner Entscheidungsträger zu schließen, fand sie anfangs doch kaum Beachtung. Abgesehen vom Präsidenten verfügte die R&A-Branch in der Aufbauphase schließlich nicht über einen festen Abnehmerkreis, sondern mußte erst für sich und ihre Arbeit „werben“, und obwohl gerade für die Art von Studien, wie sie die *Economics Division* ausarbeitete, beträchtlicher Bedarf bestand, galt R&A im riesigen Apparat der Washingtoner Bürokratie zunächst doch nur als eine weitere obskure Neuerung. So wurde etwa eine von R&A Anfang 1942 ausgearbeitete Studie über die Kapazität deutscher Nachschublinien für die Front in der Sowjetunion nicht etwa auf Anfrage des War Department oder der Joint Chiefs of Staff, sondern auf abteilungsinterne Initiative hin erstellt, „because it seemed to the staff of the division to be a critical question which required answer“³⁸. Aufgrund des dürftigen Datenmaterials, das für die Beantwortung dieser „kritischen Frage“ zur Verfügung stand, war die Arbeit an diesem Projekt schon schwierig genug; die Beschaffung des notwendigen Papiers für die Vervielfältigung der mühsam erarbeiteten Ergebnisse sollte sich kaum weniger problematisch gestalten, und als der Bericht schließlich vorlag, mußte R&A damit hausieren, „[until it]

³⁵ Siehe dazu OSS War Report I, S. 177 f.; Corson, *Armies of Ignorance*, S. 169 f.; zum Folgenden vor allem Katz, *Foreign Intelligence*, S. 112 ff.

³⁶ Vgl. auch die Arbeit des britisch-amerikanischen *Combined Intelligence Objectives Subcommittee* in NA, RG 226, E 1, b 7.

³⁷ Vgl. dazu Cooke/Nesbit, *Target Hitler's Oil*, S. 108 ff., sowie NA, RG 59, R&A 2768, „Outline of a Post-Hostilities Study of the Political, Administrative and Morale Effects of Air Raids in Germany“, 12. 12. 1944; ein entsprechendes Projekt war im November 1944 mit der Einsetzung des *United States Strategic Bombing Survey* initiiert worden; diese Materialien befinden sich in NA, RG 243, vgl. Daniels (Hrsg.), *Guide to the Reports of the United States Strategic Bombing Survey*; MacIsaac, *Strategic Bombing in World War Two*.

³⁸ NA, RG 226, R&A-History, (IV), S. 6 ff.; bei der angesprochenen Studie handelt es sich um NA, RG 59, R&A 217 A, „The German Supply Problem on the Eastern Front June 22 – December 6, 1942“ [sic!], 25. 3. 1942. In NA, RG 226, R&A-History, (II), S. 6, wird diese Studie als Beispiel für die erstmalige Anwendung der deduktiven Methode zitiert, ebenso in OSS War Report I, S. 58; vgl. dazu auch Katz, *Foreign Intelligence*, S. 105 ff.

won its way slowly to the attention of those who should have been concerned from the first“.

Nachdem der COI im Juni 1942 als Office of Strategic Services den JCS unterstellt wurde, änderte sich dies allmählich, und besonders die hochspezialisierten Studien der R&A-Wirtschaftswissenschaftler stießen auf zunehmendes Interesse. Ein Rechenschaftsbericht der Abteilung für das Jahr 1943 listet schließlich eine ganze Reihe von Punkten auf, in denen die R&A Economics Division den von ihr vertretenen Positionen Gehör und Geltung verschaffen konnte³⁹. Wie die Mitarbeiter der Abteilung dabei nicht ohne Befriedigung vermerkten, hatten sich ihre Berechnungen zur Lebensmittel- und Rohstoffversorgung Deutschlands gegenüber den ursprünglich akzeptierten – für die Alliierten optimistischeren – Schätzungen letztlich durchgesetzt. Die R&A-Wirtschaftswissenschaftler beanspruchten überdies, durch die Entwicklung neuer Methoden zuverlässigere Berechnungen der den Deutschen zur Verfügung stehenden Flugzeuge, Panzer, Lastfahrzeuge und Gewehre ermöglicht zu haben. Einen weiteren wichtigen Beitrag glaubte man durch die detaillierten Studien über die Effizienz von Flächenbombardierungen geleistet zu haben. Besonders stolz war man in R&A aber offensichtlich, daß die von der Abteilung vorgelegten Zahlen über Verluste der deutschen Streitkräfte von britischen Stellen – „despite strong initial opposition“ – letztlich akzeptiert worden waren.

Diese „more striking accomplishments“ waren nicht zuletzt deshalb möglich, weil die Economics Division die Experimentierphase, durch die die meisten anderen R&A-Abteilungen gingen, weitgehend vermeiden konnte. Wenn der OSS War Report darauf verweist, daß auch in der an sich problematischen Aufbauphase von R&A „work of definite value“ geleistet worden sei⁴⁰, so ist dabei in erster Linie an die Arbeit der R&A-Wirtschaftsexperten zu denken. Bereits mit ihrer ersten umfassenden Studie war es ihnen gelungen, Themen und Fragestellungen zu formulieren, die eine solide Basis für ihre weitere Arbeit legten, wobei ihnen freilich zugute kam, daß ihre Aufgaben von Anfang an sehr viel klarer definiert waren als die ihrer Kollegen, die einen Beitrag zur psychologischen Kriegführung leisten sollten. Der Arbeitsbereich der Economics Division war dagegen eher konventionell und galt zudem von vornherein als überaus wichtig. Das aus abteilungsinternen Papieren immer wieder erkennbare Selbstbewußtsein der R&A-Wirtschaftswissenschaftler wurde insofern begünstigt und erlaubte es ihnen wiederum, zuweilen gewagte Positionen zu vertreten, die sich letztlich zwar als korrekt erweisen mochten, aber nicht selten mehr auf „inspired guesswork“ denn auf konventionellen mathematischen und statistischen Berechnungen beruhten⁴¹. Insgesamt hatten die R&A-Wirtschaftswissenschaftler trotz aller auch für sie entstehender Schwierigkeiten einen leichteren Stand als ihre Kollegen von den Geisteswissenschaften, deren „Existenzberechtigung“ im Rahmen eines Geheimdienstes sehr viel umstrittener war.

³⁹ NA, RG 226, E 1, b 3, Accomplishments of the Research and Analysis Branch, OSS, from 1 January 1943 to 28 March 1944 (Europe-Africa Division, Economic Subdivision).

⁴⁰ OSS War Report I, S. 61.

⁴¹ Katz, Foreign Intelligence, S. 109.

Versuche zur Psychologie des nationalsozialistischen Deutschlands

Daß ein totalitärer Staat im totalen Krieg mehr als Industrie und Armee mobilisierte, hatte Donovan frühzeitig erkannt. Wie viele Zeitgenossen überschätzte er allerdings die „secret armies“ einer nationalsozialistischen „Fünften Kolonne“, deren subversiven Aktivitäten Zeitgenossen die so unbegreiflich erscheinenden Erfolge der Hitlerischen „Blitzkriege“ wenigstens teilweise zuzuschreiben geneigt waren⁴². Während die „Fünfte Kolonne“ mehr Schimäre als Realität war, reflektierte dieser Begriff doch das Bewußtsein einer neuen Dimension der Kriegführung, die schließlich unter der Bezeichnung „psychological warfare“ ein umstrittener Bestandteil alliierter Strategie werden sollte. Donovan betrachtete „psychological warfare“ als ein neues und faszinierendes, weil potentiell strategisch gewichtiges Element moderner Kriegführung und war offenbar entschlossen, es in den USA „geheimdienstfähig“ zu machen. Dabei hatte aber auch er nur vage Vorstellungen, wie die von ihm immer wieder geforderte „psychological attack against the moral and spiritual defenses of a nation“ im einzelnen auszuführen sei. Einer wirkungsvollen Propaganda, deren Ziel es war, die „Moral“ des Gegners zu brechen, kam nach Donovans Verständnis in diesem Zusammenhang jedoch auf alle Fälle beträchtliche Bedeutung zu.

In der Anfangsphase des COI wirkte sich Donovans Enthusiasmus für psychologische Kriegführung und das von ihm in diesem Zusammenhang als so wichtig erachtete „Schlachtfeld“ Propaganda in einem raschen Aufbau der für diese Bereiche zuständigen Abteilungen aus. So nahm der für die Ausarbeitung und Verbreitung von Propaganda zuständige Foreign Information Service (FIS) unter der Leitung von Robert Sherwood im August 1941 als erste COI-Abteilung seine Arbeit auf, wobei die Beobachtung und Aufzeichnung der nationalsozialistischen Propaganda im Herbst und Winter 1941 zunächst den Schwerpunkt der Arbeit darstellte⁴³.

Da der COI unmittelbar dem Präsidenten unterstand, wurden ihm die ersten Ergebnisse dieser Arbeit umgehend zugeleitet. Manches, was Donovan anfangs für wert befand, Roosevelt vorgelegt zu werden, wirkt im Rückblick allerdings eher etwas absonderlich und läßt leicht den Verdacht aufkommen, daß eben noch nicht allzuviel von Substanz vorhanden war. So informierte Donovan den Präsidenten am 30. Dezember 1941 beispielsweise: „The Axis radio called President Roosevelt last night, ‚That Klinkenputzer in the White House‘. For your information, a Klinkenputzer is a scullion.“⁴⁴

Im übrigen erhielt Roosevelt wöchentliche Berichte zur „German home propaganda“⁴⁵, die vor allem einen Überblick über Themen nationalsozialistischer Radiopro-

⁴² Vgl. z. B. zeitgenössische Titel wie Spivak, *Secret Armies*; Carlson [Arthur Derounian], *Under Cover*. Smith, *Shadow Warriors*, S. 11 ff. dürfte allerdings wiederum die zeitgenössische Überschätzung der „Fünften Kolonne“ überzeichnen, wenn er meint, daß sie die entscheidende Motivation für die Einrichtung der britischen Special Operations Executive gewesen sei; vgl. dazu die Darstellung bei Stafford, *Britain and the European Resistance*, S. 2 ff. Als Darstellung zur „Fünften Kolonne“ siehe de Jong, *Die deutsche Fünfte Kolonne*.

⁴³ Donovan, Memorandum for the President, No. 334, 16. 3. 1942, FDRL, PSF/Subject, b 165, f 7.

⁴⁴ FDRL, PSF/Subject, OSS, b 163.

⁴⁵ Siehe z. B. FDRL, PSF/Subject, COI, b 141 (Summary of Axis Broadcasts, 1941), oder PSF/Subject, OSS, b 165 (Weekly Review of German Home Propaganda).

gramme gaben, aber auch andere Materialien auswerteten. Die aufmerksame Beobachtung der nationalsozialistischen Propaganda sollte in erster Linie der Entwicklung einer wirkungsvollen alliierten Gegenpropaganda dienen. Sherwoods Stab bewies dabei zuweilen durchaus Humor. Als beispielsweise in einer für die USA bestimmten Nazi-Propagandasendung versucht wurde, die Amerikaner über die „falschen“ Berichte von Lebensmittelknappheit in Deutschland mit munterem Geplauder über abendliche Cocktailparties von Nazifunktionären „aufzuklären“, wurde die Sendung einfach übersetzt und auf Kurzwelle fürs deutsche Publikum übertragen. „The German people, getting along on ersatz beer and black bread, listened“, so meldeten zumindest amerikanische Zeitungen und notierten mit Befriedigung über diesen „U.S. Coup“, daß die Nazis diese Sendung seitdem aus dem Programm genommen hatten⁴⁶.

Hin und wieder versorgte Donovan auch Roosevelt selbst mit Material für Gegenpropaganda. So übermittelte er dem Präsidenten am 18. Dezember 1941 beispielsweise eine Übersetzung des Fuldaer Hirtenbriefes vom 26. Juni 1941 – „the first complete text that could be obtained“ – und vermerkte: „I thought that you might want it as possible source material in future speeches“⁴⁷; und am 6. Januar 1942 sandte er dem Präsidenten einen Auszug aus einer Predigt des Bischofs von Münster vom 20. Juli 1941, in der der Bischof Gestapo-Aktionen gegen Kirchenbesitz und Orden kritisiert hatte – nach Ansicht des Katholiken Donovan wiederum „a useful source for propaganda“⁴⁸.

Man kann nicht unbedingt davon ausgehen, daß Roosevelt keinen Sinn für solche zuweilen eher kuriose Einzelmeldungen hatte. Mit Interesse scheint er beispielsweise ein ihm von Donovan am 19. Dezember 1941 zugesandtes Memorandum gelesen zu haben, in dem der britische Historiker Wheeler-Bennett ausführte, daß der deutsche Generalstab bald versuchen würde, den Westmächten einen Frieden anzubieten. Durch Täuschungsmanöver sollten Großbritannien und die USA glauben gemacht werden, daß die deutschen Militärs die Nazis entmachtet hätten und nun zusammen mit einigen angeblich gemäßigten Zivilisten – wie Hjalmar Schacht, „beloved of big banking the world over“, und Graf Schwerin von Krosigk, „a former Rhodes Scholar and so gentlemanly and civilized“ – bereit seien, Zugeständnisse für eine Friedensregelung zu machen. Roosevelt notierte daraufhin an Donovan am 22. Dezember 1941: „I think that this is so plausible and yet such an insult to intelligence that it should be broadcast throughout this country and England and South America by some person not connected with the Administration.“⁴⁹

Wollte man Psychologie und Propaganda aber tatsächlich als wirksame Waffe im modernen, totalen Krieg einsetzen, so konnten derartige ad-hoc-Attacken längerfristig kaum genügen. Donovan selbst hatte in seinem Memorandum vom 10. Juni 1941 darauf hingewiesen, daß der von den Deutschen so erfolgreich praktizierte Einsatz des Radios noch perfektioniert werden könne, daß dafür aber Planungen notwendig seien, die sich auf verlässliche und korrekte Information gründen müßten. Neben der Beobachtung

⁴⁶ FDRL, PSF/Subject, b 165, f 8, Donovan, Memorandum for the President, No. 358, 27.3. 1942.

⁴⁷ FDRL, PSF/Subject, OSS, b 163, f 2.

⁴⁸ FDRL, PSF/Subject, OSS, b 163, 6.1. 1942.

⁴⁹ FDRL, PSF/Subject, OSS, b 163. Zur Tätigkeit Wheeler-Bennetts während des Krieges siehe Kettenacker, Der nationalkonservative Widerstand aus angelsächsischer Sicht, in: Schmäddeke/Steinbach (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, S. 722f.

der nationalsozialistischen Propaganda kam dem Sammeln von Informationen über die „Moral“ der deutschen Bevölkerung in diesem Zusammenhang ein hoher Stellenwert zu, denn eventuelle Schwachstellen in der deutschen „Moral“ konnten schließlich Ansatzpunkte für die alliierte Gegenpropaganda bieten.

Der britische Nachrichtendienst hatte bereits eine aufwendige Untersuchung über die Stimmung der deutschen Bevölkerung begonnen: Von Frühjahr bis Herbst 1941 hatte die Imperial Censorship in Bermuda Zehntausende von Briefen aus Deutschland abgefangen und ausgewertet „[in] an attempt to provide a kind of everyday history of Germany during the last six months“⁵⁰. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse, die auch dem COI zur Verfügung gestellt wurden, dürften den enormen Arbeitsaufwand allerdings kaum gelohnt haben, denn zusammenfassend ließ sich offenbar lediglich feststellen, daß in der deutschen Bevölkerung zwar Trauer und Bedrückung wegen der vielen Toten an der Ostfront herrsche, daß aber die „Moral“ insgesamt durchaus nicht schlecht sei. Selbst dieses vage Bild mußte noch durch den Hinweis auf eventuelle Verzerrungen durch die deutsche Zensur bzw. die Angst vor ihr relativiert werden. Der Versuch, die künftige Entwicklung der „Moral“ der deutschen Bevölkerung zu skizzieren, mißlang den britischen „Zensoren“ schließlich vollständig, da die Bandbreite der Manipulationsmöglichkeiten eines totalitären Regimes in ihrer Beurteilung völlig außer acht blieb: „One major setback, or even prolonged failure to end the present slaughter, and the German will to sacrifice and conquer might hang dangerously in the balance.“

Der im Aufbau befindliche COI konnte mit derlei umfassenden, wenn auch im Ergebnis kaum befriedigenden Untersuchungen zunächst nicht konkurrieren. Seine Tätigkeit auf diesem Gebiet beschränkte sich anfänglich meist auf die Sammlung von Informationen zur deutschen „Moral“. Wichtig war in diesem Zusammenhang die Arbeit der unter Leitung des mit Donovan befreundeten Geschäftsmannes und ehemaligen Kriegsberichterstatters G. Edward Buxton stehenden Oral Intelligence Unit (OI)⁵¹. Hauptaufgabe ihres kleinen, offenbar aber hochqualifizierten Mitarbeiterstabes war die Befragung von in New York ankommenden Flüchtlingen aus Europa. OI arbeitete dafür eng mit dem Büro des British Security Office in New York zusammen und nahm darüber hinaus Kontakte zu den Nachrichtendienststellen einiger von Deutschland besetzter europäischer Staaten sowie zu Widerstandsorganisationen auf. Diese Kontakte erlaubten es OI-Mitarbeitern, nicht nur Kurzinterviews mit gerade ankommenden Flüchtlingen durchzuführen, sondern auch längerfristig vorbereitete, intensivere Befragungen vorzunehmen. Da aktuelle und unzensierte Nachrichten über die Situation im besetzten Europa zunehmend schwieriger zu erhalten waren, stellten diese Interviews eine wertvolle Informationsquelle dar; nicht zuletzt erhoffte man sich von ihnen die minutiösen Detailinformationen zum nationalsozialistischen Alltag, die für die Vorbereitung von Agenten auf einen eventuellen Einsatz in Deutschland oder in deutsch besetzten Gebieten unerlässlich waren. Die Mitarbeiter von OI befragten aber nicht nur Flüchtlinge, sondern auch von Euro-
preisen zurückkehrende Vertreter von Banken, Firmen und Wohlfahrtsorganisationen.

⁵⁰ NA, RG 226, 5187; zur Arbeit der Bermuda Censorship vgl. Hyde, Secret Intelligence Agent, S. 57 ff. Wie bereits angedeutet, werteten auch amerikanische Stellen abgefangene Briefe aus Deutschland (und anderen Ländern) aus, siehe z. B. die COI-Materialien für 1941/42 im NA-Index zur RG 226, Plain Number Files, L and XL Files, 0.1.

⁵¹ Zu Aufgabenkreis und Arbeitsweise der OI-Unit siehe OSS War Report I, S. 11, 61 ff.

Die Arbeit der New Yorker OI-Unit wird im OSS War Report recht hoch bewertet, zumal OI die erste COI-Abteilung war, die selbständig „raw intelligence“ sammelte. Der spürbare Rückgang des in den USA eintreffenden Flüchtlingsstromes sollte im September 1942 allerdings zur Auflösung der OI-Unit führen. Gleichzeitig wurde aber eine R&A-Außenstelle in New York eingerichtet, die die Arbeit von OI in kleinerem Rahmen weiterführte und R&A zudem mit Materialien versorgte, die öffentliche und private Organisationen in New York bieten konnten⁵².

Darüber hinaus verfügte der COI seit Dezember 1941 mit der Foreign Nationalities Branch (FN) über eine Abteilung, die – teilweise ebenfalls in enger Zusammenarbeit mit Exilanten – die Aktivitäten ausländischer Staatsangehöriger und ihrer Organisationen beobachtete, um zu analysieren, wie sich die politischen Bedingungen im Ausland in den USA niederschlugen⁵³. Die Anregung zur Einrichtung dieser COI-Abteilung war vom State Department ausgegangen, das sich zu seinem Unbehagen mit einer wachsenden Anzahl von Exilanten konfrontiert sah, die darum bemüht waren, Kontakte mit Mitarbeitern des Ministeriums zu knüpfen, da sie sich davon Vorteile für sich selbst bzw. die Politik der von ihnen vertretenen Organisationen erhofften. Under Secretary of State Sumner Welles hatte Donovan deshalb vorgeschlagen, innerhalb des COI eine Abteilung einzurichten, die das State Department mit Informationen und Analysen über prominente Exilanten sowie die zahlreichen Exilantenorganisationen versorgen würde. Obwohl sich im State Department auch Widerstände gegen diese enge Zusammenarbeit mit dem neuen COI regten, autorisierte Secretary of State Cordell Hull dieses Arrangement im Januar 1942. Direktor der FN-Branch wurde der auch im Board of Analysts vertretene Diplomat John C. Wiley, der zu diesem Zeitpunkt bereits auf eine reiche Erfahrung an verschiedenen Botschaften in Europa – darunter Paris, Berlin, Kopenhagen und Warschau – verweisen konnte⁵⁴. Wileys Stellvertreter und Assistent war DeWitt C. Poole, ebenfalls ein Diplomat, der wie Wiley an mehreren europäischen Botschaften tätig gewesen war⁵⁵. Neben ihrem regulären Mitarbeiterstab beschäftigte die FN-Branch auch immer wieder Exilanten, und die Kontakte der Abteilung sollten später für die mit der Beschaffung von „secret intelligence“ und der Durchführung von Sabotage- und Guerillaaktionen befaßten COI- bzw. OSS-Abteilungen wichtig werden.

Der Aufgabenkreis der FN-Branch umfaßte zudem die Auswertung der in den Vereinigten Staaten publizierten ausländischen Presse. Während diese Materialien relativ einfach zu beschaffen waren, sahen sich die R&A-Branch sowie die Abteilungen einiger anderer Regierungsbehörden, für deren Arbeit die Auswertung der nur in Übersee erscheinenden Presse unabdingbar war, bei der Beschaffung dieser Materialien vor immer größere Probleme gestellt. Um dem abzuhelpen, wurde die Einrichtung eines Interdepartmental Committee for the Acquisition of Foreign Publications (IDC) angeregt. Im Dezember 1941 autorisierte Roosevelt die Einrichtung dieses Ausschusses⁵⁶,

⁵² Ebenda, S. 171.

⁵³ Ebenda, S. 64; zu Einrichtung, Aufgaben und Arbeitsweise der FN-Branch siehe S. 15 f. und S. 63–67; sowie Troy, Donovan, S. 109 f.; Roosevelts „O.K.“ zur Einrichtung der FN-Branch in FDRL, PSF/Subject, OSS, b 163, f 2, Donovan an Roosevelt, 20. 12. 1941.

⁵⁴ Who's Who in America, 23, S. 2304.

⁵⁵ Ebenda, S. 1692.

⁵⁶ FDRL, PSF/Subject, OSS, b 163, f 3, Memo vom 22. 12. 1941; vgl. auch OSS War Report I, S. 60 f., 170; NA, RG 226, R&A-History, (IDC), S. 1 ff.; zur Arbeit des IDC und seiner ein-

der daraufhin aus Vertretern von State-, Navy-, War-, Treasury-, Commerce- und Interior Department sowie der Library of Congress, des Office of Facts and Figures, des Board of Economic Warfare und einiger anderer Behörden gebildet wurde. Ursprünglich war das IDC nicht als COI-Abteilung gedacht gewesen, doch Schwierigkeiten bei der Beschaffung und Finanzierung von Zeitungen und Zeitschriften ließen eine Angliederung des Komitees an den COI bzw. OSS schließlich als die praktikabelste Lösung erscheinen. Die Arbeit des IDC wurde für den COI/OSS und besonders für R&A letztlich sehr wichtig, denn es war oft genug das IDC, das die Zeitungen besorgte, aus denen R&A wertvolle Daten und Informationen gewann⁵⁷.

Mit der von Donovan versprochenen Analyse und Interpretation der so gesammelten Informationen haperte es jedoch während der ersten Monate des Bestehens des COI zunächst noch unübersehbar. Wie bereits angedeutet, enthielten auch die Berichte und Meldungen, die Donovan an Roosevelt weiterleitete, meist lediglich kaum aufgearbeitete „raw intelligence“. Häufig handelte es sich um relativ kurze und allgemein gehaltene Berichte zur deutschen „Moral“, wobei die einzelnen Meldungen nicht unbedingt ein einheitliches Bild ergaben. So wurden dem Präsidenten Mitte Dezember die Aussagen eines amerikanischen Geschäftsmannes zugeleitet, der nach mehrjähriger Tätigkeit in Berlin Mitte November 1941 in die USA zurückgekehrt war und zu Protokoll gegeben hatte, daß die Lebensbedingungen in Berlin keineswegs schlecht seien, obwohl die Situation von Arbeitern recht schwierig sei. Die „Moral“ müsse als allgemein gut bezeichnet werden; allerdings glaubte der Informant, daß angesichts des Kriegseintritts der USA eine Verschlechterung eintreten würde⁵⁸. Zusammen mit diesem Bericht findet sich in den Akten des Präsidenten ein weiterer Bericht über die „Moral“ in Deutschland, in dem zwar behauptet wird, daß die „Stimmung“ in letzter Zeit nicht sonderlich gut gewesen sei, gleichzeitig aber betont wird, daß ein starker Glaube an Deutschlands militärische Schlagkraft vorhanden sei, so daß der Kriegseintritt der USA keinen allzu großen Eindruck gemacht habe⁵⁹.

Solange solche Meldungen einfach nur nebeneinandergestellt und kommentarlos weitergereicht wurden, dürfte ihr nachrichtendienstlicher Wert nicht allzu hoch zu veranschlagen sein, und auch als Basis für die Ausarbeitung amerikanischer Propagandaprogramme konnten sie in dieser Form von nur begrenztem Wert sein. Gerade weil Meldungen über die „Moral“ in Deutschland häufig widersprüchliche Informationen enthielten, erforderten sie eine gründliche und kenntnisreiche Analyse bzw. Interpretation. Wurde dies nicht geleistet, so ließ sich aus den beim COI eingehenden Einzelmeldungen jede beliebige Schlußfolgerung ziehen.

So wurde beispielsweise in einem an einen New Yorker Empfänger gerichteten Brief aus Basel die Situation in Deutschland im September 1941 als völlig verzweifelt dargestellt⁶⁰. Ein zehn Seiten umfassender Bericht eines jüdischen Lehrers, der Berlin An-

drucksvollen Leistungsbilanz ebenda, S. 71 f. (Kilgour an Donovan, 30. 4. 1943), sowie Winks, Cloak, S. 101 ff.

⁵⁷ Vgl. z. B. die bei Langer, Ivory Tower, S. 191 f. beschriebene Auswertung von in deutschen Lokalzeitungen erscheinenden Todesanzeigen von Gefallenen, aus denen R&A Aufschlüsse über Truppenstationierungen und deutsche Verluste gewann.

⁵⁸ FDRL, PSF/Subject, OSS, b 163, f 1, Memo vom 17. 12. 1941 (William H. Vanderbilt an Donovan).

⁵⁹ FDRL, PSF/Subject, OSS, b 163 (Donovan Reports, December 12–17, 1941, f 1).

⁶⁰ NA, RG 226, 4072.

fang August 1941 verlassen hatte, zeichnete dagegen ein recht differenziertes Bild: Die Versorgungslage sei zwar schwierig, aber durchaus noch in den Grenzen des Erträglichen, andererseits seien Arbeiter durch Überstunden völlig überfordert. Die Gestapo erscheine als „ever-present power“, und jeder befände sich in „a hell of fear“⁶¹. Ein soeben von einer Europareise zurückgekehrter „Special Agent“ konstatierte in seinem Bericht vom 19. September 1941 eine grundlegende Veränderung der Stimmung in Deutschland zwischen Juli 1940 und Juli 1941: Die ursprünglich in der Bevölkerung vorherrschende Siegesgewißheit sei einer gedrückten Stimmung gewichen, und die anfänglich sehr gute Versorgung habe sich massiv verschlechtert⁶². Dagegen beschrieben polnische Agenten im Mai 1942 die wirtschaftliche Lage wieder als akzeptabel und beurteilten die deutsche „Moral“ als relativ gut, obwohl durchaus „signs of serious criticism against the Nazi regime“ zu beobachten seien⁶³. Ein Schweizer, der drei Semester in Halle studiert hatte, berichtete im August 1942 wiederum: „The people in Germany have the impression of being on the eve of an unavoidable catastrophe.“ Ihre Kriegsmüdigkeit manifestiere sich in bedrücktem Schweigen, die Lebensmittelversorgung sei schlecht und man sähe viele verwundete und verkrüppelte Soldaten⁶⁴.

Während sich aus diesen Berichten insgesamt als recht eindeutige Tendenz eine Verschlechterung der Versorgungslage und der „Moral“ in Deutschland herauslesen ließ, mochten diejenigen Meldungen, die diesem Bild nicht entsprachen, durchaus verschiedene Strömungen in verschiedenen Gruppen der deutschen Bevölkerung oder auch in verschiedenen Regionen widerspiegeln. Grundsätzlich mußte sich aber die Frage stellen, inwieweit diese Berichte tatsächlich vorhandene Tendenzen wiedergaben oder inwieweit sie vielleicht lediglich die subjektive Wahrnehmung oder Erwartungshaltung des jeweiligen Berichterstatters reflektierten.

Das Bild, das COI-Informationen von der Stimmung in Deutschland zeichneten, stützte sich allerdings bald nicht mehr nur auf diese Art von „raw intelligence“. Ab Frühjahr 1942 legten die Mitarbeiter der Psychology Division eine ganze Reihe von Studien vor, die ein weitaus breiteres Spektrum von Quellen auswerten. Die Analyse der nationalsozialistischen Propaganda selbst stand dabei im Vordergrund. So wurde beispielsweise in einer im März 1942 fertiggestellten Studie versucht, aus den Themen deutscher Radiosendungen auf Schwachstellen in der „Moral“ der deutschen Bevölkerung zu schließen⁶⁵. In ähnlicher Weise hoffte man, durch die Analyse von mehr als 100 Goebbelsreden und -artikeln Erkenntnisse über „German Domestic Attitudes“ zu gewinnen⁶⁶. Schließlich versuchte R&A, diejenigen Gruppen der deutschen Bevöl-

⁶¹ NA, RG 226, 509.

⁶² NA, RG 226, 5378.

⁶³ NA, RG 226, 16 698.

⁶⁴ NA, RG 226, 22 263.

⁶⁵ NA, RG 59, R&A 616, „The Radio Propaganda Atmosphere of the German Public“, 21.3. 1942; außerdem wurden die Mechanismen der nationalsozialistischen Propaganda analysiert, siehe z. B.: NA, RG 59, R&A 608, „Design of Propaganda in German Foreign Newsreels“, 19.3. 1942, und NA, RG 59, R&A 701, „Nazi Use of Films in Psychological Warfare“, 22.2. 1943, sowie NA, RG 59, R&A 634, „Procedures for Developing Morale in the German Armed Forces“, 11.5. 1942.

⁶⁶ NA, RG 59, R&A 275, „Goebbels' Statements as Indicators of German Domestic Attitudes“, 15.4. 1942. Die Mitarbeiter der Psychology Division versuchten sich schließlich sogar darin,

kerung zu identifizieren, die dem nationalsozialistischen Regime kritisch gegenüberstanden und somit als vorrangige Zielgruppen für die alliierte Propaganda in Frage kämen⁶⁷.

Die Ergebnisse dieser Studien und Analysen blieben allerdings meist viel zu vage, um von nennenswertem Nutzen für die Entwicklung einer wirksamen amerikanischen Propaganda zu sein. Man versuchte jedoch auch, aus Befragungen Anhaltspunkte dafür zu gewinnen, welche Art von Propaganda am wirksamsten sei, und offenbar wurden Informanten gelegentlich direkt dazu befragt⁶⁸. So enthielt etwa der bereits zitierte Bericht eines jüdischen Lehrers aus Berlin sowohl Informationen über die Wirksamkeit nationalsozialistischer Propaganda wie Empfehlungen für die Gestaltung alliierter Gegenpropaganda: „Generally speaking, the German people have no war aim that seems attractive enough for them to fight for [. . .] While the hope for a better future is very small, the fear of a breakdown is very great [. . .] Only that part of the Nazi propaganda is effective which exploits the enemy's plans for the partition and destruction of Germany. This part of the propaganda is taken seriously and this fear creates again and again the resolution to go through with it. It is really much more effective than the terror of the Gestapo. Any propaganda from abroad should be related to this knowledge. It should show a way out of the difficulties [. . .] The Treaty of Versailles was a mistake with terrible consequences. It is through it that Hitler has won power.“⁶⁹

Dieser Bericht, der beim COI am 3. Oktober 1941 einging – und offenbar gelesen wurde, da die Forderung, daß die alliierte Propaganda „a way out of the difficulties“ weisen sollte, unterstrichen und am Rand markiert ist –, könnte als eine Art Grundsatzpapier der R&A-Branch gelten. Nicht nur die hier hervorgehobene Empfehlung findet sich immer wieder in R&A-Arbeiten zur alliierten Propaganda – erstmals in der bereits zitierten Analyse der Economics Division zur „German Morale“ –, auch die spätere Ablehnung der Forderung nach „Unconditional Surrender“ durch R&A entspricht den hier gegebenen Empfehlungen ebenso wie viele der von der Abteilung in der Kontroverse um die Nachkriegspolitik vertretenen Positionen.

Psychologie konnte nach Donovans Ansicht aber nicht nur bei der Ausarbeitung von Propaganda von Nutzen sein. Mit einem im Frühjahr 1943 initiierten Projekt versuchte Donovan auf ganz andere Weise, die Psychologie in den Dienst der Washingtoner Entscheidungsträger zu stellen. Er beauftragte nämlich William Langers Bruder, den Psychologen Walter Langer, eine umfassende Studie über das „psychological make-up“ Adolf Hitlers und die Grundlagen seiner scheinbar magischen Wirkung auf die Deutschen auszuarbeiten⁷⁰. Walter Langer nahm diesen ungewöhnlichen Auftrag an und arbeitete sich in den folgenden Monaten mit einem kleinen Stab von Assistenten durch Berge von Büchern, Zeitschriften und Zeitungartikeln, die den Patienten

die Psyche des nationalsozialistischen Regimes und seiner Machthaber mit Nutzen für das Militär zu erforschen: NA, RG 59, R&A 297, „Prediction of German Military Offensives from Speeches of Leaders“, 12.6. 1942 – Hauptergebnis der Studie war allerdings, daß kein Propagandamuster erkennbar sei, das Rückschlüsse auf militärische Vorhaben erlaube.

⁶⁷ NA, RG 59, R&A 609, „Current German Attitudes and the German War Effort“, 19.3. 1942.

⁶⁸ Entsprechende Empfehlungen bzw. Beurteilungen der Wirksamkeit alliierter Propaganda finden sich z. B. in NA, RG 226, 6039, 14 472, 17 180.

⁶⁹ NA, RG 226, 509.

⁷⁰ Das Folgende nach Walter Langers Einleitung (S. 13 ff.) in ders., *The Mind of Adolf Hitler*.

auf der Couch ersetzen mußten. Zudem konnte Langer einige ausführliche Gespräche mit Personen führen, die Hitler kannten; so interviewte er zum Beispiel den inzwischen in Montreal lebenden Otto Strasser. Aus dieser Materialsammlung entstand ein mehr als 1000 engbeschriebene Seiten umfassendes „Hitler Source-Book“, das die Basis für Langers im Herbst 1943 auf Drängen Donovans in größter Eile fertiggestellte Analyse Hitlers bildete, die dann an einen geheimgehaltenen, anscheinend sehr kleinen Kreis verteilt wurde.

Zwar ist nicht festzustellen, welche Aufschlüsse und Erkenntnisse die Empfänger dieser Studie aus ihrer Lektüre gewannen, doch immerhin sollte Langer mit manchen seiner Einschätzungen recht behalten. Im letzten Kapitel seiner Studie hatte er beispielsweise die Frage angesprochen, wie sich Hitler wohl in Zukunft verhalten würde. Nach Langers Ansicht war damit zu rechnen, „[that,] as Germany suffers successive defeats Hitler will become more and more neurotic. [...] His public appearances will become less and less.“ Für das Ende des Krieges und eine unmittelbar bevorstehende deutsche Kapitulation diskutierte Langer acht verschiedene Reaktionen Hitlers und kam zu dem Schluß, daß ein Selbstmord Hitlers in dieser Situation „the most plausible outcome“ sei⁷¹.

Insgesamt waren diese Versuche zur Psychologie des nationalsozialistischen Deutschlands und seiner Machthaber wohl zu innovativ, zu unkonventionell, aber auch zu unausgegoren, um im Washington der Kriegsjahre als ernstzunehmender Beitrag zum amerikanischen „war effort“ begrüßt zu werden. Als nicht unproblematisch erwies sich dabei auch, daß Donovan seine manchmal etwas exzentrischen Vorstellungen anfangs allzu deutlich zum Tragen bringen konnte, und die zahlreichen unsystematischen „spot reports“, die der OSS War Report als charakteristisch für die anfängliche Arbeit der R&A-Branch bezeichnet⁷², dürften nicht zuletzt auf Donovans Konto gehen. Sein Ehrgeiz, „psychological warfare“ als eine Art neuer Waffengattung, als „fourth arm“ der amerikanischen Militärmaschinerie zu etablieren, war eher geeignet, Verwirrung zu stiften, solange keine Klarheit über den Begriff selbst, geschweige denn Vorstellungen über Strategien und ihre Umsetzung existierten.

Grundsätzlich muß der Arbeit der mit „psychological warfare“ befaßten R&A-Abteilungen während des ersten Jahres ihres Bestehens zugute gehalten werden, daß sich R&A erst im Aufbau befand und daß dabei Pionierarbeit zu leisten war. Fast unvermeidlich gestaltete sich dies als mühsamer „learn-as-you-go“-Prozeß, was selbst im offiziellen OSS War Report durchscheint, wenn vermerkt wird: „The internal structure of the [R&A] Branch, the focus of its attention, its sources and customers, its techniques and methods of operation, its place within the agency and the Government at large were still to be finally determined as experience was gained.“⁷³ Diejenigen Abteilungen, von denen ein Beitrag zur psychologischen Kriegführung erwartet wurde, mußten sich in diesem Prozeß besonders schervertun, da noch lange unklar blieb, was unter „psychological warfare“ eigentlich genau zu verstehen war.

⁷¹ Ebenda, S. 213–217; vgl. jedoch Langers Fehleinschätzung der Ereignisse vom 20. Juli 1944 in: Heideking/Mauch (Hrsg.), USA und deutscher Widerstand, S. 101–105.

⁷² OSS War Report I, S. 61.

⁷³ A.a.O.

III. R&A als Bestandteil der amerikanischen Kriegsmaschinerie

Geistes- und sozialwissenschaftliche Expertise im Dienste militärischer Operationen

Es ist behauptet worden, daß in Washington Einigkeit darüber bestand, „[that] R&A ought not to have to be created: everything it would do should have been done before the war began in Europe“¹. Wenn auch zu bezweifeln ist, daß die Einmütigkeit in diesem Punkte tatsächlich vollständig und ungebrochen war, so hatte die R&A-Branch doch frühzeitig ihre Nützlichkeit unter Beweis stellen können² und war zudem von Anfang an die am wenigsten kontroverse COI-Abteilung. Zum Teil lag das daran, daß Donovan die meisten anderen Aufgabenbereiche, die er für seine Behörde erschließen wollte, gegen den Widerstand der bereits etablierten Nachrichtendienststellen als COI-Kompetenz reklamieren mußte, wobei bald deutlich wurde, „[that] the policy of cloaking in vagueness the true purposes of COI in the authorizing order of 11 July was beginning to boomerang [. . .] inevitably COI began to come into real or imagined conflict with other departments and agencies“³.

Seine gewichtigsten Konkurrenten hatte Donovan selbst schon in seinem „Memorandum of Establishment of Service of Strategic Information“ vom 10. Juni 1941 identifiziert: das FBI und die Nachrichtendienststellen der Armee (G-2) und der Marine (ONI). Aber auch State und War Department wachten eifersüchtig über ihre Privilegien; hinzu kam die erbitterte Konkurrenz des Coordinator of Inter-American Affairs, Nelson Rockefeller, sowie die solch neuer Einrichtungen wie des Office of Civilian Defense, des Board of Economic Warfare und des Office of War Information. Nicht wenige der Kämpfe um Kompetenzen und Domänen, die Donovan auszufechten hatte, gingen zu seinen Ungunsten aus⁴. Dabei spielten nicht nur die Beziehungen der jeweils involvierten Persönlichkeiten zu einflußreichen Kreisen um den Präsidenten eine Rolle – über die verfügte Donovan schließlich ebenfalls⁵ –, sondern auch das Urteil des Bureau of the Budget, und dieses zeigte sich „increasingly concerned with the contrast between COI as planned and COI as developing“⁶.

¹ Winks, Cloak, S. 71; dieser Gedanke ist allerdings der R&A-History entnommen, vgl. NA, RG 226, R&A-History, S. 1.

² Vgl. dazu auch OSS War Report I, S. 17.

³ Ebenda, S. 15.

⁴ Einzelheiten bei Troy, Donovan, S. 94–102, 118 ff.

⁵ Donovan hatte z. B. offenbar gute persönliche Beziehungen zum Secretary of the Navy, Frank Knox, und mit gewissen Einschränkungen auch zum Secretary of War, Stimson. Sein Einfluß auf Roosevelt ist allerdings besonders in den Donovan-Biographien sowie in den von ehemaligen OSS-Mitarbeitern verfaßten Werken immer wieder überschätzt worden, vgl. dagegen Troy, Donovan, S. 116, sowie Smith, Shadow Warriors, S. 30 ff., und OSS War Report I, S. 20.

⁶ Troy, Donovan, S. 100; ähnlich OSS War Report I, S. 20.

Denn ungeachtet der eben angedeuteten Konflikte, zu denen auch noch Unterbringungsschwierigkeiten und administrative Probleme kamen, wuchs Donovans Behörde fast täglich und entwickelte sich in der Tat in vorher kaum abzusehenden Dimensionen⁷. Das Bureau of the Budget, dessen Aufgabe es war, darauf zu achten, daß nicht zwei Behörden für ein und dieselbe Tätigkeit Mittel in Anspruch nahmen, hatte die ungeahnte Expansion des COI von Anfang an mit Mißtrauen beobachtet und bereits Ende August 1941 „functional confusion“⁸ innerhalb des kaum zwei Monate bestehenden COI konstatiert. Dieses Urteil entsprang sicherlich nicht nur bürokratischer Mißgunst. Wenn der COI bzw. das aus ihm hervorgehende Office of Strategic Services in den Erinnerungen ehemaliger Mitarbeiter immer wieder als „a direct reflection of Donovan's character“⁹ beschrieben wird, dann beinhaltet dies nicht nur Bewunderung für Donovans unermüdlichen Einsatz, sondern auch eine mehr oder minder sentimentale Kritik an seinem vollständigen Desinteresse für organisatorische und administrative Probleme. Ebenso wie seine bereits angesprochene, nie nachlassende Begeisterungsfähigkeit für neue Projekte – und wenn sie noch so exotisch anmuten mochten – prägte diese Eigenheit Donovans zweifellos den Charakter der von ihm geleiteten Behörde¹⁰.

In dem durch die Schaffung des COI in Washington wieder einmal entbrannten „dog-eat-dog struggle among government departments“¹¹ schien Donovans Behörde so eine leichte Beute zu sein, und schon Anfang 1942 begann sich abzuzeichnen, daß das Weiterbestehen des COI in der Tat gefährdet war. Zwar konnte sich Donovan darauf berufen, daß seine Behörde bislang zur vollen Zufriedenheit Roosevelts gearbeitet hatte¹², doch reichte der sowieso nicht allzu engagierte Schutz durch einen vielbeschäftigten Präsidenten nicht aus, um das Bestehen des COI im Grabenkampf der Washingtoner Bürokratien auf lange Sicht zu sichern. Der Krieg hatte zudem zahlreiche neue Behörden und Dienststellen aus dem Boden schießen lassen, die ebenfalls mit der Sammlung, Verarbeitung und Verbreitung von Nachrichten befaßt waren und die Konkurrenz auf diesem Gebiet noch verschärften¹³.

Am drastischsten sollte sich die Washingtoner Szenerie schließlich durch den japanischen Überraschungsangriff auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 verändern¹⁴: Die Vereinigten Staaten waren damit unweigerlich in den Krieg verwickelt, und isolationi-

⁷ Ausführliche Darstellung der Expansion des COI in den ersten sechs Monaten seines Bestehens bei Troy, Donovan, S. 73–116. Nach etwa einem Jahr umfaßte der COI ungefähr 2000 Mitarbeiter und verfügte zusätzlich über Außenposten in London, Cairo und Chungking, vgl. OSS War Report I, S. 26.

⁸ Troy, Donovan, S. 110; zur kritischen Haltung des Bureau of the Budget gegenüber dem COI siehe auch OSS War Report I, S. 20f.

⁹ Alsop/Braden, Sub Rosa, S. 10f.; es gibt aber viele ähnliche Äußerungen in der von ehemaligen OSS-Mitarbeitern verfaßten Literatur, und nicht selten wird Donovans Bedeutung für den Aufbau des OSS geradezu als symbiotisch beschrieben, vgl. z. B. Alcorn, No Bugles, S. 36; siehe auch OSS War Report I, S. 29. Selbst Cave Brown gesteht zu – nachdem er Donovan als „queer figure who comes off three-quarters Machiavelli and one-quarter boy“ charakterisiert: „yet, to be fair, Donovan was the OSS and the OSS was Donovan, at least at first.“ Cave Brown, Last Hero, S. 5f.

¹⁰ Siehe dazu Smith, OSS, S. 1–35: „Donovan's Dreamers“.

¹¹ So Ford, Donovan, S. 109.

¹² Dazu ausführlich Troy, Donovan, S. 111–116.

¹³ Vgl. dazu den Überblick ebenda, S. 209f.

¹⁴ Der noch im Aufbau befindliche COI war zu diesem Zeitpunkt in keiner Weise in einer Position, die es ihm erlaubt hätte, den japanischen Angriff vorausszusehen; in der einschlägigen Lite-

stische Zweifel machten einer erbitterten Entschlossenheit Platz, die dem amerikanischen Volk angetane „Infamie“ wettzumachen. Im Konkurrenzkampf der Washingtoner Bürokratien hatte das Militär nun eindeutig die Oberhand, was für den COI bedeutete, daß die Billigung seiner Aktivitäten durch das Weiße Haus allein nicht mehr ausreichen konnte. Vor diesem Hintergrund entwickelte sich Anfang 1942 in Washington eine hitzige Debatte über eine Reorganisation des Nachrichtenwesens, in der, wie im OSS War Report etwas säuerlich bemerkt wird, „many in Washington who did not believe they knew exactly what should be done, at least thought they knew what someone else should be prevented from doing“¹⁵. Im Rahmen dieser mit entsprechender Erbitterung geführten Debatte zirkulierten bald auch Vorschläge, die die Abschaffung des COI bzw. seine Aufteilung unter bereits bestehende Behörden ins Auge faßten¹⁶.

Daß der COI diese Reorganisationsdebatte relativ unbeschädigt als Office of Strategic Services (OSS) und als „supporting agency“ der Joint Chiefs of Staff (JCS), also der nach britischem Vorbild organisierten militärischen Führungsspitze der US-Streitkräfte überstand, war nicht ohne Ironie. Schließlich hatten die Militärs ihr von Anfang an bestehendes Mißtrauen gegen Donovans Behörde nie aufgegeben und sie stets als eine Art Sicherheitsrisiko betrachtet. Insofern waren sie aber auch daran interessiert, den COI unter Kontrolle zu bekommen. Das galt um so mehr, als die US-Militärs, die bislang nicht viel von „subversive activities“ und „psychological warfare“ gehalten hatten, seit ARCADIA, der britisch-amerikanischen Konferenz während der Jahreswende 1941/42, gezwungen waren, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Denn während dieser Konferenz war eine Einigung über eine gemeinsame amerikanisch-britische „Grand Strategy“ zustande gekommen, wobei die Briten den Standpunkt vertreten hatten, daß „subversive activities“ integraler Bestandteil der Kriegführung zu sein hätten¹⁷. Vor diesem Hintergrund begannen die JCS, sich ernsthaft für Donovans diesbezügliche Pläne und Vorarbeiten zu interessieren und eine Aufteilung des COI auf verschiedene Abteilungen des Militärs zu erwägen. Eine solche Lösung konnte freilich kaum im Sinne Donovans sein, selbst wenn angesichts des Kriegseintritts der Vereinigten Staaten eine engere Bindung an das Militär und vor allem an dessen Ressourcen durchaus Vorteile versprach. Deshalb stand Donovan einer Unterstellung seiner Behörde unter die JCS keineswegs grundsätzlich ablehnend gegenüber, wobei ihm allerdings daran gelegen war, den COI als Einheit zu bewahren¹⁸. Die Lösung, die letztendlich zustande kam, entsprach insofern nur bedingt Donovans Vorstellungen: Die „Military

ratur ist der Überraschungsangriff auf Pearl Harbor jedoch ein vielzitiertes und vieluntersuchtes Beispiel für das Versagen der amerikanischen Nachrichtendienste, vgl. z.B. die Arbeiten von Prange, insbesondere: Pearl Harbor: The Verdict of History.

¹⁵ OSS War Report I, S. 19.

¹⁶ Detaillierte Darstellung der Hintergründe und Zusammenhänge bei Troy, Donovan, S. 120ff., vgl. auch S. 209ff.; sowie OSS War Report I, S. 19ff.

¹⁷ Vgl. dazu und zum Folgenden Troy, Donovan, S. 129ff.; sowie OSS War Report I, S. 21; zur ebenfalls erst rudimentär entwickelten britischen Expertise in „shadow warfare“ siehe Smith, Shadow Warriors, S. 3–54; sowie die Entstehungsgeschichte der britischen SOE bei Stafford, Britain and the European Resistance, S. 10–49.

¹⁸ Vgl. dazu auch die in OSS War Report I, S. 24 abgedruckten Schreiben Donovans an Roosevelt vom Frühjahr 1942, sowie FDRL, PSF/Subject, b 165, f 7: Donovan, Memorandum for the President, 16.3. 1942.

Order“ vom 13. Juni 1942 bestimmte, daß der COI, umbenannt in Office of Strategic Services, und seiner Funktionen im Bereich „foreign information“ enthoben¹⁹, der Kontrolle der JCS unterstellt wurde²⁰. Der Kampf um Kompetenzen und Aufgabenbereiche sollte damit für Donovans Behörde allerdings noch immer nicht beendet sein, und entsprechend düster schließt der OSS War Report seine Zusammenfassung der Entwicklung des COI zum OSS ab: „The period of uncertainty as to the disposition of COI by the President gave way to a new period of uncertainty as to the future of OSS under the Joint Chiefs of Staff.“²¹

Zunächst erschien es sogar fraglich, ob das OSS nicht letztlich völlig im militärischen Apparat aufgehen würde. Erst nach monatelangem bürokratischen Tauziehen gelang Donovans Behörde Ende 1942 endlich der Durchbruch²²: Die Direktive JCS 155/4/D vom 23. Dezember 1942 definierte erstmals in umfassender Weise die Aufgaben und Kompetenzen des OSS²³. Diese bestanden demnach zum einen in „planning, development, coordination, and execution of the military program for psychological warfare“, wobei nicht näher ausgeführt wurde, was genau unter „psychological warfare“ zu verstehen sei²⁴. Es wurde lediglich festgelegt, daß das OSS in Erfüllung dieser Aufgaben für „special operations“ wie Sabotage, Spionage und Gegenspionage in feindlich besetzten Gebieten sowie für den Kontakt mit Untergrundbewegungen und für die Organisation und Führung von Guerillakrieg zuständig sei. Darüber hinaus wurde das OSS beauftragt, „[to compile] such political, psychological, sociological, and economic information as may be required for military operations“. Dies umschrieb den

¹⁹ Die Propaganda-Abteilung des COI, der unter Leitung von Robert E. Sherwood stehende Foreign Information Service (FIS), war, wie bereits erwähnt, von Anfang an die problematischste COI-Abteilung gewesen. Die Executive Order 9182 vom 13. 6. 1942, durch die – gleichzeitig mit Unterstellung des COI/OSS unter die JCS – das Office of War Information eingerichtet wurde, verfügte die Eingliederung des FIS in diese neugegründete Behörde, vgl. Executive Order 9182, abgedruckt bei Troy, Donovan, S. 424–426. Die Abtrennung des FIS war kaum in Donovans Sinne, vgl. OSS War Report I, S. 21 ff.

²⁰ Die Military Order vom 13. 6. 1942 „Office of Strategic Services“ ist abgedruckt bei Troy, Donovan, S. 427; sowie bei Corson, *Armies of Ignorance*, S. 187; vgl. auch JCS 67 vom 21. 6. 1942, abgedruckt bei Troy, Donovan, S. 428. Als diese Direktive herausgegeben wurde, war Donovan gerade in London, und offensichtlich war er nicht davon informiert worden, daß eine derartige Regelung unmittelbar bevorstand, vgl. OSS War Report I, S. 26, und Troy, Donovan, S. 150 ff.

²¹ OSS War Report I, S. 27.

²² Ausführliche Darstellung der Hintergründe und Zusammenhänge bei Troy, Donovan, S. 155–191; vgl. auch Smith, *Shadow Warriors*, S. 140 ff., sowie OSS War Report I, S. 97 ff.

²³ JCS 155/4/D ist abgedruckt bei Troy, Donovan, S. 431–434; letztlich sollten aber noch mehrere Direktiven notwendig sein, bis dem OSS schließlich durch die Direktive JCS 155/11/D vom 27. 10. 1943 „definite authorization and sufficient scope to develop maximum efficiency“ verschafft wurden, vgl. OSS War Report I, S. 105–110, und NA, RG 226, R&A-History II, S. 11, sowie Troy, Donovan, S. 191 ff. JCS 155/11/D ist abgedruckt ebenda, S. 439 ff.; diese Direktive definierte erstmals auch umfassend die Aufgaben von R&A.

²⁴ Erst sehr viel später wurde erkannt, daß die fortgesetzte Verwendung dieses ungeklärten Begriffs zur Beschreibung eines wesentlichen Aufgabenbereiches des OSS viel Verwirrung stiften mußte, siehe dazu Troy, Donovan, S. 206, sowie Donovan an Roosevelt, Schreiben vom 23. 2. 1943, in: FDRL, PSF/Subject, b 167; im März 1943 wurde schließlich in einer R&A-Denkschrift versucht, eine umfassende Definition vorzulegen, in: NA, RG 226, E 37, b 5, f: Psychological Warfare Committee – Research and Analysis.

Aufgabenbereich der R&A-Branch, deren Arbeit – wie auch die übrigen Dienstleistungen, die das OSS zu erbringen hatte – nun stets den vom Militär definierten Erfordernissen und Notwendigkeiten Rechnung zu tragen hatte. Das war schließlich der Preis, den Donovans Behörde für ihre Eingliederung in den machtvollen und immer mehr expandierenden Apparat der JCS zu entrichten hatte.

Während einige OSS-Abteilungen von dieser Entwicklung durchaus profitierten, wirkte sie sich für R&A eher negativ aus. Wie bereits erwähnt, hatte die R&A-Branch die ihr von Donovan ursprünglich zgedachte zentrale Stellung schon im Zuge der Expansion des COI einzubüßen begonnen. Durch die Eingliederung des OSS in den unter Kontrolle der JCS stehenden militärischen Apparat wurde diese Tendenz in gewissem Sinne verstärkt. Denn da das OSS nun in erster Linie mit der Entwicklung und Umsetzung irregulärer Kampfstrategien beauftragt war, traten die „operational branches“ wie etwa die mit Sabotageaktionen und Guerrillakampf befaßten Special Operations (SO) oder die für „schwarze“ Propaganda und Subversion zuständige Moral Operations-Abteilung (MO) zunehmend in den Vordergrund; ebenso gewannen die mit Spionage befaßte Secret Intelligence-Abteilung (SI) sowie die für Abwehr verantwortliche X-2-Abteilung in diesem Zusammenhang erheblich an Gewicht.

Innerhalb des OSS entwickelte sich die R&A-Branch so in zunehmendem Maße zu einer Dienstleistungsabteilung. Auch wenn die durch R&A zugänglich gemachten Informationen sowie die dort ausgearbeiteten Studien und Analysen letztlich oft genug die unverzichtbare Grundlage für die Arbeit der anderen OSS-Abteilungen bildeten, war damit ein gewisser Prestigeverlust verbunden, zumal diejenigen OSS-Mitarbeiter, die per Schlauchboot oder Fallschirm in feindlich besetzte Gebiete eindringen oder derartige Aktionen wenigstens am Schreibtisch erdachten, der soviel weniger spektakulären Arbeit ihrer Kollegen vom R&A-„Campus“ nicht immer den verdienten Respekt entgegenbrachten. Dabei ist immer wieder darauf hingewiesen worden, daß außerhalb des OSS stets Einigkeit darüber bestand, daß die R&A-Branch, die schließlich weiterhin für das Außenministerium und für militärische Stellen sowie zahlreiche Regierungsbehörden arbeitete, die bedeutendste OSS-Abteilung darstellte²⁵. Auf seiten des Militärs hatte man den Wert der von R&A geleisteten Arbeit schon früh erkannt²⁶, und im März 1942 war in einem von den JCS in Auftrag gegebenen Bericht zur Frage einer eventuellen Aufteilung des COI gar zu lesen, die R&A-Branch sei „a school of advanced research of the highest caliber which can readily be used effectively“²⁷.

Bald nach der Übernahme des OSS durch die JCS hatten die R&A-Mitarbeiter Gelegenheit zu zeigen, daß dieses Urteil gerechtfertigt war. Denn im Rahmen der Vorbereitungen zu der zwischen Roosevelt und Churchill vereinbarten alliierten Landung in Nordafrika, die unter dem Codenamen TORCH für November 1942 geplant war, wurde die Ausarbeitung von umfassenden Studien über die topographi-

²⁵ So z. B. Winks, *Cloak*, S. 61, 114; Corson, *Armies of Ignorance*, S. 168; vgl. auch OSS War Report I, S. 167. Vgl. außerdem die bei Katz, *Foreign Intelligence*, im Anhang wiedergegebene Graphik „Flow of R&A Intelligence Material“ (Chart 3).

²⁶ Dazu OSS War Report I, S. 17.

²⁷ Zit. nach Troy, *Donovan*, S. 133. Dem Bericht zufolge verfügte R&A zu diesem Zeitpunkt über 340 Mitarbeiter (darunter 150 Wissenschaftler) und einen Etat von \$ 1 Million.

schen, geographischen, politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten in Marokko, Algerien und Tunesien notwendig²⁸. Der COI selbst war in Nordafrika schon seit Januar 1942 aktiv²⁹. Unter der Leitung von Colonel William Eddy war ein geheimes Radionetz an der nordafrikanischen Küste aufgebaut und Kontakte zu französischen Anti-Vichy-Gruppierungen sowie zu einheimischen Gruppen geknüpft worden. Da sich der Widerstand der letzteren jedoch zumeist nicht nur gegen eine deutsche Besatzung, sondern ebenso gegen die französische Kolonialherrschaft richtete, wurde ihre vom COI angeregte Einbeziehung als Guerillakampfverbände in das geplante alliierte Landungsunternehmen aufgrund von Bedenken im Außenministerium sowie in militärischen Kreisen bald verworfen³⁰. Der herausragende Beitrag des COI bzw. des OSS zur alliierten Landung in Nordafrika bestand dann auch keineswegs in der Planung und Umsetzung irregulärer Kampfstrategien. Es waren vielmehr die von Eddy und seinen Mitarbeitern nach Washington und London – dem Standort von General Eisenhowers Allied Forces Headquarter – übermittelten strategisch wichtigen Informationen und Daten sowie die hauptsächlich von der unter Leitung von Sherman Kent stehenden Mediterranean and Africa Section ausgearbeiteten R&A-Studien, die dem OSS die Anerkennung der Militärs verschafften und seine Nützlichkeit für die Vorbereitung und Ausführung militärischer Operationen unter Beweis stellten.

Der Herausgeber des OSS War Report, Kermit Roosevelt, sah später im OSS-Beitrag zur Operation TORCH gar den Hauptgrund für das „Überleben“ des OSS: „Without this evidence to the JCS of its value, it would most likely have been dismembered.“³¹ Im Urteil Donovans bedeuteten die von der Mediterranean and Africa Section in Marathon-Arbeitsgängen erstellten umfassenden Nordafrikastudien darüber hinaus „the first victory“ für die Arbeitsweise der R&A-Branch³².

Interdisziplinäres Forschen für Krieg und Frieden

Obwohl die von R&A bei der Vorbereitung der alliierten Landung in Nordafrika geleistete Arbeit allgemein Anerkennung gefunden hatte, war man sich in der Abteilung längst darüber im klaren, daß die wenig durchdachte interne Struktur und die ineffiziente Verwaltung der Abteilung ihre Leistungsfähigkeit beeinträchtigten³³. Zum einen war die Aufteilung in die nach regionalen Schwerpunkten gegliederte Division of Spe-

²⁸ Vgl. dazu Breuer, Operation Torch.

²⁹ Dazu Smith, OSS, S. 41 ff.; sowie Smith, Shadow Warriors, S. 146 ff.; OSS War Report I, S. 93 ff. und II, S. 9 ff.; vgl. auch Koch, Der amerikanische Geheimdienst OSS, in: Schulz (Hrsg.), Geheimdienste und Widerstandsbewegungen, S. 79–104, insbesondere S. 84 ff., sowie Walker, OSS and Operation Torch, in: JCH 22 (Oktober 1987), S. 667–679.

³⁰ Vgl. dazu jedoch Smith, OSS, S. 41 ff.

³¹ OSS War Report I, Introduction x; vgl. dazu aber die kritische Bewertung bei Walker, OSS and Operation Torch, in: JCH 22 (Oktober 1987), insbesondere S. 674 ff.

³² Zit. nach Winks, Cloak, S. 85; eine farbige Darstellung der Umstände, unter denen die Nordafrikastudien entstanden, ebenda, S. 84 f.; vgl. auch NA, RG 226, R&A-History (IV. Europe-Africa Division), S. 14.

³³ NA, RG 226, R&A-History (II), S. 15.

cial Information (DSI) und die funktionalen Abteilungen für Psychology, Economics und Geographics kaum geeignet, die Flexibilität und Kooperation innerhalb der Abteilung zu gewährleisten, die die Bandbreite und Eigenart der von R&A bearbeiteten Themen und Fragestellungen erforderten³⁴. Abteilungsinterne Probleme wurden zudem dadurch verschärft, daß sich R&A-Direktor Baxter wenig um Verwaltungsfragen kümmerte, da er vollständig davon in Anspruch genommen war, seiner Abteilung einen festen Aufgabenkreis innerhalb des COI bzw. des OSS und einen „Kundenstamm“ in der Regierungsbürokratie zu sichern³⁵.

Diese Vernachlässigung interner Administration und die problematische Struktur der Abteilung führten bald zu starken Spannungen, deren Lösung sich Baxter wohl nicht gewachsen fühlte, und im Herbst 1942 trat er schließlich als Leiter der R&A-Branche zurück. Es war bezeichnend für Donovans Führungsstil – „throwing power into the middle of his subordinates and letting the strongest emerge on top“³⁶ –, daß er die Nachfolge Baxters zunächst offenließ. William Langer hatte jedoch wohl schon bei seiner Einstellung im Sommer 1941 damit gerechnet, die Leitung von R&A zu übernehmen, und zögerte nach Baxters Rücktritt offenbar nicht, de facto dessen Nachfolge anzutreten. Enthusiastisch unterstützt von zwei jungen Assistenten, Carl Schorske und Robert Wolff, begann Langer unverzüglich, den Aufbau einer internen Verwaltungsstruktur und die Entwicklung von Plänen für eine Reorganisation der Abteilung voranzutreiben.

Als im Dezember die Aufgaben des gesamten OSS in der Direktive JCS 155/4/D klar definiert wurden, stand der Verwirklichung dieser Planungen nichts mehr entgegen³⁷. Im Zuge der nun durchgeführten Reorganisation wurden mit den Abteilungen Europe-Africa, Far East, USSR und Latin America vier, jeweils für eine Region zuständige „Divisions“ geschaffen. Die bislang eigenständigen funktionalen Abteilungen wurden als Economic Capabilities Sub-Division und Topographic Intelligence-Sub-Division in diese neuen Abteilungen integriert, während das bisherige Personal der DSI und der Psychology Division den Mitarbeiterstab für die jeweils neu eingerichteten Psychological Warfare Sub-Divisions bzw. die später daraus hervorgehenden Political Subdivisions stellte. Da der europäische Kriegsschauplatz in der anglo-amerikanischen „Grand Strategy“ Priorität hatte („Germany first“), wurde der Europe-Africa Division dabei das meiste Personal zugeteilt³⁸.

Die Europe-Africa Division unterstand der Leitung von Sherman Kent und gliederte sich – ähnlich wie die anderen regionalen Abteilungen – in die wiederum nach Regionen unterteilte Psychological Warfare Sub-Division und die nach thematischen Gesichtspunkten strukturierten Economic Capabilities und Topographic Intelligence Sub-Divisions. Später wurden diese drei Unterabteilungen als Political, Eco-

³⁴ Dazu und zum Folgenden die Unterlagen in NA, RG 226, E 145, b 2, f 13 und 24; b 4, f 40ff., sowie E 146, b 70, f 986 und 990.

³⁵ NA, RG 226, R&A-History, (III), S. 20.

³⁶ Ebenda, S. 23; zum Folgenden S. 21 ff.

³⁷ Dazu OSS War Report I, S. 167 ff.; sowie NA, RG 226, E 1, b 2, Administrative Office: R&A Administrative Regulation No. 1, 21. 1. 1943; vgl. außerdem die bei Katz, Foreign Intelligence, im Anhang wiedergegebene Graphik „Organization of the Research and Analysis Branch, OSS“ (Chart 2).

³⁸ OSS War Report I, S. 172.

nomics und Geographic Subdivision geführt³⁹. Das in dieser neuen Organisation liegende Potential für fachübergreifende Zusammenarbeit sollte sich als ein wichtiger Faktor für die Leistungsfähigkeit der Europe-Africa Division erweisen; es wurde erstmals umfassend genutzt, als es für die Mitarbeiter der Abteilung ab Herbst 1943 galt, den Löwenanteil der in Vorbereitung der US-Militäradministration geplanten Civil Affairs Guides auszuarbeiten, denn dieses Projekt forderte und förderte interdisziplinäres Arbeiten⁴⁰.

Zusätzlich zu den im Rahmen dieser Reorganisation geschaffenen vier regionalen Hauptabteilungen wurde mit der Map Division eine neue funktionale Abteilung eingerichtet⁴¹. Die Aufgaben der in dieser Abteilung beschäftigten Spezialisten für Kartographie und Topographie erschöpften sich keineswegs in der bloßen Illustration von R&A-Studien durch Karten und Modelle; nicht selten stellten die Arbeiten dieser Abteilung vielmehr hochspezialisierte Studien dar, die durchaus als „intelligence reports in themselves“⁴² gelten konnten.

Neben diesen im Januar 1943 neu gebildeten Abteilungen blieb die Central Information Division (CID), Anfang 1943 noch unter Leitung von Lewis, bestehen. Sie büßte allerdings im Laufe des Jahres viel von ihrer Leistungsfähigkeit ein⁴³, denn ihre Mitarbeiter waren ständig überarbeitet und chronisch unterbezahlt. Als Lewis aufgrund verschiedener Spannungen, aber auch wegen seines nachlassenden Interesses an der Arbeit für CID im Oktober 1943 zurücktrat, bestand ein Rückstau von etwa 50–75 000 unbearbeiteten Dokumenten. Der Nachfolger von Lewis, Lieutenant Raymond Deston, im Privatberuf ein erfolgreicher Manager, stellte die Leistungsfähigkeit der Abteilung jedoch bald wieder her, und 1944 wurden in der CID pro Monat durchschnittlich etwa 10 000 Dokumente bearbeitet.

Bei diesen Dokumenten handelte es sich sowohl um klassifizierte wie frei zugängliche Informationen, die entweder vom OSS selbst gesammelt oder von anderen Behörden zur Verfügung gestellt wurden⁴⁴. Besonders die Beschaffung klassifizierter Materialien war allerdings, wie bereits angedeutet, nicht immer einfach, was der OSS War Report der „natural reluctance of established agencies to recognize the over-all nature of a new organization such as R&A“ zuschreibt⁴⁵. Bis Anfang 1942 hatte R&A in Roosevelts Sohn, dem Marineoffizier James Roosevelt, jedoch genau den richtigen Verbindungsoffizier, um diesem „natürlichen Widerstreben“ entgegenzutreten. Roosevelt, der auf Ersuchen Donovans im August 1941 von der Navy für die Arbeit beim COI freigestellt worden war, wurde jedoch nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor

³⁹ Vgl. NA, RG 226, E 1, b 1, f 36: Joint Security Control: Preliminary List of Members of the R. and A. Branch for Whom Authorization to see Top Secret Documents is Asked [o.D.]; sowie ebenda, b 3, f: Europe-Africa Division 1945: Personalliste vom 20.10. 1945; vgl. auch die bei Katz, Foreign Intelligence, im Anhang wiedergegebene graphische Darstellung der Organisation der R&A-Branch (Chart 2).

⁴⁰ Ausführlich dazu unten V., 1. Teil.

⁴¹ Zur Arbeit der Map Division siehe OSS War Report I, S.169f.; NA, RG 226, R&A-History, (f 46), Map Division.

⁴² OSS War Report I, S.169f.

⁴³ Zum Folgenden ebenda, S.169, und NA, RG 226, R&A-History, (CID), S.12 ff.

⁴⁴ OSS War Report I, S.169, vgl. außerdem Katz, Foreign Intelligence, „Flow of R&A Intelligence Material“ (Anhang: Chart 3).

⁴⁵ OSS War Report I, S.173.

zum aktiven Dienst einberufen⁴⁶, und sein Weggang Anfang 1942 bedeutete für R&A einen empfindlichen Verlust. Dies galt um so mehr, als zu dieser Zeit auch gerade die Secret Intelligence-Branch (SI) des COI aufgebaut wurde, die dazu überging, „to take (and keep) most of the incoming material brought by his successor“⁴⁷. Zwar wurde in der CID eigens ein Stab eingerichtet, dessen Aufgabe es war, einen möglichst reibungslosen Austausch von Informationen innerhalb des OSS und mit anderen Behörden zu gewährleisten, doch funktionierte dies niemals zur vollen Zufriedenheit von R&A⁴⁸. Eine Ausnahme bildete die allerdings auch nicht völlig ungetrübte Zusammenarbeit mit dem State Department⁴⁹, das R&A regelmäßig Paraphrasen eines Großteils der für die Arbeit der Abteilung relevanten Kabel zugänglich machte.

Die Tätigkeit der CID erschöpfte sich jedoch nicht in der Beschaffung und Bearbeitung von aktuellen Meldungen. Die CID unterhielt beispielsweise auch eine eigene Bibliothek⁵⁰, in der als Leihgaben der Library of Congress von R&A-Mitarbeitern häufig benötigte Werke bereitstanden. Darüber hinaus enthielt die CID-Bibliothek „special collections“ wie etwa die im Frühjahr 1942 in New York konfiszierten Bestände der „German Library of Information“, einer nationalsozialistischen Propagandaorganisation⁵¹, und des „German-American Board of Trade“. Zu einer weiteren wichtigen CID-Abteilung entwickelte sich die ursprünglich zur SI-Branch gehörende Biographical Records Section⁵². Nachdem ihre Mitarbeiter zunächst ohne klare Leitlinien wenig erfolgreich experimentiert hatten, wurde diese Abteilung der CID angegliedert und unter Beteiligung von Hajo Holborn, Felix Gilbert, Eugene Anderson sowie der Leiterin der New Yorker Außenstelle von Biographical Records, Emmy Rado, reorganisiert. Aufgabe der Abteilung war die Sammlung und Überprüfung biographischer Informationen sowie der Aufbau von Karteien über Personen, die in Deutschland und im besetzten Europa politische Funktionen ausübten oder anderweitig über Einfluß verfügten.

Neben der CID wurde Ende April 1943 noch ein Stab eingerichtet, dessen Aufgabe es war, „to set significant current intelligence in a brief, accurate framework of the research analysts' comments or reservations and get the complete intelligence report to policy-level users as quickly as possible“⁵³. Der Kern dieses Current Intelligence Staff

⁴⁶ Ebenda, S. 11, 20.

⁴⁷ NA, RG 226, R&A-History, (CID), S. 12.

⁴⁸ Vgl. dazu auch OSS War Report I, S. 173 f.

⁴⁹ Zum Folgenden ebenda, S. 169; NA, RG 226, R&A-History, (CID), S. 42 f.; NA, RG 226, E 1, b 2, f: State Department 1944, Holmes an Riddell, 24. 8. 1944; vgl. dazu auch Cline, Secrets, S. 42 f.

⁵⁰ Zum Folgenden NA, RG 226, R&A-History, (CID), S. 18 ff.

⁵¹ Dazu der 68 Seiten umfassende „Index of the German Library of Information“ in NA, RG 59, R&A 427.

⁵² Zum Folgenden OSS War Report I, S. 169; NA, RG 226, R&A-History, (CID), S. 45 ff.; RG 226, E 1, b 1, f 20 und b 2, f: CID, Biographical Records Section, 1944, siehe insbesondere Field Unit, N.Y.C. of Biographical Records – Report on First Year Activity, June 7, 1943 – June 7, 1944.

⁵³ NA, RG 226, R&A-History, (CIS), S. 6; zum Folgenden auch OSS War Report I, S. 172 f.; NA, RG 226, R&A-History, (CIS), S. 1 ff. Einer der spektakulärsten Erfolge des CIS war die prompte Ausarbeitung einer Serie von Berichten zu dem am 20. Juli 1944 in Deutschland versuchten Staatsstreich, vgl. NA, RG 226, R&A-History, (CIS), S. 12; ausführlicher dazu unten IV., 3. Teil; zur Arbeit des CIS vgl. auch Cline, Secrets, S. 55 ff.

(CIS) bestand anfänglich aus den Mitarbeitern des Büros Donald McKays, das die beiden OSS-Publikationen *The War This Week* und *OSS Weekly Summary* herausgegeben hatte. Der Historiker S. Everett Gleason, der später zusammen mit Langer einige voluminöse Studien über die Vorkriegsjahre in den USA verfassen sollte, übernahm die Leitung dieses Teams, und die R&A-History bescheinigt ihm „extraordinary energy and imagination in coordinating and extending the staff's operations“⁵⁴. Für die erfolgreiche Arbeit dieses Stabes war allerdings auch das Wohlwollen General Magruders unverzichtbar. Er hatte die Tätigkeit von SI, R&A und FN zu überwachen und ermöglichte es den CIS-Mitarbeitern, viele Dokumente – nicht zuletzt manche der von SI eifersüchtig gehüteten „intelligence cables“ – auf unbürokratischem und somit schnellem Wege zu erhalten.

Auf Anregung und mit Unterstützung General Magruders gab der CIS auch die für den OSS-internen Gebrauch bestimmte *Daily Intelligence Summary* heraus⁵⁵. Außer Top-Secret-Informationen enthielt diese Zusammenstellung alle dem OSS verfügbaren aktuellen Informationen, weswegen sie aus Sicherheitsgründen nur in beschränktem Umfang verteilt werden konnte. Daneben gab der CIS-Mitarbeiter Arthur M. Schlesinger das ebenfalls für den OSS-internen Gebrauch bestimmte *Psychological Warfare Weekly* heraus⁵⁶, das sich offenbar großer Beliebtheit erfreute, was nach Darstellung der R&A-History in erster Linie „Schlesinger's peppy style and all-consuming intellectual appetite“⁵⁷ zu verdanken war. Als Schlesinger im Sommer 1944 nach Europa ging, wurde dieses Magazin durch das etwas strenger gehaltene *Political Intelligence Weekly* ersetzt. Der CIS vertrat das OSS außerdem im Editorial Committee des Joint Intelligence Committee und steuerte etwa zwei Drittel zu dessen für 65 Spitzenpolitiker bestimmter Publikation *JIC Weekly Summary* bei⁵⁸. Insbesondere die Beiträge zu politischen und wirtschaftlichen Themen waren im allgemeinen R&A-Studien entnommen, und die R&A-History schreibt diesen Erfolg vor allem dem von Gleason eingeführten „careful standard of objectivity in intelligence writing“ zu⁵⁹.

Nach dieser umfassenden Reorganisation im Januar 1943 wurde die Arbeit der R&A-Branch von einem Projects Committee geleitet⁶⁰. Dieses Komitee war zunächst als Unterausschuß des Board of Analysts eingerichtet worden; es entschied über die Arbeitsvorhaben der verschiedenen R&A-Abteilungen, edierte fertige R&A-Studien und sorgte für ihre Verteilung innerhalb des OSS sowie an die jeweils interessierten Washingtoner Behörden. Das Projects Committee verbesserte die unzureichende Leitung der Arbeit von R&A durch das Board of Analysts entscheidend; überhaupt konn-

⁵⁴ NA, RG 226, R&A-History, (CIS), S. 3.

⁵⁵ NA, RG 59, R&A 1142.1 (-750), „Psychological Warfare Daily Intelligence Summary“ (und andere Titel, etwa „The Daily Intelligence Summary“), 22.5. 1943–15.11. 1945.

⁵⁶ NA, RG 59, R&A 1150.1 (-52), „The PW Weekly“, 9.4. 1943–28.4. 1944.

⁵⁷ NA, RG 226, R&A-History, (CIS), S. 16.

⁵⁸ OSS War Report I, S. 173.

⁵⁹ NA, RG 226, R&A-History, (CIS), S. 15.

⁶⁰ Dazu und zum Folgenden OSS War Report I, S. 168, 171 f.; die täglich stattfindenden Sitzungen des Projects Committee sind dokumentiert in NA, RG 226, E 59: Research and Analysis Branch, Projects Committee, Minutes of Meetings, Aug 1942 – Jan 1946; außerdem: NA, RG 226, E 99, b 104, R&A 2405, „The Work of the Projects Committee“, 1.8. 1944; sowie NA, RG 226, E 37, b 5, f: Projects Committee Correspondence (1943–1945).

ten durch die Reorganisation der Abteilung wesentliche Probleme gelöst werden: Die neue abteilungsinterne Administration wurde allgemein als Verbesserung empfunden, vor allem aber war die hinderliche Trennung zwischen regionalen und funktionalen Abteilungen aufgehoben und eine Struktur geschaffen worden, die der fachübergreifenden Arbeitsweise, die viele der von R&A bearbeiteten Fragestellungen erforderten, sehr viel zuträglicher war.

Manche Probleme ließen sich durch diese Reorganisation allerdings nicht lösen und beeinträchtigten die Arbeit von R&A weiterhin spürbar. Vor allem wurde der bereits angesprochene „Prestigeverlust“ der R&A-Branch innerhalb des OSS und die daraus resultierende Vernachlässigung der Abteilung von R&A-Mitarbeitern immer wieder beklagt. Die Palette dieser Klagen reichte von Beschwerden über einen Mangel an wissenschaftlichen Mitarbeitern, Schreibkräften und Räumlichkeiten bis hin zu der Kritik, daß es manche OSS-Abteilungen – vornehmlich SI – an der notwendigen Kooperation fehlen ließen⁶¹, wobei die wegen des Krieges besonders strengen Sicherheitsbestimmungen offenbar nicht selten als „the perfect excuse for uncooperativeness“⁶² herhalten mußten. Überdies verschärfte sich der schon lange beklagte Personalmangel im Laufe des Krieges durch Einziehung von R&A-Mitarbeitern zum Militär so sehr, daß das Projects Committee im Februar 1943 Veranlassung sah, die Frage zu erörtern, wie lange die Arbeit von R&A unter diesen Umständen noch fortgesetzt werden könnte⁶³. Zwar wurde immer wieder von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, als besonders unabkömmlich geltende Mitarbeiter vom Militärdienst freizustellen oder ihnen zu erlauben, in Uniform zu ihrer Arbeit bei R&A zurückzukehren, doch waren solche Ausnahmeregelungen stets „distasteful and difficult to obtain“⁶⁴. In zunehmendem Maße sah sich R&A überdies durch die starke Inanspruchnahme der Abteilung bei der Planung und Vorbereitung der amerikanischen Besatzungs- und Nachkriegspolitik belastet. Insbesondere das im Sommer 1943 unter Leitung von Hajo Holborn entwickelte Civil Affairs Guide-Programm erwies sich als ungeheuer arbeitsintensiv und problematisch⁶⁵.

Gleichzeitig wurde R&A-Personal von der Washingtoner Zentrale auf OSS-Außenposten abgezogen⁶⁶. Die erste COI-Außenstelle war bereits im Oktober 1941 in Lon-

⁶¹ Vgl. NA, RG 226, E 1, b 1, f 5: Memorandum vom 17.9. 1943, und ebenda, f 38: Schreiben an Langer vom 7.6. 1944; über die mangelnde Kooperationsbereitschaft sowie die „Geheimniskrämerei“ von SI wurde – besonders im Herbst 1943 – mehrfach Klage geführt, vgl. dazu auch Winks, Cloak, S.76f. Die unzulängliche Kooperation innerhalb des OSS und zwischen den US-Nachrichtendienststellen im allgemeinen illustriert auch eine Auflistung der Europe-Africa Division über „Intelligence Requirements in Respect to Germany“ vom 19.10. 1943 in: NA, RG 59, R&A 1531; zum akuten Personalmangel in R&A vgl. außerdem die in NA, RG 226, E 42 (1 box) enthaltenen Monthly Progress Reports der Europe-Africa Division; R&A-Schreibkräfte brachten es demnach bspw. auf bis zu 70 Überstunden pro Monat.

⁶² NA, RG 226, R&A-History, (III), S.23.

⁶³ NA, RG 226, E 59, II, Sitzung vom 8.2. 1943.

⁶⁴ OSS War Report I, S.168.

⁶⁵ Dazu ausführlich unten V., 1. Teil.

⁶⁶ Zum Folgenden NA, RG 226, R&A-History, (f 45), S.105 ff.; OSS War Report I, S.170f. und II, S.259ff.; sowie die Unterlagen in NA, RG 226, E 50, Research and Analysis Branch, Europe-Africa Division, Records Relating to Outposts in Germany 1945; ausführlicher dazu unten VI., 1. Teil.

don eingerichtet worden⁶⁷. Wie Präsident Roosevelt am 24. Oktober in einem Schreiben an Churchill darlegte, war Donovan autorisiert worden, „to send a small staff to London“; die Aufgabe dieses Außenpostens sollte es sein, die europäische Länder betreffende Arbeit des COI zu erleichtern. Daß dieser „small staff“ bis zum Frühjahr 1944 auf über 2000 Mitarbeiter anwuchs, illustriert die Bedeutung dieser Außenstelle. Mitte Mai 1942 war in London auch eine R&A-Abteilung eingerichtet worden⁶⁸, die sich nach anfänglichen Schwierigkeiten zu einem wichtigen – wenn auch im eigenen Verständnis von Washington nicht immer entsprechend gewürdigten – Partner bei den Bemühungen um eine sinnvolle Planung und Vorbereitung der amerikanischen Besatzungspolitik in Deutschland entwickelte und die Zusammenarbeit mit in London stationierten alliierten Behörden wie etwa der European Advisory Commission (EAC) erleichterte.

Im Verlaufe des Krieges wuchs die Bedeutung dieser Außenstellen für die Arbeit von R&A; und besonders nach der Invasion Europas stellten das Londoner R&A-Büro sowie die den Truppen unmittelbar folgenden OSS-Teams die Versorgung der Washingtoner Zentrale mit aktuellen Informationen und Dokumentationsmaterialien sicher. Im September 1944 wurde auch in Paris ein OSS-Büro eingerichtet, und als US-Streitkräfte begannen, in Deutschland einzurücken, folgten ihnen R&A-Teams, „to undercover Nazi officials and hidden assets and to provide basic intelligence for the U.S. Group of the Control Council“⁶⁹.

Insgesamt sollte sich R&A so trotz der eben beschriebenen Widrigkeiten letztlich zum „most respected part of the entire OSS operation“ entwickeln⁷⁰. Die Abteilung produzierte bis Kriegsende etwa 3000 Studien, deren Umfang von manchmal nur knapp eine Seite umfassenden Kurzberichten zu bestimmten Fragestellungen bis zu massiven Werken wie etwa dem für die Besatzungstruppen ausgearbeiteten, rund 1500 Seiten umfassenden Handbuch zu Süddeutschland reichte⁷¹. Daneben wurde eine Materialsammlung aufgebaut, die auf 3 Millionen Karteikarten, 300000 Photos, ebenso viele „intelligence documents“, 1 Million Karten, 350000 Ausgaben ausländischer Serienpublikationen, 50000 Bücher, Tausende von biographischen Akten und Tausende von Postkarten geschätzt worden ist⁷². Angesichts dieser Zahlen mag der Verdacht naheliegen, daß die Qualität der von R&A geleisteten Arbeit unter deren Quantität litt. Doch auch wenn die von der Abteilung ausgearbeiteten Studien nicht frei von Fehlern und Irrtümern waren, und auch wenn sich einzelne Beispiele finden ließen, die im Rückblick gar als Makulatur erscheinen mögen, bezeugen die R&A-Arbeiten doch in

⁶⁷ Dazu und zum Folgenden OSS War Report I, S. 15; OSS War Report II, S. 3–7; vgl. auch Troy, Donovan, S. 115, 117, der darauf hinweist, daß die Einrichtung dieser ersten COI-Außenstelle anfangs von den Washingtoner Querelen um den COI überschattet war.

⁶⁸ NA, RG 226, E 91, b 7–10, War Diary, R&A-Branch, OSS London (im folgenden zitiert als R&A/London, War Diary), Vol. I: Early History; zum Folgenden Vol. VIII: Civil Affairs, sowie Vol. III (1944).

⁶⁹ OSS War Report II, S. 327; ausführlicher dazu unten VI., 1. Teil.

⁷⁰ Corson, Armies of Ignorance, S. 168; ähnlich Winks, Cloak, S. 61; Troy, Donovan, S. 85; Stephenson, zit. in Dunlop, Donovan, S. 309.

⁷¹ NA, RG 59, R&A 2332, „South Germany“, 22. 9. 1944; vgl. dazu auch Corson, Armies of Ignorance, S. 173; Winks, Cloak, S. 111.

⁷² Ebenda, S. 110f.

ihrer großen Mehrheit die bemerkenswerte Leistungsfähigkeit der Abteilung und die überragende fachliche Kompetenz ihrer Mitarbeiter⁷³.

Auf einem anderen Blatt steht freilich die Frage, welcher Nutzen aus diesen Arbeiten tatsächlich gezogen wurde. Obwohl sich aus abteilungsinternen Unterlagen entnehmen läßt, daß R&A-Materialien jeden Monat in hundert- oder gar tausendfacher Vervielfältigung in Washington verteilt wurden⁷⁴, erlaubt dies kaum Rückschlüsse darauf, ob und inwieweit die darin enthaltenen Informationen, Analysen und Empfehlungen letztlich auch rezipiert wurden⁷⁵. Zwar finden sich in den Unterlagen der Abteilung zuweilen Hinweise auf positive Reaktionen von R&A-„Kunden“, und gelegentlich werden einer Studie konkrete Auswirkungen zugeschrieben⁷⁶; hin und wieder werden auch kritische Stellungnahmen diskutiert, doch sind diese Hinweise insgesamt zu unvollständig – und im übrigen kaum nachprüfbar –, als daß sich darauf ein verlässliches Urteil gründen ließe.

⁷³ Die wenigen Historiker, die sich bislang eingehender mit der Arbeit von R&A befaßt haben, stimmen in diesem Urteil im wesentlichen überein, siehe dazu generell Katz, *Foreign Intelligence*, und Winks, *Cloak*; außerdem Corson, *Armies of Ignorance*, S. 168 ff. Smith, *Shadow Warriors*, S. 360 ff., äußert sich zuweilen zwar kritisch oder auch spöttisch, zeichnet aber insgesamt doch ein positives Bild der von R&A geleisteten Arbeit.

⁷⁴ Dazu insbesondere NA, RG 226, E 42 (1 box): R&A, Europe-Africa Division, *Monthly Progress Reports*, Sept. 1943 – June 1945, sowie NA, RG 226, E 59: *Research and Analysis Branch, Projects Committee, Minutes of Meetings*, Aug 1942 – Jan 1946. Der Rechenschaftsbericht für März 1945 (E 42) verzeichnet z. B. 73 fertiggestellte und vom Projects Committee gebilligte Studien (davon waren 10 von den JCS, 13 vom State Department, 13 vom War Department und weitere 7 von anderen Behörden angefordert worden; der Rest dürfte auf OSS- oder R&A-interne Initiative zurückgehen); 62 neue Projekte werden vom Projects Committee genehmigt (davon waren 5 von den JCS, 11 vom State Department und 7 von anderen Behörden angefordert worden). Außerdem wird die Verteilung von 10 365 Kopien von R&A-Berichten verzeichnet (3450 in Washington, davon 594 an das War Department, 123 an das Navy Department, 785 an das State Department, 1394 innerhalb des OSS und 554 an verschiedene andere Behörden). Des weiteren werden Beiträge zu OSS-internen Informationsmaterialien sowie zu der vom Joint Intelligence Committee wöchentlich für Spitzenpolitiker und Ministerialbeamte herausgegebenen Zusammenfassung aktueller Meldungen verzeichnet; außerdem seien zahlreiche „special memoranda on highest priority OSS intelligence for immediate high-level distribution“ ausgearbeitet und folgendermaßen verteilt worden: Präsident – 25, JCS – 19, Secretary of State – 25, Assistant Secretary of State 8, sowie einzelne Meldungen an verschiedene andere Stellen. – Für eine Auswertung dieser Zahlen ist problematisch, daß sie nicht zwischen den von R&A ausgearbeiteten Analysen einerseits und andererseits Berichten oder Meldungen unterscheiden, die von R&A- bzw. CID-Mitarbeitern lediglich überprüft und eventuell zu Kurzberichten ausgearbeitet oder mit einem Kommentar versehen wurden.

⁷⁵ Vgl. dazu auch die Überlegungen bei Smith, *Shadow Warriors*, S. 373 ff. – Katz, *Foreign Intelligence*, xi ff., sieht die Verdienste von R&A „less in the field of diplomatic or military history than in intellectual history“ und konzentriert sich in seiner Darstellung auf diesen Bereich. – Winks, *Cloak*, S. 112 ff., meint zwar, es gebe „little historical disagreement that R&A was the most important unit in the OSS“, vertritt aber im übrigen die Ansicht: „One simply cannot know what effect these [. . . R&A] reports had on the war.“

⁷⁶ Vgl. etwa den oben, II., 1. Teil, erwähnten Rechenschaftsbericht der Economics Division; außerdem: „Achievements of the Research and Analysis Branch During the Past Year“, 23. 4. 1945, in: NA, RG 226, E 99, b 104; sowie „Contributions in the Field of Social Sciences made by the Research and Analysis Branch, OSS, to U.S. Strategic Intelligence“, in: NA, RG 226, E 37, b 5, f: R&A History, Experiences, etc.

Andererseits deutet aber der Umstand, daß die JCS sowie die wichtigsten Washingtoner Ministerien – insbesondere das State Department – regelmäßig R&A-Studien in Auftrag gaben, zumindest auf deren ernsthaftes Interesse an der Arbeit der Abteilung. Auch die Tatsache, daß R&A nach Kriegsende nicht wie die übrigen OSS-Abteilungen aufgelöst wurde, sondern im State Department den Kern eines neu aufzubauenden Auslandsnachrichtendienstes bilden sollte⁷⁷, spricht dafür, daß sich die von der Abteilung geleistete Arbeit in Washington einer nicht unbeträchtlichen Wertschätzung erfreute. Obwohl diese „Indizien“ kaum „definitive answers“ erlauben mögen⁷⁸, deuten sie doch darauf hin, daß durch die bisherige Vernachlässigung der Arbeit der R&A-Branch in der Historiographie ein ernstzunehmender Aspekt des „Know-how“ amerikanischer Behörden in der Kriegs- und Nachkriegszeit unberücksichtigt geblieben ist.

⁷⁷ Ausführlicher dazu unten VII., 1. Teil.

⁷⁸ „Those who require definitive answers ought not to read history“ – so der Yale-Historiker Winks, Cloak, S. 110, zur Frage nach der praktischen Bedeutung der von R&A geleisteten Arbeit.

IV. Die Stärken und Schwächen des „Behemoth“: Das nationalsozialistische Deutschland 1943–1945

Deutsche Emigranten als Geheimdienstexperten

Nach dem Kriegseintritt der USA führte der immer dringlicher werdende Bedarf der expandierenden Washingtoner Kriegsbürokratie an Deutschlandexperten bald dazu, daß eine Reihe von Behörden grundsätzliche Bedenken bezüglich der Beschäftigung von „enemy aliens“ über Bord warfen und begannen, emigrierte deutsche Wissenschaftler einzustellen¹. Manche dieser Emigranten hatten freilich bereits die amerikanische Staatsbürgerschaft erworben, andere hatten sie zumindest beantragt, und alle wurden vor ihrer Einstellung selbstverständlich „security checks“ unterworfen und zuweilen auch später noch von FBI-Beamten überwacht². Allein die Tatsache, daß sie Emigranten waren, mochte zwar ihre Gegnerschaft zum nationalsozialistischen Regime bezeugen – einige waren dessen Zugriff schließlich nur mit knapper Not entronnen –, doch diejenigen, die als jüdische Linksintellektuelle von den Nazis verfolgt worden waren, entsprachen eben auch kaum dem Prototyp des amerikanischen Regierungsbeamten. Anders als in manchen der etablierten Washingtoner Behörden, denen wohl nicht zu Unrecht antisemitische Tendenzen oder zumindest ein Hang zu einer deutlich konservativen Personalpolitik nachgesagt worden ist³, hatte man in Donovans Behörde aber schon in der Aufbauphase des COI keine Skrupel, sich bei der Suche nach Deutschlandexperten auch an das bekanntermaßen linksstehende Institut für Sozialforschung zu wenden⁴.

Nachdem das von Max Horkheimer, Friedrich Pollock und Felix Weil 1924 in Frankfurt begründete Institut von den Nationalsozialisten im März 1933 aufgelöst worden war, gelang dem in die USA emigrierten Horkheimer bereits 1934 die Wiederbegründung des Instituts unter der Schirmherrschaft der Columbia University. Auch in der neuen Umgebung einer empirisch arbeitenden, pragmatisch ausgerichteten und von einem grundsätzlichen Optimismus geprägten Sozialwissenschaft widmeten sich die Institutsmitarbeiter der Entwicklung theoretischer Konzeptionen, mit deren Hilfe man die Gesamtheit ökonomischer, politischer und sozialer Strukturen aus kritisch-skeptischer Distanz als spezifische historische Entwicklungsformen begreifbar machen wollte. Anfang der vierziger Jahre begann man im Institut, umfassend und syste-

¹ Washingtoner Behörden hatten schon seit Kriegsbeginn Interesse an den Arbeiten emigrierter deutscher Wissenschaftler gezeigt, vgl. dazu Krohn, Nachkriegsplanungen, in: Koebner/Sautermeister/Schneider (Hrsg.), Deutschland nach Hitler, S. 123–135.

² Vgl. dazu Herz, Vom Überleben, S. 136.

³ Vgl. dazu die Bemerkungen von Stuart Hughes in: Söllner (Hrsg.), Archäologie der Demokratie, Bd. 2, S. 48 ff.

⁴ Dazu und zum Folgenden Wiggershaus, Frankfurter Schule, S. 147 ff., 327 ff.; sowie Katz, Foreign Intelligence, S. 29 ff.; vgl. auch die Darstellung von Eugene Anderson, dem Leiter der R&A-Central Europe Section, in: Söllner (Hrsg.), Archäologie der Demokratie, Bd. 2, S. 23 f.

matisch über den Nationalsozialismus zu arbeiten. Mitarbeiter des Instituts – darunter Franz Neumann, Herbert Marcuse und Otto Kirchheimer⁵ – hielten Ende 1941 im Rahmen des Volkshochschulprogramms der Columbia University eine Reihe von Vorträgen über staatliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen des „Dritten Reiches“⁶. In diesen Vorträgen spiegelte sich die theoretische und methodische Vielfältigkeit der im Institut betriebenen Faschismusforschung, die letztlich zu kontroversen Einschätzungen des Nationalsozialismus durch verschiedene Institutsmitglieder führen sollte und bereits zu diesem Zeitpunkt Fragen und Themen aufwarf, deren Bedeutung in der Faschismuskonversation der Nachkriegszeit oft erst sehr viel später erkannt wurde.

Der COI hatte offenbar im Herbst 1941 erstmals versucht, Horkheimer selbst sowie Franz Neumann als Mitarbeiter zu gewinnen⁷. Beide zeigten sich daran zunächst nicht interessiert, doch die prekäre finanzielle Situation des Instituts erlaubte es seinen Mitarbeitern bald nicht mehr, sich dem Sog der expandierenden Washingtoner Kriegsbürokratie zu entziehen. Im Laufe des Jahres 1942 sahen sich schließlich die meisten Institutsmitglieder gezwungen, ihre Gehälter durch Teilzeitarbeit für einige der neu begründeten Washingtoner Behörden wie das OSS, das Office of War Information oder das Board of Economic Warfare aufzubessern.

Anfang 1943 traten Franz Neumann und Herbert Marcuse schließlich reguläre Positionen in der Central Europe Section der R&A-Branch an⁸. Diese Sektion der neugebildeten Europe-Africa Political Subdivision war nach der im Januar 1943 durchgeführten Reorganisation der R&A-Branch für die Beobachtung und Analyse politischer Entwicklungen im nationalsozialistischen Deutschland zuständig, und Neumann und Marcuse blieben nicht die einzigen deutschen Emigranten, die in dieser Abteilung arbeiteten. Vom Institut für Sozialforschung gesellte sich ihnen bald Otto Kirchheimer zu; der Meinecke-Schüler Felix Gilbert kam vom Institute for Advanced Study in Princeton, und auch der dort beschäftigte Politikwissenschaftler John Herz entschloß sich, ein Angebot von Yale ebenso wie ein Stipendium des Social Science Research Council auszuschlagen, um als Mitarbeiter der R&A-Branch „zum Siege seines neuen Heimatlandes beizutragen“⁹.

Insofern als der „Sieg des neuen Heimatlandes“ die Niederlage des Nationalsozialismus bedeutete, spielte die von Herz formulierte Motivation für seine Arbeit in R&A zweifellos für alle in der Abteilung beschäftigten Emigranten eine gewisse Rolle. Zwar hatten sich die Mitglieder des Instituts für Sozialforschung aufgrund finanzieller Sorgen letztlich gezwungen gesehen, die ihnen in Washington angebotenen Stellen anzunehmen, doch hatte Horkheimer nach dem Kriegseintritt der USA immer wieder die Ansicht vertreten, daß das Institut bzw. seine Mitglieder nun auch einen Beitrag

⁵ Zum biographischen Hintergrund dieser und anderer Mitglieder des Instituts für Sozialforschung Wiggershaus, *Frankfurter Schule*, S. 55–123, 251 ff.; sowie die entsprechenden Einträge in *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933*.

⁶ Vgl. dazu Dubiel/Söllner (Hrsg.), *Horkheimer/Pollock/Neumann*.

⁷ Dazu und zum Folgenden Wiggershaus, *Frankfurter Schule*, S. 251 ff.

⁸ In den R&A-Unterlagen wird sowohl die Bezeichnung „Central Europe Section“ wie auch „Central European Section“ oder „Central European Branch“ benutzt; hier wird durchgängig „Central Europe Section“ verwendet.

⁹ Herz, *Vom Überleben*, S. 135.

zum amerikanischen „war effort“ leisten sollten. Besonders Marcuse und Neumann ist die Lösung vom Institut allerdings offenbar schiefgefallen, und Neumann hatte in einem Brief an Horkheimer sogar einmal die Überzeugung geäußert, daß ihm eine „dauernde Arbeit bei einer amerikanischen Institution“ angesichts seiner „theoretisch-politischen Haltung wenig aussichtsreich“ erschiene¹⁰. Der von Horkheimer gewünschte Beitrag zu den Kriegsanstrengungen der USA schien mit Neumanns „theoretisch-politischer Haltung“ jedoch durchaus vereinbar, denn im Vorwort zu Behemoth, seiner bald berühmten Analyse des Nationalsozialismus, hatte Neumann Ende 1941 geschrieben:

„Eine militärische Niederlage Deutschlands ist notwendig. [...] Die militärische Überlegenheit der Demokratien und Sowjetrußlands muß dem deutschen Volk bewiesen werden. Die Ideologie des Nationalsozialismus steht und fällt mit seiner angeblichen ‚Leistungskraft‘. Diese muß widerlegt werden. [...] Mehr und bessere Flugzeuge, Panzer und Gewehre sowie eine vollständige militärische Niederlage werden den Nationalsozialismus im Bewußtsein des deutschen Volkes vernichten. Aber das genügt nicht. Der Krieg muß durch die Spaltung Deutschlands, die Trennung der großen Massen des Volkes vom Nationalsozialismus, verkürzt werden. Dies ist Aufgabe der psychologischen Kriegführung, die nicht von der Innen- und Außenpolitik der Gegner Deutschlands zu trennen ist. Sie besteht darin, dem deutschen Volk zu beweisen, daß militärische Überlegenheit durch eine Demokratie errungen werden kann, die keinen Anspruch auf Vollkommenheit erhebt, sondern vielmehr ihre Mängel eingesteht und nicht vor der langwierigen und mühsamen Aufgabe zurückschreckt, sie zu überwinden.“¹¹

Die in dieser Passage enthaltene Charakterisierung der amerikanischen Demokratie ist nicht nur als Konzession an die amerikanische Leserschaft zu verstehen, denn das Amerika des „New Deal“ erschien vielen, die dort vor dem sich in Europa ausbreitenden Faschismus Zuflucht fanden, als vielversprechendes Experiment¹². Zwar mußten besonders die Mitglieder des Instituts für Sozialgeschichte wohl davon ausgehen, daß immer eine Diskrepanz zwischen ihren eigenen sozialistischen Idealvorstellungen für Nachkriegsdeutschland und jeder noch so antifaschistischen amerikanischen Deutschlandpolitik bestehen würde, doch Überlegungen, wie sie Neumann in Behemoth formuliert hatte, legten es dennoch nahe, in den Dienst der US-Regierung zu treten, um einen ganz konkreten Beitrag zum Kampf gegen den Faschismus zu leisten, denn, wie auch Marcuse 1940 geschrieben hatte: „Under the terror that now threatens the world the ideal constricts itself to one single and at the same time common issue. Faced with fascist barbarism, everyone knows what freedom means.“¹³

In der Central Europe Section fand sich so „eine seltsame Gruppe von Menschen“¹⁴ zusammen: Die Architekten einer neomarxistischen Konzeptionen verpflichteten kriti-

¹⁰ Neumann im Herbst 1940 an Horkheimer, zit. nach Wiggershaus, Frankfurter Schule, S.257; vgl. zu dieser Problematik auch Söllner, Wissenschaftliche Kompetenz und politische Ohnmacht, in: Koebner/Sautermeister/Schneider (Hrsg.), Deutschland nach Hitler, S.136–150.

¹¹ Neumann, Behemoth, S.17f., vgl. auch S.549f.

¹² Vgl. dazu Hughes, Franz Neumann between Marxism and Liberal Democracy, in: Fleming/Bailyn (Hrsg.), The Intellectual Migration, S.446ff.; siehe auch Neumann, The Social Sciences, in: Crawford (Hrsg.), The Cultural Migration, S.4–26.

¹³ Zit. nach Söllner, Marcuse's Political Theory, in: Telos 20/4 (74, 1988), S.65.

¹⁴ So Herz, Vom Überleben, S.136.

schen Gesellschaftstheorie – Neumann, Marcuse und Kirchheimer –, der Sozialdemokrat John Herz, später auch andere politisch linksstehende Emigranten wie Oscar Weigert, ehemaliger Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium, und der Geschichtsphilosoph Hans Meyerhoff arbeiteten Seite an Seite mit dem Meinecke-Schüler Felix Gilbert und meist liberal-demokratisch gesinnten amerikanischen Historikern und Sozialwissenschaftlern, die in einer so ganz anderen Tradition standen als ihre europäischen Kollegen¹⁵. Zu diesem Kreis stieß schließlich noch der renommierte Historiker Hajo Holborn, der ab Sommer 1943 einen wichtigen Teil der Arbeit der R&A-Branch leiten sollte¹⁶.

In ihren Weltanschauungen wie ihrem Wissenschaftsverständnis repräsentierten die Mitarbeiter der Central Europe Section im wahrsten Sinne des Wortes verschiedene Welten. Den Emigranten unter ihnen waren zwar gewisse politische, im sozialistisch-sozialdemokratischen Spektrum angesiedelte Grundüberzeugungen gemein, doch die Geschichte der Weimarer Republik hatte gezeigt, daß sich daraus kaum miteinander zu vereinbarende Positionen ableiten ließen. Die ideologischen Zwigigkeiten, die die Linke dann auch in der Emigration spalteten und die in einem R&A-Bericht einmal als „scarcely intelligible [. . .] violent quarrels among the émigré German Socialist groups“ charakterisiert wurden¹⁷, traten in der Central Europe Section jedoch zugunsten des gemeinsamen Ziels, der Niederwerfung des Faschismus, in den Hintergrund. Dieses Ziel verband die Emigranten schließlich auch mit ihren amerikanischen Kollegen¹⁸.

Die nicht unproblematische Eigen- und Einzigartigkeit dieser Gruppe blieb offenbar dennoch deutlich wahrnehmbar, denn wie in der R&A-History ausgeführt wird, galt die Central Europe Section nicht ohne Grund als „the [Political] subdivision’s pride and despair“: „Early in 1943, the Section, now numbering sixteen, had as its core a highly individualistic, and incurably academic group comprising Eugene Anderson (Section Chief), Franz Neumann (the recognized intellectual leader of the Section), Herbert Marcuse, Sinclair Armstrong, Felix Gilbert, and Edgar Johnson [. . .] its strengths and weaknesses were often summed up by the one-word description ‚primadonnas‘.“¹⁹

Franz Neumanns Autorität als „the recognized intellectual leader of the Section“ gründete sich zu einem Teil zweifellos auf sein Anfang 1942 publiziertes Werk *Behemoth: The Structure and Practice of National Socialism*. Diese Studie des nationalso-

¹⁵ Nach dem Krieg hat Neumann die unterschiedlichen Traditionen in einem Vortrag skizziert, siehe Neumann, *The Social Sciences*, in: Crawford (Hrsg.), *The Cultural Migration*, S. 4–26; für eine amerikanische Interpretation vgl. Anderson in Söllner (Hrsg.), *Archäologie der Demokratie*, Bd. 2, S. 22 ff.

¹⁶ Zu Gilbert und Holborn vgl. Katz, *Foreign Intelligence*, S. 62 ff., sowie Coser, *Refugee Scholars*, S. 278 ff.; siehe außerdem die entsprechenden Einträge in *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration*. Vgl. auch Gilberts Memoiren: *Lehrjahre im alten Europa*. Zu Holborn siehe die Beiträge in: *Central European History*, Vol 3, 1/2, March/June 1970.

¹⁷ NA, RG 59, R&A 1568, „The German Political Emigration“, 3. 12. 1943.

¹⁸ Vgl. dazu Herz, *Vom Überleben*, S. 136; sowie seine Äußerungen in Söllner (Hrsg.), *Archäologie der Demokratie*, Bd. 2, S. 44.

¹⁹ NA, RG 226, R&A-History, (The Political Group), S. 76; vgl. auch die bei Katz, *Foreign Intelligence*, S. 208, Anmerkung 14 wiedergegebene Bemerkung des Leiters der Political Subdivision, Harold Deutsch: „it did not take me even a day to recognize that Franz Neumann was by far the most significant personality among its members.“

zialistischen Deutschlands wurde in den USA schon bald nach ihrem Erscheinen als „definitive Analyse des Deutschen Reiches“ und „erste Enzyklopädie des Nationalsozialismus“ gepriesen²⁰; später ist Neumanns Analyse großer Einfluß auf amerikanische Intellektuelle zugeschrieben worden: Behemoth habe „lange Zeit als *das* Standardwerk über Deutschland unter dem Hitler-Regime“ gegolten und nicht nur „das Deutschlandbild vieler einflußreicher Amerikaner, hauptsächlich im akademischen Leben“ geprägt, sondern sogar „die amerikanische Planung für die Besatzungspolitik im besiegten Deutschland beeinflusst“²¹.

Auch wenn diese Behauptungen kaum belegbar sein mögen, läßt sich immerhin nicht leugnen, daß sich in vielen Deutschlandanalysen der Central Europe Section dieselben Analyse- und Argumentationsstrukturen finden, die Neumann in Behemoth entwickelt hatte; hin und wieder stößt man gar auf fast wortgleiche Passagen²². Nach dem Zeugnis eines seiner ehemaligen R&A-Kollegen wurde Neumann überdies tatsächlich „ganz besonders von den Vorgesetzten in diesen [Washingtoner Regierungs-]Behörden respektiert [. . .] als einer der führenden Intellektuellen“²³. Freilich galt er als „ein typischer mitteleuropäischer Intellektueller“ und insofern als „outsider“, dem man nicht ganz ohne Vorbehalte begegnete, so daß anscheinend gerade das, was die Arbeit der Emigranten für die US-Behörden interessant machte – nämlich ihre Expertise als „mitteleuropäische Intellektuelle“ –, ihre Bedeutung gleichzeitig auch wieder relativierte²⁴.

Offenbar ist aber kaum Anstoß daran genommen worden, daß Neumanns Arbeiten stets marxistischen Konzeptionen verpflichtet blieben. Ein amerikanischer Kollege Neumanns hat später einmal darauf hingewiesen, daß der „Schlüssel zum Verständnis von Neumanns Erfolg in Amerika [. . .] sein kritisches, differenziertes und offenes Verhältnis zum Marxismus“ sei. So wie Neumann den Marxismus einsetzte, erschien er „als ein anregender und nützlicher Weg, Einsichten in die deutsche Politik und die Ge-

²⁰ C. Wright Mills und Ernst Fraenkel, zit. nach Schäfer, Franz Neumanns Behemoth und die heutige Faschismuskritik, Nachwort zu Neumann, Behemoth, S. 665.

²¹ Herbert Marcuse und Helge Pross, in Neumann, Demokratischer und autoritärer Staat, S. 6 ff.; sowie Coser, Refugee Scholars, S. 199 f.; vgl. auch die Hinweise bei Niethammer, Mitläuferfabrik, S. 15, und Epstein, Der Nationalsozialismus in amerikanischer und englischer Sicht, in: ders., Vom Kaiserreich zum Dritten Reich, S. 375 ff., sowie Maier, Production and Rehabilitation, in: Trommler/McVeigh (Hrsg.), America and the Germans, Bd. 2, S. 59–73, besonders S. 64.

²² Im einzelnen wird dies noch zu demonstrieren sein, siehe besonders den 2. Teil dieses Kapitels. Für entsprechende Hinweise in der Fachliteratur siehe vor allem Söllner (Hrsg.), Archäologie der Demokratie, Bd. 1, S. 91 ff. In dem in Bd. 2, S. 22 ff. abgedruckten Interview mit dem Leiter der Central Europe Section, Eugene Anderson, bestreitet dieser zwar ausdrücklich, daß die Mitarbeiter der Sektion „Behemoth-minded“ waren, doch leugnet er nicht, daß Neumanns Denken großen Einfluß hatte. Vgl. außerdem Katz, Foreign Intelligence, S. 36; Erd (Hrsg.), Reform und Resignation, S. 161; Borsdorf/Niethammer (Hrsg.), Zwischen Befreiung und Besatzung, S. 10 ff. Eine Einführung in die von Neumann in Behemoth entwickelten Analysestrukturen bietet Schäfer, Franz Neumanns Behemoth, in: Neumann, Behemoth (Nachwort), S. 665–776; vgl. außerdem Söllner, Franz L. Neumann, in: Neumann, Wirtschaft, Staat, Demokratie, S. 7–56.

²³ Herz in Erd (Hrsg.), Reform und Resignation, S. 153. Wie aus abteilungsinternen Unterlagen hervorgeht, entsprach auch Neumanns Gehalt einer leitenden Position, vgl. NA, RG 226, E 145, b 4, f 43, R&A Branch: Statement of Personnel and Space, 8. 11. 1943.

²⁴ Vgl. dazu die Äußerungen von Herz in Erd (Hrsg.), Reform und Resignation, S. 153.

schichte politischer Ideen zu erhalten“²⁵. Zudem hat Neumann offenbar viele dadurch beeindruckt, daß er „präzise argumentierte“ und die Fähigkeit besaß, „immer schnell zu der Substanz eines Problems vorzustoßen“²⁶.

Auf dieser Basis konnte Neumann zum „intellectual leader“ der heterogenen Gruppe von Wissenschaftlern werden, die in der Central Europe Section versammelt waren. Die in der R&A-History als „highly individualistic, and incurably academic“ charakterisierte Kerngruppe der Abteilung entwickelte im Laufe der Zeit sogar so etwas wie eine kollektive Identität²⁷. Dieser Prozeß mag in seinen Anfängen von der in R&A häufig geübten Praxis gefördert worden sein, Studien als Gruppenprojekte zu erstellen und sie in ihrer endgültigen Form als anonymes Abteilungsprodukt in Umlauf zu bringen. Althergebrachte akademische Arbeitsweisen ignorierend, ließ dieses innovative R&A-Konzept wenig Raum für individuellen Ehrgeiz, kam aber den Mitgliedern des Instituts für Sozialforschung entgegen, die daran gewöhnt waren, ähnliche Arbeitsformen zu praktizieren. Daß die Arbeit der Sektion bald von einem bemerkenswert entwickelten Teamgeist profitierte, führte Sektionschef Anderson dann auch vor allem auf den Einfluß Neumanns und Marcuses zurück²⁸.

Im Laufe der Zeit bildete sich innerhalb der Sektion zudem eine Gruppe, die es nicht mit den während einer häufig durch Überstunden verlängerten 48-Stunden-Woche stattfindenden Diskussionen bewenden ließ, sondern sich darüber hinaus regelmäßig traf, um bis spät in die Nacht zu debattieren. Zu diesem Kreis gehörten Felix Gilbert und Hajo Holborn, Neumann, Marcuse und Kirchheimer, sowie Sektionschef Eugene Anderson und der Leiter der Political Subdivision, Harold Deutsch. Einmal wöchentlich, meist mittwochs, traf sich diese Gruppe zum Abendessen, um dann noch stundenlang zusammensitzend: „With Neumann restraining the fantastic flights of Marcuse, and the Americans musing over the eccentricities of their European counterparts, they debated the prospects of the German opposition, problems of military occupation, and the possible contours of postwar German reconstruction.“²⁹

Die in dieser Atmosphäre ausgearbeiteten Studien waren in vielen Fällen das Produkt wirklicher Teamarbeit – ihnen lag „der kollektive Denkprozeß einer ganzen Gruppe“ zugrunde³⁰. Dennoch dürfte es vor allem dem überragenden Einfluß Neumanns zuzuschreiben sein, daß der „linkshegelianische Weltgeist“, der mit den Mitgliedern des Instituts für Sozialforschung Einzug in die Central Europe Section ge-

²⁵ Ebenda, S. 185 f.; vgl. auch die Äußerungen von Sektionschef Anderson in Söllner (Hrsg.), *Archäologie der Demokratie*, Bd. 2, S. 22 ff.

²⁶ Erd (Hrsg.), *Reform and Resignation*, S. 185 f.; Fritz Stern, zit. von Hughes, *Franz Neumann between Marxism and Liberal Democracy*, in: Fleming/Baily (Hrsg.), *Intellectual Migration*, S. 459.

²⁷ Dazu und zum Folgenden Katz, *Foreign Intelligence*, S. 66 f.

²⁸ Ebenda, S. 36; vgl. auch Andersons Äußerungen in Söllner (Hrsg.), *Archäologie der Demokratie*, Bd. 2, S. 22 ff.

²⁹ So das farbige Bild, das Katz, *Foreign Intelligence*, S. 67 nach brieflichen Mitteilungen von Harold Deutsch und Felix Gilbert entworfen hat; vgl. auch Andersons Äußerungen in Söllner (Hrsg.), *Archäologie der Demokratie*, Bd. 2, S. 25.

³⁰ A.a.O.; auch Herz hat mit dem Hinweis, daß fast alle R&A-Studien „Kollektivprodukte“ gewesen seien, den von Söllner unternommenen Versuch, aus Anlage und Argumentationsstrukturen einzelner Studien auf deren Verfasser zu schließen, zurückgewiesen, vgl. Söllner (Hrsg.), *Archäologie der Demokratie*, Bd. 2, S. 34 f., und Herz, *Vom Überleben*, S. 137, Anmerkung 10.

halten hatte³¹, unübersehbar Eingang in die Berichte und Analysen der Abteilung fand³². So wenig viele der von der Central Europe Section ausgearbeiteten Deutschlandstudien damit den in R&A geltenden Idealen von objektiver, wertfreier und politisch neutraler Information entsprechen mochten, konnten diese Studien doch dadurch, daß sie die von Franz Neumann einmal diagnostizierten „a- (or even anti-)historical and anti-theoretical trends in American social sciences“ überwandten³³, häufig ein sehr viel komplexeres und gleichzeitig klarer strukturiertes Bild des nationalsozialistischen Deutschlands vermitteln, als es die R&A-Analysen der Anfangszeit vermocht hatten.

Der totalitäre Staat im totalen Krieg

Seit Anfang 1943 entstanden die Deutschlandanalysen der R&A-Branche unter völlig anderen Bedingungen als zuvor, denn durch die im Januar 1943 erfolgende Reorganisation der Abteilung wurden mit der Einrichtung der Central Europe Section und der Rekrutierung emigrierter deutscher Wissenschaftler institutionelle wie personelle Voraussetzungen geschaffen, die im Vergleich zur vorherigen Situation als geradezu ideal erscheinen mochten. Die nun entstehenden Deutschlandanalysen heben sich deutlich von früheren Arbeiten ab. Was man als erkenntnisleitendes Interesse bezeichnen könnte, gilt zwar häufig immer noch der Frage nach den Schwächen des Gegners, doch wird dieser Gegner nicht mehr nur als ein feindlicher Staat gesehen, dessen Kriegspotential unter Berücksichtigung militärischer und wirtschaftlicher sowie – schwer zu fassender und vage als eigentümlich erkannt – „psychologischer“ Faktoren zu berechnen ist. Das nationalsozialistische Deutschland wird nun vielmehr als ein totalitärer Staat begriffen, dessen charakteristische Strukturen es zu erfassen gilt, bevor auf Einzelaspekte abzielende Fragestellungen sinnvoll bearbeitet werden können. Dadurch bedingt, rücken nun Analysen politischer und gesellschaftlicher Faktoren in den Vordergrund, und das zuvor dominierende Bestreben, mit jeder Studie militärisch relevante Ergebnisse vorzulegen, weicht einem neuen Verständnis des Beitrages, den R&A zum amerikanischen „war effort“ leisten konnte.

In diesem Zusammenhang muß in Rechnung gestellt werden, daß es sich bei R&A-Studien keineswegs immer um Auftragsarbeiten handelte. Viele Analysen gingen auf abteilungsinterne Initiativen zurück und dürften insofern widerspiegeln, welche Themen von den Mitarbeitern für wichtig gehalten wurden³⁴. Nicht selten lassen die seit

³¹ Ebenda, S. 136.

³² Katz, der die Arbeit der Vertreter der „Frankfurter Schule“ gesondert von der der Meinecke-Schüler Gilbert und Holborn darstellt, tut sich denn auch schwer, den originären Einfluß der letzteren auf die Arbeit von R&A deutlich zu machen, vgl. Katz, *Foreign Intelligence*, S. 62ff.

³³ Neumann in Crawford (Hrsg.), *Cultural Migration*, S. 23.

³⁴ Vgl. dazu NA, RG 226, E 1, b 3, *Accomplishments of the Research and Analysis Branch, OSS, from 1 January 1943 to 28 March 1944*; sowie NA, RG 226, E 99, b 104 (*Presentation Files*), *Achievements of the Research and Analysis Branch During the Past Year, 23.4. 1945*. Einen Einblick in die Arbeitsweise der Abteilung bzw. in die Entstehungsgeschichte einzelner Studien erlauben auch die seit April 1943 wöchentlich erscheinenden Nachrichtenzusammenfassungen in NA, RG 59, R&A 1113.1 (-.175; .176-.182 als „Security Classified Information“ noch unter Verschuß), 3.4. 1943-14.1. 1948 (bzw. bis 23.6. 1948).

Anfang 1943 von der Central Europe Section ausgearbeiteten Deutschlandstudien überdies schon an der Formulierung ihrer Thematik erkennen, daß ihnen ein bestimmtes, theoretischen Konzeptionen verpflichtetes, Verständnis der Grundlagen und Herrschaftsmechanismen des nationalsozialistischen Staates zugrunde liegt. Wie bereits angesprochen, war dieses Verständnis ganz wesentlich von Franz Neumann geprägt, und auch die Art und Weise, in der Strukturen des „Dritten Reiches“ nun häufig vor dem Hintergrund der Entwicklungen während der Weimarer Republik analysiert wurden, hat in Behemoth ein deutliches Vorbild.

Besonders illustrativ sind in diesem Zusammenhang Studien, in denen wirtschaftliche Strukturen als Faktoren der nationalsozialistischen Macht untersucht werden. In vielerlei Hinsicht typisch für derartige Arbeiten ist eine im August 1943 vorgelegte Analyse zur „Relation Between Aggression and Business Structure in Germany“³⁵. Schon dieser Titel mag an Neumanns These vom „der Struktur der deutschen Monopolwirtschaft“ innewohnenden „Imperialismus“³⁶ erinnern, und auch die Analyse baut – ähnlich wie in Behemoth – auf eine Darstellung der Entwicklung Deutschlands vom Zeitalter der Industrialisierung bis hin zum NS-Staat auf. Als wichtigster Faktor erscheint dabei die Diskrepanz zwischen der in Deutschland zwar relativ spät einsetzenden, dann aber um so schneller voranschreitenden Industrialisierung und der nur zögernden Modernisierung politischer und gesellschaftlicher Strukturen. Wie ausgeführt wird, hätten Industrielle zunächst in Kolonialvereinen und ähnlichen Organisationen ihren Interessen als „pressure groups“ Geltung zu verschaffen gesucht, um bald an Macht und Einfluß zu gewinnen. Zusammen mit den Großgrundbesitzern hätten sie einen „political absolutism“ gefördert, der die Ausbildung eines liberalen Bürgertums behinderte. Nach dem Krieg sei die Entwicklung der Weimarer Republik zunächst von dem Machtkampf zwischen Landadel und Industriellen – den „old ruling classes“ – und dem deutschen Volk geprägt gewesen, doch habe die Schwerindustrie während der Weimarer Jahre expandieren können und schließlich erheblich dazu beigetragen, den ihren Interessen am förderlichsten erscheinenden Nationalsozialisten den Weg zur Macht zu ebnet. Dieses „Bündnis“ zwischen Schwerindustrie und Nationalsozialisten habe sich immer mehr gefestigt, und im Verständnis von R&A war der Nationalsozialismus so ganz eindeutig „a continuation and intensification of the aggressive foreign policy which heavy industry sponsored in the Weimar period and the period of the Hohenzollern Empire“³⁷.

³⁵ NA, RG 59, R&A 1145, „The Relation Between Aggression and Business Structure in Germany“, 25.8. 1943. Arbeiten zu diesem Themenkreis sowie zu einer Reihe anderer Fragestellungen, mit denen sich R&A-Studien befaßten, sind seit Kriegsbeginn – z. T. offenbar im Auftrag von Washingtoner Behörden – auch an der New School for Social Research in New York entstanden, vgl. dazu Krohn, Nachkriegsplanungen, in: Koebner/Sautermeister/Schneider (Hrsg.), Deutschland nach Hitler, S. 123–135.

³⁶ Neumann, Behemoth, S. 549, ausführlich S. 269 ff.

³⁷ Eine weitere R&A-Studie zu den Verbindungen zwischen „big business“ und der NSDAP zeichnet ein ähnliches Bild: NA, RG 59, R&A 934, „Banks, Industry and the Nazi Party“, o. D. [nach Mai 1943]. Vgl. auch die auf Anfrage des Office of War Information zusammengestellte Serie von Kurzbiographien über „War Profiteers“, in: NA, RG 59, R&A 1313.2 (-10), Oktober/November 1943, als deren Verfasser Katz, Foreign Intelligence, S. 40, Anmerkung 31, Franz Neumann identifiziert. Siehe außerdem den nur für OSS-internen Gebrauch bestimmten Bericht über Befragungen der Bankiers Max Warburg und Jakob Goldschmidt: NA,

Ähnlich wie in Behemoth wird die nationalsozialistische Machtergreifung damit als Konsequenz des sich seit dem Zeitalter der Industrialisierung in Deutschland allmählich ausbildenden und während der Weimarer Republik ins Extreme gesteigerten Widerspruchs zwischen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen einerseits und wirtschaftlichen Entwicklungen andererseits dargestellt³⁸. Die aus dieser Analyse gezogenen Schlußfolgerungen bestehen bezeichnenderweise aus einer Reihe von Empfehlungen für die Behandlung Deutschlands in der Nachkriegszeit. Ausgangspunkt der in diesem Zusammenhang entwickelten Überlegungen ist die Forderung, daß der Einfluß der Schwerindustrie auf die deutsche Politik als Voraussetzung für den Aufbau einer friedlichen Weltordnung eliminiert werden müsse. Nach Ansicht von R&A konnte dies aus gesamtwirtschaftlichen Überlegungen nicht die Liquidierung der deutschen Schwerindustrie bedeuten, da der damit verbundene Niedergang der deutschen Wirtschaft sich auf ganz Europa negativ auswirken würde. Regelungen, die eine Beschränkung bzw. ein Verbot von Monopolen und anderen wirtschaftlichen Konzentrationen vorsahen, boten nach Ansicht der Abteilung nur eine Teillösung. Als weitaus wirksamer wurde die Eliminierung von Handelsbarrieren und ähnlichen Beschränkungen beurteilt, denn obwohl dadurch ein Wirtschaftswachstum begünstigt würde, sei gleichzeitig mit einem so weitgehenden Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion zu rechnen, daß Deutschland im Kriegsfall nicht autark wäre. Durch zusätzliche politische Maßnahmen sollte die Macht des Landadels und der Schwerindustrie eingedämmt werden; im einzelnen wurden in diesem Zusammenhang die Einführung einer demokratischen Regierungsform, eine Säuberung von Beamten- und Richterschaft sowie des Militärs, eine Bodenreform und die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie empfohlen.

Diese Empfehlungen weisen eine nicht zu verkennende Ähnlichkeit mit den von Neumann in den Schlußpassagen des Behemoth formulierten Überlegungen auf: „Wir haben nachzuweisen versucht, daß es keinen spezifisch deutschen Charakterzug gibt, der für Aggression und Imperialismus verantwortlich zu machen wäre, sondern daß der Imperialismus der Struktur der deutschen Monopolwirtschaft, dem Einparteiensystem, der Wehrmacht und der Bürokratie innewohnt. Um die Aggression zu beseitigen, muß außer der Entmachtung von Partei, Wehrmacht und hoher Bürokratie die Macht der Monopolwirtschaft endgültig gebrochen und die ökonomische Struktur Deutschlands grundlegend verändert werden.“³⁹ In der Studie der Central Europe Section sind diese Überlegungen etwas konkreter ausgeführt, und das so formulierte „Programm“ könnte im Rückblick wie eine prophetisch-prophylaktisch skizzierte Al-

RG 238, E 52f, b 26, R&A 1412, „Report on Important German Business and Financial Leaders and their Nazi Connections“, o. D. [Januar 1944].

³⁸ Mit dieser Darstellung vertrat R&A also schon früh Positionen, die dann in der historischen Forschung der Nachkriegsjahrzehnte intensiv diskutiert und zum Teil bestätigt und übernommen wurden; zum in der neueren Historiographie entwickelten Verständnis des Nationalsozialismus siehe z. B. Bracher/Funke/Jacobsen (Hrsg.), Nationalsozialistische Diktatur. Wegweisend für die systematische wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der Bundesrepublik war die erstmals 1962 erschienene dreibändige Studie von Bracher/Schulz/Sauer, Die nationalsozialistische Machtergreifung.

³⁹ Neumann, Behemoth, S. 549f.; vgl. in diesem Zusammenhang auch Broszat/Schwabe (Hrsg.), Die deutschen Eliten.

ternative zu dem ein Jahr später vorgelegten „Morgenthau-Plan“ erscheinen, den R&A dann auch vehement ablehnen sollte⁴⁰.

Während wirtschaftliche Strukturen in den Analysen der Central Europe Section immer wieder als entscheidende Grundlagen des „Dritten Reiches“ und nicht wegzudenkende Elemente nationalsozialistischer Herrschaftsmechanismen erscheinen, finden sich gelegentlich auch Arbeiten, die die Bedeutung anderer Faktoren hervorheben. So wird unter Berücksichtigung des Zusammenwirkens bestimmter politischer und sozialpsychologischer Faktoren in einer – allerdings erst gegen Kriegsende vorgelegten – Studie zu „Pre-Fascist Groups in Germany, 1918–1933“⁴¹ die Frage erörtert, warum es gerade den Nationalsozialisten gelungen war, sich von der Vielzahl der nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland gebildeten rechtsradikalen Gruppen abzuheben und zum Sammelbecken einer breiten Anhängerschaft zu werden. Ein Vergleich dieser Gruppen ließ nach Ansicht von R&A erkennen, daß sich die Nationalsozialisten entscheidende politische Vorteile hatten verschaffen können. Hitler wird in diesem Zusammenhang als „greatest asset“ der Nationalsozialisten bezeichnet: „No league produced a leader comparable to him as a demagogue, or endowed with personality and political skills capable of attracting the diverse support and loyalty of conflicting groups.“ Überdies sicherten sich die Nationalsozialisten durch ihr Auftreten als legale politische Partei den Zuspruch des Kleinbürgertums und der Konservativen, denn während diese Gruppen mit der Republik von Weimar unzufrieden gewesen seien und sich benachteiligt gefühlt hätten, schreckten sie doch davor zurück, Gruppierungen zu unterstützen, die offen einem gewaltsamen Umsturz das Wort redeten. Das nationalsozialistische Parteiprogramm sei vage und gleichzeitig umfassend genug gewesen, um scheinbar eine weite Bandbreite von Mißständen anzugehen: „Everyone with a grievance, regardless of his social status, found the promise of millenium in the Nazi program.“ Die Kluft, die zwischen der vorgeblichen Achtung bestehender Rechts- und Gesellschaftsformen einerseits und den nur gewaltsam durchzusetzenden innen- und außenpolitischen Zielsetzungen andererseits bestand, sei mit Hilfe des Antisemitismus überbrückt worden, dessen Potential als „political weapon“ nur die Nationalsozialisten erkannt und genutzt hätten, um die Deutschen als „Volksgemeinschaft“ im Kampf gegen einen angeblich für alle Mißstände verantwortlichen, tatsächlich aber hilflosen „Feind“ zu vereinen.

Mit dem Verweis auf bestimmte mentale Dispositionen breiter Bevölkerungsschichten – wie etwa die diffuse Unzufriedenheit des Kleinbürgertums – und dem Versuch, gewisse sozialpsychologische Faktoren – etwa die Wirkung von Hitlers Persönlichkeit – in Rechnung zu stellen, spricht diese Analyse Faktoren an, deren Bedeutung Neumann in Behemoth nur undeutlich herausgearbeitet hatte. Zwar hatte Neumann zwei Seiten der „Psychologie des Charisma“ und ein ganzes Kapitel dem „Volkstum‘ als Quelle des Charisma“ gewidmet, doch verstand er dabei von vornherein den „charismatische[n] Anspruch der modernen Führer [...] als bewußtes Mittel, Hilflosigkeit und Hoffnungslosigkeit im Volke zu nähren, Gleichheit zu beseitigen und statt dessen

⁴⁰ Freilich waren Vorschläge der Art, wie sie Morgenthau im Sommer 1944 vorlegte, insbesondere in Großbritannien bekanntlich schon länger diskutiert worden; zu der von Morgenthau im Sommer 1944 ausgelösten Kontroverse in Washington siehe unten V., 1. Teil.

⁴¹ NA, RG 59, R&A 2789, „Pre-Fascist Groups in Germany, 1918–1933“, 4.4. 1945.

eine hierarchische Ordnung einzuführen“⁴². Die Frage, welchen Massenbedürfnissen der Nationalsozialismus entgegenkam, konnte sich in einer marxistischen Konzeptionen folgenden Strukturanalyse schließlich kaum stellen⁴³, und bezeichnenderweise tritt sie auch in den Arbeiten der Central Europe Section meist zugunsten des Primats politischer und ökonomischer bzw. sozioökonomischer Fragestellungen vollkommen zurück. Vor dem Hintergrund des Verständnisses der deutschen Gesellschaft des „Dritten Reiches“ als einer in „ruling“ und „ruled groups“ geschiedenen Gesellschaft⁴⁴ wurden Propaganda und Politik der Machthaber – ähnlich wie in Behemoth – oft nur als „bewußtes Mittel“ der Beherrschung und Unterdrückung gesehen.

Die in der oben zitierten Analyse entwickelte Interpretation des nationalsozialistischen Antisemitismus als bewußt eingesetzte, kühl funktionalisierte politische Waffe und die damit einhergehende Verkennung seiner auch irrationalen Wurzeln dürfte ebenfalls von Neumanns Ausführungen im Behemoth beeinflusst gewesen sein⁴⁵. Neumann hatte den nationalsozialistischen Antisemitismus ursprünglich als „Ersatz für den Klassenkampf“ und „integrierendes Element“ der „Volksgemeinschaft“ dargestellt und angenommen, daß dieser „innenpolitische Wert des Antisemitismus [...] eine völlige Vernichtung der Juden niemals zu[läßt]“⁴⁶. Später hat Neumann diese Position korrigiert, dabei aber die nationalsozialistische Judenverfolgung wieder nur als bloßes „Vorspiel zu noch vielen anderen, nicht weniger schrecklichen kommenden Dingen“ gesehen. In der in diesem Zusammenhang von Neumann entwickelten „Speerspitzen-theorie“ wurde der nationalsozialistische Antisemitismus zum „Testfeld universaler terroristischer Methoden, die sich gegen all jene Gruppen und Institutionen richten, die sich dem Nazisystem nicht voll und ganz unterworfen haben“⁴⁷. Darüber hinaus hatte der Antisemitismus in Neumanns Verständnis für die nationalsozialistischen Machthaber aber immer noch einen – wenn auch anders akzentuierten – „innenpolitischen Wert“ als „integrierendes Element“: „Die auf Befehl der Nazis von immer breiteren Schichten des deutschen Volkes praktizierte Verfolgung der Juden verwickelt diese Schichten in eine kollektive Schuld. Die Teilnahme an einem so ungeheuren Verbrechen wie der Ausrottung der Ostjuden macht die deutsche Wehrmacht, das

⁴² Neumann, Behemoth, S. 130, sowie S. 128–168.

⁴³ Das hat bereits Epstein in seiner im übrigen wohlwollenden Rezension des Behemoth scharf kritisiert: Epstein, Der Nationalsozialismus in amerikanischer und englischer Sicht, in: ders., Vom Kaiserreich zum Dritten Reich, S. 375 ff.; vgl. auch Erd (Hrsg.), Reform und Resignation, S. 163 f.; sowie Hughes, Franz Neumann, in: Fleming/Bailyn (Hrsg.), Intellectual Migration, S. 450 ff. Kettenacker weist in seinem Aufsatz „Sozialpsychologische Aspekte der Führer-Herrschaft“, in: Bracher/Funke/Jacobsen (Hrsg.), Nationalsozialistische Diktatur, S. 97–131, darauf hin, daß entsprechende Fragestellungen auch in der Historiographie der Nachkriegszeit – freilich aus ganz anderen Gründen – lange vernachlässigt wurden.

⁴⁴ So z. B. NA, RG 59, R&A 1547, „German Social Stratification“, 26. 11. 1943; Katz, Foreign Intelligence, S. 43 (und Anmerkung 41), identifiziert Herbert Marcuse als Verfasser und erwähnt, daß Marcuse für die rigide Anwendung marxistischer Konzeptionen in dieser Studie kritisiert wurde.

⁴⁵ Für eine kritische Auseinandersetzung mit gängigen Interpretationen des nationalsozialistischen Antisemitismus siehe Volkov, Kontinuität und Diskontinuität im deutschen Antisemitismus, in: VfZ 33/2 (1985), S. 221–243.

⁴⁶ Neumann, Behemoth, S. 163.

⁴⁷ Ebenda, S. 582 f., sowie ders. in: NA, RG 59, R&A 1113.9, Psychological Warfare Weekly Roundup, May 18–24, 1943 (S. 17 ff.).

deutsche Beamtentum und breite Massen zu Mittätern und Helfern dieses Verbrechens und macht es ihnen daher unmöglich, das Naziboot zu verlassen.“⁴⁸

Diese in der überarbeiteten, im Sommer 1944 erscheinenden Auflage des Behemoth formulierte Interpretation hat ihr deutliches Vorbild in einer R&A-Studie, in der Neumann ein Jahr zuvor im Rahmen einer Analyse der „German Morale After Tunisia“⁴⁹ nationalsozialistische Herrschaftsmechanismen indirekter Natur erörtert und ausgeführt hatte: „For years, anti-Semitism has served the purpose of forcing all Germans either to identify themselves with Nazi-ism or pay the price of dissent. The recent stepping up of anti-Semitism, in connection with the general terrorist campaign against all home front dissidents [. . .] is in large part a campaign to renew the national act of faith: Germans must again decide between accepting the guilt of the regime or openly resisting it, and the act of acceptance increases the widespread conviction that all Germans must stand or fall with Adolf Hitler.“

Diese kühle, funktionalistische Interpretation, die den nationalsozialistischen Antisemitismus letztlich auf eine von vielen Repressionsformen reduziert, mag angesichts der Tatsache, daß Neumann selbst jüdischer Abstammung war, um so befremdlicher erscheinen. Doch die von Neumann vertretenen Positionen entsprachen durchaus dem Denken zeitgenössischer Linksinтеллектуeller; sie wurden zweifelsohne von den meisten der – in ihrer Mehrzahl jüdischen – Mitglieder des Instituts für Sozialforschung und offenbar auch von den in der Central Europe Section beschäftigten, ebenfalls meist jüdischen Familien entstammenden Emigranten geteilt⁵⁰.

Man könnte geneigt sein, es nicht zuletzt diesem funktionalistischen Verständnis des nationalsozialistischen Antisemitismus zuzuschreiben, daß man dem Schicksal der europäischen Juden während der Kriegsjahre in der Central Europe Section keine besondere Aufmerksamkeit schenkte, ja es geradezu ignorierte. So beschränkt sich ein Bericht über „Concentration Camps in Germany“ vom Oktober 1944 auf Konzentrationslager innerhalb der deutschen Grenzen von 1937 und weist in dürren Worten darauf hin, daß es sich bei den Insassen hauptsächlich um politische Gefangene oder Straftäter handele, da Juden entweder bereits exekutiert oder in polnische Lager transferiert worden seien⁵¹.

⁴⁸ Neumann, Behemoth, S.583.

⁴⁹ NA, RG 59, R&A 933, „German Morale After Tunisia“, 25.6. 1943; Katz, Foreign Intelligence, S.38, Anmerkung 25, identifiziert Neumann als Verfasser.

⁵⁰ Vgl. zum Hintergrund dieser Positionen Jay, Permanent Exiles, S.79–100; sowie Katz, Foreign Intelligence, S.49ff., und Cramer, Hitlers Antisemitismus und die „Frankfurter Schule“.

⁵¹ NA, RG 59, R&A 1844, „Concentration Camps in Germany“, 3.10. 1944; Katz, Foreign Intelligence, S.18, Anmerkung 43, verweist ausgerechnet auf diesen Bericht, um David Wyman durchaus gerechtfertigte Behauptung, daß der systematischen Vernichtung der europäischen Juden von seiten des OSS nur „minimal interest“ entgegengebracht wurde, als Fabrikation abzutun; vgl. Wyman, The Abandonment of the Jews, S.314. Selbst im August 1944, nachdem aufgrund von Meldungen aus den von sowjetischen Truppen eroberten Gebieten geschätzt wurde, daß zwischen 5 und 6 Millionen Menschen umgebracht worden waren, wurde in der wöchentlichen Nachrichtenzusammenfassung der Central Europe Section – unter der trockenen Überschrift „New evidence on Germany’s policy toward the Jews“ – davor gewarnt, diese Zahlen zu übernehmen. Wie in diesem Zusammenhang ausgeführt wurde, hatten nie verlässliche Informationen über die nationalsozialistische „Politik“ gegenüber den Juden vorgelegen: „While it was hardly doubted that the Nazis were determined to carry out their anti-Jewish plans, information upon the development of this policy was restricted to vague reports emanating usually from questionable sources.“ NA, RG 59, R&A 1113.74, 26.8. 1944 (S.13 ff.).

Doch nicht nur in der Central Europe Section, auch in anderen R&A-Abteilungen schien man keinen Grund zu sehen, Berichten über den Massenmord an den Juden besondere Beachtung zu schenken. So wurde im April 1943 ein vom OSS-Nachrichtensmagazin PW Weekly angefragter Bericht von Robert L. Wolff zum „Current Status of the Jews of Europe“ wegen Arbeitsüberlastung Wolffs vorläufig zurückgestellt⁵². Geradezu bizarr scheint zudem, daß auch in den R&A-Unterlagen abgeheftete Berichte von jüdischen Flüchtlingen aus Deutschland kaum auf anti-jüdische Maßnahmen eingehen und eher geeignet sind, die von Neumann in Behemoth formulierte Überzeugung zu bestätigen, daß „das deutsche Volk, so paradox das auch scheinen mag, noch das am wenigsten antisemitische“ sei⁵³. Diejenigen OSS-Meldungen, in denen sich deutlich abzeichnete, daß die von den Nationalsozialisten betriebene Verfolgung der Juden zum Völkermord eskalierte, fanden allem Anschein nach kaum Verbreitung⁵⁴. Unter den OSS-Bulletins der Map Room-Sammlung des Weißen Hauses, wo strategisch wichtige Meldungen zusammengestellt wurden, findet sich zwischen 1943 und 1945 nur eine OSS-Meldung zur „Extermination of Jews“. Sie besagt lediglich, daß ein als verlässlich eingeschätzter Informant aus Berlin berichtet habe, daß die Nazis ihre „policy“ gegenüber den Juden geändert hätten: Juden würden nicht länger nach Polen deportiert, sondern unverzüglich umgebracht⁵⁵.

Es muß kaum betont werden, daß die sich hier für R&A und das OSS insgesamt abzeichnende Tendenz, der Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden wenig Aufmerksamkeit zu schenken, nicht auf den Einfluß von Neumanns Denken zurückzuführen ist. Sie entsprach vielmehr der während der Kriegsjahre vorherrschenden Haltung des offiziellen Washington, deren Hintergründe in einer ganzen Reihe von Untersuchungen beleuchtet worden sind und hier nicht im einzelnen erörtert werden brauchen⁵⁶. Das komplexe Konstrukt politischer und militärischer Erwägungen, das vielen zeitgenössischen Politikern als Rechtfertigung ihrer Tatenlosigkeit gedient haben mag, war jedenfalls auch geeignet, das Versagen menschlicher Vorstellungskraft angesichts der Ungeheuerlichkeit des zur alltäglichen Routine gemachten Verbrechens der systematischen Vernichtung von Menschen zu rationalisieren. Sobald es um die im Irrationalen wurzelnden Dimensionen nationalsozialistischer Weltanschauung und Politik ging, waren schließlich auch der Tragfähigkeit der theoretisch-methodischen Ansätze der Deutschlandanalysen der Central Europe Section deutliche Grenzen gesetzt⁵⁷.

⁵² NA, RG 226, E 59, Projects Committee, Minutes of Meetings, Book III, 30.4. 1943.

⁵³ Neumann, Behemoth, S. 159; ein extremes Beispiel ist der oben in II., 2. Teil, zitierte Bericht eines im August 1941 aus Berlin geflohenen jüdischen Lehrers in NA, RG 226, 509, wo zwar geschildert wird, daß in den Medien mehr denn je zum Haß gegen „Bolshevism and the Jews“ aufgestachelt werde, gleichzeitig aber behauptet wird, daß die antijüdische Propaganda nicht mehr wirksam sei, während es andererseits doch „an uncertain fear among the bourgeoisie against Bolshevism“ gebe.

⁵⁴ Vgl. dazu Mendelsohn (Hrsg.), The Holocaust. II. The Wannsee Protocol and a 1944 Report on Auschwitz by the Office of Strategic Services.

⁵⁵ FDRL, OSS Numbered Bulletins, March 1943 – April 1945, Map Room, b 72, 73, „Extermination of Jews“, No. 3, 17.3. 1943.

⁵⁶ Siehe neben Wyman, The Abandonment of the Jews, z. B.: Gilbert, Auschwitz and the Allies; Laqueur, Was niemand wissen wollte; Penkower, The Jews Were Expendable; Lipstadt, Beyond Belief.

⁵⁷ Vgl. dazu auch das Beispiel bei Katz, Foreign Intelligence, S. 176 f.

Andererseits konnte die Anwendung des von der Abteilung unter Neumanns Einfluß entwickelten Verständnisses des nationalsozialistischen Regimes theoretisch wohlfundierte Thesen und einleuchtende Erklärungsansätze in den Bereichen bieten, in denen die R&A Psychology Division anfänglich unsicher tastend versucht hatte, die Eigenheiten des NS-Regimes mit einem für diese Zwecke wenig geeigneten Instrumentarium aufzuschlüsseln. So hatten etwa die im Hinblick auf die Formulierung von Strategien für die psychologische Kriegführung als so wichtig erachteten Analysen zur „Moral“⁵⁸ der deutschen Bevölkerung trotz der Auswertung Tausender von Radiosendungen, Reden, Zeitungsartikeln und Briefen oft nur vage Schlußfolgerungen zugelassen. Analysen der Central Europe Section untersuchen dagegen die „Moral“ der deutschen Bevölkerung vor dem Hintergrund des in der Abteilung entwickelten Gesamtverständnisses der Grundlagen und Herrschaftsmechanismen des NS-Regimes. Danach konnte die „Moral“ der im wesentlichen zweigeteilten, in „ruling“ und „ruled groups“ zerfallenden deutschen Gesellschaft⁵⁹ nicht mit herkömmlichen Methoden erfaßt und gemessen werden. Die Mitarbeiter der Central Europe Section stellten vielmehr die These auf, „[that] in a totalitarian society, the ‚morale‘ of the population becomes a function of the totalitarian controls“⁶⁰. So wurde etwa in dem bereits erwähnten Bericht zur „German Morale After Tunisia“⁶¹ ausgeführt, daß die deutschen Niederlagen in Stalingrad und Tunesien viele erwarten lassen, daß die deutsche „Moral“ nun am Tiefpunkt angekommen sein müsse und ein Zusammenbruch deshalb in greifbare Nähe gerückt sei. Diese Erwartung sei jedoch unrealistisch, denn sie gründe sich „on the fallacy of using democratic standards to measure totalitarian morale“. Im totalitären NS-Staat sei „Moral“ dagegen so streng kontrolliert, daß sie nicht ausschlaggebend für militärische Entwicklungen sein könne.

In einem weiteren Bericht zur „Morale in Germany“⁶² wird wiederum argumentiert, daß die „Moral“ der Bevölkerung in einem totalitären Staat von den Machthabern bestimmt werde, und die zentrale Frage sei deshalb, in welchen Maße nationalsozialistische Kontrollmechanismen wirksam seien. Für die verschiedenen Gruppen der Bevölkerung falle die Antwort auf diese Frage unterschiedlich aus, grundsätzlich könne man jedoch davon ausgehen, daß die eben erfolgte Ernennung Himmlers zum Innenminister und die Ausweitung von Speers Kompetenzen über „Rüstung und Kriegsproduktion“ die totale Kontrolle der Nationalsozialisten noch verstärkt hätten⁶³. Zwar zeigten die militärischen Niederlagen, der Luftkrieg und andere Kriegsbelastungen Auswirkungen in den bürgerlichen Mittelschichten und der Arbeiterschaft, doch würde allein schon die vorherrschende Apathie breiter Bevölkerungsschichten politischen Aktionen entgegenstehen⁶⁴.

⁵⁸ Zur Verwendung dieses Begriffes siehe oben S. 38, Anmerkung 15.

⁵⁹ NA, RG 59, R&A 1547, „German Social Stratification“, 26. 11. 1943.

⁶⁰ NA, RG 226, R&A-History, (IV), S. 93.

⁶¹ NA, RG 59, R&A 933, 25. 6. 1943.

⁶² NA, RG 59, R&A 1214, „Morale in Germany“, 16. 9. 1943; Katz, Foreign Intelligence, S. 38, Anmerkung 26, identifiziert als Verfasser Herbert Marcuse in Zusammenarbeit mit Franz Neumann und Hans Meyerhoff.

⁶³ Vgl. dazu auch NA, RG 59, R&A 1194, „Speer's Appointment as Dictator of the German Economy“, 13. 9. 1943; Katz, Foreign Intelligence, S. 37, Anmerkung 24, identifiziert als Verfasser Franz Neumann und Paul Sweezy.

⁶⁴ Ähnliche Analysen in NA, RG 59, R&A 1069, „German Reactions to Wartime Conditions: A Quantitative Analysis of Trends and Geographic Differences“, 27. 8. 1943, wo die Reaktio-

Aus der in der Central Europe Section aufgestellten These zur „Moral“ im nationalsozialistischen Deutschland folgte ohnehin konsequent, „[that] no successful internal uprising against the Nazi regime could be expected prior to the breakdown of the Nazi controls as a consequence of decisive military defeat“⁶⁵. Dies sollte die Einschätzung des deutschen Widerstands beeinflussen⁶⁶ und schien darüber hinaus anzudeuten, daß man in der Central Europe Section der Meinung war, daß nur die vollständige militärische Niederlage des nationalsozialistischen Deutschlands ein Ende des Krieges herbeiführen könnte. Die Frage, wann unter diesen Umständen mit einem Zusammenbruch Deutschlands zu rechnen sei, fiel in erster Linie in den Kompetenzbereich der R&A-Wirtschaftswissenschaftler.

In den einschlägigen Studien hatten die Experten der Economics Division im Widerspruch zu gängigen Vorstellungen früh die Ansicht vertreten, daß sich ein Mangel an Nachwuchssoldaten als entscheidendes und letztlich nicht überwindbares Problem für die deutschen Streitkräfte erweisen würde⁶⁷. Diese Position wurde beibehalten; dementsprechend wurde im Sommer 1943 die Erschöpfung personeller Reserven erneut als der die deutsche Kampfkraft bestimmende Faktor bezeichnet⁶⁸. Diese Einschätzungen verführten zu hoffnungsvollen Vergleichen mit der Vergangenheit, und so wurde in einer Analyse mit dem Titel „Manpower Shortage and the German Collapse in 1918“⁶⁹ ausgeführt, daß ein Mangel an Nachwuchs schon beim deutschen Zusammenbruch 1918 die entscheidende Rolle gespielt habe und daß ein Vergleich mit der Situation im Sommer 1944 ein für Deutschland noch schlechteres Bild als 1918 ergebe⁷⁰.

Was zivile Arbeitskräfte betraf, mußten die R&A-Experten jedoch einräumen, daß es den Deutschen offenbar gelungen war, gravierende Engpässe vor allem durch die verstärkte Beschäftigung von Frauen sowie den Einsatz der sogenannten Fremdarbeiter zu vermeiden⁷¹. Die Fremdarbeiter stellten für die Berechnung des Potentials an zivi-

nen der deutschen Bevölkerung auf die Kriegssituation im allgemeinen, auf Luftangriffe, Versorgungssituation etc. aus Briefen an in Kanada internierte Kriegsgefangene erschlossen werden; vgl. auch NA, RG 59, R&A 1863, „A Quantitative Appraisal of Interest Groups in Germany“, 24. 7. 1944, eine Analyse der Auswirkungen des NS-Regimes und des Krieges auf die Struktur von Interessengruppen in Deutschland, wobei der Schwerpunkt auf die Arbeiterschaft gelegt wird.

⁶⁵ NA, RG 226, R&A-History, (IV), S. 93 f.

⁶⁶ Siehe unten IV., 3. Teil.

⁶⁷ Siehe oben II., 1. Teil.

⁶⁸ NA, RG 59, R&A 1085, „German Manpower in the Summer of 1943: The Armed Forces and the Civilian Labor Force“, 4. 9. 1943.

⁶⁹ NA, RG 59, R&A 2232, „Manpower Shortage and the German Collapse in 1918“, 11. 7. 1944.

⁷⁰ An diesen Schätzungen übte R&A nach dem Krieg einige „Manöverkritik“, siehe NA, RG 59, R&A 3069, „British and American Intelligence on the Strength of the German Army, 1939–1945“, 2. 6. 1945; vgl. auch NA, RG 59, R&A 2209, „Comment on Report By Committee Under Chairmanship of Professor S. R. Dennison“, 4. 4. 1944, mit scharfer Kritik an einem offensichtlich britischen Papier zur Entwicklung der numerischen Stärke der deutschen Armee. Trotz einiger Selbstkritik wurden die OSS-Berechnungen im Vergleich mit britischen Studien als zuverlässiger bezeichnet.

⁷¹ NA, RG 59, R&A 1085, „German Manpower in the Summer of 1943: The Armed Forces and the Civilian Labor Force“, 4. 9. 1943; vgl. aber auch NA, RG 59, R&A 930, „Estimate of the Effect on the German Labor Force of Mobilization Decrees of Early 1943“, 16. 6. 1943, wo noch festgestellt worden war: „the measures under discussion are an indication of an enforced

len Arbeitskräften allerdings einen schwer abzuschätzenden Faktor dar⁷²; vor allem aber entsprach die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Deutschlands nicht den Erwartungen der R&A-Experten. Wie bereits angedeutet, war man davon ausgegangen, daß die deutsche Wirtschaft schon 1940/41 bis an die Grenzen ihrer Kapazität ausgebaut worden war. Vor dem Hintergrund dieser unzutreffenden Einschätzung war in einem R&A-Bericht im Juli 1942⁷³ festgestellt worden: „Miscarriage of plans in Russia and entry of the United States into the war have necessitated squeezing the last measure of output from available productive resources.“ Einschränkend war allerdings gleich hinzugefügt worden, daß es keine Hinweise auf einen baldigen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft gebe und daß nicht einmal eine Drosselung der außerordentlichen Anspannung aller Produktivkräfte zu erwarten sei. Tatsächlich sollten es technologische Neuerungen, verstärkte Rationalisierung, die rücksichtslose Ausbeutung der Ressourcen besetzter Gebiete und besonders die von Speer seit Frühjahr 1942 eingeleiteten Maßnahmen ermöglichen, die deutsche Rüstungsproduktion erheblich zu steigern, so daß in vielen Bereichen erst im Sommer 1944 der Höchststand erreicht wurde.

Obwohl das Potential der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft damit jegliche Erwartungen übertraf, erlagen die R&A-Experten nicht der Versuchung, diese Entwicklungen zu ignorieren. So kam man in R&A nach einem Vergleich der allgemeinen wirtschaftlichen Situation Deutschlands 1943 mit der von 1918 zu dem Ergebnis, daß Deutschland gesamtwirtschaftlich gesehen sehr viel besser gestellt sei als 1918⁷⁴. Ein unmittelbarer Zusammenbruch sei somit nicht zu erwarten; damit konnte im Urteil von R&A erst nach der geplanten alliierten Invasion des Kontinents und der vollen Entfaltung der alliierten Kräfte gerechnet werden. Der unerwartet erbitterte Widerstand, den die deutschen Truppen dann auch noch angesichts der sicheren Niederlage im Herbst und Winter 1944 leisteten, scheint in R&A schließlich zu einer massiven Verunsicherung geführt zu haben: Anfang März 1945 mochten die R&A-Experten zum „Economic Effect on Germany of Recent and Impending Allied Advances“ nicht mehr sagen, als daß nach dem Verlust Schlesiens der zusätzliche Verlust des Ruhrgebiets in einer rasch spürbaren Schwächung der deutschen Kampfkraft resultieren werde⁷⁵.

level of austerity and not important providers of new sources of labor or causes of significant shifts within the labor force.“ Diese Beurteilung war durchaus nicht falsch, vgl. dazu und zum Folgenden Herbst, *Der Totale Krieg*, S.207 ff. Die „totale Mobilmachung“ im Sommer 1944 wurde von R&A dann im wesentlichen richtig als Propagandaformel verstanden, vgl. NA, RG 59, R&A 2456, „An Evaluation of the Goebbels Program for Total Mobilization in Germany“, 1.9. 1944.

⁷² Vgl. die fast 300 Seiten umfassende Studie NA, RG 59, R&A 61, „Foreign Labor in Germany“, o. D. [wahrscheinlich Mai 1944].

⁷³ NA, RG 59, R&A 658, [Report No 70], „The Strengthening of German War Economy“, 28.7. 1942 (Economics Division in Cooperation With Central European Section).

⁷⁴ NA, RG 59, R&A 1091, „The German War Economy, 1918 and 1943: A Comparison“, 5.10. 1943; vgl. auch NA, RG 59, R&A 1194, „Speer’s Appointment as Dictator of the German Economy“, 13.9. 1943, sowie eine in der R&A-Materialiensammlung – NA, RG 226, 64 678 – befindliche Arbeit der Foreign Economic Administration, Special Areas Branch, European Enemy Division: „Policies and Control of German Industrial Operations“, 1942–1943. Für den Vergleich mit britischen Schätzungen siehe Hinsley, *British Intelligence*, Bd. III, 1, S.53 ff.

⁷⁵ NA, RG 59, R&A 2934 S, „Economic Effect on Germany of Recent and Impending Allied Advances“, 2.3. 1945.

Während die Wirtschaftswissenschaftler so fast bis Kriegsende wenig Hoffnung auf ein baldiges Ende der Kämpfe machen wollten, versuchte man in R&A, in anderen Bereichen Faktoren aufzuspüren, die das Ende des Krieges beschleunigen mochten. Zeitgenössische Analysen des „Dritten Reiches“, insbesondere Neumanns Behemoth, aber auch Ernst Fraenkels *Dual State*⁷⁶ hatten dargelegt, daß der nationalsozialistische Staat keineswegs von einem monolithischen Machtblock getragen wurde. Nach Neumanns Analyse setzte sich die „herrschende Klasse“ in Deutschland aus Partei, Armee, Bürokratie und Industrie zusammen und war damit „alles andere als homogen“. Vielmehr bestünden „tiefe Widersprüche zwischen den herrschenden Schichten“, denen es an einer „gemeinsamen Loyalität“ mangelte und denen es „ausschließlich um die Wahrung ihrer eigenen Interessen“ ginge⁷⁷.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen beteiligte sich die Central Europe Section mit einer ganzen Reihe von Studien an Spekulationen über eventuelle Konsequenzen der Rivalitäten zwischen den Machthabern in Deutschland. Für die Ausarbeitung derartiger Studien stand ein reicher Fundus an nachrichtendienstlichen Meldungen zur Verfügung. Das Interesse an diesem Thema war vor allem deshalb so groß, weil man einerseits hoffte, daß entweder Rivalitäten innerhalb der NSDAP oder der Antagonismus zwischen Partei und Militär das System zu Fall bringen könnten, andererseits aber auch fürchtete, daß damit einhergehende Bestrebungen, einen Separatfrieden abzuschließen, die Alliierten spalten könnten. In den zu diesem Themenkreis in Washington eingehenden Meldungen vermischten sich allerdings häufig Gerüchte und von den Nationalsozialisten ausgegebene Desinformation mit zutreffenden Nachrichten zu einem Mosaik, das manchmal besser als Rohmaterial für einen Spionageroman denn als Grundlage für ernsthafte Analysen geeignet sein mochte⁷⁸.

Die Hoffnung, durch die Ausnutzung von Rivalitäten zwischen den nationalsozialistischen Machthabern eine Verkürzung des Krieges zu erreichen, bewegte schließlich im Oktober 1943 einen anscheinend etwas übereifrigen OSS-Agenten in Stockholm, Kontakt mit Himmlers Leibarzt Dr. Kersten aufzunehmen⁷⁹. Dieser vermittelte dem OSS-Mann zwei Begegnungen mit Walter Schellenberg, dem Chef des Sicherheitsdienstes der SS. Schellenberg bestätigte Kerstens Darstellung, daß Himmler bereit sei, Hitler zu stürzen, und daß er deshalb daran interessiert sei, Kontakt mit den Amerikanern aufzunehmen. Kersten berichtete zudem über großzügige Friedensangebote der Sowjetunion, die Ribbentrop und Goebbels gerne angenommen hätten, die Himmler und Hitler aber ablehnten, und er versäumte in diesem Zusammenhang nicht zu betonen, daß britische und amerikanische Luftangriffe zu einem starken Anwachsen des Kommunismus in Deutschland führten. Sowohl Kersten als auch Schellenberg drängten den OSS-Mann, nach Deutschland zu kommen, um sich mit Himmler zu treffen.

⁷⁶ Fraenkel, *The Dual State*.

⁷⁷ Neumann, *Behemoth*, S. 459 f., 544.

⁷⁸ Z.B.: NA, RG 226, 40843, „Conflicts Between the German Leaders“, 12.5. 1943; NA, RG 226, 59200, „Reichs Luft Ministerium Gossip – November 1943“, 17.1. 1944.

⁷⁹ Der Bericht des Agenten befindet sich in FDRL, PSF/Safe File: OSS, b 6, 20.3. 1944. Die Episode wird auch von Hoover, *Memoirs of Capitalism*, S.216f. wiedergegeben; Hoover weist darauf hin, daß sie sich auch in Kerstens und Schellenbergs Memoiren findet (Kersten, *The Kersten Memoirs*, 1940–45, S.188–197; Schellenberg, *The Labyrinth*, S.370f.). Vgl. außerdem Fleischhauer, *Die Chance des Sonderfriedens*, S.206 f.

Doch die Kontakte zwischen OSS und SS wurden nicht weitergeführt: Donovan, ansonsten abenteuerlichen Ideen gegenüber immer aufgeschlossen, mußte angesichts der offiziellen US-Politik annehmen, daß Roosevelt auch an diesem „Friedensfühler“ kein Interesse haben würde, untersagte seinem Agenten die Reise nach Berlin und beschränkte sich darauf, dessen Bericht an den Präsidenten weiterzuleiten. Während Roosevelt auf Donovans erstes Memorandum zu deutschen „Peace Offensives“ im Dezember 1941 mit lebhaftem Interesse reagiert hatte – obwohl es nur Spekulationen des britischen Historikers Wheeler-Bennett zu diesem Thema enthalten hatte⁸⁰ –, ist nicht auszumachen, ob er diesen Bericht zur Kenntnis nahm. An Gerüchten über deutsche „Friedensfühler“ mangelte es inzwischen schließlich kaum: Der „Map Room“ im Untergeschoß des Weißen Hauses, wo strategisch wichtige Meldungen zusammengestellt wurden, verfügte über eine Unzahl entsprechender „OSS Bulletins“⁸¹.

Der Flut von Gerüchten zeigten sich die Deutschlandexperten der Central Europe Section nicht gewachsen. So spekulierten sie im August 1943 über „Possible Political Changes in Nazi Germany in the Near Future“⁸², wobei Berichte über ein angeblich von Göring, Keitel und Dönitz gebildetes „Triumvirat“ als Ausgangspunkt dienten. Die Einsetzung dieses „Triumvirats“ deutete man als Zeichen dafür, daß die NSDAP dem Militär untergeordnet worden sei, und dies wurde wiederum als erster Schritt auf dem Weg zu Verhandlungsversuchen über einen Separatfrieden – entweder mit den Westmächten oder der Sowjetunion – interpretiert. R&A erwartete nun Bestrebungen, das Regime für die Alliierten akzeptabel zu machen, was etwa durch die Trennung von Kanzler- und Präsidentenamts, die rechtliche Unterordnung der NSDAP unter den Staat, die Wiedereinsetzung des Reichsrates bzw. eines Kabinetts- und Ministerrates versucht werden könnte. „The new government“ – so glaubte R&A – „will be aimed at a separate peace with the Western powers or with Russia.“

Ganz geheuer erschienen diese Spekulationen den R&A-Wissenschaftlern freilich nicht. Das Projects Committee verwies sie am 12. August 1943 zur Überprüfung an Schorske und entschied schließlich, das Papier nur innerhalb der Sektion zu verteilen⁸³. Zwei Wochen später befaßte sich ein R&A-Bericht nach Himmlers Ernennung zum Innenminister mit den tatsächlichen „Changes in the Reich Government“⁸⁴ und stellte etwas irritiert fest: „At the moment when the air is filled with rumors of peace feelers and of German hopes for a compromise peace, the Nazis place at the head of the Reich administration the very man with whom no peace and no compromise what soever seem to be possible.“ Dennoch wollte man Entwicklungen wie die zwei Wochen zuvor in R&A 1034 durchgespielten nicht völlig ausschließen, obwohl die Nationalsozialisten vorläufig offensichtlich nichts dergleichen beabsichtigten: „for the

⁸⁰ Siehe oben II., 2. Teil.

⁸¹ Vgl. FDRL, OSS Numbered Bulletins, March 1943 – April 1945, Map Room, b 72, 73.

⁸² NA, RG 59, R&A 1034, „Possible Political Changes in Nazi Germany in the Near Future“, 10. 8. 1943; Katz, Foreign Intelligence, S. 39, Anmerkung 29, identifiziert als Verfasser Herbert Marcuse in Zusammenarbeit mit Eugene Drucker.

⁸³ NA, RG 226, E 59, Book IV, Protokolle vom 12. und 13. 8. 1943.

⁸⁴ NA, RG 59, R&A 1130, „Changes in the Reich Government“, 26. 8. 1943; Katz, Foreign Intelligence, S. 37, Anmerkung 24, identifiziert Marcuse als Verfasser dieser Analyse, die er im übrigen in einem etwas anderen als dem hier dargestellten Zusammenhang versteht.

moment the advancement of Himmler means that the Nazis attach more importance to the most rigid control of the home front than to any hope for a compromise.“

Schließlich versuchte man in R&A grundsätzlich zu klären, unter welchen Bedingungen ein Separatfrieden zwischen Deutschland und der Sowjetunion zustande kommen könnte⁸⁵. R&A ging davon aus, daß die herrschende Klasse in Deutschland wußte, daß der Krieg nicht zu gewinnen sei, und während diese Kreise einen Frieden mit dem Westen vorziehen würden, sei anzunehmen, daß sie angesichts einer Zurückweisung durch die Westmächte versuchen würden, einen Separatfrieden mit der Sowjetunion auszuhandeln – die Alternative hieße schließlich „Unconditional Surrender“. Sollten die Russen eine Ausdehnung ihres Herrschaftsbereiches über Europa beabsichtigen, sei nicht auszuschließen, daß sie Deutschland als Bollwerk gegen den Westen benutzen wollten und deshalb für die Deutschen erträgliche Bedingungen stellen könnten. Allerdings glaubte man in R&A, daß die Sowjetunion einen solchen Schritt nur erwägen würde, wenn als Verhandlungspartner eine unter Ausschluß der Nationalsozialisten gebildete Regierung zur Verfügung stünde.

Die Frage, unter welchen Bedingungen der deutsche Zusammenbruch erfolgen würde, war im Urteil von R&A jedoch nicht nur vor dem Hintergrund der weitverbreiteten Spekulationen über deutsche Friedensfühler und einen Separatfrieden von großer Bedeutung, sondern auch mit Blick auf Planungen für eine alliierte Militärverwaltung: „Nearly everything about military government – its establishment, scope, and policies, even the necessity for it – will be profoundly affected by the manner in which German military resistance comes to an end.“⁸⁶ Die von R&A in diesem Zusammenhang angestellten Überlegungen entsprangen dem Bemühen, in dem von der offiziellen „policy of postponement“ geschaffenen Vakuum eine Ausgangsbasis für die vom War Department in Auftrag gegebenen R&A-Studien zur Vorbereitung der amerikanischen Besatzungspolitik zu entwickeln. Daß dabei noch davon ausgegangen wurde, daß selbst die Einrichtung einer Militärregierung von den in Deutschland zum Zeitpunkt der Kapitulation herrschenden Bedingungen abhängig sein könnte, entspricht der in der R&A-History beschriebenen völligen Verunsicherung der Planungsstäbe angesichts des „want of clarity as to what fundamental US policy toward Germany [. . .] was to be“⁸⁷.

Vor diesem Hintergrund spielte man in R&A verschiedene politische Konstellationen durch, die die Situation zum Zeitpunkt des deutschen Zusammenbruchs bestimmen könnten. In einer Studie vom September 1943⁸⁸ wurden einleitend die Bedingungen skizziert, unter denen der deutsche Zusammenbruch 1918 erfolgt war, doch waren

⁸⁵ NA, RG 59, R&A 1340, „Conditions Under Which Germany Might Welcome a Separate Peace with Russia“, 12.10. 1943; vgl. dazu auch Fleischhauer, Die Chance des Sonderfriedens, S. 206 ff., die die in diesem Zusammenhang relevanten R&A-Arbeiten berücksichtigt.

⁸⁶ NA, RG 226, E 1, b 1, f 8, „Proposed Outline for the Organization of Allied Military Government in Germany: I. Possible Patterns of German Collapse“.

⁸⁷ NA, RG 226, R&A-History, Civil Affairs Guides, S. 97.

⁸⁸ NA, RG 59, R&A 1483, „Possible Patterns of German Collapse“, 21. 9. 1943; Katz, Foreign Intelligence, S. 68, Anmerkung 14, identifiziert Felix Gilbert, Herbert Marcuse und Franz Neumann als Verfasser. Dieselbe Studie findet sich auch in NA, RG 226, E 1, b 1, f 8, „Proposed Outline for the Organization of Allied Military Government in Germany: I. Possible Patterns of German Collapse“.

die R&A-Deutschlandexperten der Ansicht, daß sich die Situation 1944 von der 1918 in politischer Hinsicht grundsätzlich unterscheide. Man versuchte, die „Possible Patterns of Collapse in 1944“ in Abhängigkeit von Faktoren wie etwa der Spaltung oder Einheit der Alliierten zu bestimmen. Die Frage eines eventuellen Separatfriedens mit den Westmächten oder der Sowjetunion wurde dabei erneut aufgeworfen und auch unter dem Gesichtspunkt erörtert, welche inneren Entwicklungen in Deutschland – etwa ein Staatsstreich oder Putsch – den deutschen Machthabern Chancen bieten könnten, einen Separatfrieden auszuhandeln. Grundsätzlich hielt man in der Central Europe Section aber an der Überzeugung fest, daß solche Entwicklungen nur denkbar seien, wenn die militärische Situation völlig verzweifelt und aussichtslos erschiene⁸⁹.

Beträchtliche Besorgnis lösten in diesem Zusammenhang schließlich Gerüchte und Spekulationen darüber aus, daß die Nationalsozialisten nach einer militärischen Niederlage in den „Untergrund“ gehen könnten. In R&A beschäftigte man sich mit den entsprechenden Meldungen zum einen im Hinblick auf ihre militärstrategische Relevanz und versuchte, die unzähligen, in Washington eingehenden Informationen zum Ausbau einer „Alpenfestung“ auf ihre Validität zu überprüfen. Die Ergebnisse formulierte man wohlweislich nur sehr vorsichtig: Die verfügbaren Meldungen rechtfertigten zwar nicht den Schluß, daß großangelegte Befestigungsbauten im Gange seien, doch ließen sich andererseits in manchen Gebieten durchaus verdächtige Aktivitäten beobachten⁹⁰. Selbst wenn sich die „Alpenfestung“ als Schimäre erweisen sollte, blieben die politischen Implikationen eines nationalsozialistischen „Untergrunds“ in der Nachkriegszeit nach Ansicht der Central Europe Section jedoch überaus besorgniserregend. Am Beispiel der nach dem Ersten Weltkrieg gebildeten Freikorps wurde analysiert, welche Formen illegale, antidemokratische Aktivitäten in Deutschland nach Kriegsende angenommen hatten, und in mehreren R&A-Studien wurde der Besorgnis Ausdruck verliehen, daß es auch nach diesem Krieg wieder zu ähnlichen Entwicklungen kommen könnte⁹¹.

Der R&A-Mitarbeiter John Herz hat lange nach dem Krieg – und lange nachdem er über das „Fiasco of Denazification“ geschrieben hatte – eingeräumt, daß die von den Mitarbeitern der Central Europe Section gehegten Befürchtungen hinsichtlich eines eventuellen Wiederauflebens des Nationalsozialismus „vielleicht etwas übertrieben“ gewesen seien⁹². Während des Krieges wurden diese Befürchtungen aber nicht nur durch die zahllosen Gerüchte über einen geplanten nationalsozialistischen „Unter-

⁸⁹ NA, RG 59, R&A 1477, „The Process of German Collapse“, 4. 12. 1943; Katz, *Foreign Intelligence*, S. 68, Anmerkung 13, identifiziert Felix Gilbert, Herbert Marcuse und Franz Neumann als Verfasser.

⁹⁰ NA, RG 59, R&A 3005, „The Alpine Redoubt. An Interim Survey of Available Intelligence (Summer 1944 to Mid-February 1945)“, 30. 3. 1945; eine frühere Version findet sich in NA, RG 226, E 115, b 45, f 2; vgl. auch Minott, *The Fortress That Never Was*.

⁹¹ NA, RG 59, R&A 2455, „Joint Intelligence Committee: German Plans for Underground Operations Following Surrender“, 9. 8. 1944; NA, RG 59, R&A 1934, „The Problem of the Nazi Underground“, 21. 8. 1944; NA, RG 59, R&A 1934.1, „The Clandestine Nazi Movement in Post-War Germany“, 13. 10. 1944; NA, RG 59, R&A 1934.2, „The Pattern of Illegal, Anti-Democratic Activity in Germany after the Last War: The Free Corps“, 13. 10. 1944.

⁹² In Erd (Hrsg.), *Reform and Resignation*, S. 165; Herz, *The Fiasco of Denazification*, in: *Political Science Quarterly* 63/4 (1948), S. 569–594.

grund“ genährt; sie wurzelten auch nicht nur in frühen Zweifeln an der Gründlichkeit einer demokratischen Erneuerung Deutschlands in der Nachkriegszeit, sondern spielten darüber hinaus in eigentümlicher Weise die weltanschauliche Dimension des totalen Krieges wider, denn in diesen Befürchtungen deutete sich das Bewußtsein an, daß die „bedingungslose Kapitulation“ des Gegners diesen totalen Krieg nicht ohne weiteres mit dem erhofften totalen Sieg beenden mochte.

Ein in der R&A-Materialiensammlung enthaltener Bericht des amerikanischen Militärattachés in Stockholm bietet in diesem Zusammenhang ein Beispiel dafür, wie man auch außerhalb von R&A versuchte, diese neuartigen Dimensionen des totalen Krieges und seine möglichen Auswüchse zu begreifen⁹³. Ausgangspunkt des Berichts ist die Frage, warum die Deutschen bzw. die „Nazi hierarchy“ trotz der für sie aussichtslosen Situation weiterkämpften. Wie ausgeführt wurde, müßten für die Beantwortung dieser Frage mehrere Faktoren berücksichtigt werden. Von zentraler Bedeutung seien Hitlers Persönlichkeitsstruktur und sein Einfluß: „In the final analysis, Hitler's will controls Germany.“ Sein fanatischer Glaube an seine „historical mission“ ließe ihn angesichts der sicheren Niederlage für das „Vierte Reich“ planen. Vor diesem Hintergrund müßte die erbitterte Fortsetzung der längst als militärisch sinnlos erkannten Kämpfe gesehen werden: „the flying bombs, the ‚murder factories‘, Gestapo brutality in German-controlled territory are designed to foster ‚Vansittartism‘ [. . .] This constitutes a kind of pre-sabotage against the German people to insure that the peace terms for Germany resulting from this war will be as drastic as Nazi propaganda depicts them. A fair, humanitarian peace is what the Nazis least desire. In this way, a democratic Germany is torpedoed in advance; the German people will be so embittered over the harsh peace terms that they will again turn to Naziism (which in the meantime will have gone ‚underground‘) and work for the establishment of the Fourth Reich.“

Diesem auf Gesprächen mit Kollegen und „personality 25“ beruhenden Bericht des Assistant Military Attaché sind einige kurze, merklich drastischere Kommentare des Military Attaché selbst beigefügt, die illustrieren, daß ihn die gegen „Vansittartism“ vorgebrachten Argumente nicht beeindruckten. Zwar räumte der Militärattaché ein, daß in der vorstehenden Analyse ein interessanter Standpunkt vertreten werde, doch mußten andere Überlegungen seiner Ansicht nach schwerer wiegen: „The German people are Nazi. Even Germans here say there is no use trying to separate the ‚good‘ Germans from the Nazis. Nazi ideology suits the present mentality of the average German [. . .] The Nazi movement will go underground with defeat. The ‚Fourth Reich‘ will be born; it will have to be stifled until, if ever, the German people change to a saner doctrine.“

Daß die Niederlage des Nationalsozialismus „nicht nur als militärische und ökonomische, sondern auch als psychologische Aktion geplant werden“ müsse, hatte Franz Neumann bereits in Behemoth gefordert. Nach seinem Verständnis bedeutete dies, daß sich die Gegner Deutschlands vor allem anderen als glaubwürdige Verfechter einer politischen und sozialen Demokratie beweisen müßten, denn nach Neumanns An-

⁹³ NA, RG 226, 10 44 98: Military Intelligence Division W.D. G.S., Military Attaché Report: Germany: Political Situation (From M. A. Stockholm, Report No. 2253), vom 4. 11. 1944 an Military Intelligence Service, War Department, Washington, D. C.

sicht konnte der Nationalsozialismus „im psychologischen Bereich nur mit einer politischen Theorie besiegt werden, die sich als ebenso wirksam erweist wie er, ohne dabei die Freiheiten der Menschen zu opfern“. Neumann glaubte, daß sich auch die nationalsozialistische Führung darüber im klaren sei, „daß in dem Augenblick, da die englische und amerikanische Demokratie sich als ebenso effizient oder sogar noch leistungsfähiger als der Nationalsozialismus erweisen und zugleich die Demokratie bewahren und noch vertiefen – daß dann der auf Furcht und Verzweiflung gegründete Glaube an den Nationalsozialismus endgültig zusammenbricht“. Er argumentierte in diesem Zusammenhang, daß schon „die deutsche Revolution im Jahre 1918 nicht lediglich Folge einer militärischen Überlegenheit der alliierten Mächte nach dem Kriegseintritt Amerikas [gewesen war], sondern ebenso der Überlegenheit von Woodrow Wilsons Neuem Frieden über eine monarchistische politische Theorie, die schon lange ihre Glaubwürdigkeit verloren hatte, zu verdanken war“. Seiner Ansicht nach war deshalb, „um den Nationalsozialismus im Bewußtsein des deutschen Volkes zu vernichten, [. . .] das Beispiel einer gut funktionierenden Demokratie gleich wertvoll wie eine mächtige Armee“⁹⁴.

Neumann skizzierte damit im Grunde einen neuen Aufgabenbereich für die psychologische Kriegführung. Er verstand psychologische Kriegführung nicht einfach nur als „fourth arm“, also als eine Art neuer Waffengattung im Arsenal des Militärs⁹⁵, sondern als integralen Bestandteil „der Innen- und Außenpolitik der Gegner Deutschlands“. Ihre Aufgabe erschöpfe sich nicht darin, den Krieg „durch die Spaltung Deutschlands, die Trennung der großen Massen des Volkes vom Nationalsozialismus“ zu verkürzen⁹⁶. Neumanns „zweite Forderung“ an die psychologische Kriegführung – den Nationalsozialismus auch im psychologischen Bereich zu besiegen – bedeutete nichts anderes, als daß die psychologische Kriegführung über ihre an sich destruktive militärische Zielsetzung hinaus schon konstruktive Grundlagen für die nach dem Krieg aufzubauende Friedensordnung legen sollte.

Obwohl die psychologische Kriegführung des Westens dies letztlich nicht leistete⁹⁷, stand Neumann mit derartigen Vorstellungen keineswegs allein. So betrachtete man etwa in der SHAEF-Psychological Warfare Division die enorme Popularität von Wilsons Vierzehn Punkten nach dem Ersten Weltkrieg als Vermächtnis für die eigene Arbeit⁹⁸. Auch im State Department war man der Ansicht, daß die Formulierung konstruktiver Nachkriegsziele ein wichtiger Bestandteil von „political warfare“ sei, und ein dem Kongreß im März 1943 vorgelegter Bericht des National Resources Planning Board scheint ähnliche Überlegungen widerzuspiegeln, wenn festgestellt wird: „Our

⁹⁴ Neumann, Behemoth, S. 549f., vgl. auch S. 18.

⁹⁵ In der JCS-Direktive zu den „Functions of the Office of Strategic Services“ (abgedruckt in Troy, Donovan, S. 431 ff.) wird „psychological warfare“ dagegen immer in diesem rein militärischen Sinne verstanden. Der Begriff war jedoch unscharf und umstritten; die von Neumann vertretene Interpretation wäre wohl besser mit dem Begriff „political warfare“ beschrieben, der in R&A-Arbeiten hin und wieder – austauschbar mit „psychological warfare“ – benutzt wird, vgl. auch die folgenden Ausführungen.

⁹⁶ Neumann, Behemoth, S. 18.

⁹⁷ Vgl. dazu z. B. die Kritik von Graml und Krausnick, Der deutsche Widerstand, in: Europäische Publikation e. V. (Hrsg.), Vollmacht des Gewissens, Bd. 2, S. 509ff.

⁹⁸ Vgl. dazu Lerner, Psychological Warfare.

peace aims are war weapons which in the end determine the outcome of the military struggle in which we are now engaged.“⁹⁹

Dieses Verständnis der Aufgaben psychologischer Kriegführung spricht auch aus den Arbeiten der Central Europe Section. Inwiefern dabei viele der in der Abteilung verfaßten Analysen politischer Strukturen im nationalsozialistischen Deutschland als Beiträge zur Entwicklung entsprechender Strategien verstanden werden konnten, läßt sich anhand einer Arbeit illustrieren, in der die „Significance of Prussian Militarism for Nazi Imperialism“ im Hinblick auf „Potential Tensions in United Nations Psychological Warfare“ untersucht wurde¹⁰⁰. Im Gegensatz zu gängigen Vorstellungen wurde in diesem Papier die Ansicht vertreten, daß Preußen im nationalsozialistischen Staat kaum von Bedeutung sei (außer, wie angemerkt wurde, für Bayern und Rheinländer). Der Junker sei im Grunde unbedeutend und würde von den Nationalsozialisten lediglich benutzt. Es sei vielmehr die Macht von Militär und Großindustrie sowie die Unterstützung des nationalistisch gesinnten Bürgertums, die den Nationalsozialisten zur Macht verholfen hätten. Deshalb müsse die psychologische Kriegführung deutlich machen, „that we are not fighting *Prussia*, but rather the *reactionary forces all over Germany* which have time and again prevented the democratic reconstruction of German society“¹⁰¹.

Diese Relativierung der Bedeutung des preußischen Militarismus dürfte sich vor allem gegen die im Denken des 19. Jahrhunderts wurzelnden Vorstellungen gewandt haben, die Churchills Visionen einer Nachkriegsordnung prägten. Churchill hatte es schon im November 1941 als „erste Zielsetzung“ der Nachkriegsordnung bezeichnet, „Deutschland, und insbesondere Preußen, zu verhindern, uns ein drittes Mal anzufallen“, und er hat während des Krieges immer wieder betont, daß es bei einer künftigen Friedenssicherung vor allem darum gehen müsse, die Macht Preußens zu brechen¹⁰². Daß der preußische Militarismus so als Wurzel allen Übels erschien, ließ sich freilich ganz und gar nicht mit dem komplexen Bild vereinbaren, das man in R&A von den Grundlagen nationalsozialistischer Macht zeichnete. Im Verständnis von R&A mußte diese Sichtweise vielmehr als gefährliche Vereinfachung erscheinen; sie war zudem kaum geeignet, der Art von psychologischer Kriegführung zu dienen, die man in R&A befürwortete.

Ganz ähnlich verhielt es sich mit der Forderung nach bedingungsloser Kapitulation. Seit Roosevelt diese Forderung am Ende der britisch-amerikanischen Konferenz in Casablanca im Januar 1943 erhoben hatte, waren ihr eigentlicher Inhalt und die mit ihr

⁹⁹ Dieser Bericht wird von Herbst, *Der Totale Krieg*, S. 242f. angesprochen. Zur Haltung des State Department vgl. die Denkschrift „The Political Reorganization of Germany“, 23. 9. 1943, in: Department of State, *Postwar Foreign Policy Preparation*, S. 558f. Vgl. außerdem Wala, *Winning the Peace*, insbesondere S. 48 ff., 72 ff., sowie Krohn, *Nachkriegsplanungen*, in: Koebner/Sautermeister/Schneider (Hrsg.), *Deutschland nach Hitler*, S. 123–135.

¹⁰⁰ NA, RG 59, R&A 1281, „The Significance of Prussian Militarism for Nazi Imperialism: Potential Tensions in United Nations Psychological Warfare“, 20. 10. 1943; Katz, *Foreign Intelligence*, S. 40, Anmerkung 30, identifiziert Herbert Marcuse und Felix Gilbert als Verfasser.

¹⁰¹ Hervorhebungen im Original.

¹⁰² Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. III, 2, S. 180f., 269, vgl. auch Bd. IV, 2, S. 442, Bd. V, 2, S. 96, sowie FRUS, *Conferences at Cairo and Tehran*, S. 600ff.; vgl. dazu außerdem Graml/Krausnick, *Der deutsche Widerstand*, in: *Vollmacht des Gewissens*, S. 510f.

verbundenen Intentionen kontrovers. Vor allem wurde befürchtet, daß diese Forderung der deutschen Propaganda in die Hände arbeiten und eine Verlängerung des Krieges zur Folge haben könnte¹⁰³.

Vor diesem Hintergrund setzten bald Bemühungen ein, dieser an sich leeren Formel eine Interpretation zu geben, die eventuell negative Wirkungen abfangen könnte. Bereits im Frühjahr 1943 hatten offenbar die JCS den Politologen James K. Pollock, der 1938 eine Darstellung des nationalsozialistischen Regierungssystems veröffentlicht hatte, beauftragt, ein Memorandum zur Bedeutung der Forderung nach „Unconditional Surrender“ im Hinblick auf Deutschland auszuarbeiten¹⁰⁴. In R&A notierte man mit Mißfallen, daß dieses Memorandum auf höchster Ebene verteilt wurde, denn Pollock war im Urteil von Hajo Holborn zwar „well-meaning and modest“, habe aber nur „little idea about the impact of the Hitler regime“ und erwecke in seinem Memorandum den Eindruck, „that the Weimar Republic can be restored without too much difficulty provided the Allies are nice to Germany“¹⁰⁵. Darüber hinaus bezweifelte Holborn, daß Pollocks Annahme einer reibungslosen Zusammenarbeit zwischen den Alliierten in der Nachkriegszeit gerechtfertigt sei, und meinte seinerseits, daß eventuelle Schwierigkeiten mit der Sowjetunion in Betracht gezogen werden müßten. Zudem sei mit einer mehrjährigen Besatzungszeit zu rechnen, da Deutschland nach Kriegsende in jeder Hinsicht völlig zerstört sein würde. Franz Neumann äußerte sich im großen und ganzen ähnlich wie Holborn, kritisierte Pollocks angebliche Unkenntnis der deutschen Verhältnisse allerdings noch sehr viel schärfer und übte zusätzliche Kritik an der politisch konservativen Tendenz des Pollock-Memorandums¹⁰⁶.

Nachdem die Denkschrift Pollocks auf höchster Ebene verteilt worden war, hatte Holborn die Hoffnung geäußert, daß entsprechende R&A-Papiere auf ähnliches Interesse stoßen könnten. Dem scheint jedoch nicht so gewesen zu sein; jedenfalls befaßte man sich in R&A erst wieder im Februar 1944 mit diesem Thema. In einem Bericht zur „German Misinterpretation of the Unconditional Surrender Policy“ und ihren

¹⁰³ Balfour, *The Origin of the Formula „Unconditional Surrender“*, in: *Armed Forces and Society* 1979, 5 (2), S. 281–301, hat versucht, der von Zeitgenossen wie späteren Historikern geäußerten Kritik an dieser Forderung entgegenzutreten. Vgl. auch schon Lerner, *Psychological Warfare*, S. 18 ff., 329 ff.; außerdem Campbell, *Franklin Roosevelt and Unconditional Surrender*, in: Langhorne (Hrsg.), *Diplomacy and Intelligence*, S. 219–241.

¹⁰⁴ NA, RG 226, E 1, b 1, f 15. James Kerr Pollock, *The Government of Greater Germany*, New York 1938. Zum Folgenden die zwischen dem 9. und 11. 5. 1943 abgefaßten, durchweg kritischen Stellungnahmen von Hajo Holborn, Franz Neumann und Albert K. Weinberg in NA, RG 226, E 1, b 1, f 15; die Zitate sind der Stellungnahme Holborns entnommen; das Pollock-Memorandum selbst befindet sich nicht in der Akte.

¹⁰⁵ Vgl. in diesem Zusammenhang die kritischen Überlegungen Holborns zum Einfluß bestimmter historischer Konzeptionen bei der Planung der amerikanischen Nachkriegspolitik: Holborn, *The Collapse of the European Political System*, in: *World Politics*, I, October 1948–July 1949, S. 442–466.

¹⁰⁶ Niethammer, *Mitläuferfabrik*, S. 39, Anmerkung 30, verweist auf eine in diesem Zusammenhang interessante Veröffentlichung Pollocks: James K. Pollock, *What Shall be Done with Germany*, Northfield, Minn. 1944. Pollock fungierte später als persönlicher politischer Berater General Clays, vgl. dazu auch seine Denkschrift zum „Stand der Verwaltung Anfang September 1945“, in: Dorn, *Inspektionsreisen in der US-Zone*, S. 55–60; siehe auch Pollock (Hrsg.), *German Democracy*.

Auswirkungen auf die deutsche „Moral“¹⁰⁷ wurde ausgeführt, daß die Nationalsozialisten die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation propagandistisch nutzten, um die Kampfmentalität der deutschen Bevölkerung zu stärken. Da es versäumt worden sei klarzustellen, wie die Alliierten mit Deutschland nach seiner bedingungslosen Kapitulation verfahren wollten, könnte die deutsche Propaganda diesbezüglich leicht Schreckensvisionen entwerfen, obwohl in einigen alliierten Erklärungen deutlich gemacht worden war, daß die Alliierten nicht beabsichtigten, Deutschland als Nation zu vernichten oder wirtschaftlich zu versklaven.

In der Tat hatte Roosevelt selbst zu Weihnachten 1943 bereits eine entsprechende Erklärung abgegeben¹⁰⁸. Doch noch im Mai 1944 bestätigte ein Bericht des OSS-Büros in Bern die wesentlichen Punkte der R&A-Analyse zur „German Misinterpretation of the Unconditional Surrender Policy“¹⁰⁹. Wie in dem offenbar auf eine entsprechende Anfrage aus Washington verfaßten Bericht ausgeführt wurde, war es Goebbels gelungen, die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation propagandistisch zur Stärkung der deutschen „Moral“ zu nutzen. Möglich sei dies, „[because] the authors of the formula never really told what it meant“. Dem könne man nur durch eindeutige Erklärungen begegnen: „If we mean by unconditional surrender – and it’s so stated – that there would be no compromise with Naziism or German militarism in any form, but that we did not mean slavery for the German people, the formula might have done good.“ Als problematisch betrachtete man es in Bern aber auch, daß nicht eindeutig zu erkennen sei, daß die Sowjetunion die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation unterstütze, da so der Eindruck entstehen könne, daß sich die Alliierten in diesem Punkt uneinig seien.

Allen Dulles, der Leiter des OSS-Büros in Bern, äußerte sich auch noch nach dem Krieg in dem von ihm verfaßten Buch zum deutschen Widerstand ganz ähnlich und beklagte vor allem, daß die Amerikaner den „Goebbelses and Bormanns“ mit der Forderung nach bedingungsloser Kapitulation eine propagandistische Waffe geliefert hätten, während die Russen „good use of the Free Germany Committee“ gemacht hätten, um die deutsche „Moral“ zu schwächen¹¹⁰. Auch R&A sah in dem „Soviet-sponsored Free Germany Committee [. . .] the first considerable attempt to open up a political front in the war against Germany“ und betrachtete das von dieser Gruppe herausgegebene Manifest als „master stroke of psychological warfare“¹¹¹. Die Westmächte hätten dem

¹⁰⁷ NA, RG 59, R&A 1849, „German Misinterpretation of the Unconditional Surrender Policy and its Effect on German Morale“, 3.2. 1944; vgl. auch NA, RG 59, R&A 1875, „Suggestions for a Statement of the Meaning of Unconditional Surrender for the German People“, 10.2. 1944.

¹⁰⁸ Abgedruckt z. B. in Zevin (Hrsg.), *Nothing to Fear*, S. 383.

¹⁰⁹ FDRL, PSF/Subject-OSS, b 168: OSS-Reports April–July 13th, 1944, Bericht vom 20.5. 1944.

¹¹⁰ Dulles, *Germany’s Underground*, S. 132f. Zu dem im Juli 1943 mit Moskauer Unterstützung gegründeten „Nationalkomitee Freies Deutschland“ vgl. Scheurig, *Freies Deutschland*; sowie Frieser, *Krieg hinter Stacheldraht*.

¹¹¹ Dazu und zum Folgenden NA, RG 59, R&A 1043, „German Situation in 1918 and 1943“, o. D., aber offensichtlich aus der zweiten Jahreshälfte von 1943, sowie NA, RG 59, R&A 1593, „Free Germany: An Experiment in Political Warfare“, 26.11. 1943. In diesen beiden Studien werden die Begriffe „psychological warfare“ und „political warfare“ als gegeneinander austauschbar benutzt. Vgl. außerdem NA, RG 59, R&A 1550, „The German Communist Party“, 10.7. 1944; in deutscher Übersetzung gekürzt wiedergegeben bei Söllner (Hrsg.), *Archäologie der Demokratie*, Bd. 1, S. 260–280.

nur ihre Forderung nach „Unconditional Surrender“ entgegenzusetzen, wie sie überhaupt an der politischen „Front“ im Krieg gegen Deutschland bislang versagt hätten.

Die Frage nach der Wirkung des Manifests in Deutschland stand im Mittelpunkt einer entsprechenden R&A-Studie vom 6. August 1943¹¹². In einer einleitenden Analyse des Manifests selbst kamen die R&A-Mitarbeiter zu dem Schluß, daß das Manifest einen „democratic appeal“ beinhalte und dem Streben nach Erhaltung und Unabhängigkeit der Nation Rechnung trage. Damit richte es sich an alle potentiellen Anti-Nazi-Kräfte in Deutschland, wodurch unter Umständen eine breite „united front“ zustande kommen könnte, die eventuell einen Sturz des nationalsozialistischen Regimes stimulieren könnte – eine Beurteilung, die eigentlich im Widerspruch zu der von R&A grundsätzlich vertretenen These stand, daß ein Sturz des Hitlerregimes nicht vor einem militärischen Zusammenbruch zu erwarten sei¹¹³.

Die angesichts der sowjetischen Unterstützung des Komitees vielfach geäußerte Befürchtung, daß die Sowjetunion nun ernstlich den Abschluß eines Separatfriedens mit Deutschland vorbereite, wies R&A allerdings weiterhin zurück. Die Unterstützung des Komitees reflektiere eher generelle Züge sowjetischer Politik, enthalte allerdings auch „an implicit warning to Britain and the United States not to forget Russia in drawing up the post-war world“. R&A warnte in diesem Zusammenhang mehrfach vor den eventuellen Folgen der Verschiebung von Vereinbarungen über eine gemeinsame alliierte Nachkriegspolitik. Für den Fall, daß sich die Westmächte und die Sowjetunion nicht auf eine gemeinsame Deutschlandpolitik verständigten, war nach Ansicht von R&A nämlich nicht auszuschließen, daß sich das Nationalkomitee Freies Deutschland zu einer Allianz zwischen Militärs und „National Bolshevik“-Elementen in der NSDAP ausbildete, die einer Zusammenarbeit mit der UdSSR gegenüber der mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten den Vorzug geben und ihrerseits versuchen würden, einen Separatfrieden auszuhandeln. Auch diese Gelegenheit ließ man in R&A nicht aus, um indirekt gegen „Unconditional Surrender“ Stellung zu beziehen: „The most influential trend among the German underground movement is apparently towards a democratic socialism that is entirely independent of the Russian system. Only the fear of the dismemberment and enslavement of the Reich could drive the German masses into the Bolshevik camp.“

Ähnliche Überlegungen sind in einem zehnteiligen Memorandum formuliert, das der im Board of Analysts vertretene Diplomat John C. Wiley im August 1943 dem Präsidenten zusandte¹¹⁴. „We can and must win both the war and the peace“, ist die vielleicht wichtigste Botschaft dieser Denkschrift. Wiley kritisierte, daß sich die USA bislang ausschließlich auf die militärische Aufgabe, den Krieg zu gewinnen, konzentriert und darüber notwendige politische Entscheidungen vernachlässigt hätten. In dem vom Nationalkomitee Freies Deutschland verbreiteten Manifest sah Wiley einen „trial

¹¹² NA, RG 59, R&A 1033, „The Free Germany Manifesto and the German People“, 6. 8. 1943; vgl. dazu und zum Folgenden die neuerdings in deutscher Übersetzung zugänglichen Dokumente in Heideking/Mauch (Hrsg.), USA und deutscher Widerstand, S. 220 ff.

¹¹³ Vgl. in diesem Zusammenhang die weitgehend übereinstimmende Beurteilung des State Department in: „The Political Reorganization of Germany“, 23. 9. 1943, Department of State, Postwar Foreign Policy Planning, S. 559.

¹¹⁴ „Comments on the Moscow Manifesto to Germany“, 11. 8. 1943, FDRL, PSF/Subject-OSS, b 167; Wiley war an verschiedenen Botschaften in Osteuropa sowie in Berlin und Moskau tätig gewesen.

balloon“, mit dem die Sowjets das von den Amerikanern belassene politische Vakuum erkundeten. Mit dem Manifest würde den Deutschen eine Alternative zur bedingungslosen Kapitulation geboten; im für die USA schlimmsten Fall könnte sich daraus eine Allianz zwischen Moskau und Berlin entwickeln.

Um dem entgegenzuwirken, müßten die USA eine eindeutige, langfristig angelegte Politik entwerfen, über die man sich mit den Briten einigen sollte. Wiley drängte außerdem darauf, die Forderung nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands auf „Hitlerite Germany“ zu beschränken, wobei er dem wohlbekannten Widerstreben Roosevelt insofern Rechnung trug, als er hinzufügte: „No matter how undesirable, it is made necessary by the fact that Mr. Stalin has already done this.“

Ungeachtet der Kritik, die die zentralen Empfehlungen des Memorandums am Kurs der amerikanischen Politik enthielten, übermittelte Roosevelts Sekretärin Grace Tully Wiley am 16. August den Dank des Präsidenten „for that very interesting memorandum which you sent to him“¹¹⁵. R&A-Memoranden und -Studien wurde eine solche Aufmerksamkeit ansonsten nur selten zuteil, denn sie gelangten kaum je auf den Schreibtisch des Präsidenten. Während das allein nicht allzuviel über ihre Rezeption aussagt, gibt andererseits auch die Tatsache, daß R&A-Berichte oft an eine Vielzahl potentiell interessierter Washingtoner Behörden verteilt wurden, keinen Aufschluß darüber, ob sie gelesen und wie sie aufgenommen wurden¹¹⁶. R&A-Rechenschaftsberichte nennen als Hauptabnehmer der politischen Analysen der Europe-Africa Division das aus Vertretern des Militärs und einiger ziviler Behörden bestehende Joint Intelligence Committee, das State Department, die Foreign Economic Administration, das Office of War Information und die militärischen Nachrichtendienste MIS und ONI¹¹⁷. Mit gewissem Stolz wird auch darauf hingewiesen, daß sich immer wieder gezeigt habe, „that many of the studies initiated in the Branch have been among the most valuable contributions to the War Effort“. Das dürfte sich allerdings kaum auf die hier vorgestellten politischen Analysen beziehen, denn ihr Nutzen für die amerikanischen Kriegsanstrengungen war nur selten unmittelbar ersichtlich¹¹⁸. Nur wenn man die Aufgaben psychologi-

¹¹⁵ FDRL, PSF/Subject-OSS, b 167.

¹¹⁶ Vgl. dazu vor allem NA, RG 226, E 42 (1 b): R&A, Europe-Africa Division, Monthly Progress Reports, Sept. 1943 – June 1945; positive wie kritische Reaktionen der Empfänger wurden zwar in Einzelfällen aufgelistet, doch erlauben diese Hinweise nur sehr bedingt Rückschlüsse darauf, ob die Schlußfolgerungen der jeweiligen Studien letztlich auch Berücksichtigung fanden, zu dieser Problematik ausführlicher oben III., 2. Teil.

¹¹⁷ Dazu auch NA, RG 226, E 1, b 1, f 3 und b 3, f: Office of the Chief R&A.

¹¹⁸ Eine Ausnahme dazu bildete eine Reihe von Darstellungen zum nationalsozialistischen Regime in Deutschland und den besetzten Ländern Europas, die offenbar in Vorbereitung der alliierten Landungen seit Anfang 1943 ausgearbeitet wurden und hauptsächlich darüber informieren sollten, welche Situation die alliierten Streitkräfte vorfinden würden; so z. B. NA, RG 59, R&A 788, „Survey of Greater Germany“, (III, IV), 15.2. und 17.7. 1943; NA, RG 59, R&A 850, „The Reorganization of the German Administration of Justice in 1942“, o.D.; vgl. dazu NA, RG 226, E 1, b 1, f 3, Europe-Africa Division. Außerdem: NA, RG 59, R&A 1298, „The Scope and Activities of the National Socialist Party in the German Reich“, 10.7. 1943; NA, RG 59, R&A 878.1(-13), „German Military Government Over Europe 1939–1943. Methods and Organization of Nazi Controls“, (1943/44), eventuell für School of Military Government ausgearbeitet, vgl. NA, RG 226, E 59, Book III, 16.4. 1943; NA, RG 59, R&A 1342, „Further Developments in German Occupation Policy“, o.D.; NA, RG 59, R&A 1756, „Development of German Pattern of Occupation“, 27.1. 1944.

scher bzw. politischer Kriegführung in der von Neumann dargelegten Weise verstand, konnten diese Arbeiten als Beitrag zum „War Effort“ gelten – zu einem „War Effort“ nämlich, der, wie auch in dem von Wiley formulierten Sinn, über das Gewinnen des Krieges hinaus schon die Sicherung einer nachfolgenden Friedensordnung anstrebte.

Doch während der militärische Sieg in der Forderung nach bedingungsloser Kapitulation eindeutig definiert war, ließ die offizielle Politik offen, wie der nachfolgende Frieden gestaltet werden sollte, und vermied insbesondere Aussagen darüber, was nach der bedingungslosen Kapitulation des „Dritten Reiches“ an dessen Stelle treten sollte. Genau um diese Frage kreisten aber letztlich fast alle der politischen Deutschlandstudien der Central Europe Section, freilich ohne sie unbedingt immer auch offen zu thematisieren. In vielen Studien erwächst die Antwort auf diese Frage – manchmal geradezu unmerklich – aus der Analyse der Grundlagen, Strukturen und Herrschaftsmechanismen des „Dritten Reiches“. Dabei verraten viele dieser Arbeiten in der Analyse wie in den daraus gezogenen Schlußfolgerungen den überragenden Einfluß Franz Neumanns, und ähnlich wie Neumanns Behemoth mochten auch diese Arbeiten nicht selten den Eindruck einer „definitiven Analyse“ vermitteln, denn wenn die wenigen Autoren, die sich später mit R&A-Studien beschäftigten, immer wieder deren intellektuelle Qualität hervorhoben, so erinnern manche ihrer Beurteilungen wiederum an das, was auch über Behemoth gesagt worden ist: daß nämlich die darin entwickelte Argumentation „eine Herausforderung für die verbreiteten wissenschaftlichen und politischen Schablonen noch dort [bedeutet], wo er widersprüchlich und unzulänglich bleibt oder fehlgehen mag“¹¹⁹.

Während Studien zu ökonomischen und politischen Strukturen des nationalsozialistischen Deutschland jedoch zweifellos von der Kompetenz profitierten, die Neumann in Behemoth entwickelt hatte, führte die wohl wesentlich seinem Einfluß zuzuschreibende Konzentration auf die entsprechenden Fragestellungen zur Vernachlässigung anderer wichtiger Aspekte der nationalsozialistischen Herrschaft. Dies erscheint um so bemerkenswerter, als in den als „raw intelligence“ eingehenden Meldungen und Berichten immer wieder auf die irrationalen Dimensionen der nationalsozialistischen Herrschaft verwiesen wurde und zuweilen versucht wurde, ihnen mit psychologisierenden Erklärungen beizukommen¹²⁰.

Gleichzeitig sollte man sich aber davor hüten, den von Neumann ausgehenden Einfluß auf gewissermaßen idealtypische marxistische Konzeptionen zu reduzieren und dann alle Besonderheiten der Arbeiten der Central Europe Section, die sich in die daraus konstruierte Schablone pressen lassen, einfach seinem Einfluß zuzuschreiben. Zum einen war die von ihm in Behemoth vorgelegte Analyse komplexer und facettenreicher, als manche der späteren, politisch beeinflussten Interpretationen wahrhaben wollten. Aber auch vom „Kalten Krieg“ geprägte Vorstellungen von der zeitgenössischen amerikanischen Rezeption des Behemoth dürften irreführend sein und zumal für R&A nicht zutreffen¹²¹. Abgesehen davon, daß Neumanns amerikanische Kollegen offenbar

¹¹⁹ Schäfer, Franz Neumanns Behemoth, in: Neumann, Behemoth, S. 668.

¹²⁰ Vgl. z. B. den oben zitierten Military Attaché-Bericht, S. 87.

¹²¹ Den Hinweis, daß in diesem Zusammenhang u. a. der Einfluß Thorstein Veblens, insbesondere seines 1915 erschienenen Werkes Imperial Germany and the Industrial Revolution sowie seiner 1917 erschienenen Inquiry into the Nature of Peace and the Terms of Its Perpetuation, zu berücksichtigen wäre, verdanke ich Prof. Dr. Gerhard Schulz. Aufschlußreich ist überdies, daß

den Eindruck hatten, daß marxistische Konzeptionen in Neumanns Denken weniger als politische Ideologie, sondern mehr als „anregender und nützlicher Weg, Einsichten in die deutsche Politik und die Geschichte politischer Ideen zu erhalten“, dienten, sprechen zahlreiche Äußerungen Neumanns dafür, daß sich manche seiner Vorstellungen unter dem Einfluß des politischen und intellektuellen Klimas der „Neuen Welt“ in einer Weise entwickelten, die nicht mehr ohne weiteres den traditionellen Denkmustern europäischer Linksinтеллектуeller entsprach und zu Ansichten führte, die zuweilen gar nicht so weit von „New Deal“-geprägten Positionen amerikanischer Liberaler entfernt waren¹²².

Gleichzeitig dürfte für Neumann und die anderen in R&A beschäftigten Mitarbeiter des Instituts für Sozialforschung gegolten haben, was Walter Dorn in seiner Analyse der deutschen politischen Emigration beobachtet hatte, wenn er feststellte, „[that] German Socialists in the United States, responsive to American distrust of radical Socialism of any variety, use a democratic rather than Socialist phraseology“¹²³. Auch fehlen in den deutlich Neumann'schen Konzeptionen verpflichteten Arbeiten der Central Europe Section zumeist die theoretischen und methodologischen Überlegungen zum Verhältnis von Politik und Ökonomie im Nationalsozialismus, die in Behemoth als wichtiges Element der Analyse fungierten, und insofern erscheinen diese Arbeiten weniger deutlich als marxistische Strukturanalysen. Der in R&A verlangten Objektivität und politischen Neutralität konnten diese Arbeiten jedoch eigentlich kaum genügen. Zwar beruhten die Analysen meist auf einer Darstellung nachprüfbarer Informationen; daß aber deren Darbietung, Einordnung und Analyse auch dann noch unweigerlich vom methodischen, theoretischen und politischen Standort des oder der Verfasser beeinflusst blieben, wenn die Arbeiten alle R&A-„Zensurinstanzen“ durchlaufen hatten, wollte man in R&A wohl nicht immer wahrhaben, obwohl Richtlinien für die Abfassung politischer Analysen sich mit diesen Problemen ausführlich auseinandersetzten. Der von ehemaligen Mitarbeitern der Central Europe Section immer wieder beschriebene politische Grundkonsens in der Abteilung mag außerdem zu einer vielleicht nicht ganz bewußten Toleranz gegenüber Positionen geführt haben, die im weitesten Sinne als sozialdemokratisch gelten konnten, obwohl man gleichzeitig klar erkannte, daß R&A als „pressure group“ keine Zukunft habe – „no matter how strong we may believe we are ‚right‘“¹²⁴.

Die in R&A beschäftigten linksintellektuellen Emigranten mußten sich aber deshalb nicht unbedingt mit dem Dilemma konfrontiert fühlen, das Max Horkheimer in seinem

Neumann in seinen Ausführungen zur „Theorie des Rassenimperialismus“ (Behemoth, S. 231 ff.) mehrfach auf William Langers Darstellung der Diplomacy of Imperialism, 1890–1902 (2 Bde., New York 1935) verwies.

¹²² Söllners These, daß diese Entwicklung primär mit den „praktischen Produktionsbedingungen des OSS“ zu erklären sei, läßt sich insofern in Frage stellen, vgl. Söllner (Hrsg.), Archäologie der Demokratie, Bd. 1, S. 23; vgl. in diesem Zusammenhang aber auch Söllners Ausführungen zum Prozeß der „Akkulturation“, worunter er „die langfristige und über Widersprüche verlaufende Verschmelzung von Herkunfts- und Gastmilieu“ verstanden wissen will: Söllner, Wissenschaftliche Kompetenz und politische Ohnmacht, in: Koebner/Sautermeister/Schneider (Hrsg.), Deutschland nach Hitler, S. 136–150, obiges Zitat S. 137.

¹²³ NA, RG 59, R&A 1568, „The German Political Emigration“, 3. 12. 1943.

¹²⁴ NA, RG 226, E 1, b 3: Draft of proposed guide to preparation of political reports.

Essay „Die Juden und Europa“ beschrieb, wenn er einräumte, daß zwar niemand von den Emigranten verlangen könne, daß sie „der Welt, die den Faschismus aus sich erzeugt, gerade dort den Spiegel vorhalten, wo sie ihnen noch Asyl gewährt“, doch forderte, daß, wer „vom Kapitalismus nicht reden will, [...] auch vom Faschismus schweigen“ sollte¹²⁵. Wie die Analysen der Central Europe Section zeigen, nahmen sich die Mitarbeiter der Abteilung durchaus die Freiheit, vom Kapitalismus zu reden. Ob sie dabei der Welt den Spiegel vorzuhalten glaubten, ist in diesem Zusammenhang vielleicht gar nicht relevant, denn sie waren in die Welt eingetreten und versuchten, sie aktiv mitzugestalten.

Das andere Deutschland

Die Widerstandsbewegungen, die sich als Reaktion auf Aggression und Besetzung durch die Achsenmächte während des Zweiten Weltkriegs formierten, wurden von den Alliierten – insbesondere den Briten – frühzeitig als potentiell wertvolle Verbündete betrachtet, die es in die „grand strategy“ des Kampfes gegen die Achsenmächte einzubinden galt. Abgesehen von alltäglichen Widerstandshandlungen, die von verlangsamtem Arbeiten und anderen Formen der Verweigerung bis hin zur Sabotage reichen konnten, lag das militärische Potential der Widerstandsbewegungen in ihrer eventuellen Bereitschaft, als Partisanen- oder Guerillaverbände zu operieren. War diese Bereitschaft vorhanden, dann bot sich für die Alliierten die Chance, als Anlehnungsmacht zu fungieren und die Schlagkraft dieser Verbände durch materielle Unterstützung – Waffen, Geld, Funkgeräte und Versorgungsgüter – zu erhöhen.

Mit der im Juli 1940 eingerichteten Special Operations Executive (SOE) versuchten die Briten, die Zusammenarbeit mit Widerstandsorganisationen in Europa, zunächst besonders in Frankreich, zu entwickeln¹²⁶. Auf amerikanischer Seite fiel diese Aufgabe dem OSS zu, das von den JCS im Rahmen der ihm zugewiesenen Kompetenzen im Bereich der psychologischen Kriegführung zum einen mit der Organisation und Durchführung von Guerillakampf, zum anderen mit der Herstellung und Aufrechterhaltung von Kontakten zu Untergrundorganisationen betraut worden war¹²⁷. Vor diesem Hintergrund hatte R&A vor allem über das militärische Potential der verschiedenen Widerstandsbewegungen zu berichten¹²⁸. Die Frage nach der politischen Orientierung dieser Organisationen ließ sich dabei kaum ausklammern, obwohl unter den Bedingungen der Besetzung traditionelle politische und ideologische Differenzen zugunsten des Kampfes um die nationale Befreiung zurücktraten. Dennoch war es im Urteil von

¹²⁵ Max Horkheimer, Die Juden und Europa, in: Dubiel/Söllner (Hrsg.), Horkheimer/Pollock/Neumann, S. 33.

¹²⁶ Vgl. dazu Schulz, Zur englischen Planung des Partisanenkriegs, in: VfZ 30 (1982), S. 322–358; ders., Englische Geheimdienste und europäische Widerstandsbewegungen, in: Schulz (Hrsg.), Geheimdienste und Widerstandsbewegungen, S. 19–78; Stafford, Britain and the European Resistance; sowie Foot, Was SOE Any Good?, in: JCH 16 (1981), S. 167–181.

¹²⁷ Vgl. dazu die bei Troy, Donovan, abgedruckten Direktiven JCS 155/4/D, 23. 12. 1942, S. 431–434; JCS 155/7/D, 4. 4. 1943, S. 436–438, und JCS 155/11/D, 27. 10. 1943, S. 439–442.

¹²⁸ Vgl. dazu und zum Folgenden Heideking, Amerikanische Geheimdienste und Widerstandsbewegungen, in: Schulz (Hrsg.), Partisanen und Volkskrieg, S. 147–177.

R&A aber meist die Linke, die den Kampf gegen die Besetzung am entschiedensten aufnahm¹²⁹. Nach traditionellen Konzeptionen ergab sich dabei nicht selten eine paradoxe Situation, denn während die Linke ihren Kampf gegen die Besatzungsmacht meist mit dem Kampf gegen den gesellschaftlichen Status quo verband und grundlegende soziale und politische Veränderungen für die Zeit nach der Befreiung propagierte, übernahm sie durch den Kampf für die nationale Befreiung gleichzeitig auch Funktionen, die – wie etwa die Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung nationalen Selbstbewußtseins – traditionell als Domäne der Rechten galten¹³⁰.

Dieser hier nur angedeutete Hintergrund ist für eine Einordnung der R&A-Berichte zum deutschen Widerstand unverzichtbar, auch wenn der deutsche Widerstand aus verschiedenen Gründen einen Sonderfall darstellte. Daß es schon allein die spezifische Situation des Widerstands im nationalsozialistischen Deutschland selbst war, die ihn von Widerstandsbewegungen in anderen Länder unterschied, wird in einem in der R&A-Materialsammlung befindlichen Bericht sehr deutlich hervorgehoben: „The German anti-Nazi opposition, both inside the Reich and in exile, differs from the anti-Nazi opposition in the Nazi-occupied countries in several fundamental respects: a) it is not a national, but a political and ideological opposition; b) it is not the victim of foreign aggression, but it has been defeated at home, under a democratic system (although this system had been atrociously misused and distorted); c) the internal changes in Germany under Hitler – changes in social structure, in economic conditions, in political psychology, etc., – have been incomparably more profound and more far-reaching than in any occupied country.“¹³¹

Wenn hier der Begriff „opposition“ und nicht „resistance“ gebraucht wird, muß damit in diesem Fall nicht unbedingt eine bewußte Unterscheidung bzw. eine bestimmte Bewertung beabsichtigt sein, zumal sich auch gar nicht eindeutig feststellen läßt, ob es sich um eine Äußerung des Informanten oder um die Interpretation der R&A-Branch handelt. Grundsätzlich versuchte man in R&A jedoch durchaus, zwischen „opposition“, „resistance“ und „underground“ zu unterscheiden¹³². Nicht immer trennscharf

¹²⁹ Vgl. z. B. NA, RG 59, R&A 2009, „Political Orientation of the European Resistance Before the Allied Invasion of France: The Underground“, 4. 10. 1944.

¹³⁰ Darauf verweist schon Walter Dorn in seiner Analyse der „German Political Emigration“ vom 3. 12. 1943 (NA, RG 59, R&A 1568), ausführlicher zu dieser Studie unten S. 115f; vgl. dazu auch Schulz, Nationalpatriotismus im Widerstand, in: VfZ 3 (1984), S. 331–372.

¹³¹ NA, RG 226, 72928, Bericht vom 11. 5. 1944 („sub source: Reliable Labor“), verteilt am 24. 5. 1944. Der 22seitige Bericht enthält ansonsten kaum analysierende Passagen, sondern beschränkt sich größtenteils auf die Wiedergabe von Informationen. Die besondere Situation des deutschen Widerstands wird auch in einem von OSS/London übermittelten Bericht betont: „Oppositional Movements in Germany“, 25. 9. 1943 (verteilt am 22. 12. 1943), NA, RG 226, E 120, b 15, f 41, auf den mich Dr. Christof Mauch vom Seminar für Zeitgeschichte der Universität Tübingen aufmerksam gemacht hat. Nach Erkenntnissen von Mauch wurde dieser Bericht von Willy Brandt verfaßt; vgl. dazu nun auch: Heideking/Mauch (Hrsg.), USA und deutscher Widerstand, S. 160–169; ausführlicher dazu unten, Anmerkung 158.

¹³² Zur Bestimmung des Widerstandsbegriffs in den modernen Forschung vgl. Hüttenberger, Vorüberlegungen zum „Widerstandsbegriff“, in: Kocka (Hrsg.), Theorien in der Praxis des Historikers, S. 117ff., und – im Zusammenhang mit den hier angesprochenen R&A-Arbeiten vielleicht besonders interessant: Ryszka, Widerstand: Ein wertfreier oder ein wertbezogener Begriff?, in: Schmädcke/Steinbach (Hrsg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, S. 1107–1116, vgl. auch die anschließende Diskussion, ebenda, S. 1120ff. Die in diesem Band enthalte-

und nicht immer konsequent benutzte R&A die beiden letztgenannten Begriffe, um einen tatsächlich aktiven und meist auch zumindest rudimentär organisierten, von einer grundsätzlichen, im allgemeinen politisch motivierten Ablehnung der NS-Herrschaft getragenen Widerstand zu beschreiben, wobei die Bezeichnung „underground“ dann im Sinne einer organisierten Untergrundbewegung verwendet wurde. Den Begriff „opposition“ benutzte R&A dagegen, wenn eine – wie auch immer motivierte – ablehnende Haltung beschrieben werden sollte, die sich (noch) nicht unbedingt in konkreten Widerstandshandlungen gegen das NS-Regime ausgedrückt haben mußte. Insofern war „opposition“ – gemäß der R&A vorgegebenen Fragestellung nach dem eventuellen militärisch bedeutsamen Potential des Widerstandes – deutlich geringer zu bewerten als „resistance“ oder gar „underground“.

Die so bestimmte Begrifflichkeit war im Falle der „German anti-Nazi opposition“ allerdings nur bedingt sinnvoll und wurde, wie noch zu zeigen sein wird, von R&A auch nicht konsequent angewandt. Schon die Frage nach dem militärischen Potential des deutschen Widerstands stand insofern nie ernsthaft an, als er von den Alliierten aus einer ganzen Reihe von pragmatischen, politischen und ideologischen Gründen von vornherein nicht als potentieller Partner betrachtet wurde. Zum einen war angesichts des aggressiv expandierenden Deutschlands, das unter der Führung der Nationalsozialisten einen Weltkrieg entfesselt und innerhalb kürzester Zeit weite Teile Europas unterjocht hatte, das durch den deutschen Widerstand symbolisierte „andere Deutschland“ für viele Zeitgenossen kaum auszumachen und zumal als militärischer Faktor zur *quantité négligeable* reduziert. Die politischen Vorstellungen und Forderungen, die Vertreter des konservativen Widerstands vortrugen, wenn sie verschiedentlich versuchten, von den Westmächten zumindest indirekte Unterstützung für einen eventuellen Staatsstreich zu erlangen, waren ebenfalls kaum geeignet, das Bild eines „anderen Deutschlands“ sichtbar werden zu lassen¹³³. Davon abgesehen legte man besonders in den USA großen Wert darauf, dem immer vorhandenen russischen Mißtrauen, daß hinter dem Rücken der Sowjetunion ein Separatfrieden ausgehandelt werden könnte, keinerlei Nahrung zu geben. Wie das Beispiel des Nationalkomitees Freies Deutschland zeigte, schien man sich im Kreml nicht zu derartigen Rücksichten verpflichtet gefühlt zu haben. Aus ideologischen Gründen mag Stalin die Unterscheidung zwischen den ‚Hitlers, die kommen und gehen, und dem deutschen Volk, das bleibt‘¹³⁴, allerdings auch grundsätzlich leichter gefallen sein als seinen Bündnispartnern in London und Washington. Denn während die kommunistische Ideologie für diese Unterscheidung immer auf den Antagonismus zwischen Herrschenden und unterdrückten

nen Beiträge bieten im übrigen einen guten Überblick über viele der wichtigsten Fragen und Themen der modernen Forschung zum deutschen Widerstand; ein knapper gefaßter Überblick bei Müller (Hrsg.), *Der deutsche Widerstand*; vgl. auch Kleßmann, *Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, in: Albrecht/Brandt/Giordano/(u. a.), *Widerstand und Exil*, S. 11–38.

¹³³ Vgl. dazu Kettenacker, *Der nationalkonservative Widerstand aus angelsächsischer Sicht*, in: Schmädeke/Steinbach (Hrsg.), *Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, S. 712–748. Zu den innen- und außenpolitischen Konzeptionen dieser Gruppen siehe auch die erstmals 1966 publizierten Beiträge von Mommsen und Graml in: Graml (Hrsg.), *Widerstand im Dritten Reich*, S. 14–91, 92–139.

¹³⁴ So Stalin in seinem Tagesbefehl zum 24. Jahrestag der Gründung der Roten Armee am 23. 2. 1942, siehe z. B. Deuerlein, *Die Einheit Deutschlands*. Bd. I, S. 25.

Massen verweisen konnte, ließ die um ein schlüssiges Feindbild bemühte interne anglo-amerikanische Propaganda wenig Raum für Differenzierungen, wie sie das Konzept des „anderen Deutschlands“ erforderte, und schließlich erlaubte auch die von Roosevelt erhobene Forderung nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands eine solche Unterscheidung kaum.

Darüber hinaus galt eine eventuelle Zusammenarbeit, selbst Kontakte mit dem deutschen Widerstand, als beträchtliches Sicherheitsrisiko. Besonders die Briten waren überaus mißtrauisch, nachdem Ende 1939 zwei Spitzenagenten des Secret Intelligence Service einem Täuschungsmanöver des deutschen SD zum Opfer gefallen waren¹³⁵. Die Überschätzung der Aktivitäten und Erfolge einer nationalsozialistischen „Fünften Kolonne“ trug ebenfalls dazu bei, das Mißtrauen gegenüber Vertretern des deutschen Widerstands zu verstärken. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang ein in den R&A-Materialien abgehefteter britischer Kommentar zu einer Gewerkschaftspublikation mit dem Titel „The ‚Other Germany‘ – Facts and Figures“: „A phantastic, but unfortunately dangerous tissue of lies, tendentious mispresentations and half-truths [. . .] it fits in very nicely with the whole fifth column campaign being built up at present by the Germans in this country and in U.S.A. Please show it to your German experts as an example of the fairly clever way the enemy works through Trade Unions, etc.“¹³⁶

Im OSS teilte man derartige Bedenken allerdings kaum. Von Anfang an stand man dort einer Zusammenarbeit mit dem linken Widerstand offen gegenüber, was schon allein die Beschäftigung politisch linksstehender deutscher Emigranten in R&A andeutet. Doch noch bevor diese deutschen Emigranten für R&A zu arbeiten begannen, war in der Secret Intelligence (SI) Branch des OSS eine Labor Division eingerichtet worden¹³⁷, deren Hauptaufgabe es war, „to enlist the support of labor in all countries, chiefly for purposes of intelligence, but also for sabotage and subversion“¹³⁸. Inoffiziell wurde die Labor Division bald von einem Office of European Labor Research (OELR) unterstützt, das als scheinbar private Agentur in New York eingerichtet worden war¹³⁹. Hervorgegangen war das OELR aus einer um die emigrierte Sozialistin Toni Sender versammelten Gruppe von deutschen und österreichischen Gewerkschaftlern¹⁴⁰. Die Initiative zur Einrichtung des OELR als einer Art von Dienstleistungsstelle für das OSS war offensichtlich von dieser Gruppe selbst ausgegangen. Arthur J.

¹³⁵ Zum Venlo-Zwischenfall siehe z. B. Andrew, *Her Majesty's Secret Service*, S. 434–439. Zur britischen Haltung gegenüber dem deutschen Widerstand vgl. außerdem die entsprechenden Beiträge und Dokumente in Kettenacker (Hrsg.), *Das „Andere Deutschland“*.

¹³⁶ NA, RG 226, E 115, b 33, f 5.

¹³⁷ Vgl. dazu und zum Folgenden OSS War Report I, S. 183 ff.; vgl. auch Persico, *Piercing the Reich*, S. 18 ff., sowie Heideking/Mauch (Hrsg.), *USA und deutscher Widerstand*, S. 153 ff.

¹³⁸ OSS War Report I, S. 183. Obwohl Donovan nachgesagt worden ist, er habe unbekümmert gemeint, er würde auch Stalin beschäftigen, wenn das zum Sieg gegen Hitler beitrüge, hat er anfängliche COI-Kontakte zu linken Gruppierungen ausdrücklich von Roosevelt absegnen lassen, vgl. z. B. FDRL, PSF/Subject, b 165, Donovan an Roosevelt, 22. 4. 1942. Später erlaubte der dem OSS durch die JCS erteilte Auftrag, Kontakt mit Untergrundorganisationen und „foreign nationality groups“ in den USA zu unterhalten, diese Verbindungen.

¹³⁹ Das Folgende nach NA, RG 226, E 186, b 64–67.

¹⁴⁰ Zu Toni Sender: Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration, Bd. I, S. 689, sowie ihre erstmals 1939 in den USA erschienenen Memoiren: *Autobiography of a German Rebel*.

Goldberg, der für das OSS zunächst eine Labor Branch in New York und später auch in London aufbaute, übermittelte Ende Juni 1942 einen entsprechenden Vorschlag Toni Senders an Allen Dulles, der zu dieser Zeit noch die OSS-Außenstelle in New York leitete¹⁴¹.

Diesem Vorschlag war ein von der Sender-Gruppe ausgearbeitetes Memorandum zur Rolle der Arbeiterschaft der Achse und achsenbesetzter Länder beigefügt, in dem ausgeführt wurde, daß Arbeiter im gegenwärtigen Krieg aufgrund der überragenden Bedeutung der Kriegsgüterproduktion eine unvergleichlich entscheidendere Rolle als in früheren Kriegen spielten. Nicht zuletzt mit Blick auf eventuelle Sabotageaktionen sei das Widerstandspotential der Arbeiterschaft deshalb als beträchtlich einzuschätzen, obwohl andererseits anzunehmen sei, daß zumindest die jüngeren Arbeiter zum Teil „nazifiziert“ seien. Überdies gebe es kaum organisierten Arbeiterwiderstand, was zum einen auf den nationalsozialistischen Terror sowie die allgegenwärtige Überwachung und Bespitzelung zurückzuführen sei, zum anderen daran liege, „[that] the masses have not been able to see any other alternative to a Hitler victory than a super-Versailles settlement“.

Es gelang der Sender-Gruppe, Dulles davon zu überzeugen, „that this is a field in which we can do really useful work“¹⁴². Das schließlich Mitte August 1942 als ein scheinbar privates Institut in New York eingerichtete OELR wurde in erster Linie damit betraut, Informationen über die Lage der Arbeiterschaft in Europa sowie in diesem Zusammenhang relevante wirtschaftliche Probleme zu sammeln und über die Situation des Widerstands zu berichten. Darüber hinaus sollten die Mitarbeiter des OELR Kontakte zwischen Vertretern der OSS-Labor Section und Arbeiterführern knüpfen und bei der Rekrutierung von qualifizierten Agenten aus diesen Kreisen behilflich sein¹⁴³.

Seit seiner Einrichtung Mitte August 1942 legte das OELR der OSS-Außenstelle in New York regelmäßige Tätigkeitsberichte vor und lieferte zahlreiche kürzere Berichte und Denkschriften zu allen erdenklichen Aspekten der Lage der Arbeiter in Europa. Die Berichte zur Situation in Deutschland enthielten Informationen über die Lebensmittelversorgung und die Stimmung der Bevölkerung, über Bombenschäden und Produktionskapazitäten; immer wieder finden sich auch Hinweise auf antijüdische Maßnahmen, auf Zwangsarbeit und die Situation der sogenannten „Fremdarbeiter“¹⁴⁴. Zusammenfassende Berichte zur „Labor Situation in Germany“ wurden regelmäßig aktualisiert¹⁴⁵ und außerdem durch Sonderberichte ergänzt¹⁴⁶. Daneben arbeitete das OELR auch an umfangreicheren Projekten wie beispielsweise „Manuals on the Labor Scene of the Axis-dominated European Countries“, die auch ein „Who’s Who“ sowie

¹⁴¹ NA, RG 226, E 168, b 64, f 832 (Labor Relations, Sender, Toni (Miss) Group, (General Papers)), Arthur J. Goldberg an Allen W. Dulles, 29.6. 1942.

¹⁴² NA, RG 226, E 168, b 64, f 832, Schreiben vom 3.7. 1942.

¹⁴³ OSS War Report I, S. 186.

¹⁴⁴ NA, RG 226, E 168, siehe z.B.: b 64, f 833, „First Report on Foreign Labor in Germany“, 14.10. 1942.

¹⁴⁵ NA, RG 226, E 168, siehe z.B.: b 64, f 833, Bericht vom 9.11. 1942, und f 834, Bericht vom 22.12. 1942.

¹⁴⁶ Siehe z.B. NA, RG 226, E 168, b 65, f 840, „Total Labor Mobilization in Germany“, April 1943.

Informationen über Kollaborateure beinhalten sollten¹⁴⁷. Die Mitarbeiter des OELR werteten für diese Berichte nicht nur die deutsche und europäische Presse aus, sondern befragten auch Emigranten und nutzten ihre eigenen engen Kontakte zu emigrierten Gewerkschaftern und Politikern, um indirekt von deren Verbindungen zu Widerstandsgruppen in Deutschland und Europa zu profitieren. Den von der Sender-Gruppe gesammelten und verfügbar gemachten Informationen kam so ein relativ hoher nachrichtendienstlicher Wert zu. Das gesamten Arbeitsaufkommen des OELR bis zu seiner Auflösung im Mai 1944 umfaßte etwa 200 kürzere Berichte und über 80 umfangreichere Studien¹⁴⁸.

Neben diesen Materialien konnte man im OSS noch auf die von der Foreign Nationalities Branch¹⁴⁹ und OSS-Außenstellen gesammelten Informationen über die Aktivitäten deutscher Exilanten und deren Verbindungen zum deutschen Widerstand zurückgreifen¹⁵⁰; das State Department stellte ebenfalls entsprechende Berichte seiner Vertretungen zur Verfügung, und schließlich erlaubten es Befragungen von Kriegsgefangenen, all diese Informationen zu aktualisieren und zu ergänzen. Insgesamt dürfte R&A so zu den über den deutschen Widerstand am besten informierten Kreisen in Washington gehört haben.

Dennoch kam dem deutschen Widerstand in den R&A-Deutschlandanalysen keine besondere Prominenz zu. Die Realität reflektierend, stand das „andere Deutschland“ auch in den Berichten der Central Europe Section im Schatten des totalitären NS-Staates. Den Hintergrund für die Darstellung und Beurteilung des deutschen Widerstands bildeten die Analysen der Grundlagen und Herrschaftsstrukturen des nationalsozialistischen Deutschlands und die in ihnen aufgestellten Thesen. Die Erwartungen waren so von vornherein gedämpft, denn aus der in der Central Europe Section formulierten These zur „Moral“ im nationalsozialistischen Deutschland folgte schließlich konse-

¹⁴⁷ NA, RG 226, E 168, b 65, f 838 (Labor Relations, Correspondence to 12/31/42). Die vom OELR zusammengetragenen biographischen Informationen befinden sich zum Teil in NA, RG 226, E 168, b 67, f 847ff.; doch findet sich keines der erwähnten Projekte in abgeschlossener Form in dieser Aktengruppe.

¹⁴⁸ OSS War Report I, S. 186. Aufgelöst wurde das OELR zum 1.5. 1944; das Ende des Krieges schien zu diesem Zeitpunkt in greifbare Nähe gerückt, und die Labor Section hatte zudem mit Hilfe des OELR inzwischen entsprechende eigene Kontakte etabliert und war in der Lage, in diesem Bereich allein weiterzuarbeiten.

¹⁴⁹ Die – offenbar sehr umfangreichen – Unterlagen der FNB befinden sich in NA, RG 226, E 100, wurden allerdings während der Archivstudien für diese Arbeit verfilmt und waren deshalb längerfristig nicht zugänglich.

¹⁵⁰ Die von OSS-Außenstellen übermittelten Informationen lassen eine wohl auch geostrategisch bedingte Arbeitsteilung erkennen: aus London, wo sich die Hauptquartiere der meisten sozialistischen Exilorganisationen befanden, wurde vor allem über diese Gruppen berichtet; ähnliches gilt für Stockholm, wo es allerdings auch zu Kontakten zum konservativen Widerstand bzw. zu NS-„Friedensfühlern“ kam. Die seit November 1942 von Dulles aufgebaute OSS-Außenstelle in Bern berichtete zwar soweit Informationen vorlagen über das ganze Spektrum des Widerstands, unterhielt aber vor allem Kontakte zum bürgerlich-konservativen Widerstand. Aufgrund der in III., 2. Teil, beschriebenen Spannungen zwischen R&A und SI kann man allerdings nicht ohne weiteres davon ausgehen, daß R&A zu allen beim OSS eingehenden Meldungen Zugang hatte; Einschränkungen können vor allem für die häufig als besonders sensitiv geltenden Meldungen aus Bern angenommen werden, während R&A durch das R&A-Büro in London wohl über einen besseren „Draht“ nach dort verfügte.

quent, „[that] no successful internal uprising against the Nazi regime could be expected prior to the breakdown of the Nazi controls as a consequence of decisive military defeat“¹⁵¹.

Vor diesem Hintergrund versucht eine Arbeit vom September 1943, einen Überblick über die verschiedenen Untergrundorganisationen in Deutschland zu geben¹⁵², wobei R&A mit dem Titel „The Underground Movement in Germany“ allerdings mehr versprach, als zu halten war. Denn eine „Untergrundbewegung“ im eigentlichen Sinn des Wortes – oder auch im Sinn der von R&A entwickelten Begrifflichkeit – hat es in Deutschland bekanntlich nicht gegeben¹⁵³. Freilich war man sich darüber auch in R&A im klaren; R&A vertrat sogar die Ansicht, daß die Bedingungen in Deutschland die Entstehung oder Organisation einer Untergrundbewegung gar nicht zuließen, denn, so wurde ausgeführt: „Totalitarianism and a wide spread underground are a contradiction in terms.“ Insofern seien die Bemühungen von SPD und KPD, nach der nationalsozialistischen Machtergreifung einen Untergrund auf nationaler Ebene zu organisieren, zum Scheitern verurteilt gewesen. Nur in kleinerem Rahmen sei es gelungen, einzelne Widerstandsgruppen zu organisieren oder das in diesem politischen Spektrum vorhandene Widerstandspotential in zumindest rudimentär entwickelten Organisationsformen auf lokaler oder betrieblicher Ebene wachzuhalten¹⁵⁴ bzw. es – im wahren Sinne des Wortes – am Leben zu halten, denn wie R&A ausführte, konnten die Aktivitäten dieses Untergrunds kaum mehr sein als ein „desperate fight with the instruments of terror for mere survival“.

Oppositionelle Gruppen in militärischen und religiösen Kreisen wollte R&A nicht zum Untergrund rechnen, denn im Verständnis der Abteilung wurde dieser von politischen Gruppen – nämlich Sozialdemokraten und Kommunisten – sowie gewerkschaftlichen Arbeitergruppen getragen. Trotz des Einfühlungsvermögens, das R&A für die schwierige Situation dieser Organisationen zeigte, sah man sie durchaus nicht unkritisch. So betonte R&A, daß der Effizienz dieser Untergrundorganisationen nicht nur durch den „totalen“ Überwachungsapparat des NS-Staates enge Grenzen gesetzt seien, sondern daß sie auch durch interne politische Kontroversen und Querelen erheblich beeinträchtigt werde. Besonders kritisch wurde die Rolle der SPD gesehen. Schon im Zuge der nationalsozialistischen Machtübernahme sei deutlich geworden, daß die SPD viel von ihrer Vitalität verloren hatte; nach Ansicht von R&A zehrte sie eigentlich nur noch von ihrer Stärke als Organisation sowie der „past glory of its influence upon the Weimar Republic“, und insbesondere die SPD-Führung sei „somewhat discredited for its impotence and hesitance in combatting National Socialism“.

¹⁵¹ NA, RG 226, R&A-History, (IV), S. 93 f.

¹⁵² NA, RG 59, R&A 992, „The Underground Movement in Germany“, 27. 9. 1943; vgl. auch NA, RG 226, E 120, b 1, f 2, „The Underground Movement in Germany, Poland, Czechoslovakia, Austria and Hungary“, [o.D.]. In deutscher Übersetzung ist R&A 992 in Söllner (Hrsg.), Archäologie der Demokratie, Bd. 1, S. 45–62 wiedergegeben; auszugsweise auch in Heideking/Mauch (Hrsg.), USA und deutscher Widerstand, S. 72 f.

¹⁵³ Vgl. dazu – neben den oben Anmerkung 132 bereits genannten Werken – auch Hüttenberger, Dimensionen des Widerstandsbegriffs, in: Steinbach (Hrsg.), Widerstand, S. 80–95.

¹⁵⁴ In diesem Zusammenhang wird Berlin als Zentrum des Untergrunds bezeichnet, außerdem gebe es Untergrundorganisationen oder Widerstandsgruppen in Bremen, Köln, Essen, Stuttgart, Wuppertal, Kirchberg und Gelsenkirchen.

Die SPD habe so auch kaum als integrierende Kraft für den sich formierenden linken Widerstand wirken können, so daß sich der Untergrund nun an den zerschlagenen Gewerkschaftsorganisationen sowie den aufgelösten Parteien der Linken orientiere und dementsprechend in gewerkschaftliche und parteigebundene Gruppen gespalten sei, überdies aber auch noch in zahlreiche sozialdemokratische und kommunistische Gruppierungen zerfalle. In diesem Zusammenhang wurde Neu-Beginnen als eine der effektivsten Untergrundorganisationen bezeichnet; nach Darstellung von R&A war diese Gruppe „a left wing Socialist group, dissatisfied with the old leadership of the Social Democratic Party, and conceiving underground work not as a mass movement but rather as the organization of local cadres which could be trained in the art of anti-Nazi conspiracy“. Neu-Beginnen arbeite mit den aktiveren sozialistischen Gruppen im Untergrund zusammen und habe auch Auslandskontakte aufgebaut, die seit Beginn des Krieges jedoch abgerissen seien.

Während sich der Untergrund nach Ansicht von R&A in seinen Grundzügen seit 1939 nicht wesentlich verändert hatte, glaubte man, daß seit Kriegsausbruch doch sein allmähliches Anwachsen und Erstarren zu erkennen sei. Obwohl sich die Untergrundorganisationen in Deutschland durch die Besetzung ehemaliger Exilländer zunächst zunehmend isoliert gesehen hätten, habe ihnen die Kriegssituation andererseits ein weiteres Betätigungsfeld eröffnet; zudem habe der deutsche Angriff auf die Sowjetunion der im kommunistischen Untergrund seit dem deutsch-sowjetischen Abkommen vom August 1939 bestehenden Verunsicherung ein Ende bereitet. R&A vertrat die Ansicht, daß der Untergrund noch immer in erster Linie von Arbeitern, Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschaftern getragen werde, und obwohl nur wenig konkrete Informationen vorlagen, glaubte man davon ausgehen zu können, daß diese Gruppen seit Kriegsausbruch stärker geworden seien. Wie betont wurde, waren vor allem diese Gruppen „to a large extent responsible for the open resistance of German labor to the measures of its Nazi overlords and for what sabotage has taken place“¹⁵⁵. Freilich entsprangen derartige Aktionen nach Ansicht von R&A nicht immer rein politischen Motivationen, sondern seien zuweilen eher Manifestationen des Klassenkampfes, den die Nationalsozialisten zwar scheinbar gegenstandslos gemacht, in Wirklichkeit aber verschärft hätten. Insofern sei nicht auszuschließen, daß dem Untergrund aus Kreisen politisch desinteressierter oder gar nationalsozialistisch gesinnter Arbeiter künftig durchaus erhebliche Verstärkung zuwachsen könnte.

Tatsächlich glaubte man in R&A bereits erkennen zu können, daß sich die Anzahl von Untergrundorganisationen erhöht habe; überdies sah man Anzeichen dafür, daß der Untergrund nun bis in Partei- und Armeekreise reiche und daß die sich ausbreitende Kriegsmüdigkeit gar „an illegal peace movement“ hervorgebracht habe. Eine Übersicht über die entsprechenden Hinweise erfaßte schließlich ein weites Spektrum, das von Frauen über konservative Studentengruppen, konservative Militärs, Industrielle, Junker und gar Mitglieder der NSDAP bis zum Arbeiteruntergrund reicht. Im Urteil von R&A stellte die Arbeiterschaft aber noch immer die weitaus stärkste Kraft dar: „the underground [. . .] remains essentially labor.“

¹⁵⁵ Ähnlich auch schon der Abschnitt über den deutschen Widerstand in NA, RG 59, R&A 788, „Survey of Greater Germany (IV)“, 17.7. 1943.

Als Folge dieses Ausgreifens des Untergrunds glaubte man in R&A nun auch verstärkte Untergrundaktivitäten verzeichnen zu können, ohne aber deshalb zu hochgesteckten Erwartungen Anlaß zu sehen: „It is well [. . .] not to exaggerate. This is not to say that the destruction of the regime by any underground is immediately at hand, or that a social revolution impends.“¹⁵⁶ Ganz auf der Linie der in der Abteilung entwickelten Thesen argumentierte R&A in diesem Zusammenhang, „that within a totalitarian state the strength of an underground movement does not depend upon numbers“.

Obwohl der deutsche Untergrund damit als letztlich chancenlos eingeschätzt wurde, plädierte R&A für seine Unterstützung: „it remains for the United Nations to make efforts to cooperate with the German leaders in a coordination and further activation of the underground that is left.“ Wie betont wurde, konnte dies nur eine Unterstützung des Arbeiteruntergrunds bedeuten, denn die Opposition in politisch rechten Kreisen sowie von Militär und Industriellen ziele letztlich doch nur auf einen Staatsstreich ab; religiöse und bürgerliche Gruppen seien, von einigen Ausnahmen abgesehen, kaum über den Status der „private discussion group“ hinaus entwickelt; bäuerlicher Widerstand schließlich sei schwer zu mobilisieren. Nach Ansicht von R&A blieben somit nur die Arbeiter: „There remain the workers.“ Es gelte, ihnen Hoffnung zu vermitteln und ihnen die Furcht vor den Folgen der militärischen Niederlage des Hitlerregimes durch „intelligent political warfare“ zu nehmen. Fast schon pathetisch schließt der Bericht: „Even as it is the record is a tribute to human endurance and courage, and the revelation of a great hope. Faced with the sharpened instruments of Terror, the underground needs, in addition to its own growing strength, a guidance and a support which offer some reward to the endurance and courage, and give some substance to the hope.“

Diese Forderung nach Unterstützung des deutschen Arbeiteruntergrunds mag, zumal in dieser Formulierung, reichlich naiv erscheinen¹⁵⁷. Zudem wurde R&A den selbstgesetzten Idealen einer politisch unvoreingenommenen Berichterstattung und einer objektiven, nüchternen Analyse hier ganz offensichtlich nicht gerecht. Man braucht in diesem Zusammenhang nicht einmal unbedingt in die immer noch politisch brisante – und dementsprechend auch in der neueren Historiographie andauernde – Kontroverse darüber einzutreten, ob und inwieweit die deutliche Hervorhebung des Arbeiterwiderstandes gegenüber anderen Gruppen den tatsächlichen historischen Sachverhalten entsprach. Problematisch genug ist schon eine Reihe anderer Punkte. So argumentierte R&A zwar, daß sich der deutsche „Untergrund“ – da er sich gegen den eigenen, totalitären, über einen entsprechenden Macht- und Überwachungsapparat verfügenden Staat richtete – in einer vielfach schwierigeren und gefährdeteren

¹⁵⁶ Dieselbe Einschätzung fand sich in dem eben zitierten Abschnitt in NA, RG 59, R&A 788: „A revolt of the workers against the regime is too much to hope for.“ In dem oben, Anmerkung 152, erwähnten Bericht „The Underground Movement in Germany, Poland [. . .]“ war immerhin noch der Hoffnung Ausdruck gegeben worden, daß die notwendigerweise isolierten Gruppen des Untergrunds bis zum Einmarsch der Alliierten „dimensions of revolutionary import“ erreicht haben würden, auch wenn kein Zweifel daran bestehen könne, „that this accomplishment will come at terrific cost to the personnel of the underground and only after the exhibition of superhuman courage“.

¹⁵⁷ So Söllner (Hrsg.), *Archäologie der Demokratie*, Bd. 1, S. 42.

Lage befand als die gegen eine Besatzungsmacht und die mit ihr kollaborierenden „Verräter“ gerichteten Untergrundbewegungen in den anderen europäischen Staaten; gleichzeitig weigerte sich R&A aber, die sich aus dieser Situation ergebenden Bedingungen für erfolgreichen Widerstand anzuerkennen. Doch wenn man schon – zumal in einem Geheimdienstbericht – die Frage stellt, welche Chancen ein „Untergrund“ in einem totalitären Staat habe, einen Sturz des Regimes herbeizuführen, kann es nicht genügen, mit fast schon apologetischem Gestus darauf zu verweisen, daß der Arbeiteruntergrund angesichts der staatlichen Terrorinstrumente auf einen verzweifelten Kampf ums Überleben reduziert sei. Der Verdacht krasser Parteilichkeit muß aufkommen, wenn die schließlich nicht denkfaulen R&A-Deutschlandexperten angesichts der von ihnen selbst formulierten These, daß es in einem totalitären Staat keine von breiten Bevölkerungsschichten getragene Revolution geben könne, nicht zu dem Schluß gelangten, daß im nationalsozialistischen Deutschland nur diejenigen eine Chance hatten, das Regime zu stürzen, die ihm zunächst gedient hatten, deshalb Teil seines Machtapparates waren und aus dieser Position heraus versuchen konnten, ihm diesen Machtapparat zu entreißen. Zumal dann, wenn man wie R&A davon ausgeht, daß sich der Untergrund auf Armee- und Parteikreise ausgeweitet habe, zeugt es kaum von politischer Unvoreingenommenheit und Objektivität, wenn man die Handlungsmöglichkeiten dieses „Untergrunds“ mit dem Argument abtut, daß er doch nur auf einen Staatsstreich abziele. Mit dieser Darstellung verletzen die R&A-Experten ihre Sorgfaltspflicht als Wissenschaftler wie als Geheimdienstmitarbeiter. Als Wissenschaftler handelten sie unzulässig, weil sie ihre Kriterien für die Beurteilung des deutschen Widerstands nicht offenlegten, als Geheimdienstmitarbeiter handelten sie unzulässig, weil sie die ihnen vorgegebenen Kriterien – nämlich die Frage nach den tatsächlichen Handlungsmöglichkeiten des Widerstands – ignorierten¹⁵⁸.

Das Plädoyer für eine scheinbar idealistisch-humanistisch motivierte Unterstützung des doch als chancenlos eingeschätzten Arbeiteruntergrunds entspringt so ganz unverkennbar handfesten politischen Motiven. Dennoch betrieb R&A hier keineswegs nur „Parteipolitik“. Wie schon in den seit Anfang 1943 ausgearbeiteten Studien zu den Grundlagen und Herrschaftsmechanismen des NS-Regimes erkennbar wird, glaubte R&A nicht, daß der so erbittert geführte totale Krieg mit der bedingungslosen Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschlands auch gewonnen sein würde; nach Ansicht von R&A blieb dann immer noch der Frieden zu „gewinnen“. Dementsprechend betrachtete die Abteilung bei der Beurteilung des deutschen Widerstands nicht die Beseitigung Hitlers und einiger NS-Größen als entscheidendes Kriterium für Erfolg oder

¹⁵⁸ Einen interessanten Vergleich bietet der oben (Anmerkung 131) erwähnte Bericht Willy Brandts („Oppositional Movements in Germany“, 25.9.1943), der insgesamt eine sehr viel differenziertere Darstellung enthält. Auch hier wird der Arbeiterwiderstand nach seinen Motiven und Zielvorstellungen zwar deutlich höher bewertet als andere Gruppen, doch wird gleichzeitig darauf verwiesen, „[that the] present regime can still without difficulty control the domestic oppositional elements and render them harmless“. Ausdrücklich wird in diesem Zusammenhang betont: „The only group which under the present regime might be able to settle accounts with the Gestapo and SS is the army.“ Allerdings sei kaum mit entsprechenden Aktionen zu rechnen; falls sie doch versucht würden, dann sei – so wurde prophezeit – ihr Scheitern „on account of inadequate preparation and lack of cooperation“ zu erwarten.

Mißerfolg dieses Widerstands, sondern die Ersetzung des totalitären NS-Regimes durch eine demokratische Alternative.

Insofern ergänzt dieser Bericht über das „andere Deutschland“ – gewissermaßen als Gegenstück – die R&A-Analysen zum nationalsozialistischen Deutschland. Konsequenter erscheint als Hoffnungsträger und Garant für die Existenz und das Fortbestehen dieses „anderen Deutschlands“ in erster Linie eine sozialistischen Idealen verpflichtete Arbeiterschaft. Gleichzeitig werden SPD und KPD als die mit diesem Untergrund verbundenen Parteien aber überaus kritisch gesehen, die Wertschätzung der Verfasser gehört bezeichnenderweise vor allem der Gruppe mit dem programmatischen Namen „Neu Beginnen“.

Manche Elemente dieses Berichtes über das „andere Deutschland“ mögen wieder an die von Neumann in Behemoth vertretenen Positionen erinnern¹⁵⁹. Besonders seine Forderung, daß die Niederlage des Nationalsozialismus „nicht nur als militärische und ökonomische, sondern auch als psychologische Aktion geplant werden“ müsse, scheint die Beurteilung des deutschen Widerstands durch R&A beeinflusst zu haben. Denn aus der von Neumann in diesem Zusammenhang vorgetragenen Argumentation ergab sich, daß diese „psychologische Niederlage“ des Nationalsozialismus nur durch die Konfrontation mit der Alternative einer funktionierenden Demokratie herbeigeführt werden könne. Freilich ließ sich dieser Ansatz nur insoweit auf die Situation des Widerstands übertragen, als – zumindest innerhalb der von Neumann und ähnlich auch von R&A vertretenen Positionen – ein von der Arbeiterschaft getragener Widerstand sehr viel mehr zu dieser „psychologischen Niederlage“ des Nationalsozialismus beitragen konnte als ein von Militärs und konservativen Kreisen inszenierter Staatsstreich.

Daß R&A den Widerstand der Linken so als den einzig legitimen Widerstand im nationalsozialistischen Deutschland verstanden wissen wollte, mochte während des Krieges angesichts der oben angedeuteten grundsätzlichen Vorbehalte gegen eine Unterstützung des deutschen Widerstands als letztlich irrelevant erscheinen. Mit Blick auf die Nachkriegszeit war dies jedoch durchaus nicht ohne Bedeutung. Vor allem wurde das von R&A entworfene Bild eines „anderen Deutschlands“ entsprechend geprägt – oder, wenn man will, eingeschränkt; darüber hinaus vermittelte R&A dieses Verständnis des deutschen Widerstands aber auch ganz direkt, als es darum ging, den Mitarbeitern der amerikanischen Militärregierung in Deutschland „Criteria for the Identification of Anti-Nazis“ an die Hand zu geben¹⁶⁰. Wie in dem wahrscheinlich von Marcuse ausgearbeiteten Leitfaden einleitend festgestellt wurde, mußten die Vertreter der Militärregierung damit rechnen, daß die meisten Deutschen für sich in Anspruch nehmen würden, die Nationalsozialisten nur unter Zwang akzeptiert oder unterstützt zu haben, was, wie angemerkt wurde, häufig sogar zutreffend sei¹⁶¹. Es gelte jedoch, zwi-

¹⁵⁹ Vgl. z. B. Neumann, Behemoth, S. 36 ff., 467 ff., und zum Folgenden ebenda, S. 549 f.

¹⁶⁰ NA, RG 226, E 44, b 3, „Some Criteria for the Identification of Anti-Nazis in Germany. A political and social analysis“, (Entwurf), 13. 6. 1944. Dieser Entwurf wurde im Rahmen der von R&A für das War Department ausgearbeiteten Civil Affairs Guides angefertigt (siehe dazu unten V., 1. Teil); die Autorenschaft Marcuses geht hervor aus NA, RG 226, E 44, b 1, f: Division Review Committee Meeting, und b 2, f: Status of reports. Im November 1944 erschien diese Studie überarbeitet als R&A 2189 mit gleichlautendem Titel (daraus die nachfolgenden Zitate).

¹⁶¹ In diesem Zusammenhang wurde eine Auflistung von „Nazi Organizations in which Membership is Compulsory“ gegeben.

schen „non-Nazis“ und „anti-Nazis“ zu unterscheiden. Tatsächlich gebe es „various types and shades of opposition to the Nazi regime, ranging all the way from disagreement over certain policies of the Hitler government to active political opposition“; überdies sei, wie versichert wurde, „genuine opposition [. . .] not monopolized by any single social or political group in Germany“. „Non-Nazis“ seien so nur schwer eindeutig zu identifizieren, zumal sie sich im allgemeinen kaum aktiv und offen gegen das NS-Regime gewendet hätten. Doch selbst im Falle von aktiven Regimegegnern müsse die Militärregierung differenzieren: „Distinction must [. . .] be made between genuine revolutionary movements which aim at the overthrow of the Nazi system in all its social and political ramifications, and coups d’etat or palace revolutions which seek only to replace one form of authoritarian and anti-democratic government by another. Participation in such movements cannot be taken as a criterion for anti-Nazi attitudes.“

Legte man diese Kriterien tatsächlich zugrunde, so konnte der auf Hitler am 20. Juli 1944 verübte Anschlag kaum als ein Akt des Widerstands gegen den Nationalsozialismus gelten¹⁶². Eine erste R&A-Analyse zu den „Effects of the Attempted Coup D’Etat on the Stability of the German Regime“¹⁶³ merkt dann auch kritisch an, daß sich die „conspiratorial group“ offenbar nicht um die Unterstützung einer breiteren Untergrundbewegung bemüht habe und daß sie auch nicht von einer solchen getragen worden sei. An der Verschwörung, die zu dem versuchten Staatsstreich geführt habe, seien vor allem hohe Militärs beteiligt gewesen, die beabsichtigten, die Macht zu übernehmen, um dann entweder einen Frieden mit den Westmächten auszuhandeln oder anglo-amerikanische Truppen einrücken zu lassen, bevor sowjetischen Truppen der Durchbruch gelänge. Die nationalsozialistischen Machthaber hätten von der Verschwörung gewußt und begonnen, das Militär zu säubern.

In der Folge des Attentats war nach Ansicht von R&A mit weiteren, nun breit angelegten Säuberungen zu rechnen, so daß jegliche Untergrundarbeit künftig erheblich erschwert werde. Die konservativen Armeekreise, die bei einem Gelingen des Staatsstreiches zweifellos der dann gebildeten Regierung gefolgt wären, würden dadurch einer Führung beraubt, so daß in diesen Kreisen im Grunde kein Widerstand mehr existieren werde. Nach Ansicht von R&A stand nicht einmal zu erwarten, daß sich diese Entwicklungen in einem deutlichen Niedergang der deutschen Kampfmoral auswirken würden: „German army personnel must be expected to continue in its tradition of absolute obedience and to fight as long as possible.“ In der Bevölkerung würde jedoch wohl ein verstärkter Defätismus spürbar werden, denn, so glaubte R&A: „The German public has sufficient knowledge of the political behavior of its military class to recognize that the military leadership would not have resorted to revolt unless it was

¹⁶² Umfassende Darstellung der Vorgeschichte und Ereignisse des 20. Juli 1944 sowie umfangreiches Literaturverzeichnis bei Hoffmann, Widerstand, Staatsstreich, Attentat.

¹⁶³ NA, RG 59, R&A 2383, „Effects of the Attempted Coup D’Etat on the Stability of the German Regime“, 24.7. 1944; vgl. auch die gedruckte Version NA, RG 59, R&A 2383 S, „The German Coup D’Etat“, 28.7. 1944. Ein Bericht des britischen Foreign Office zum 20. Juli ist abgedruckt in Kettenacker (Hrsg.), Das „Andere Deutschland“, S.210–212. – Die im folgenden vorgestellten Berichte finden sich z.T. auch in Auszügen bzw. als Entwurf in den wöchentlichen Nachrichtenzusammenfassungen der Central Europe Section in NA, RG 59, R&A 1113.69ff.; vgl. zum Folgenden außerdem die Dokumente in Heideking/Mauch (Hrsg.), USA und deutscher Widerstand, S.70ff.

convinced that the war was being lost.“ Jegliche daraus möglicherweise resultierende Auflehnung würde durch die üblichen Terrormaßnahmen der Nationalsozialisten aber schon im Keim erstickt werden.

Noch bevor diese Analyse zu den Auswirkungen des versuchten Staatsstreichs auf die Stabilität des NS-Regimes vorlag, hatte der Current Intelligence Staff zwei Tage nach dem Attentat eine Zusammenfassung der verfügbaren Meldungen mit einer vorläufigen R&A-Analyse an eine endlich einmal ungeduldig und voll Spannung wartende Washingtoner Bürokratie verteilt¹⁶⁴; in Form eines von Donovan gezeichneten Memorandums erreichte dieser Bericht auch den Schreibtisch des Präsidenten¹⁶⁵. In einer Zusammenfassung von Meldungen aus Bern wird darin zunächst dargelegt, daß zwei Abgesandte der Verschwörergruppe OSS-Bern erstmals im Januar 1944 kontaktiert hätten. Sie beschrieben die Verschwörer als eine lose gefügte Gruppe von Intellektuellen aus Kreisen des Militärs und der Regierung, die eine am Westen orientierte Politik befürworteten. Nach Auskunft ihrer Abgesandten waren die Gruppenmitglieder „well-educated and influential but not rightist individuals“, wozu gleich angemerkt wurde, „[that] such characterization may have been designed for Anglo-American consumption“. Namentlich werden als Mitglieder Beck, Goerdler [sic!], Oster, von Halder [sic!], Thomas und Leuschner genannt, auch General Fromm wurde später noch als Mitglied der Gruppe bezeichnet. Im April hätten Abgesandte dieser Gruppe erneut Kontakt zu OSS-Bern aufgenommen, um zu erklären, daß man den Versuch unternemen wolle, Hitler zu stürzen, falls die Westmächte dann unter Ausschluß der Sowjetunion mit dieser Gruppe verhandeln würden¹⁶⁶. Als OSS-Repräsentant habe Dulles dies abgelehnt und verdeutlicht, „that the United States would never act without previous consultation with the USSR“. Dulles bezweifelte zu diesem Zeitpunkt auch die Erfolgchancen der Gruppe, da er davon ausging, daß sowohl Beck als auch Goerdler unter Gestapo-Überwachung stünden¹⁶⁷. Weitere Kontakte seien schließlich im Mai und Anfang Juli gefolgt; die Gruppe habe dabei ihre Forderung nach Ausschluß der Sowjetunion als unrealistisch bezeichnet, aber immer noch gehofft, daß die Westmächte nach einem Sturz Hitlers zügig möglichst weite Teile Deutschlands besetzen würden¹⁶⁸.

¹⁶⁴ „The first report, containing a large amount of OSS intelligence on the conspiracy and comprising a complete analysis by R&A experts of the significance of the event, was distributed on 22 July. Apparently, numerous dignitaries in the Washington policy world faithfully waited well after their Saturday afternoon working hours to receive this dissemination hot from the Current Intelligence Staff.“ NA, RG 226, R&A-History, Current Intelligence Staff, S. 12.

¹⁶⁵ FDRL, PSF/Subject OSS, b 168, OSS Reports 15–29 July 1944, Memorandum for the President, 22.7. 1944. Vgl. auch den – in einigen Passagen fast wortgleichen – Bericht, den Magruder (Deputy Director, Intelligence Service, OSS) bereits Mitte Mai 1944 an Fletcher Warren im Außenministerium weiterleitete: „Overtures by German Generals and Civilian Opposition for a Separate Armistice“, in FRUS, 1944, Bd. 1, S. 510–513, und Kettenacker, Das „Anderere Deutschland“, S. 229–232.

¹⁶⁶ Vgl. FDRL, OSS Numbered Bulletins, Map Room, No. 116, 12.4. 1944: „Germany: Opposition Group Claims Willingness to Attempt Overthrow of the Nazis, Provided They can Deal Solely with the US and UK.“

¹⁶⁷ Vgl. in diesem Zusammenhang auch NA, RG 59, R&A 1113.55, „Gestapo-controlled German opposition groups“, 15.4. 1944.

¹⁶⁸ Vgl. FDRL, OSS Numbered Bulletins, Map Room, 18.7. 1944: „Germany: Nazi Opposition Group Reports Progress.“

Seit Anfang Juli sei der deutschen Propaganda dann zu entnehmen gewesen, daß die Nationalsozialisten mit einer bevorstehenden Revolte hoher Militärs rechneten. Es sei bald erkennbar geworden, daß die NSDAP alle Macht in ihren Händen vereinen und auch das Militär unter ihre Kontrolle bringen wollte. Am 19. Juli sei schließlich das Gerücht nach Stockholm gedrungen, daß Himmler in Kürze ein Posten von erstrangiger Bedeutung im deutschen Oberkommando übertragen würde. Nach Ansicht von R&A begann man daraufhin in militärischen Kreisen das Ende der eigenen politischen Machtstellung zu befürchten, denn nachdem die außenpolitische Macht des Militärs durch die bisherigen Niederlagen sowieso schon geschwächt gewesen sei, mußte man nun auch innenpolitisch den Verlust der Kontrolle über das Ersatzheer fürchten, was, wie R&A argumentierte, einen Staatsstreich unmöglich machen würde: „Only through control of the home army could Germany’s military leadership eliminate the Nazis without exposing itself to social revolution.“ In R&A zog man aus diesen Überlegungen den Schluß, „that the proposed appointment of Himmler (subsequently announced in Hitler’s speech after the coup) precipitated the military conspiracy into premature action“.

Donovans Memorandum an den Präsidenten schließt mit der Wiedergabe der neuesten, vom 21. Juli datierenden Meldungen aus Bern, die noch offenließen, ob der Putsch doch noch Erfolg haben könnte¹⁶⁹. Falls es der Opposition gelingen sollte, sich irgendwo festzusetzen, plädierte Dulles für ihre Unterstützung. Er empfahl in diesem Zusammenhang, der Goebbels’schen Propaganda über alliierte Pläne zur vollständigen Vernichtung der Deutschen durch eine entsprechende Botschaft des Präsidenten den Boden zu entziehen; überdies sollte den Städten, die die Opposition unterstützen, Verschonung vor Luftangriffen zugesichert werden, während der in der Berchtesgadener Gegend vermutete „Nazi stronghold“ auf das heftigste bombardiert werden sollte; außerdem schlug Dulles eine großangelegte Flugblattaktion vor.

Eine Woche nach dem Attentat legte die Central Europe Section schließlich eine umfassende Analyse zu dem „Attempt on Hitler’s Life and Its Consequences“ vor¹⁷⁰. Darin wird zunächst der Hintergrund des Anschlages untersucht, wobei Grundsätze zur Bewertung der deutschen „Moral“ sowie das Spannungsverhältnis zwischen Partei und Armee erörtert werden. Auch die Spannungen zwischen SS und Armee werden

¹⁶⁹ Weitere Meldungen aus Bern zum 20. Juli 1944 in NA, RG 226: 82361 vom 20. 7. 1944, 1. Attempt on Hitler’s Life; 82393 vom 21. 7. 1944, Internal Situation Resulting from Attempt on Hitler’s Life; 82651 vom 22. 7. 1944, 1. Internal Situation Resulting from Plot Against Hitler; 83703 vom 28. 7. 1944, Social Revolution in Germany; 84242 vom 29. 7. 1944, Background of Attack on Hitler; 89227 vom 30. 7. 1944, Aftermath of Attempt on Hitler’s Life; 86424 vom 10. 8. 1944, (Bericht zur Lage in Deutschland); sowie 125747 vom 24. 4. 1945, Eye Witness Account of the Trial of the Twentieth of July Conspirators; 129198 vom 22. 4. 1945, Seventh Army Interrogation Center: Events Leading Up to 20 July Putsch.

¹⁷⁰ NA, RG 59, R&A 2387, „The Attempt on Hitler’s Life and Its Consequences“, 27. 7. 1944; Katz, Foreign Intelligence, S. 42 (Anmerkung 38), identifiziert Franz Neumann als Verfasser dieser Studie und behauptet: „In a rare R&A success story, the President had on his desk one week after the event Franz Neumann’s analysis of the failed assassination attempt against Hitler.“ Es bleibt unklar, warum Katz annimmt, daß diese Studie den Präsidenten erreichte; sie findet sich zumindest nicht in den OSS-Materialien der FDR-Library. Der Bericht, der sich dort findet, ist das bereits erwähnte, von Donovan gezeichnete „Memorandum for the President“ vom 22. 7. 1944, das allerdings in einigen Passagen der Analyse in R&A 2387 entspricht, vgl. dazu oben Anmerkung 165.

angesprochen, und in diesem Zusammenhang wird erneut die Ansicht vorgetragen, daß sich die Verschwörer durch Gerüchte über eine bevorstehende Ernennung Himmels zum Oberbefehlshaber des Ersatzheeres zu voreiligem Handeln gezwungen gesehen hätten. Wiederum erscheinen als unmittelbare Motive für das Attentat nicht ethische oder moralische Überlegungen, sondern eine in militärischen Kreisen als überaus stark empfundene Bedrohung eigener Interessen¹⁷¹: „It is against this background – threatened annihilation of the field army in battle and loss of control of the Home Army by subordination to the SS – that the attempted coup may be analyzed.“ Entsprechend kritisch fällt dann auch die Beurteilung des „Political Character of the Conspiratorial Group“ aus: „apart from its hope to sell itself to the West for what it believes to be the ultimately necessary war against the USSR, the group represented nothing except bankrupt generals, nationalist intellectuals, and (possibly) nationalistic Social Democrats and civil servants“¹⁷².

Auch in dieser Analyse ging R&A wieder davon aus, daß in der Folge des Anschlags mit großangelegten Säuberungen zu rechnen sei. Opposition und Widerstand würden so wahrscheinlich jeglicher Führung beraubt werden, während die Nationalsozialisten ihre Kontrolle weiter ausbauen und verschärfen könnten, so daß der endgültige Zusammenbruch Deutschlands dadurch möglicherweise noch verzögert werden könnte.

In der Darstellung von R&A erscheint der versuchte Staatsstreich so als rundum negativ: motiviert durch die egoistischen Machtinteressen einer kleinen Gruppe ehrgeiziger, aber unfähiger Konservativer, provozierte er durch sein Scheitern eine Eskalation des NS-Terrors, die zahlreiche Opfer in den Reihen des Widerstands fordern und den sowieso schon engen Handlungsspielraum der Überlebenden noch weiter einschränken würde. Während R&A mit Blick auf den Arbeiterwiderstand angedeutet hatte, daß die Forderung nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands verunsichernd wirken mußte, wurde dem konservativen Widerstand nichts dergleichen zugebilligt¹⁷³ – nach Ansicht von R&A stellte er eben keine „Alternative zu Hitler“ dar¹⁷⁴.

Als nicht uninteressantes Nachspiel zum Putschversuch findet sich in den R&A-Materialien schließlich ein Schreiben von Sherman Kent an William Langer, aus dem hervorgeht, daß Allen Dulles vorgeschlagen hatte, daß das OSS bzw. R&A einen umfassenden Bericht über den 20. Juli ausarbeiten sollte, der ein wertvolles geschichtli-

¹⁷¹ Neumann hatte bereits in Behemoth dargelegt, daß es den „herrschenden Schichten“ in Deutschland „ausschließlich um die Wahrung ihrer eigenen Interessen“ ginge, vgl. S.459f., 544.

¹⁷² Ironischerweise war diese Charakterisierung gar nicht so weit von der Hitlers und Goebbels' entfernt, allerdings äußerten sich auch alliierte Politiker, insbesondere Churchill, ähnlich abfällig.

¹⁷³ Mehr als ein halbes Jahr nach dem Attentat wurde schließlich in einem Bericht aus Bern – nach Informationen „obtained from one of the active participants in the plot“ – das Scheitern des Putsches unter anderem auch darauf zurückgeführt, daß sich die Verschwörer uneinig geworden seien „as to which of the Allies they should surrender to and as to the orientation of the proposed new government“. In: FDRL, PSF/Subject, b 171, OSS Reports February 1945, Memorandum for the President vom 1.2. 1945. Bei dem Informanten handelt es sich wohl um Gisevius, der sich nach dem Attentat monatelang in Berlin versteckt gehalten hatte und dann mit Hilfe von OSS-Bern in die Schweiz fliehen konnte.

¹⁷⁴ Schultz (Hrsg.), Der Zwanzigste Juli. Alternative zu Hitler?

ches Dokument darstellen und überdies einen beachtlichen Beitrag zur Diskreditierung der Nationalsozialisten leisten könne¹⁷⁵. Als Leiter der Europe-Africa Division lehnte Kent diesen Vorschlag ab; er argumentierte, daß es nicht Aufgabe von R&A sei, Geschichtsschreibung zu betreiben, und vertrat im übrigen die Ansicht, daß bereits genügend zur Diskreditierung des NS-Regimes vorläge: „I submit that the lengthy R&A studies now under preparation for the War Crimes unit constitute a volume of discredit which should suffice well into the future.“ Vor allem aber argumentierte Kent: „It is our feeling that most of the elements engaged in the putsch represent forces in German society which are in fact inimical to the reconstruction of a peaceful and democratic Germany. While we recognize that some men like Goerdeler were good democrats, people of this type were an exceedingly small fraction of the total participants. On the other hand, undesirable military elements were very heavily represented.“¹⁷⁶

Wäre der Verfasser dieses Schreibens nicht eindeutig der einer wohlhabenden und einflußreichen kalifornischen Familie entstammende Yale-Absolvent Sherman Kent, der später als Nachfolger des konservativen Langer die Leitung des innerhalb der CIA eingerichteten Office of National Estimates übernehmen sollte, wäre man wohl leicht verführt, Neumann, Marcuse oder Kirchheimer als Verfasser dieser Zeilen zu vermuten.

Im Zusammenhang mit den Berichten zum 20. Juli 1944 ist schließlich noch daran zu erinnern, daß der OSS-Außenstelle in Bern nicht nur als wichtiger Horchposten der Alliierten, sondern auch als Kontaktadresse für den deutschen Widerstand große Bedeutung zukam. Wenn es OSS-Bern gelang, „the best OSS intelligence record of the war“ aufzustellen¹⁷⁷, so war dies nicht zuletzt Dulles' Bereitschaft zuzuschreiben, Kontakte mit Gegnern des NS-Regimes zu pflegen. Bekanntlich besicherten diese Kontakte dem OSS Informanten wie den Abwehrgenten Hans-Bernd Gisevius¹⁷⁸ und den im

¹⁷⁵ NA, RG 226, E 50, b 11, f AMZON 11/7/45–31/10/45.

¹⁷⁶ Kent kritisierte überdies, daß ein so kompetenter Mann wie Franklin Ford sinnvoller eingesetzt werden könnte. Ford hat das Material, das er in Deutschland offenbar schon zu sammeln begonnen hatte, später in einem Artikel verarbeitet: *The 20th of July in the History of the German Resistance*, in: *American Historical Review*, Juli 1946, S. 609–626 – eine angesichts des Zeitpunkts bemerkenswert scharfsinnige Analyse, in die manche R&A-Wertungen und -Maßstäbe eingeflossen zu sein scheinen; vor allem die unmittelbaren Motive der Attentäter sieht Ford ähnlich nüchtern. Vgl. außerdem NA, RG 226, XL 17383, „The Political and Social Background of the 20 July Incident“, 10. 9. 1945, sowie die von R&A/Germany vorgelegte *Field Intelligence Study 31*, „Political Implications of the 20th of July“, 15.10. 1945, zitiert nach: NA, RG 226, E 1, b 16, *Progress Report, R&A/Germany*, 1.11. 1945, in deutscher Übersetzung in Heideking/Mauch (Hrsg.), *USA und deutscher Widerstand*, S. 142–147. Dulles hat mit seinem Buch *Germany's Underground* die von ihm gewünschte Darstellung schließlich selbst vorgelegt. Zur Beurteilung des deutschen Widerstands durch andere R&A-Mitarbeiter vgl. Holborn, *The German Opposition to Hitler*, in: ders., *Germany and Europe*, S. 225–236.

¹⁷⁷ OSS War Report II, S. 273 ff. Einen Eindruck von der Masse und Vielfalt an Informationen, die von Bern in Washington eingingen, vermitteln die Materialien in NA, RG 226, E 134, b 273 ff. Auch die OSS-Materialien in FDRL/PSF, insbesondere b 168 ff., enthalten auffallend viele Berichte aus Bern.

¹⁷⁸ Zu Gisevius vgl. OSS War Report II, S. 279 f., sowie Gisevius, *Bis zum bitteren Ende*. An der Übersetzung dieses Buches ins Englische hatte schon während des Krieges Dulles' Mitarbeiterin Mary Bancroft gearbeitet, vgl. dazu Bancroft, *Die Verschwörung*, in: Schultz (Hrsg.), *Der Zwanzigste Juli*, S. 50–58; sowie Bancrofts Memoiren, *Autobiography of a Spy*, S. 128 ff.

Auswärtigen Amt tätigen Fritz Kolbe, der – fast schon „too good to be true“ – „diplomatic cables by the pound“ lieferte¹⁷⁹. Später gehörte zu Dulles' Informanten auch der deutsche Industrielle Eduard Schulte, der noch vor seinen Kontakten mit OSS-Bern die Alliierten erstmals über Auschwitz informiert hatte und dann an Dulles vor allem Informationen von wirtschaftlicher und militärischer Bedeutung weitergab¹⁸⁰. Die Kontakte, die Dulles während des Krieges zu oppositionellen deutschen Gruppen unterhielt, umfaßten schließlich ein Spektrum, das von der Abwehr bis zur Internationalen Transportarbeiter-Gewerkschaft reichte¹⁸¹. Freilich stieß auch Dulles mit seiner Kritik an der Forderung nach bedingungsloser Kapitulation in Washington ebenso auf taube Ohren wie mit seinen Bemühungen, Politiker und Militärs für die Aktivitäten der „Verschwörer“ des 20. Juli einzunehmen, so daß er rückblickend meinte, „it sometimes seemed that those who determined policy in America and England were making the military task as difficult as possible by uniting all Germans to resist to the bitter end“¹⁸². Erst als dieses „bittere Ende“ schon greifbar nahe gerückt war, gelang es Dulles bekanntlich in der Operation „Sunrise“, die Kapitulation der deutschen Truppen in Norditalien auszuhandeln¹⁸³.

Eine ganz andere Art von Zusammenarbeit mit dem deutschen Widerstand hatte man in der Londoner Außenstelle des OSS entwickelt. Dort wurden während des Krieges über die Secret Intelligence Labor Division vor allem Kontakte zum linken, nichtkommunistischen Arbeiterwiderstand gepflegt¹⁸⁴. Besonderer Wertschätzung erfreute sich bei den politisch vorsichtigen Mitarbeitern von OSS-London der Internationale Sozialistische Kampfbund, den der OSS War Report später als „an underground political group which opposed communism, capitalism, liquor, meat-eating, tobacco, etc.“ beschrieb¹⁸⁵. Die Labor Division hoffte, aus diesen Exilorganisationen geeignete Kandidaten für eine eventuelle Infiltration von Agenten nach Deutschland zu

¹⁷⁹ OSS War Report I, S. 3, und II, S. XIII, 278 f.; zu Kolbe, einem von der Historiographie weitgehend ignorierten Gegner des NS-Regimes, vgl. Die Zeit, Nr. 19, 2. 5. 1986. Kolbe erhielt vom OSS den Decknamen George Wood; die von ihm stammenden Informationen wurden als KAPPA-Materialien bezeichnet, ein Teil davon findet sich in NA, RG 226, E 134, z. B. b 275, f 7.

¹⁸⁰ Schulte arbeitete für Dulles auch ein „Gutachten betreffend die grundlegende Behandlung der deutschen wirtschaftlichen Nachkriegsprobleme einschließlich konkreter Vorschläge zu den wichtigsten Wirtschafts-Komplexen“ aus. Das Gutachten trägt eine Widmung an Dulles vom 12. 6. 1945 und befindet sich in der Hoover Institution, Stanford, CA, Akte Schulte, Eduard. Ausführlich zu Schulte: Laqueur/Breitman, Der Mann, der das Schweigen brach.

¹⁸¹ Vgl. dazu Dulles' eigene Darstellung in: Dulles, Germany's Underground; und von Schulze-Gaevernitz, They Almost Killed Hitler; sowie Heideking, Die „Schweizer Straßen“ des europäischen Widerstands, in: Schulz (Hrsg.), Alliierte Geheimdienste und Widerstandsbewegungen, S. 143–187.

¹⁸² Dulles, Germany's Underground, S. 173.

¹⁸³ Dulles/von Schulze-Gaevernitz, The Secret Surrender; kritisch zu Dulles' Rolle: Smith/Agarossi, Operation Sunrise.

¹⁸⁴ “[The] personnel of the Labor Division had strong feelings on the matter and preferred to work with socialists or non-political trade unionists.“ NA, RG 226, E 91, b 13 (ff.), War Diary, SI Branch, OSS, London, Vol. 6, II: Labor Division, S. 286, im folgenden zitiert als SI War Diary; vgl. dazu auch die Hinweise bei Borsdorf/Niethammer (Hrsg.), Zwischen Befreiung und Besatzung, S. 13 ff.

¹⁸⁵ OSS War Report II, S. 308; vgl. auch zum Folgenden ebenda, S. 305 ff.

rekrutieren. Entsprechende Projekte wurden aber lange für zu gefährlich gehalten, weil es angesichts des in Deutschland selbst besonders engmaschigen Überwachungsnetzes fast unmöglich schien, einem Agenten ein sicheres „cover“ zu verschaffen, zumal sich ein nach Deutschland eingeschleuster Agent, anders als seine „Kollegen“ in Frankreich, Jugoslawien oder Griechenland, nicht auf die Unterstützung lokaler Untergrundorganisationen verlassen konnte, von denen man schließlich nicht einmal sicher wußte, ob sie überhaupt existierten¹⁸⁶.

Als jedoch erkennbar wurde, daß die alliierte Landung in Frankreich nicht zu dem erhofften baldigen Zusammenbruch Deutschlands führen würde, begann man, der Beschaffung von Informationen aus Deutschland direkt so große Bedeutung zuzumessen, daß die Risiken dieses Projekts vertretbar schienen. Nachdem der erste von OSS-London trainierte Agent in einer zusammen mit der britischen Special Operations Executive organisierten Mission bereits am 1. September 1944 ins Ruhrgebiet entsandt worden war¹⁸⁷, trafen sich im Oktober 1944 Donovan, Dulles, Shepardson und einige andere OSS-Mitarbeiter, um eine Reorganisation der Secret Intelligence-Abteilung auf dem europäischen Kriegsschauplatz einzuleiten „so as to coordinate all resources for an effective attack on the German job“¹⁸⁸. Die dabei initiierten Bemühungen wurden nach dem Schock, den die deutsche Offensive in den Ardennen Mitte Dezember 1944 auslöste, massiv verstärkt, und die Gesamtleitung der für die Infiltration Deutschlands notwendigen Planungen und Operationen wurde nun einem jungen, energischen New Yorker Rechtsanwalt übertragen – dem späteren CIA-Direktor William J. Casey¹⁸⁹.

Während der letzten Monate des Krieges schleuste OSS-London insgesamt 46 Agententeams nach Deutschland ein¹⁹⁰. Obwohl die Arbeit einiger Teams als sehr erfolgreich bewertet wurde und Casey in seinem Abschlußbericht sogar feststellte, daß fast alle Teams wertvolle taktische Informationen an die vorrückenden Truppen weitergeben konnten, blieben diese Operationen insgesamt umstritten. Der Anteil, den die Labor Division am Zustandekommen dieses Projekts hatte, wird im OSS War Report jedoch uneingeschränkt als „successful experiment in secret intelligence“ gewertet – „because seldom in either peace or war have organized labor and an undercover government agency cooperated more closely, or more confidently“¹⁹¹.

¹⁸⁶ Dazu und zum Folgenden NA, RG 226, SI War Diary, Vol. 1, S. 27 ff., Vol. 6, I, S. 137 ff., II, S. 283 ff., Vol 12, I-III.

¹⁸⁷ Diese Mission mit dem Kodennamen DOWNEND, die von den ISK-Mitgliedern Jupp und Anne Kappius ausgeführt wurde, ist bereits verschiedentlich beschrieben worden: OSS War Report II, S. 308 f.; nur begrenzt zuverlässig Persico, Piercing the Reich; die Materialien, die Persico für dieses Buch zusammengetragen hat, darunter auch Interviews mit Zeitzeugen, befinden sich inzwischen im Archiv der Hoover Institution in Stanford, CA (Joseph E. Persico Collection). Link, Die Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes (ISK), S. 178 f., 312 ff. In NA, RG 226, SI War Diary ist diese Mission in Vol. 6, II, S. 380 ff. beschrieben, vgl. auch die Unterlagen in NA, RG 226, E 115, b 1, f 5. Vgl. dazu und zum Folgenden außerdem Heideking/Mauch (Hrsg.), USA und deutscher Widerstand, S. 177–179.

¹⁸⁸ NA, RG 226, SI War Diary, Vol. 12, I, S. 5.

¹⁸⁹ Vgl. dazu Casey, The Secret War Against Hitler.

¹⁹⁰ Nach NA, RG 226, SI War Diary, Vol. 12, I-III, vgl. besonders die Liste „SI Intelligence Teams Dispatched to Germany, Sept. 1944 – May 1945“ in 12, II; sowie die entsprechenden Akten in NA, RG 226, E 115, b 1 und 36 ff.

¹⁹¹ OSS War Report I, S. 187.

Diese Beurteilung mag aus heutiger Sicht bei manchem gemischte Gefühle auslösen. Doch auch hier verstellen durch den „Kalten Krieg“ geprägte Denkmuster allzu leicht das Verständnis der zeitgenössischen Situation. Obwohl nicht zu Unrecht behauptet worden ist, daß das OSS „a precedent for each and every malodorous operation of its successor organization, the CIA“ gegeben habe¹⁹², sollte nicht übersehen werden, daß das OSS vor einer ganz anderen Kulisse als sein Nachfolger CIA operierte. Während des Krieges erschien der von Roosevelt geprägte Slogan von Amerika als dem „arsenal of democracy“ zutiefst glaubwürdig. Es war das Amerika des „New Deal“, nicht das McCarthys, das gegen den Faschismus kämpfte; und als COI/OSS als der erste zentrale Geheimdienst in der Geschichte der Vereinigten Staaten eingerichtet wurde, traten viele, deren politische Haltung von den Idealen des „New Deal“ geprägt waren, in seine Dienste. Für diese OSS-Mitarbeiter und mehr noch für ihre aus Deutschland vertriebenen Kollegen wäre es vor 1945 unvorstellbar gewesen, daß Donovans vielzitiertes Ausspruch – „I'd put Stalin on the OSS payroll if I thought it would help us defeat Hitler“ – in der Nachkriegszeit bald in die Sprache des „Kalten Krieges“ übersetzt würde und daß er dann nichts anderes bedeuten würde, als Klaus Barbie und andere mehr oder weniger prominente Nazis anzuwerben, weil dies im Kampf gegen Stalin von Vorteil schien¹⁹³.

Auch während des Krieges waren es selbstredend keine philanthropischen Motive, die das OSS zur Beschäftigung von deutschen Emigranten und zu Kontakten mit dem deutschen Widerstand bewegten. Man beschäftigte die Emigranten wegen ihrer profunden Kenntnis deutscher Verhältnisse, und man pflegte Kontakt mit dem Widerstand, weil er eine Informationsquelle und einen potentiellen Partner für die ehrgeizigen OSS-Pläne einer eventuellen „penetration of Germany“ darstellte. Dennoch bot das OSS damit deutschen Emigranten und den im Exil lebenden Vertretern deutscher Widerstandsorganisationen die für sie ansonsten so seltene Möglichkeit, einen aktiven Beitrag zum Kampf gegen das nationalsozialistische Deutschland zu leisten. Über den gegen die deutsche Besatzung gerichteten Widerstand in Westeuropa ist gesagt worden, daß er „gleichzeitig Zeugnis ablegen und handeln“ wollte und daß er dabei „die militärische Wirksamkeit [...] als Bedingung für das Zeugnis“ anstrebte¹⁹⁴. Wollte auch der deutsche Widerstand bzw. seine in der Emigration lebenden Vertreter „gleichzeitig Zeugnis ablegen und handeln“, so war die Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Geheimdienst eine seiner ganz wenigen konkreten, wenn auch vielleicht allzu marginalen Möglichkeiten, „die militärische Wirksamkeit [...] als Bedingung für das Zeugnis“ anzustreben¹⁹⁵. Anders als der Widerstand in den besetzten Staaten Westeuropas, der sich dabei mit den künftigen Befreiern verbünden konnte, mußte sich der deutsche Widerstand dafür freilich mit den künftigen Besatzungsmächten zusammenschließen und in Kauf nehmen, daß diejenigen, die auch in Deutschland wenig für das Konzept des „anderen Deutschlands“ übrig hatten, nach dem Krieg den Vorwurf des „Vaterlandsverrats“ erheben würden.

¹⁹² Smith, OSS, xii.

¹⁹³ Donovan, zit. ebenda, S. 10; zur Rekrutierung von Nazis durch amerikanische Behörden vgl. Simpson, Blowback.

¹⁹⁴ Raymond Aron, zit. in Schulz (Hrsg.), Partisanen und Volkskrieg, S. 21.

¹⁹⁵ A.a.O.

Freilich waren es nicht nur diese äußeren Bedingungen, die den Handlungsspielraum des deutschen Widerstands im Exil einschränkten. Während die Bedrohung durch den Nationalsozialismus auf internationaler wie nationaler Ebene große und kleine „Anti-Hitler-Koalitionen“ entstehen ließ, in denen politische oder ideologische Differenzen zumindest vorübergehend zugunsten des Kampfes gegen den gemeinsamen Feind überwunden wurden, zeigten sich die verschiedenen deutschen Exilorganisationen auch angesichts dieser Situation unfähig, ihre ideologischen Querelen zurückzustellen: „unity among German political émigrés“ – so ein offenbar von Walter Dorn verfaßter R&A-Bericht zur „German Political Emigration“ – sei „quite impossible“ und, wie hinzugefügt wird, „to most groups undesirable.“¹⁹⁶

Dem Bericht zufolge rekrutierte sich die politisch organisierte deutsche Emigration aus den Reihen der „old German Left“, nämlich den sozialistischen und kommunistischen Parteien und Organisationen. Die „violent quarrels“ dieser Gruppen untereinander seien nur vor dem Hintergrund ihrer Rivalitäten im Untergrund zwischen 1933 und 1940 zu verstehen. Während diese Zwistigkeiten inzwischen von den sozialistischen Gruppen in London und Stockholm größtenteils beigelegt oder zurückgestellt worden seien, bestünden sie in New York weiterhin.

Grundsätzlich sei zu beobachten, daß die politisch organisierten Flüchtlingsgruppen durch die politische Atmosphäre und Kultur ihrer jeweiligen Gastländer beeinflusst würden: „German Communists in Russia, whatever their private beliefs, are amenable to the pressure of Russian psychological warfare against Germany. German Socialists in the United States, responsive to American distrust of radical Socialism of any variety, use a democratic rather than Socialist phraseology.“ Die meisten der politisch rechtsstehenden Emigranten suchten allerdings in den Vereinigten Staaten Zuflucht, doch abgesehen von kleinen Gruppen wie etwa den Bayerischen Separatisten seien sie nicht organisiert und auch nicht politisch aktiv.

Die intellektuelle Führung der wichtigsten sozialistischen Emigrantenorganisationen komme aus London, wo die meisten Gruppen auch ihr Hauptquartier hätten. Seit 1941 seien SPD, SAP, ISK und Neu Beginnen in der Union of German Socialist Organizations in Great Britain zusammengefaßt, und sie hätten bereits bei mehreren Projekten zur Nachkriegszeit erfolgreich zusammengearbeitet, wobei als wichtigstes dieser Projekte die geplante sozialistische Einheitspartei bezeichnet wird.

Obwohl die politisch organisierte deutsche Emigration kaum Kontakt mit Widerstands- und Untergrundorganisationen in Deutschland selbst halten konnte und so „the worst fate of all political refugees“ erlitten habe, sei es ihr andererseits trotz geographischer Aufsplitterung und kriegsbedingter Kommunikationserschwernisse gelungen, relativ engen Kontakt zwischen den Organisationen in aller Welt aufrechtzuerhalten. Ungeachtet der immer noch bestehenden Zwistigkeiten hätten sich die wichtigsten sozialistischen Gruppen in Schweden, Großbritannien und den Vereinigten Staaten zudem über wesentliche Probleme der Nachkriegszeit einigen können:

¹⁹⁶ NA, RG 59, R&A 1568, „The German Political Emigration“, 3.12. 1943, laut NA, RG 59, R&A 992 von Walter Dorn; in deutscher Übertragung auszugsweise abgedruckt in Söllner (Hrsg.), Archäologie der Demokratie, Bd.1, S.63–90. Zu deutschen Exilgruppen vgl. auch den allerdings erst vom Mai 1944 stammenden Bericht in NA, RG 226, 72928: „Labor Groups in Exile“.

„All German Socialist groups agree on the necessity of a social revolution as the prime condition for the establishment of a peaceful and democratic Germany. The London Union, the German Trade Unionists in Sweden, Paul Hagen's Neu Beginnen, and even the majority of the German Labor Delegation, demand an immediate socialization of German heavy industry, the banking system, and the break-up of the landed estates of the Junkers. They desire a Germany that will cooperate on friendly terms with both the Western democracies and the Soviet Union and oppose the division of Europe into spheres of interest. A few Socialists among these groups are federalists but a majority of them are centralists.“¹⁹⁷ Trotz der Einigkeit in diesen grundlegenden Fragen bleibe offen, ob die alten Differenzen zwischen den verschiedenen Gruppen nicht wieder aufbrechen würden, sobald es darum gehen würde, sich tatsächlich auf konkrete Maßnahmen zur Verwirklichung dieser Ziele zu einigen.

„[The] only German émigré party that must be taken seriously“¹⁹⁸ war nach Ansicht von R&A (bzw. Dorn) sowieso die Exilorganisation der Deutschen Kommunistischen Partei, denn: „[It is the] most numerous, most highly disciplined and best organized party of the German emigration.“ Offiziell trete sie nicht mehr als Kommunistische Partei auf, sondern als eine Gruppe antifaschistischer Deutscher mit dem Ziel, alle NS-Gegner in Deutschland und unter den Emigranten in einer gemeinsamen Organisation auf der Grundlage eines ausschließlich demokratischen Programms zusammenzubringen. Am erfolgreichsten sei sie damit in Großbritannien, Mexiko und wahrscheinlich in der Sowjetunion. Überdies bestünde im Moment eine Art Waffenstillstand zwischen der deutschen KP und den verschiedenen sozialistischen Gruppen, was insbesondere für Großbritannien gelte. Die deutschen Sozialisten seien allerdings nicht völlig von der angeblichen Unabhängigkeit der KPD von Moskau überzeugt und hätten auch die kommunistische Obstruktionstaktik der vergangenen Jahre nicht vergessen. Sozialistische deutsche Gruppen in allen Ländern hätten ihr Mißtrauen gegenüber den Komitees Freies Deutschland in Mexiko City, Moskau und London sowie gegenüber dem Manifest vom 21. Juli 1943 nicht verborgen, denn: „They do not like the prominence of the old Communist Party leaders on these committees and above all they do not want a coalition with military personnel which occupies so conspicuous a place in the propaganda of the Free German Committee of Moscow.“

Insgesamt enthält dieser mehr als 60 Seiten umfassende Bericht eine profunde Detailkenntnis verratende Gesamtdarstellung der politisch organisierten deutschen Emigration in aller Welt. Manche der Argumentationen und Wertungen, aber auch das immer wieder durchscheinende Einfühlungsvermögen für die Besonderheit der Situation des politisch organisierten deutschen Exils könnten leicht zu der Annahme verführen, daß diese Arbeit aus der Feder eines der politisch linksstehenden Emigranten in R&A stammte. Wie bereits erwähnt, wurde diese Studie jedoch offenbar von dem gebürtigen Amerikaner Walter Dorn verfaßt, der später in seiner Funktion als Berater der amerikanischen Militärregierung in Deutschland noch eine Reihe weiterer, ebenfalls

¹⁹⁷ Wie noch zu zeigen sein wird, entsprachen diese Vorstellungen weitgehend den von R&A bei der Planung und Vorbereitung der amerikanischen Nachkriegspolitik vertretenen Positionen.

¹⁹⁸ Vgl. auch NA, RG 59, R&A 1550, „The German Communist Party“, 10. 7. 1944; in deutscher Übertragung bei Söllner (Hrsg.), *Archäologie der Demokratie*, Bd. 1, S. 260–280.

Kompetenz, Engagement und Interesse verratender Berichte schreiben sollte¹⁹⁹. Es gibt keinen Grund anzunehmen, daß Dorn dazu neigte, Beurteilungen und Wertungen anderer unkritisch zu übernehmen. Da dasselbe auch für Sherman Kent und die von ihm formulierte kritische Beurteilung der Attentäter des 20. Juli 1944 gilt, dürfte das Bild, das R&A vom deutschen Widerstand zeichnete, nicht nur von den in der Central Europe Section beschäftigten deutschen Emigranten geprägt worden sein; es scheint vielmehr von ihren amerikanischen Kollegen zumindest geteilt, wohl eher aber entscheidend mitgeformt worden zu sein.

In seiner fast ausschließlichen Konzentration auf den Arbeiterwiderstand bzw. den Widerstand der Linken steht dieses von R&A entworfene Bild in krassem Gegensatz zu dem von der bundesrepublikanischen Widerstandsforschung der ersten Nachkriegsjahrzehnte vermittelten Bild, als dessen Fluchtpunkt fast immer die in dem Attentat des 20. Juli 1944 kulminierenden Aktivitäten bürgerlicher und militärischer Kreise erscheinen. Aber auch manche der neueren alltagsgeschichtlichen Forschungen fänden für ihre Tendenz, jegliche Unmutsäußerung gegenüber dem NS-Regime als Widerstand oder zumindest „Resistenz“ zu klassifizieren, keine Unterstützung in diesen zeitgenössischen Analysen, die unter Widerstand vor allem politisch motivierten Widerstand verstehen. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Central Europe Section ein wohl abgewogenes oder gar historisch objektives Bild des deutschen Widerstands zeichnete. Unverkennbar war dieses Bild „linkslastig“, denn obwohl der Widerstand der Linken nicht völlig unkritisch gesehen wurde, erscheint er doch als der einzig legitime Widerstand, legitimiert nämlich durch seine Motive wie seine Ziele. Gruppen mit anderen Motiven oder Zielen – wie etwa ethisch-religiös motivierter Widerstand – fanden in diesem Bild kaum Platz. Vorsicht ist allerdings geboten, wenn man aus heutiger Sicht – und auf der Basis der bis heute geleisteten Forschung – kritisieren will, daß R&A den zum 20. Juli führenden Widerstand völlig verkannte. R&A verkannte zwar zweifellos dessen Motive, nicht aber – nach zeitgenössischen Vorgaben – dessen Ziele, die, wenn auch mit immer weniger Hoffnung auf Realisierung, um eine im einzelnen wie auch immer zu gestaltende Vermeidung der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands kreisten.

Nicht zuletzt müssen die von R&A ausgearbeiteten Berichte zum deutschen Widerstand auch vor dem Hintergrund der Studien über Grundlagen und Strukturen des nationalsozialistischen Regimes und des in diesen Arbeiten angelegten Gegenbildes eines künftig aufzubauenden „anderen Deutschlands“ gesehen werden. Die von R&A immer wieder angemahnte Perspektive über die bedingungslose Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschlands hinaus konnte sich mit einem Staatsstreich nicht zufriedengeben, sondern erforderte ein „Neu-Beginnen“.

Gleichzeitig sollte nicht vergessen werden, daß die deutlich höhere Bewertung des linken Widerstandes aber auch Positionen entsprach, die in bezug auf europäische Widerstandsbewegungen von anderen R&A-Abteilungen immer wieder vertreten und mit einer schwer entwirrbaren Mischung aus militärstrategischen und politischen Argumenten begründet wurden. Während es aber im Falle der gegen die deutsche Besatzung gerichteten Widerstandsbewegungen Europas letztlich immer um die Frage ging,

¹⁹⁹ Vgl. dazu Dorn, Inspektionsreisen in der US-Zone.

welche Gruppe das meistversprechende militärische Potential mobilisieren könne und deshalb unterstützt werden sollte, stand diese Frage in bezug auf den deutschen Widerstand nie wirklich an. Insofern war es während des Krieges kaum relevant, welche Gruppe des deutschen Widerstands R&A zu unterstützen empfahl; schließlich fand auch weder das R&A-Plädoyer für eine Unterstützung des Arbeiterwiderstands noch Dulles' Eintreten für die Verschwörer des 20. Juli 1944 irgendwelchen Widerhall. Für die Nachkriegszeit bzw. für die Planung der Nachkriegspolitik sollte es jedoch nicht ohne Bedeutung bleiben, daß man in R&A ausschließlich den linken Widerstand als Repräsentanten eines „anderen Deutschlands“ sah.

V. Brückenschlag zwischen Krieg und Frieden: Arbeiten zur amerikanischen Besatzungs- und Nachkriegspolitik in Deutschland

Planungen und Vorbereitungen für die Militärregierung

Die von Zeitgenossen wie Historikern vielfach geäußerte Kritik, daß die Amerikaner nicht ausreichend auf die komplexe Aufgabe vorbereitet gewesen seien, die Verwaltung und Regierung eines nach seiner bedingungslosen Kapitulation in fast völliger Desintegration befindlichen Deutschlands zu übernehmen¹, zielt zwar in erster Linie auf das Fehlen einer klaren politischen Konzeption ab, verstellt aber auch leicht den Blick auf die Arbeit der zahlreichen Planungsstäbe, die in Washington sowie in den amerikanischen Militärbasen in Großbritannien mit Vorbereitungen für die amerikanische Militärregierung in Deutschland befaßt waren². Freilich fand die Arbeit dieser Planungsstäbe unter den ungünstigsten Bedingungen statt³. Die Zuständigkeiten der verschiedenen Ministerien und der von ihnen gebildeten Gremien blieben lange ungeklärt, die Koordination ihrer Arbeit war mangelhaft, und die von Roosevelt betriebene „policy of postponement“ ließ auch die Washingtoner Behörden fast bis zum Ende des Krieges darüber im unklaren, unter welchen Rahmenbedingungen die amerikanische Militärregierung in Deutschland zu operieren haben würde. Die Intervention Finanzminister Morgenthau im Sommer 1944 und sein zunächst so erfolgreicher Versuch, in diesem fortgeschrittenen Stadium des Krieges noch eine drastische Revision aller bisherigen Planungen zu erreichen, machte deutlich, wie unsicher selbst der Einfluß so gewichtiger Ministerien wie des State und War Department auf den amerikanischen „decision making process“ war.

Im War Department versuchte man zunächst, die politischen Fragen und Probleme, die sich bei der Planung und Vorbereitung der amerikanischen Militärregierung in Deutschland stellten, soweit wie möglich zu ignorieren und sich statt dessen auf diejenigen Bereiche zu konzentrieren, die man als eindeutig militärische Kompetenz und Verantwortung ansah. Allerdings zeigte sich bald, daß die angestrebte politische Abstinenz kaum möglich war. Schon die Vorstellungen über Aufgaben und Methoden künftiger amerikanischer Militärregierungen, die an der seit Frühjahr 1942 bestehenden School of Military Government an der University of Virginia in Charlottesville entwickelt wurden, erregten wegen der Priorität, die „military necessity“ nun vor

¹ Die zeitgenössische Kritik wird z. B. angesprochen in Clay, *Entscheidung in Deutschland*, S. 25, vgl. auch S. 31. Zur Haltung in der älteren Fachliteratur siehe z. B. die Einleitung bei Gimbel, *The American Occupation*. Eine pointiert formulierte Kritik an der Planung der amerikanischen Besatzungs- und Deutschlandpolitik findet sich bei Peterson, *The American Occupation*, S. 19–35; weitgehend negativ zum allgemeinen politischen Führungsstil Roosevelts: Marks III, *Wind Over Sand*.

² Vgl. dazu Zink, *American Military Government*, S. 263.

³ Vgl. dazu z. B. Hammond, *Directives for the Occupation of Germany*, in: Stein (Hrsg.), *American Civil-Military Decisions*, S. 311–460.

dem bislang fast gleichberechtigten „welfare of the governed“ erhielt, scharfe Kritik; die Presse sprach gar von einer „school for Gauleiters“⁴, und auch der Präsident äußerte Mißfallen. Angesichts der in Nordafrika und später in Italien gesammelten Erfahrungen schien es jedoch unabdingbar, zivile Regierungs- und Verwaltungsfunktionen in befreiten bzw. besetzten Gebieten auch nach Abschluß der Kampfhandlungen noch für mehrere Monate in der Verantwortlichkeit des Militärs zu belassen.

Für die notwendigen Planungen war seit Anfang März 1943 die im War Department neu eingerichtete Civil Affairs Division (CAD) zuständig⁵. Was die Vorbereitung der amerikanischen Besatzungspolitik für Deutschland anlangte, so hatte die CAD eine reichlich undankbare Aufgabe vor sich. Da von Anfang an kaum Zweifel daran bestehen konnten, daß die Siegermächte gegenüber einem besiegten Deutschland als dem Staat, der den Krieg begonnen hatte, eine ganze Reihe von Forderungen erheben würden, schien es fraglich, ob die amerikanische Militärregierung in Deutschland nur ein möglichst kurzfristiges Provisorium zur Abwicklung des Krieges sein konnte, wie es den Idealen des War Department entsprochen hätte⁶. Doch da grundlegende politische Richtlinien fehlten, sah sich die CAD gezwungen, Planungen und Vorbereitungen für die amerikanische Besatzungsherrschaft in Deutschland zu beginnen, ohne eigentlich recht zu wissen, worin deren Aufgaben im einzelnen bestehen würden. Gleichzeitig bot dieses von der „policy of postponement“ belassene Vakuum den Planern im War Department freilich auch die keineswegs unwillkommene Chance, diese Aufgaben im Sinne der von ihnen angestrebten „limited liability“ selbst zu definieren⁷.

Zur Bewältigung der im Rahmen dieser Planungen anfallenden Arbeiten versicherte sich CAD-Chef General John H. Hilldring der Unterstützung einer Reihe von Wash-

⁴ Zit. nach Ziemke, *Improvising Stability and Change*, in: Wolfe (Hrsg.), *Americans as Proconsuls*, S. 53; vgl. auch Holborn, *American Military Government*, S. 4; zur Entwicklung grundlegender Richtlinien für amerikanische Militärregierungen während des zweiten Weltkrieges siehe Ziemke, *The U.S. Army in the Occupation of Germany*, S. 3 ff., und Fainsod, *The Development of American Military Government Policy*, in: Friedrich (u. a.), *American Experiences in Military Government*, S. 23–51. Zur Kritik an den in Charlottesville entwickelten Richtlinien siehe auch Hammond, *Directives*, in: Stein (Hrsg.), *American Civil-Military Decisions*, S. 319 f. Zum Ausbildungsprogramm in Charlottesville und anderen Trainingsschulen der Armee Zink, *American Military Government*, S. 6 ff., sowie ders., *The United States in Germany*, S. 10 ff.

⁵ Siehe dazu *Federal Records of World War II*, Bd. II, *Military Agencies*, S. 128 ff.; sowie Holborn, *American Military Government*, S. 8, und Ziemke, *The U.S. Army in the Occupation of Germany*, S. 14 ff.

⁶ In Darstellungen, die vor allem die Kompetenzstreitigkeiten zwischen den verschiedenen Washingtoner Ministerien betonen, wird das grundsätzliche Interesse des War Department an einer strikten zeitlichen wie inhaltlichen Begrenzung der Aufgaben der Militärregierung nicht immer deutlich. Freilich stand diese Haltung einer energischen Verteidigung der vom War Department vertretenen Konzeptionen und der als Verantwortung des War Department betrachteten Kompetenzen nicht entgegen. Vgl. dazu z. B. Holborn, *American Military Government*, S. 11 ff.; Dorn, *The Debate Over American Occupation Policy*, in: PSQ 72/4 (1957), S. 481–501, besonders S. 487 (deutsch in VfZ 1958/1, S. 60–77); sowie Gimbel, *Governing the American Zone of Germany*, in: Wolfe (Hrsg.), *Proconsuls*, S. 92 ff., und Clays Bestätigung, ebenda, S. 112; vgl. auch ders., *Administrative Konflikte*, in: Foschepoth (Hrsg.), *Kalter Krieg und Deutsche Frage*, S. 111 ff.

⁷ Mit dem Begriff der „limited liability theory“ hat Dorn die Vorstellungen des War Department charakterisiert, vgl. Dorn, *Debate Over American Occupation Policy*, PSQ 72/4 (1957), S. 481–501, besonders S. 487.

ingtoner Behörden, darunter auch der Mitarbeit von R&A. In einem entsprechenden Abkommen vom Juli 1943 wurden zwei Aufgabenbereiche für R&A definiert: „(a) The provision of material in response to spot requests; (b) The formulation of suggestions for the solution of certain of the basic problems of civil affairs policies through the preparation of memoranda and conferences of members of CAD and R. & A.“⁸ Außerdem wurde Hajo Holborn, der als Verbindungsmann zwischen CAD und R&A fungierte, mit der Entwicklung eines „comprehensive program of research and analysis on fundamental problems in civil affairs“ betraut.

Letztere Bestimmung ermöglichte es R&A im Rahmen der vorgegebenen Sachzwänge, Umfang und Inhalt der zu leistenden Arbeit selbst zu bestimmen und damit unter Umständen auch einen gewissen Einfluß auf Schwerpunkte oder Bandbreite der Planungen zu nehmen. Durch die Beteiligung an diesem Projekt war es der Abteilung zudem gelungen, sich einen Anteil an der Planung und Vorbereitung der amerikanischen Besatzungspolitik zu sichern, was mit Blick auf das unsichere Nachkriegsschicksal des OSS nicht unvorteilhaft erscheinen mochte⁹. Wie sich allerdings bald herausstellte, war dieses Projekt nicht nur ungeheuer arbeitsintensiv – allein die Europe-Africa Division war im ersten Halbjahr 1944 fast ausschließlich damit beschäftigt –, sondern auch reichlich problematisch.

Dabei war der Umfang der anfallenden Arbeiten freilich ganz wesentlich durch das von Holborn im Herbst 1943 vorgelegte Arbeitsprogramm bestimmt, das allein für Deutschland die Ausarbeitung von 80 Civil Affairs Guides vorsah¹⁰. Diese Verwaltungsführer, die als handliche, meist nicht mehr als 20 Seiten umfassende Broschüren geplant waren, sollten ein breites Spektrum von administrativen, wirtschaftlichen und politischen Problemen behandeln, mit denen die Militärregierung während der Besatzung Deutschlands konfrontiert sein würde. An der Ausarbeitung dieser Führer waren neben R&A noch einige andere Behörden beteiligt, darunter vor allem das State Department und die Foreign Economic Administration (FEA), eine neue Behörde, die im September 1943 eingerichtet worden war, um die Funktionen einer Reihe von Washingtoner Behörden zu konsolidieren, die mit verschiedenen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Aspekten des Krieges befaßt waren.

⁸ NA, RG 226, E 1, b 2, f: Civil Affairs Division.

⁹ Nach Darstellung von Katz, *Foreign Intelligence*, S. 70, hatte R&A diesen Auftrag hauptsächlich der Initiative Holborns zu verdanken. Tatsächlich hatte man im War Department eine Beteiligung von R&A an den Planungen und Vorarbeiten für die Verwaltung befreiter und besetzter Gebiete durch das Militär aber offenbar bereits im Herbst 1942 erwogen; die völlig ungeklärten Kompetenzen in diesem Bereich hatten dem jedoch zunächst im Wege gestanden; vgl. dazu NA, RG 226, E 59, b 1, Sitzungsprotokolle vom 23. und 24. 10. 1942, sowie NA, RG 226, E 91, b 9, War Diary, R&A-Branch, OSS London, Vol. 8: Civil Affairs, S. 10. Offenbar war in R&A auch schon im Frühjahr 1943 ein Committee on Military Government gebildet worden, siehe NA, RG 226, E 1, b 1, f 19: Military Government. Katz behandelt den R&A-Beitrag zum Civil Affairs-Programm nur relativ oberflächlich (vgl. Katz, *Foreign Intelligence*, S. 45–49, 70–77); sein Versuch, zwischen dem Beitrag der „Frankfurter Schule“ und dem der Meinecke-Schüler Holborn und Gilbert zu unterscheiden, dürfte nur bedingt sinnvoll sein, da Holborn zwar als Leiter bzw. Koordinator, nicht aber als Mitarbeiter bei der Formulierung der Guides fungierte, während Gilbert – der seit Februar 1944 für R&A/London arbeitete – offenbar nur im Anfangsstadium an diesem Projekt mitarbeitete.

¹⁰ NA, RG 226, R&A-History, Civil Affairs Guides, S. 96f., und NA, RG 226, E 44, b 1, f: Listings of OSS-FEA Guides.

Die Arbeit dieser Stellen für die CAD wurde von einem Editorial Committee geleitet, in dem die CAD den Vorsitz führte und in dem R&A, FEA, State Department, Army, Navy und Vertreter derjenigen Behörden Mitglieder waren, die von dem jeweils diskutierten Guide betroffen waren. Angesichts des in der R&A-History immer wieder beklagten „want of clarity as to what fundamental US policy toward Germany [...] was to be“, scheint dieses Komitee als Vermittler oder Schiedsrichter bei Streitfragen allerdings häufig überfordert gewesen zu sein¹¹. Auch Hajo Holborn, der dieses Projekt anfänglich so energisch und kompetent entworfen hatte, gelang es offenbar immer weniger, die zahlreichen Schwierigkeiten zu bewältigen¹². Das wohl größte Problem – das völlige Fehlen von Richtlinien zur amerikanischen Besatzungspolitik – war auf dieser Ebene freilich auch kaum zu lösen.

Da man in R&A daran gewöhnt war, größere Projekte systematisch zu erarbeiten und Fragestellungen, Methoden und Ziele von Anfang an genau festzulegen, betrachtete man es als völlig unmöglich, die Arbeit an den geplanten Civil Affairs Guides in dem Vakuum aufzunehmen, das die von der Roosevelt-Administration praktizierte „policy of postponement“ belassen hatte. Man begab sich deshalb nolens volens daran, in einer Reihe von abteilungsinternen Besprechungen Vorstellungen über Aufgaben, Funktionen und Ziele der amerikanischen Militärregierung in Deutschland zu entwickeln¹³. Die wichtigsten Punkte der dabei erarbeiteten „branch line“ sind in der R&A-History folgendermaßen zusammengefaßt: „(1) Military government is a limited instrument which will during the wake of battle period be committed to bare operational functions; (2) in addition to these functions, during and after the wake of battle period military government should uproot and destroy all phases of Nazism and substitute anti-Nazi personnel for ousted Nazi officials; (3) after the wake of battle period its prime function would be the removal of obstacles to the emergence of democratic institutions; (4) military government should be of short duration in Germany.“

Diese Vorstellungen zu Aufgaben und Funktionen der Militärregierung in Deutschland sind sicherlich geeignet, den in der R&A-History erhobenen Anspruch, die Abteilung habe sich „realistically and perpetually“ bemüht, „to play down any possible mes-

¹¹ NA, RG 226, R&A-History, S. 97, 101; die hier scharf kritisierte passive Haltung der CAD mag allerdings auch auf die oben beschriebene, um politische Abstinenz bemühte Haltung des War Department zurückzuführen sein; vgl. in diesem Zusammenhang auch Holborns Bemerkungen über General Hilldring: American Planning, in: ders., Germany and Europe, S. 250.

¹² Entsprechend kritische Bemerkungen in NA, RG 226, R&A-History, Economic Subdivision, S. 35.

¹³ Dazu und zum Folgenden NA, RG 226, R&A-History, Civil Affairs Guides, S. 98 f.; siehe auch NA, RG 226, E 1, b 1, f 8: „Proposed Outline for the Organization of Allied Military Government in Germany“, [o.D., wahrscheinlich September 1943]; „Conditions of Military Government over Germany“, 22. 9. 1943 (OSS, R&A, Europe-Africa Division, Psychological Warfare Sub-Division, Central European Section); „Forms of Military Government over Germany“, 21. 9. 1943 (OSS, R&A); „What is the Purpose of Military Government over Germany?“, 22. 9. 1943 (OSS, R&A, Europe-Africa Division, Psychological Warfare Sub-Division, Central European Section); „Military Occupation and International Control of Germany“, 22. 9. 1943 (USSR Division, R&A-Branch, OSS); „Will the Soviet Union Be Willing to Participate in a Joint Military Occupation and a Joint Military Government of Germany?“, 22. 9. 1943 (USSR Division, R&A-Branch, OSS); „United Nations Military Government over Germany“, [o.D., wahrscheinlich ebenfalls September 1943].

sianic role for MG¹⁴, berechtigt erscheinen zu lassen. Die Nüchternheit dieser Vorstellungen ist wohl besonders bemerkenswert, wenn man sich vor Augen hält, daß die in der Central Europe Section beschäftigten deutschen Emigranten an der Formulierung dieser Grundposition zweifellos beteiligt waren. Freilich ist der in der R&A-History gewählte Begriff einer „branch line“ insofern irreführend, als er eine unabhängig formulierte R&A-Position suggeriert. Wie aus einem nach Abschluß der Arbeiten an den Civil Affairs Guides verfaßten R&A-Bericht hervorgeht, beruhten die von R&A vertretenen Positionen jedoch auf den Richtlinien des Joint Army-Navy Manual of Military Government and Civil Affairs sowie des War Department Basic Field Manual of the Rules of Land Warfare und berücksichtigten zudem „policy declarations in statements of the American executive or in international declarations to which the US is a party“¹⁵. Insofern stellt die R&A „branch line“ also vor allem den Versuch eines Kompromisses zwischen den von verschiedenen Stellen vertretenen Konzeptionen dar, wobei in den Punkten (1) und (4) die Vorstellung des War Department von einer mit möglichst wenig politischen Aufgaben belasteten Militärregierung zu erkennen ist, während sich hinter den Punkten (2) und (3) die vor allem vom State Department vertretene Konzeption verbergen dürfte, daß die Militärregierung in Deutschland Teil eines langfristigen Demokratisierungsprozesses sein sollte¹⁶. Wie im einzelnen noch darzulegen sein wird, fand man in R&A aber auch noch in dieser Kompromißformel Raum für eigene Konzeptionen.

Diese R&A „branch line“ wurde informell mit den für das Civil Affairs-Programm zuständigen Vertretern des Außenministeriums und der FEA abgesprochen. Während man sich im State Department anscheinend vorbehaltlos mit den in R&A erarbeiteten Positionen einverstanden erklärte und diese später auch vertrat¹⁷, scheint sich die FEA zunächst darauf beschränkt zu haben, keine Ablehnung zu äußern. Im Laufe der Arbeit an den Führern sollte sich jedoch bald herausstellen, daß man in der FEA keineswegs mit R&A übereinstimmte, sondern eigene Vorstellungen entwickelt hatte, die R&A wiederum für nicht annehmbar hielt¹⁸.

Zunächst aber wurden die von R&A vertretenen Positionen auch vom Editorial Committee gebilligt, das sich schließlich ebenfalls mit der Frage auseinandersetzen mußte, welche Ziele eine Militärregierung in Deutschland verfolgen sollte und welche Funktionen sie dabei ausüben müßte¹⁹. Als Ergebnis wurde General Hilldring der Entwurf einer 45 Seiten umfassenden Denkschrift vorgelegt, in der „Purpose, Objectives,

¹⁴ NA, RG 226, R&A-History, (Civil Affairs Guides), S. 99.

¹⁵ NA, RG 59, R&A 2438, „The Civil Affairs Guide Program for Germany: An Analysis of its Principles and Aims“, 23.10. 1944; zum „Joint Army-Navy Manual of Military Government and Civil Affairs“ (FM 27-5) vgl. Fainsod, Development of American Military Government Policy, in: Friedrich (u. a.), American Experiences in Military Government, S. 24 ff.

¹⁶ Zu den politischen Konzeptionen des State Department ausführlicher im 2. Teil dieses Kapitels.

¹⁷ Die Unterlagen in NA, RG 226, E 44 (Europe-Africa Division, Civil Affairs Guides) belegen, daß das State Department meist nur geringfügige Änderungen der von R&A ausgearbeiteten Entwürfe verlangte. Siehe dazu auch die Darstellung des ehemaligen R&A-Mitarbeiters Louis A. Wiesner: ders., Die organisierte Arbeiterbewegung, in Erd (Hrsg.), Reform and Resignation, S. 172 f.; vgl. auch Niethammer, Mitläuferfabrik, S. 59.

¹⁸ NA, RG 226, R&A-History, Civil Affairs Guides, S. 98; zur Kontroverse zwischen R&A und FEA ausführlicher im folgenden.

¹⁹ Dazu und zum Folgenden NA, RG 226, E 44, b 1, f: Listings of OSS-FEA Guides.

and Functions of a Military Government Program for Germany“ umrissen wurden. Diese Denkschrift sollte, wie man hoffte, als Leitfaden bei der Ausarbeitung der Civil Affairs Guides und anderer, im Rahmen der Planungen für eine Militärregierung auszuarbeitender Papiere dienen und darüber hinaus, wie in einem Begleitschreiben an Hilldring angeregt wurde, durch die European Advisory Commission oder andere geeignete Kanäle der sowjetischen Regierung vorgelegt werden, um festzustellen, inwieweit Übereinstimmung in grundsätzlichen politischen Fragen bestehe. Als R&A-„Grundsatzpapier“ zu den Aufgaben und Zielen eines militärischen Besatzungsregimes in Deutschland ist die General Hilldring vorgelegte Denkschrift – die die in R&A entwickelte „branch line“ deutlich widerspiegelt – von zentraler Bedeutung; sie verdient aber ebensoviel Beachtung mit Blick auf die spätere Umsetzung der amerikanischen Besatzungspolitik in Deutschland.

R&A sah die Aufgaben einer Militärregierung im Spannungsfeld zwischen einer nach militärischen Gesichtspunkten streng begrenzten Auffassung – „bringing the war to a successful conclusion“ – und einem sehr viel politischeren Verständnis: „initiating the peace“. Da es ein vorrangiges Kriegsziel der Alliierten sei, das bestehende politische System Deutschlands zu zerstören, könne sich eine Militärregierung in Deutschland nicht auf die rein militärische Aufgabe einer erfolgreichen Beendigung des Krieges beschränken. Dieses traditionelle Verständnis der Aufgaben einer Militärregierung müsse deshalb – „under the pressure of events“ – erweitert werden. Dies bringe jedoch die Gefahr mit sich, daß eine Militärregierung zur Übernahme von Aufgaben gedrängt würde, die ihre begrenzten Möglichkeiten bei weitem überstiegen. Insbesondere bestehe die Gefahr, daß die Militärregierung davon ausgehen könnte, „that the period of military occupation provides a unique opportunity to create in Germany the conditions that will prevent it from again breaking the peace“. Genau dies konnte eine Militärregierung nach Ansicht von R&A aber nicht leisten; ebensowenig konnte sie ein demokratisches System in Deutschland installieren. Die für eine Demokratisierung notwendigen sozialen und politischen Reformen müßten vielmehr als Ergebnis des freien Agierens deutscher Kräfte zustande kommen und könnten von der Militärregierung nur angeregt bzw. erleichtert werden.

So wurde immer wieder gefordert, daß eine Militärregierung in Deutschland von möglichst kurzer Dauer sein und nur eng begrenzte Funktionen übernehmen solle. In diesem Zusammenhang wurde mehrfach der Besorgnis Ausdruck verliehen, daß die Militärregierung im Interesse einer möglichst reibungslosen Wiederherstellung von „law and order“ versucht sein könnte, sich der „residual elements of the ruling classes“ zu bedienen. Deren Entmachtung sei jedoch ein vorrangiges Kriegsziel, das nun einmal nicht ohne ein gewisses Maß an „disorder and pain“ zu erreichen sei: „[The] elimination of Nazism from Germany and from Europe is not a process that can be completed effectively without disorder and pain. Indigenous social forces must be allowed to operate and eventually to establish the kind of government in Germany that will be consistent with our peace aims. This can only be accomplished by the German people themselves, and we must not prejudice their chances by a misguided emphasis on achieving ends that can be attained only by strengthening the power of the traditional ruling groups.“

Die hier referierten Passagen sind für das von R&A entwickelte Verständnis der Aufgaben einer Militärregierung in Deutschland von zentraler Bedeutung. In ihnen

scheint durch, daß die R&A „branch line“ nicht nur den Versuch eines Kompromisses zwischen den von verschiedenen Regierungsstellen vertretenen Vorstellungen zur amerikanischen Besatzungspolitik darstellte, sondern auch ganz wesentlich von dem in R&A-Analysen zum nationalsozialistischen Deutschland entwickelten Verständnis des deutschen Faschismus geprägt war²⁰. Daß sich daraus nicht unproblematische Implikationen für die Definition der Aufgaben und Ziele einer Militärregierung in Deutschland ergaben, wird hier ebenfalls schon sichtbar.

So folgte aus den R&A-Analysen zum nationalsozialistischen Deutschland, daß der deutsche Faschismus nicht ein dem deutschen „Nationalcharakter“ eigentümliches Phänomen darstellte, das womöglich gar genetisch in der deutschen Psyche oder Mentalität verankert war, und daß ihm deshalb weder durch einen langen Umerziehungsprozeß und jahrelange Überwachung noch durch einen drastischen Straffrieden beizukommen war. Das Verständnis des Nationalsozialismus als Resultat struktureller Probleme, deren Wurzeln in der sozialen und wirtschaftlichen Verfassung Deutschlands zu suchen seien, legte als Lösung vielmehr eine tiefgreifende Demokratisierung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Strukturen nahe. Eine wirkliche Demokratisierung konnte aber kaum von einer Militärregierung dekretiert und autoritär durchgesetzt werden. Nach dem in den Deutschlandanalysen der Abteilung gezeichneten Bild war dies allerdings insofern gar nicht notwendig, als diese Studien immer wieder die Annahme implizierten, daß das von der Herrschaft der Nationalsozialisten befreite deutsche Volk bzw. die durch diese Herrschaft unterdrückten Bevölkerungsgruppen – also letztlich die Arbeiterschaft bzw. die Linke – auf die „soziale Revolution“ drängen würden, die in R&A-Texten immer wieder als Vorbedingung für eine tiefgreifende Demokratisierung Deutschlands bezeichnet wird. Dementsprechend wird in einem Memorandum über „Conditions Affecting Military Occupation and Government of Germany“, das dem General Hilldring vorgelegten Papier beigelegt ist²¹, ausgeführt: „[It] is also possible - even probable - that the end of the war will release political forces in Germany which, given time to develop and assume adequate organization forms, will be capable of accomplishing all or at any rate a large part of our basic objectives in Germany. If this case obtains, it is of utmost importance that military government should not stand in the way of the development of such political forces and forms. The fundamental problems of social reform will remain to be solved by the German people; the Allies cannot hope to impose a solution from above. If this is not recognized, military government may effectively prevent the very ends which it is intended to serve. The experience of this war has underlined the lesson of history that one nation cannot govern another, except for very limited ends and for short periods of time.

²⁰ Zum Einfluß zeitgenössischer Interpretationen des Nationalsozialismus auf Vorstellungen zur alliierten Deutschlandpolitik in der Nachkriegszeit siehe Dorn, *Debate Over American Occupation Policy*, in: PSQ 72/4 (1957), S.484 f. Dorn faßt die gängigsten Interpretationen in drei verschiedenen „Schulen“ zusammen und nennt dabei auch Franz Neumann als Vertreter der „neo-Marxist school of thought“. Diese Darstellung Dorns ist von Niethammer, *Mitläuferfabrik*, S.34 ff. aufgegriffen und erweitert worden.

²¹ In dem Hilldring vorgelegten Papier wird darauf hingewiesen, daß dieses Memorandum bereits „approval in the highest quarters“ erhalten habe; ein frühere Version dieses Memorandums findet sich in NA, RG 226, E 1, f 8: „Proposed Outline for the Organization of Allied Military Government in Germany.“

The dangers of overstepping the legitimate limits and overestimating the real possibilities of Military Government should never be lost sight of.“

Die von R&A vertretenen Positionen konvergierten an dieser Stelle insofern mit den Interessen des War Department, als man dort schließlich in hohem Maße daran interessiert war, die Aufgaben und Verantwortungen einer Militärregierung in Deutschland unter weitgehender Ausklammerung politischer Fragen zu definieren und die amerikanische Militärregierung in Deutschland tatsächlich nur „for very limited ends and for short periods of time“ zu konzipieren. Mit der Lösung grundlegender gesellschaftlicher Probleme wollte man im War Department keinesfalls belastet werden, und insofern konnte es den Militärs nur recht sein, wenn diese Probleme von den Deutschen selbst gelöst werden sollten, insbesondere dann, wenn diese sich tatsächlich als willige Vollstrecker amerikanischer bzw. alliierter „peace aims“ erweisen würden. Dennoch mußte diese Vorstellung letztlich graue Theorie bleiben: Die Empfehlung, daß die Militärregierung „disorder and pain“ in Kauf nehmen solle, um abzuwarten, ob bestimmte gesellschaftliche Gruppen in Deutschland tatsächlich in der Lage (und willens) sein würden, die wichtigsten Ziele amerikanischer Politik in Deutschland zu verwirklichen, stand in krassem Gegensatz zu den vom War Department unter dem Gesichtspunkt von „military necessity“ definierten Aufgaben und Verantwortungen der amerikanischen Militärregierung.

R&A hatte sich mit diesen Überlegungen zu Aufgaben und Funktionen der amerikanischen Militärregierung jedoch zunächst einmal die Grundlage für das Arbeitsprogramm für die Civil Affairs Guides geschaffen, mit dessen Entwicklung Hajo Holborn beauftragt worden war. Wie bereits erwähnt, sah dieses Programm zunächst 80 Guides für Deutschland vor. Für jeden Führer wurden die in dem jeweiligen Bereich anzustrebenden Ziele und die sich aus diesen Zielsetzungen für die Militärregierung ergebenden militärischen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Aufgaben säuberlich aufgelistet. Doch obwohl dieses Programm – und damit auch die ihm zugrundeliegenden Positionen zu den Aufgaben einer Militärregierung in Deutschland – vom Editorial Committee gebilligt worden war, wurde bald deutlich, daß zwischen den mit diesem Projekt befaßten Behörden keineswegs Einigkeit in all diesen Punkten bestand. Vor allem zwischen R&A und FEA kam es immer wieder zu hitzigen Debatten über einzelne Führer. Während R&A nach eigenem Bekunden beständig bestrebt war, „to play down any possible messianic role for MG“, schien die FEA nach dem Eindruck von R&A nicht einsehen zu wollen, daß die Militärregierung nur sehr begrenzte Aufgaben übernehmen konnte, denn, wie R&A kritisierte: „in some of their recommendations they ascribed functions to the 5,000 or so MGO's that were not being carried out in the United States by ten times that number of American federal officials.“ Anders als R&A wollte sich die FEA auch nicht damit zufriedengeben, daß die amerikanische Militärregierung nur „a purely negative function with respect to a future Germany“ ausüben konnte, sondern schien vielmehr den Ehrgeiz zu haben, Deutschland mit Hilfe der Militärregierung zu einer „fair replica of the New Deal“ umzuformen²².

Viele der auszuarbeitenden Führer wurden so unvermeidlich zu „battle grounds for the rationalization of these divergent positions“. Dabei waren es nicht selten scheinbar triviale Fragen, an denen sich hitzige Kontroversen entzündeten. So entbrannte bei-

²² NA, RG 226, R&A-History, Civil Affairs Guides, S.100.

spielsweise ein erbitterter Disput über die Frage, ob die deutsche Textilindustrie synthetische Fasern produzieren sollte. Der eigentliche Streitpunkt ergab sich daraus, daß für die Herstellung synthetischer Fasern Kohle benötigt wurde, die aber, wie vorauszu- sehen war, überaus knapp sein würde. R&A vertrat die Ansicht, daß die Herstellung synthetischer Fasern dennoch nicht von vornherein untersagt werden sollte, da es im Interesse der Militärregierung sei, daß Deutschland seinen Textilbedarf soweit wie möglich aus eigenen Ressourcen und eigener Produktion deckte. Diese Position wurde von der FEA jedoch auf das heftigste kritisiert. Während die FEA ihre Ablehnung damit begründete, daß keine Kohle für die Herstellung synthetischer Fasern abgestellt werden sollte, glaubte man in R&A schließlich erkennen zu können, daß die FEA nur ihren „trust-busting anti-cartel point of view“ verbergen wolle und in Wirklichkeit fürchtete, „[that] any promotion of synthetics was bound to benefit the great malignant octopus I. G. Farben“²³.

Angesichts der in den R&A-Deutschlandanalysen enthaltenen, Neumann'schem Denken verpflichteten scharfen Kritik an der Macht der deutschen „Monopolisten“ mag es befremdlich erscheinen, daß man in R&A den von der FEA eingenommenen „trust-busting anti-cartel point of view“ nun nicht teilte. Für R&A hatte in diesem Punkt jedoch offenbar der Grundsatz Priorität, daß es die amerikanische Militärregierung in Deutschland aus pragmatischen wie politischen Gründen nicht auf sich nehmen könne, tiefgreifende strukturelle Veränderungen durchzuführen, und so hatte nach Ansicht von R&A auch für die Politik der Militärregierung gegenüber den deutschen Kartellen grundsätzlich zu gelten: „Basic changes and long-range reform of Germany's economic structure must be ruled out as the job of AMG and left to the German people themselves acting through a new Government.“²⁴ Dementsprechend vertrat R&A die Position, daß die Militärregierung nicht die komplexe Aufgabe übernehmen könne, die Kartelle aufzulösen, sondern daß sie sie lediglich einer gründlichen Entnazifizierung unterziehen könne und danach sicherzustellen habe, daß das Wirtschaftsgebaren der Kartelle nicht den wirtschaftspolitischen Zielen der Militärregierung zuwiderlaufen konnte.

Freilich war man in R&A nicht überrascht, daß diese Vorstellungen weder in der FEA noch in anderen Behörden Unterstützung fanden. Selbst im War Department, wo man es im allgemeinen zu schätzen wußte, daß R&A die amerikanische Militärregierung in Deutschland so wenig wie möglich mit politischen Aufgaben belasten wollte, lehnte man die von R&A vertretene Position diesmal mit dem Argument ab, „that the break-up of cartels would be advantageous both actually and [. . .] symbolically“²⁵.

²³ NA, RG 226, R&A-History, Civil Affairs Guides, S.100; NA, RG 59, R&A 1950.1, War Department Pamphlet No. 31-139, Civil Affairs Information Guide, „Textile Production and Distribution in Germany“, 5.10. 1944. Zum Bild des „great malignant octopus I. G. Farben“ vgl. Morgenthau, Jr., *Germany Is Our Problem*, S.38.

²⁴ Dazu und zum Folgenden NA, RG 59, R&A 1904.C., (Preliminary Draft), „Cartels and Cartel-Like Organizations in Germany“, 15.2. 1944; NA, RG 59, R&A 1904.1, (Draft), Civil Affairs Guide, „US Policy Toward German Cartels and Cartel-Like Organizations During Allied Occupation“, 20.10. 1944; zur Kontroverse um diese Entwürfe siehe NA, RG 226, E 44, b 4, f IV, General: B. Institutional Evaluation. Aus diesen Papieren geht hervor, daß die Entwürfe von Isaiah Frank ausgearbeitet wurden, anfänglich offenbar unter Beteiligung von Moses Abramovitz.

²⁵ NA, RG 226, E 44, b 1, f: Editorial Committee Clearance, Schreiben vom 20.5. 1944 an Holborn von War Department, School of Military Government.

Doch R&A zog nicht nur mit der Empfehlung, die Kartelle weiterbestehen zu lassen, Kritik auf sich. Äußerst kontrovers war auch die Frage, wie eine gründliche Entnazifizierung der Kartelle aussehen sollte. In R&A verstand man darunter zunächst einmal eine strukturelle Entnazifizierung, d. h. die Eliminierung aller Kontrollen und Organisationsformen, mit deren Hilfe das NS-Regime die Kartelle in die Kriegswirtschaft integriert hatte. Diese Maßnahmen sollten von einer personellen Entnazifizierung ergänzt werden, die die Entlassung und dauerhafte Ausschaltung direkter oder indirekter Einflußnahmen „aktiver“ Nazis umfassen sollte. Nach Ansicht von R&A konnte diese personelle Entnazifizierung der Kartelle durch die strikte Durchführung der allgemeinen Entnazifizierung gewährleistet werden, da die von der Abteilung dafür entwickelte Konzeption bereits darauf abzielte, alle durch ihre Verbindungen zu nationalsozialistischen Organisationen oder durch ihre Stellung als „active Nazis“ kompromittierten Personen aus ihren Positionen zu entfernen.

Den entsprechenden Richtlinien in dem von R&A ausgearbeiteten Führer zur „Dissolution of the Nazi Party and Its Affiliated Organizations“²⁶ lag die in R&A-Studien immer wieder vertretene, Neumanns Behemoth folgende Interpretation zugrunde, daß das NS-Regime von einer aus den Spitzen von Partei, Wirtschaft, Bürokratie und Militär zusammengesetzten Herrschaftselite getragen wurde, die es zu eliminieren gelte. Die diesen Gruppen zuzurechnenden Nazifunktionäre sollten von den Besatzungstruppen sofort erfaßt und verhaftet werden; ihre Zahl schätzte man in R&A auf etwa 222 000²⁷. Diese Schätzung beruhte auf einer nach Ämtern bzw. Funktionen geordneten Liste, durch die, wie ausdrücklich betont wurde, viele Funktionäre mehrfach erfaßt seien, während andererseits viele der „aktivsten“ Nazis durch diese Kategorien überhaupt nicht erfaßt würden. Einige Anhaltspunkte für deren Identifizierung wurden zwar in einem gesonderten Kapitel skizziert, doch letztlich wurde an den politischen Instinkt der verantwortlichen Offiziere appelliert, die einerseits auf die Mithilfe der lokalen Bevölkerung verwiesen wurden, andererseits aber mehrfach gewarnt wurden, entsprechenden Informationen unkritisch Glauben zu schenken.

Für die Entnazifizierung der Kartelle wollte sich die FEA jedoch nicht mit der von R&A befürworteten strengen Durchführung der allgemeinen Entnazifizierungsbestimmungen zufriedengeben und forderte die grundsätzliche Entlassung aller Inhaber leitender Positionen. In einem FEA-Entwurf für Richtlinien zur „Elimination of Nazi and Pro-Nazi Personnel from the German Banking Structure“ wurde ausdrücklich ge-

²⁶ NA, RG 59, R&A 1655.5, War Department Pamphlet No. 31–110, Civil Affairs Guide, „Dissolution of the Nazi Party and Its Affiliated Organizations“, 22.7. 1944; Verfasser dieser Richtlinien war Marcuse, vgl. NA, RG 226, E 44, b 1, f: Division Review Committee Meeting, und b 2, f: Status of reports. In deutscher Übertragung ist dieser Führer sowie der ihm beigelegte, ebenfalls von Marcuse ausgearbeitete Anhang (NA, RG 59, R&A 1655.5A, – Supplement: „De-Nazification of Important Business Concerns in Germany“, 27. 11. 1944) auszugswise abgedruckt in Söllner (Hrsg.), Archäologie der Demokratie, Bd. 1, S. 157–172.

²⁷ Siehe dazu Gilbert, Lehrjahre im alten Europa, S. 199, und vgl. JCS vom 22.9. 44 in FRUS: Malta and Yalta, S. 143–154, sowie die revidierte Fassung vom 6.1. 1945 in FRUS 1945/III, S. 378 ff., besonders 381 ff. mit JCS 1067 vom April 1945, abgedruckt in: Documents on Germany under Occupation 1945–1954, S. 13 ff. Die gegenüber der ursprünglichen Fassung vorgenommenen Einschränkungen sind nur bedingt im Sinne der von R&A vertretenen Positionen. Die amerikanischen Planungen für die Entnazifizierung sind detailliert dargestellt bei Niethammer, Mitläuferfabrik, S. 52 ff.

wart: „Absence of conspicuous ties to the Nazi party does not [...] mean that the present holders of leading positions in the German banking structure are not ‚real‘ Nazis.“²⁸ Dieses Problem hatte man freilich auch in R&A keineswegs übersehen und hatte eben deshalb der „Identification of ‚Active Nazis‘ Other Than Those Identified by Their Official Position“ in den Richtlinien zur Auflösung der NSDAP ein gesondertes Kapitel gewidmet, auch wenn die in diesem Zusammenhang gegebenen Anhaltspunkte, wie bereits erwähnt, eher vage blieben.

Die zwischen R&A und FEA ausgetragene Kontroverse um die personelle Entnazifizierung der deutschen Industrie und Wirtschaft mag auf den ersten Blick eher als ein Streit um Formulierungen erscheinen, zumal R&A im Grunde ganz ähnlich wie die FEA argumentierte. In einem R&A-Entwurf zu „Principles for the De-Nazification of Non-Government and Non-Party Organizations“ wurde beispielsweise ebenfalls vorgeschlagen, die Inhaber aller leitenden Positionen in Industrie und Wirtschaft zunächst zu entlassen; falls sie den Nachweis erbrachten, daß sie keine Nazis seien, könnten sie später wieder in ihr Amt eingesetzt werden²⁹. Auch die von Herbert Marcuse ausgearbeiteten Richtlinien zur „De-Nazification of Important Business Concerns in Germany“, die als Anhang dem Civil Affairs Guide zur „Dissolution of the Nazi Party and Its Affiliated Organizations“ beigefügt waren, sahen praktisch die Festnahme und Entlassung aller führenden Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens vor³⁰.

Doch trotz dieser vordergründigen Übereinstimmung von FEA- und R&A-Empfehlungen in diesem Punkt bestanden im Verständnis von R&A grundsätzliche Unterschiede in der mit ihnen verbundenen Zielsetzung. Deutlicher faßbar werden diese unterschiedlichen Zielvorstellungen in einer hitzigen Kontroverse, die um die von R&A entworfenen Richtlinien zur „Abrogation of Nazi Laws“ und dem damit konkurrierenden FEA-Entwurf zur „Elimination of Nazi Political Laws“ entbrannte. Bei der Diskussion um diese Entwürfe warf Franz Neumann der FEA vor, daß sie sich zu sehr auf ideologische Probleme konzentrierte; vernachlässigt wurden dabei nach Ansicht von Neumann „the real social, political, and economic problems which National

²⁸ NA, RG 226, E 44, b 3, II, „Elimination of Nazi and Pro-Nazi Personnel from the German Banking Structure“, Foreign Economic Administration, Economic Institutions Staff.

²⁹ NA, RG 226, E 44, b 3, „Principles for the De-Nazification of Non-Government and Non-Party Organizations“ (R&A 1655.5.a), 8.8. 1944; die diesen Vorschlag rechtfertigende Bemerkung – „the burden of proof may justly be imposed upon them to clear themselves of the presumption of complicity“ – war allerdings bezeichnenderweise am Rand mit einem Fragezeichen versehen, wurde jedoch letztlich beibehalten (vgl. dazu NA, RG 59, R&A 1655.5A, „Dissolution of the Nazi Party and Its Affiliated Organizations“ – Supplement: „De-Nazification of Important Business Concerns in Germany“, 27.11. 1944). Offenbar war Marcuse auch der Verfasser dieses Entwurfs, vgl. dazu nächste Fußnote.

³⁰ NA, RG 59, R&A 1655.5A, „Dissolution of the Nazi Party and Its Affiliated Organizations“ – Supplement: „De-Nazification of Important Business Concerns in Germany“, 27.11. 1944 (mit einer etwa 1800 Namen umfassenden Liste führender deutscher Industrieller); vgl. auch die entsprechenden Unterlagen in NA, RG 226, E 44, b 3, insbesondere den ebenfalls von Marcuse ausgearbeiteten Entwurf: „Some Criteria for the Identification of Anti-Nazis in Germany. A political and social analysis“, 13.6. 1944; [später als R&A 2189 – mit gleichlautendem Titel – vom 15.11. 1944]. Die Autorenschaft Marcuses für alle diese Arbeiten geht hervor aus NA, RG 226, E 44, b 1, f: Division Review Committee Meeting, und b 2, f: Status of reports. Aus den R&A-Unterlagen ist allerdings nicht ersichtlich, ob der Nachtrag vom 27.11. 1944 später auch tatsächlich in den offiziellen Führer des War Department aufgenommen wurde.

Socialism has created“. Wie Neumann ausführte, war R&A dagegen „not concerned so much with eradicating Nazi ideology, but rather the Nazi system“³¹.

Tatsächlich benannte Neumann hier den qualitativen Unterschied, der – von den im doppelten Sinne des Wortes „abgeklärten“ Kompromißformeln der offiziellen Textversionen verdeckt – zwischen den von R&A vertretenen deutschlandpolitischen Vorstellungen und den Demokratisierungskonzeptionen der meisten anderen Washingtoner Regierungsstellen bestand³². Zwar wollten alle die Vernichtung des Nationalsozialismus als vorrangiges Kriegsziel verwirklicht sehen, doch zeichnete sich ab, daß darunter primär die Vernichtung des „dominant Nazi imprint“³³, also einer Art von „NS-Überbau“ verstanden werden würde. Den von R&A vertretenen Positionen lag dagegen das Neumanns Behemoth verpflichtete Verständnis zugrunde, „[that National Socialism is] but one form – though the most vicious one, – which the imperialist forces have assumed for the execution of their program“ und daß seine dauerhafte Ausschaltung deshalb nur durch tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen gewährleistet werden könne³⁴.

Die bereits angedeutete Unvereinbarkeit des von R&A entwickelten Verständnisses der Aufgaben und Funktionen einer Militärregierung in Deutschland und der vom War Department vorgegebenen Priorität von „law and order“ wird hier einmal mehr greifbar. Denn während sich die Entfernung des „dominant Nazi imprint“ mit dieser Priorität durchaus vereinbaren ließ, würden die von R&A für notwendig gehaltenen grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen eben kaum ohne „disorder and pain“ abgehen. Vordergründig war diese fundamentale Inkongruenz dadurch verdeckt, daß auch R&A immer wieder für eine sehr restriktiv verstandene, primär an pragmatischen Überlegungen orientierte und scheinbar unpolitische Rolle der Militärregierung eintrat. Doch während man damit im War Department tatsächlich die Vorstellung einer von langfristigen politischen Überlegungen möglichst unbehinderten, vorrangig an militärischen Notwendigkeiten orientierten Rolle der Militärregierung verband, knüpfte man in R&A ganz bestimmte politische Erwartungen und Hoffnungen an diese „unpolitische“ Rolle der amerikanischen Militärregierung. Denn selbst wenn die R&A-History die über rein operative Funktionen hinausgehenden Aufgaben einer Mi-

³¹ NA, RG 226, E 44, b 3, f: I.A. Fundamental Nazi Political Laws; R&A mußte in dieser Kontroverse eine Niederlage hinnehmen: der R&A-Entwurf wurde scharf kritisiert und schließlich zugunsten des FEA-Entwurfs abgelehnt, vgl. ebenda, f: May 3 Meeting State Dept. Die FEA kritisierte ihrerseits an den von R&A ausgearbeiteten Richtlinien zum „Problem of German Youth Under Military Government“ (NA, RG 59, R&A 1655.19, War Department Pamphlet No. 31–182, 29.7. 1944) das Fehlen jeglicher „reference to the need for ideological reorientation and guidance“ und die Vernachlässigung der nach Ansicht der FEA notwendigen „de-Nazification of the minds of the young“; in: NA, RG 226, E 44, b 4, FEA-Schreiben vom 1.7. 1944. Vor dem Hintergrund des von R&A vertretenen Verständnisses der Aufgaben und Möglichkeiten einer Militärregierung war es freilich nur konsequent, daß R&A keinerlei Konzeptionen für eine „Umerziehung“ entwickelte.

³² Vgl. dazu Friedrich, *Military Government and Democratization*, in: ders. (u. a.), *American Experiences in Military Government*, S. 3–22.

³³ So die Formulierung in dem FEA-Entwurf für den Civil Affairs Guide „Elimination of Nazi and Pro-Nazi Personnel from the German Banking Structure“, in NA, RG 226, E 44, b 3.

³⁴ NA, RG 226, E 1, b 1, f 8, „What is the Purpose of Military Government Over Germany?“, 22.9. 1943 (OSS/R&A: Europe-Africa Division – Psychological Warfare Subdivision, Central Europe Section).

litärregierung in dürren Worten zusammenfassen konnte – „military government should uproot and destroy all phases of Nazism and substitute anti-Nazi personnel for ousted Nazi officials; [. . .] after the wake of battle period its prime function would be the removal of obstacles to the emergence of democratic institutions“³⁵ –, so verbargen sich dahinter doch wieder dieselben politischen Konzeptionen, die auch den R&A-Analysen des nationalsozialistischen Deutschlands zugrunde lagen.

Was man unter „obstacles to the emergence of democratic institutions“ zu verstehen hatte, war beispielsweise in einem R&A-Arbeitspapier zum „Purpose of Military Government“³⁶ deutlich ausgesprochen: „the Nazi Party; the military caste; the Junker caste; the industrial monopolies“. Ähnlich wie in den Analysen zu Grundlagen und Herrschaftsmechanismen des nationalsozialistischen Regimes - besonders der Arbeit zur „Relation Between Aggression and Business Structure in Germany“³⁷ – bezeichnete R&A auch hier wieder die „destruction of the present concentration of socio-economic power“ in Deutschland als Grundbedingung für einen dauerhaften Frieden. R&A wies in diesem Zusammenhang erneut darauf hin, daß es in einflußreichen Kreisen Stimmen gab, die dafür plädierten, diese Grundbedingung ganz einfach durch die physische Zerstörung der deutschen Industrie zu schaffen. Wiederum wurde ein solches Vorgehen abgelehnt, weil es eine Erschütterung des wirtschaftlichen und sozialen Gefüges ganz Europas nach sich ziehen würde, und in R&A hielt man dies schlichtweg für „not only immoral but actually socially and economically impossible“.

Die einzig sinnvolle Alternative dazu lag nach Ansicht der Abteilung in „profound social transformations which break the power of those groups responsible for Germany’s aggressionist policies“. Dies war jedoch wiederum etwas, was nicht von einer Militärregierung geleistet werden konnte, sondern, wie R&A betonte, einzig und allein von denjenigen Gruppen in Deutschland, „who are opposed to the policies of imperial aggrandizement“. Die Militärregierung könne die Bestrebungen dieser „democratic groups“ allerdings erheblich erleichtern „by encouraging them, cooperating with them and avoiding material and ideological support of the Nazis, military leaders, Junkers, industrialists and the high civil servants“, die als die „traditional reactionary forces in Germany“ anzusehen seien. Abschließend wurde nochmals ausdrücklich die Duldung und sogar die aktive Unterstützung derjenigen Gruppen empfohlen, „that desire to carry out fundamental socio-economic changes (such as division of Junker estates, nationalization of monopolies and banks)“.

Derartige Empfehlungen lassen kaum Zweifel daran, daß die von R&A im Hinblick auf die Rolle der Militärregierung immer wieder befürwortete „purely negative function with respect to a future Germany“ in Wirklichkeit nicht ganz so „negativ“ gemeint war. Während manche der für die CAD ausgearbeiteten Führer eine nicht ganz so deutliche Sprache sprechen, hielt R&A an diesen Positionen grundsätzlich doch fest. So wurde – ähnlich wie schon in dem General Hilldring vorgelegten Memorandum – in dem von Marcuse ausgearbeiteten Führer zur „Dissolution of the Nazi Party and Its Affiliated Organizations“ in kaum zu übersehender Umkehrung der vom War

³⁵ Siehe die oben bereits zitierte Zusammenfassung der R&A „branch line“ (Anmerkung 13).

³⁶ NA, RG 226, E 1, b 1, f 8, „What Is the Purpose of Military Government Over Germany?“, 22.9. 1943.

³⁷ NA, RG 59, R&A 1145, 25.8. 1943, vgl. Kapitel IV, 2. Teil.

Department vorgegebenen Prioritäten ausgeführt, daß die im Interesse der Militärregierung liegende Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung von „law and order“ nur nach der Vernichtung des Nazismus möglich sei. Im Interesse der Sicherheit der Besatzungstreitkräfte sowie der Wiederherstellung von „law and order“ sei es deshalb angeraten, „[to show] leniency towards the spontaneous acts of the anti-Nazi opposition, and [. . .] harshness towards all Nazi elements“. In ähnlicher Weise wurde in dem ebenfalls von Marcuse ausgearbeiteten Guide zur „Policy Toward Revival of Old Parties and Establishment of New Parties in Germany“ empfohlen, daß Kommunisten, die Sabotageakte gegen von Nazis geleitete Firmen begingen, weniger streng bestraft werden sollten als Nazis, die Sabotageakte verübten. Diese Empfehlung wurde beibehalten, obwohl ein Vertreter der School of Military Government kritisiert hatte, daß es durchaus genüge, die Ausschaltung von Nationalsozialisten zum erklärten Ziel amerikanischer Politik zu machen, zumal die bevorzugte Behandlung bestimmter Gruppen durch die Militärregierung das Prinzip der Gleichheit verletze und überdies geeignet sei, diese Gruppen durch eine eventuelle Identifizierung mit der Besatzungsmacht zu diskreditieren³⁸.

Während sich R&A von diesem Einwand hier nicht beeindruckt ließ, nahm die Abteilung eben diese Argumentation in Entwürfen zu einem Civil Affairs Guide über „Military Government and Problems with Respect to the Jews of Germany“³⁹ auf. Dort wurde der Militärregierung nämlich empfohlen, den Eindruck zu vermeiden, „that the Jews are to be singled out for special treatment [. . .] Jews should receive the same treatment as other groups persecuted by the Nazis [. . .] Assistance should be based on need rather than preference.“ Zwar wurde eingeräumt, daß Juden aufgrund des Ausmaßes der von ihnen erlittenen Verfolgung zweifellos zu den Bedürftigsten gehörten und daß eine Militärregierung darauf vorbereitet sein müsse, sofortige Hilfsmaßnahmen zu leisten. Im Hinblick auf diese Hilfsmaßnahmen wurde jedoch nochmals betont: „In the distribution of food, as well as other forms of relief, Jews should be treated in the same way as other German citizens in need of special rations. Preferential treatment for Jews as such should be avoided.“⁴⁰ Während diese Empfehlungen

³⁸ NA, RG 59, R&A 1655.1, War Department Pamphlet No. 31–116, Civil Affairs Guide, „Policy Toward Revival of Old Parties and Establishment of New Parties in Germany“, 22.7. 1944; die Autorenschaft Marcuses geht hervor aus NA, RG 226, E 44, b 2, f: Status of reports. Die Kritik der School of Military Government findet sich in NA, RG 226, E 44, b 1, f: Editorial Committee Clearance, weitere Unterlagen in b 3. In deutscher Übertragung ist dieser Führer abgedruckt in Söllner, Archäologie der Demokratie, Bd. 1, S.207–224. Niethammer, Mitläuferfabrik, S.59, Anmerkung 102, listet diesen Führer ebenfalls auf, gibt allerdings in Klammern „State Dep. Off. of Int. Res.“ an, offenbar um dessen (Mit-)Autorenschaft zu kennzeichnen.

³⁹ NA, RG 59, R&A 1655.23 (Part I/II/III), Civil Affairs Guide (Draft), „Allied Military Government and the Jewish Problem“, 29.4. 1944 (und überarbeitete Versionen ((II und III)) vom 14.6. und 10.7. 1944); sowie die Unterlagen in NA, RG 226, E 44, b 2 und 4, wo als Verfasser dieser Entwürfe Sharp genannt wird. Obwohl aus den R&A-Unterlagen nicht hervorgeht, daß einer dieser Entwürfe als endgültige Version für einen Civil Affairs Guide angenommen wurde, war dies offenbar doch der Fall, vgl. Wiener Library, Tel Aviv, War Department Pamphlet No. 31–121, Civil Affairs Guide, „Military Government and Problems with Respect to the Jews in Germany“, 22.7. 1944.

⁴⁰ Vgl. zu diesen R&A-Empfehlungen jedoch Katz, Foreign Intelligence, S.72, wo ohne eingehendere Ausführungen behauptet wird, R&A sei dafür eingetreten, „that social provisions be made for the problems of Jews in postwar Europe as among other religious groups“.

damit begründet wurden, daß eine bevorzugte Behandlung von Juden durch die Militärregierung geeignet sei, „to perpetuate the distinctions of Nazi racial theory“, scheint sich in ihnen doch auch der in R&A-Studien immer wieder vertretene Standpunkt fortzusetzen, daß sich der nationalsozialistische Antisemitismus qualitativ nicht von anderen Terrormaßnahmen des NS-Regimes unterscheide. Für die in diesem Führer angesprochenen humanitären Maßnahmen folgte daraus nur die schließlich durchaus gerechtfertigte Gleichbehandlung aller Opfer nationalsozialistischer Verfolgung, doch hatte diese Haltung eben auch subtile politische Implikationen, wenn es um die künftige Rolle derer ging, die wegen ihrer politischen Aktivitäten zu Opfern der nationalsozialistischen Verfolgung geworden waren.

Die von der School of Military Government während der oben angesprochenen Kontroverse vertretene Ansicht, daß es geraten erscheine, allen deutschen Parteien zu mißtrauen und sie deshalb alle zu überwachen, fand so nur bedingt Widerhall in den von R&A formulierten Richtlinien. Die Notwendigkeit sorgfältiger Überwachung und Kontrolle durch die Militärregierung sah R&A eigentlich nur im Falle von nationalistischen rechten Parteien und Organisationen gegeben⁴¹. Zwar trat R&A nirgendwo für eine Bevorzugung bestimmter politischer Parteien ein, hielt aber gleichzeitig hartnäckig an dem Argument fest, daß es im wohlverstandenen Interesse der Militärregierung sei, „demokratische“, nämlich tiefgreifende Reformen anstrebende Kräfte zu fördern⁴². Zudem implizierte schon allein die von R&A vertretene Entnazifizierungskonzeption die Bevorzugung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen. Zum einen waren die Kriterien, nach denen die Entnazifizierung durchgeführt werden sollte, mit ihrer angestrebten Eliminierung der Herrschaftseliten ganz wesentlich darauf abgestellt, der sozialen Revolution, die nach Ansicht von R&A notwendige Vorbedingung einer echten Demokratisierung der deutschen Gesellschaft war, den Boden zu bereiten. Zum anderen sollte nach der von R&A vertretenen Konzeption im Zuge der Entnazifizierung aber auch die Etablierung einer demokratischen „Gegenelite“ begünstigt werden, die, wo immer möglich, aus den Reihen des Widerstands rekrutiert werden sollte⁴³. In diesem Zusammenhang kam die in R&A-Analysen zum nationalsozialistischen Deutschland entwickelte Vorstellung zum Tragen, daß die deutsche Arbeiterschaft keineswegs völlig nazifiziert sei, sondern sich vielmehr einen grundsätzlich demokratischen Geist bewahrt habe. Ähnlich wie in den R&A-Studien zum deutschen Widerstand, in denen eine sozialistischen Idealen verpflichtete Arbeiterschaft als Garant und Hoffnungsträger für das Weiterbestehen eines „anderen Deutschland“ erschienen war, gingen die in Vorbereitung der amerikanischen Besatzungspolitik ausgearbeiteten

⁴¹ NA, RG 59, R&A 1655.1., War Department Pamphlet No. 31–166, Civil Affairs Guide, „Policy Toward Revival of Old Parties and Establishment of New Parties in Germany“, 22.7.1944.

⁴² Sehr explizit ist in dieser Hinsicht die nach Abschluß des Civil Affairs-Programms entstandene (und deshalb nicht den offiziellen War Department-Papieren zuzurechnende!) R&A-Arbeit „The Revival of German Political and Constitutional Life Under Military Government“ vom 18.9.1944 (NA, RG 59, R&A 2076). In einer unzulänglichen, weil einige wichtige Punkte unzutreffend wiedergebenden Übersetzung ist diese Arbeit abgedruckt in Söllner (Hrsg.), Archäologie der Demokratie, Bd. 1, S. 225–254.

⁴³ Wie in NA, RG 59, R&A 2076, „The Revival of German Political and Constitutional Life Under Military Government“, 18.9.1944, betont wird: „even if they do not possess adequate administrative experience.“

R&A-Papiere nun davon aus, daß sich die wiederbegründeten Gewerkschaften als treibende Kraft einer tiefgreifenden Demokratisierung der deutschen Gesellschaft und damit auch als Hilfe für die Besatzungstruppen erweisen würden. Dementsprechend empfahl Neumann als Verfasser des Civil Affairs Guide „Labor Relations and Military Government“, daß die Militärregierung den wiederbegründeten Gewerkschaften möglichst viel Freiheit gewähren sollte: „The trade unions should have the right of free assembly, speech, and press, and free access to the radio and broadcasting on a nondiscriminatory basis provided only that such assembly, speech or writing does not interfere with military necessity or public security.“⁴⁴

Manche der in diesem Führer vertretenen Positionen mögen allerdings ähnlich zurückhaltend erscheinen wie die R&A-Empfehlungen zur Politik gegenüber den deutschen Kartellen. In der Diskussion um diesen Führer kritisierte die FEA, daß die Formulierungen des R&A-Entwurfes dazu tendierten, „to emphasize apparent military security at the cost of growth of democratic organizations and long-run military security“, und bemängelte beispielsweise, daß R&A der Arbeiterschaft zunächst nur die „Erlaubnis“ und nicht, wie die FEA forderte, das „Recht“, sich zu organisieren, geben wollte⁴⁵. Auffallend ist zudem, daß der Führer davon ausgeht, daß die wiederbegründeten Gewerkschaften auf Weimarer Strukturen zurückgreifen würden. Diese „konservative“ Sicht, in der eventuelle Fortentwicklungen keine Berücksichtigung fanden, ist den von einem Teil der R&A-Mitarbeiter angeblich gehegten Befürchtungen zugeschrieben worden, „daß der durchschnittliche Offizier der Militärregierung noch nicht einmal dieses erlauben würde, geschweige denn, daß sie die Einsicht hätten, eine vernünftige fortschrittliche Veränderung anzuleiten oder zu gestatten“⁴⁶. Der Rückgriff bzw. das Anknüpfen an institutionelle oder organisatorische Formen der Weimarer Republik wird allerdings auch in einigen anderen Civil Affairs Guides empfohlen, und es ist anzunehmen, daß derartige Empfehlungen durch mehrere Überlegungen motiviert waren. Vor allem dürfte die Annahme eine Rolle gespielt haben, daß das Anknüpfen an bekannte Strukturen angesichts des zu erwartenden Chaos in der unmittelbaren Nachkriegszeit gewisse pragmatische Vorteile haben und in akzeptablen vorläufigen Organisationsformen resultieren würde, ohne spätere Reformen auszuschließen⁴⁷.

⁴⁴ NA, RG 59, R&A 1655.28, War Department Pamphlet No. 31–159, Civil Affairs Guide, „Labor Relations and Military Government“, 22.7. 1944. Unterlagen in NA, RG 226, E 44, b 1, 2 und 7 identifizieren Franz Neumann als Verfasser dieses Führers. Vgl. außerdem NA, RG 59, R&A 1323.9, den „Labor“-Teil des „Civil Affairs Handbook Germany“, Army Service Forces Manual M 356–9, 3.6. 1944, von Franz Neumann und Oscar Weigert; dazu auch Wiesner, Die organisierte Arbeiterbewegung, in: Erd (Hrsg.), Reform und Resignation, S.172–182, sowie Fichter, Besatzungsmacht und Gewerkschaften, S.59 ff.

⁴⁵ NA, RG 226, E 44, b 7, f: VII.E. Miscellaneous 1655.28, Schreiben vom 22.4. 1944; wie obiges Zitat zeigt, ist diese Kritik offenbar berücksichtigt worden.

⁴⁶ Wiesner, Die organisierte Arbeiterbewegung, in: Erd (Hrsg.), Reform und Resignation, S.182.

⁴⁷ In diesem Zusammenhang wie Söllner, Archäologie der Demokratie, Bd.1, S.256 f., von einem „strategischen Traditionalismus“ im Sinne einer „vorweggenommene[n] Reaktion auf den erwartbaren Konservatismus der Militärregierung in Sachen Arbeiterbewegung“ zu sprechen, scheint überzogen; vgl. dazu z.B. den Vorschlag der Tarnow-Gruppe in Schweden, die für die unmittelbare Nachkriegszeit sogar die Übernahme des Verwaltungsapparates der DAF erwog, um eine möglichst schnelle Organisation der Arbeiter zu gewährleisten, in: NA, RG 226, E 115, b 32, f 37: Germany – Post War Reconstruction (Bericht aus Stockholm vom 19.10. 1943).

Davon abgesehen scheint man sich in R&A allerdings auch nicht so sicher gewesen zu sein, inwieweit sich die organisierte deutsche Arbeiterschaft tatsächlich für fortschrittliche Veränderungen stark machen würde. So rechnete man in R&A beispielsweise damit, daß eine wiederbegründete SPD in traditionellen Bahnen bleiben würde und die Mehrheit ihrer Mitglieder wieder aus den Reihen der Arbeiter im Alter von 30 bis 60 Jahren rekrutieren würde, denen, wie R&A meinte, vor allem an Frieden und möglichst großer gesellschaftlicher Stabilität gelegen sein würde. Zudem erwartete man, daß sich eine weitverbreitete Furcht vor dem Bolschewismus im Nachkriegsdeutschland zuungunsten der KPD, nicht aber notwendigerweise zugunsten der SPD auswirken würde. Statt dessen war nach Ansicht von R&A eher damit zu rechnen, daß die Nachkriegssituation den bürgerlichen Parteien und insbesondere der Zentrumsparterie eine Schlüsselposition verschaffen würde: „The Party may become the rallying ground for all forces that try to stabilize Central European society by preventing a social revolution as well as a new form of German imperialism.“⁴⁸

Doch obwohl diese – wie sich herausstellen sollte – durchaus realitätsnahen Visionen wenig Hoffnung darauf ließen, daß die politischen Ideale der in der Central Europe Section beschäftigten deutschen Emigranten im Nachkriegsdeutschland verwirklicht werden würden, verlor man in dieser R&A-Abteilung nur selten aus den Augen, daß diese Ideale eben auch nicht von einer Militärregierung umgesetzt werden konnten. Die meisten der von R&A ausgearbeiteten Civil Affairs Guides bezeugen vielmehr einen derartig nüchternen Pragmatismus, daß der von der R&A-History erhobene Anspruch, die Abteilung sei beständig bestrebt gewesen, der Militärregierung keinerlei „messianische“ Rolle zuzuweisen, schon fast als Understatement erscheint. Immer wieder wird in diesen Führern davon ausgegangen, daß die Militärregierung aus pragmatischen Gründen bestehende Verwaltungs- und Organisationsformen übernehmen müsse und daß deutsches Personal – aus pragmatischen wie politischen Gründen - unter Kontrolle der Militärregierung weitreichende und durchaus auch politisch sensitive Verantwortungen zu übernehmen haben würde.

Die Ausnahmen, die dabei zuweilen doch gemacht wurden, reflektierten dann wieder Elemente aus den von Neumanns Behemoth beeinflussten R&A-Studien zu Grundlagen und Herrschaftsmechanismen des NS-Regimes. Sobald es etwa um das deutsche Beamtentum ging, unterschieden die von R&A ausgearbeiteten Richtlinien in einer Weise zwischen einzelnen Gruppen, die an die von Neumann in Behemoth getroffene Unterscheidung zwischen „jenen mit politischer Entscheidungsmacht und denen, die lediglich ausführende Organe sind“, erinnert. Als Beispiel für die ersteren hatte Neumann die „Ministerialbürokratie“ genannt, für die letzteren nannte er „die Polizei und unteren Verwaltungsbehörden“⁴⁹. Der R&A-Entwurf zu „Principles of Administration and Civil Service in Germany“⁵⁰ sah denn auch prompt die Entlassung aller hochgestellten Staatsbeamten vor – nach R&A-Schätzungen ungefähr 7760 Personen.

⁴⁸ NA, RG 59, R&A 1655.1, War Department Pamphlet No. 31–166, Civil Affairs Guide, „Policy Toward Revival of Old Parties and Establishment of New Parties in Germany“, 22.7. 1944.

⁴⁹ Neumann, Behemoth, S. 430.

⁵⁰ NA, RG 59, R&A 1655.12, War Department Pamphlet No. 31–113, Civil Affairs Guide, „General Principles of Administration and Civil Service in Germany“, 22.7. 1944; der Titel dieses Führers wurde mehrfach geändert; Verfasser war nach NA, RG 226, E 44, b 1 und 2 Otto Kirchheimer; zur Diskussion um diesen Führer siehe ebenda, b 3.

In der Diskussion um diesen Entwurf kehrte sich die zwischen R&A und FEA übliche Frontstellung um, denn die FEA ließ es sich nicht entgehen, ihrerseits nun endlich einmal R&A wegen der zu erwartenden Überlastung der Militärregierung kritisieren zu können. In R&A gestand man daraufhin zwar zu, daß sich die aus diesen Maßnahmen erwachsende Arbeitsbelastung für die Militärregierung in der Tat als beträchtlich erweisen könnte, hielt dies jedoch für eine Übergangsperiode für unvermeidlich, da die Beibehaltung von NS-Personal schließlich nicht vertretbar sei. Andererseits hielt man in R&A aber eine Übernahme weiter Teile der Kriminalpolizei – nach einer gründlichen Entnazifizierung und unter strikter Überwachung der Militärregierung – für durchaus vertretbar und argumentierte, daß der Militärregierung nicht zuletzt wegen des befürchteten nationalsozialistischen „Untergrunds“ eine schlagkräftige Polizei zur Verfügung stehen müsse⁵¹.

Während der Umfang der von R&A für das War Department geleisteten Arbeit mit den hier aufgeführten Beispielen lediglich angedeutet werden kann⁵², kommt die Eigenart dieser Arbeiten – insbesondere die in ihnen vertretene politische Linie – deutlich zum Ausdruck. Es ist nicht zuletzt die Gebrochenheit dieser politischen Linie, die diese Arbeiten charakterisiert. Zu einem Teil ist diese Gebrochenheit wohl tatsächlich, wie Söllner vermutet hat, durch „das politische Realitätsprinzip, das dem utopischen Entwurf eines sozialistischen Nachkriegsdeutschlands mit der ‚law and order‘-Herrschaft der Militärregierung in den Weg treten mußte“⁵³, zu erklären. Die Civil Affairs Guides waren Auftragswerke des War Department, und in R&A bewies man – zumindest vordergründig – beträchtliches Einfühlungsvermögen in die Interessen dieses Auftraggebers. Dabei versuchte R&A jedoch, die im Interesse des War Department liegende Beschränkung der Aufgaben und Kompetenzen einer Militärregierung dahingehend zu interpretieren, daß eine wirkliche Demokratisierung der deutschen Gesellschaft nicht von einer Militärregierung dekretiert und autoritär durchgesetzt werden könne, sondern nur von den Deutschen selbst geleistet werden konnte. Die mit den Anfängen eines solchen Demokratisierungsprozesses unweigerlich verbundenen Unruhen und Unwägbarkeiten ließen sich – trotz gegenteiliger Versicherung von R&A – freilich kaum mit der als Priorität der Militärregierung vorgegebenen Wiederherstellung von „law and order“ und der unter dem Gesichtspunkt von „military necessity“ ebenso wichtigen Wiederaufnahme grundlegender öffentlicher Dienstleistun-

⁵¹ NA, RG 59, R&A 1655.2, War Department Pamphlet No. 31–107, Civil Affairs Guide, „Police and Public Safety in Germany“, 22.7. 1944; nach NA, RG 226, E 44, b 2 von John Herz ausgearbeitet. Katz, Foreign Intelligence, S.47 und Anmerkung 52, nennt Franz Neumann als Verfasser dieses Führers. Höchstwahrscheinlich handelt es sich dabei um ein Mißverständnis. Neumann mag zwar am „clearance“-Prozeß dieses Guides beteiligt gewesen sein, doch waren die Arbeiten für die Civil Affairs Guides insgesamt nach thematischen Schwerpunkten aufgeteilt – also z. B. „economic guides“, „labor guides“, „adjustment of the administrative system“, etc. Für den letztgenannten Bereich, zu dem auch der hier diskutierte Führer gehörte, waren in erster Linie John Herz und Otto Kirchheimer zuständig, während Franz Neumann als R&A-„labor“-Spezialist eingeteilt war.

⁵² Für eine Auflistung aller von R&A ausgearbeiteten Civil Affairs Guides siehe Anhang; vgl. auch NA, RG 59, R&A 1458, „Research in Preparation of AMG in Germany“, [o.D.]; eine Auflistung aller Civil Affairs Guides findet sich in NA, RG 59, R&A 2438, „The Civil Affairs Guide Program for Germany: An Analysis of its Principles and Aims“, 23.10. 1944.

⁵³ Söllner (Hrsg.), Archäologie der Demokratie, Bd. 1, S.203.

gen vereinbaren. R&A versuchte, diesem Dilemma durch weitgehende Kompromißbereitschaft in bezug auf die Wiederherstellung technischer und administrativer Dienstleistungen zu begegnen, und hatte insofern kaum Skrupel, in diesen Bereichen immer wieder die vorläufige Beibehaltung bestehender Institutionen und Organisationsformen zu empfehlen⁵⁴. Während R&A dabei in einigen Fällen – wie beispielsweise den Kartellen – extrem weit gehen wollte, um die Militärregierung vor „politischen“ Aufgaben zu bewahren, hielt man andererseits aber auch hartnäckig an dem von der Abteilung als so wichtig erachteten Grundsatz fest, daß linke Gruppen durch die Militärregierung bevorzugt werden sollten, und konnte, was bemerkenswert erscheint, entsprechende Empfehlungen auch trotz expliziter Kritik des War Department in die Richtlinien einbringen⁵⁵.

Die hier diskutierte Problematik wird in einem nach Abschluß der Arbeiten an den Civil Affairs Guides von R&A verfaßten Bericht zum „Civil Affairs Guide Program for Germany“ in bezeichnender Weise angesprochen. Offenbar fühlte man in R&A nämlich die Notwendigkeit, sich gleichzeitig gegen den Vorwurf, daß die Civil Affairs Guides den traditionellen MG-Grundsatz größtmöglicher Nichteinmischung mißachteten, und gegen die entgegengesetzte Kritik verwehren zu müssen, daß die in den Führern gegebenen Richtlinien den in Deutschland notwendigen Veränderungen nicht ausreichend Rechnung trügen: „While the Guides are never interventionist to an unnecessary degree, and while they utilize the existent framework whenever possible, they definitely represent a positive program of action; i. e., they advocate extensive participation by Military Government, in both the planning and execution of measures changing radically the pattern of German life.“

Das eigentliche Dilemma war damit aber bestenfalls angedeutet, keinesfalls gelöst. Denn letztlich gründete es in der Frage, wie radikal die angestrebte Veränderung der Strukturen deutschen Lebens sein sollte – radikal im demokratisch-liberalen Verständnis amerikanischer Prägung mit dem Ziel, das nationalsozialistische Deutschland zu einer „fair replica of the New Deal“ umzuformen⁵⁶, oder radikal im Sinne der in der Tradition der europäischen Arbeiterbewegung stehenden R&A-Emigranten, die auf „profound socio-economic changes [. . .] through the efforts of those German groups who are opposed to the policies of imperial aggrandizement“ hofften⁵⁷.

⁵⁴ Am krasssten vielleicht in NA, RG 59, R&A 1759.1, War Department Pamphlet No. 31–145, Civil Affairs Guide, „Administration of German Roads and Motor Transport“, 22.7. 1944: „The Nazi German road administration is an efficient centralized organization [. . .] headed by men who know and have worked with the problems of the country as a whole, and it is served by specialized research organizations and technical staffs [. . .] The Allies would be unwise to reorganize, decentralize, or ignore it at a time when they will have to cope with tremendous national and international problems connected with the distribution of supplies and the repatriation of peoples.“

⁵⁵ Vgl. dazu auch die im folgenden ebenfalls angesprochene Studie NA, RG 59, R&A 2438, „The Civil Affairs Guide Program for Germany: An Analysis of its Principles and Aims“, 23.10. 1944: „The principle of equal treatment of all political parties [. . .] will not be immediately applicable in post-war Germany“; in dem Abschnitt über die von der Militärregierung anzustrebende „Promotion of Liberal and Democratic Institutions“ wird wiederum „Protection of the Rights of Labor“ an erster Stelle angeführt.

⁵⁶ Dies hatte R&A im Hinblick auf die Absichten der FEA gergewöhnt, siehe oben S. 126.

⁵⁷ NA, RG 226, E 1, b 1, f 8, „What is the Purpose of Military Government?“

Gerade an dieser Frage scheint die von R&A vertretene politische Linie aber zweifach gebrochen. Denn daß die Civil Affairs Guides einerseits die Hoffnungen der linken Emigration auf ein Wiederaufleben der Linken und eine von ihr ausgehende entscheidende Gestaltungskraft in der Nachkriegszeit widerspiegeln, dann aber auch relativ unvermittelt die Vision danebenstellen, daß sich eine bürgerliche Mitte mit ihrer scheinbaren politischen Neutralität in einem politikmüden, vorrangig an materieller und sozialer Sicherheit interessierten Nachkriegsdeutschland als stärkste Kraft erweisen könnte, entsprang offenbar nicht nur der Befürchtung, daß die Militärregierung der Versuchung erliegen könnte, ihre legitimen Kompetenzen zu überschreiten und ihre tatsächlichen Wirkungsmöglichkeiten zu überschätzen, oder daß sie – „by a misguided emphasis on achieving ends that can be attained only by strengthening the power of the traditional ruling groups“ – einer Restauration der „herrschenden Klassen“ den Weg bereiten würde. Die Eindringlichkeit, mit der R&A diese Gefahren immer wieder beschwor, illustriert zwar, daß man allen Grund zu haben glaubte, vor solchen Entwicklungen warnen zu müssen. Doch darüber hinaus hegte man in R&A durchaus auch Zweifel an der politischen oder gar revolutionären Energie einer Linken, deren einstmals stärkste Kraft, die SPD, man als „greatly compromised by its failure to resist effectively the rise of the Nazi movement“ betrachtete⁵⁸. Gleichzeitig glaubte man in R&A in Rechnung stellen zu müssen, daß gerade die politische Linke unter der nationalsozialistischen Herrschaft viele ihrer führenden Persönlichkeiten verloren hatte und letztlich vollkommen atomisiert auf den Kampf ums nackte Überleben reduziert worden war. Zudem sah man früh die Möglichkeit eines unversöhnlichen Ost-West-Antagonismus, der nach Ansicht der Abteilung politisch fortschrittlichen Entwicklungen in Deutschland nur abträglich sein konnte. Vor dem Hintergrund all dieser Überlegungen schien es wohl naheliegend, daran zu denken, daß hochfliegende Hoffnungen auf eine vitale Linke und deren energisches Streiten für die Verwirklichung sozialistischer Ideale sich in der relativen Bequemlichkeit des Exils ganz anders ausnehmen mochten als unter den desolaten Bedingungen der unmittelbaren Nachkriegszeit.

Wie bereits angedeutet, erschöpfte sich jedoch der Beitrag der R&A-Branch zur Planung und Vorbereitung der amerikanischen Besatzungspolitik nicht in der Ausarbeitung dieser Civil Affairs Guides. Neben diesen politisch „brisanten“ Arbeiten steuerte R&A auch das voluminöse, als rein informatives Nachschlagewerk gedachte Civil Affairs Handbook Germany bei⁵⁹. Dieses Handbuch war vom War Department ebenfalls im Frühjahr 1943 in Auftrag gegeben worden⁶⁰; es umfaßte nach seiner Fertigstellung im Sommer 1944 siebzehn einzelne Bücher – einige davon über 200 Seiten stark –, die den Offizieren der US-Militärregierung in Deutschland als „ready reference source

⁵⁸ Hier zit. aus NA, RG 59, R&A 1549, „The Social Democratic Party of Germany“, 1.9. 1945; ähnliche Beurteilungen finden sich in einer Reihe anderer R&A-Arbeiten, vgl. z.B. NA, RG 59, R&A 992, „The Underground Movement in Germany“, 27.9. 1943; NA, RG 59, R&A 1655.1, War Department Pamphlet No. 31–116, Civil Affairs Guide, „Policies toward Revival of Old Parties and Establishment of New Parties in Germany“, 22.7. 1944; diese Arbeiten auch zum Folgenden.

⁵⁹ NA, RG 59, R&A 1323.1–17, Army Service Forces Manual M356–1, Civil Affairs; siehe auch NA, RG 59, R&A 1458, „Research in Preparation of AMG in Germany“, [o.D.].

⁶⁰ NA, RG 226, E 59, II, Minutes of Meetings: 31.3. 1943.

books containing the basic factual information needed for planning and policy making“ dienen sollten⁶¹. Diese Bücher behandelten Themen wie den sozialen Hintergrund des nationalsozialistischen Deutschlands, den NS-Regierungsapparat sowie die in den besetzten Staaten Europas errichteten deutschen Besatzungsregime, Geographie, Industrie und Wirtschaft sowie das öffentliche Dienstleistungswesen. In die Ausarbeitung dieser Handbücher scheinen immer wieder auch relevante Abschnitte der R&A-Studien zum nationalsozialistischen Deutschland eingeflossen zu sein, wobei freilich der als neutral und informativ postulierte Charakter dieser Handbücher die Übernahme deutlich interpretierender oder gar wertender Passagen im allgemeinen ausschloß⁶². Dennoch setzt sich in manchen dieser Handbücher das für R&A-Arbeiten so charakteristische Bestreben fort, gesellschaftliche und politische Verhältnisse in ihren historischen Kontext zu stellen und sie aus ihrer historischen Entwicklung heraus zu erklären, womit sich nicht selten – wenn auch nur verdeckt – doch wieder politische Implikationen verbanden⁶³.

Die von R&A/Washington im Auftrag des War Department geleisteten Arbeiten bildeten schließlich auch die Grundlage für den Beitrag, den die R&A-Außenstelle in London für die in Großbritannien stationierten Planungsstäbe des Militärs sowie für das in Shrivenham eingerichtete Ausbildungslager für Offiziere der künftigen Militärregierung leistete⁶⁴. Freilich litt auch die Arbeit von R&A/London spürbar unter dem Fehlen grundlegender politischer Richtlinien; zudem wurde die Arbeit des Londoner R&A-Büros aber auch noch erheblich durch die ungeklärte Verteilung von Kompetenzen zwischen den verschiedenen militärischen Stellen in Großbritannien behindert. Letzteres ließ R&A/London im unklaren darüber, mit welchen Abteilungen man in erster Linie zusammenarbeiten sollte, und so schwankten die Mitarbeiter von R&A/London immer wieder zwischen hochgespannten Erwartungen an die politische Bedeutung und Reichweite der von ihnen geleisteten Arbeit und dem Gefühl, daß ihre Bemühungen letztlich doch im Sande verlaufen würden. So herrschte nach anfänglichem Enthusiasmus gegen Ende 1943 in der Abteilung ein Gefühl der Frustration vor, doch die ersten Monate des Jahres 1944 brachten dann einen raschen und zunächst vielversprechend erscheinenden Auf- und Ausbau der Beziehungen zwischen R&A/London und

⁶¹ NA, RG 59, R&A 1323.1, Introduction.

⁶² Söllner, *Archäologie der Demokratie*, Bd. 1, S. 91 ff., knüpft an den von ihm in deutscher Übertragung auszugsweise abgedruckten Teil 1323.2T des Handbuchs zu „Government and Administration: Economic Controls in Nazi Germany“, 1.2. 1944, weitreichende Hypothesen.

⁶³ Politische Implikationen in dem Sinne, den etwa Dorn, *Debate over American Occupation Policy*“, in: PSQ 72/4, besonders S. 483 ff., mit dem Zusammenhang zwischen „wartime ‚images‘ of National Socialism“ und den davon beeinflussten Vorstellungen zur Nachkriegspolitik gegenüber Deutschland angedeutet hat. Vgl. in diesem Zusammenhang auch Katz, *Foreign Intelligence*, S. 73 ff., zu dem laut Katz u. a. von Felix Gilbert verfaßten Abschnitt 1323.1A des Handbuchs zum „Background of the Nazi Regime“, 18. 10. 1944.

⁶⁴ Dazu und zum Folgenden NA, RG 226, E 91, b 9: *War Diary, R&A-Branch, OSS London, Vol. 8: Civil Affairs*. Zu den anfänglich in Großbritannien, später auch in Frankreich stationierten und schließlich nach Deutschland vorrückenden militärischen Stellen, die mit der Planung und Vorbereitung der amerikanischen Besatzungspolitik befaßt waren, vgl. Ziemke, *The U.S. Army in the Occupation of Germany*, S. 23 ff., Zink, *Military Government in Germany*, S. 12 ff., bei beiden Autoren auch eine kritische Darstellung der Verhältnisse – insbesondere des Ausbildungsprogramms – in Shrivenham. Außerdem: Clark, *Conflict over Planning*, in: Friedrich (u. a.), *American Experiences in Military Government*, S. 211 ff.

G-5/SHAEF, der mit Civil Affairs befaßten Abteilung des Supreme Headquarter Allied Expeditionary Forces (SHAEF). In R&A gewann man zunehmend den Eindruck, daß man entscheidend zu der von G-5 geleisteten Arbeit beitragen konnte, und in Shrivenham wurde die Unterstützung von R&A offenbar tatsächlich bald als „as welcome as the flowers in spring“ bezeichnet. Harold Deutsch, der inzwischen in London stationiert war, drängte R&A/Washington im März 1944, „[to] work literally day and night“, um das Büro in London mit dringend benötigten Studien zu versorgen, denn, wie er hinzufügte: „We are all convinced that there is virtually no limit to the ways in which we can be of service to Shrivenham.“ Für den von R&A/London geleisteten Beitrag zum Ausbildungsprogramm in Shrivenham war Walter Dorn zuständig⁶⁵. Er arbeitete in dieser Funktion beispielsweise an einer in Shrivenham organisierten Manöverübung mit, in der fiktiv die Übernahme Hessens durch die Militärregierung durchgespielt wurde⁶⁶. Die verfügbaren Informationen und Unterlagen erwiesen sich dabei allerdings als unzureichend und wurden daraufhin von Dorn mit enormem Einsatz überarbeitet⁶⁷.

Die Deutschlandexperten von R&A/London arbeiteten im März 1944 schließlich auch ein Papier zu den „Civil Affairs Problems in Germany“ aus, das nach Bekunden des R&A War Diary die Planer in G-5 so beeindruckte, „that Dr. Armstrong [R&A/London] was associated with the German Country Unit in the virtual position of ‚assistant planner‘“. Dies verschaffte R&A/London die Möglichkeit, kontinuierlich zur Arbeit der German Country Unit beizutragen. Diese Einheit war im Februar 1944 eingerichtet worden⁶⁸; ihr Personalstab setzte sich aus britischen und amerikanischen Offizieren zusammen, die – freilich auch ohne klare politische Richtlinien – die alliierte Militärverwaltung vorbereiten sollten und dabei anfänglich noch von einer gemeinsamen anglo-amerikanischen Besatzungspolitik ausgingen. Arbeitsschwerpunkt dieser Einheit wurde die Ausarbeitung von Handbüchern für die Militärregierung, wobei sich die Unterstützung von R&A offenbar bald als so wertvoll erwies, „[that] G-5 officials [. . .] repeatedly expressed extreme eagerness to have OSS personnel available for consultation throughout the occupation period“⁶⁹.

Der sich aus den Kontakten mit diesen militärischen Stellen nährenden Enthusiasmus des R&A-Büros in London wurde jedoch bald wieder gedämpft, als die Abteilung

⁶⁵ Vgl. dazu Dorns Erinnerungen in Dorn, Inspektionsreisen in der US-Zone, S.24 ff.

⁶⁶ Diese Übung ist auch erwähnt bei Ziemke, *The U.S.Army in the Occupation of Germany*, S.65.

⁶⁷ Der praktische Wert der von R&A beigesteuerten Arbeiten ist unterschiedlich bewertet worden; überaus kritisch Zink, *American Military Government in Germany*, S.18; vgl. dagegen Nobleman's Diskussionsbeitrag zum Vortrag von Ziemke in Wolfe (Hrsg.), *Proconsuls*, S.72f., sowie Wiesner, *Die organisierte Arbeiterbewegung*, in: Erd (Hrsg.), *Reform und Resignation*, S.175 f.

⁶⁸ Vgl. dazu Ziemke, *The U.S.Army in the Occupation of Germany*, S.80ff., sowie Zink, *The United States in Germany*, S.18ff.

⁶⁹ NA, RG 226, E 1, b 1, f 3 (Rechenschaftsbericht der Europe-Africa Division); vgl. auch NA, RG 226, E 99, b 104, „Achievements of the Research and Analysis Branch During the Past Year“, 23. 4. 1945: „Brigadier General Holmes, who was in charge of Civil Affairs in ETOUSA, has stated that R&A ‚had provided G-5 [. . .] with better studies on Germany than the combined contribution of all other agencies [. . .] Our planning for Germany would have been impossible without the contribution of R&A research‘.“

nach ihrem anfänglichen Wissensvorsprung vor allem wegen Personalmangels hinter die bald mehr als 100 Mitarbeiter umfassende German Country Unit zurückfiel. Zunehmend fraglich erschien überdies, ob der Arbeit der in Großbritannien stationierten Planungsstäbe angesichts der ungeklärten Kompetenzen innerhalb des Militärs sowie der noch immer ausstehenden politischen Richtlinien für die Militärregierung letztlich überhaupt politische Relevanz zukommen würde. In der Tat wurde die German Country Unit im Spätsommer 1944 aufgelöst. Zwar übernahm die danach eingerichtete US-Kontrollratsgruppe einen Großteil des Personals der German Country Unit und baute auf die von ihr geleistete Arbeit auf⁷⁰; doch sah man sich in R&A/London durch diese Entwicklung in der Hoffnung getäuscht, politisch relevante Arbeit auf der Ebene von SHAEF leisten zu können.

Der Spätsommer 1944 brachte jedoch noch andere Entwicklungen, die die Bedeutung des von R&A geleisteten Beitrags zur Planung der amerikanischen Militärregierung in Frage zu stellen schienen. Die umfangreichen Arbeiten für die Civil Affairs Guides waren gerade abgeschlossen, und man glaubte in R&A, mit einiger Befriedigung feststellen zu können, daß das von den in Großbritannien stationierten Planungsstäben ausgearbeitete „Handbook for Military Government in Germany“, die sogenannte „SHAEF Bible“, viele der in den R&A-Guides entwickelten Überlegungen widerspiegelte, als dieses Handbuch dem amerikanischen Finanzminister Henry Morgenthau zu Augen kam⁷¹. Ebenso wie sein einflußreicher Assistent Harry Dexter White war Morgenthau der Ansicht, daß die in dem Handbuch formulierten Richtlinien völlig unzureichend seien, um eine Bedrohung des Friedens durch Deutschland künftig auszuschließen. Im Treasury Department entwarf man daraufhin alternative Grundsätze zur Behandlung Deutschlands, die unter der Bezeichnung „Morgenthau-Plan“ in die Geschichte eingegangen sind⁷². Der sogenannte „Morgenthau-Plan“ empfahl als Sicherheitsmaßnahme gegen künftige deutsche Aggressionen einen weitgehenden Abbau der deutschen Industrie und die unter dem Schlagwort „Pastoralisierung“ bekanntgewordene Reduktion der deutschen Wirtschaft auf den landwirtschaftlichen Bereich. Es gelang Morgenthau zunächst, den Präsidenten zur Billigung dieser Grundsätze zu

⁷⁰ Vgl. dazu Zink, *The United States in Germany*, S. 24 ff.

⁷¹ NA, RG 226, R&A-History, Civil Affairs Guides, S. 102. Holborn hat später gemeint: „It is probably correct to say that much of the thinking that Secretary Morgenthau objected to originated with the OSS.“ Holborn, *American Planning of Military Government*, in: ders., *Germany and Europe*, S. 253. Vgl. auch Clark, *Conflicts over Planning*, in: Friedrich (u. a.), *American Experiences in Military Government*, S. 211 ff. Zu der sich an diesem Handbuch entzündenden Kontroverse Ziemke, *The U. S. Army in the Occupation of Germany*, S. 83 ff. In der Literatur ist gelegentlich festgestellt worden, daß sich dieses Handbuch „auf der ausgewogenen Linie der Auffassungen des State Departments [hielt]“, hier nach Deuerlein, *Die Einheit Deutschlands*, Bd. I, S. 47; ähnlich z. B. Benz, *Von der Besatzungsherrschaft zur Bundesrepublik*, S. 22.

⁷² Siehe dazu Morgenthau, *Germany is Our Problem*; Blum, *Morgenthau Diaries, 1941–1945*, S. 327 ff., sowie Kimball, *Swords or Ploughshares*, und Backer, *From Morgenthau Plan to Marshall Plan*, in: Wolfe (Hrsg.), *Proconsuls*, S. 155–165. Es ist verschiedentlich vermutet worden, daß in Wirklichkeit Morgenthaus Assistent White der Spiritus rector des sog. „Morgenthau-Plans“ war (so z. B. Balabkins, *Germany Under Direct Controls*; vgl. auch den unten, Anmerkung 75, erwähnten Tagebucheintrag Sherman Kents), doch ist dies auch immer wieder entschieden zurückgewiesen worden, so z. B. Dorn, *American Occupation Policy*, PSQ 72/4, S. 494; ganz ähnlich Holborn, *American Planning*, in: ders., *Germany and Europe*, S. 259.

bewegen, und auch bei der im September 1944 in Quebec stattfindenden Konferenz zwischen Roosevelt und Churchill wurden die vom Treasury Department ausgearbeiteten Grundsätze zunächst angenommen. Sowohl Roosevelt als auch Churchill sahen sich allerdings bald veranlaßt, ihre in Quebec erklärte Zustimmung zum „Morgenthau-Plan“ unter dem Druck ihrer Berater und der öffentlichen Meinung zu widerrufen. Dennoch gelang es Morgenthau letztlich, nicht nur die Ausgabe des „Handbook for Military Government in Germany“ erheblich zu verzögern, sondern auch die Planungen für die amerikanische Besatzungspolitik in seinem Sinne zu beeinflussen. Der „Strafcharakter“ der für die amerikanischen Besatzungstruppen in Deutschland zunächst grundlegenden Direktive JCS 1067 ist dann auch allgemein auf Morgenthaus Einfluß zurückgeführt worden.

Diese sich im Spätsommer 1944 abzeichnenden Entwicklungen schienen darauf hinzudeuten, daß die von R&A bei der Planung und Vorbereitung der amerikanischen Besatzungspolitik geleistete Arbeit letztlich bestenfalls als allen politischen Überlegungen entkleidete, auf bloße Material- oder Datensammlungen reduzierte Hintergrundinformation zum Tragen kommen mochte. Hajo Holborn hatte schon Mitte August die Befürchtung geäußert, daß R&A angesichts der noch immer ausstehenden Regelung zentraler politischer Probleme kaum hoffen konnte, „to produce anything of value“⁷³. Auch die Bilanz, die in der R&A-History zur Arbeit an den Civil Affairs Guides gezogen wird, ist eher ambivalent. So wird einleitend darauf hingewiesen, daß der Rückblick auf die schwierige, ja geradezu verzweifelte Zeit, in der die Civil Affairs Guides entstanden, eher schlechte denn gute Erinnerungen wachrufe⁷⁴. Andererseits habe R&A selbst aber von dieser Arbeit profitiert, denn durch die anstrengenden, zahl- und endlosen Besprechungen zwischen den beteiligten Abteilungen der Europe-Africa Division sei die Atmosphäre innerhalb der Division verbessert worden. Zudem hätte sich R&A in den zahlreichen Besprechungen der im Zusammenhang mit dem Projekt gebildeten Ausschüsse und Unterausschüsse den Ruf einer Organisation erworben, „which had wrestled with practically every phase of military government in Germany, which had thought deeply and systematically of underlying problems, and which had come out of the turmoil with an enlightened basic position and some sound notions as to how it should be implemented“. Darüber hinaus hatte man in R&A schließlich trotz allem das Gefühl, mit der Ausarbeitung der Guides dem „national interest [. . .] if not perfectly, at least well“ gedient zu haben, denn, so wird argumentiert, „the guides had a fairly wide circulation in Washington at a time when everyone was groping for basic policy; a good many of them reached the planners in G-5/SHAEF [. . .] The content of nearly all of them became known to the officers of G-5 well in advance of the drafting of any final plans.“ Zudem beansprucht die R&A-History, daß die Führer „an important place in the directives of EAC“ gehabt hätten.

Auch die Intervention Morgenthaus machte den von R&A geleisteten Beitrag nach Darstellung der R&A-History keineswegs zunichte: „When the SHAEF Bible was recalled through action of the President and the Secretary of War the guides constituted the main corpus of thought on the problems of military government in Germany, and when the SHAEF Bible in revised form was issued, it incorporated practically all the

⁷³ Zit. nach Katz, Foreign Intelligence, S. 79.

⁷⁴ Dazu und zum Folgenden NA, RG 226, R&A-History, Civil Affairs Guides, S. 102 ff.

content of the Guides.“⁷⁵ Im übrigen glaubte man in R&A, daß die Guides, die gedruckt und als säuberlich gebundene Broschüren verteilt wurden⁷⁶, schließlich nicht ohne Einfluß auf die alltägliche Arbeit der Militärregierung bleiben würden. Auch wenn kaum anzunehmen sei, daß sich MG-Offiziere in allen Einzelheiten an die in diesen Guides gegebenen Empfehlungen halten würden, so war man in R&A doch der Überzeugung, daß ihre Maßnahmen von „philosophy and content of the guides“ geprägt sein würden.

Hajo Holborn hat später eine ähnliche Sicht vertreten, als er über die Civil Affairs Guides schrieb: „[They] incorporated some policies that had never been officially adopted, or in any event did not conform in important respects to the thinking of the highest American policy-makers [. . .] The influence of the whole undertaking should perhaps not be overrated, but it was of some consequence that the future MG officers were presented for the first time with a systematic analysis of the future military-government programs in Germany.“⁷⁷ Tatsächlich hätte Holborn die Bedeutung der Civil Affairs Guides guten Gewissens noch etwas höher veranschlagen können, denn General Hilldring, der Leiter der CAD im War Department, hatte sich ihm gegenüber in einem Anfang Februar 1945 stattfindenden Gespräch nicht nur sehr positiv über dieses Projekt geäußert, sondern den Führern auch einen gewissen Einfluß bei der Revision der Direktive JCS 1067 zugeschrieben⁷⁸.

Letztlich ist die politische Relevanz der von R&A im Rahmen des Civil Affairs-Programms ausgearbeiteten Materialien jedoch wohl nur schwer zu bestimmen – die Frage danach erübrigt sich aber keineswegs mit dem Verweis auf JCS 1067 und die durch diese Direktive bestimmten Maßnahmen der amerikanischen Militärregierung. Zwar mögen die hier vorgestellten R&A-Arbeiten nach Kriterien einer rigide verstandenen Diplomatiesgeschichte kaum eindeutig identifizierbare Spuren in den Dokumenten hinterlassen haben, die die offizielle amerikanische Besatzungspolitik definierten⁷⁹, doch waren schließlich weder die Civil Affairs-Handbücher noch die Verwaltungsführer auf dieser Ebene angesiedelt. Sie waren vielmehr als praktische Hilfen für eine Militärregierung konzipiert, deren Funktionen und Aufgaben sowohl zeitlich wie inhaltlich eng begrenzt sein sollten, wobei die Handbücher in erster Linie als informative Nachschlagewerke gedacht waren, während die Civil Affairs Guides letztlich unverbindliche Empfehlungen zur Handhabung und Lösung administrativer und politischer Problem gaben⁸⁰. Nur des-

⁷⁵ Vgl. dazu auch den bei Winks, Cloak & Gown, S. 94 zitierten Tagebucheintrag Sherman Kents, der feststellte, daß Kriegsminister Stimson der von R&A vertretenen Linie letztlich doch „step by step“ wieder Geltung verschaffte, „making the Harry White policy shrink into the background“. Zur Revision des Handbuchs vgl. Ziemke, *The U. S. Army in the Occupation of Germany*, S. 87 ff.

⁷⁶ Dazu auch NA, RG 226, E 37, b 2, f: Civil Affairs-Miscellaneous Correspondence: Check List of Civil Affairs Guides and Information Guides on Europe (Stand vom 1. 2. 1945).

⁷⁷ Holborn, *American Planning of the Military Government*, in: ders., *Germany and Europe*, S. 253.

⁷⁸ Bericht Holborns an William Langer, 10. 2. 1945, in NA, RG 226, E 37, b 2, f: Civil Affairs-Miscellaneous Correspondence.

⁷⁹ Vgl. zu dieser Problematik Zink, *The United States in Germany*, iv: „One of the strong impressions which the author carried with him out of both military and High Commission service in Germany was that, essential as official documents may be, they do not tell the whole story.“

⁸⁰ Vgl. dazu den in jedem Civil Affairs Guide als Vorbemerkung enthaltenen Hinweis (siehe Anhang).

halb war es überhaupt möglich, daß die in den Civil Affairs Guides gegebenen Empfehlungen zum Teil kaum mit der schließlich zur offiziellen Besatzungspolitik erklärten politischen Linie vereinbar waren⁸¹. In diesem Zusammenhang muß auch in Rechnung gestellt werden, daß die Arbeit am Civil Affairs-Programm noch vor der Intervention Morgenthau im Sommer 1944 abgeschlossen wurde und daß es auf der relativ untergeordneten Ebene dieser Führer offensichtlich möglich war, die von Morgenthau beeinflussten Revisionen weitgehend zu ignorieren. Freilich tritt man an dieser Stelle in die Kontroverse darüber ein, wie weit der Einfluß Morgenthau sich überhaupt auswirkte. Wie bereits angesprochen, ist der „Strafcharakter“ der offiziell bis Mitte 1947 geltenden Direktive JCS 1067 im allgemeinen auf Morgenthau Einfluß zurückgeführt worden. Morgenthau selbst hat die Ansicht vertreten, daß die von ihm entwickelten Grundsätze zur Behandlung Deutschlands seit der Konferenz von Quebec im September 1944 die offizielle Position der US-Regierung darstellten und daß darüber hinaus deutlich sei, „that in the Potsdam Declaration [...] the three principal Allies were seeking to carry out the objectives of that policy“⁸².

Andererseits ist immer wieder darauf hingewiesen worden, daß es, sobald Morgenthau Einfluß zum Tragen kam, auch sofort Bestrebungen gab, ihn soweit wie möglich zu unterlaufen⁸³, und gerade die Ergebnisse der Konferenz von Potsdam sind in diesem Zusammenhang als der entscheidende Durchbruch interpretiert worden⁸⁴. Während damit der „karthagische“ Charakter der die amerikanische Besatzungspolitik definierenden Dokumente nicht geleugnet wird, konzentrierte sich diese Argumentation auf einige in der endgültigen Form von JCS 1067 enthaltenen Formulierungen, die – zusammen mit den in Potsdam gefaßten Beschlüssen – eine gewisse Flexibilität bei der Umsetzung dieser Direktive erlaubten⁸⁵.

Auf dieser Ebene ist dann auch nach einem von den R&A-Arbeiten eventuell ausgehenden Einfluß auf die Formulierung von Richtlinien für die amerikanische Besatzungspolitik bzw. die alltägliche Praxis der Militärregierung zu fragen. Dabei gilt es jedoch wiederum zu berücksichtigen, daß diese R&A-Arbeiten lediglich Dienstleistungen einer nach Maßstäben der Washingtoner Regierungsbürokratie eher obskuren und reichlich kontroversen neuen Organisation waren, die keinerlei Entscheidungsbefugnisse hatte und ihrem Auftrag nach darauf beschränkt war, den etablierten Behörden zuzuarbeiten. Die in vielen Punkten bestehende Übereinstimmung zwischen den von R&A vertretenen Positionen und denen des State Department wird vor diesem Hintergrund im allgemeinen dazu führen, daß der Beitrag von R&A als bestenfalls sekundär eingestuft wird. Selbst wenn man dies als gerechtfertigt betrachten will, kann der Beitrag von R&A nicht, wie bislang, einfach ignoriert werden. Denn während die Versu-

⁸¹ Vgl. dazu den Bericht Holborns über sein Gespräch mit Hilldring und das entsprechende Kabel an Eisenhower in: NA, RG 226, E 37, b 2, f: Civil Affairs-Miscellaneous Correspondence.

⁸² Morgenthau, *Germany Is Our Problem*, xii.

⁸³ Siehe dazu z. B. Dorn, *The Debate over American Occupation Policy*, PSQ 72/4, S. 481–501; sowie Holborn, *American Planning of Military Government*, in: ders., *Germany and Europe*, besonders S. 261 ff.; vgl. auch ders., *American Military Government*, S. 41.

⁸⁴ So vor allem Gimbel, *American Occupation*, S. 1–8.

⁸⁵ Vgl. in diesem Zusammenhang das ebenda, S. 2, zitierte Kabel Clays vom 2. 12. 1945: „JCS 1067 as modified by Potsdam has proved workable.“ Vgl. außerdem JCS 1067/6 vom 26. 4. 1945, abgedruckt z. B. in: *Documents on Germany under Occupation 1945–1954*, S. 12 ff.

che des State Department, eine drastische Revision von JCS 1067 zu erreichen, zumindest für das erste Nachkriegsjahr auch dann noch als gescheitert angesehen werden müssen, wenn man die in Potsdam gefaßten Beschlüsse als erste Anzeichen einer konstruktiven Deutschlandpolitik verstehen will, läßt sich auf der Ebene, auf der die von R&A entworfenen Richtlinien angesiedelt waren, für eine gewisse Kontinuität einer von der „vae victis“-Phase kaum beeinflussten amerikanischen Deutschlandpolitik argumentieren. Im einzelnen wohl nicht näher bestimmbar, dürfte sie auch durch die von R&A ausgearbeiteten Civil Affairs Guides vermittelt gewesen sein, die den Besatzungsoffizieren im Hinblick auf JCS 1067 sicherlich gute Anleitungen für eine „Technik des Umgangs mit nicht bejahten Instruktionen“ boten⁸⁶.

Mit ihrem zentralen politischen Anliegen – dem Plädoyer für eine von der Militärregierung möglichst unbehinderte Entfaltung „demokratischer“, d. h. tiefgreifende Reformen anstrebender Kräfte und eine diese Kräfte abschirmende bzw. begünstigende Entnazifizierung – sind die von R&A ausgearbeiteten Civil Affairs Guides jedoch fraglos gescheitert. Doch angesichts der gelegentlich konstatierten, zuweilen nicht ohne gewisse europäische Überheblichkeit als typisch amerikanisch bezeichneten Tendenz, „die Grundwerte der eigenen [. . .] Verfassung für den Maßstab einer sinnvollen, guten Ordnung [. . .] zu halten und dementsprechend diese Grundwerte und andere damit zusammenhängende Sichtweisen politischen Handelns nicht nur zur Grundlage der eigenen Außenpolitik zu machen, sondern darin auch einen der wichtigsten Exportartikel für die gesamte übrige Welt zu sehen“⁸⁷, kann freilich der Wert der von R&A immer wieder unternommenen Versuche, die künftigen Besatzungsoffiziere für andere historisch gewachsene Maßstäbe zu sensibilisieren, kaum hoch genug veranschlagt werden⁸⁸.

Daß das Civil Affairs-Programm des War Department trotz seines Charakters als „short-term program“ für eine nur als Übergangslösung konzipierte Militärregierung das umfangreichste Planungsprogramm war, das während des Krieges von amerikanischer Seite entwickelt wurde⁸⁹, dürfte insgesamt allerdings lediglich geeignet sein, die eingangs erwähnte Kritik an der mangelhaften Vorbereitung der amerikanischen Besatzungspolitik zu modifizieren, nicht aber sie grundsätzlich zu entkräften. Die zentralen Fragen der amerikanischen, geschweige denn der alliierten Nachkriegspolitik waren durch dieses Projekt nicht erfaßt, sondern sollten und mußten vielmehr ausgeklammert werden.

⁸⁶ Mit dieser Formulierung beschreibt Graml, Zwischen Jalta und Potsdam, in: VfZ 24 (1976), S. 308 ff., den von ihm an einer Einzelstudie dargestellten Versuch, die von Washington vorgegebenen Direktiven auf MG-Ebene zu interpretieren; siehe insbesondere S. 314; vgl. auch die nachfolgend abgedruckten Dokumente der US Group CC.

⁸⁷ Hier aus Czempiel/Schweitzer, Weltpolitik der USA nach 1945, S. 28.

⁸⁸ Vgl. dazu Abschnitt IV.6 c der JCS 1067 ablösenden Direktive 1779, in dem der Oberbefehlshaber der amerikanischen Besatzungsstruppen am 11.7. 1947 amtlich davon in Kenntnis gesetzt wurde: „Your Government does not wish to impose its own historically developed forms of democracy and social organization on Germany and believes equally firmly that no other external forms should be imposed“; abgedruckt z. B. in: Department of State, Germany 1947–1949, S. 35.

⁸⁹ Holborn, American Planning of Military Government, in: ders., Germany and Europe, S. 253.

Kriegsziele als Hypothek für die Friedensordnung?

Eine der zentralsten und auch am frühesten aufgeworfenen, letztlich aber während des ganzen Krieges immer wieder ergebnislos diskutierten Fragen der Nachkriegsordnung betraf die territoriale Integrität Deutschlands⁹⁰. Im November 1941 deutete Churchill die von ihm mehrfach vertretene Vorstellung von einer Abtrennung Preußens bereits gegenüber Stalin an, als er in einem Telegramm feststellte, daß es am „Beratungstisch der Sieger“ in erster Linie darum gehen müsse, „Deutschland, und insbesondere Preußen, zu verhindern, uns ein drittes Mal anzufallen“⁹¹. Knapp einen Monat später unterbreitete Stalin dem britischen Außenminister Anthony Eden bei dessen Besuch in Moskau konkrete Vorschläge für eine Zerstückelung Deutschlands⁹². Damit war Ende 1941 nicht nur das wohl wichtigste Kriegs- oder, wenn man will, Friedensziel der Alliierten formuliert, sondern auch der die deutschlandpolitischen Diskussionen während der Kriegskonferenzen entscheidend prägende Vorschlag zur Verwirklichung dieses Zieles gemacht: Deutschland sollte dauerhaft als eine den Frieden bedrohende Macht ausgeschaltet werden; eine Aufteilung des Reiches in mehrere kleine Staaten schien geeignet, dies zu erreichen und zu sichern⁹³.

Damit hatte freilich auch begonnen, was ein Mitglied des vom State Department Anfang 1942 eingerichteten Advisory Committee on Post-War Foreign Policy rückblickend als die Jagd nach der „Fata Morgana der Zerstückelung“ bezeichnen sollte⁹⁴. Denn die Deutschlandexperten in London und Washington – ebenso wie anscheinend auch ihre Kollegen in Moskau⁹⁵ – bezweifelten, daß sich solche brachiale Methoden

⁹⁰ Vgl. dazu Schulz, „Dismemberment of Germany“, in: HZ 1987, Bd. 244, S. 29–92.

⁹¹ Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. III, 2, S. 180 f.

⁹² Edens Bericht über seinen Besuch in Moskau findet sich in Churchill, ebenda, S. 294 f., und ausführlicher in Ross, *The Foreign Office and the Kremlin*, S. 82 f., sowie in Edens Memoiren, *The Reckoning*, S. 285 ff.

⁹³ Zu den Diskussionen über eine Aufteilung Deutschlands Deuerlein, *Die Einheit Deutschlands*, Bd. I; Graml, *Die Alliierten und die Teilung Deutschlands*.

⁹⁴ Mosely, *Die Friedenspläne der Alliierten*, in: *Europa-Archiv*, 1950/I, S. 3034; vgl. zur Arbeit des Komitees außerdem Moltmann, *Die frühe amerikanische Deutschlandplanung*, in: *VfZ* 1957, S. 241–264, insbesondere S. 252 ff.; sowie Department of State, *Postwar Foreign Policy Preparation, 1939–1945*, S. 69 ff., und Wala, *Winning the Peace*, S. 48 ff.

⁹⁵ Vgl. dazu vor allem die während der Moskauer Außenministerkonferenz abgehaltenen Gespräche am 25. 10. 1943: FRUS 1943, Vol. I, General, S. 513 ff., 629 ff.; FRUS, *Conferences at Cairo and Tehran*, S. 183–186; insbesondere in Moselys Darstellung scheinen die Außenminister darin übereinzustimmen, daß sich im Hinblick auf die Frage einer Aufteilung Deutschlands eine Diskrepanz zwischen den Empfehlungen von Expertengremien und der Haltung „höchster Regierungsstellen“ abzeichnete, vgl. Mosely, *Die Friedenspläne der Alliierten*, in: *Europa-Archiv* 1950/I, S. 3035, sowie Holborn, *Political Collapse of Europe*, S. 174 f. Zur Haltung Moskaus vgl. auch den OSS-Bericht in FDRL, PSF/Subject, b 168, „Russian Policy Toward Germany“, 8. 7. 1944: „Soviet circles [in the US] state that a dismemberment of Germany will not meet with Moscow's approval.“ Außerdem: Fischer, *Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg*; Mastny, *Russia's Road to the Cold War*. – Einigkeit im Hinblick auf diese Frage bestand allerdings auch in den Planungsstäben nicht; so war bspw. Sumner Welles, der in Abwesenheit Außenminister Hulls den Vorsitz im Advisory Committee on Post-War Foreign Policy führte, ein entschiedener Befürworter einer Zerstückelung Deutschlands, vgl. Welles, *The Time for Decision*, S. 336 ff.; für die britische Seite vgl. King, *Allied Negotiations and the Dismemberment of Germany*, in: *JCH* 16/3 (1981), S. 587, und BurrIDGE, *Great Britain and the*

längerfristig als politisch sinnvoll erweisen würden. Doch wie sich bald zeigen sollte, konnten in „den fortgeschrittenen Phasen des Krieges [...] fachmännische Theorien nur schwer gegenüber spontanen politischen Willensäußerungen standhalten“⁹⁶. Trotz der Bedenken ihrer Experten mochten die „Großen Drei“ dieses Thema nicht fallenlassen, ohne sich freilich auch nur annähernd auf eine Teilungskonzeption einigen zu können. Noch auf der Konferenz von Jalta Anfang Februar 1945 war und blieb diese zentrale Frage der Nachkriegsordnung unbeantwortet; letztlich einigte man sich nur darauf, ein „Dismemberment Committee“ einzusetzen, das sich eigens mit dieser Problematik befassen sollte, dies aber nicht ernsthaft tun brauchte, weil die Sowjetunion Ende März durchblicken ließ, daß sie nicht an einer Zerstückelung Deutschlands interessiert sei⁹⁷.

Als Historiker – nicht mehr als R&A-Mitarbeiter – hat Hajo Holborn den „Großen Drei“ später ein schlechtes Zeugnis ausgestellt, wenn er die Protokolle ihrer deutschlandpolitischen Diskussionen als „painful reading“ bezeichnete. Holborn kritisierte in diesem Zusammenhang nicht nur das Festhalten der „Großen Drei“ an ihren Zerstückelungsplänen, sondern bemängelte auch, daß die von ihnen formulierten Vorschläge zu deren Durchführung so ganz offensichtlich „not [...] on familiarity with German history and German conditions“ gründeten⁹⁸. Kaum weniger schwer dürfte allerdings gewogen haben, daß die vorrangige Erörterung von Zerstückelungsplänen auf der Ebene der „Großen Drei“ einen bedenklichen Mangel an politischem Sinn und Verständnis dafür bezeugte, wie Kriegsziele in Friedensziele zu übersetzen seien. Denn daß eine Zerstückelung Deutschlands von den Siegermächten nur gewaltsam durchgesetzt und auf absehbare Zeit auch nur gewaltsam aufrechterhalten werden konnte, war kaum zu bezweifeln; daß auf dieser Basis eine stabile Friedensordnung für Europa aufgebaut werden könnte, war dagegen kaum zu hoffen.

Daß die „Großen Drei“ diesen Gedanken dennoch nicht aufgeben wollten, blieb schließlich nicht ohne Folgen für die Arbeit der Planungsstäbe. Denn solange diese zentrale Frage nicht gelöst war, mußten die Planer mit so vielen „Unbekannten“ rechnen, daß konkrete Planungen für die Nachkriegspolitik kaum möglich waren. Gleichzeitig setzten die Zerstückelungspläne der „Großen Drei“ aber auch einen drastischen Kontrapunkt zu den maßvollen Programmen der Deutschlandexperten, indem sie „Vansittartism“⁹⁹ sozusagen hoffähig machten und letztlich einer Verschärfung der Nachkriegspolitik gegenüber Deutschland den Weg bereiteten. Damit verwickelte sich die alliierte Deutschlandplanung zunehmend in Widersprüche, denn viele der im letz-

Dismemberment of Germany, in: *International History Review* III/4 (1981), S. 565 ff. Zur britischen Deutschlandplanung insgesamt Kettenacker, *Krieg zur Friedenssicherung*.

⁹⁶ Moltmann, *Die frühe amerikanische Deutschlandplanung*, in: *VfZ* 5 (1957), S. 257 f.; für die britische Seite vgl. Rothwell, *Britain and the Cold War 1941–1947*, S. 41; ähnlich auch BurrIDGE, *Great Britain and the Dismemberment of Germany*, in: *International History Review* III/4 (1981), S. 569.

⁹⁷ Vgl. dazu Geyer, *Deutschland als Problem der sowjetischen Europapolitik*, in: Foschepoth (Hrsg.), *Kalter Krieg und Deutsche Frage*, S. 50–65.

⁹⁸ Holborn, *Political Collapse of Europe*, S. 174 f.

⁹⁹ Der Ausdruck „Vansittartism“ wird hier in dem von Dorn definierten Sinn einer „school of thought“ zu Fragen der alliierten Deutschlandpolitik in der Nachkriegszeit benutzt, vgl. Dorn, *American Occupation Policy*, in: *PSQ* 72/4 (1957), S. 484 f.

ten Kriegsjahr diskutierten Maßnahmen zur dauerhaften Eliminierung des deutschen Kriegspotentials ließen sich kaum noch mit den Visionen einer umfassenden Friedensordnung vereinbaren, wie sie schon in der Atlantik-Charta aufgeschienen waren und wie sie später im Rahmen der Vorbereitungen für die Gründung der Vereinten Nationen weiterentwickelt wurden¹⁰⁰.

R&A fand so in bezug auf Fragen der Nachkriegspolitik noch ein weites Betätigungsfeld vor, als sich die im Rahmen des Civil Affairs-Programms anfallenden Arbeiten für das War Department im Frühsommer 1944 ihrem Abschluß näherten. In R&A ging man davon aus, daß die Abteilung angesichts des in Washington immer bestehenden Bedarfs an „first-class political research on foreign countries“ gute Chancen habe, diese „Marktlücke“ mit entsprechend anspruchsvollen Arbeiten zu füllen¹⁰¹. Auch wenn R&A-Mitarbeiter gelegentlich bezweifelten, daß wissenschaftlich kompetente Analysen in der Washingtoner Bürokratie tatsächlich allgemein geschätzt wurden, glaubte man in der Abteilung doch, daß es eher ein „Vermarktungsproblem“ sei, wenn die für die Formulierung der US-Außenpolitik zuständigen Behörden R&A nicht regelmäßig mit den von ihnen benötigten Studien beauftragten.

Wie abteilungsinterne Richtlinien zur Ausarbeitung politischer Studien ausführten, konnte R&A durchaus hoffen, Gehör in den bedeutendsten Regierungsbehörden zu finden, ja man sah gar die Möglichkeit „to influence policy“. Voraussetzung dafür sei allerdings, „[that] those who decide policy have confidence in the quality and integrity, or straight-forward character, of our work“. Gleichzeitig war man sich in R&A im klaren darüber, daß die Abteilung nicht als „pressure group“ auftreten dürfe – „no matter how strongly we may believe we are ‚right‘“. Denn, wie man wohl ganz richtig erkannte: „In contrast with the readers of most of our economic and topographic reports, the readers of our political reports commonly have a prior conviction on the subject under discussion, convictions based on considerable knowledge of the material.“ Da R&A-Mitarbeiter nicht erwarten könnten, daß ihre Schlußfolgerungen unkritisch akzeptiert würden, sei es besonders wichtig, nachrichtendienstliche Berichterstattung und Analyse einerseits und politische Empfehlungen andererseits streng voneinander zu trennen. Berichte mußten völlig unparteiisch und informativ, nicht argumentativ gehalten sein; alle Empfehlungen – „whether explicit or veiled“ – seien zu vermeiden. Bei der Formulierung von politischen Empfehlungen sei deutlich zwischen Information einerseits und der Interpretation sowie den Schlußfolgerungen des Verfassers andererseits zu unterscheiden. Grundsätzlich mußten sich die R&A-Mitarbeiter um strikte Objektivität bemühen, und schon ihr Stil müsse diesem Ideal entsprechen:

¹⁰⁰ Zur Bedeutung ideeller Überzeugungen für die amerikanische Außenpolitik vgl. Schwabe, Die Ära Roosevelt, in: Schulz (Hrsg.), Die Große Krise der dreißiger Jahre, S.200–214. Allgemein zur US-Außenpolitik unter Roosevelt: Dallek, Franklin D. Roosevelt and American Foreign Policy.

¹⁰¹ Dazu und zum Folgenden NA, RG 226, E 1, b 3, „Draft of proposed guide to preparation of political reports“, [o.D.], sowie ebenda, b 9, f: Political Reports (Preparation of): „Guide to Preparation of Political Reports“, 5.5. 1944, und NA, RG 226, E 37, b 2, f: Civil Affairs-Research and Analysis Civil Affairs Committee, Protokoll der Sitzung am 31.7. 1944. Die Klage über die mangelnde Anerkennung der von R&A geleisteten Arbeit findet sich in NA, RG 226, E 1, b 3, f: Europe-Africa Division 1944, „Observations on the Use of Social Scientists in R&A“, 3.3. 1944.

„Generally speaking, ‚should‘ and ‚ought‘ – not to mention ‚must‘ are taboo. Value adjectives and nouns are to be avoided no matter how much they may appear to add literary quality.“¹⁰² Doch auch indirektere Wertungen – wie etwa die einseitige Auswahl von Informationen, die vor allem die Ansicht des Verfassers illustrierten – seien bewußt zu vermeiden.

Darüber hinaus hinge die Brauchbarkeit der in R&A ausgearbeiteten Studien aber auch von ihrer Gestaltung ab, denn alle potentiellen Interessenten stünden unter großem Zeitdruck und sähen sich sowieso schon mit enormen Mengen von Papieren konfrontiert. Dem müßten R&A-Arbeiten Rechnung tragen; jede Studie sollte deshalb eine Zusammenfassung enthalten, in der genau darzulegen sei, welche Fragestellungen untersucht würden, was die wichtigsten Punkte der Darstellung seien und welche Schlußfolgerungen daraus gezogen würden. Dem Rest des Berichts komme lediglich die Aufgabe zu, diese Zusammenfassung zu illustrieren bzw. zu belegen¹⁰³.

Angesichts der stets schwierigen Arbeitsbedingungen in R&A bezeugen diese Richtlinien bemerkenswertes Engagement. Dabei reflektieren sie in ihrer fast schon strategisch zu nennenden Ausrichtung einerseits hochgespannte Erwartungen im Hinblick auf die Möglichkeiten der Abteilung, mit ihren Arbeiten einen Beitrag zur Formulierung der amerikanischen Nachkriegspolitik zu leisten, andererseits aber auch das Bewußtsein, daß ein auf diese Ebene abzielender Beitrag keineswegs von vornherein erwünscht war und auch nicht ohne weiteres akzeptiert werden würde. Der grundsätzliche Optimismus, sich durch qualitativ hochstehende Arbeiten bei wichtigen Regierungsbehörden Gehör und Gewicht verschaffen zu können, war allerdings anscheinend nicht gänzlich unbegründet. Seit Anfang 1944 verzeichnen die von R&A geführten „Monthly Progress Reports“ zahlreiche Arbeitskontakte mit dem State Department, sprechen gar von enger Zusammenarbeit, und erwähnen immer wieder eine steigende Nachfrage an R&A-Studien¹⁰⁴. Zudem übernahmen einzelne R&A-Mitarbeiter auf Anfrage des State Department zunächst Teilzeitpositionen dort und wechselten schließlich ganz zum State Department über, was R&A ebenfalls „an outlet for substantial work“ verschaffte¹⁰⁵. Daneben blieb das War Department auch nach Abschluß der Arbeiten am Civil Affairs-Programm einer der Hauptabnehmer für R&A-Arbeiten, die JCS forderten ebenfalls häufig R&A-Studien an, und auch zahlreiche andere Washingtoner Behörden nahmen die Dienste von R&A in Anspruch.

¹⁰² Siehe hierzu auch das scharfe Selbstkritik enthaltende R&A-„Style Sheet“ in NA, RG 226, E 1, b 2, f: Administrative Office.

¹⁰³ Dazu auch NA, RG 226, E 1, b 2, f: State Department 1944/1945, „The Relation of R&A Papers to State Department Policy“, 16. 5. 1945.

¹⁰⁴ NA, RG 226, E 42: Research and Analysis Branch, Europe-Africa Division, Monthly Progress Reports, Sept. 1943 – June 1945.

¹⁰⁵ NA, RG 226, R&A-History, (Economic Subdivision), S. 35/36 f. Die R&A-History nennt in diesem Zusammenhang den Erdölexperten Walter Levy und den Wirtschaftswissenschaftler Emile Despres; Anfrage des State Department nach Mitarbeit von Despres in NA, RG 226, E 1, b 2, f: State Department 1944/1945. Seit Herbst 1944 arbeitete auch Edward Mason als Berater für das State Department (Department of State, Postwar Foreign Policy Preparation, S. 224), später fungierte er – laut Katz, Foreign Intelligence, S. 131 – als Deputy Assistant Secretary für Außenhandelspolitik und Kriegsschulden und als Wirtschaftsberater der US-Delegation während der Moskauer Konferenz 1947.

Anders als bei den R&A-Arbeiten zum nationalsozialistischen Deutschland, die offenbar häufig auf abteilungsinterne Initiative zurückgegangen waren und sich, sofern sie politische Analysen darstellten, auch nicht nach den unmittelbar drängenden Erfordernissen des Krieges richten müssen, waren die Themen und Fragestellungen nun meist vorgegeben – wenn nicht tatsächlich von den Auftraggebern, so vom Prozeß der Nachkriegsplanung. Dementsprechend wurden die zentralen Fragen der Nachkriegspolitik meist unter ganz bestimmten Gesichtspunkten untersucht, und insofern erforderten diese Arbeiten – sehr viel mehr als die Analysen des nationalsozialistischen Deutschland, die oft unverkennbar die Handschrift der Central Europe Section trugen – Zusammenarbeit mit den fachlich spezialisierten R&A-Abteilungen, insbesondere der Economics Division. Dabei blieb R&A jedoch stets bestrebt, eine zu starke Einengung des Gesichtsfeldes zu vermeiden, und immer wieder verwiesen R&A-Studien darauf, daß kaum eine Frage der Nachkriegspolitik isoliert betrachtet werden konnte. Letztlich führte dies nicht selten dazu, daß die entsprechenden Studien in ihren Aussagen eher vage schienen und es – wohl ganz im Sinne der oben erwähnten Richtlinien – vermieden, eindeutig Stellung zu beziehen. Statt dessen wurden verschiedene Möglichkeiten durchgespielt bzw. auf ihre Konsequenzen hin untersucht, und es blieb häufig dem Leser überlassen, konkrete Schlußfolgerungen selbst zu ziehen.

Freilich verstand es R&A, diese Schlußfolgerungen durch Anlage und Argumentation der jeweiligen Studie in eine ganz bestimmte Richtung zu lenken. Denn so sehr R&A um Objektivität bemüht war, so sehr war man in der Abteilung eben auch davon überzeugt, politische Vernunft und Sachargumente auf seiner Seite zu haben, wenn man für den Aufbau einer an den Prinzipien der Atlantik-Charta orientierten Friedensordnung plädierte. Bereits in den Analysen zu den Grundlagen und Herrschaftsmechanismen des NS-Regimes war deutlich geworden, daß man in R&A den Aufbau einer globalen Friedensordnung als übergreifenden Gesichtspunkt aller deutschlandpolitischen Überlegungen betrachtete. Auch die grundlegenden Züge der später von R&A vertretenen deutschlandpolitischen Konzeptionen waren in diesen Arbeiten schon erkennbar. Besonders in der Studie zur „Relation Between Aggression and Business Structure in Germany“¹⁰⁶ war – in deutlicher Anlehnung an die von Neumann in Behemoth formulierten Überlegungen – eine Deutschlandpolitik skizziert worden, die darauf abzielte, den Einfluß der Schwerindustrie auf die deutsche Politik als Vorbedingung für einen dauerhaften Frieden zu eliminieren, Autarkiebestrebungen durch die Einbindung der deutschen Wirtschaft in den europäischen bzw. internationalen Markt entgegenzuwirken und schließlich über eine Demokratisierung der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Strukturen Deutschlands eine Stabilisierung zu erreichen.

Während es die Arbeitsbelastung durch das Civil Affairs-Programm R&A zwischen Herbst 1943 und Frühjahr 1944 nicht erlaubt hatte, umfassende Studien zu den zentralen Fragen der Nachkriegspolitik auszuarbeiten, hatte die Formulierung der Richtlinien für die Civil Affairs Guides trotz der vom War Department verlangten politischen Abstinenz doch immer wieder eine zumindest rudimentäre Definition politischer Grundpositionen erfordert. Auch dabei war wieder deutlich geworden, daß

¹⁰⁶ NA, RG 59, R&A 1145, 25.8. 1943, siehe dazu Kap. IV., 2. Teil.

R&A in einer tiefgreifenden Demokratisierung Deutschlands die beste Garantie für Stabilität und Frieden sah. Anders als bei den offenbar häufig auf abteilungsinterne Initiative ausgearbeiteten Analysen zum nationalsozialistischen Deutschland war R&A im Rahmen der Arbeiten für das Civil Affairs Programm allerdings gezwungen gewesen, bei der Formulierung der eigenen Positionen die Vorstellungen anderer Regierungsbehörden, insbesondere die von War Department und State Department, zu berücksichtigen. Insgesamt hatte sich dabei abgezeichnet, daß R&A in vielen grundsätzlichen Fragen der Deutschlandpolitik weitgehend mit dem State Department übereinstimmte, denn obwohl R&A manche Akzente setzte, die nicht die Billigung dieses Ministeriums finden mochten, entsprachen die in der oben erwähnten Analyse zur „Relation Between Aggression and Business Structure in Germany“ skizzierten deutschlandpolitischen Vorstellungen ebenso wie die während der Arbeit am Civil Affairs-Programm formulierten Empfehlungen im wesentlichen den vom State Department vertretenen Konzeptionen¹⁰⁷.

Damit war die grundsätzliche Haltung der R&A-Branch in den zentralen Fragen der Nachkriegspolitik bereits vorgezeichnet: Der Aufbau einer stabilen Friedensordnung mußte nach Ansicht von R&A das vorrangige Ziel der Nachkriegspolitik sein, wobei die Verwirklichung dieses Ziels im Verständnis von R&A Maßnahmen ausschloß, deren Durchsetzung und Einhaltung nur durch Zwang und dauerhafte Überwachung bzw. Intervention gewährleistet werden konnte. Auf der Basis dieser Prämissen entwickelte R&A ein Set von Kriterien und Argumenten, das in allen Arbeiten zur Deutschlandpolitik der Nachkriegszeit als Folie für die Beurteilung der jeweils diskutierten Maßnahmen diente.

Die dabei formulierten Konzeptionen lassen sich exemplarisch anhand einiger im ersten Halbjahr 1944 ausgearbeiteter Positionspapiere nachzeichnen. Ein von den leitenden Mitarbeitern der Abteilung ausgearbeitetes Memorandum zu den „American Security Interests in the European Settlement“ kann hierbei als Grundsatzpapier für die von R&A vertretenen Positionen angesehen werden¹⁰⁸. In diesem Memorandum wurde ausgeführt, daß das amerikanische Interesse an der in Europa aufzubauenden Nachkriegsordnung „primarily one of security“ sei, wirtschaftliche Interessen seien dagegen lediglich „of distinctly secondary importance“. Sicherheit wurde in diesem Zusammenhang im Sinne einer stabilen Friedensordnung in Europa verstanden, wobei R&A

¹⁰⁷ Vgl. „The Political Reorganization of Germany“, 23. 9. 1943, in: Department of State, Postwar Foreign Policy Preparation, S. 558 ff.; siehe außerdem die Denkschriften in FRUS 1944 I, S. 302–325, sowie FRUS, Potsdam 1945 I, S. 456 ff., 586 ff.

¹⁰⁸ NA, RG 226, E 1, b 7, f: Director's Committee 1944–1945, R&A an Donovan, 17. 7. 1944, siehe außerdem die von Paul A. Baran verfaßte Denkschrift „Germany and the Post-War Balance of Power“ vom 16. 5. 1944 (ebenda), sowie einen Bericht zu „British Official and Unofficial Attitudes Towards Post-War Germany“ vom Mai 1944 (ebenda) und NA, RG 226, E 74, b 2f, Germany-Peace, insbesondere das gegenüber Großbritannien überaus mißtrauische Positionspapier des Londoner R&A-Büros zur „Three-Power Co-Operation and the Occupation of Germany“, [o. D.]; vgl. dazu auch Katz, Foreign Intelligence, S. 125 ff. – Interessant wäre eventuell ein Vergleich der von R&A entwickelten Konzeptionen mit den an der New School for Social Research bzw. am Institute of World Affairs erarbeiteten Positionen, vgl. dazu Krohn, Nachkriegsplanungen, in: Koebner/Sautermeister/Schneider (Hrsg.), Deutschland nach Hitler, S. 127 ff.; vgl. auch die bei Wala, Winning the Peace, S. 48 ff. erwähnten „War and Peace Studies“.

davon ausging, daß die Interessen der USA in Europa insofern eher indirekter Natur seien, als daß sie durch ein stabiles, weder von Großbritannien noch der Sowjetunion dominiertes Europa bereits gewahrt wären. Den USA mußte deshalb nach Ansicht von R&A vor allem daran gelegen sein, die Spaltung Europas in eine britische und eine sowjetische Einflußsphäre zu verhindern: „governments not exclusively oriented to either Russia or Britain are the sine qua non for the avoidance of very serious friction between these two powers, and thus for the security of Britain (and the United States).“ Diese „Neutralität“ Europas konnte nach Ansicht von R&A nur durch eine Intensivierung der innereuropäischen Beziehungen erreicht werden; längerfristig bedeute dies „some form of European union not directed against either Britain or Russia, but integrated with both“.

Dabei war Deutschland nach Ansicht von R&A „[the] crux of the European settlement“. Zum einen gelte es auch und vor allem in Deutschland, eine Spaltung in eine britische und eine sowjetische Einflußzone zu verhindern. Längerfristig sei deshalb die Einbindung Deutschlands in die europäische Wirtschaftsstruktur unabdingbar, was nach Ansicht von R&A durchaus damit zu vereinbaren war, daß Deutschland in der unmittelbaren Nachkriegszeit für den von ihm begonnenen Krieg zur Verantwortung gezogen werden sollte, denn, so argumentierte R&A: „Terms imposed upon Germany, no matter how harsh, will be compatible with the aim of integrating Germany into Europe, if the terms can be and are executed within a reasonably short period, if such terms do not provide for permanent political, territorial or economic disablement, and if they are progressively relaxed when peaceful, democratic forces become ascendant in Germany.“ Gleichzeitig warnte die Abteilung: „To go further, however, by attempting permanently to impoverish Germany, or to partition her, would be to defeat our own aims of an inherently stable and peaceful European settlement.“

Nach Ansicht von R&A war nämlich die Vorstellung, „[that] a peaceful and prosperous Europe is possible with a permanently prostrate or divided Germany [. . .] one of the misconceptions common in current discussions of the European settlement“. Die Forderung nach einer Reduzierung der deutschen Wirtschaft auf den landwirtschaftlichen Bereich wurde als unrealistisch und unsinnig abgelehnt. Statt dessen plädierte R&A für ein „economic and political program designed to furnish a real basis for an enduring peace“¹⁰⁹. Unverzichtbare Elemente dieses Programms waren nach Ansicht der Abteilung: „a. The political and social reconstruction of Germany for the purpose of eliminating its aggressive elements; b. The eventual restoration of Germany to an equal place in the society of nations; c. The establishment and maintenance of unity of policy and interest among the great powers based upon the gradual elimination of economic and political conflicts of interest.“

Der entscheidende Punkt dieses Programms wird durch die säuberliche Auflistung seiner einzelnen Elemente allerdings eher in den Hintergrund gedrängt: daß nämlich der allmähliche Abbau von Interessenkonflikten zwischen den drei Mächten erstmals im gemeinsam besetzten Deutschland eingeübt werden mußte. In dem oben zitierten Memorandum zu den „American Security Interests in the European Settlement“ kam dieser Gedanke etwas deutlicher zum Ausdruck, wenn R&A die Vorstellung, „[that] the vital

¹⁰⁹ NA, RG 59, R&A 1890.1, „Problems of German Disarmament“, [Preliminary Draft for Discussion and Review], 24.3. 1944.

issues dividing the great powers can be settled through the mechanism of an international organization“ ebenfalls als eine der in Diskussionen um die europäische Nachkriegsordnung gängigen „misconceptions“ zurückwies und argumentierte, daß eine funktionsfähige internationale Sicherheitsorganisation nur als Ergebnis, nicht aber als Voraussetzung befriedigender Konfliktlösungen zwischen den Großmächten denkbar sei¹¹⁰. Insofern betrachtete R&A Deutschland gewissermaßen als Testfeld für die alliierte Zusammenarbeit, und gerade deshalb galt es im Verständnis der Abteilung in besonderem Maße, in Deutschland die Schaffung von konfliktträchtigen Situationen zu vermeiden.

Nach Ansicht von R&A war allerdings schon in der seit Anfang 1944 in der European Advisory Commission (EAC)¹¹¹ diskutierten Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen ein bedrohliches Konfliktpotential angelegt. Die Aufteilung Deutschlands in gewissermaßen autonome, nämlich jeweils einer Besatzungsmacht unterstehende Zonen, war erstmals im Frühjahr 1943 im Rahmen militärischer Planungen für den „Notfall“ eines baldigen Zusammenbruchs Deutschlands vorgeschlagen worden¹¹². Sowohl auf britischer wie auf amerikanischer Seite hatte es allerdings bald Stimmen gegeben, die davor warnten, daß eine Aufteilung Deutschlands in separate Besatzungszonen zur Schaffung von Einflußsphären führen könne. Als Alternative wurde eine gemeinsame alliierte Besetzung Deutschlands durch gemischte Truppenverbände zur Diskussion gestellt. Das für diese Konzeption angeführte Argument – daß sie nämlich die Kooperation der Alliierten notwendig mache bzw. sie geradezu erzwingen – konnte freilich ebenso gut als Gegenargument verwendet werden, und angesichts der bei dieser Besatzungsform außerdem zu erwartenden enormen verwaltungstechnischen Probleme setzte sich der Vorschlag, Deutschland in drei, jeweils einer Macht unterstehende Besatzungszonen aufzuteilen, bald durch.

Auch in R&A hatte man diese Diskussion im Rahmen der abteilungsinternen Vorbereitungen für die Arbeit an den Civil Affairs Guides geführt¹¹³ und war zu dem Ergebnis gekommen, „that the weight of argument favors [. . .] a combined determination of national policy questions coupled with the assignment of responsibility for police and certain other types of local administration to occupying authorities in separate zones“. Voraussetzung sei allerdings, daß sich die Alliierten möglichst frühzeitig über grundsätzliche Fragen der Besatzungspolitik einigten. Falls eine solche Einigung nicht zustande käme, bliebe schließlich nur die im Urteil von R&A höchst bedenkliche Aufteilung in separate Besatzungszonen, „[which] would have far-reaching consequences [. . .] for the relations among the occupying powers and [. . .] would involve a grave

¹¹⁰ NA, RG 226, E 1, b 7, f: Director's Committee 1944–1945, R&A an Donovan, „American Security Interests in the European Settlement“, 17.7. 1944.

¹¹¹ Die Einsetzung der EAC als Beratungsgremium der drei Mächte (GB, USA, SU) war auf der Ende Oktober 1943 in Moskau stattfindenden Außenministerkonferenz beschlossen worden: FRUS 1943, Vol. I, General, S. 756 f.

¹¹² Vgl. dazu Sharp, *The Wartime Alliance*, S. 29 ff.

¹¹³ Siehe die Unterlagen in NA, RG 226, E 1, b 1, f 8; die nachfolgenden Zitate aus „Proposed Outline for the Organization of Allied Military Government in Germany“, [o.D., wahrscheinlich September 1943], und „Military Occupation and International Control of Germany“, 22.9. 1943. Bei diesen Unterlagen handelt es sich anscheinend um abteilungsinterne Arbeitspapiere, die wahrscheinlich als Grundlage für die Diskussionen um eine R&A „Branch line“ (s.o. V., 1. Teil) dienen.

threat to the future peace and stability of Europe“. R&A ging zwar davon aus, daß es Großbritannien und den USA gelingen würde, sich über eine Koordination ihrer Besatzungspolitik zu verständigen, glaubte aber, es sei „reasonably certain that Russia would be guided by principles sharply at variance with those of the western powers“. Die USSR-Division hatte in diesem Zusammenhang ein – wie sich erweisen sollte – recht zutreffendes Szenarium entworfen: „Exclusive occupation and control of a zone in eastern Germany by Soviet Russia, and of a zone or zones in western Germany by the United States and Great Britain, would provide the maximum of motive and of opportunity for emphasis on the differences between the Soviet system and our own, and for competitive development, in opposite directions, east and west of the zone line. A joint American-British-Russian authority for Germany as a whole would hardly be able to check the divisive tendencies that might lead in the long run to the complete and open disrapture of the Allies.“¹¹⁴

Dies war freilich genau das System, auf das sich die Alliierten in der European Advisory Commission im ersten Halbjahr 1944 einigten und das sie durch das sogenannte Zonenprotokoll vom 12. September 1944 und das Zusatzabkommen am 14. November 1944 festschrieben¹¹⁵. R&A hielt an den im Herbst 1943 in abteilungsinternen Papieren formulierten Bedenken gegenüber dieser Regelung fest, wobei die Probleme und Konfliktpotentiale, die nach Ansicht der Abteilung in dieser Struktur der alliierten Besetzung und Administration Deutschlands angelegt waren, mit einer Offenheit thematisiert wurden, die angesichts der zunehmend vorsichtigen, wohl an dem oben angesprochenen „Guide to Preparation of Political Reports“ orientierten Formulierungen vieler anderer R&A-Arbeiten auffällt. So wurde in einer umfangreichen Studie zu den „Economic Characteristics and Interdependence of the Possible Zones of Occupation in Germany“¹¹⁶ schon einleitend ohne Umschweife ausgeführt: „The Allied division

¹¹⁴ NA, RG 226, E 1, b 1, f 8, „Military Occupation and International Control of Germany“, 22. 9. 1943 (USSR Division, G.T. Robinson an William Langer).

¹¹⁵ FRUS, Malta and Yalta, S. 118ff. Das Zonenprotokoll war am 12. 9. 1944 allerdings noch unvollständig unterzeichnet worden, da sich Briten und Amerikaner nicht einigen konnten: beide wollten den ökonomisch wichtigen und wegen seiner Verkehrsverbindungen interessanten Nordwesten Deutschlands, keiner die kleinste und wirtschaftlich unbedeutende Zone im Südwesten. Vor dem Hintergrund dieser Kontroverse diskutierte eine R&A-Studie die „Relative Desirability of North-western and Southern Germany as a Zone of American Military Occupation“ (NA, RG 59, R&A 2403, 29. 7. 1944); außerdem: NA, RG 59, R&A 2431, „Problems of Military Occupation in Certain Parts of Germany“, 31. 7. 1944; NA, RG 59, R&A 2588 Vol. I, „German Post-Surrender Reactions to the United States in Southern Germany“, 2. 10. 1944. Weitere R&A-Studien, Handbücher etc. zu Besatzungszonen: NA, RG 59, R&A 1757, „Central Industrial Region of Germany“, 4. 8. 1944, (Handbuch mit knapp 600 Seiten); NA, RG 59, R&A 2332 „South Germany“, 22. 9. 1944, (Handbuch mit etwa 1500 Seiten, das alle erdenklichen Bereiche – von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aspekten bis hin zu Stuttgarts Abwassersystem – behandelt und sich später bei den Besatzungstruppen größter Wertschätzung erfreute, vgl. dazu NA, RG 226, E 1, b 1; NA, RG 226, E 42, b 1, R&A/Europe-Africa Division, Progress Report für Mai 1945).

¹¹⁶ NA, RG 59, R&A 2673 A, 3. 8. 1945, Entwürfe bzw. Einzelstudien 2673.1–5 zwischen Januar und März 1945 ausgearbeitet; eine ähnliche Studie („Economic Features of the German Zones of Occupation“) wurde im Juni 1945 auch vom State Department angefordert und sollte offenbar dem Präsidenten für die Potsdamer Konferenz vorgelegt werden, vgl. NA, RG 226, E 42, b 1. – Außerdem: NA, RG 59, R&A 2675, „Estimated 1 January Population by Consumer Groups of the Possible Zones of Occupation in Germany“, 13. 4. 1945.

of Germany into zones of occupation will raise many serious economic problems.“ R&A begründete diese Voraussage vor allem unter Hinweis darauf, daß Deutschland zu den am stärksten zentralisierten Ländern der Welt gehöre und, bei ausgeprägter regionaler Spezialisierung, hoch industrialisiert sei. Eine der dringlichsten und wichtigsten Aufgaben der alliierten Besatzungsbehörden müsse deshalb die Entwicklung eines gut funktionierenden Systems für den Austausch von Gütern zwischen den einzelnen Besatzungszonen sein, denn, so warnte R&A: „If provision is not made for such inter-regional trade the most serious economic consequences will result.“ Gerade auch im wirtschaftlichen Bereich war die Zusammenarbeit der Alliierten nach Ansicht der Abteilung unerlässlich: „The operation of the German economy with even a moderate degree of efficiency will require a large amount of coordination [. . .] Even without regard to the efficient operation of the German economy, a very considerable amount of inter-zonal coordination will be required in the matter of food, fuel supply, transportation, and control of displaced persons if truly chaotic situations are to be avoided.“

In Arbeiten für das Civil Affairs-Programm hatte R&A bereits die Befürchtung geäußert, daß die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen nicht nur die Gefahr einer politischen Auseinanderentwicklung der westlichen und östlichen Zonen beinhalten, sondern auch eine kaum weniger problematische Auseinanderentwicklung im wirtschaftlichen Bereich mit sich bringen könnte: „Divergent political trends would be matched by divergent economic trends. The Russians would probably attempt as far as possible to integrate their zone into Soviet planned economy in order to facilitate the rehabilitation of Russia's devastated areas. The unity of the German economy would be disrupted [. . .] a three-zone system of occupation would amount to a virtual political and economic partition of Germany.“¹¹⁷

Vor diesem Hintergrund konnte R&A die in den Gesprächen der „Großen Drei“ immer wieder diskutierte Option einer Zerstückelung Deutschlands nur ablehnen. Eingedenk der oben erwähnten Richtlinien zur „Preparation of Political Reports“ argumentierte R&A nun allerdings eher vorsichtig¹¹⁸ und wies darauf hin, daß die wichtige Frage, welche wirtschaftlichen Konsequenzen eine Zerstückelung Deutschlands mit sich bringen würde, nur beantwortet werden könne, nachdem grundsätzliche politische Entscheidungen darüber getroffen seien, inwieweit die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den nach einer Teilung gebildeten Gebieten Restriktionen unterworfen werden sollten¹¹⁹. Wiederum wurde ausgeführt, daß die Interdependenz der einzelnen Regionen aufgrund der hochgradigen Spezialisierung sowohl im Bereich der

¹¹⁷ NA, RG 226, E 1, b 1, f 8, „Proposed Outline for the Organization of Allied Military Government in Germany“, [o.D.].

¹¹⁸ In einem der Arbeitspapiere für das Civil Affairs-Programm hatte es noch kurz und bündig geheißen: „MG should not endanger Germany's national unity and should oppose the forces of separatism inside and outside. National unity is not a demand of nationalism. It springs from the liberal-democratic tradition. The dismemberment of Germany will not only play into the hands of German nationalism but will also make impossible a democratic and social reconstruction.“ NA, RG 226, E 1, b 1, f 8, „What is the Purpose of Military Government over Germany?“, 22.9. 1943 (OSS/R&A: Europe-Africa Division, Psychological Warfare Division, Central Europe Section).

¹¹⁹ Vgl. dazu und zum Folgenden NA, RG 59, R&A 2237.1, „Economic Consequences of Partitioning Germany“, 10.7. 1944, sowie NA, RG 59, R&A 2237, „Preliminary Analysis of the Question of a Partition of Germany“, 14.7. 1944.

Landwirtschaft als auch der Industrie sowie aufgrund der Infrastruktur so groß sei, daß eine Teilung mit einer völligen wirtschaftlichen Abschottung als überaus problematisch anzusehen sei: „Interruption of the internal trade of Germany would create serious problems not only for the country itself but for the rest of Europe and the world at large.“¹²⁰ Insofern bezeichnete R&A eine rein rechtlich definierte Form einer politischen Teilung, die den wirtschaftlichen Bereich unangetastet ließe, als ideal; gleichzeitig wurde diese Option aber auch als fragwürdig hingestellt, da eine solche Lösung schließlich kaum mehr als eine letztlich irrelevante administrative Geste sein könne.

Im Hinblick auf die Frage, ob die Alliierten sich eventuelle separatistische Bewegungen in Deutschland zunutze machen könnten, um eine gewissermaßen freiwillige und insofern politisch stabile Teilung herbeizuführen¹²¹, kam R&A zu dem Ergebnis, daß nicht mit nennenswerten separatistischen Tendenzen zu rechnen sei; falls sie sich überhaupt irgendwo abzeichnen sollten, dann würden sie nach Ansicht der Abteilung lediglich von bestimmten „industrial and financial interests of Western Germany“ begrüßt werden. Diese Kreise würden sich von den Westmächten eine bevorzugte Behandlung erhoffen und in eventuellen separatistischen Tendenzen vor allem „a defense against leftist influences from the Russian zone of occupation“ sehen. Jegliche Unterstützung dieser Bestrebungen, so warnte R&A, „would play into the hands of the very forces that have always opposed a thorough democratization of German society and at the same time would greatly intensify any antagonisms between the Western powers on the one hand and Russia on the other“¹²².

Die Frage von Gebietsabtretungen konnte als eine weitere Alternative zur Zerstückelung Deutschlands betrachtet werden, und auch bei der Diskussion dieses Themas befleißigte sich R&A wieder größter Zurückhaltung. In einem fast 400 Seiten umfassenden „Preliminary Report“ zu den „Consequences of Major Transfers of German Territory“¹²³ wurde eingangs ausdrücklich und ausführlich darauf hingewiesen, daß in dieser Studie weder explizite noch implizite Empfehlungen gegeben werden sollten, sondern lediglich die eventuellen militärischen, wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen der in Erwägung gezogenen Gebietsabtretungen erörtert werden sollten, wobei es in der Natur dieser Fragestellung läge, daß die problematischen Aspekte betont würden, während Probleme, die ohne die Abtretungen auftreten könnten, eben keine Berücksichtigung fänden.

¹²⁰ In diesem Zusammenhang wurde auch darauf hingewiesen, daß schon allein die Entflechtung der deutschen Wirtschaft – etwa die Zerschlagung industrieller „Empires“ wie I.G. Farben – sich als überaus schwierig erweisen könnte; hier wurde offenbar an die im Rahmen des Civil Affairs-Programms geführte Diskussion um die Zerschlagung der deutschen Kartelle angeknüpft.

¹²¹ Dieser Gedanke war auf der 1. Quebec-Konferenz zwischen Hull und Eden im August 1943 diskutiert worden, vgl. *Memoirs of Cordell Hull*, Bd. II, S. 1233 f.; man hoffte, auf diese Weise die von den „Großen Drei“ gewünschte Teilung ohne die von den Experten erwarteten politischen Probleme bewerkstelligen zu können.

¹²² In diesem Zusammenhang wird auch auf einige britische Studien verwiesen, in denen offenbar ebenfalls die Ansicht vertreten wurde, daß kaum mit ernsthaften separatistischen Tendenzen zu rechnen sei.

¹²³ NA, RG 59, R&A 2914, „Consequences of Major Transfers of German Territory: A Preliminary Report“, 1.5. 1945.

Fast die Hälfte der Studie ist der Beschreibung der geographischen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnisse in den in Frage stehenden Regionen gewidmet. In der sich anschließenden Erörterung wird die Abtretung der Gebiete östlich der Oder-Neisse an Polen als relativ unproblematisch dargestellt¹²⁴; eventuelle Gebietsabtretungen im Westen werden dagegen als bedeutend problematischer angesehen. R&A argumentierte in diesem Zusammenhang vor allem, daß eine entscheidende Schwächung des deutschen Kriegspotentials nur erreicht werden könnte, wenn neben Saar- und Rheinland auch das Ruhrgebiet von Deutschland abgetrennt würde. Dies würde jedoch eine massive Verschlechterung der deutschen Wirtschaftslage zur Folge haben, zudem sei wegen der engen wirtschaftlichen Verflechtung auch mit Problemen in den abgetretenen Gebieten selbst zu rechnen. Vor allem aber werde Deutschland dann ein ständiger Unruheherd sein; die Forderung nach territorialer Revision würde die deutsche Politik dominieren, und die Deutschen würden unter diesen Umständen stets bestrebt sein, Spannungen zwischen den Alliierten für ihre Zwecke auszunutzen.

In all diesen Arbeiten ging R&A fast selbstverständlich davon aus, daß die „Anti-Hitler-Koalition“ auseinanderbrechen würde, sobald das bindende „Anti“ eliminiert wäre, daß sich also die Kriegspartner nach Kriegsende als Vertreter grundverschiedener Systeme, Wertvorstellungen und Interessen gegenüberstehen würden. Obwohl R&A mitnichten der Ansicht war, daß die Interessen Großbritanniens und der USA von vornherein identisch waren, glaubte R&A doch, daß die beiden westlichen Demokratien in der Lage sein würden, Kompromisse miteinander auszuhandeln. Ob und inwieweit die Sowjetunion in der Nachkriegszeit und insbesondere während der alliierten Besatzungsherrschaft in Deutschland zur Kooperation bereit sein würde, war dagegen eine Frage, deren Beantwortung auch den Experten der R&A-USSR Division – trotz der von ihnen entwickelten „uncanny ability to think their way into the Kremlin“ – schwerfiel¹²⁵. Dennoch wagten sie die Behauptung, daß die Sowjetunion einer Zusammenarbeit in der Nachkriegszeit grundsätzlich offen gegenüberstehe¹²⁶; R&A glaubte sogar Anzeichen dafür zu erkennen, daß die Sowjetunion es vorziehe, „to satisfy its interests through cooperation with the Allies“. Insofern sei man auf sowjetischer Seite bereit, Kompromisse zu schließen; gleichzeitig habe man sich aber auch darauf

¹²⁴ Vgl. dazu auch die Zusatzstudie NA, RG 59, R&A 2914.1, „Consequences of Major Transfers of German Territory: Food and Agriculture“, 21.6. 1945; sowie NA, RG 59, R&A 2345, „The Food Position of Germany West of the Oder-Neisse Line“, 4.8. 1945, eine Analyse der Langzeit-Auswirkungen der Gebietsabtretungen östlich der Oder-Neisse-Linie „as foreshadowed in the Potsdam declaration“ auf die Lebensmittelvesorgung im restlichen Deutschland. Diese Studie berücksichtigt ausdrücklich nur Langzeitauswirkungen, nicht die Konsequenzen für die unmittelbare Nachkriegszeit, und kommt zu dem Ergebnis, daß diese Gebietsabtretungen nur problematisch würden, wenn Deutschland gleichzeitig der Zugang zu internationalen Märkten erschwert bzw. verweigert würde.

¹²⁵ So Katz, *Foreign Intelligence*, S.157; zur Einschätzung der Nachkriegssituation durch die R&A-USSR Division vgl. ebenda, S.153 ff.

¹²⁶ NA, RG 226, E 1, b 1, f 8, „Will the Soviet Union be Willing to participate in a Joint Military Occupation and a Joint Military Government of Germany?“, 22.9. 1943 (USSR Division, R&A-Branch, OSS); vgl. auch den in Roosevelts Unterlagen befindlichen OSS-Bericht vom 8.7. 1944 (FDRL, PSF/Subject, b 168), in dem die Grundzüge der „Russian Policy Toward Germany“ aus Gesprächen mit sowjetischen Repräsentanten in den USA entwickelt werden; außerdem: NA, RG 59, R&A 2669, „Capabilities and Intentions of the USSR in the Postwar Period“, (Preliminary version), 5.1. 1945.

vorbereitet, die eigenen Interessen im Falle eines Scheiterns der interalliierten Kooperation unabhängig zu verfolgen und zu sichern. In erster Linie werde es der Sowjetunion darum gehen, ihre eigenen Sicherheitsbedürfnisse zu befriedigen, und je mehr sie diese als gefährdet ansähe, desto stärker würde sie bestrebt sein, „to establish a wide zone of exclusive control and even to ‚sovietize‘ part or all of this zone“. Zwar war R&A der Meinung, daß der Sowjetunion zumindest in den ersten Nachkriegsjahren grundsätzlich daran gelegen sein mußte, einen ernsthaften Konflikt oder gar eine bewaffnete Auseinandersetzung nach Möglichkeit zu vermeiden, doch betonte R&A andererseits auch immer wieder das ausgeprägte, weitgehend ideologisch begründete Mißtrauen sowjetischer Politiker im Hinblick auf die Validität und Verlässlichkeit von internationalen Vereinbarungen. Auch und gerade für die Sowjetunion stellte Deutschland deshalb nach Ansicht von R&A während der Besatzungszeit ein Testfeld für die interalliierte Zusammenarbeit dar.

Als gewissermaßen kleinsten gemeinsamen Nenner für die Deutschlandpolitik der Siegermächte glaubte R&A die von allen drei Mächten gleichermaßen gewünschte „destruction of Germany’s military power“ identifizieren zu können. Folgte man den von R&A gezogenen „Lessons of World War I“, so erforderte die Durchsetzung dieses gemeinsamen Interesses allerdings auch gleich ein hohes Maß an Kooperation¹²⁷: „The lesson to be derived from [. . .] the failure of the first experiment in German disarmament is clear. The permanent enforcement of a disarmament program requires the assurance of continued concerted action among the victorious powers in order to prevent the rebirth of balance of power arrangements from which Germany would be able to profit.“

Spätestens seit Finanzminister Morgenthau im September 1944 sein „Program to Prevent Germany from starting a World War III“ vorgelegt hatte¹²⁸, war allerdings unübersehbar, daß gerade die Frage, wie eine langfristige Ausschaltung Deutschlands als Militärmacht zu bewerkstelligen sei, zu hitzigen Kontroversen führen konnte. R&A hatte zu diesem Zeitpunkt bereits in mehreren Studien ausgeführt, daß und warum die Zerschlagung der deutschen Industrie nicht geeignet sei, den Frieden in Europa und der Welt dauerhaft zu sichern. Schon im August 1943 hatte R&A in der Studie zur „Relation Between Business Structure and Aggression in Germany“¹²⁹ zwar selbst gefordert, daß der Einfluß der Schwerindustrie auf die deutsche Politik als Vorbedingung für den Aufbau einer globalen Friedensordnung eliminiert werden müsse, gleichzeitig aber eine Zerschlagung der entsprechenden Industrien mit der Begründung abgelehnt, daß die damit erreichte Schwächung der deutschen Wirtschaft insgesamt auch die Wirtschaftsentwicklung anderer europäischer Staaten empfindlich beeinträchtigen würde. In den von R&A in Vorbereitung für das Civil Affairs-Programm ausgearbeiteten Papieren zu den Aufgaben einer amerikanischen Militärregierung in Deutschland wurde die von „influential groups“ befürwortete Zerschlagung der deutschen Industrie als „not only immoral but actually socially and economically impossible“ beur-

¹²⁷ NA, RG 59, R&A 1890, „A Preliminary Discussion of the Future Disarmament of Germany“, 11. 2. 1944, und NA, RG 59, R&A 2889, „The Conflict of Political Interests in the Making and Enforcement of German Disarmament Terms, 1918–1935“, 26. 4. 1945.

¹²⁸ Abgedruckt auf den ersten Seiten von Morgenthau, *Germany Is Our Problem*.

¹²⁹ NA, RG 59, R&A 1145, 25. 8. 1943; s. o. IV, 2. Teil.

teilt und wiederum argumentiert, daß eine so drastische Schwächung der deutschen Wirtschaft eine Erschütterung des wirtschaftlichen und sozialen Gefüges ganz Europas nach sich ziehen würde¹³⁰. Im Februar 1944 skizzierte ein R&A-Arbeitspapier schließlich einige grundsätzliche Überlegungen zur künftigen Entmilitarisierung Deutschlands, wobei auch in diesem Papier ein weitreichender Abbau der deutschen Industrie wieder als unvereinbar mit einer Demokratisierung Deutschlands sowie dem wirtschaftlichen Wohlergehen der europäischen Staaten bezeichnet wurde¹³¹. Zudem gab R&A zu bedenken, daß in der Diskussion über geeignete Maßnahmen zu einer dauerhaften Eliminierung des deutschen Kriegspotentials auch die Folgen auf andere Bereiche zu berücksichtigen seien, daß also beispielsweise zu überprüfen sei, ob sich diese Maßnahmen mit Reparationsforderungen und den eventuellen territorialen Regelungen vereinbaren ließen. Auch die möglichen Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die außenpolitische Ausrichtung Deutschlands gelte es zu bedenken, da es nicht im Interesse Großbritanniens und der USA liegen könne, Deutschland in die Arme der Sowjetunion zu treiben¹³².

Schließlich hatte R&A in dem bereits erwähnten Memorandum zu den „American Security Interests in the European Settlement“¹³³ die Vorstellung, „[that] a peaceful and prosperous Europe is possible with a permanently prostrate or divided Germany“, als eine der „misconceptions [. . .] in current discussions of the European settlement“ aufgelistet. Als es Finanzminister Morgenthau dann im September 1944 gelang, diese „misconception“ in die deutschlandpolitischen Diskussionen auf höchster Ebene einzubringen, sah sich R&A freilich gezwungen, dieses Thema erneut aufzugreifen.

Bis zum Jahresende legte die Abteilung so noch mehrere Papiere vor, in denen die wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen einer De-Industrialisierung Deutschlands diskutiert wurden¹³⁴. Dabei versuchte R&A insofern ein wenig zu taktieren, als eingeräumt wurde, daß ein Verbot der deutschen Schwerindustrie als Entwaffnungs-

¹³⁰ NA, RG 226, E 1, b 1, f 8, „What Is the Purpose of Military Government Over Germany?“, 22.9. 1943, vgl. oben V., 1. Teil.

¹³¹ NA, RG 59, R&A 1890, „A Preliminary Discussion of the Future Disarmament of Germany“, 11.2. 1944; NA, RG 59, R&A 1890.1, „Problems of German Disarmament“, (Preliminary Draft for Discussion and Review), 24.3. 1944.

¹³² NA, RG 59, R&A 1885, „Problems and Techniques of the Disarmament of Germany“, (First Draft), 10.2. 1944. In dem bereits erwähnten Papier zur „Russian Policy Toward Germany“ (FDRL, PSF/Subject, b 168, 8.7. 1944) wurde allerdings sowieso behauptet, daß Moskau befürchte, „that the United States and Great Britain may be prompted by a ‚capitalist policy‘, attempting to reduce Germany’s industrial capacity to a minimum with a view to eliminating an economic competitor. [. . .] it is Russia’s belief that there are serious fundamental reasons which preclude the advisability of destroying German industry“.

¹³³ NA, RG 226, E 1, b 7, f: Director’s Committee, R&A an Donovan, 17.7. 1944.

¹³⁴ NA, RG 59, R&A 2503, „An Analysis of the Proposal to Prohibit Heavy Industry in Germany“, 29.8. 1944 (daraus das nachfolgende Zitat); NA, RG 59, R&A 2302, „The Economic Consequences of Depriving Germany of Her Heavy Industry“, 11.11. 1944, eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse dieser Studie wurde in dem von R&A herausgegebenen „European Political Report“ Ende Dezember 1944 abgedruckt: „Heavy Industry in the German Economy“, European Political Report, 29.12. 1944, Vol. I, No. 41, S.11–15, in: RG 243, E 36, b 96 (155); NA, RG 59, R&A 2762, „An Analysis of the Proposal to Prohibit Heavy Industry in Germany“, 9.12. 1944.

maßnahme auf den ersten Blick attraktiv erscheinen mochte. Grundsätzlich trug R&A jedoch wieder die Überzeugung vor, „that the disadvantages are so serious that the plan should be rejected“. Erneut wurde damit argumentiert, daß die Eliminierung des deutschen Kriegspotentials durch den Abbau der deutschen Schwerindustrie nur um einen hohen politischen und wirtschaftlichen Preis zu erreichen sei: die massive Beeinträchtigung der deutschen Wirtschaft würde die Etablierung einer demokratischen Regierung in Deutschland erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen; die Fähigkeit Deutschlands, Reparationen zu leisten, würde stark beeinträchtigt und insbesondere in hochindustrialisierten Regionen sei zudem mit hoher Arbeitslosigkeit zu rechnen, wovon vor allem die britische Zone betroffen sein würde. Auf Dauer könne keine deutsche Regierung diese Situation akzeptieren. Insofern seien Bestrebungen, die entsprechenden Bestimmungen zu umgehen bzw. zu unterlaufen, gewissermaßen vorprogrammiert, so daß ihre strikte Einhaltung eine ständige Überwachung durch die Alliierten und die Bereitschaft zur Intervention erfordere. Als problematisch könnte es sich nicht zuletzt erweisen, daß die Deutschen die Eliminierung der deutschen Schwerindustrie als Versuch des kapitalistischen Westens sehen könnten, einen Konkurrenten auszuschalten, und im Urteil von R&A würde davon nur die Sowjetunion profitieren.

Man beließ es in R&A jedoch nicht dabei, die von Finanzminister Morgenthau vorgeschlagene Politik zu kritisieren, sondern machte sich daran, eine alternative „US Policy Toward the Economic Disarmament of Germany“ zu formulieren¹³⁵. Laut R&A erkannte die US-Regierung, „that economic disarmament [. . .] must be carefully integrated with a more general US program for the solution of post-hostilities problems and the achievement of a stable and prosperous international organization“. Abgesehen von sofortigen Demilitarisierungsmaßnahmen im engeren Sinne wolle die US-Regierung deshalb in der unmittelbaren Nachkriegszeit alle Maßnahmen vermeiden, die die Selbstversorgung Deutschlands mit den wichtigsten Konsumgütern sowie den Beitrag zum Wiederaufbau Europas und die Leistung von Reparationen beeinträchtigen würden. Im Rahmen der auf die langfristige Entmilitarisierung Deutschlands abzielenden Entwaffnungsmaßnahmen würde die Produktion von Waffen und Rüstungsgütern verboten werden. Darüber hinaus befürwortete die US-Regierung – laut R&A – „a gradual and increasingly comprehensive exposure of German industry and agriculture to the force of foreign competition“, denn, so wurde erklärt, „such action would leave Germany utterly dependent upon foreign countries for the bulk of its food supplies as well as for adequate supplies of petroleum products while allowing her workers to concentrate upon the production of goods in which they have a comparative advantage“. Im übrigen begrüße die US-Regierung „the eventual integration of Germany into the type of economic order envisaged by the Atlantic Charter and desires to put no permanent obstacle in the way of German opportunity to share, in due course, in the benefits of a peaceful and expanding world economy“.

Das waren wieder die bekannten, von R&A immer wieder vorgetragenen Argumente und Lösungsvorschläge, die bereits in den Analysen zum nationalsozialistischen Deutschland Gestalt angenommen hatten. Wie ein roter Faden ziehen sich diese Argu-

¹³⁵ NA, RG 59, R&A 2469, [o. D.], jedoch offensichtlich nicht vor 1944.

mente auch durch eine Reihe von Arbeiten, in denen R&A untersuchte, in welchen Industriezweigen Entwaffnungsmaßnahmen am wirkungsvollsten ansetzen könnten¹³⁶.

Vorausgesetzt wurde in diesen Arbeiten, daß die Produktion von Waffen und Rüstungsgütern im engeren Sinne untersagt sein würde und daß die jeweils diskutierten Restriktionen lediglich zusätzliche Entwaffnungsmaßnahmen darstellen würden. Als wichtigstes Kriterium für diese zusätzlichen Maßnahmen betrachtete R&A – entsprechend der oben skizzierten „US Policy toward the Economic Disarmament of Germany“ – die Forderung, daß die zivile Industrie möglichst wenig beeinträchtigt werden sollte. Dabei war R&A freilich von vornherein skeptisch, denn da man in der Abteilung der Ansicht war, daß permanente Restriktionen kaum mit dem politischen Fernziel einer Integration Deutschlands in die politischen und wirtschaftlichen Strukturen Europas zu vereinbaren waren und überdies die dauerhafte Überwachung durch die Siegermächte erforderten, sah man den Beitrag solcher Maßnahmen zu einem dauerhaften Frieden als „at best a minor and transitory one“¹³⁷.

Die Lektüre der entsprechenden Studien war so durchaus geeignet, selbst einen Politiker mit Morgenthaus Überzeugungen zu entmutigen: R&A wurde nicht müde, die Komplexität der zu berücksichtigenden Faktoren zu beschwören und anzudeuten, wie viele Möglichkeiten ein zur Aggression entschlossenes Deutschland immer noch finden könnte, um die ihm auferlegten Restriktionen zu umgehen bzw. auszugleichen. Nur in dem der Rüstungsindustrie schließlich nahestehenden Bereich des Flugzeugbaus konnte R&A letztlich eine sinnvolle Ergänzung zum Verbot der deutschen Rüstungsgüterproduktion sehen. Restriktionen in diesem Bereich seien – zusammen mit dem Verbot der deutschen Rüstungsindustrie – geeignet, eine deutsche Wiederaufrüstung zu erschweren, ohne die zivile Industrie zu beeinträchtigen, so daß die deutsche Industrie insgesamt prosperieren könnte. Einmal mehr nutzte R&A die Gelegenheit zu versichern: „Such recovery is believed to be a logical aim of post-war United Nations policy as a means of assisting the rise of democratic elements in Germany and the restoration of economic prosperity in Europe and the world.“¹³⁸

In einem Arbeitspapier¹³⁹, das offenbar als Beitrag für ein unter der Leitung der Foreign Economic Administration stehendes Projekt von Studien über die Entwaffnung der deutschen Wirtschaft und Industrie konzipiert war, formulierte R&A dann noch einmal eine mehrere Seiten umfassende Kritik an den Annahmen, die der Diskussion

¹³⁶ Vgl. dazu und zum Folgenden: NA, RG 59, R&A 2676, „The Elimination of the German Synthetic Rubber Industry as a Disarmament Measure“, 6. 12. 1944; NA, RG 59, R&A 2603, „The Elimination of the German Iron and Steel Industry as a Disarmament Measure“, 8. 12. 1944; NA, RG 59, R&A 2677, „The Control of the German Machine-Tool Industry as a Disarmament Measure and Its Economic Consequences for Germany“, 15. 3. 1945; NA, RG 59, R&A 2664, „Oil and German Disarmament“, (Preliminary Draft), 26. 4. 1945.

¹³⁷ NA, RG 59, R&A 1890.1, „Problems of German Disarmament“ (Preliminary Draft for Discussion and Review), 24. 3. 1944.

¹³⁸ NA, RG 59, R&A 3605, „Disarmament of the German Aircraft Industry“ (Joint Report of Enemy Objective Unit, Economic Warfare Division of American Embassy and R&A, OSS-London), 29. 8. 1944.

¹³⁹ NA, RG 59, R&A 2664, „Oil and German Disarmament“, (Preliminary Draft), 26. 4. 1945; vgl. dazu auch die Unterlagen in NA, RG 226, E 1, b 1, f 39: Inter-Agency Disarmament Committees to Study the Post-Surrender Treatment of German Economics and Industry From the Standpoint of International Security (Frühjahr 1945).

über geeignete Maßnahmen zur Eliminierung des deutschen Militärpotentials zugrunde lagen. R&A bezweifelte auch hier wieder grundsätzlich, ob Restriktionen, die über das Verbot der Rüstungsgüterproduktion und des Flugzeugbaus hinausgingen, tatsächlich dazu beitragen würden, erneute deutsche Aggressionen zu verhindern. Zum einen seien die gesamtwirtschaftlichen Konsequenzen solcher Maßnahmen nur schwer abzuschätzen, zumal sie auch von einer Vielzahl politischer Faktoren – etwa territorialen Regelungen oder der Entwicklung der außenpolitischen Beziehungen Deutschlands – abhingen; zum anderen stelle sich in diesem Zusammenhang die Frage, wie die Effektivität solcher Maßnahmen überhaupt gemessen werden sollte. Darüber hinaus hielt es R&A für „anomalous in the extreme“, daß die Vereinbarungen von Dumbarton Oaks einerseits die Zulassung ehemaliger Kriegsgegner als Mitglieder „in a family of nations dedicated to the principles of equality and non-discrimination“ ins Auge faßten, daß aber andererseits diese Kriegsgegner, insbesondere Deutschland, dauerhaft „subject to discriminatory measures of control in the area of economic disarmament“ sein sollten.

Wenn R&A in all diesen Arbeiten konsequent dafür eintrat, daß die unter dem Eindruck des Krieges diskutierten Maßnahmen zu einer dauerhaften Ausschaltung Deutschlands als Aggressor in der Nachkriegszeit nur mit politischem Augenmaß und Verantwortungsbewußtsein als „Friedensziele“ verwirklicht werden sollten, bedeutete dies keineswegs, daß die Abteilung es ablehnte, Deutschland für den von ihm begonnenen Krieg zur Verantwortung zu ziehen. In dem oben referierten Memorandum zu den „American Security Interests in the European Settlement“¹⁴⁰ hatte R&A vielmehr die Überzeugung vertreten: „Considerations both of justice and expediency dictate not only the disarmament of Germany, but the imposition of a heavy reparations burden.“ Grundsätzlich war es nach Ansicht von R&A angesichts der Produktivität der deutschen Wirtschaft während der Kriegsjahre möglich, „that, if properly managed, such a reparations burden can be exacted while maintaining a minimum subsistence standard of living for the German population“. Wie in diesem Zusammenhang ausdrücklich empfohlen wurde, sollten keine Schritte zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen in Deutschland unternommen werden „until peaceful and democratic groups have begun to gain ascendancy“. Damit plädierte R&A wiederum für eine politisch kalkulierte, die aufzubauende Friedensordnung berücksichtigende Umsetzung der aus dem Krieg resultierenden Forderungen: die Deutschland abverlangten Reparationen und die damit verbundenen Belastungen der deutschen Wirtschaft sollten möglichst eindeutig als Erblast des NS-Regimes verstanden werden, die demokratischen Kräfte in Deutschland sollten dadurch sowenig wie möglich kompromittiert werden.

In späteren R&A-Studien zu den „Problems of German Reparations“ blieb diese politische Dimension allerdings weitgehend unberücksichtigt¹⁴¹. Diese offensichtlich von

¹⁴⁰ NA, RG 226, E 1, b 7, f: Director's Committee 1944–1945, R&A an Donovan, 17.7. 1944.

¹⁴¹ NA, RG 59, R&A 2350, „Problems of German Reparations“, 30.12. 1944 (daraus die nachfolgenden Zitate), diese Arbeit wird auch erwähnt bei Backer, *The Decision to Divide Germany*, S. 35 f.; vgl. außerdem NA, RG 59, R&A 2258, „Procurement and Allocation of German Products for the Relief and Reconstruction of Europe“, 6.7. 1944, und NA, RG 59, R&A 2391, „The Financing of German Import Requirements in the Post-Hostilities Period“, 22.7. 1944.

der Economics Division ausgearbeiteten Studien beschäftigten sich vorrangig mit den wirtschaftlichen bzw. wirtschaftspolitischen Aspekten der Reparationsfrage und erörterten darüber hinaus vor allem organisatorische und technische Probleme der praktischen Durchführung. Dabei galt es nach Ansicht von R&A einmal mehr, die „lessons of the last war“ zu beherzigen, wobei betont wurde, daß es gelte, die „richtigen“ Lehren zu ziehen. Zunächst einmal mußten sich die Empfänger von Reparationen von vornherein darüber im klaren sein, daß sich die Entgegennahme der geforderten Reparationen auf einzelne Wirtschaftsbereiche eher negativ als positiv auswirken konnte. Angesichts dessen, daß die Sowjetunion wahrscheinlich die meisten Reparationen erhalten würde¹⁴² und als sozialistischer Staat mit Hilfe ihrer planwirtschaftlichen Strukturen entsprechende Vorkehrungen treffen konnte, glaubte R&A jedoch, daß der Verweis auf eventuelle negative Effekte von Reparationen in den Empfängerländern nur bedingt relevant sei, zumal, wie R&A argumentierte, auch eine Reihe anderer Empfängerländer wahrscheinlich „semi-socialist“ sein würden oder doch ein gewisses Maß an staatlicher Lenkung im wirtschaftlichen Bereich vorsähen. Nach Ansicht der Abteilung konnte auch die deutsche Wirtschaft besser als nach dem letzten Krieg auf die Leistung von Reparationen abgestellt werden, da sie der Kontrolle der Vereinten Nationen unterworfen sein würde, die sich überdies die in Deutschland während des Krieges entwickelten „techniques“ zunutze machen könnten, „to direct the flow of labor and materials into United Nations relief and reconstruction, much as they were used to curtail civilian production and produce armaments“.

Die weitverbreitete Auffassung, daß die Erfahrungen nach dem Ersten Weltkrieg zeigten, daß die Zahlung hoher Reparationen durch Deutschland grundsätzlich unmöglich sei, wies R&A ausdrücklich zurück. Die Abteilung argumentierte, daß das Bruttosozialprodukt 1938 110 Milliarden Reichsmark betragen habe, wovon 26 Milliarden für Militärausgaben aufgewendet worden seien, so daß man grundsätzlich davon ausgehen könne, daß Deutschland in der Lage sein werde – „favorable assumptions with regard to boundary changes, social disorganization, etc.“ vorausgesetzt – jährlich Reparationen im Wert von 26 Milliarden Reichsmark zu Preisen von 1938 bzw. 6,5 Milliarden Dollar aufzubringen. Andererseits betonte R&A aber, daß es vorläufig völlig unmöglich sei, definitive Schätzungen zu geben, da sich erst nach Kriegsende absehen ließe, inwieweit Kriegsfolgen und die von den Siegermächten bestimmten Maßnahmen Deutschlands Fähigkeit zur Leistung von Reparationen beeinträchtigen würden¹⁴³. Da R&A nicht ausschließen wollte, daß unter den ungünstigsten Um-

¹⁴² Vgl. dazu auch die bei Backer, *The Decision to Divide Germany*, S.68 ff. diskutierten R&A-Schätzungen sowjetischer Kriegsschäden.

¹⁴³ Im Mai 1945 legte R&A dann eine Serie von acht, immer noch als „preliminary“ gekennzeichneten Studien vor, in denen die „German Industry from the Point of View of Reparations“ untersucht wurde (NA, RG 59, R&A 3068.1–8); außerdem: NA, RG 59, R&A 3182.1, „Economic Interests of the European Countries in German Reparations: Immediate Needs of European Reparation Claimants for Relief and Rehabilitation“, 16.7. 1945; und als „Supplements“ zu der oben erwähnten Studie NA, RG 59, R&A 2350: NA, RG 59, R&A 2350.1, „Problems of German Reparations: Exportable Surpluses of German Industrial Products“, 9.8. 1945, und NA, RG 59, R&A 2350.2, „Problems of German Reparations: Some Possible Components of Reparation Claims“, 13.8. 1945. Zumindest ein Teil dieser Studien wurde offenbar im Auftrag der amerikanischen Reparationskommission ausgearbeitet, vgl. den Monthly Progress Report der Europe-Africa Division für Mai 1945, in: NA, RG 226, E 42,

ständen die Entnahme von Reparationen aus der laufenden Produktion für unbestimmte Zeit überhaupt nicht möglich sein würde, konnten alle sich anschließenden Überlegungen nur sehr vorläufigen Charakters sein.

R&A beschränkte sich denn auch weitgehend darauf, die Fragen und Probleme herauszuarbeiten, die ein künftiges Reparationsabkommen regeln mußte, und darüber hinaus auf der Basis von Zahlen aus der Vorkriegszeit exemplarisch vorzuführen, wie die später notwendigen Berechnungen angegangen werden müßten. Während nicht grundsätzlich ausgeschlossen wurde, daß Reparationen in einzelnen Industrien auch in Form von Demontagen erhoben werden könnten, ging R&A – ganz im Sinne der von der Abteilung formulierten „US Policy Toward the Economic Disarmament of Germany“¹⁴⁴ – im allgemeinen davon aus, daß die Siegermächte das industrielle Potential Deutschlands nur insoweit beschränken wollten, als es mit dem von R&A als vorrangig betrachteten Interesse an einem möglichst bald und in möglichst großem Umfang zu leistenden Beitrag Deutschlands zum Wiederaufbau Europs vereinbar wäre. Anders als die Arbeiten zur Entwaffnung der deutschen Industrie, in denen immer wieder auf Widersprüche hingewiesen und vor einer entsprechend inkonsistenten Politik gewarnt wurde, erwecken die Arbeiten zur Reparationsfrage den Eindruck, als ob man in diesem Bereich kaum mit schwerwiegenden Problemen und Interessenkonflikten rechnete. Was etwa die grundlegenden „policy decisions“ zur Reparationsfrage betraf, so hoffte R&A auf eine Einigung über die „broad general principles governing reparations“ und die grundsätzliche Anerkennung des Prinzips, „that reparations shall be handled as a United Nations and not as unilateral operation“¹⁴⁵. Die R&A-Wirtschaftswissenschaftler scheinen dabei völlig verkannt zu haben, daß gerade darin, daß die am schwersten geschädigte Siegermacht ein sozialistischer Staat war und insofern ein ganz andersgeartetes und sehr viel weitergehendes Interesse an der Reparationsfrage hatte als die kapitalistischen Westmächte, enormer politischer Sprengstoff lag¹⁴⁶. Freilich wurde dies auch von den Experten der USSR-Division verkannt, die in einem Arbeitspapier zu den „Capabilities and Intentions of the USSR in the Postwar Period“ ebenfalls die Ansicht vertraten,

b 2. R&A hatte im übrigen auch schon im Rahmen der Arbeit an den Civil Affairs Guides bzw. im Anschluß daran in einer Reihe von Studien versucht, die wirtschaftliche Situation in Deutschland in der unmittelbaren Nachkriegszeit einzuschätzen, z. B.: NA, RG 59, R&A 1333.1, „Economic Conditions in Germany at the Cessation of Hostilities“, 24.3. 1944; NA, RG 59, R&A 1788, „The Prospective Development of the German Civilian Labor Force During the Period of German Collapse“, 4.2. 1944; NA, RG 59, R&A 1788.1, „An Estimate of the Level of Unemployment in Germany During the Period of German Collapse“, 25.5. 1944; NA, RG 59, R&A 3137, „The Size of the German Labor Force 1 June 1945“, 29.5. 1945; NA, RG 59, R&A 2239.2, „European Civilian Textile Requirements During the First Year of Occupation: Germany“, 18.9. 1944; NA, RG 59, R&A 2291, „Certain Raw Materials Available in Germany at the Time of Surrender“, 24.7. 1944; NA, RG 59, R&A 2730, (Preliminary) „Expected Food Balance During the First Year of Occupation: Germany, By Regions“, 1. 12. 1944.

¹⁴⁴ NA, RG 59, R&A 2469, siehe dazu oben S.160.

¹⁴⁵ NA, RG 59, R&A 2258, „Procurement and Allocation of German Products for the Relief and Reconstruction of Europe“, 6.7. 1944.

¹⁴⁶ Vgl. dazu allgemein Backer, The Decision to Divide Germany, sowie ders., Priming the German Economy, insbesondere S. 60ff.; siehe außerdem Nübel, Die amerikanische Reparationspolitik, und Foschepoth, Konflikte in der Reparationspolitik, in: ders. (Hrsg.), Kalter Krieg und Deutsche Frage, S. 175–197.

„[that] the collection of reparations [. . .] is not likely to lead to serious friction with the Western Powers“¹⁴⁷. Wie es zu diesem Fehltrug kommen konnte, nachdem R&A das in der Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen angelegte Konfliktpotential doch so realistisch eingeschätzt hatte¹⁴⁸, ist nur schwer nachvollziehbar.

Gerade die Frage nach eventuellen Konfliktpunkten der jeweils zur Diskussion stehenden deutschlandpolitischen Maßnahmen war schließlich fast schon das „Markenzeichen“ der meisten R&A-Studien zur amerikanischen Deutschlandpolitik. Dabei reflektierte die immer wieder erhobene Forderung nach „establishment and maintenance of unity of policy and interest among the great powers based upon the gradual elimination of economic and political conflicts of interest“ die Überzeugung, daß sich die Nachkriegsentwicklung Deutschlands und Europas zunächst einmal als Funktion des Verhältnisses der Siegermächte untereinander gestalten würde. Explizit oder implizit warnte R&A deshalb immer wieder davor, daß die Kriegscoalition nach dem gemeinsam errungenen Sieg auseinanderbrechen würde, wenn das sie verbindende Interesse – die militärische Niederringung des nationalsozialistischen Deutschlands – für die Nachkriegszeit nicht neu definiert würde.

Dieser fast allen R&A-Studien zur amerikanischen Deutschlandpolitik zugrundeliegende Ansatz läßt erkennen, daß R&A sich nicht darauf beschränken wollte, wissenschaftliche Expertise in „first-class political research on foreign countries“ zu bieten, sondern daß man darüber hinaus bestrebt war, die Ergebnisse der entsprechenden Analysen und Studien in den Kontext einer rational konstruierten Friedensordnung einzuordnen und damit einen Beitrag zur Formulierung der amerikanischen Nachkriegspolitik zu leisten. Die von Hajo Holborn später einmal geprägte Sentenz, „[that] ultimately he wins the war who wins the right peace“¹⁴⁹, hätte dabei insofern als Leitmotiv über vielen der R&A-Studien zur amerikanischen Deutschlandpolitik stehen können, als sie die in den Arbeiten der Abteilung immer wieder erkennbar werdende Überzeugung reflektiert, daß es so etwas wie einen „richtigen“ Frieden gab, und daß dieser nach dem militärischen Sieg erst noch zu „gewinnen“ war.

Doch noch im Laufe des Jahres 1945 sollte sich abzeichnen, daß tatsächlich erst der Krieg, mitnichten aber auch schon der Frieden gewonnen war. Während sich R&A zugute halten konnte, viele der sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit stellenden Probleme antizipiert zu haben, bedeutete gerade die Tatsache, daß sich diese Probleme nun wirklich ergaben, daß die von R&A ausgesprochenen Empfehlungen und Warnungen wenn nicht ungehört, so doch unbeachtet geblieben waren. Die Entwicklungen der Nachkriegszeit bestätigten so zwar vielfach die Expertise der Abteilung, doch der Versuch, sie für den Prozeß politischer Entscheidungsfindung nutzbar zu machen, schien gescheitert.

Dies dürfte freilich nur bedingt R&A anzulasten sein. Zwar ließe sich kritisieren, daß die von R&A angenommenen politischen Rahmenbedingungen einen allzu rationalen politischen Prozeß voraussetzten, in dem kein Raum für nationale Egoismen,

¹⁴⁷ NA, RG 59, R&A 2669, „Capabilities and Intentions of the USSR in the Postwar Period“, (Preliminary version, not officially approved by R&A for distribution), 5.1. 1945.

¹⁴⁸ R&A hatte schließlich selbst darauf hingewiesen, daß es nicht unwahrscheinlich sei, daß die Russen versuchen würden, „to integrate their zone into Soviet planned economy in order to facilitate the rehabilitation of Russia's devastated areas.“ (NA, RG 226, E 1, b 1, f 8, „Proposed Outline for the Organization of Allied Military Government in Germany“).

¹⁴⁹ Holborn, *Germany and Europe*, S.240

ideologisch motivierte Ambitionen oder in ihrer Perspektive beschränkten Interessenpolitik war, doch bliebe auch zu fragen, welche Alternative R&A angesichts des von der „policy of postponement“ belassenen Vakuums hatte. Vor allem aber hatte R&A kaum Einfluß darauf, ob und wie die Arbeiten der Abteilung letztlich genutzt wurden. Zwar kümmerte sich R&A mit bemerkenswertem Engagement um die „Vermarktung“ der eigenen Arbeit¹⁵⁰, doch glaubte man zuweilen feststellen zu müssen, daß nicht alle Washingtoner Behörden „competence in research and analysis“ zu schätzen wußten¹⁵¹. So finden sich dann auch gelegentlich Hinweise darauf, daß sich unter den R&A-Mitarbeitern „a feeling of frustration“ breitmachte. Man beklagte, daß selbst das State Department, das von R&A ständig Studien anfordere, nicht willens sei, R&A-Mitarbeiter ins Vertrauen zu ziehen oder ihnen Gelegenheit zur Teilnahme an Diskussionen zu geben. Wie aus dieser Klage allerdings auch hervorgeht, gab es eine starke Nachfrage nach R&A-Studien¹⁵², doch selbst der im State Department für die Verteilung von R&A-Studien zuständige R&A-Mitarbeiter konnte über den Gebrauch, der von diesen Arbeiten gemacht wurde, nur spekulieren¹⁵³. Er beschrieb dabei die „Relation of R&A Papers to State Department Policy“ als eine indirekte, denn seiner Ansicht nach war es unrealistisch, wenn R&A-Mitarbeiter hofften, „that their most suitable studies will be read personally by the appropriate top level officer of the Department“. Die den „top level officers“ zuarbeitenden Beamten schienen jedoch Gebrauch von R&A-Studien zu machen, so daß insgesamt festzustellen sei, „that [...] the work done by R&A not only has much of the effect that it deserves to have upon the formulation of Department policy, but also receives a significant amount of recognition among Department officers generally“.

Die R&A-Arbeiten hier zugeschriebene indirekte Wirkung läßt sich kaum genauer fassen, obwohl eine ganze Reihe von „Indizien“ darauf hindeuten, daß die von R&A geleistete Arbeit im State Department tatsächlich geschätzt wurde. Immerhin gehörte das State Department während des Krieges nicht nur zu den besten „Kunden“ der R&A-Branch, sondern vertrat überdies häufig Positionen, die ganz ähnlich auch in R&A-Studien vertreten wurden¹⁵⁴. Während es kaum sinnvoll ist anzunehmen, daß das State Department R&A-Studien anforderte, obwohl sie nicht benutzt oder gar für wertlos gehalten wurden, läßt sich kaum je eine eindeutige Verbindung zwischen den vom State Department und den von R&A vertretenen Positionen nachweisen. So mag beispielsweise bei den in Vorbereitung der Konferenz von Jalta ausgearbeiteten Denkschriften „The Treatment of Germany“ und „Economic Policies Toward Germany“ zwar auffallen¹⁵⁵, daß die darin empfohlene Politik in ihren Grundzügen den von

¹⁵⁰ Dies geht immer wieder aus abteilungsinternen Unterlagen hervor, z. B. NA, RG 226, E 1, b 2, f: State Department 1944, sowie ebenda b 3, „Draft of proposed guide to preparation of political reports“, [o. D.], und b 9, f: Political Reports (Preparation of).

¹⁵¹ Dazu und zum Folgenden NA, RG 226, E 1, b 2, f: Miscellaneous memos to Donovan, „Problems of the R&A-Branch“, Langer an Donovan, 11. 6. 1945.

¹⁵² Vgl. dazu oben III., 2. Teil.

¹⁵³ NA, RG 226, E 1, b 2, „The Relation of R&A Papers to State Department Policy“, 16. 5. 1945.

¹⁵⁴ Dazu auch das Protokoll der Sitzung des Research and Analysis Civil Affairs Committee am 31. 7. 1944, wo Franz Neumann mehrfach auf diesen Umstand verweist, in: NA, RG 226, E 37, b 2, f: Civil Affairs-Research and Analysis Civil Affairs Committee.

¹⁵⁵ FRUS, Malta and Yalta, S. 178–193.

R&A entwickelten Positionen entsprach und daß auch die als Begründung vorgebrachten Argumentationen immer wieder den in R&A-Studien vorgetragenen Überlegungen ähnelten, doch ist ein direkter Einfluß der von R&A entwickelten Konzeptionen nur für das Papier zu den „Economic Policies Toward Germany“ nachweisbar. Da dieser direkte Einfluß nur dadurch hergestellt wurde, daß ein R&A-Mitarbeiter – nämlich der Wirtschaftswissenschaftler Emile Despres – inzwischen zum State Department übergewechselt war, erlaubt dieser Einzelfall kaum allgemeine Rückschlüsse auf die Verwertung von R&A-Studien. Immerhin läßt sich aber aus einem von Despres Mitte Februar 1945 zirkulierten State Department-Memorandum entnehmen¹⁵⁶, daß Despres selbst Verfasser der Denkschrift zur Wirtschaftspolitik war, und zudem wird ein Aspekt der „Wirkungsgeschichte“ dieser Denkschrift erhellt. Offenbar war sie an den deutschlandpolitischen Berater Robert Murphy weitergeleitet worden und hatte sich für ihn als so „useful, and in fact essential“ erwiesen, daß er in einem Schreiben an Freeman Matthews, den Direktor des Office of European Affairs im State Department, eigens versuchte zu skizzieren, wie die Denkschrift genutzt worden war, um den von der Finanzabteilung des Kontrollrats vertretenen Vorstellungen – „[which] reflect Treasury thinking“ – die Konzeptionen des State Department entgegenzusetzen¹⁵⁷.

Sowenig diese Episode allgemeine Aussagen über die politische Relevanz der von R&A geleisteten Arbeit erlaubt, illustriert sie doch, daß ein zum State Department überwechselnder R&A-Mitarbeiter seine bisherigen Konzeptionen nicht zu revidieren brauchte, um der von seinem neuen Arbeitgeber befürworteten politischen Linie zu entsprechen. Die immer wieder festzustellende Übereinstimmung zwischen den von R&A vertretenen Positionen und denen des State Department gibt freilich keinen Aufschluß über den Anteil, den R&A-Arbeiten an der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung im State Department hatten. Wie die oben erwähnten Ausführungen zur „Relation of R&A Papers to State Department Policy“ jedoch erkennen lassen, wurden die von R&A ausgearbeiteten Studien im State Department vor allem von den unteren Rängen der Beamtenhierarchie rezipiert. Nur insoweit, als die in R&A-Studien enthaltenen Informationen, Argumente und Analysen in den auf dieser Ebene ausgearbeiteten Papieren ihren Niederschlag fanden, dürften sie höhergestellte Beamte erreicht haben.

Der Stellenwert der von R&A geleisteten Arbeit ist in diesem Zusammenhang noch insofern zu relativieren, als R&A mitnichten die einzige Institution war, die das State Department und andere Washingtoner Behörden mit Berichten und Analysen belieferte; überdies waren die von R&A vertretenen Positionen in keiner Weise „exklusiv“. Insbesondere die vom Council on Foreign Relations gebildeten Ausschüsse, die sich schon seit Kriegsbeginn erfolgreich um eine institutionell wie personell verankerte Zusammenarbeit mit dem State Department bemühten, scheinen in vielen Fragen zu Ergebnissen gekommen zu sein, die sich von den von R&A vertretenen Positionen kaum unterschieden¹⁵⁸. In diesem Zusammenhang dürfte der Beobachtung, daß einzel-

¹⁵⁶ NA, RG 59, 862.50/2–1545.

¹⁵⁷ Murphy an Matthews, 24. 1. 1945, NA, RG 59, 862.50/1–2445.

¹⁵⁸ Vgl. dazu Wala, *Winning the Peace*, S.48ff.; siehe auch die spätere Publikation des Council: Price/Schorske, *The Problem of Germany*, sowie die Veröffentlichung der Brookings Institution: Moulton/Marlio, *The Control of Germany and Japan*.

ne R&A-Mitarbeiter auch Mitglieder der vom Council gebildeten Studiengruppen waren¹⁵⁹, eine über diese Einzelfälle weit hinausreichende Bedeutung zukommen, denn derartige personelle Verästelungen verweisen auf ein komplexes Netzwerk professioneller Kontakte und persönlicher Bekanntschaften, in deren Rahmen Diskussionen geführt und Ideen ausgetauscht wurden, ohne je dokumentiert zu werden.

Insgesamt sind definitive Aussagen über die politische Relevanz der von R&A geleisteten Arbeit so kaum möglich. Ex negativo läßt sich zwar mit größerer Bestimmtheit feststellen, daß die ehrgeizigen Hoffnungen der Abteilung, politische Entscheidungen zu beeinflussen, unerfüllt blieben, doch da man angesichts der politischen Entwicklungen des letzten Kriegsjahres und der unmittelbaren Nachkriegszeit auch im State Department Grund gehabt hätte, sich ähnlich frustriert zu fühlen, ist damit nicht unbedingt eine erschöpfende Antwort gegeben. In der Tat hieße es, sich den von R&A entwickelten Ehrgeiz zu eigen machen, wenn man angesichts des offiziellen Status der Abteilung als einer Art Dienstleistungsbehörde die politische Relevanz der R&A-Arbeiten daran messen wollte, inwieweit die Nachkriegspolitik der USA den von R&A entwickelten Konzeptionen folgte. Sehr viel realistischer ist es, nach dem Beitrag zu fragen, den R&A für die in den letzten beiden Kriegsjahren in Washington ausgearbeiteten politischen Planungen und für die in diesem Zusammenhang geführten Diskussionen leistete. In diesem Prozeß stellten die von R&A ausgearbeiteten Studien zumindest ihrem Potential nach Denkanstöße, Argumentationshilfen und Konzeptionen für diejenigen bereit, die Politik nicht als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln betrachteten, sondern für den Aufbau einer langfristig ausgerichteten, auf Interessenausgleich und Kooperation beruhenden Friedensordnung plädierten. Inwieweit dieses Potential tatsächlich genutzt wurde, ist nicht nachzuweisen, daß es aber geschätzt wurde, ist nicht zu bezweifeln: dafür sprechen nicht nur die in R&A-Unterlagen gelegentlich notierten positiven Reaktionen einzelner R&A-„Kunden“, sondern viel deutlicher noch die zuweilen die Grenzen der Arbeitskapazität der Abteilung überschreitende Nachfrage nach R&A-Studien und schließlich auch die Tatsache, daß R&A nach Kriegsende nicht wie andere OSS-Abteilungen zur Aufteilung bzw. Auflösung an das War Department überstellt wurde, sondern im State Department den Kern eines neu aufzubauenden Auslandsnachrichtendienstes bilden sollte. Selbst wenn eine genauere Bestimmung der politischen Bedeutung der von R&A geleisteten Arbeit letztlich kaum möglich ist, dürften diese bislang wenig beachteten Studien als ein Beitrag zu der in Washington geführten deutschlandpolitischen Diskussion zu werten sein, den es für ein Verständnis der längerfristigen Entwicklung der amerikanischen Deutschlandpolitik zu berücksichtigen gilt¹⁶⁰.

¹⁵⁹ Vgl. dazu die bei Wala, *Winning the Peace*, im Anhang (S.282 ff.) zusammengestellten Listen, die folgende R&A-Mitarbeiter – entweder vor oder nach, aber auch während deren Tätigkeit für R&A – als Mitglieder einer oder mehrerer Studiengruppen des Council identifizieren: James P. Baxter III, William L. Langer, Edward M. Earle, Calvin B. Hoover, Crane Brinton, Geroid T. Robinson, Conyers Reed und Whitney H. Shepardson. Siehe außerdem die R&A-Liste zur „Committee Membership“ von Mitarbeitern in NA, RG 226, E 145, B 2, f 25, sowie die in Price/Schorske, *Problem of Germany*, im Vorwort aufgeführte Liste, die folgende (ehemalige) R&A-Mitarbeiter als Mitglieder der für dieses Projekt gebildeten Studiengruppe nennt: William L. Langer, Edward S. Mason, Shepard Morgan und DeWitt C. Poole.

¹⁶⁰ Siehe dazu unten VIII., 2. Teil.

VI. Kontinuitäten und Neubeginn: Von der NS-Diktatur zur Militärregierung

Feldberichte über Besatzer und Besetzte

Obwohl die alliierte Landung in der Normandie und die Befreiung Frankreichs nicht wie erhofft noch im Laufe des Jahres 1944 zum endgültigen Zusammenbruch Deutschlands führten, konnten amerikanische Truppen im Oktober 1944 doch schon das Gebiet um Aachen besetzen¹. Die Nachrichtendienststäbe des Militärs wie auch das OSS verloren keine Zeit und nutzten diese erste Gelegenheit, sich nun endlich „vor Ort“ über den jahrelang fast hermetisch abgeschlossenen Gegenstand ihrer Arbeit kundig zu machen². Die dabei entstandenen Berichte über Interviews mit Deutschen muten heute zuweilen ganz modern als Dokumente einer „oral history“ an – sie zeichnen Charakter- und Stimmungsbilder, die die zwischen Beharren und Umbruch verunsicherten Mentalitäten und den profanen, um kaum mehr als die simpelsten Grundbedürfnisse kreisenden Alltag breiter Bevölkerungsschichten dokumentieren.

In einem der ersten Berichte wird der 53jährige Elektriker Josef Linden als ein „middle-aged Social Democrat“ aus Haaren, einer kleinen Industriestadt bei Aachen, vorgestellt³. Das früher „Klein-Moskau“ genannte Haaren schien sich unter Hitler nicht viel verändert zu haben, und auch Linden wollte als ebensowenig verändert erscheinen wie seine Umgebung. Er trat als fast schon fanatischer Sozialdemokrat auf: „He is a Social Democrat; he was a Social Democrat; and he will, he insisted, die a Social Democrat.“ Linden, der von sich behauptete, daß er lieber gestorben wäre, als „Hitler-made work“ anzunehmen, arbeitete während des Krieges in einer Fabrik, die Meßgeräte für U-Boote herstellte. Sein einziger Sohn fiel im Krieg – „in a foreign country, near Sebastopol, for a cause that was not that of the Lindens“. Lindens einzige „Widerstandshandlung“ bestand darin, kein Geld zu sparen, da Ersparnisse seiner Ansicht nach nur dem NS-Regime zugute gekommen wären. „There was nothing else an anti-fascist German worker could do in the face of the Gestapo terror“, so erklärte Linden. Für die Zukunft hoffte er auf „a small Germany“, a place where ‚everybody can speak his mind‘ and enjoy ‚freedom of conscience‘; im übrigen wollte Linden am liebsten in einem amerikanisch besetzten, von Deutschland abgetrennten Rheinland le-

¹ Zu den ersten Monaten der amerikanischen Besatzung vgl. Latour/Vogelsang, Okkupation und Wiederaufbau, S. 40 ff.; siehe auch den Artikel in der von R&A-London für die US-Streitkräfte herausgegebenen Publikation European Political Report (EPR): „Military Government in Germany: The First Six Months“, EPR Vol. II, No. 9, 2.3. 1945, in: Hoover Inst., Lerner Collect., b 48, f: European Political Report (OSS, R&A) 1945.

² In dieser Phase arbeiteten kleinere, meist nur zwei Mann starke OSS- bzw. R&A-Teams mit den für Psychological Warfare zuständigen Einheiten des Militärs zusammen, vgl. NA, RG 226, E 115, b 46, f 6; OSS-Zentrale auf dem Kontinent war die im September eingerichtete Außenstelle in Paris.

³ NA, RG 226, 11 43 85, 9.11. 1944, Headquarters T Force, 12 Army Group, APO 655 (Saul K. Padover, Lewis F. Gittler); vgl. die Version über „Josef Minden“ bei Padover, Experiment in Germany, S. 66 ff.

ben, und er versicherte lautstark seine Bereitschaft, „[to] kill anyone who will sabotage or oppose an American occupation“.

Den Mitarbeitern der Psychological Warfare Branch schien es „significant of Linden’s character, and perhaps also of the German mentality, that he was fully aware that he was helping Hitler’s war machine, that he passionately hated the whole Hitler system, yet – by his own admission – he never sabotaged or slowed up his work“. Ähnlich bezeichnend erschien ihnen, daß Linden die „Prussian Junkers“ lediglich zu Arbeitseinsätzen verurteilt sehen wollte – „so that they would have no time to think up another war“ –, während er die Nazi „lumpen“ gehängt wissen wollte, denn, so argumentierte er: „They hang their own brothers.“ Auf die Frage, welche „Brüder“ sie gehängt hätten, kam die erregte Antwort: „They hanged the best – the best – in Germany. They hanged the Generals – the best in Germany.“

Diese „Charakterstudie“ eines Vertreters der gesellschaftlichen Gruppe, aus der die Militärregierung Personal für die entnazifizierten Behörden rekrutieren sollte, mochte zunächst eher desillusionierend sein. Ähnliche Gespräche in den nächsten Wochen und Monaten erlaubten es den Mitarbeitern der Psychological Warfare Division aber bald, ein etwas differenzierteres Bild dieses politischen Spektrums zu zeichnen: „We spoke with several Socialists and found them to be nationalist although not militarist, Germanic but not chauvinistic.“ Die Sozialdemokraten in Deutschland repräsentierten immer noch den gemäßigten, westlich orientierten Teil der Arbeiterschaft, während die Kommunisten weiterhin die radikaleren, pro-russisch eingestellten Arbeiter vertraten⁴.

Die Mitarbeiter der Psychological Warfare Branch interessierten sich selbstredend auch für das Verhalten derjenigen, die sich noch bis vor kurzem zum Nationalsozialismus bekannt hatten. Exemplarisch wurde ein ehemaliger Obersteuerinspektor aus Aachen vorgeführt⁵, der für sich in Anspruch nahm, daß er der NSDAP gewissermaßen von Amts wegen hätte beitreten müssen. Gegenüber seinen amerikanischen Gesprächspartnern äußerte er sich nun kritisch über die Politik der Nationalsozialisten und den Krieg, Hitlers „Großraumpolitik“ vor dem Krieg wollte er allerdings nicht verurteilen. In der Psychological Warfare Branch glaubte man, daß in diesem Bericht „the mind of a Nazi bureaucrat“ beispielhaft vorgeführt werde, und man sah das Verhalten des Aachener Obersteuerinspektors als „model-type [. . .] which the occupying authorities may expect from other bureaucrats and last-minute converts to ‚anti-Nazism‘“⁶.

⁴ NA, RG 226, 11 95 32, SHAEF, Psychological Warfare Division, Intelligence Section: „A Socialist’s Views on Partition and the Future of Germany“, (Report from P & PW, 9th U.S. Army, wie der obige Bericht von Padover/Gittler), 27. 2. 1945; NA, RG 226, E 50, b 1, SCI Det., G-2 CIB, HQ 12th Army Group, 30. 3. 1945, Edgar M. Hoover und Hans Meyerhoff an Harold Deutsch, Chief of R&A, Paris, und Chandler Morse, Chief of R&A ETO, Memorandum „Position of Anti-Nazi Groups in Krefeld“.

⁵ NA, RG 226, 12 93 16, HQ T Force, 12 Army Group, „A Nazi states his reasons for rejecting Nazism now“; To: Psychol. Warfare Officer; From: Adv. Det., PWB, 12 AG, 3. 12. 1944; es handelt sich offenbar um das bei Padover, Experiment, S. 151 ff. wiedergegebene Interview mit „Leo Kalff“.

⁶ Ähnliche Erfahrungen wurden von den Mitarbeitern der Psychological Warfare Branch bald auch als „Lehrstücke“ benutzt: um die deutsche Bevölkerung über „the almost incredible selfishness and incorrigible self-satisfaction and political blindness of scions of the German aristocracy, generals, and industrial magnates“ aufzuklären, stellte man Berichte über erste Zusammentreffen amerikanischer Einheiten mit Vertretern dieser Kreise zusammen, vgl. NA,

Derartige Einzelinterviews wurden bald durch Berichte ergänzt, die das wieder aufkeimende öffentliche Leben und die ersten tastenden Versuche politischer Betätigung dokumentieren. So übersandte R&A-Mitarbeiter Harold Deutsch dem Büro in Washington Anfang März einen Bericht, der während einer längeren Kampfpause entstanden war, die Mitarbeiter der Psychological Warfare Branch genutzt hatten, um die Verhältnisse in Herzogenrath zu studieren⁷. Seit Frühjahr 1945 berichteten R&A-Mitarbeiter auch in zunehmendem Umfang über ihre Inspektionsreisen, wobei sich das Blickfeld nun ständig erweiterte: neben Aufzeichnungen über einzelne Gespräche traten erste Eindrücke über die materiellen wie „psychologischen“ Kriegsschäden sowie Beobachtungen über den Aufbau der Militärverwaltung⁸.

Immer wieder kommt in diesen Berichten zum Ausdruck, daß die Zerstörung weit- aus umfangreicher war, als man angenommen hatte. Besonders die Zentren der größeren Städte werden als völlig verwüstet beschrieben, die städtische Infrastruktur sei infolgedessen größtenteils lahmgelegt, während die häufig am Stadtrand gelegenen Industrieviertel meist weniger gelitten hätten und teilweise leicht wieder in Stand gesetzt werden könnten. Schon angesichts dieser physischen Zerstörungen wurden immer wieder Zweifel geäußert, ob sich die Planungen für den Aufbau der alliierten Militärverwaltung in Deutschland als realistisch bzw. realisierbar erweisen würden. Kaum weniger fragwürdig erschienen bald auch die Erwartungen, die man gerade in R&A an die „demokratischen“ Kräfte in Deutschland gehabt hatte, denn es wurde zunehmend deutlich, daß sechs Jahre NS-Diktatur und sechs Jahre Krieg nicht viel von jenen politischen Kräften übriggelassen hatten, von denen R&A ein entschiedenes Eintreten für eine tiefgreifende Demokratisierung Deutschlands erhofft hatte.

Was sich R&A-Mitarbeiter Just Lunning einprägte, als er im März 1945 knapp zwei Wochen durch die wichtigsten der von den Amerikanern bislang eingenommenen Städ-

RG 226, 12 65 65, SHAEF, Psychological Warfare Division, 21.4. 1945, „Guidance for Output in German for the Week 23–30 April 1945“.

⁷ NA, RG 226, 11 94 96, HQ & HQ Detachment, OSS, ETO, (von Harold Deutsch an William Langer, zur Weitergabe an Carl Schorske und Franz Neumann), 11.3. 1945. Einen ähnlichen, allerdings anscheinend sehr brisanten, ebenfalls vor Ort ausgearbeiteten Bericht muß es über Aachen gegeben haben, vgl. die Unterlagen in NA, RG 226, E 1, b 2, f: Secret memos to Donovan (Februar 1945), der Bericht ist allerdings nicht vorhanden. Es dürfte sich jedoch um den bei Padover, Experiment, S.218ff. wiedergegebenen Bericht handeln. Auch später wurden noch ähnliche Studien ausgearbeitet, siehe die unten erwähnte Studie über Darmstadt.

⁸ Zum Folgenden NA, RG 226, E 75, b 1, f: Correspondence France (Incoming) 1945: HQ & HQ Detachment, OSS, ETO, Just Lunning an Chandler Morse, „Report on Trip Taken in the 12th AG Area from 22 March to 3 April“, 4.4. 1945. Vgl. in diesem Zusammenhang auch den Bericht Lerner in: Borsdorf/Niethammer (Hrsg.), Zwischen Befreiung und Besatzung, S.27–40; siehe außerdem: NA, RG 226, E 50, b 1: Bericht von Moses Abramovitz über „Trip Through Western Germany“, 14.5. 1945; in deutscher Übertragung auszugsweise wiedergegeben in Borsdorf/Niethammer (Hrsg.), Zwischen Befreiung und Besatzung, S.47–57; Abramovitz war nach Borsdorf/Niethammer zu diesem Zeitpunkt bereits Wirtschaftsberater des US-Delegierten bei der interalliierten Reparationskommission in Moskau, Isidor Lubin, und unternahm die Reise in dessen Auftrag. Vgl. in diesem Zusammenhang außerdem Walter Dorns Bemerkungen in ders., Inspektionsreisen in der US-Zone, S.24ff. Im übrigen: European Political Report, Vol. II, No. 4, 26.1. 1945: „Occupied Germany: The Eschweiler Bergwerksverein“, und Vol. II, No. 9, 2. 3. 1945: „Military Government in Germany: The First Six Months“, in: Hoover Inst., Lerner Collect., b 48, f: European Political Report (OSS, R&A) 1945.

te reiste, entspricht so auch den ersten Eindrücken vieler seiner Kollegen: „The destruction is far beyond what we imagined. In addition to the destruction of buildings, the community itself seems to have ceased to exist. In this situation it becomes very difficult to carry out many of the MG plans in the preparation of which we participated. [...] It may take some time before the average German will participate actively in political life. At the present time, he strikes you as, in Padover's phrase, ‚abgestumpft‘. He is primarily concerned with his own personal problems with no feeling or energy for the community itself.“

Lunning hatte bei dieser Reise allerdings auch Gelegenheit, mit einem Deutschen zusammenzutreffen, der – alles andere als „abgestumpft“ – bereits umfassende Vorstellungen darüber entwickelt hatte, wie es mit Deutschland in der Nachkriegszeit weitergehen sollte. Am 28. März hatte Lunning nämlich Konrad Adenauer auf dessen Einladung zu einem etwa einstündigen Gespräch aufgesucht: „Adenaur [sic!] began the interview with a long lecture of the two Germanies; the Germany that is essentially based on Roman culture and the Germany of Prussia and how the latter has imposed its will on the former [...] Adenaur then outlined what he considers the ideal solution which involved organizing a Bundesstaat consisting of Austria, the remnants of Prussia, West Germany (Westphalia and the Rhineland) and South Germany. By making Prussia only one of four states, it would be possible to neutralize the essentially non-German Prussian influence.“

Adenauer konnte sich allerdings das Rheinland auch als eigenständigen Staat vorstellen, solange es nicht der Kontrolle Frankreichs unterstellt würde, denn er glaubte, daß Frankreich das Rheinland ruinieren würde. Nach seinen Erwartungen für ein Wiedererwachen des politischen Lebens in Deutschland befragt, äußerte Adenauer die Ansicht, daß es zunächst einmal notwendig sei, „to re-educate all the Germans who have been poisoned by the Nazis“; erst zu einem späteren Zeitpunkt könnten die alten politischen Parteien wieder aufgebaut werden, wobei die frühere Aufspaltung allerdings vermieden werden sollte. Vorläufig war es nach Adenauers Ansicht durchaus angebracht, daß die Militärregierung keine politische Betätigung zuließ.

Ohne die von Adenauer entwickelten Vorstellungen zu kommentieren, erwähnte Lunning noch kurz dessen Beratertätigkeit für die amerikanische MG-Einheit in Köln, um dann hervorzuheben, daß sich diese Einheit positiv von anderen unterscheidet. Tatsächlich bescheinigten mehrere R&A-Berichte der Militärverwaltung in Köln ein geradezu vorbildliches Vorgehen⁹. Als besonders bemerkenswert bewertete man es in R&A, daß sich das für Köln eingeteilte MG-Team schon vor der Besetzung der

⁹ Vgl. dazu und zum Folgenden neben dem in Anmerkung 8 zitierten Bericht Lunnings NA, RG 226, E 50, b 1, Schreiben von Hans Meyerhoff an Harold Deutsch, Chief R&A/Paris, und Chandler Morse, Chief R&A/ETO, zur Weitergabe an Felix Gilbert, über „political appointments by MG“ vom 7.3. 1945 (Secret, internal use only); und ebenda, Schreiben von E.M.Hoover und Hans Meyerhoff an Harold Deutsch, Chief R&A/Paris, und Chandler Morse, Chief R&A/ETO, 2.4. 1945 (SECRET – Not to be shown outside OSS), „Notes on the Political Role of Military Government“; sowie dies. an dies., „Position of Anti-Nazi Groups in Krefeld“, 30.3. 1945 (im Anhang Notizen zur Situation in Düsseldorf-Oberkassel und Köln). Im letztgenannten Bericht weisen Hoover und Meyerhoff darauf hin, daß sie davon gehört hätten, „that a favorable account of Lt. Col. Patterson's operation in Cologne appears in the 26 March issue of TIME“.

Stadt Gedanken über seine künftigen Aufgaben gemacht und den Entschluß gefaßt hatte, nicht nur eine konsequent entnazifizierte, sondern auch eine repräsentative, d. h. alle wichtigen gesellschaftlichen Gruppen erfassende Verwaltung aufzubauen. An anderen MG-Teams wurde dagegen kritisiert, „[that] one of the first actions of all the MG officers seems to be to send for the priest or perhaps the Bishop to get his advice about a number of matters“¹⁰. Das Ergebnis derartiger Praktiken sei, daß letztlich die eine Herrschaftselite nur durch eine andere ausgetauscht würde, was dem von R&A vertretenen Demokratieverständnis kaum genügen konnte.

Freilich räumte man in R&A ein, daß die Militärregierungen meist unter denkbar ungünstigen Bedingungen operieren mußten. Solange die Kämpfe noch andauerten, hatten militärische Gesichtspunkte absolute Priorität. Die politischen Direktiven, an deren Richtlinien sich die MG-Einheiten im übrigen orientieren sollten, waren nach Ansicht von R&A oft widersprüchlich und zuweilen gar schlichtweg unrealistisch. Ein grundsätzliches Problem sah R&A zudem darin, daß die personelle Ausstattung vieler MG-Einheiten in quantitativer wie qualitativer Hinsicht sehr zu wünschen übrig lasse¹¹. Auch in dieser Hinsicht stellte Köln eine Ausnahme dar, da das dortige Team – ein für die Verwaltung einer ganzen Provinz vorgesehenes „E“-Team – 42 Offiziere umfaßte¹², während in anderen Städten wie beispielsweise Krefeld vergleichbare Aufgaben von einem Team mit nur drei Offizieren bewältigt werden mußten. Unter diesen Umständen könne dem Aufbau einer Verwaltung bzw. der Auswahl neuen Personals kaum die notwendige Sorgfalt zukommen, und nicht selten würden für dringend notwendige Funktionen so „by default [...] the remaining old-time civil servants“ nominiert. Es bliebe meist CIC, den für „counter-intelligence“ zuständigen Abteilungen von G-2, überlassen zu prüfen, ob die von der Militärregierung für ein Amt vorgeschlagenen Kandidaten politisch akzeptabel seien. Tatsächlich sei CIC aber in erster Linie dafür verantwortlich festzustellen, ob die jeweils Nominierten militärische Sicherheitsinteressen gefährden könnten. Nach Ansicht von R&A nahmen die CIC-Mitarbeiter ihre Aufgabe sehr ernst; manche Vertreter der Militärregierung zeigten sich fast schon verärgert, da sie zuweilen das Gefühl hatten, „that CIC is making things harder for MG by blacklisting some of its best officials“. Im allgemeinen gingen die überlasteten MG-Offiziere dann davon aus, „that anyone not rejected by CIC as a menace to military security is ipso facto politically acceptable for appointment“.

Nicht zu unterschätzen seien schließlich die persönlichen politischen Überzeugungen der MG-Offiziere: „The political role of MG cannot be separated from the social background and the corresponding social and political attitudes of its officers.“ Diese Offiziere seien vor allem aufgrund ihrer fachlichen Kompetenz ausgewählt worden – „qualified lawyers for the legal branches, bankers for finance, policemen for Public Safety, businessmen for Economics and supply“; in ihrer Mehrheit gehörten sie dem konservativen gehobenen Mittelstand an, und ihren politischen Grundüberzeugungen entsprechend sähen viele von ihnen „leftist forces“ als „dangerous

¹⁰ So Lunning in seinem Bericht, s. o. Anmerkung 8.

¹¹ Vgl. dazu auch die ebenfalls kritischen Bemerkungen bei Zink, *The United States in Germany*, S. 7 ff.

¹² Zu diesen organisatorischen Einzelheiten ebenda, S. 36 ff.

and revolutionary elements which they reject in any other society as much as in their own“. Grundsätzlich kritisierte R&A in diesem Zusammenhang, daß sowohl bei der Planung der Besatzungspolitik wie bei der Ausbildung des MG-Personals technische und administrative Qualifikationen im Vordergrund gestanden hätten; völlig vernachlässigt worden seien dagegen „the ultimate political implications and objectives of MG’s policy“.

Nach Ansicht der aus Deutschland berichtenden R&A-Mitarbeiter wurde die politische Rolle der MG-Teams aber nicht nur durch diese immanenten Faktoren geprägt, sondern auch schon durch die in ihren ersten Ansätzen erkennbar werdenden politischen Kräfte in der deutschen Gesellschaft. Die Interaktion zwischen Besatzern und Besetzten gestaltete sich allerdings anders, als man es sich vorgestellt hatte – und zwar nicht nur anders, als man in R&A gehofft hatte, sondern auch anders, als diejenigen erwartet haben dürften, die in Deutschland eine liberale, traditionellen amerikanischen Vorstellungen entsprechende Demokratie aufbauen wollten. Denn zum einen waren manche der auf deutscher Seite erkennbar werdenden Vorstellungen über einen demokratischen Wiederaufbau Deutschlands nach amerikanischen Maßstäben kaum als demokratisch zu verstehen¹³, zum anderen mußten diejenigen, die – wie viele R&A-Mitarbeiter – große Hoffnungen und Erwartungen im Hinblick auf die politische Rolle des Widerstands bzw. seiner demokratischen Kräfte gehegt hatten, bald erkennen, daß sie manches falsch eingeschätzt hatten¹⁴.

„There is a great poverty in men as well as ideas among the anti-Nazi forces“, so konstatierten zwei R&A-Mitarbeiter Ende März 1945 in einem Bericht über „Anti-Nazi Groups in Krefeld“. Politisch orientierten sich diese Gruppen wieder an den großen Parteien der Weimarer Republik, also dem Zentrum, der SPD und der KPD, doch müsse ein Großteil der ehemaligen Anhängerschaft dieser Parteien als „more or less infected with Nazism“ gelten. Zudem sei es den Nazis gelungen – „perhaps better than we ever imagined“, wie angemerkt wurde – den Widerstand vollständig zu „atomisieren“. Furcht, gegenseitiges Mißtrauen und Isolation hätten jegliches politisches Denken erstickt; der Luftkrieg hätte schließlich ein übriges getan und das Leben der meisten auf die tägliche Sorge um das eigene Überleben reduziert.

Für die Nachkriegszeit falle überdies besonders ins Gewicht, daß diese Gruppen durch zahlreiche „Säuberungsaktionen“ der Nationalsozialisten ihrer politischen Führungsschicht beraubt worden seien. Dies gelte für die Sozialisten und Kommunisten in weitaus höherem Maße als für das Zentrum, denn: „Of the latter a considerable number of leading personalities managed to strike a modus vivendi with the regime.“

¹³ Vgl. dazu auch Friedrich, *Military Government and Democratization*, in: ders. u.a., *American Experiences in Military Government*, S. 3–20.

¹⁴ Dazu und zum Folgenden vor allem NA, RG 226, E 50, b 1: SCI Det., G-2 CIB, HQ 12th Army Group, Memorandum „Position of Anti-Nazi Groups in Krefeld“; To: Harold Deutsch, Chief of R&A, Paris, Chandler Morse, Chief of R&A, ETO; From: Edgar M. Hoover, Hans Meyerhoff, 30.3. 1945; vgl. dazu auch Walter Dorns Notizen aus Krefeld in: ders., *Inspektionsreisen*, S. 30–34. Außerdem: „Views of a Left-Wing German Catholic“, *European Political Report*, Vol. II, No. 15, 13.4. 1945, in: RG 243, E 36, b 96 (155); bei dem in diesem Bericht anonym bleibenden Katholiken dürfte es sich um „Willi Elfes“ (Name laut Padover) handeln, vgl. Padover, *Experiment*, S. 318ff.

Die Parteien der Linken schienen dagegen „simply decapitated“ und seien nun nicht einmal in der Lage, der Militärregierung wenigstens Kandidaten für höhere Ämter, geschweige denn für alle der neu zu besetzenden Positionen zu benennen. So hätten der Militärregierung in Krefeld nur ehemalige Zentrumsmitglieder zur Verfügung gestanden, und während die Linke sich entrüste, „[that it is] MG's policy to keep on former Nazis and to replace, as they put it, the ‚brown‘ dictatorship by a new ‚black‘ clique“, hätte man in diesen Kreisen selbst zugeben müssen, daß man nicht über entsprechende Kandidaten verfüge. Auch den R&A-Mitarbeitern, die ausdrücklich autorisiert worden waren, nach geeigneten Kandidaten zu suchen, die die in der Stadtverwaltung noch beibehaltenen kompromittierten Amtsinhaber ersetzen könnten, gelang es nicht, entsprechende Personen ausfindig zu machen.

Freilich versprach die ehemalige Zentrumsparterie im Krefeld der Nachkriegszeit auch die stärkste Partei zu werden: Schon im März 1945 erforschten die R&A-Mitarbeiter, wie eine Wahl zu diesem Zeitpunkt ausfallen würde, und die Ergebnisse ihrer – allerdings notwendigerweise nur unsystematischen – Umfrage wiesen darauf hin, daß das Zentrum zweifellos den höchsten Stimmenanteil erhalten würde. Zu ganz ähnlichen Ergebnissen kam man auch in Köln: Nach Umfragen in einem Arbeiterviertel wollten dort 60 % für das Zentrum stimmen, die Sozialdemokraten kamen auf 35 %, die Kommunisten auf 4 %; der Vergleich mit einem bürgerlichen Wohnviertel ergab eher geringe Abweichungen, nämlich 10 % mehr für das Zentrum und 7 % weniger für die SPD. Bei einer Bürgermeisterwahl wollte eine überwältigende Mehrheit in beiden Vierteln für Adenauer stimmen.

Auch wenn die von der Militärregierung in Krefeld eingesetzte Verwaltung vor diesem Hintergrund als weniger unrepräsentativ erscheinen mochte, konstatierte man nicht nur in R&A mit Unbehagen, daß manche der neuen Stelleninhaber ein Demokratieverständnis zeigten, das nach amerikanischen Maßstäben kaum akzeptabel war. Mit einigem Befremden mußte man allerdings feststellen, daß sich selbst die politischen Gegner der betreffenden Personen daran nicht unbedingt zu stören schienen. Als Beispiel wurde in dem Bericht über Krefeld der dort von der Militärregierung eingesetzte Bürgermeister Stepkes genannt¹⁵. Obwohl er sich geweigert habe, in die NSDAP einzutreten und deshalb 1933 als Oberbürgermeister von Kleve abgesetzt worden sei, entsprach Stepkes nach Ansicht der R&A-Mitarbeiter in hohem Maße dem „old picture of a professional, conservative Centrist who has absorbed a certain unmistakable blend of Nazi ideology“. Während Stepkes den Nationalsozialisten vorwarf, den Rechtsboden des Staates verletzt und ein „government of men, not of laws“ aufgebaut zu haben, war ihnen nach Stepkes' Meinung andererseits zugute zu halten, daß sie Vollbeschäftigung erreicht, den „Arbeitsfrieden“ gesichert und ein effizientes Wohlfahrtssystem organisiert hätten. Vor allem die, die „meckerten“, seien verfolgt worden; den von R&A-Mitarbeitern vorgebrachten Einwand, „that our side considers public ‚griping‘ (Meckern) the essence of democracy“, wollte Stepkes nicht gelten lassen, denn „Mekern“ war seiner Ansicht nach „certainly not a ‚necessity of life‘ (lebensnotwendig)“; zudem, so bemerkte er, sei nicht jedes Land „politically mature enough for the same type of democracy“.

¹⁵ Einen ähnlichen Fall aus Stolberg berichtet Hans Meyerhoff, Schreiben vom 7.3. 1945 („political appointments by MG“), in NA, RG 226, E 50b 1.

Trotz dieser Ansichten sei Stepkes allgemein als aufrichtiger Nazigegner respektiert, und auch die R&A-Mitarbeiter wollten ihm nicht absprechen, daß er sich zumindest in begrenztem Umfang für die Wiedereinführung demokratischer Strukturen einsetzte, obwohl man in R&A nicht ohne Mißtrauen konstatierte, daß Stepkes bereits fürchtete, daß sich die Gewerkschaften zu politischen Kampforganisationen entwickeln könnten. Insgesamt notierte man jedoch, „that his generally ‚fascist‘ social attitudes are thought by himself, his group, and even by most of his political opponents, to be compatible with his expressed desire to revive certain ‚democratic‘ forms“. Freilich zeigte sich Stepkes nach Darstellung von R&A nur bedingt bereit, politische Gegner in seine Verwaltung aufzunehmen. Zwar hatte er einen Sozialdemokraten für das Arbeitsamt nominiert, doch nach Einschätzung von R&A hatten Kommunisten, selbst wenn sie durchaus als qualifiziert galten, kaum eine Chance, von ihm als Mitarbeiter akzeptiert zu werden.

So gewannen die aus Deutschland berichtenden R&A-Mitarbeiter den Eindruck, „[that the] accidental presence or absence of forceful personalities may frequently shape the political complexion at any given locality“. Diese an sich neutrale Feststellung las sich vor dem Hintergrund der von R&A vermittelten Information über die brutale Dezimierung der politischen Führungsschicht der Linken durch die Nazis eher dahingehend, daß die konservativen und bürgerlichen Kräfte in dieser Umbruchsphase deutliche Vorteile hatten. Aus diesen Gruppen schienen weitaus mehr „forceful personalities“ das NS-Regime unbeschadet überlebt zu haben, und selbst dann, wenn sie als Nazi-Sympathisanten gelten konnten, glaubte die Militärregierung zuweilen, nicht auf ihre Expertise in Verwaltung und Industrie verzichten zu können. Die dagegen als „decapitated“ erscheinende Linke hatte dem oft wenig entgegenzusetzen; sie schien verunsichert und eher abwartend – „waiting to see how much and what kind of political activity would be possible under MG; [. . .] waiting to see what kind of Socialist line would develop on higher levels“¹⁶.

Die anfänglichen politischen Aktivitäten der Linken spiegelten diese Situation insofern wider, als an vielen Orten zunächst ohne eine klar bestimmte „Socialist line“ versucht wurde, alle „antifaschistischen“ Kräfte der Gesellschaft zu mobilisieren und sie in einer Art Selbsthilfegruppen zu organisieren, um die sich vor Ort stellenden Probleme anzugehen¹⁷. Diese Organisationsform brachte diese Gruppen allerdings auch sogleich mit den von den Militärregierungen auferlegten Restriktionen – Ausgangssperren, Verbot politischer Versammlungen etc. – in Konflikt und ließ sie gegenüber dem konservativen Lager wiederum ins Hintertreffen geraten.

Von den aus Deutschland berichtenden R&A-Mitarbeitern wurde dies zunächst eher konstatiert denn kritisiert. Ähnlich wie manche der von ihnen befragten Vertreter der Linken schienen sie bereit zu akzeptieren, daß militärische Erwägungen anfänglich absolute Priorität hatten und daß der Handlungsspielraum der „Antifas“ dadurch zwangsläufig eingeschränkt wurde. Dennoch ist die Berichterstattung über diese Gruppen geeignet, daran zu erinnern, daß sie weit und breit die einzigen waren, die den in früheren R&A-Studien formulierten Hoffnungen und Erwartungen an die von der

¹⁶ Vgl. den Artikel des R&A-Mitarbeiters Leonard Krieger, *The Inter-Regnum in Germany: March – August 1945*, in: PSQ LXIV, 1949, S.507–532, insbesondere S.508ff., der viele der von R&A vertretenen Positionen reflektiert.

¹⁷ Vgl. dazu Niethammer/Borsdorf/Brandt (Hrsg.), *Arbeiterinitiative 1945*.

Herrschaft der Nationalsozialisten befreiten demokratischen Kräfte in Deutschland nahkamen¹⁸. Illustrativer als die einzelnen Feldberichte ist in diesem Zusammenhang eine zusammenfassende, wohl von R&A/Washington herausgegebene Studie über „Action Groups in Germany“ vom 25. Juni 1945¹⁹.

In diesem Bericht werden diese Gruppen nach ihren unterschiedlichen Zielsetzungen in konservative und antifaschistische bzw. linke Gruppierungen eingeteilt. Die vor allem in Industrieregionen gebildeten antifaschistischen Gruppen hätten zunächst als lokale Selbsthilfeorganisationen fungiert und politische Fragen zurückgestellt. Grundsätzlich strebten sie jedoch eine radikale Entnazifizierung an; auf längere Sicht hofften sie, „to achieve a coalition of genuine anti-fascists regardless of former political affiliations and to prepare for a future democratic German government“. Durch ihre politische Betätigung hätten diese Gruppen aber zum Teil gegen Vorschriften der Militärregierung verstoßen, in Einzelfällen hätten sie ihre Anerkennung als örtliche provisorische Regierung gefordert, und so sei – „[in] conformity with Allied occupation policy“ – offiziell die Auflösung dieser Gruppen angeordnet worden.

Die Konservativen hätten auf subtilere Weise versucht, politischen Einfluß geltend zu machen. Sie hätten die nationalsozialistische Herrschaft mehr oder minder bereitwillig mitgetragen und insofern weniger unter ihr gelitten, und: „Since the fall of the Nazis they have retained or received the most important positions in German society. They do not share the Left's anti-fascist attitudes, oppose any increased power for labor in business and public administration, and hope by exploiting friction between the Western Powers and the USSR to preserve their present dominant position and retain what is potentially valuable in the shambles left by the Hitler regime.“

Ohne daß die Militärregierung hier offen kritisiert wurde, kam diese Darstellung doch einer Kritik gleich, denn immerhin erschien die Militärregierung als fast schon übertölpelter Handlanger einer opportunistischen Herrschaftselite, die nichts anderes als ihren eigenen Vorteil im Sinn hatte. Diese eher indirekte Kritik war freilich milde eingedenk der Eindringlichkeit, mit der R&A bei der Ausarbeitung der Civil Affairs Guides immer wieder versucht hatte zu verdeutlichen, daß diese im buchstäblichen Sinne „konservativen“ Kräfte nicht die Träger einer wirklichen Demokratisierung Deutschlands sein könnten²⁰.

Die von R&A hier gezeigte Zurückhaltung mag sich zum Teil wieder aus der Einsicht erklären, daß es sich die Abteilung nicht erlauben könnte, als „pressure group“ aufzutreten²¹; daneben dürfte diese Zurückhaltung aber auch den Tenor der Meldungen aus Deutschland widerspiegeln, in denen immer wieder anklang, daß man über eine noch

¹⁸ Vgl. dazu neben dem oben (Anmerkung 14) genannten Bericht über Krefeld den von Borsdorf/Niethammer (Hrsg.), *Zwischen Befreiung und Besatzung*, S. 83 ff. abgedruckten Bericht Meyershoffs sowie die beiden sich daran anschließenden Field Intelligence Studies; siehe außerdem den ganz aus der Perspektive des Widerstands geschriebenen „Comprehensive Report of Trip through Germany“ in NA, RG 226, E 108, b 8, f 60, auch in E 125, b 11, 18.6. 1945, sowie „Anti-Fascist United Front Movements in Germany“, vom 27.6. 1945, in: NA, RG 226, E 74, b 2, f: J. I. C.

¹⁹ NA, RG 59, R&A 3145 S, Current Intelligence Study Number 25, „Action Groups in Germany“, 15.6. 1945.

²⁰ Siehe oben V, 1. Teil.

²¹ Siehe die oben V, 2. Teil, diskutierten R&A-Richtlinien für die Ausarbeitung politischer Berichte.

weitgehend offene und kaum überschaubare Situation berichtete. Gerade die ersten Meldungen über die in einigen Städten angetroffenen „Antifas“ fielen noch in die Anfangs- und Aufbauphase der Militärregierungen und damit in eine Situation, die insgesamt noch sehr im Fluß war. Darauf wiesen manche Berichte ausdrücklich hin²²; so hatte es etwa Anfang April in einem R&A-Bericht geheißt: „[The] crucial political issues in Germany will take shape at a considerable later period so that the earliest operations by MG though important will not always be decisive for the future role and influence of the various anti-Nazi political forces in Germany.“ Einerseits, so wurde ausgeführt, mußten sich die politischen Kräfte in Deutschland noch formieren, andererseits vollziehe sich auch der Aufbau der Militärregierung als Prozeß. Verschiedentlich hatten R&A-Mitarbeiter die Erfahrung gemacht, daß MG-Einheiten anfänglich belastete Personen als „Notlösung“ einsetzten bzw. beibehielten, daß aber, sobald die wichtigsten Grundprobleme gelöst waren, diese Personalentscheidungen revidiert wurden.

Erst die Kapitulation Deutschlands und die Übernahme der Regierungsgewalt durch die Alliierten Anfang Mai bzw. Juni 1945 erlaubte den Aufbau dauerhafterer Strukturen und damit ein gewisses Maß an Konsolidierung. Für R&A verbesserten sich die Arbeitsbedingungen nun insofern, als kurz nach Kriegsende, nämlich noch im Mai 1945, ein OSS-Büro in Deutschland eingerichtet wurde. Die Entsendung und Stationierung einer „OSS Mission to Germany“ war schon seit Herbst 1944 geplant. Das OSS hatte sich offenbar nützlich genug gemacht, um für dieses Vorhaben einen einflußreichen Fürsprecher zu finden: Stabschef Generalleutnant Walter Bedell Smith hatte in einem Schreiben an die JCS ausgeführt²³, daß das OSS auf dem europäischen Kriegsschauplatz ein umfassendes Nachrichtendienstnetz mit qualifizierten Mitarbeitern aufgebaut habe, die während der Besatzung wertvolle Dienste leisten könnten. Smith empfahl deshalb, „that the Office of Strategic Services be authorized to establish and operate a special mission for Germany [...] to assist and eventually to serve under the direction and control of the U.S. Group, Control Council, in connection with German disarmament, military government and other matters“.

Die JCS sowie War und State Department stimmten Anfang 1945 der Einrichtung dieser „OSS Mission to Germany“ zu²⁴, und Ende Mai konnte sich das OSS schließlich in Biebrich bei Wiesbaden etablieren. Die unter der Leitung von Harold Deutsch stehende R&A-Branch dieser Außenstelle entwickelte sich bald zu einer der wichtigsten Abteilungen von OSS/Germany. Anhand der von der Abteilung geführten „Progress Reports“ läßt sich die von R&A in Deutschland geleistete Arbeit praktisch lückenlos rekonstruieren²⁵. R&A/Germany war in zwei Hauptkomponenten aufgeteilt:

²² „Position of Anti-Nazi Groups in Krefeld“; „Notes on the Political Role of Military Government“, s. o. Anmerkung 9.

²³ NA, RG 226, E 1, b 1, f 15: „JCS 1035: OSS Mission to Germany“, 13. 9. 1944; vgl. auch Langer an McGovern, 18. 8. 1944, „Post-Hostilities Problems of Military Import“, sowie den „Plan for R&A Work in Germany“ vom 10. 9. 1944 in b 16. Außerdem: NA, RG 226, E 1, b 1, f 3, Europe-Africa Division, Rechenschaftsbericht 1944/45, sowie die Unterlagen in NA, RG 226, E 74, b 2, f: Germany/OSS Mission/Plans.

²⁴ Siehe die Korrespondenz zwischen Dezember 1944 und Februar 1945 in NA, RG 226, E 1, b 16 (JCS 1035/1,2); vgl. auch OSS War Report II, S. 327.

²⁵ In: NA, RG 226, E 1, b 16: OSS Mission for Germany, European Theater of Operations, R&A/Germany, Juni 1945 – Dezember 1945, bzw. ab November als Strategic Services Unit, War De-

Das in einige parallel zu R&A/Washington gebildete Unterabteilungen wie IDC, Biographical Records und CID gegliederte Intelligence Services Department hatte Hintergrundinformationen und dokumentarische Materialien wie z. B. Unterlagen von NS-Organisationen zu sammeln; während das Intelligence Studies Department für die Sammlung aktueller Informationen und Materialien durch „field teams“ und die Ausarbeitung von Berichten und Analysen zuständig war. Dieses Organisationsschema mußte allerdings schon im August wegen drastischer Budgetkürzungen gestrafft werden, wobei vor allem der von anfänglich etwa 40 Mitarbeitern auf über 90 angewachsene Personalstab wieder reduziert wurde, obwohl seit August auch ein R&A-Stab in Berlin stationiert war, der die Zusammenarbeit mit den dortigen amerikanischen Besatzungsbehörden erleichtern sollte.

Da R&A mitnichten die einzige Abteilung war, die im Deutschland der unmittelbaren Nachkriegszeit mit der Sammlung von „intelligence“ befaßt war, wollte sich R&A/Germany auf einen Bereich spezialisieren, in dem man sich besonders kompetent glaubte, und vor allem über „political forms, organizations and leaders“ berichten²⁶. R&A wollte dabei versuchen, „to construct as accurately as we can the political pattern as it exists and as we think it is going to evolve in Germany“. Die dabei gesammelten Informationen sollten in „Field Intelligence Studies“ (FIS) zusammengefaßt und analysiert werden²⁷.

Obwohl man den Ehrgeiz hatte, diese Field Intelligence Studies zur „specialité de maison“ zu machen, scheint die Nachfrage nach manchen schon bekannteren R&A-„Spezialitäten“ zunächst einmal größer gewesen zu sein. Insbesondere die Arbeit der Biographical Records Section erfreute sich offenbar immer größerer Wertschätzung, seit amerikanische Truppen im Herbst 1944 nach Deutschland eingerückt waren²⁸. Bereits Mitte November hatte Chandler Morse, Chef von R&A/ETOUSA, berichtet, daß sich die militärischen Nachrichtenstäbe geradezu enthusiastisch über die von Biographical Records ausgearbeiteten Berichte geäußert hätten, wobei nur bedauert worden sei, daß die entsprechenden Karteien nicht umfangreicher seien, da Informationen dieser Art von zentraler Bedeutung für die Besatzungstruppen seien. Morse berichtete, „[that] the availability of personality files is one of the chief topics of conversation in every in-

partment, Mission to Germany, USFET, Progress Report, R&A Germany. Zur Organisation der Abteilung vgl. „Organization of R&A/Germany“, Chandler Morse an William Langer, 19.2. 1945, in: NA, RG 226, E 1, b 16, und ebenda, Research and Analysis Branch, Office of Strategic Services Mission for Germany, Branch Order No 2, „Organization of R&A/Germany“, 22.6. 1945.

²⁶ NA, RG 226, E 1, b 16: R&A/Germany – Bericht von Chandler Morse (Chief, R&A/ETO) über Konferenz vom 25. bis 28. 6. über Arbeitsprogramm von R&A/Germany; vgl. auch Progress Report R&A/Germany vom 1.7. 1945, ebenda.

²⁷ Einige dieser Field Intelligence Studies sind abgedruckt bei Borsdorf/Niethammer (Hrsg.), Zwischen Befreiung und Besetzung. Eine Auflistung aller von R&A/Germany ausgearbeiteten FIS findet sich in den Progress Reports, R&A/Germany (vgl. auch Anhang). Außer an den von Borsdorf/Niethammer angegebenen Fundstellen finden sich die FIS fast vollständig in der Lerner Collection der Hoover Institution, Stanford, CA, b 48; siehe außerdem NA, RG 226, OSS Field Intelligence Studies (1 b). Einige FIS werden auch erwähnt von Wuermeling, Die Weiße Liste, S.254 ff.

²⁸ Dazu und zum Folgenden NA, RG 226, E 1, b 2, f: CID, Biographical Records Section, 1944: Schreiben von Chandler Morse, Chief, R&A ETOUSA, und T. W. Reese (HQ & HQ Detachment, OSS, ETOUSA, US Army-Main) an R&A-Chef Langer, 13.11. 1944.

telligence meeting. We are the only US agency servicing the various customers in the Theater and in some categories we are the only agency supplying accurate and complete information to G-2, G-5 and CC. [...] the various customers not only appreciate what we have done, but they are looking to us with an expectancy that is almost desperate.“

Das Arbeiten vor Ort bot Biographical Records seit Mai 1945 die Möglichkeit, bisher angelegte Karteien zu ergänzen; zudem begann man nun, Karteien über die von den Militärregierungen eingesetzten Stelleninhaber aufzubauen²⁹. In zunehmendem Maße lieferte Biographical Records den regionalen MG-Stellen sowie dem US Group Control Council (USGCC) biographische Informationen, wobei neben Auskünften über einzelne auch „weiße Listen“ zusammengestellt wurden³⁰.

Eine weitere wichtige Funktion von R&A/Germany war gerade in der unmittelbaren Nachkriegszeit die Sicherstellung von Dokumenten³¹. Die eigens für diese Aufgabe gebildeten Arbeitsgruppen suchten auf zahlreichen „field trips“ vorher festgelegte Zielorte auf, um dort vermutete Materialien sicherzustellen. Im Rahmen dieser Aktionen wurden beispielsweise umfangreiche Bestände der I.G. Farben entdeckt, und zwei nach Leipzig entsandte R&A-Mitarbeiter stießen auf „a wealth of important material on pre-VE-day resistance and underground activities, particularly in association with the role of Dr. Goerdeler“³². Besonders hektische Aktivität verzeichnet der Progress Report vom 1. Juli für den vorausgegangenen Monat: „The pace of operation was considerably accelerated by the necessity of exploiting rapidly deposits in areas that were only temporarily under American control.“ Mit Unterstützung des Militärs wurde eine Sonderaktion organisiert, um Unterlagen aus Sachsen und Thüringen zu evakuieren; unter anderem wurden dabei Materialien der Zeiss-Forschungsbibliothek sowie Akten des deutschen Auslandsinstituts sichergestellt. Kaum weniger wichtig war schließlich die Sammlung von Dokumenten und Unterlagen, die als Beweismaterial bei den geplanten Kriegsverbrecherprozessen dienen konnten³³.

Nach den ersten, etwas hektischen Wochen konnte sich R&A/Germany schließlich verstärkt der Berichterstattung über die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen im besetzten Deutschland zuwenden. Auf „field trips“ führten R&A-Mitarbeiter zahllose Gespräche mit Deutschen und Vertretern lokaler MG-Einheiten, sammelten alle erdenklichen Informationsmaterialien und notierten ihre Beobachtungen. Diese Informationen gingen zum einen als „raw intelligence“ an R&A/Washington, um dort weiterverarbeitet zu werden³⁴, zum anderen wurden sie teilwei-

²⁹ Vgl. dazu NA, RG 226, E 1, b 16, R&A/Germany Progress Report vom 1.6. 1945, sowie NA, RG 59, R&A 3197.1-5: „Principal Post-Nazi German Officials“, August 1945 – März 1946; NA, RG 59, R&A 3474.1-3: „The Principal Political Leaders in Occupied Germany“, 12.3. 1946.

³⁰ NA, RG 226, E 1, b 16, R&A/Germany Progress Reports vom 1.6. bis 1.9. 1945. Biographical Records arbeitete im August beispielsweise eine umfassende Namensliste geeigneter Kandidaten für hohe Verwaltungsämter aus, die Allen Dulles zur Vorlage beim USGCC angefordert hatte; vgl. dazu auch Gilbert, Lehrjahre im alten Europa, S.213; sowie den Hinweis auf eine für das State Department ausgearbeitete Liste in NA, RG 226, E 50, b 1.

³¹ Vgl. in diesem Zusammenhang auch die bei Gilbert geschilderte Entdeckung des Archivs des Auswärtigen Amtes: Gilbert, Lehrjahre im alten Europa, S.205 ff.

³² NA, RG 226, E 1, b 16, R&A/Germany Progress Report vom 1.6. 1945.

³³ Dazu ausführlicher im 2. Teil dieses Kapitels.

³⁴ Vgl. dazu z. B. die Materialien in NA, RG 226, E 50, b 1; freilich war man in R&A/Washington – insbesondere in der Economics Division – nicht immer mit dem Umfang der von R&A/Ger-

se schon von den in Deutschland stationierten R&A-Mitarbeitern ausgewertet. Zuweilen sind diese Berichte nicht viel mehr als Bestandsaufnahmen, die ohne eingehendere Analysen einen Ausschnitt der spezifischen Situation an einem bestimmten Ort nachzeichnen³⁵. Mehr und mehr wurde dann in den Field Intelligence Studies (FIS) versucht, lokale und regionale Strukturen deutlicher herauszuarbeiten und einzelne gesellschaftliche Gruppen oder Institutionen und ihre politische Haltung zu untersuchen³⁶. In R&A hatte man sich selbst im Verdacht, dabei die gemäßigte Linke, insbesondere gewerkschaftliche Gruppen und die Sozialdemokratie, anfänglich in den Vordergrund gestellt zu haben. Für Juli und August nahm man sich deshalb vor, verstärkt über andere gesellschaftliche Gruppen zu berichten: mehr Aufmerksamkeit sollte nun kirchlichen Aktivitäten geschenkt werden, was, insbesondere für Bayern, „logically under the right-wing category“ falle³⁷; von einer Untersuchung des politischen Klimas an den Universitäten erhoffte man sich Aufschlüsse über „academic attitudes“ sowie „intentions and activities of middle class groups“³⁸.

Daneben beteiligte sich R&A an der Ausarbeitung umfassender Lokalstudien³⁹. Mitte August begann eine Gruppe von R&A-Mitarbeitern in Zusammenarbeit mit der In-

many gelieferten Daten und Informationen zufrieden. In Washington während dieses Zeitraums ausgearbeitete Studien sind z. B.: NA, RG 59, R&A 3426, „The Land Reform in the Soviet Zone of Germany: Social and Political Implications“, 5. 11. 1945; NA, RG 59, IRIS/(R&A) 3383, „The German Standard of Living and Industrial Capacity Available for Reparations“, 6. 12. 1945, (Draft), sowie die überarbeitete Version vom 30. 1. 1946; NA, RG 59, IRIS/(R&A) 3370, „Observations on the Ruhr Coal Situation in the Summer and Fall of 1945“, 21. 12. 1945; NA, RG 59, IRIS/(R&A) 3371, „The Ruhr: Problems of Boundary Delimitation“, 11. 12. 1945.

³⁵ Die während oder nach den „field trips“ ausgearbeiteten Aufzeichnungen sind als „Spot Intelligence Reports“ in den R&A Progress Reports aufgelistet. Vgl. dazu und zum Folgenden auch NA, RG 226, E 50, b 1, H. Stuart Hughes an Chandler Morse und Harold Deutsch: „Work Program of R&A Branch to 15 August 1945“, 5. 7. 1945.

³⁶ Wie auch schon Katz, *Foreign Intelligence*, S. 175, festgestellt hat, sind die FIS jedoch ebenfalls eher historische Dokumentationen als politische Analysen; eben dies hat Borsdorf/Niethammer veranlaßt, sie als Dokumente der deutschen Geschichte „zwischen Befreiung und Besetzung“ herauszugeben.

³⁷ Es scheint aber später keine entsprechende FIS ausgearbeitet worden zu sein; Anfang Januar 1946 erschien jedoch NA, RG 59, ORI/(R&A) 3388, „The Churches and Political Life in Post-War Germany“, 2. 1. 1946.

³⁸ Vgl. NA, RG 226, E 1, b 16, R&A/Germany Progress Report vom 1. 8. 1945; FIS 21, „The Liberal Universities of Baden, I. Freiburg“, 20. 9. 1945, in: Hoover Inst., Lerner Collect., b 48; FIS 41, „The Liberal Universities of Baden: II. Heidelberg“, 13. 11. 1945 (verzeichnet in NA, RG 226, E 1, b 16, R&A/Germany Progress Report vom 1. 12. 1945, nicht aufgefunden). An der Ausarbeitung dieser Studie war der gebürtige Badener Felix Gilbert maßgeblich beteiligt, vgl. dazu seine Memoiren: Lehrjahre im alten Europa, S. 214ff.; siehe auch Katz, *Foreign Intelligence*, S. 88ff., der zu Recht das aus dieser Arbeit sprechende „Befremden“ des über seine ehemalige Heimat berichtenden Emigranten hervorhebt. Vgl. im übrigen die früheren, noch spekulativen Ausführungen zu „Trends in German Intellectual Life“, *European Political Report*, Vol. II, No. 14, 6. 4. 1945, in RG 243, E 36, b 96 (155).

³⁹ NA, RG 59, IRIS/(R&A) 3298, Field Memorandum 1010, Germany [Biebrich] 24. 10. 1945, „Darmstadt: A Survey of Political, Economic and Social Conditions in a Medium-Sized German City“, 29. 12. 1945; laut NA, RG 226, E 1, b 16, R&A/Germany Progress Report vom 1. 11. 1945 als FIS 34 erschienen. Auch in der historischen Forschung ist später versucht worden, mit Hilfe solcher Lokalstudien Einsichten in die politischen und sozialen Strukturen der Besatzungszeit zu gewinnen, siehe z. B. Gimbels Arbeit über Marburg: A German Commu-

formation Control Division (ICD), USFET, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Darmstadt zu untersuchen. Dabei wurden mehr als 200 Darmstädter Bürger aus verschiedenen sozialen Gruppen eingehend befragt, und Jugendliche und Erwachsene wurden aufgefordert, in Fragebögen Auskunft über ihre politische Haltung zu geben. Darüber hinaus wurden ausführliche Gespräche mit 30 Nationalsozialisten geführt, die von der Militärregierung entlassen worden waren. Schließlich wurden alle irgendwie zugänglichen Materialien, Dokumente und Statistiken ausgewertet. Auf dieser Basis entstand eine Studie, in der auf über 200 Seiten ein detailliertes Bild des schwierigen Nachkriegsalltags in einer einstmals überdurchschnittlich wohlhabenden, nun aber zu drei Vierteln zerstörten Stadt gezeichnet wird. Untersucht wurden dabei nicht nur die materiellen Zerstörungen, sondern auch die Auswirkungen von NS-Diktatur und Krieg auf die Gesellschaft, auf Familienstrukturen und auf den einzelnen. Besonderes Interesse galt in diesem Zusammenhang der Frage, inwieweit nationalsozialistisches Gedankengut in den verschiedenen Gesellschaftsgruppen fortwirkte⁴⁰. Obwohl diese Studie so ein recht differenziertes Bild vermitteln konnte, beschrieb auch sie wieder eine politisch weitgehend apathische, von den täglichen Existenzsorgen der Gegenwart absorbierte Bevölkerung.

Abgesehen von solch umfassenden Lokalstudien vermitteln die einzelnen Berichte von R&A/Germany notwendigerweise ein eher fragmentarisches Bild. Fragmentarisch mußte dieses Bild vor allem deshalb bleiben, weil diese Berichte eine Übergangsphase dokumentieren – eine Übergangsphase, die zudem insofern ein völliges Novum darstellte, als ein Staat nach seiner „bedingungslosen Kapitulation“ von den Siegermächten besetzt worden war und als staatliches Gebilde zu existieren aufgehört hatte, wobei offenblieb, wie, wann und in welcher Form er wieder rekonstruiert werden sollte. Fragmentarisch mußte das in den R&A-Berichten vermittelte Bild aber auch deshalb bleiben, weil die von den Siegermächten etablierte Zoneneinteilung viele Entwicklungen tatsächlich in einem ganz wörtlichen Sinne fragmentierte.

In dieser Situation waren auch die Mitarbeiter von R&A/Germany auf die Rolle des „Lokalberichterstatters“ verwiesen und kaum in der Lage, übergreifende Tendenzen und Strukturen – so sie sich überhaupt entwickeln konnten – zu erkennen. Der Ehrgeiz von R&A, „to construct as accurately as we can the political pattern as it exists and as we think it is going to evolve in Germany“, erwies sich insofern als überzogen. Letztlich mußten die Berichte aus Deutschland die Ungewißheit der Situation – nicht nur aus deutscher, auch aus amerikanischer bzw. alliierter Perspektive – reflektieren. Gleichwohl lassen sie in der Gesamtschau gewisse Tendenzen und Strukturen, durchaus auch „political patterns“ dadurch erkennbar werden, daß sich bestimmte Beobachtungen und Eindrücke wiederholten und sich so zu „patterns“ verdichteten.

nity under American Occupation, sowie die vor allem seit Anfang der achtziger Jahre entstehenden sozial- und alltagsgeschichtlichen Forschungen, z. B. Niethammer (Hrsg.), „Hinterher merkt man“; Woller, Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone; Broszat/Henke/Woller (Hrsg.), Von Stalingrad zur Währungsreform.

⁴⁰ Vgl. dazu auch NA, RG 226, 14 05 69, US Group Control Council, Information Control Service, Information Control Intelligence Summary #3, Week ending 27 July 1945 (Annex: German Youth: A Preliminary Study); sowie die Arbeit des ehemaligen ICD-Mitarbeiters Rodnick, Postwar Germans.

Wenn sich R&A dabei im Verdacht hatte, der Entwicklung von Gewerkschaften und Sozialdemokratie besondere Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, so war dieser Verdacht durchaus gerechtfertigt. Obwohl man sich bemühte, diese Themen nicht zu dominant werden zu lassen, beobachtete man die Entwicklungen in diesem gesellschaftlichen und politischen Spektrum doch immer mit besonderem Interesse. Das war insofern nur konsequent, als R&A erwartet hatte, daß es innerhalb der deutschen Gesellschaft vor allem diese Gruppen sein würden, die den Aufbau eines demokratischen Nachkriegsdeutschland vorantreiben und entscheidend gestalten würden. Dementsprechend hatte R&A im Rahmen der Arbeiten für das War Department immer wieder dafür plädiert, diese Kräfte gewähren zu lassen bzw. sie zu unterstützen. Schon in den ersten Monaten der Besatzung schienen sich aber die von R&A immer wieder geäußerten Befürchtungen zu bewahrheiten, daß die Militärregierung statt dessen – „by a misguided emphasis on achieving ends that can be attained only by strengthening the power of the traditional ruling groups“⁴¹ – die Handlungs- und Wirkungsmöglichkeiten dieser Gruppen beschneiden würde. Wie bereits angedeutet, reagierte R&A darauf zunächst zurückhaltend und äußerte nur indirekte Kritik. So lassen weder die von R&A/Germany im weiteren Verlauf des Jahres 1945 ausgearbeiteten Berichte noch die auf diesen Meldungen basierenden Arbeiten von R&A/Washington eine so eindeutige Parteinahme zugunsten der Linken erkennen, wie sie R&A zuweilen unterstellt worden ist⁴². Nur bedingt gerechtfertigt scheint mithin die Feststellung, „daß diese Analysen in Methode und Wertung der europäischen Arbeiterbewegung weit näher standen als die amerikanische Politik im ganzen“; wie zu zeigen sein wird, standen diese Analysen und Berichte der deutschen Arbeiterbewegung durchaus kritisch gegenüber, und wenn sie ihr doch näher stehen mochten „als die amerikanische Politik im ganzen“, so sprach aus ihnen auch immer wieder eine Distanz, die wohl in vielen Fällen die ganz wörtlich zu nehmende „Entfremdung“ des Emigranten angesichts einst vertrauter, nun völlig veränderter – und zudem von einem Veränderten wahrgenommener – Verhältnisse reflektiert⁴³.

Dennoch, oder vielleicht gerade deshalb, betonen diese R&A-Berichte immer wieder Kontinuitätslinien, die entweder als Folge oder Fortsetzung der jüngsten deutschen Geschichte oder als Anknüpfen an die von ihr unterbrochenen Entwicklungen der Weimarer Republik beschrieben werden. So wird das von den Besatzungstruppen vor-

⁴¹ Siehe dazu oben V., 1. Teil.

⁴² Neben Söllner (Hrsg.), *Archäologie der Demokratie*, dessen dahin gehende Thesen bereits mehrfach angesprochen wurden, auch Borsdorf/Niethammer (Hrsg.), *Zwischen Befreiung und Besatzung*, insbesondere S. 16 (daraus auch das nachfolgende Zitat); und außerdem – zumindest für die Arbeit der „Frankfurter Schule“ – Katz, *Foreign Intelligence*, insbesondere S. 33 ff., vgl. jedoch auch S. 50f. und 90ff., wo Katz für 1945 ebenfalls eine gewisse Ernüchterung feststellt.

⁴³ Vgl. dazu die Schilderungen von Herz, *Vom Überleben*, S. 140 ff., und Gilbert, *Lehrjahre im alten Europa*, S. 201 ff. – Zudem ist zu berücksichtigen, daß die R&A-Berichte aus Deutschland nicht durch die abteilungsinternen „Zensurinstanzen“ des Projects Committee in R&A/Washington gingen und insofern nicht unbedingt die von der Abteilung vertretenen Positionen widerspiegeln, sondern u. U. eine ganz individuelle Sichtweise vermitteln. Nicht zuletzt deshalb wird hier weniger auf einzelne Berichte eingegangen, sondern versucht, einige allgemeine Tendenzen dieser Berichte zu skizzieren und schließlich zu verfolgen, wie diese Berichte in R&A/Washington bzw. in der R&A-Publikation *European Political Report* weiterverarbeitet wurden.

gefundene Chaos zwar als tiefgehender Einschnitt dargestellt, doch die Auflösung staatlicher, politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturen wird auch zugleich als Erbe des Nationalsozialismus begriffen. Daß dessen Gedankengut sich nicht gleich mitaufgelöst hatte, sondern in den Köpfen vieler, die diese „Zusammenbruchsgesellschaft“ ausmachten, weiterwirkte, wird als selbstverständlich vorausgesetzt. Immer wieder wird die Bevölkerung als weitgehend apathische, von der Sorge ums nackte Überleben absorbierte und gleichzeitig autoritätshörige „Masse“ beschrieben, für die es eine „Stunde Null“ nicht gab: „[The] impression of the mass of the Germans is one of almost complete apathy. Years of Nazi rule have schooled them to await orders and not to exercise any initiative; they will await and execute orders of MG in much the same fashion, for some time to come, as they once did for the Nazis.“⁴⁴

Enttäuschend mußte es für R&A freilich sein, daß auch die Linke wenig Initiative zeigte. In R&A/Germany glaubte man, daß diese zuweilen als Paralyse beschriebene Passivität ebenfalls durch Kontinuitäten zu erklären sei, die man so freilich kaum erwartet, wenn auch zuweilen schon befürchtet hatte. Fast einfühlsam, aber dennoch nicht unkritisch, beschreibt Anfang Juni ein Artikel in dem von R&A für die in Europa stationierten Truppen herausgegebenen Nachrichtenmagazin *European Political Report* (EPR) den Zustand der deutschen Sozialdemokratie in der unmittelbaren Nachkriegszeit⁴⁵.

Bezeichnenderweise wird einleitend zunächst einmal die lange und ereignisreiche Geschichte der SPD beschworen, ohne die man, wie versichert wird, den gegenwärtigen „status“ der deutschen Sozialdemokratie nicht verstehen könne, da sich die meisten deutschen Arbeiter, die noch vor Hitlers Machtübernahme ins Erwachsenenalter kamen, voll Stolz dieser Tradition bewußt seien. Das Ansehen der SPD habe zwar durch die Haltung der Partei im Ersten Weltkrieg gelitten, und die Spaltung der deutschen Sozialisten sowie der Sozialistischen Internationale hätte sich ebenfalls negativ ausgewirkt; überdies habe das Aufkommen des Faschismus in Deutschland viel zur Diskreditierung der Partei beigetragen; dennoch sei sie bis zu ihrer Unterdrückung durch die Nationalsozialisten schlechthin die Massenorganisation der deutschen Arbeiterschaft geblieben – „commanding the unquestioning loyalty of many millions of voters and disposing over a huge apparatus of trained functionaries, office buildings and meeting halls, and journals of every description“.

All dies hätten die Nationalsozialisten nach ihrer Machtübernahme zerstört oder an sich gerissen: „The SPD's leadership was dispersed or killed off; its buildings and assets were confiscated. Physically and organizationally, the continuity of its history was violently and completely interrupted.“ Die aus Geschichte und Tradition der SPD erwachsende Identität war damit nach Darstellung von R&A aber noch nicht zerstört: „[The] Social Democratic Party lived on as a memory and as an idea in the minds of German workers. It was not an idea which could grow and develop; it was fixed into a rigid pattern. [...] Under Hitler, Social Democracy lived on entirely because of its great past, not at all because of its role in the present.“ Nun, nach der Beseitigung des NS-

⁴⁴ Hier aus NA, RG 226, E 108, b 8, f 60: „Comprehensive Report of Trip through Germany“, 18. 6. 1945; viele andere Berichte äußern sich ganz ähnlich, vgl. z. B. oben den Lunning-Bericht S. 171 f.

⁴⁵ „German Social Democracy Today“, *European Political Report*, 8. 6. 1945, Vol. II, No. 23, Hoover Inst., Lerner Collect., b 48.

Regimes, glaubte man in R&A beobachten zu müssen, daß sich die Sozialdemokratie nur mühsam aus ihrer erzwungenen Erstarrung lösen könne: „[Now,] unlike the situation which has prevailed for the past 12 years, the Social Democrats are finding themselves in a position where they have to make decisions and take action. [. . .] in the completely different situation which faces them today [. . .] the Social Democrats have no clear sense of direction [. . .] Socialism as a political philosophy and as an ultimate goal remains, but Socialism as a practical program has virtually disappeared in Germany.“

In dieser Situation glaubte R&A, einige für die Sozialdemokratie typische Verhaltensmuster beobachten zu können, von denen zwei der Abteilung als möglicherweise entscheidend für die künftige Entwicklung der Partei schienen. Das eine beschrieb R&A als „Traditionalist Trend“, das andere als „United Front Trend“. Wie die Bezeichnung „Traditionalisten“ schon andeutet, orientierte sich diese Gruppe nach Ansicht von R&A an den traditionellen Konzeptionen der Partei und blieb damit, wie impliziert wurde, überkommenen Vorstellungen verhaftet: „[They] would like to deal with the problems of the present pretty much as they dealt with the problems of the past.“ Nach Darstellung von R&A neigten die „Traditionalisten“ dazu, enge Zusammenarbeit mit der Militärregierung zu suchen und von ihr Unterstützung zu erwarten; nicht zuletzt erwarteten sie von Briten und Amerikanern, „to halt the expansion of Soviet influence, preferably at the eastern borders of Germany“. Die Vertreter des „United Front Trend“ suchten dagegen nach neuen Ansätzen, denn sie seien der Überzeugung, „that the traditional methods and instruments of Social Democracy are either not strong enough or not appropriate for the solution of the problems which the Nazi regime has left behind“. Die „antifascist societies“, in denen sie sich organisierten, seien ein Versuch, „to improvise new tools and new techniques“. Diese „Aktivisten“ sähen in einer gründlichen Entnazifizierung das dringlichste Problem und betrachteten die Besatzungsmächte dabei „as a hindrance rather than a help“.

R&A war sich nicht sicher, ob daraus notwendigerweise eine Spaltung der Sozialdemokratie erwachsen würde, da diese beiden Gruppen durchaus als komplementär betrachtet werden könnten: „[The] old officials prepare the ground for a revival of Social Democratic institutions and represent the movement's interests with the occupying authorities, while the activists work with the masses and preserve the good name of the SPD with the rank-and-file.“ In welche Richtung sich eine wiederbegründete SPD letztlich entwickeln würde, war nach Ansicht von R&A noch nicht abzusehen, da dies davon abhängt, welche Gruppe innerhalb der Partei eine Mehrheit gewinnen würde.

Ähnlich wie in früheren Berichten erscheint die SPD zwar auch hier wieder merkwürdig gelähmt, doch wird dies nicht länger mit der fast völligen Vernichtung ihrer politischen Funktionäre erklärt. Ausdrücklich wird vielmehr darauf verwiesen, daß überraschend viele von ihnen überlebt hätten. Doch auch sie scheinen unfähig, die ihnen jahrelang aufgezwungene politische Passivität zu überwinden⁴⁶, geschweige denn der

⁴⁶ Vgl. in diesem Zusammenhang auch den EPR-Artikel „Views of a Left-Wing German Catholic“ vom 13. 4. 1945 (European Political Report, Vol. II, No. 15, in: RG 243, E 36, b 96 (155)), wo noch betont worden war, daß offenbar nur wenige Linke überlebt hätten: „some of the few leftist figures who have been found seem to be suffering from a sort of mental paralysis produced by the combination of political persecution, wartime strain, and almost complete isolation both from one another and from the outside world.“

Partei neue Impulse zu geben. Als politische Kraft, die für die von R&A für so unabdingbar gehaltene sozialistisch-demokratische Erneuerung Deutschlands streiten könnte, drohte die Partei, die einst auf die unbedingte Loyalität von Millionen von Wählern zählen konnte, damit auszufallen.

In den Wochen nach dem Erscheinen dieses Artikels war man auch in R&A/Washington mit der Ausarbeitung einer Studie zur „Social Democratic Party of Germany“ beschäftigt⁴⁷, und bezeichnenderweise entzündete sich an dieser Arbeit eine erbitterte Kontroverse, die sich – will man die Terminologie des EPR-Artikels aufnehmen – als eine Auseinandersetzung zwischen „Traditionalisten“ – nämlich den Verfassern der Studie – und Vertretern des „United Front Trend“ – ihren Kritikern – beschreiben ließe⁴⁸. Die R&A-„Zensoren“ des Projects Committee hatten den ihnen vorliegenden Entwurf dieser Arbeit scharf kritisiert und in Zweifel gezogen, ob sie als objektiv und wissenschaftlich fundiert gelten könne. Ihre mehrere maschinenschriftliche Seiten umfassende Kritik zielte in fast allen Punkten darauf ab, daß da, wo die SPD als Arbeiterpartei mit der KPD verglichen wurde, mehrfach in verzerrender Weise Statistiken, Daten und Ereignisse zugunsten der SPD und auf Kosten der KPD ausgewählt oder interpretiert worden seien. Zudem wurde kritisiert, daß die SPD immer wieder als der sozusagen kongeniale – nämlich zutiefst demokratische und verläßlich antikommunistische – Partner der Militärregierung dargestellt wurde, während die Frage nach einer eventuellen Kooperation zwischen SPD und KPD nicht angemessen problematisiert würde, wobei die Kritiker auch bemängelten, daß nicht in Rechnung gestellt worden sei, welche Konsequenzen sich aus der zu erwartenden Stärke der Kommunisten in der sowjetischen Besatzungszone ergeben könnten.

Da der hier so scharf kritisierte Entwurf nicht aufgefunden werden konnte, läßt sich nicht feststellen, inwieweit er tatsächlich überarbeitet wurde. Der am 1. September schließlich herausgegebene Bericht läßt allerdings vermuten, daß die meisten dieser Kritikpunkte berücksichtigt wurden. Nach einer Darstellung der charakteristischen Strukturen und traditionellen Positionen der SPD sowie einem Abriss über die SPD in Exil und Widerstand wird im Hauptteil dieses Berichts versucht, Entwicklung und Chancen der SPD in der Nachkriegszeit einzuschätzen. Dabei wird bereits zwischen den drei westlichen Zonen einerseits und der sowjetischen Besatzungszone andererseits unterschieden, doch da R&A zu dem Schluß kam, daß die SPD in der sowjetischen Besatzungszone wenig mehr als ein „Anhängsel“ der KPD war und auch künftig kaum Chancen hatte, sich als eigenständige Arbeiterpartei mit einer breiten Basis zu etablieren, liegt der Schwerpunkt auf der Darstellung der Entwicklungen in den westlichen Zonen.

Grundsätzlich erscheint die SPD – anders als in den ersten Berichten aus Deutschland – im Hinblick auf ihre Beteiligung an den von den Militärregierungen eingesetzten Verwaltungen nicht länger benachteiligt: „SPD functionaries and Party regulars have furnished a large number of anti-Nazi appointees to Allied Military Government

⁴⁷ NA, RG 59, R&A 1549, 1.9. 1945; vorher war in dieser Reihe schon ausgearbeitet worden: NA, RG 59, R&A 1550, „The German Communist Party“, 10.7. 1944; beide Studien in deutscher Übertragung in Söllner (Hrsg.), Archäologie der Demokratie, Bd. 1, S. 281–313, 260–280; vgl. zum Folgenden auch Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei.

⁴⁸ Zu dieser Kontroverse: NA, RG 226, E 1, b 3, f: Europe-Africa Division, Schreiben von Richard Hartshorne an Sherman Kent und Carl E. Schorske, „Criticisms of Political Reports“, 17.7. 1945, bzw. ders. an dies., „R&A No. 1549“, 14.7. 1945.

positions. In September 1945 Social Democrats in the western zones were strongly represented on all levels of the administration. On an over-all basis, indeed, the SPD in this area has acquired more posts of all kinds than any other party [. . .] The Catholic Center Party follows the SPD as a weak second.“

Da die Anordnungen der Militärregierungen politische Aktivitäten noch stark einschränkten, sei das politische Programm der SPD erst in Umrissen zu erkennen. Die SPD sei bislang vor allem für eine gründliche Entnazifizierung eingetreten und kritisiere immer wieder, daß die Militärverwaltungen die Entnazifizierung nicht energisch genug vorantrieben. Da die Mehrheit der SPD-Anhänger nicht kompromittiert sei, habe sich die SPD gegen die von konservativen Kreisen befürwortete Beibehaltung sogenannter nomineller Nazis gewandt; tatsächlich benutze die SPD diese Position indirekt als Mittel im Kampf um politische Macht: „To the extent that the Social Democrats and leftist groups are able to classify their rightist opponents as Nazis, or Nazi-sympathizers, and to force the military government authorities to take action against them, their objective of winning power at a later date has been made easier to attain.“ Im übrigen setze sich die SPD für einen raschen Aufbau der Gewerkschaften ein, und SPD-Mitglieder schienen sich dafür bereits Führungsrollen zu sichern, obwohl sich auch die Gewerkschaften bislang noch nicht politisch betätigen konnten. Abgesehen davon, daß man den Aufbau einer Einheitsgewerkschaft anstrebe, zeichne sich ab, daß man größtenteils an traditionelle Strukturen anknüpfen wolle.

Auch für die Reorganisation der SPD schein die Parteiführung am liebsten da anknüpfen zu wollen, wo sie 1933 hatte aufhören müssen. Die Mehrheit der SPD-Anhänger befürworte jedoch einen wirklichen Neuanfang, und so sei zu erwarten, daß Versuche, die Partei unter ihrer alten Führung wiederzubegründen, auf starken Widerstand stoßen würden. Gruppen, die sich im Exil und Widerstand von der SPD abgespalten hatten – wie Neu Beginnen, ISK und SAP –, hatten nach Einschätzung von R&A allerdings keine Chancen, sich zu eigenständigen Parteien zu entwickeln.

Im Hinblick auf die Frage nach einer Zusammenarbeit zwischen SPD und Kommunisten wurde – eventuell in Anlehnung an den oben angesprochenen EPR-Artikel bzw. die auch darin verarbeiteten Feldberichte – zwischen zwei Haupttendenzen unterschieden: Eine Gruppe stehe einer derartigen Kooperation offen gegenüber und denke sogar an den Aufbau einer geeinten Arbeiterpartei, da sie in der Spaltung der Arbeiterklasse einen wesentlichen Grund für die erfolgreiche Machtübernahme der Nationalsozialisten sähe; die andere Gruppe lehne eine solche Kooperation oder gar einen Zusammenschluß dagegen strikt ab. Die in den Antifa-Ausschüssen bereits praktizierte Kooperation wurde von R&A nun allerdings kritisch beurteilt. Nach Ansicht von R&A hatte sie sich bereits als nicht wirklich tragfähig erwiesen, da traditionelle politische Divergenzen nur vorübergehend zurückgestellt werden konnten und bald wieder erkennbar geworden seien. So glaubte R&A insgesamt konstatieren zu können, daß mit dem Zusammenbruch des NS-Regimes allgemein ein Wiederaufleben der während der Weimarer Republik geprägten Strukturen zu beobachten sei: „[As] the process of de-Nazification has stripped the Hitlerian layers from the structure of German society, its pre-Nazi shape has begun to appear once more.“⁴⁹

⁴⁹ Das war freilich ein Bild, das sich mit den R&A-Analysen zum nationalsozialistischen Deutschland ganz und gar nicht vereinbaren ließ – gerade die Vorstellung, daß das NS-Regime

Das erneute Hervortreten der parteipolitischen Linien der Weimarer Zeit ließ nach Beobachtung von R&A auch die alten Auseinandersetzungen innerhalb der Linken wiederaufleben. Dementsprechend rechnete man in der Abteilung nicht mit einer einheitlichen Arbeiterpartei aus SPD und Kommunisten. Die Aussichten für eine Wiederbegründung der SPD als der nichtkommunistischen Arbeiterpartei wurden als günstig beurteilt; zudem rechnete R&A damit, daß die SPD auch nach links tendierende Kreise der bürgerlichen Mittelschichten und der „intelligentsia“ ansprechen würde. Nach Ansicht von R&A würde die wiederbegründete SPD aber weitgehend der alten Partei ähneln und sich nur da erneuern, wo es unerlässlich schiene: „Although the post-Nazi SPD is likely to resemble strongly the pre-Nazi party in composition and policy, its leadership will chiefly be new. The fact that the SPD is greatly compromised by its failure to resist effectively the rise of the Nazi movement will require large-scale jettison on the top layer – despite some sentiment in favor of the exiled leaders.“

Implizit setzt sich in diesem Bericht über die deutsche Sozialdemokratie so die kritische Sicht fort, die auch in früheren Arbeiten immer wieder angedeutet worden war. Im Grunde wiederholte bzw. bestätigte R&A hier die mehr als ein Jahr zuvor in dem Civil Affairs Guide zur „Policy Toward Revival of Old Parties and Establishment of New Parties in Germany“ geäußerten Vermutungen, daß die wiederbegründete SPD in traditionellen Bahnen bleiben würde⁵⁰. Doch was im Juli 1944 nur vermutet worden war, schien nun durch die sich abzeichnenden Entwicklungen bestätigt zu werden. Die von R&A damals geäußerte Hoffnung, daß das Ende des Krieges in Deutschland politische Kräfte freisetzen werde, die der von R&A als Vorbedingung für eine tiefgreifende Demokratisierung für unabdingbar gehaltenen sozialen Revolution den Weg bereiten würden, mußte damit als nichtig erscheinen. Zwar hatten sich diese Kräfte in den Antifa-Ausschüssen tatsächlich manifestiert, doch hatte nicht nur die Intervention der Militärregierung ihre politische Handlungsfähigkeit eingeschränkt. So wie R&A es darstellte, war es auch die Unfähigkeit dieser Gruppen selbst, aus ihrem Antifaschismus einen einigermaßen stabilen und tragfähigen politischen Grundkonsens herzustellen, die sie letztlich zu einer ihre spontan akkumulierte politische Energie schnell aufbrauchenden Erscheinung reduzierte. Unübersehbar war schließlich auch, daß in den R&A-Berichten aus Deutschland wenig darauf hindeutete, daß die nach einer tiefgreifenden Erneuerung strebenden Kräfte eine Mehrheit der Bevölkerung für ihre Ziele gewinnen könnten. Wenn R&A immer wieder darauf bestanden hatte, daß es den Deutschen selbst überlassen bleiben mußte, die mit fundamentalen gesellschaftlichen Reformen verbundenen Probleme zu lösen, so mußte man in der Abteilung nun wohl erkennen, daß für die meisten Deutschen ganz andere Probleme im Vordergrund

nur eine Art Belag bildete, der einfach „abgekratzt“ werden könnte, hatte R&A in der Diskussion um die amerikanische Besatzungspolitik schließlich immer wieder zurückgewiesen (vgl. oben V., 1. Teil). Es muß dahingestellt bleiben, ob es sich hier nur um einen Lapsus linguae handelte oder ob eine subtile Kritik an der Entnazifizierungspolitik angedeutet werden sollte; falls letzteres beabsichtigt war, war diese Kritik allerdings wohl zu subtil, um außerhalb von R&A verstanden oder auch nur wahrgenommen zu werden. Im übrigen konstatieren auch viele andere R&A-Berichte ein Wiederaufleben gesellschaftlicher und politischer Strukturen der Weimarer Republik.

⁵⁰ Siehe oben V., Teil 1.

standen als soziale Reformen – es war vieles „so völlig anders“, als man es sich vorgestellt, so völlig anders, als man gehofft hatte⁵¹.

Das politische Engagement, das trotz des Strebens nach Objektivität in den R&A-Arbeiten zur „deutschen Frage“ immer erkennbar geblieben war, wich nun zunehmend einer kritischen Distanz: immer mehr zog sich R&A auf die Rolle eines Beobachters zurück, der das Agieren und Reagieren der gesellschaftlichen und politischen Kräfte in Deutschland – der deutschen wie der alliierten – in ihrem komplexen Wechselspiel zu erfassen suchte, sich dabei mit keinem der Akteure identifizierte, sondern nur aufzuzeigen versuchte, welche Weichenstellungen ihre Handlungen bedingten. Zum Teil mag diese zunehmende Beschränkung auf die Rolle des Berichterstatters und Analytikers Ausdruck einer gewissen Resignation gewesen sein, die sich in R&A auszubreiten schien, je mehr man erkennen mußte, daß man für Deutschland keine Alternative, sondern eine Utopie entworfen hatte. Vor allem hatten sich für R&A aber Fragestellungen und Arbeitsbedingungen entscheidend geändert. Mit der Besetzung Deutschlands durch die Alliierten und der Stationierung von R&A-Mitarbeitern in Deutschland fielen R&A in einem sehr viel unmittelbaren Sinn als zuvor „nachrichtendienstliche“ Aufgaben zu, denn die Abteilung hatte nun vor allem die tatsächlichen politischen Entwicklungen zu beobachten und zu analysieren. Das Ende des Krieges brachte zudem mit dem Abbau der Washingtoner Kriegsbürokratie auch die Auflösung des OSS, und obwohl R&A vom State Department übernommen wurde, bedeutete das mitnichten die Integration der Abteilung in den Prozeß der Formulierung der amerikanischen Nachkriegspolitik. Mehr als zuvor sah sich R&A bei der Ausarbeitung von Berichten und Studien gezwungen zu berücksichtigen, „[that] readers of our political reports commonly have a prior conviction on the subject under discussion“⁵², mehr als zuvor sah sich R&A deshalb gezwungen, auf „policy recommendations“ zu verzichten und sich auf die Rolle eines möglichst neutralen Berichterstatters und Analytikers zu beschränken.

Wie die Entwicklungen in Deutschland der unmittelbaren Nachkriegszeit unter diesen Gegebenheiten von R&A dargestellt und beurteilt wurden, illustriert eine Anfang Januar 1946 fertiggestellte Studie zum „Revival of Political Life in Germany“⁵³, in der die bis Ende 1945 bei R&A/Washington eingehenden Meldungen aus Deutschland verarbeitet wurden, so daß diese Arbeit eine Gesamtschau der von

⁵¹ Dies vermitteln viele R&A-Berichte aus Deutschland; vgl. auch Herz, *Vom Überleben*, S.140ff., und Gilbert, *Lehrjahre im alten Europa*, S.205, 210ff. Daß alles „so völlig anders“ war, als man es sich vorgestellt hatte, soll nach Gilberts Erinnerungen (in einem Interview im Zweiten Deutschen Fernsehen im November 1990) Franz Neumann während seines ersten Deutschlandaufenthalts im Herbst 1945 immer wieder festgestellt haben. Neumann war zu dieser Zeit als Mitglied der US-Delegation des Internationalen Militärgerichtshofes in Deutschland, vgl. dazu Herz, a. a. O.; Söllner (Hrsg.), *Archäologie der Demokratie*, Bd.1, S.155; Katz, *Foreign Intelligence*, S.54.

⁵² NA, RG 226, E 1, b 3, „Draft of proposed guide to preparation of political reports“, [o.D.], sowie ebenda, b 9, f: *Political Reports (Preparation of): „Guide to Preparation of Political Reports“*, 5.5. 1944.

⁵³ NA, RG 59, ORI/(R&A) 3200, 11.1. 1946 (Anhang: biographische Angaben zu führenden politischen Persönlichkeiten); in deutscher Übertragung gekürzt wiedergegeben in Borsdorf/Niethammer (Hrsg.), *Zwischen Befreiung und Besatzung*, S.275–311. Einen Überblick über die Entwicklungen der unmittelbaren Nachkriegszeit bietet Benz, *Potsdam 1945*.

R&A/Germany zu diesem Thema ausgearbeiteten Field Intelligence Studies vermittelt.

Die bislang in Deutschland zu verzeichnende politische Aktivität wollte R&A nur sehr bedingt als „spontaneous indigenous activity“ verstanden wissen, denn nach Darstellung der Abteilung wurde jegliches politische Leben vorläufig noch durch eine Reihe von Faktoren massiv eingeschränkt. So könnten sich politische Aktivitäten unter den Bedingungen der Besatzungsherrschaft – und insbesondere angesichts der von den Besatzungsbehörden verordneten Beschränkungen – nur in sehr begrenztem Rahmen entfalten; gleichzeitig reduzierten die Lebensbedingungen der Nachkriegszeit mit ihren Zerstörungen und Versorgungsschwierigkeiten das Interesse an politischen Fragen und ließen statt dessen die Sorge um lebensnotwendige Grundbedürfnisse sehr viel wesentlicher erscheinen. In dieser Situation würden politische Aktivitäten von den direkten, offenen Ebenen wie Parteien und Gewerkschaften häufig auf indirektere, wie etwa Industrie- und Handelskammern, Verwaltungsorgane oder auch Kirchen verlagert.

Die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen komplizierte diese Situation noch weiter. Schon zu diesem Zeitpunkt sah R&A einen deutlich ausgeprägten Ost-West-Antagonismus⁵⁴: „The differences in policy between the western powers on the one hand and the Soviet Union on the other shape almost all aspects of German political life and enter even into local issues.“ So sei auch schon eine grundverschiedene Entwicklung des politischen Lebens in den westlichen Zonen einerseits und der sowjetisch besetzten Zone andererseits zu beobachten, die, wie R&A mehrfach betonte, in erster Linie die verschiedenen Interessen der Besatzungsmächte reflektiere⁵⁵. Insofern sah die Abteilung das politische Leben in Deutschland vor allem als „reaction to an external stimulus“ oder gar „as the implementation by the Germans of the orders concerning establishment of political parties“.

Doch auch wenn der Einfluß der Besatzungsmächte als dominierend angesehen wurde, glaubte R&A, einige allgemeine Tendenzen in allen Zonen erkennen zu können, die, wie impliziert wurde, als der spezifisch deutsche Beitrag zu betrachten seien. Besonders auffällig erschien R&A das Wiederaufbrechen traditioneller Konflikte, die charakteristisch für die deutsche Gesellschaft seien: „[The] development of post-Nazi political life is to a high degree shaped by the traditional social and political conflicts which characterized German politics prior to the Nazi rise to power. The basic conflicts are those between the ‚bourgeois‘ parties on the one hand and the labor parties

⁵⁴ Söllner (Hrsg.), *Archäologie der Demokratie*, Bd. 2, S. 60 f. behauptet dagegen, daß „die Analyse vom Januar 1946 die Wiedererstehung der alten Links-Rechts-Polarität herausstellt, der gegenüber der durch die Besatzungsmächte gesetzte Bedingungsrahmen eher im Hintergrund bleibt“. Er stellt dies einer Arbeit vom Juni 1946 gegenüber (NA, RG 59, ORI/(R&A) 3736, siehe unten VIII., 1. Teil), in der er – als Ausfluß des beginnenden Kalten Krieges – „die Akzente [. . .] genau umgekehrt gesetzt“ sieht. Der von Söllner in diesem Zusammenhang konstatierte, vermeintlich besonders frühzeitige „Perspektivenwechsel“, wäre, wie obiges Zitat belegt, allerdings noch mindestens sechs Monate früher anzusetzen (vgl. aber auch schon die weiter oben vorgestellte Arbeit über die SPD).

⁵⁵ Als Beispiel führte R&A an, „[that] the high percentage of Communist office-holders in the eastern zone corresponds just as little to their popular strength as does their low percentage in the western zone“. Ebensowenig rechtfertigten die Gegebenheiten die unterschiedliche Politik gegenüber der Industrie durch die Westmächte einerseits und die Sowjetunion andererseits.

on the other, and, within the labor parties, between the Social Democrats (SPD) and the Communists (CP).“

Unmittelbar nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes seien diese Konflikte zunächst dadurch überdeckt worden, daß sich alle antifaschistischen Kräfte zusammengeschlossen hätten. Diese „Einheitsfront“ habe jedoch die nur unterdrückten traditionellen Gegensätze nicht lange überdecken können, denn einerseits habe sich im bürgerlichen Lager bald wieder der tiefverwurzelte Antikommunismus geregt, andererseits habe aber auch die Linke aus dem Widerstand gegen Nazismus und Faschismus keine tragfähige politische Einheit entwickelt und sei noch immer in Kommunisten und Sozialdemokraten gespalten. Obwohl sich die Kommunisten von früheren revolutionären Dogmen abgewandt hätten, würden sie weiterhin mit Moskau und sowjetischen Interessen identifiziert, und gerade die SPD habe ihr tiefes Mißtrauen gegenüber der „Communist conception of democracy“ nicht aufgegeben. Die SPD ihrerseits entwickle sich in den westlichen Zonen zum „protagonist of ‚Western democracy‘ on the left“ – wie R&A bemerkte, „a role to which the party seems predestined by its long reformist and anti-revolutionary record“.

Obwohl die Konflikte aus der Zeit vor der NS-Machtübernahme als noch bzw. wieder so bestimmend dargestellt wurden, glaubte R&A andererseits auch tiefgreifende Veränderungen in der Struktur des Parteienspektrums zu beobachten. Diese seien vor allem Ergebnis der Eliminierung der Parteien der extremen Rechten. Deren Verbot bewirkte nach Ansicht von R&A freilich keineswegs eine Schwächung der Rechten, sondern, ganz im Gegenteil, ihre Stärkung, denn die Kräfte der extremen Rechten müßten sich nun – wollten sie politisch aktiv werden – nolens volens in die zugelassenen bürgerlichen Parteien integrieren. Dadurch sei die „old Weimar division“ zwischen demokratischen und nationalistisch-antidemokratischen Parteien der bürgerlichen Rechten verschwunden, so daß sich die Arbeiterparteien nun einem relativ homogenen Block bürgerlicher Parteien gegenübersehen. Obwohl in diesem Lager durchaus Differenzen bestünden, würden diese von einigen gemeinsamen vitalen Interessen überdeckt – etwa der „salvation of the existing social structure, the protection of private property, and opposition to the predominance of labor“.

Für R&A ergab sich daraus insgesamt eine Polarisierung: „more clearly than ever“ sei das politische Spektrum in eine Rechte und eine Linke gespalten, und deutlicher als je zuvor folge diese Spaltung den „traditional class lines of German society“ – das Bürgertum sei durch die Christdemokraten und die Liberalen repräsentiert; ihnen gegenüber stehe die Arbeiterschaft, vertreten durch SPD und Kommunisten. Als die in der Studie eingangs erwähnten „indirekten“ politischen Kräfte waren die Handelskammern in diesem Spektrum der Rechten, Gewerkschaften und Betriebsräte der Linken zuzuordnen. Die politische Mitte sei verschwunden „[as] result of the Nazi period, which brought about the gradual destruction of the economic basis of the old middle class“. Diese Polarisierung bedeutete nach Ansicht von R&A allerdings nicht unbedingt eine Radikalisierung: „Neither of the two labor parties is any more revolutionary than in the years prior to 1933, and their efforts to absorb at least a part of the dislodged middle classes and of the rural population are likely to strengthen their democratic and reformist tendency. Moreover, the conditions of occupation and the state of the German masses seem to preclude any organized revolutionary movement.“

Längerfristig gesehen konnte sich R&A sogar eine Verschiebung der an sich als grundsätzlich beschriebenen Aufspaltung des Parteienspektrums in einen bürgerlichen Parteienblock einerseits und einen Block der Arbeiterparteien und der Kommunisten andererseits durch die Absorption der SPD in das bürgerliche Lager vorstellen: „The tradition, the present attitude, and the leadership of the SDP seem to justify the prediction that, as German political life assumes more independent form and content, the SDP will move toward a bourgeois front against Communists.“

Gleichzeitig glaubte R&A aber, daß die traditionellen Klassegegensätze in Deutschland dauerhaft bestehenbleiben würden. Obwohl unter den Bedingungen der Besetzung politische Kontroversen bislang nur indirekt ausgetragen werden könnten, zeichneten sich die zwischen der Rechten und Linken strittigen politischen Grundfragen bereits ab, wobei es nach Ansicht von R&A letztlich um den demokratischen Wiederaufbau der Wirtschaft ging. In diesem Zusammenhang würde sich zunächst die Frage nach Ausmaß und Schärfe der Entnazifizierung stellen, da eine gründliche Entnazifizierung ein Aufbrechen der Machtkonzentrationen in Industrie und Kapital erfordere; damit stelle sich auch die Frage nach dem Schutz des Privateigentums als gesellschaftlicher Grundlage; schließlich erfordere eine Demokratisierung der Wirtschaft auch mehr Einfluß und bessere Repräsentation der Arbeiter. In diesen Fragen werde wiederum die unterschiedliche Politik der einzelnen Besatzungsmächte entscheidenden Einfluß haben. So habe die Besatzungsmacht in der sowjetischen Zone die Kommunisten bereits dabei unterstützt, durch die Bodenreform und die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien die Grundlage für die Entmachtung der alten Herrschaftsschicht zu legen. In den westlichen Zonen habe die Politik der Besatzungsmächte dagegen bislang keine vergleichbar fundamentalen gesellschaftlichen Veränderungen begünstigt. Grundsätzlich war es nach Ansicht von R&A aber unabdingbar, eine Konsolidierung der Macht der „old ruling groups“ zu verhindern, denn falls dies nicht gelänge, wollte R&A „an open struggle within Germany, with possible repercussions on the international level“, keineswegs ausschließen.

Andererseits hielt es die Abteilung aber durchaus für möglich, daß die notwendigen Veränderungen auf demokratisch-administrativem Wege durchgeführt werden könnten. In diesem Zusammenhang entwarf R&A freilich das Bild eines von einer „bourgeois-labor coalition“ regierten Deutschland, in dem die notwendige Demokratisierung der Wirtschaft auf ein Minimum beschränkt würde und die traditionellen Konflikte bestehenblieben. Diese würden sich letztlich auf die Alternative zwischen Staatskapitalismus und Staatskommunismus zuspitzen, wobei die Konsequenzen dieses Antagonismus nach Ansicht von R&A in hohem Maße von den Entwicklungen auf internationaler Ebene beeinflußt werden würden und insofern nicht abzuschätzen seien.

Während der hier unternommene Versuch, künftige Entwicklungen unter Anwendung einer marxistischen Gesellschaftstheorie zu prognostizieren, in mancherlei Hinsicht unbefriedigend bleibt, bietet diese Arbeit nichtdestoweniger eine in vielen Punkten interessante, oft scharfsinnige und in Anbetracht des Zeitpunkts ihres Entstehens zuweilen bemerkenswert hellsichtig erscheinende „Zwischenbilanz am Ende des Anfangs“⁵⁶. Auch vor dem Hintergrund der von R&A im Rahmen der deutschlandpoliti-

⁵⁶ Borsdorf/Niethammer (Hrsg.), *Zwischen Befreiung und Besatzung*, S. 273.

schen Diskussion der letzten beiden Kriegsjahre eingenommenen Positionen verdient diese Studie besonderes Interesse. Die Entwicklungen des Jahres 1945 boten R&A eine erste Möglichkeit, die Validität mancher der von der Abteilung formulierten Erwartungen, Prognosen und Warnungen zu überprüfen, um sie entweder als unzutreffend oder obsolet zu verwerfen, oder aber an sie anzuknüpfen, und insofern bietet diese Arbeit erste Hinweise darauf, welche Perspektiven und Positionen R&A für die Nachkriegszeit einnahm.

Betrachtet man diese Analyse des wiedererwachenden politischen Lebens in Deutschland als Fortsetzung der von R&A während der Kriegsjahre verfaßten Arbeiten, so erscheint sie vielleicht weniger hellichtig, als sie für sich allein genommen scheinen könnte. Schon in den im Laufe des Jahres 1944 entstandenen Arbeiten hatte R&A immer wieder vor der Ausprägung eines Ost-West-Antagonismus im besetzten Deutschland gewarnt und versucht, dessen mögliche Konsequenzen in ihren komplexen Wechselwirkungen auf die politischen Entwicklungen in Deutschland und Europa und damit auch im internationalen Rahmen zu skizzieren. R&A konnte sich nun in vielen Befürchtungen bestätigt sehen, und tatsächlich verweisen einige Formulierungen und Argumentationsweisen dieser Analyse sehr deutlich auf frühere Arbeiten.

Doch während sich die Kassandrarufer der Abteilung als vollauf berechtigt erwiesen, mußte sich R&A in den Erwartungen an eine für tiefgreifende soziale Umwälzungen streitende Linke getäuscht sehen. Freilich hatten die R&A-Deutschlandexperten andererseits selbst früh Zweifel an der revolutionären Energie der Linken gezeigt und schon im Sommer 1944 das Bild entworfen, dessen Ausformung man ein Jahr später zu beobachten glaubte⁵⁷. Diese frühen Zweifel mögen dazu beigetragen haben, daß R&A in der Unterdrückung der „Antifas“ durch die Militärregierungen nun nicht den entscheidenden Faktor für das Zerbröckeln der antifaschistischen Front sah. Weit- aus schwerwiegender erschien nach Darstellung der Abteilung das Wiederaufbrechen der sozialen und politischen Konflikte, die die Weimarer Republik nicht hatte lösen können und die der Nationalsozialismus nur unterdrückt oder, wie in manchen R&A-Studien in Anlehnung an die von Neumann in Behemoth formulierten Thesen angeklungen war, gar verschärft hatte.

Bei der Darstellung und Analyse der in diesem Zusammenhang relevanten Entwicklungen blieb R&A nun merkwürdig gespalten. Man versuchte, die schon 1944 als Eventualität skizzierte, nun als die wesentlichste Neuerung des sich in Deutschland bzw. in den westlichen Besatzungszonen entwickelnden politischen Lebens erscheinende Tendenz einer Ausweitung des bürgerlichen Lagers durch das Ineinandergreifen einer Vielzahl von Faktoren zu erklären. So wurde diese Entwicklung sowohl als Folge des NS-Regimes als auch beeinflusst durch die Bedingungen der Nachkriegszeit dargestellt; im Hinblick auf die Nachkriegssituation wurde einerseits auf die Gegeben-

⁵⁷ Auch Neumann hatte die in R&A-Studien immer wieder formulierten Erwartungen an die Arbeiterschaft bzw. die Linke bereits im September 1944 in Frage gestellt, als er in einem Entwurf zum Thema „How to Weaken Germany“ in Zweifel zog, daß damit gerechnet werden könne, „that during or after the collapse of Nazism, democratic forces will emerge and will be able to establish themselves. It is possible that Nazism has not only destroyed the democratic organizations [...] but has exterminated the active and most of the potential revolutionary leaders and killed the revolutionary spirit for some time to come“. In: NA, RG 226, E 74, b 2, f: Germany-Peace.

heiten in einem durch Krieg zerstörten Land, andererseits auf die durch Besetzung und Militärregierung geschaffenen Verhältnisse verwiesen, und in diesem Zusammenhang wurde wiederum die spezifische Form der Kontrolle durch vier verschiedene, zum Teil antagonistische politische Strategien verfolgende Mächte besonders berücksichtigt. Doch während Deutschland in dieser Darstellung bereits als politisch geteilt erscheint, unterschätzte R&A die Auswirkungen einer Verfestigung dieser Teilung gerade für die Entwicklung der Linken in den Westzonen. Die von R&A formulierten Prognosen für die weitere Entwicklung reflektierten dann die vorher beschriebene Komplexität der Situation in Deutschland kaum, sondern folgten einer schon geradezu orthodoxen marxistischen Argumentation: So bestand R&A darauf, daß sich die Klassengegensätze im Nachkriegsdeutschland zunehmend schärfer ausprägen würden, wobei nicht ausgeschlossen wurde, daß sich der „Klassenkampf“ – ganz buchstäblich als „open struggle“ – an der Konsolidierung der Macht der „old ruling groups“ entzünden könnte. Obwohl R&A es andererseits auch für möglich hielt, daß die Klassegegensätze durch demokratisch-administrative Minimalreformen vorläufig überdeckt werden könnten, um erst in ferner Zukunft aufzubrechen, verstellte das Beharren auf einer rigiden marxistischen Perspektive R&A den Blick dafür, daß der „Klassenkampf“ angesichts eines sich verschärfenden Ost-West-Antagonismus in den Hintergrund treten und in den Westzonen durch eine deutsche Version des „New Deal“ gegenstandslos werden könnte.

Dennoch ist das von R&A gezeichnete Bild der Entwicklungen in Deutschland 1945 insgesamt komplexer, als bisherige Arbeiten, deren Interesse vor allem der Frage nach dem Einfluß der in R&A beschäftigten Emigranten galt, haben erkennen lassen. Die direkte Konfrontation mit dem so lange nur indirekt zugänglichen „Studienobjekt“ Deutschland bestätigte eher die Befürchtungen als die Hoffnungen der Abteilung und beraubte R&A damit gewissermaßen der politischen Identifikationsfigur. Nicht übersehen werden darf in diesem Zusammenhang, daß R&A die Entwicklungen im besetzten Deutschland von Anfang an als nicht nur von den Besatzungsmächten bestimmt verstand, sondern schon sehr früh eine – wenn auch ungleichgewichtige – Interaktion zwischen Besatzern und Besetzten beschrieb. Damit erfaßte R&A, was in der neueren Fachliteratur häufig als „das historisch Wesentliche der Besatzungszeit“ erscheint⁵⁸, und konnte so auch schon die in der Literatur erst in den letzten Jahren intensiver untersuchte Frage stellen, inwieweit die sich in der „Zusammenbruchsgesellschaft“ manifestierenden Mentalitäten, Strukturen und Tendenzen die Realisierung der Zielvorstellungen alliierter Besatzungspolitik begünstigten oder unterstützten, modifizierten oder behinderten⁵⁹.

Die „Nahaufnahmen“ von R&A/Germany ließen erkennen, daß die soziale Revolution, auf die R&A gehofft hatte, nicht nur deshalb nicht in Gang kam, weil sie im politischen Programm der westlichen Besatzungsmächte nicht vorgesehen war bzw. weil politisch konservative, oder einfach nur überarbeitete und überforderte Besatzungs-

⁵⁸ Hier nach Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung, S. 66.

⁵⁹ Vgl. dazu z. B. die kurzgefaßten Überlegungen Gimbels, Amerikanische Besatzungspolitik und deutsche Tradition, in: Herbst (Hrsg.), Westdeutschland 1945–1955, S. 147–150. Die extremste Position in der Debatte um die Frage, inwieweit sich deutsche Traditionen gegenüber alliierter Einflußnahme als resistent erwiesen, hat wohl Peterson vertreten: The American Occupation of Germany.

ziere sie direkt oder indirekt unterbanden, sondern auch deshalb nicht, weil die Mehrheit der Deutschen viel zu apathisch, zu autoritätshörig und überdies viel zu sehr von der Sorge ums tägliche Überleben in Anspruch genommen war, um revolutionäre Energien für den Kampf um eine bessere Zukunft aufzubringen – zumal diejenigen, die diesen Kampf nach Vorstellung von R&A hätten anführen müssen, nach zwölf Jahren Bedrohung und Isolation selbst viel zu desorientiert schienen, um die Initiative zu ergreifen.

War R&A noch in den Arbeiten für das War Department recht engagiert für die deutsche Linke eingetreten, so äußerte man sich nun nicht gleichermaßen engagiert kritisch, wenn die Besatzungsbehörden die entsprechenden Empfehlungen nicht beherzigten. Zwar haben einige R&A-Mitarbeiter rückblickend gemeint, daß alles hätte anders kommen können, wenn die Militärregierung die „Antifas“ nicht unterdrückt hätte⁶⁰, doch finden sich in den R&A-Arbeiten selbst keine derartig eindeutigen „Schuldzuweisungen“. Der Tenor der seit 1945 entstehenden Arbeiten deutet eher darauf hin, daß man zu der Ansicht – wenn man will: Einsicht – gekommen war, daß die von der Abteilung erhoffte „social revolution“ in Deutschland eben nicht nur deshalb nicht stattfand, weil die Alliierten sie im Westen unterbanden und im Osten manipulierten, sondern weil die Kräfte, auf die R&A gesetzt hatte, eine Minderheit darstellten und zudem kaum über die notwendige politische Vitalität verfügten⁶¹. Damit waren die von R&A entwickelten Vorstellungen vorerst ins Reich der Utopie verwiesen, und die Distanz, die in den R&A-Deutschlandanalysen zunehmend erkennbar wird, mag sehr wohl diese Erkenntnis reflektieren.

Insgesamt scheint es somit fragwürdig, ob die seit 1945 entstehenden Arbeiten der Abteilung noch immer in erster Linie als Arbeiten deutscher Emigranten, die ein „anderes Deutschland“ befördern wollten, interpretiert werden können⁶². In diesem Zu-

⁶⁰ So z. B. Herz, *Denazification and Related Policies*, in: ders. (Hrsg.), *From Dictatorship to Democracy*, S. 24 f.; eine ambivalenterer Sicht findet sich bei Krieger, *The Inter-Regnum*, in: PSQ (LXIV, 1949), S. 513 f. Überaus interessant sind in diesem Zusammenhang auch die Positionen, die Franz Neumann in einer Reihe von Artikeln vertrat, in denen er sich zwischen 1947 und 1950 mit den Entwicklungen in Deutschland auseinandersetzte: Neumann, *Wirtschaft, Staat, Demokratie*, S. 290 ff.

⁶¹ Ausführlicher dazu VIII., 1. und 3. Teil. Neumann sollte 1948 feststellen: „Natürlich hat die Militärregierung die Deutschen nicht dazu ermutigt, ihre Reihen von den Faschisten selbst zu säubern [...] Trotzdem ist es verblüffend, daß es, abgesehen von vereinzelt Antifaschismus-Komitees, keine Explosion antifaschistischer Gefühle gegeben hat, keinen spontanen Umschwung, keine Demonstration des Willens, um jeden Preis voranzuschreiten.“ In: Neumann, *Militärregierung und Wiederbelebung der Demokratie*, in: ders., *Wirtschaft, Staat, Demokratie*, S. 315 f.; vgl. jedoch oben Anmerkung 57.

⁶² So, wie bereits mehrfach angesprochen, die Söllners Interpretationen zugrundeliegende Annahme, vgl. ders. (Hrsg.), *Archäologie der Demokratie*, z. B. in Bd. 1, S. 7 ff., Bd. 2, S. 113 ff. Mit Blick auf die nach Kriegsende ausgearbeiteten Deutschlandanalysen argumentiert Söllner, daß die Emigranten in R&A (bzw. in den R&A-Nachfolgeorganisationen im State Department) auf „das wichtigste Resultat der ersten Besatzungsmonate“ – nämlich die Erkenntnis, daß die Militärregierung nicht das geeignete Medium sei, um „die Reste an Arbeiterbewegung, in denen ein kämpferischer Antifaschismus am Leben geblieben war, zum Ausgangspunkt der demokratischen Rekonstruktion“ zu machen – „in einer defensiven Weise, mit der strategischen Zurückhaltung in der politischen Perspektivenbildung reagierten“. (Bd. 2, S. 113) Vgl. zu dieser Problematik auch Söllners Überlegungen in: *Wissenschaftliche Kompetenz und politische Ohnmacht*, in: Koebner/Sautermeister/Schneider (Hrsg.), *Deutschland nach Hitler*, S. 136–150.

sammenhang dürfte es nicht ohne Bedeutung sein, daß sich die meisten dieser Emigranten inzwischen entschlossen hatten, nicht nach Deutschland zurückzukehren, sondern sich – wenn auch vielleicht als „permanent exiles“ – in den USA niederzulassen⁶³.

Die Vorbereitung der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse

Obwohl die von den Nationalsozialisten in den von Deutschland besetzten Gebieten verübten Greuelthaten schon bald nach Beginn des Krieges den Ruf nach Bestrafung provoziert hatten, hielten sich die Alliierten in dieser Frage lange bedeckt. Im Januar 1941 hatten zunächst neun europäische Exilregierungen in der von ihnen gemeinsam verabschiedeten Erklärung von St. James unter Berufung auf die Haager Konvention „die Bestrafung der für diese Verbrechen Verantwortlichen, gleichgültig, ob die Betreffenden diese Taten anordneten, sie selbst begingen oder irgendwie daran teilnahmen“, als eines der Hauptkriegsziele bezeichnet und gefordert, daß die Schuldigen vor Gericht gestellt und abgeurteilt werden sollten⁶⁴. Doch erst nachdem im Oktober 1943 die United Nations War Crimes Commission begründet worden war, erklärten schließlich die USA, Großbritannien und die Sowjetunion in der Moskauer Deklaration im November 1943 offiziell ihre Absicht, Kriegsverbrecher in den Staaten vor Gericht zu stellen, in denen sie sich schuldig gemacht hätten, und Verbrechen umfassenderer Natur, die nicht an einen bestimmten Ort gebunden waren, nach einem noch festzulegenden Verfahren zu ahnden.

Seit dieser Absichtserklärung konnte die Bestrafung von Kriegsverbrechen zwar tatsächlich als erklärtes Kriegsziel der Alliierten gelten, doch ähnlich wie bei den meisten anderen Kriegszielen fehlten konkrete Vorstellungen oder gar Planungen zu seiner Realisierung. Immerhin begann man im Herbst 1943 im US-Justizministerium, Unterlagen für eventuelle Prozesse zu sammeln⁶⁵, und Ende Oktober 1943 erkundigte sich Präsident Roosevelt bei Donovan, ob und inwieweit man sich im OSS mit der Frage der Kriegsverbrecherprozesse auseinandergesetzt habe⁶⁶. Donovan sandte ihm daraufhin unverzüglich eine im OSS ausgearbeitete Denkschrift zu und verwies darauf, daß eine Liste deutscher Kriegsverbrecher bereits in Bearbeitung sei; Roosevelt seinerseits leitete die OSS-Denkschrift an den Außenminister weiter und erkundigte sich auch bei ihm nach dem „present status of the war criminals ,trials“.

Diese Initiative fand zunächst wenig Widerhall, und letztlich blieb bis zum Ende des Krieges offen, in welcher Form die deutschen Kriegsverbrechen gehandelt werden sollten, ja wie sie rechtlich überhaupt zu definieren und zu verfolgen wären. Die noch während des Krieges, nämlich bereits Ende 1943 in Kiew und Charkow von den Sowjets durchgeführten Kriegsverbrecherprozesse waren in Washington als Verstoß gegen die Genfer Konvention zur Behandlung von Kriegsgefangenen kritisiert worden;

⁶³ Die Charakterisierung als „permanent exiles“ nach Jay, *Permanent Exiles*.

⁶⁴ Hier zit. nach Heydecker/Leeb, *Der Nürnberger Prozeß*, I, S. 86; siehe zum Folgenden auch ebenda, S. 87 f., sowie Smith, *The American Road to Nuremberg*, und ders., *Der Jahrhundertprozeß*, S. 32 ff.

⁶⁵ Siehe z. B. Kempner, *Ankläger einer Epoche*, S. 206 ff.

⁶⁶ Dazu und zum Folgenden FDRL, PSF/Subject, b 167, Korrespondenz vom 25., 27. und 29. 10. 1943.

andererseits gab es in Großbritannien wie in den USA durchaus angesehene Politiker, die sich gegen gerichtliche Verfahren aussprachen und statt dessen für die standrechtliche Erschießung der als Hauptkriegsverbrecher geltenden Personen und Zwangsarbeit für Mitglieder der SS und anderer notorischer NS-Organisationen plädierten.

In Washington war es vor allem Finanzminister Morgenthau, der mit den nationalsozialistischen Kriegsverbrechern auf diese Weise „kurzen Prozeß“ machen wollte⁶⁷. Die von ihm Ende August 1944 formulierten Vorschläge brachten die seit der Moskauer Deklaration vom November 1943 fast völlig vernachlässigte Diskussion um die ins Auge gefaßten Kriegsverbrecherprozesse wieder in Gang. Vor allem im War Department konnte man Morgenthaus diesbezüglichen Vorschlägen nicht viel abgewinnen, und Kriegsminister Stimson, der sich für Fragen des Völkerrechts interessierte, begann, vehement für die Aburteilung der obersten NS-Führer vor einem internationalen Tribunal einzutreten. Im Rahmen der nun im War Department vorangetriebenen Planungen versuchte man, die mit diesem Verfahren verbundenen rechtlichen und verfahrenstechnischen Probleme dadurch in den Griff zu bekommen, daß man für die führenden Nationalsozialisten einen großen Hauptprozeß vorschlug, in dem sie der „Verschwörung“ sowie der Begründung bzw. Leitung „krimineller Vereinigungen“ angeklagt werden sollten, während das Strafmaß für die Mitglieder dieser „kriminellen Vereinigungen“ in Nachfolgeprozessen festgelegt werden sollte.

Obwohl dieser Ansatz in den folgenden Monaten überaus kontrovers diskutiert wurde und im Verlaufe dieser Diskussion auch immer wieder Modifikationen erfuhr, blieben wesentliche Elemente der im War Department entwickelten Konzeptionen in der im Vorfeld der Konferenz von Jalta ausgearbeiteten Denkschrift zur „Anklage und Bestrafung der Nazikriegsverbrecher“ erkennbar⁶⁸. In Jalta wurde dieses Papier allerdings nicht diskutiert, und es war schließlich auch nicht mehr Roosevelt, der die offizielle amerikanische Position in dieser Frage entschied. Wenige Tage nach Roosevelts Tod billigte jedoch sein Nachfolger Harry S. Truman die in Vorbereitung der Konferenz von Jalta ausgearbeitete Denkschrift als Richtlinie für die amerikanische Politik gegenüber den Hauptkriegsverbrechern, und Anfang Mai bestellte er Richter Jackson vom Obersten Bundesgericht zum „Hauptankläger im Verfahren gegen Verbrecher der Achsenmächte“.

Jackson seinerseits verpflichtete unverzüglich Donovan als Mitglied der Anklagevertretung und erwarb damit auch die Dienste des OSS⁶⁹. Donovans Behörde konnte zur Vorbereitung der geplanten Prozesse in mehrfacher Hinsicht beitragen. Zum einen ent-

⁶⁷ Die Verschärfung der Deutschlandplanung im Sommer 1944 muß wohl auch vor dem Hintergrund einer durch Zeitungsberichte über Majdanek – dem ersten von der Roten Armee befreiten Konzentrationslager – erregten öffentlichen Meinung gesehen werden, vgl. dazu Buscher, *The U.S. War Crimes Trial Program in Germany*, S. 15.

⁶⁸ FRUS, *Malta and Yalta*, S. 402 f.

⁶⁹ Dazu und zum Folgenden NA, RG 226, E 37, b 6, f; War Crimes Program; NA, RG 226, E 1, b 2, f; War Crimes: Korrespondenz Mai – Juli 1945; NA, RG 226, E 42, b 1, R&A/Europe-Africa Division progress report, Mai 1945; Smith, *Jahrhundertprozeß*, S. 32 ff., sowie Katz, *Foreign Intelligence*, S. 51 ff. – Im Nürnberger Prozeß selbst sollte Donovan allerdings keine Rolle spielen, denn er trat bereits kurz nach seiner Eröffnung Ende November wegen Meinungsverschiedenheiten mit Jackson zurück, siehe dazu Smith, *Jahrhundertprozeß*, S. 194 f., 295 ff.; Kempner, *Ankläger einer Epoche*, S. 212.

hielten die vom OSS gesammelten Meldungen zuweilen Hinweise auf Kriegsverbrechen⁷⁰, darüber hinaus bemühten sich die „Document Collecting Teams“ von R&A/Germany um die Sicherstellung eventuell relevanter Unterlagen, und auch in OSS/London wurden entsprechende Materialien zusammengetragen⁷¹; zum anderen hatte R&A bereits eine Reihe von Studien ausgearbeitet, die als Prozeßmaterialien geeignet waren⁷².

Im Rahmen der von Morgenthau wieder entfachten deutschlandpolitischen Debatte hatte man sich zudem auch in R&A mit der Frage beschäftigt, wie die vom bestehenden Recht nicht abgedeckten „Problems Concerning the Treatment of War Criminals“ gelöst werden könnten⁷³, und Ende September 1944 skizzierten die R&A-Deutschlandexperten eine Strategie, die darauf abzielte, die Nationalsozialisten mit ihren eigenen Waffen zu schlagen: „Because of the peculiar structure of the Nazi state and because of the ‚leadership principle‘ under which Hitler and his associates lay down broad fundamental principles but leave wide discretion in execution to their subordinates, [. . .] lack of specific knowledge of a criminal act or its execution, or of an order authorizing it, should not be accepted as a defense to a charge involving a war crime.“⁷⁴

⁷⁰ Z.B. NA, RG 226, 3935: Italy and Germany – Domestic Situation, 6.9. 1941; NA, RG 226, 76527: German War Criminals in Occupied Yugoslavia, 12.1. 1944; NA, RG 226, 58852: Sachsenhausen Concentration Camp [1944]; NA, RG 226, 102832: German Execution of Jews in Occupied Russia, 23.8. 1944.

⁷¹ NA, RG 226, E 91, b 8 (War Diary, R&A/London, Vol. III, Part 3, S.269ff.); NA, RG 226, E 115, b 48, f 2. Die von OSS/London gesammelten Unterlagen entsprechen offenbar der R-Serie der für den Nürnberger Prozeß zusammengestellten Dokumente, siehe dazu War Crimes, War Criminals, and War Crimes Trials, S.19. Die Dokumente der R-Serie sind abgedruckt in Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, Bd. XXXVIII, S.236–498.

⁷² Vgl. die in NA, RG 238, E 52f, b 26–29 enthaltenen R&A-Materialien, z.B. die Serie R&A 2500.1(-23), „German Military Government over Europe“, Dezember 1944-April 1945. Aus einer Broschüre der Wiener Library, Tel Aviv, geht außerdem hervor, daß die OSS Field Photographic Branch auch Ausschnitte aus Wochenschauen als Beweismaterial vorbereitete, vgl. Newsreels from 1933 to 1944, showing how Nazis prepared, started and prolonged the Second World War; die Filme selbst sind jedoch nicht vorhanden. – Laut Smith, Jahrhundertprozeß, S.66, war allerdings „das vom OSS gelieferte Material [. . .] praktisch unbrauchbar“; Smith begründet diese Beurteilung jedoch nicht näher. Franz Neumann erwähnt dagegen in einem Schreiben an Langer am 22.5. 1945, daß sich Richter Jackson positiv über die vom OSS bzw. R&A geleistete Arbeit geäußert habe, in: NA, RG 226, E 1, b 3, f: Europe-Africa Division 1945.

⁷³ Vgl. dazu NA, RG 238, E 52f, b 28, R&A 2577, „Problems Concerning the Treatment of War Criminals“, 28.9. 1944, und R&A 2577.2, „Problems Concerning the Treatment of War Criminals; List of Potential War Criminals Under Proposed US Policy Directives“, 30.9. 1944.

⁷⁴ So problematisch diese Interpretation für die juristische Praxis sein mochte, so interessant ist wissenschaftsgeschichtlich, daß R&A hier – möglicherweise in Weiterentwicklung des von Neumann in Behemoth als „äußerste Formlosigkeit“ beschriebenen Auflösungsprozesses rechtsstaatlicher Rationalität – argumentierte, daß das Führerprinzip keineswegs eine straffe Aufgabendelegation von oben nach unten bedeutete, sondern vielmehr eine Kompetenzerweiterung der „Unterführer“ zur Folge hatte. Es sollte Jahrzehnte dauern, bis zeitgeschichtliche Detailstudien die hier schon angedeuteten „anarchischen“ Züge bzw. polykratischen Strukturen des NS-Staates belegen konnten; in der deutschen Historiographie erstmals dazu: Schulz, Die Anfänge des totalitären Maßnahmenstaates, insbesondere S.279ff.; vgl. danach Broszat, Der Staat Hitlers, insbesondere S.9f. und 363ff.

Nachdem Donovan im Mai 1945 von Jackson zum Mitglied der Anklagevertretung ernannt worden war, spezialisierten sich die R&A-Deutschlandexperten darauf, diese Argumentation weiterzuentwickeln. In einer Studie mit dem Titel „Leadership Principle and Criminal Responsibility“⁷⁵ begründete R&A die Verantwortung der Macht- und Entscheidungsträger des nationalsozialistischen Deutschlands z.B. mit Zitaten aus Hitlers Mein Kampf: „Hitler has said: ‚Whoever wants to be a leader has with the highest and unlimited authority also the ultimate and heaviest responsibility.‘“ Wie R&A ausführte, folgte aus den NS-Lehren, „[that] the leader has to answer for what those entrusted to his leadership do, even if, in some particular case, they have acted against instructions and without any concurring (intent or negligence) on the part of the leader“. Als Beleg wurde aus einer „Führungsordnung des deutschen Volkes“ zitiert: „There is a deeper meaning in the fact that an officer can under no circumstances use the excuse that his men have failed [. . .] The genuine leader regards the guilt of his followership as his own and accepts it, even if, as the case may be, he has been really without guilt himself. He himself may make responsible those who have actually failed, but toward his superiors he alone is the guilty one. Only thus one can understand the principle of authority over those below, responsibility to those above in all its profound meaning.“

Nicht ohne Häme argumentierte R&A, daß der „tiefere Sinn“ des so verstandenen Führerprinzips es rechtfertige, vor allem diejenigen zur Verantwortung zu ziehen, die im NS-System höhere Führungspositionen innegehabt hatten. Die ihnen Untergeordneten seien dagegen – zumal in einem Terror-Regime, wie es die NS-Diktatur darstellte – als ihrer Entscheidungs- und Handlungsfreiheit beraubt anzusehen: „They have become more or less automatons through physical or psychological influence, and their actions should legally be attributed to those who have used these means of influence.“

Als „Anwendungsbeispiel“ für diese Konzeption führte R&A den Genozid an den Juden an: „For example: If a general policy adopted on the highest level of leadership has been to the effect to ‚eliminate all Jews from European life once and for all‘, and if in pursuance of such policy a large part of the Jewish population under Nazi rule has actually been exterminated, the acts of physical extermination may be attributed to all leaders and sub-leaders who, under the highest leadership, had functional and regional jurisdiction in connection with the implementation of the Jewish policies of the Nazi regime. All of them can be presumed to have known the Nazi program and the Nazi policies in this respect, all of them have used their positions to implement them, and all of them have known that in the execution of policy directives no legal restrictions would be observed. Whether or not under such conditions, they have been aware of the particular details of execution in specific cases, appears immaterial.“

Besonders bemerkenswert an der von R&A hier entwickelten Argumentation ist, daß sie die von den in Nürnberg Angeklagten später am häufigsten gebrauchten Ausflüchte vorwegnahm und sie – juristisch freilich auf problematische Weise – widerlegte bzw. zurückwies. Doch so befriedigend und verlockend es auch sein mochte, den NS-„Führern“ aus ihrer eigenen Ideologie im wahrsten Sinne des Wortes einen Strick zu

⁷⁵ NA, RG 238, E 52f., b 28, R&A 3110, „Leadership Principle and Criminal Responsibility“, 18. 7. 1945; in deutscher Übersetzung bei Söllner (Hrsg.), Archäologie der Demokratie, Bd. 1, S. 173–183.

drehen, war dieses Vorgehen nur schwer mit angelsächsischen Rechtsvorstellungen zu vereinbaren, zumal R&A ganz unverblümt mit zweierlei Maß messen wollte: Während die strafrechtliche Verantwortung der „Führer“ unter Anwendung der NS-Ideologie definiert werden sollte, würden diese sich selbstverständlich nicht auf das aus dieser Ideologie folgende „Rechtsverständnis“ berufen können.

Dieser eher unbekümmerte Umgang mit Rechtsnormen war freilich nicht auf R&A beschränkt, sondern reflektierte die auch in vielen anderen, mit der Vorbereitung der geplanten Kriegsverbrecherprozesse befaßten Gremien verbreitete Überzeugung, daß die von den Nationalsozialisten begangenen Verbrechen nur dann gerichtlich verfolgt werden könnten, wenn man bereit war, innovative Interpretationen bzw. Erweiterungen bestehender rechtlicher Bestimmungen zuzulassen. R&A dürfte freilich besonders prädestiniert gewesen sein, die in NS-Schriften entwickelten Begründungen des „Führerprinzips“ gegen dessen Nutznießer zu wenden, denn R&A konnte dabei auf die eigenen Analysen der Machtstrukturen im nationalsozialistischen Deutschland aufbauen, um – wie schon in den von der Abteilung entwickelten Konzeptionen zur Entnazifizierung – zu versuchen, die Eliminierung der Herrschaftselite als vorrangige Aufgabe alliierter Säuberungsmaßnahmen zu definieren.

Wie bei anderen Auftragsarbeiten hatte sich R&A aber auch bei der Arbeit für die War Crimes Commission an den durch bisherige Planungen und Absprachen bereits abgesteckten Rahmen zu halten. So reflektiert ein von R&A Anfang Juni vorgelegter Projektentwurf zu einer Reihe von Studien über die „Principal Nazi Organizations Involved in War Crimes“⁷⁶ das im War Department entwickelte – und während der Beratungen in London später kritisierte – Konzept einer nationalsozialistischen „Verschwörung“, wobei unterstellt wurde, daß das NS-Regime bzw. seine tragenden Organisationen an sich verbrecherischen Charakters waren, also von vornherein als Instrumente zur Ausführung von Verbrechen gedacht waren. Dabei wurde keineswegs verschwiegen, daß diesem Ansatz nicht zuletzt pragmatische Überlegungen zugrundelagen, die einen Mammutprozeß mit Hunderten von Angeklagten, denen individuelle Verbrechen nachzuweisen wären, unnötig machen sollten.

Die zu ahndenden Verbrechen wurden unter vier Anklagepunkten zusammengefaßt⁷⁷: „I: Plot for World Domination [. . .] II: Launching of Illegal Wars, Aggression and Violation of International Treaties [. . .] III: Violation of International Rules of Warfare [. . .] IV: Domestic Crimes“. Nach Ansicht von R&A beinhaltete Anklage-

⁷⁶ NA, RG 238, E 52f., b 28, R&A 3113, „Outline of Project: Principal Nazi Organizations Involved in War Crimes“, 5.6. 1945 (+ Serie) – abgedruckt in Söllner (Hrsg.), Archäologie der Demokratie, Bd. 1, S.184–201. Ausgearbeitet wurden im Rahmen dieses Projekts: NA, RG 238, E 52f., b 28, R&A 3113.1, (Draft), „Criminal Responsibility in Connection with the Purge of 1934“, 15.6. 1945 – die nationalsozialistischen Opfer des sog. „Röhm-Putsches“ werden ausdrücklich nicht berücksichtigt, was menschlich verständlich, rechtlich aber wohl nicht unproblematisch war; 3113.1 Supplement (mit zusätzlichen Informationen zum Röhm-Putsch nach dem Manuskript von H.-B. Gisevius, der mit Dulles in Bern zusammengearbeitet hatte); NA, RG 238, E 52f., b 28, R&A 3113.3, „Legislative Agencies Involved in War Crimes“ (Draft for the War Crimes Staff), 28.8. 1945; NA, RG 238, E 52f., b 28, R&A 3113.6, „The Gestapo“, (Draft for use of War Crimes Staff), 6.8. 1945; NA, RG 59, R&A 3113.7, „The Nazi Party, Parts I and II“, (Draft for the Use of the War Crimes Staff), 24.7. 1945.

⁷⁷ Vgl. dagegen die spätere Anklageschrift in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher, Bd. I, S.29 ff.

punkt IV – der auch schon in den War Department-Planungen vorgesehen war – die größten juristischen Schwierigkeiten, weil er die Frage aufwarf, auf welcher Rechtsgrundlage die in Deutschland selbst begangenen Verbrechen geahndet werden sollten bzw. was als in Deutschland gültiges Recht angenommen werden sollte. An dieser Stelle sah man in R&A einen Zusammenhang mit Anklagepunkt I, unter dem nachgewiesen werden sollte, daß die Nationalsozialisten ihre Herrschaft nur unter Verletzung geltenden deutschen Rechts hatten aufrichten können.

In einer Studie über „Nazi Plans for Dominating Germany and Europe“⁷⁸ erscheint Deutschland selbst dann auch als erstes Opfer des Nationalsozialismus. Schon die nationalsozialistische Machtübernahme wird als eine Art Gewaltakt dargestellt; sie sei gegen den Willen der Mehrheit der deutschen Bevölkerung erfolgt, welche – voll und ganz, wie vermittelt wird – hinter der Weimarer Regierung gestanden habe und „against a foreign policy of aggressive expansion“ gewesen sei.

Während nicht in allen Arbeiten der Abteilung ein solches „Schwarz-Weiß“-Bild entworfen worden war, reflektierte diese fast holzschnittartige Darstellung die den meisten R&A-Studien zum nationalsozialistischen Deutschland zugrundeliegende Sicht der deutschen Bevölkerung als einer in „ruling“ und „ruled groups“ geschiedenen Gesellschaft⁷⁹. Obwohl Neumann in seinen Ausführungen zum „innenpolitischen Wert“ des Antisemitismus sogar explizit von einer „kollektiven Schuld“ gesprochen hatte, obwohl auch die in manchen R&A-Studien geäußerte Kritik am Versagen der Linken angesichts des aufkommenden Nationalsozialismus eine gewisse politisch-moralische Mitschuld implizierte, und obwohl schließlich in der im April 1945 vorgelegten Studie zu „Pre-Fascist Groups in Germany“ breite Bevölkerungsschichten als durchaus empfänglich für die von den Nationalsozialisten propagierte Politik erschienen, hatte R&A nie Zweifel daran gelassen, daß es letztlich ganz bestimmte Strukturen und gesellschaftliche Kräfte waren, die die Etablierung und Aufrechterhaltung des NS-Regimes ermöglicht hatten. Die Überzeugung, daß ungeachtet allen „Mitläufertums“, ungeachtet auch des Fehlens eines breiten Widerstands, doch ein grundsätzlicher Antagonismus zwischen den „ruling“ und den „ruled“ in Deutschland bestand, hatte schon den von R&A vertretenen Konzeptionen zur psychologischen Kriegführung zugrunde gelegen; auf sie bauten dann die von der Abteilung entwickelten Vorstellungen zum Prozeß einer Demokratisierung im Deutschland der Nachkriegszeit auf, und sie prägte nun schließlich auch die Argumentation der Abteilung bei der Vorbereitung der Kriegsverbrecherprozesse, die insofern von R&A vor allem als Bestandteil der Entnazifizierung – und damit als Grundlage der Demokratisierung – konzipiert wurden.

⁷⁸ R&A 3114, (Draft for the War Crimes Staff, in: NA, RG 238, E 52f, b 29), 7. 8. 1945; dort außerdem unter dieser Seriennummer: R&A 3114.2, „Nazi Plans for Dominating Germany and Europe: Domestic Crimes“, 13. 8. 1945 (Anhang vom 5. 9. 1945); R&A 3114.3, „Nazi Plans for Dominating Germany and Europe: The Criminal Conspiracy Against the Jews“, 13. 8. 1945; 3114.4, „The Nazi Master Plan, Annex 4: The Persecution of the Christian Churches“, 6. 7. 1945; 3114.5, „The Nazi Master Plan, Annex 5: The Illegal Annexation of Territory by Nazi Germany“, 6. 7. 1945; 3114.7, „Principal Nazi Organizations Involved in the Commission of War Crimes: Nazi Racial and Health Policy“, 15. 8. 1945.

⁷⁹ Vgl. dazu und zum Folgenden die vor allem in IV., 2. Teil und V., 1. Teil referierten Positionen der Abteilung.

Freilich entsprach auch dies nur den Vorstellungen, die den amerikanischen Planungen für die Kriegsverbrecherprozesse zugrunde lagen⁸⁰. Gerade die US-Planer legten großen Wert darauf, daß in den Kriegsverbrecherprozessen die Komplizenschaft weiter Kreise aus gesellschaftlich geachteten Gruppen wie Militär, Industrie und Beamtentum nachgewiesen würde. Man hoffte, damit einen „kathartischen“ Effekt zu erreichen und den Deutschen einerseits die Gefahren autoritärer politischer und sozialer Strukturen und andererseits die Vorzüge demokratischer Prinzipien vor Augen zu führen.

Doch bald nach Eröffnung des Hauptprozesses gegen „Hermann Göring und andere“ vor dem von den Alliierten konstituierten Internationalen Militärgerichtshof im Nürnberger Justizpalast am 20. November 1945⁸¹ wurde deutlich, daß solche Hoffnungen unerfüllt bleiben würden. Der „Nürnberger Prozeß“ entwickelte sich zu einem der längsten und in seiner Dokumentation umfangreichsten, aber auch zu einem der umstrittensten Prozesse der europäischen Rechtsgeschichte⁸². Man konnte bald den Eindruck haben, „[that these] trials put those in charge of carrying out the program on the defensive“⁸³. Die zeitgenössische Kritik entzündete sich vor allem daran, daß Sieger über Besiegte zu Gericht saßen und sich dabei nicht auf einen rechtspositivistischen Standpunkt beschränken konnten, sondern versuchen mußten, über ex-post-Rechtsetzung den Bedingungen des totalitären Staates und des totalen Krieges Rechnung zu tragen. Diejenigen, die hofften, daß davon ein Impuls für eine entsprechende Fortentwicklung des Völkerrechts ausgehen würde, und daraus eine politische und moralische Rechtfertigung ableiteten, gerieten angesichts des sich ausprägenden Ost-West-Antagonismus bald in die Defensive und erschienen vielen bestenfalls als Idealisten.

So mochte auch die Reaktion vieler Deutscher gegenüber den Kriegsverbrecherprozessen geeignet erscheinen, den von R&A stets angenommenen Antagonismus zwischen den „ruled“ und den „ruling groups“ nachträglich in Frage zu stellen, denn allzu viele sahen die in Nürnberg Angeklagten als Opfer einer alliierten Willkürherrschaft, die man durchaus mit der deutschen Besatzungsherrschaft vergleichen zu können glaubte⁸⁴. Einige Studien der R&A-Nachfolgeorganisationen im State Department und manche Äußerungen von ehemaligen Mitarbeitern der Abteilung illustrieren, daß man angesichts dessen – wie Hajo Holborn – zu der Überzeugung gelangte, „daß die Erwartung, die Deutschen würden einen demokratischen Glauben bereitwilligst in die Arme schließen, unrealistisch war“⁸⁵. Doch auch wenn man manche der noch in R&A an die Prozesse geknüpfte Hoffnung und Erwartung enttäuscht sah, hätten die R&A-

⁸⁰ Vgl. dazu und zum Folgenden z. B. Buscher, *The U.S. War Crimes Trial Program*, S. 7–27, 91 ff., 159 ff.

⁸¹ Der Prozeß ist dokumentiert in *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher* (42 Bde.); einen Überblick bieten Heydecker/Leeb, *Der Nürnberger Prozeß* (2 Bde.).

⁸² Die Frage nach dem Erfolg der Prozesse als Teil der amerikanischen „reeducation“ untersucht Buscher, *The U.S. War Crimes Trial Program*. Einen interessanten Überblick zur amerikanischen Bewertung der Nürnberger Prozesse bietet Bosch, *Judgment on Nuremberg*.

⁸³ Buscher, *U.S. War Crimes Trial Program*, S. 2 f.

⁸⁴ Vgl. dazu z. B. Hajo Holborn, Bericht zur deutschen Frage, dokumentiert von Erich J. C. Hahn in: *VfZ* 35 (1987), S. 135–166; Buscher, *U.S. War Crimes Trial Program*, S. 109 f.

⁸⁵ Ebenda, S. 148; vgl. dazu außerdem die in VIII., 1. und 3. Teil vorgestellten Studien sowie Franz Neumann, *Research Notes: The War Crimes Trials*, in: *World Politics*, Vol. II (October 1949–July 1950), S. 135–147; Herz, *Denazification and Related Policies*, in: ders. (Hrsg.), *From Dictatorship to Democracy*, besonders S. 19 ff.; sowie Kirchheimer, *Political Justice*.

Mitarbeiter in ihrer Mehrheit wohl der später von ihrem Kollegen Otto Kirchheimer formulierten Überzeugung zugestimmt, daß der Nürnberger Prozeß – „with all the hypocrisy and grotesqueness deriving from its very subject“ – als „morally and historically necessary operation“ gelten konnte⁸⁶.

Als historisch notwendig bzw. gerechtfertigt konnte der Prozeß insofern gelten, als insbesondere die Amerikaner mit ihm die Absicht verbunden hatten, die unter dem NS-Regime begangenen Verbrechen aufzuklären und zu dokumentieren. Wie schon Sherman Kent in seiner Ablehnung der von Dulles angeregten R&A-Darstellung zum 20. Juli 1944 angedeutet hatte, war damit auch zugleich die „moralische“ Absicht verbunden, dem NS-Regime „a volume of discredit which should suffice well into the future“ auszustellen⁸⁷. Auch wenn die Haltung der Deutschen nicht darauf schließen ließ, daß die Katharsis, die man sich davon erhofft hatte, eintrat, entwertete dies nicht die Absicht, sie herbeizuführen. Ihr Ausbleiben wurde in den Arbeiten der R&A-Nachfolgeorganisationen freilich nicht als „Unfähigkeit zu trauern“⁸⁸, sondern als Indiz für besorgniserregende Kontinuitäten interpretiert.

⁸⁶ Kirchheimer, *Political Justice*, S. 423.

⁸⁷ Siehe dazu oben S. 111. Interessant sind in diesem Zusammenhang auch Neumanns Überlegungen zum Quellenwert der Nürnberger Prozeßmaterialien für die historische Forschung: Neumann, *Research Notes*, in: *World Politics II* (Oct. 1949-July 1950), S. 135 ff.

⁸⁸ Mitscherlich, *Die Unfähigkeit zu trauern*.

VII. R&A im US-Außenministerium

Die Debatte um die Neuordnung des amerikanischen Nachrichtendienstwesens 1945–1947

Da sowohl der Coordinator of Information wie das aus ihm hervorgegangene Office of Strategic Services zu den Organisationen gehörten, die ihre Entstehung dem Krieg zu verdanken hatten, konnten sich weder Donovan noch seine Mitarbeiter je der Illusion hingeben, daß das Bestehen des OSS über das Kriegsende hinaus gesichert sei, zumal es in der amerikanischen Öffentlichkeit wie innerhalb der Washingtoner Bürokratie als ausgemacht galt, daß die aufgrund kriegsbedingter Erfordernisse neu geschaffenen Behörden nach Kriegsende wieder abgebaut würden. Freilich hatte Donovan selbst in seiner Behörde nie nur eine kriegsbedingte Notwendigkeit gesehen. Besonders seine anfängliche Geheimdienstkonzeption, in der die Sammlung und Auswertung von Informationen und die Ausarbeitung von Studien, die als Grundlage für militärische wie politische Entscheidungen dienen konnten, eine zentrale Stellung einnahmen, wies einem Geheimdienst auch in Friedenszeiten eine wichtige Rolle zu. Nachdem sich seit Mitte der dreißiger Jahre die Erkenntnis durchzusetzen begonnen hatte, daß das bisherige Nachrichtendienstwesen der Vereinigten Staaten den Bedürfnissen einer Großmacht nicht genügen konnte, hatte man in Washington immerhin sogar während des Krieges Vorschläge für eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit der amerikanischen Nachrichtendienste diskutiert¹.

Donovan und seine Behörde mögen in diesem Prozeß eine gewissermaßen katalysierende Funktion gehabt haben. Doch die Entwicklung des COI/OSS, insbesondere seine Rolle als Dienstleistungsbehörde der JCS, rückte den militärischen Nutzen – eben die „strategic services“ – in den Vordergrund und dürfte insofern eher dazu beigetragen haben, das OSS bei Kriegsende als einen in Friedenszeiten nicht länger benötigten Teil der kostspieligen Kriegsmaschinerie erscheinen zu lassen. Zudem hatte das OSS als „Neuling“ unter den Washingtoner Behörden – ohne die Unterstützung ehrwürdiger und einflußreicher „Alumni“ und ohne eigene Lobby im Kongreß – eine denkbar schwache Position in seinem Kampf um das eigene Fortbestehen.

Als sich der Krieg dem Ende näherte, rückte so auch eine eventuelle bzw. wahrscheinliche Auflösung des OSS in greifbare Nähe. Da man bereits im September 1944 aufgrund der Erfolge in Frankreich glaubte, mit einem baldigen Ende des Krieges rechnen zu können, beauftragte Präsident Roosevelt das Bureau of the Budget, für die Reduzierung des Regierungs- und Verwaltungsapparates in der Nachkriegszeit vor auszuplanen. Am 23. September erging eine entsprechende Aufforderung auch an Donovan².

¹ Ausführliche Darstellung der verschiedenen Initiativen bei Troy, Donovan, S.209ff. Vgl. dazu und zum Folgenden auch Smith, *Shadow Warriors*, S.390ff.; siehe außerdem die 1953 verfaßte, ursprünglich klassifizierte und im November 1989 freigegebene Studie von Darling, *The Central Intelligence Agency*.

² Vgl. dazu auch NA, RG 226, E 1, b 3, f: Office of the Chief R&A: Langer an Magruder, 14.10.1944.

Dieser hatte allerdings noch mitten im Krieg, nämlich bereits 1943, damit begonnen, sich für ein Weiterbestehen des OSS nach Kriegsende einzusetzen, wobei es ihm offensichtlich gelang, viele OSS-Mitarbeiter mit seinem Enthusiasmus für eine grundlegende und dauerhafte Verbesserung des amerikanischen Nachrichtendienstwesens anzustechen.

Andererseits zeichnete sich aber schon früh ab, daß Donovan in seinem Kampf für ein Fortbestehen des OSS in den etablierten Behörden, die seine Organisation schließlich von Anfang an abgelehnt hatten, mächtige Gegner haben würde und daß es nicht seine Stärke war, in dieser Situation vorsichtig und klug zu taktieren³. Zudem scheint Donovan nie den Druck der öffentlichen Meinung berücksichtigt zu haben – weder die grundsätzliche und tiefverwurzelte Abneigung der Amerikaner gegen Spionage und ähnliche, „unamerikanische“ Aktivitäten noch den bei Kriegsende übermächtigen Wunsch, zur „Normalität“ zurückzukehren. Insgesamt stand Donovans Kampf für ein Weiterbestehen des OSS bzw. für den Aufbau eines „Centralized United States Foreign Intelligence System“⁴ so von Anbeginn an unter eher ungünstigen Vorzeichen.

Mit seinem Argument, daß die im OSS vorhandenen „valuable assets“ nicht einfach vernichtet werden sollten, schien Donovan zu Roosevelts Lebzeiten allerdings durchaus Chancen zu haben, seinen Vorstellungen zumindest Gehör verschaffen zu können⁵. Bei Truman stieß Donovan mit seinen Vorschlägen jedoch auf Desinteresse, wenn nicht gar Ablehnung⁶. Der neue Präsident, der sich in der Frage der Reorganisation des amerikanischen Nachrichtendienstwesens von dem Donovan nicht gerade wohlgesonnenen Direktor des Budget Bureau beraten ließ, wollte keine amerikanische „Gestapo“. Das freilich wollte auch Donovan nicht, doch eine gegen ihn und seine Vorschläge gerichtete Pressekampagne, als deren Drahtzieher militärische Stellen sowie Hoovers FBI verdächtigt wurden, unterstellte ihm dies nicht ohne Erfolg⁷. Und damit nicht genug: In kurzer Abfolge wurde behauptet, das OSS beschäftige kommunistische Mitarbeiter und werde vom britischen Geheimdienst kontrolliert; überdies wurden die im OSS tätigen Bankiers und Geschäftsleute verdächtigt, aufgrund ihrer Vorkriegsbeziehungen zu Deutschland einem „soft peace“ das Wort zu reden, und schließlich wurde gehöhnt, daß Kriegshelden wie General MacArthur und Admiral Nimitz in ihrem Befehlsbereich mit guten Grund keine OSS-Aktivitäten hatten dulden wollen – sie wüßten nämlich am besten, daß Kriege von den kämpfenden Truppen entschieden würden und nicht etwa von „economists, psychologists, historians and other joy-riders in the OSS, OWI and like organizations“⁸. Daß diese Pressekampagne

³ Besonders Smith, *Shadow Warriors*, S.390 ff., kritisiert Donovan in diesem Zusammenhang.

⁴ Vgl. dazu Donovans Memorandum, abgedruckt bei Troy, *Donovan*, S.455 ff., siehe auch S.445 ff., sowie die Unterlagen in NA, RG 226, E 1, b 2, f: *Plans for World Wide Intelligence Service*.

⁵ Eine ausführliche Darstellung von Donovans Bemühungen, das Fortbestehen des OSS oder aber die Einrichtung eines auf das OSS aufbauenden zentralen US-Geheimdienstes zu erreichen, findet sich bei Troy, *Donovan*, S.209 ff.; siehe auch Smith, *Shadow Warriors*, S.394 ff., Cline, *Secrets*, S.81 ff., sowie Smith, *OSS*, S.363 f.

⁶ Vgl. dazu und zum Folgenden Troy, *Donovan*, S.265 ff.

⁷ Zu der gegen Donovan und das OSS gerichteten Pressekampagne siehe ebenda, S.255 ff., 280 ff.; eine Stellungnahme Donovans, der einige Zeitungsausschnitte beigefügt sind, findet sich in FDRL, PSF/Subject, b 171, *Donovan an Roosevelt*, 23.2.1945.

⁸ Troy, *Donovan*, S.281; zum Folgenden S.283.

gerade zu dem Zeitpunkt lanciert wurde, als im Kongreß über das OSS-Budget für 1946 beraten wurde, war wohl kaum ein Zufall. Das OSS kam denn auch denkbar schlecht weg: von den beantragten 45 Millionen Dollar wurden lediglich 24 Millionen bewilligt, wobei der Präsident allein 14 Millionen gestrichen hatte.

Präsident Truman war entschlossen, dem Wunsch der breiten Öffentlichkeit nach schnellstmöglicher Rückkehr zur „Normalität“ zu entsprechen und den kriegsbedingten Wildwuchs des Regierungs- und Verwaltungsapparates radikal und unverzüglich zurückzustutzen. Schon in der ersten Wochen seiner Amtszeit scheint Truman zu der Überzeugung gekommen zu sein, daß sich im Bereich „intelligence“ ein wahrer Dschungel ausgebildet hatte, und zusammen mit Budget-Direktor Smith beabsichtigte der Präsident offenbar, auch in diesem Bereich Ordnung zu schaffen. So unterzeichnete Truman fünf Wochen nach Kriegsende ohne weitere Konsultationen und, wie es wohl vielen Anhängern der von Donovan verfochtenen Ideen schien, „with complete lack of sophistication“⁹, die im Budget Bureau entworfene Executive Order 9621, durch die die Auflösung des OSS mit Wirkung vom 1. Oktober verfügt wurde¹⁰.

Im einzelnen bestimmte diese Order, daß die bis zum 1. Oktober noch nicht aufgelösten OSS-Abteilungen – mit Ausnahme von R&A und der Presentation Branch – als Strategic Services Unit (SSU) dem War Department unterstellt werden sollten, wobei der Secretary of War beauftragt wurde, OSS-Funktionen einzustellen, „whenever he deems it compatible with the national interest“¹¹. R&A wurde dagegen zusammen mit der Presentation Branch dem State Department angegliedert, wo diese beiden Abteilungen bis Ende 1945 als Interim Research and Intelligence Service (IRIS) geführt werden sollten¹², um während dieser drei Monate als Kern eines innerhalb des State Department einzurichtenden Auslandsnachrichtendienstes zu fungieren. In einem Begleitschreiben beauftragte Truman Außenminister Byrnes, die Führung bei der Entwicklung eines „comprehensive and coordinated foreign intelligence program for all Federal agencies concerned with that type of activity“ zu übernehmen; die dafür notwendigen Ressourcen seien durch den Transfer der beiden OSS-Abteilungen an das State Department verfügbar, und ihre Übernahme sollte sicherstellen, „that pertinent experi-

⁹ Hier ist diese Formulierung dem verärgerten Kommentar des ehemaligen OSS-Mitarbeiters Alcorn entnommen: „President Truman, with complete lack of sophistication, reacted as if espionage were something one shouldn't speak about, like syphilis in the family.“ Alcorn, *No Bugles for Spies*, S. 195. Aber auch ein so zurückhaltender und durchaus „obrigkeitstreuer“ Mann wie Langer schreckte in diesem Zusammenhang nicht vor deutlichen Worten zurück und bezeichnete die Auflösung des OSS als „precipitate“ und „egregious error“, Langer, *Ivory Tower*, S. 219. Auch Troy, Donovan, S. 270, spricht von einer „limited intelligence perspective of the President“.

¹⁰ Die Executive Order 9621 vom 20. 9. 1945 ist abgedruckt bei Troy, Donovan, S. 461 f.; sowie Cline, *Secrets*, S. 86 f.

¹¹ Zit. nach dem bei Troy, Donovan, S. 461 abgedruckten Text der Executive Order vom 20. 9. 1945. Nach Troy, Donovan, S. 303 wurden dem War Department dadurch 9028 OSS-Mitarbeiter zugewiesen, die als Strategic Services Unit (SSU) dem vorherigen OSS Deputy Director, Intelligence, Brig. Gen. John Magruder unterstellt wurden. Smith, *Shadow Warriors*, S. 408, behauptet allerdings, daß die SSU wohl nie mehr als 750 Mitarbeiter umfaßte, wobei nicht deutlich wird, ob er sich dabei auf einen späteren Stand bezieht.

¹² Vgl. dazu NA, RG 226, E 1, b 7, Department of State, IRIS/R&A, 16. 10. 1945: „Principles for Definition of IRIS Functions and Work Program.“

ence accumulated during the war will be preserved and used in meeting the problems of the peace“¹³.

Der Gedanke, daß das State Department einerseits eine eigene Nachrichtendienstabteilung aufbauen sollte und zum anderen die Verantwortung für die Entwicklung eines umfassenden Programms für ein Auslandsnachrichtensystem für den gesamten Regierungsapparat übernehmen sollte, war in einem Katalog von Empfehlungen für eine Reorganisation des State Department enthalten, den das Budget Bureau im August 1945 auf Anfrage von Außenminister Byrnes vorgelegt hatte¹⁴. Byrnes scheint sich anfänglich gar nicht darüber im klaren gewesen zu sein, daß seine Behörde keine eigene Nachrichtendienstabteilung hatte, sondern daß die entsprechenden Aufgaben lediglich von einer Reihe von State Department-Stellen ausgeführt wurden, deren Arbeit man verschiedentlich – und größtenteils vergeblich – versucht hatte zu koordinieren. Erst als sich Dean Acheson im September der Frage widmete, wie die vom Bureau of the Budget ausgesprochenen Empfehlungen umzusetzen wären¹⁵, scheint Byrnes ausdrücklich darauf hingewiesen worden zu sein, daß das State Department gegenwärtig „not [...] even the nucleus of an office of intelligence“ habe. In einem Kabel an den gerade in London weilenden Byrnes führte Acheson aus, daß das State Department in der Vergangenheit ganz wesentlich auf die Arbeit des OSS angewiesen gewesen sei und daß nun eine im Bureau of the Budget in Ausarbeitung befindliche Executive Order die Übernahme zweier OSS-Abteilungen durch das State Department vorsehe. Acheson bezeichnete diese beiden OSS-Abteilungen – also R&A und die Presentation Branch – als „two highly effective branches around which we could build the office [of intelligence]“; er unterstrich, daß diese Abteilungen bislang „invaluable work“ für das State Department geleistet hätten, und führte aus, „[that] their complete abolition would be disastrous and would impose a new and heavy load upon the Department, one which we could bear only with great difficulty, if at all“¹⁶.

Der Gedanke, daß R&A im Falle einer Auflösung des OSS vom State Department übernommen werden sollte, war nicht neu. Zwar hatte sich das Militär ebenfalls für R&A interessiert und die Befürchtung geäußert, daß die Qualität der Arbeit von R&A, wenn sie erst einmal in die Routine des State Department integriert sei, leiden würde¹⁷. Doch hatte man nichts unternommen, um eine Übernahme der R&A-Branch durch das State Department zu verhindern. Daß man bei den Diskussionen um eine Auflösung des OSS eigentlich immer davon ausgegangen war, daß R&A in irgendeiner Form erhalten bleiben sollte, dürfte eine ganze Reihe von Gründen gehabt haben. Neben dem Ansehen, das viele R&A-Mitarbeiter als unbestrittene Experten in ihrem jeweiligen Fachgebiet genossen, kam sicherlich auch zum Tragen, daß man sich in R&A frühzeitig dem Studium von Nachkriegsproblemen zugewandt hatte und daß es der Abteilung gelungen war, an der Planung und Vorbereitung der amerikanischen Besat-

¹³ Zit. nach dem bei Troy, Donovan, S. 463 abgedruckten Schreiben Trumans an Byrnes vom 20. 9. 1945; auch in: FDRL, PSF/Safe, b 6, als Anlage zu einer „letzten“ OSS-Meldung, die – in Form einer lateinisch abgefaßten „Todesanzeige“ – das Ende des „INFANS ILLICITUS GUILIEMI DONOVAN“ bekanntgab.

¹⁴ Dazu und zum Folgenden Troy, Donovan, S. 305 ff.

¹⁵ Vgl. dazu und zum Folgenden auch Acheson, Present at the Creation, S. 216 ff.

¹⁶ Zit. nach Troy, Donovan, S. 311.

¹⁷ Vgl. ebenda, S. 299.

zungspolitik in Deutschland beteiligt zu werden. R&A hatte damit den engen Rahmen von „strategic services“ verlassen und sich in Bereiche begeben, die „Zukunft“ hatten. Im weitesten Sinne fielen die entsprechenden Arbeiten vor allem in die Domäne des Department of State, und trotz aller auch hier vorkommender Querelen entwickelten sich zwischen State Department und R&A in der Tat gute Beziehungen¹⁸.

Darüber hinaus mag es R&A zugute gekommen sein, daß sich seit Mitte der dreißiger Jahre, verstärkt jedoch während des Krieges, die Erkenntnis durchgesetzt hatte, daß unter „intelligence“ eben nicht nur auf unehrenhafte Weise ausspionierte Geheimnisse oder militärisch-strategische Informationen von kurzzeitiger, vor allem während eines Krieges gegebener Aktualität zu verstehen waren¹⁹. Während es Donovan gewesen war, der noch vor dem Kriegseintritt der USA immer wieder darauf hingewiesen hatte, daß diejenigen, die in einer immer komplexeren Welt Entscheidungen zu treffen hatten, entsprechende Informationen in sinnvoller und kompetenter Aufarbeitung benötigten, war es nun gegen Kriegsende ausgerechnet das Bureau of the Budget, das sich diese Sichtweise zu eigen machte. In seinem im September 1945 vorgelegten Bericht über „Intelligence and Security Activities of the Government“ kam das Budget Bureau zu dem Schluß, daß „intelligence“ als sehr viel weiter gefaßter Begriff als bislang verstanden werden müsse: Unter „intelligence“ könne nicht länger nur „espionage and intrigue“ verstanden werden, der Begriff bezeichne vielmehr „all the facts“, die überall da benötigt würden, „where decision is made or influenced, or where action is taken“²⁰.

Das war der Hintergrund, vor dem Präsident Truman Byrnes am 20. September 1945 beauftragte, „[to] take the lead in developing a comprehensive and coordinated foreign intelligence program for all Federal agencies concerned with that type of activity“²¹. Freilich zeugte dieses Ansinnen insofern von einer gewissen Naivität, als kaum erwartet werden konnte, daß das Militär in Zukunft bereit sein würde, sich in Sachen „intelligence“ ohne weiteres der Leitung des State Department anzuvertrauen, das noch nicht einmal über eine eigene Nachrichtendienstabteilung verfügte und in den kommenden Monaten zunächst einmal damit beschäftigt sein würde, diese um die eben erst vom OSS übernommene R&A-Branch aufzubauen. Dabei hatten die Militärs auch den Vorteil, daß Donovan ihnen während der vergangenen zwei Jahre mit seinem nicht gerade schüchternen Eintreten für ein Weiterbestehen des OSS bzw. für die Einrichtung eines auf das OSS aufbauenden zentralen US-Nachrichtendienstes immer wieder Diskussionen über dieses Thema aufgezwungen hatte, so daß man in militärischen Kreisen doch langsam einige Vorstellungen zur künftigen Organisation des amerikanischen Nachrichtendienstwesens geformt hatte. Das State Department hatte sich dagegen kaum an diesen Diskussionen beteiligt; es hatte zudem 1944 unter Stettinius gerade zwei Reorganisationen überstanden, und nach Byrnes' Amtsantritt drohte nun

¹⁸ Vgl. dazu z. B. NA, RG 226, E 1, b 2, f: State Department 1944.

¹⁹ Vgl. dazu die für Donovan im September 1945 ausgearbeitete Denkschrift für eine Anhörung vor dem Congressional Committee Established to Consider the Role of Science in Government, in: NA, RG 226, E 1, b 2, f: Miscellaneous memos to Donovan, bzw. in NA, RG 226, E 37, b 5, f: R&A History, Experiences etc., wo auch eine bislang noch nicht freigegebene „Outline For an Analysis of R&A Experience“ verzeichnet ist.

²⁰ Troy, Donovan, S. 307.

²¹ Ebenda, S. 463.

schon die nächste, die sich dadurch, daß neben den über 1000 R&A-Mitarbeitern nochmals rund 3000 neue Mitarbeiter von anderen, aufgelösten Stellen integriert werden mußten, kaum einfacher ausnahm. Zudem hatte Acheson, als er die Koordinierung der im ganzen State Department aufgesplitterten nachrichtendienstlichen Funktionen und den Aufbau einer zentralen Abteilung um R&A plante, übersehen, daß die davon betroffenen Büros diese Neuerung keineswegs begrüßten.

Die aus dieser Gesamtsituation resultierenden Probleme sollten die Arbeit von Colonel McCormack, einem ehemaligen Mitarbeiter des militärischen Geheimdienstes G-2, der für die Aufgabe gewonnen worden war, die in IRIS umbenannte R&A Branch als Kern der geplanten zentralen State Department-Nachrichtenabteilung zu organisieren, bald erschweren bzw. obstruieren. Auch wenn McCormack als „brilliant organizer“²² galt, war es kaum eine glückliche Entscheidung, die Integration von über 1000 neuen Mitarbeitern einem ebenfalls neuen Mann zu übertragen, der kaum ahnen konnte, welche althergebrachten Gewohnheiten, Kompetenzen und Privilegien er bedrohte. Schon allein der Umstand, daß R&A in vier regionale Hauptabteilungen gegliedert war, erregte Mißtrauen und Ablehnung bei den sogenannten „area desks“, deren Leiter ihre traditionelle Aufgabe als außenpolitische Berater des Secretary of State bedroht sahen. Die nicht mit der Arbeit des State Department vertrauten „Neulinge“ in R&A/IRIS waren in den Augen dieser Beamten völlig ungeeignet, diese wichtige Aufgabe zu übernehmen, und wurden überdies von manchen sowieso verdächtig, ein kommunistisch unterwandertes Sicherheitsrisiko darzustellen²³.

Da der Kongreß zudem aus ungeklärten Gründen die dem State Department für nachrichtendienstliche Aufgaben zur Verfügung stehenden Gelder kürzte, konnten diese schon schwelenden Konflikte bald ausbrechen, als McCormack gezwungen war, eine neue Budgetschätzung vorzulegen. Bei dieser Gelegenheit formierte sich die interne Opposition im State Department gegen den Plan, IRIS zum Kern einer zentralen Nachrichtendienstabteilung zu machen. Statt dessen wurde vorgeschlagen, die IRIS-Mitarbeiter auf die etablierten „area divisions“ aufzuteilen. Das freilich stand im Widerspruch zu den Vorschlägen, die Acheson Byrnes im September gekabelt hatte und die Byrnes auch gebilligt hatte. Byrnes entschied diese Kontroverse Ende Oktober zwar zugunsten von Acheson, McCormack und IRIS, doch war damit nur ein Vorgeplänkel gewonnen²⁴.

Acheson und McCormack sollten sich in ihren Bemühungen um eine Reform und Reorganisation des Nachrichtendienstwesens nämlich bald in einen Zwei-Fronten-Krieg verwickelt sehen: Während die traditionell einflußreichen „area desks“ im State Department versuchten, IRIS zu übernehmen und unter sich aufzuteilen, war man auch im Pentagon nicht müßig und versuchte, deutlich zu machen, daß die Initiative, die das State Department gemäß präsidentieller Anweisung in Sachen US-„intelligence“ übernehmen sollte, beim Militär in kompetenteren Händen läge. In der daraus erwachsenden Debatte ging es im wesentlichen um zwei kontroverse Konzeptionen. Der einen lagen die im Budget Bureau ausgearbeiteten Vorschläge zugrunde, denen zu-

²² Ebenda, S. 311, vgl. auch Smith, OSS, S. 364.

²³ Troy, Donovan, S. 313, sowie Acheson, Present at the Creation, S. 221, der von einer „pre-McCarthy attack“ spricht.

²⁴ Vgl. dazu und zum Folgenden Troy, Donovan, S. 312 ff.

folge nachrichtendienstliche Funktionen größtenteils in den verschiedenen Ministerien und Behörden belassen werden sollten, wobei auch das State Department eine eigene leistungsfähige Nachrichtendienstabteilung aufbauen und zudem die Arbeit der bereits bestehenden Nachrichtenabteilungen durch ein neu einzurichtendes Gremium koordinieren sollte. Dieser Plan des Budget Bureau wurde zum Leitfaden für die vom State Department unterbreiteten Vorschläge für die Organisation des US-Nachrichtendienstwesens in der Nachkriegszeit.

Den vom Militär vertretenen Vorstellungen lag dagegen ein Papier zugrunde, das JCS-Gremien in der Auseinandersetzung mit Donovans Vorschlägen ausgearbeitet hatten²⁵. Zwar sah auch dieser Entwurf vor, daß die verschiedenen Regierungsbehörden die für ihre Arbeit jeweils notwendigen nachrichtendienstlichen Funktionen beibehalten sollten, doch wurde darüber hinaus auch die Einrichtung einer National Intelligence Authority (NIA) vorgeschlagen. Dieses Gremium sollte aus den Secretaries of State, War und Navy sowie einem Vertreter der JCS bestehen und für die Planung und Koordination der nachrichtendienstlichen Tätigkeit des Regierungsapparates zuständig sein. Bei der Ausübung dieser Funktionen sollte die NIA von einer neu einzurichtenden Central Intelligence Agency (CIA) unterstützt werden, deren Kern aus den Überresten des aufgelösten OSS – also R&A/IRIS vom State Department und SSU vom War Department – gebildet werden sollte.

Das State Department sah sich durch diese Debatte wachsendem Druck ausgesetzt, eine Lösung für seine internen Rivalitäten und Probleme zu finden. Zudem war in der Executive Order 9621 vom 20. September 1945 verfügt worden, daß die nur als Zwischenlösung gedachte IRIS zum 31. Dezember aufgelöst werden sollte, da das State Department bis zu diesem Zeitpunkt um R&A/IRIS bereits eine eigene Nachrichtendienststelle aufgebaut haben und in der Lage sein sollte, die von Truman gewünschte Führungsrolle im US-Nachrichtenwesen zu übernehmen. Doch davon war das State Department weit entfernt: Die internen Rivalitäten erlaubten im Dezember 1945 nur einen mühsamen, wieder provisorischen Kompromiß, mit dem das durch die Auflösung von IRIS zum Jahresende geschaffene Problem dadurch gelöst wurde, daß IRIS in ein Office of Research and Intelligence (ORI) umgewandelt wurde, über dessen endgültiges Schicksal bis zum 1. März 1946 entschieden werden sollte²⁶.

Präsident Truman hatte allerdings inzwischen zu verstehen gegeben, daß er die vom Militär unterbreiteten Vorschläge zu favorisieren begann; man mag daraus schließen, daß auch er zu der Überzeugung gekommen war, daß das State Department die ihm zugedachte Führungsrolle bei der Reorganisation des amerikanischen Nachrichtendienstwesens nicht übernehmen konnte, „because that department was too weak“²⁷. Seit Ende Dezember 1945 nahm Truman an der Diskussion um eine Neuordnung des amerikanischen Nachrichtendienstwesens verstärkt Anteil; gleichzeitig drängten alle Beteiligten immer mehr auf eine baldige Lösung dieser Frage. Nach einer Reihe von Besprechungen zwischen Vertretern der betroffenen Behörden und Beauftragten des Präsidenten einigte man sich schließlich im Januar 1946 auf eine Kompromißformel, als deren Grundlage der JCS-Plan erkennbar war, der allerdings durch verschie-

²⁵ JCS 1181/5 (Amended), 18. 9. 1945, abgedruckt ebenda, S. 459f., vgl. auch S. 300f.

²⁶ Vgl. dazu ebenda, S. 336ff.

²⁷ Ebenda, S. 343.

dene von State Department und Budget Bureau geforderte Änderungen modifiziert war²⁸.

Die entsprechende Direktive vom 22. Januar 1946²⁹ verfügte die Einsetzung der im JCS-Plan vorgesehenen NIA, die von einer Central Intelligence Group (CIG) unterstützt werden sollte. Letztere war allerdings nicht wie im JCS-Plan als eine neue Dienststelle konzipiert, sondern lediglich als eine „cooperative interdepartmental activity“ der drei Ministerien (State, War, Navy), die auch die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen sollten³⁰. Außerdem wurde noch ein Director of Central Intelligence eingesetzt, der die Arbeit der CIG leiten sollte, ohne allerdings tatsächlich Direktor dieser ja nur aus „Leiharbeitern“ bestehenden losen Gruppe zu sein.

Obwohl sich diese Konzeption insgesamt nicht gerade durch Klarheit auszeichnete, scheinen doch alle Beteiligten relativ zufrieden gewesen zu sein, daß endlich etwas geschehen war, und jeder mochte sich über die von ihm wahrgenommenen Mängel damit hinwegtrösten, daß es in Zukunft Möglichkeiten zu Änderungen und Verbesserungen geben würde. Auch Presse und Öffentlichkeit reagierten positiv auf Trumans Schritt³¹, was insgesamt einen Wandel im amerikanischen Verständnis von „intelligence“ andeutete: Die von Donovan seit Jahren vertretene Position, daß die USA auch in Friedenszeiten einen Nachrichtendienst benötigten, schien sich damit schließlich doch durchzusetzen.

Donovan selbst begrüßte die neue Regelung zwar grundsätzlich als einen notwendigen Schritt in die richtige Richtung, lehnte jedoch die dadurch geschaffene Struktur als unzulänglich ab. Schwächen wurden in der Tat bald deutlich, als die neue Organisation im Februar ihre Arbeit aufzunehmen begann³². Zu den Aufgaben der CIG gehörte es beispielsweise, den Präsidenten mit Zusammenfassungen aktueller Informationen über wichtige weltpolitische Entwicklungen zu versorgen³³. Während Truman selbst mit diesen Zusammenfassungen zufrieden gewesen zu sein scheint, wurden sie von einigen Experten als völlig unzulänglich beurteilt. In diesem Zusammenhang stellte sich die Frage, ob nicht die noch vorhandenen OSS-Elemente in State und War Department in der CIG wieder zusammengeführt werden sollten, um deren Leistungsfähigkeit zu verbessern. Während die SSU im April 1946 tatsächlich in eine CIG-Einheit umgewandelt wurde³⁴, weigerte sich McCormack, der immer noch darum bemüht war, die vormalige IRIS, die inzwischen in ORI umbenannt worden war, zum Kern einer zentralen State Department-Nachrichtenstelle zu machen, einer solchen Lösung zuzustimmen. Er sah sich allerdings erneut mit dem Problem konfrontiert, daß der von ihm für 1947 vorgelegte Etat nicht bewilligt wurde, was nahelegte, daß man im Kongreß auf seiten der

²⁸ Dazu und zum Folgenden ebenda, S. 346 ff.

²⁹ Abgedruckt ebenda, S. 464 f.

³⁰ Ebenda, S. 353.

³¹ Vgl. dazu ebenda, S. 348 f.

³² Dazu und zum Folgenden ebenda, S. 351 ff.

³³ Vgl. dazu und zum Folgenden das in VIII., 2. Teil angesprochene Memorandum der CIG: „Review of the Soviet, British and French Programs with Respect to Germany“, 8. 4. 1947, Truman/PSF-CIA/MF II, 0226.

³⁴ Aufgrund des Umstandes, daß die CIG selbst keine Behörde, sondern nur eine „konzertierte Aktion“ von State, War und Navy war, wurde diese Einheit aber weiterhin als War Department-Stelle geführt; siehe dazu Troy, Donovan, S. 358.

Kräfte im State Department stand, die gegen den Aufbau einer zentralen State Department-Nachrichtenstelle mit ORI als Kern Front gemacht hatten.

Die Entscheidung über das künftige Schicksal von IRIS/ORI, die man Ende Dezember 1945 durch die Umbenennung der Abteilung hinausgeschoben hatte, war damit im Grunde getroffen. Im April 1946 wurde die Auflösung von ORI verfügt; die meisten der noch verbliebenen ehemaligen R&A-Mitarbeiter wurden den „area desks“ zugeordnet, und als neue Koordinations- und Distributionsstelle wurde ein Office of Intelligence Coordination and Liaison (OCL) eingerichtet³⁵. McCormack trat daraufhin unverzüglich zurück; R&A-Chef Langer willigte, wenn auch ungern, ein, für die nächsten sechs Monate McCormacks Nachfolge zu übernehmen. Während seiner Amtszeit als „Special Assistant“ des Außenministers für „Research and Intelligence“ bemühte sich Langer zu verhindern, daß die CIG „R&A“-Aufgaben an sich zog, doch hatte die Auflösung von ORI den Weg dazu für die CIG im Grunde freigemacht, so daß sich Langer letztlich immer wieder mit Kompromissen zufriedengeben mußte³⁶. Zudem hielt General Vandenberg, der das Amt des DCI im Juni 1946 übernommen hatte, wenig von der von State Department und Budget Bureau durchgesetzten Konzeption der CIG und war bestrebt, sie möglichst zügig auszubauen und in die vom Militär favorisierte „Central Intelligence Agency“ umzuwandeln³⁷.

Die weltpolitischen Entwicklungen der ersten Nachkriegsjahre taten schließlich ein übriges, um die Verfechter eines zentralen US-Nachrichtendienstes zu begünstigen. Seit Mitte 1946 wurden entsprechende Initiativen erneut diskutiert, wobei diese Diskussion allerdings bald von der gleichzeitig geführten Debatte um eine Konsolidierung der Streitkräfte in den Hintergrund gedrängt wurde. Letztlich vollzog sich die Einrichtung einer Central Intelligence Agency als Teil der umfassenden Gesetzesvorlage zur Neuordnung des amerikanischen Sicherheitswesens, die dem Kongreß Ende Februar 1947 als „National Security Act“ unterbreitet wurde. Nach mehrmonatigen Anhörungen passierte diese Gesetzesvorlage den Kongreß schließlich Ende Juli 1947 als „Public Law 253“, dessen Paragraph 102 die Einrichtung der Central Intelligence Agency (CIA) unter einem National Security Council bestimmte³⁸. Damit verfügten die USA erstmals in Friedenszeiten über einen zentralen Geheimdienst, erstmals überhaupt über einen Geheimdienst, der mit Zustimmung des Kongresses eingesetzt worden war.

Die Einrichtung der CIA mochte manchem OSS-„Veteranen“ – ähnlich wie R&A-Chef Langer – als Versuch erscheinen, „to make good an egregious error“. Einige der prominenteren OSS-Mitarbeiter, wie etwa Allen Dulles, hatten ihre privaten und beruflichen Beziehungen genutzt und sich für die Schaffung eines zentralen US-Nachrichtendienstes eingesetzt; andere wirkten anonym, wie etwa die Mitarbeiter der SSU, die im Sommer 1946 auf der Basis von Manuskripten, in denen die wichtigsten OSS-Abteilungen gegen Kriegsende ihre Entwicklungs- und Erfolgsgeschichte aufgezeichnet hatten, den OSS War Report ausarbeiteten, „[which] played a subtle role inside the government, providing O.S.S. advocates with a basic handbook to support

³⁵ Department of State, Register, December 1, 1946, S. 13 ff.

³⁶ Vgl. dazu Langer, *Ivory Tower*, S. 200.

³⁷ Dazu und zum Folgenden Troy, *Donovan*, S. 359 ff.

³⁸ Zu den die CIA betreffenden Anhörungen ebenda, S. 377 ff., sowie S. 471 f.

their claims to past accomplishments and their right to seize new shadow warfare opportunities“³⁹. Eine ganze Anzahl ehemaliger OSS-Mitarbeiter traten schließlich auch in den Dienst der CIA – vier von ihnen, darunter Dulles, fungierten später als CIA-Direktoren – und hatten insofern einen Anteil daran, daß das „Erbe“ des OSS, freilich in seinen positiven wie negativen Aspekten, bewahrt wurde⁴⁰.

Daß Donovans Behörde später als „the testing laboratory where most postwar intelligence concepts were developed“ erschien⁴¹, war angesichts der Entwicklung des OSS nicht unproblematisch. Während „research and analysis“ – die Funktion, die neben ihrem Nutzen für militärische Operationen auch „manifold peacetime possibilities“ bot⁴² – in Donovans ursprünglicher Konzeption eine zentrale Stellung eingenommen hatte, war ihr seit der Eingliederung des OSS in den unter Kontrolle der JCS stehenden militärischen Apparat immer geringere Aufmerksamkeit zuteil geworden, denn für den amerikanischen „war effort“ schienen die mit „shadow warfare“ befaßten OSS-Abteilungen ungleich wichtiger. Für den amerikanischen „peace effort“ mußten sie bei Kriegsende allerdings überflüssig erscheinen, und insofern zeugte Präsident Trumans Entscheidung zur Auflösung des OSS keineswegs von einem „complete lack of sophistication“⁴³.

Doch Mitte 1947, als die CIA eingerichtet wurde, schien der Frieden wenn nicht verloren, so doch bedroht. Im heraufziehenden Kalten Krieg mußte „shadow warfare“ als ideale Strategie zur Vermeidung eines „heißen“ Krieges erscheinen, als ideale Strategie auch zur Eindämmung eines sich scheinbar global manifestierenden Expansionsstrebens der Sowjetunion. Während es aber kaum Zweifel „as to the ethics of OSS foreign interventionism in the course of the battle against fascism“ gegeben haben mochte, erwies es sich letztlich als problematisch, „[that] CIA received, as a matter of unquestioned right, the same mantle of morality“⁴⁴. Übersteigerte Erwartungen an „shadow warfare“ und die Vernachlässigung der politischen Dimension dieser Art von „Kriegführung“ waren der Teil des OSS-Erbes, der bestenfalls als „mixed blessing“ gelten konnte, der aber zuweilen auch zum „disaster“ geriet⁴⁵.

Doch dieser Teil des OSS-Erbes führte nicht nur zu einigen spektakulär gescheiterten „shadow warfare“-Operationen der CIA, sondern hatte auch subtilere Folgen, denn: „Starting with the OSS and continuing into the early CIA, Intelligence lost out to Operations in the struggle to set the fundamental mission of American intelligence.“⁴⁶ Untersuchungskommissionen, die in den siebziger Jahren den Gründen für die mangelnde Leistungsfähigkeit des US-Nachrichtendienstwesens nachgingen, kamen denn auch zu dem Schluß, daß die Bereitstellung von Analysen zwar zu den wichtig-

³⁹ Smith, *Shadow Warriors*, S. 409.

⁴⁰ Vgl. Dulles, *The Craft of Intelligence*; siehe außerdem Ameringer, *U.S. Foreign Intelligence*, S. 367 ff.

⁴¹ Kellis, *The Development of U.S. National Intelligence*, S. 269 f.; vgl. auch Troy, *Donovan*, S. 409 f., sowie Smith, *OSS*, xi ff., S. 361 ff.

⁴² *OSS War Report I*, S. 178; vgl. dazu und zum Folgenden oben Kapitel I und III., 1. Teil.

⁴³ Alcorn, *No Bugles for Spies*, S. 195.

⁴⁴ Smith, *OSS*, S. 362.

⁴⁵ Cline, *Secrets*, S. 76. Vgl. zu dieser Problematik auch Smith, *Shadow Warriors*, 417 ff.; sowie Ameringer, *U.S. Foreign Intelligence*, S. 241 ff.

⁴⁶ Ameringer, *U.S. Foreign Intelligence*, S. 396.

sten Aufgaben eines Nachrichtendienstes gehöre, daß sie aber als „Stiefkind“ behandelt werde, und in der Tat war diesem Aufgabenbereich in der CIA das kleinste Budget zugeteilt⁴⁷.

In Anbetracht des damit verbundenen Niedergangs von „intelligence“ mochte mancher – wie Ameringer in seiner kürzlich erschienenen Darstellung des US-Nachrichtendienstwesens – die „William Langers and Sherman Kents“ vermissen, nicht zuletzt, weil sie für „scholarly integrity“ gestanden hatten⁴⁸. Man vermisse sie freilich auch bald in der neu gegründeten CIA – und rief sie zurück in den „Geheimdienst“⁴⁹. CIA-Direktor General Walter Bedell Smith, der sich während des Krieges bei den JCS erfolgreich für die Einrichtung eines OSS-Büros in Deutschland eingesetzt hatte, überzeugte im November 1950 William Langer mit dem Argument, „that national estimates were of the utmost importance as the basis for sound decision making“, seinen „Elfenbeinturm“ in Harvard zu verlassen und nach Washington zurückzukehren, um innerhalb der CIA ein Office of National Estimates (ONE) aufzubauen⁵⁰. ONE sollte umfassende Studien zu einzelnen Regionen unter besonderer Berücksichtigung des militärischen und wirtschaftlichen Potentials der dortigen Staaten, ihrer politischen Situation und eventuellen Krisenfaktoren ausarbeiten bzw. ihre Ausarbeitung leiten. Langer rekrutierte für diese Aufgaben einen relativ kleinen Stab von etwa 50 Experten und organisierte diese „Research and Analysis Branch“ offenbar mit dem ihm eigenen Pflicht- und Leistungsbewußtsein. Als Langers Freistellung von seinen Lehrverpflichtungen in Harvard im Januar 1952 auslief, übernahm Sherman Kent, der Kollege und Freund aus OSS-Tagen, seine Nachfolge: „For twenty years thereafter Kent remained in the saddle, the Office of National Estimates standing at the center of the CIA as R&A had for the OSS“ – so zumindest die Meinung von Winks⁵¹.

Doch das Erbe des OSS wirkte auch noch in einer anderen, vielleicht überraschenden Weise weiter: „[There] was more to the OSS legacy. Donovan’s agency had been torn by political and ideological conflict as bright young gadflies in khaki took sharp objection to the predilection of their superiors for the Darlans and Badoglios and Chiang Kai-sheks of the world. The postwar fate of that tradition of dissent within America’s intelligence service is an ignored page in the history of CIA.“⁵² Als Smith diese „tradition of dissent“ Anfang der siebziger Jahre beschrieb, war sie freilich – vom Kalten Krieg schwer in Mitleidenschaft gezogen – kaum noch innerhalb der CIA auszumachen. Von Anfang an war sie wohl auch weniger eine „Tradition“, die abweichende Meinungen als solche schätzte, sondern eher eine, die den politischen Pragmatismus – oder Opportunismus – reflektierte, den Donovans vielzitiertes Ausspruch „I’d put Stalin on the OSS payroll if I thought it would help us to defeat Hitler“ beinhaltet⁵³. Doch in den ersten Jahren des Kalten Krieges und vor allem während McCarthys Feldzug gegen die kommunistische „Infiltration“ der Washingtoner Admi-

⁴⁷ Laqueur, *World of Secrets*, S. 32. Zur heutigen Organisation des US-Nachrichtendienstwesens siehe Breckinridge, *The CIA and the U.S. Intelligence System*.

⁴⁸ Ameringer, *U.S. Foreign Intelligence*, S. 397, 405; ähnlich auch Cline, *Secrets*, S. 265 ff.

⁴⁹ Zum Folgenden Langer, *Ivory Tower*, S. 218 ff., und Cline, *Secrets*, S. 111 ff., 120 ff.

⁵⁰ Langer, *Ivory Tower*, S. 221.

⁵¹ Winks, *Cloak*, S. 81; vgl. auch Kent, *Strategic Intelligence*.

⁵² Smith, *OSS*, S. 363.

⁵³ Hier zit. nach ebenda, S. 10.

nistration war die CIA tatsächlich „something of a haven for foreign policy ‚freethinkers‘“⁵⁴, was ausgerechnet der Personalpolitik Allen Dulles' zu verdanken war. Dulles hatte während seiner Tätigkeit als „spy master“ in der Schweiz und danach als OSS-Chef in Deutschland offenbar die Überzeugung gewonnen, „[that in] many European countries, a socialist is roughly equivalent to a Republican“⁵⁵, und so schien er in den ersten Nachkriegsjahren keine Skrupel gehabt zu haben, „to use the non-Communist left to beat the Communist left“⁵⁶. Vor diesem Hintergrund betrachteten die „foreign policy ‚freethinkers‘“ im CIA die Ergebnisse der ersten deutschen Bundestagswahl im August 1949 mit ebenso großer, wenn auch anders motivierter Sorge, wie die ehemaligen Mitarbeiter der R&A-Central Europe Section, die nun im State Department in der von Herbert Marcuse geleiteten Central European Branch tätig waren⁵⁷.

Zu „idealistisch und nicht realistisch“?

Als Präsident Truman im September 1945 die Auflösung des OSS anordnete und dabei gleichzeitig die Übernahme von R&A durch das State Department verfügte, hatte er die Hoffnung geäußert, auf diese Weise sicherzustellen, „that [...] experience accumulated during the war will be preserved and used in meeting the problems of the peace“⁵⁸. Wie bereits ausgeführt, zeigte sich das State Department aber unfähig, die ihm von Truman zugewiesene Führungsrolle bei der Reorganisation des amerikanischen Nachrichtendienstwesens zu übernehmen, und so wurde auch R&A nicht, wie ursprünglich vorgesehen, zum Kern eines neuen Auslandsnachrichtendienstes. Die Abteilung und ihre „professors“ wurden statt dessen bald Opfer der „Naturgesetze“ der Bürokratie, denn die etablierten Regionalabteilungen des State Department wollten weder Verstärkung noch Konkurrenz und waren allenfalls bereit, die neuen Mitarbeiter in ihre Abteilungen zu integrieren – um sie so gewissermaßen zu neutralisieren⁵⁹. Als im April 1946 beschlossen wurde, daß die inzwischen als Office of Research and Intelligence (ORI) firmierenden R&A-Mitarbeiter den regionalen Abteilungen des State Department zugeordnet werden sollten, schien dieses Ziel erreicht.

Die noch im State Department verbliebenen Deutschlandexperten der ehemaligen R&A-Central Europe Section bildeten nun den Personalstab der German Section der Central European Branch, einer Abteilung der Division of Research for Europe (DRE), die dem Office of European Affairs (EUR) zugeordnet wurde⁶⁰. Die Leitung der Central European Branch lag in den Händen von H. Stuart Hughes, der zuletzt

⁵⁴ Ebenda, S. 370; vgl. dazu auch die in VIII., 3. Teil vorgestellten CIA-Analysen.

⁵⁵ Zit. ebenda, S. 369.

⁵⁶ Smith, OSS, S. 368, zitiert einen ehemaligen CIA-Mitarbeiter: „during the Joe McCarthy period liberals in the CIA won a great victory – they were able to use the non-Communist left to beat the Communist left. The CIA financed the non-Communist left; they gave with minimal strings attached.“ Beispiele dafür ebenda.

⁵⁷ Ausführlicher dazu unten VIII., 3. Teil.

⁵⁸ Truman an Byrnes, 20. 9. 1945, abgedruckt bei Troy, Donovan, S. 463.

⁵⁹ Vgl. dazu die Äußerungen von H. Stuart Hughes in: Söllner (Hrsg.), Archäologie der Demokratie, Bd. 2, S. 47 ff.

⁶⁰ Register of the Department of State 1946, S. 13 ff.

Stellvertreter von Harold Deutsch als Leiter der OSS-Außenstelle in Deutschland gewesen war⁶¹. Die German Section der Abteilung unterstand Franz Neumann; von den ehemaligen Mitarbeitern der R&A-Central Europe Section arbeiteten in dieser Sektion nun noch John Herz, Otto Kirchheimer und Herbert Marcuse sowie einige andere ehemalige R&A-Mitarbeiter wie Robert Eisenberg, Coburn B. Kidd und Arnold H. Price. Die Arbeit der den einzelnen „area desks“ zugeordneten Forschungsabteilungen sollte von dem neu gebildeten Office of Intelligence Coordination and Liaison (OCL) unter Leitung von Allan Evans, der zuvor in leitender Position im Londoner OSS-Büro tätig gewesen war, koordiniert werden.

Doch diese Regelung fand nicht die Billigung von Byrnes' Nachfolger General Marshall⁶². Kurz nach seiner Amtsübernahme im Januar 1947 bestimmte er, daß die Forschungsabteilungen wieder aus den regionalen Abteilungen herausgelöst werden sollten, um zusammen mit dem OCL eine neue funktionale Abteilung, das Office of Intelligence Research (OIR), zu bilden. Die Leitung dieser neuen Abteilung ging an Allan Evans über; strukturell weitgehend unverändert wurde ihr die Division of Research for Europe eingegliedert, deren Mitarbeiterstab allerdings seit 1947 immer weniger R&A-„Veteranen“ umfaßte⁶³. Franz Neumann erhielt Anfang 1947 einen Lehrauftrag an der Columbia University; bald darauf verließ auch Hughes das State Department, um seine akademische Karriere als Historiker in Harvard zu beginnen. An seine Stelle trat Herbert Marcuse als geschäftsführender Leiter der Central European Branch; Franz Neumanns Position wurde von Otto Kirchheimer als geschäftsführendem Leiter der German Section übernommen; zum Mitarbeiterstab der Sektion gehörten zunächst noch John H. Herz, Arnold H. Price, Robert Eisenberg und Manfred Halpern. Herz verließ das State Department 1948, um an der Howard University zu lehren; Marcuse und Kirchheimer fanden erst Anfang der fünfziger Jahre akademische Positionen, die es ihnen erlaubten, dem State Department ebenfalls den Rücken zu kehren.

Daß die Arbeit im State Department für die R&A-Deutschlandexperten immer weniger attraktiv wurde, dürfte eine Reihe von Gründen gehabt haben. Nachdem einzelne von ihnen, insbesondere Neumann und Marcuse, zunächst anscheinend durchaus hohes Ansehen genossen hatten, gerieten sie angesichts der politischen Entwicklungen der Nachkriegszeit offenbar zunehmend in den Ruf, „zu idealistisch und nicht realistisch“ zu sein⁶⁴. Gleichzeitig wurden die R&A-Nachfolgeorganisationen aber auch als von außen kommende „Fremde“ – deren Mitarbeiter nicht durchweg dem Idealtypus des State-Department-Beamten entsprachen – und als potentielle Konkurrenten stets mit einem gewissen Mißtrauen betrachtet. Während die German Section wegen

⁶¹ Ausführlich zu Hughes' Karriere im OSS Katz, *Foreign Intelligence*, S. 180 ff.

⁶² Dazu und zum Folgenden Troy, Donovan, S. 377, sowie Register of the Department of State 1948, S. 74 ff.

⁶³ Söllner (Hrsg.), *Archäologie der Demokratie*, Bd. 2, S. 169 f., spricht für die German Section treffend von einem „Erosionsprozeß“.

⁶⁴ So Herz im Gespräch mit Söllner, in ders. (Hrsg.), *Archäologie der Demokratie*, Bd. 2, S. 43; vgl. dazu und zum Folgenden auch ebenda, S. 47, die Äußerungen von Hughes, der behauptet: „Die Central European Section war nach wie vor einflußreich, teils wegen der Bedeutung, die Deutschland für die amerikanische Außenpolitik hatte, teils aber auch wegen des Talents der Mitarbeiter [. . .] Das individuelle Prestige von Leuten wie Neumann oder Marcuse war außerordentlich hoch.“

der Bedeutung, die Deutschland für die amerikanische Politik hatte, zunächst dennoch nicht ohne Einfluß gewesen zu sein scheint, änderte sich dies mit der Ausprägung des Ost-West-Antagonismus. Zwar war Deutschland anfangs einer der wichtigsten Schauplätze des Kalten Krieges, doch seit der Verkündung der Truman-Doktrin im März 1947 bildete sich zunehmend die Vorstellung aus, daß sich der sowjetische Expansionsdrang global manifestiere und deshalb auch global eingedämmt werden müsse. Bezeichnend selten war dann die „deutsche Frage“ Gegenstand einer Studie des im Frühjahr gegründeten Policy Planning Staff des State Department⁶⁵. Im Mittelpunkt der Arbeit dieses Stabes stand das von Außenminister Marshall im Juni 1947 angeregte europäische Wiederaufbauprogramm, und vor diesem Hintergrund wurde die amerikanische Deutschlandpolitik zunehmend nur als ein Aspekt der von den USA angestrebten Integration Westeuropas betrachtet.

Obwohl gerade R&A stets die Ansicht vertreten hatte, daß die „deutsche Frage“ nur im Rahmen einer europäischen Friedensordnung gelöst werden könne, entsprachen die sich nun abzeichnenden „halben“ – nämlich auf Westeuropa beschränkten – Lösungen so wenig den von der Abteilung mit so viel Engagement vorgetragenen Konzeptionen, daß die ehemaligen R&A-Mitarbeiter, die diese Entwicklungen im State Department zu beobachten hatten, kaum viel Freude an ihrer Arbeit gehabt haben dürften. Zudem blieb weder das innenpolitische Klima in den USA noch die Personalpolitik der Washingtoner Bürokratie vom Kalten Krieg unbeeinflusst. Vor diesem Hintergrund mochte es den im State Department verbliebenen R&A-Deutschlandexperten besonders deutlich werden, daß sie schließlich unter ganz bestimmten Voraussetzungen in den Regierungsdienst getreten waren und daß diese Voraussetzungen nicht länger gegeben waren⁶⁶.

Gerade die Tätigkeit im akademischen Bereich bot überdies eine alternative Möglichkeit, durch Lehre und Forschung auch politisch wirksam zu sein. Insbesondere Franz Neumann hat sich in den Nachkriegsjahren immer wieder mit der Frage auseinandergesetzt, wie „eine politische Wissenschaft aussehen [sollte], in welcher die Bürokratie (aber nicht nur die Bürokratie) zu erziehen wäre“⁶⁷. Neumann engagierte sich auch beim Aufbau der Freien Universität Berlin und blieb bis zu seinem frühen Tod im Jahre 1954 stets ein interessierter Beobachter und kritischer Kommentator der Entwicklungen in Deutschland⁶⁸.

Viele R&A-Mitarbeiter betrachteten ihre Rückkehr zu den Universitäten so keineswegs als Rückzug in den akademischen „Elfenbeinturm“⁶⁹. Ob sie nun als Gutachter oder Berater für amerikanische wie deutsche Stellen fungierten oder sich in ihrer wis-

⁶⁵ Vgl. dazu The State Department Policy Planning Staff Papers, 1947–1949.

⁶⁶ Vgl. dazu oben I., 2. Teil und IV., 1. Teil.

⁶⁷ Neumann, Die Wissenschaft der Politik, in: ders., Wirtschaft, Staat, Demokratie, S. 373–392, Zitat S. 380.

⁶⁸ Die entsprechenden Artikel finden sich in deutscher Übersetzung in Neumann, Wirtschaft, Staat, Demokratie, S. 290 ff.; vgl. dazu auch unten Kapitel VIII. Siehe außerdem Erd (Hrsg.), Reform und Resignation, S. 185 ff., sowie die allerdings spärlichen Hinweise bei Lönnedonker, Freie Universität Berlin, S. 20, 27, 336.

⁶⁹ Vgl. dazu und zum Folgenden z. B. Holborn, Inter Nationes Prize 1969; Hahn, Hajo Holborn, Bericht zur deutschen Frage, in: VfZ 35 (1987), S. 135–166; Price/Schorske, The Problem of Germany; Herz, The Fiasco of Denazification in Germany, in: PSQ 63/4 1948, S. 569–594.

senschaftlichen Arbeit mit aktuellen politischen Fragen auseinandersetzen, wirkten die in R&A entwickelten Konzeptionen in ihren Arbeiten noch lange fort. Daß dieser Teil des R&A-Erbes nicht zu unterschätzen ist, wird deutlich, wenn man die Laufbahnen ehemaliger R&A-Mitarbeiter verfolgt: Viele von ihnen waren an angesehenen Universitäten tätig und vermittelten während der nächsten Jahrzehnte ihr Wissen zahllosen Studenten; über Bücher und Aufsätze erreichten sie – zumal wenn ein Bezug zu aktuellen Fragen gegeben war – nicht selten auch ein breiteres Publikum⁷⁰.

Auf ihre Tätigkeit für den amerikanischen Nachrichtendienst haben die meisten der R&A-Deutschlandexperten später eher mit einer gewissen Resignation zurückgeblickt⁷¹. Angesichts der politischen Entwicklungen der Nachkriegsjahre schien ihr Versuch, ihre wissenschaftliche Kompetenz in den Prozeß der politischen Planung und Entscheidungsfindung einzubringen, vollständig fruchtlos geblieben zu sein. Die während dieses Versuchs gesammelten Erfahrungen scheinen aber andererseits die Resignation auch wieder modifiziert zu haben. Denn die R&A-Deutschlandexperten hatten nicht nur an der Planung und Formulierung einer Politik mitgewirkt und dabei Einblick in die verschlungenen Wege der Bürokratie gehabt, sondern sie hatten auch beobachten können, wie diese Politik umgesetzt wurde und wie dabei versucht werden mußte, manchen in den Planungen nicht vorhergesehenen – vielleicht auch gar nicht vorhersehbaren – Realitäten gerecht zu werden. Obwohl man in R&A vor allem bei der Ausarbeitung der Civil Affairs Guides schon versucht hatte, die begrenzten Ressourcen und Möglichkeiten der Militärregierung in Rechnung zu stellen, mußte die von R&A-Mitarbeitern gelegentlich geäußerte Hoffnung, daß ihre wohlbegründeten Empfehlungen möglichst unverändert in Politik umgesetzt würden, im Rückblick als allzu „theoretisch“ erscheinen. Viele der späteren Arbeiten der R&A-Deutschlandexperten reflektieren dann auch bei aller Kritik an der amerikanischen Deutschlandpolitik ein gewisses Verständnis für die Schwierigkeiten und Unwägbarkeiten der politischen Praxis.

⁷⁰ Vgl. dazu z. B. die Auflistung bei Winks, *Cloak*, S. 495–497; siehe außerdem Katz, *Foreign Intelligence*, S. 186 ff.; zu Neumanns Wirken siehe Hughes, *Franz Neumann between Marxism and Liberal Democracy*, in: Fleming/Bailyn (Hrsg.), *The Intellectual Migration*, S. 446 ff. Zu Holborn siehe Krieger/Stern, *The Responsibility of Power*, sowie *Central European History*, Vol. 3, 1/2, March/June 1970: *In Memory of Hajo Holborn*.

⁷¹ Siehe dazu z. B. die von Söllner geführten Interviews mit John Herz und Stuart Hughes in: Söllner (Hrsg.), *Archäologie der Demokratie*, Bd. 2, S. 34–46, 46–58; sowie Herz, *Vom Überleben*, S. 136 ff., und Gilbert, *Lehrjahre im alten Europa*, S. 201 ff.

VIII. Auf der Suche nach den Konturen eines demokratischen Deutschlands: Die Analysen der Jahre 1946–1949

Am Ende des Anfangs

Anfang Januar 1946 hatte die inzwischen im State Department als Office of Research and Intelligence (ORI) geführte R&A-Branch in einer ersten „Zwischenbilanz am Ende des Anfangs“¹ versucht, die wesentlichen Elemente, Strukturen und Tendenzen der politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen im besetzten Deutschland zu beschreiben und zu analysieren. Liest man diese Studie als Fortsetzung der von R&A geleisteten Arbeit, so beinhaltet sie noch eine andere Art von Bilanz, da sie implizit die tatsächlichen Entwicklungen den von der Abteilung während der Kriegsjahre formulierten Erwartungen und Prognosen gegenüberstellte. Beide Bilanzen mußten für die in ORI verbliebenen R&A-Mitarbeiter enttäuschend sein. Zwar ließen die Entwicklungen in Deutschland bald erkennen, wie berechtigt viele der in R&A-Studien ausgesprochenen Warnungen gewesen waren, doch bedeutete diese Bestätigung eben auch, daß die Warnungen unbeachtet geblieben waren. Kaum weniger enttäuschend mußte die Erkenntnis sein, daß es weder von seiten der Deutschen noch von seiten der Besatzungsmächte Initiativen gab, einen Demokratisierungsprozeß in Gang zu setzen, der auch nur entfernt den von R&A entwickelten Konzeptionen entsprechen hätte.

Vor diesem Hintergrund wurde die Frage, wie sich die Demokratisierung Deutschlands unter den tatsächlichen Gegebenheiten gestaltete, zum zentralen Thema der seit Anfang 1946 entstehenden ORI-Studien. Anders als die R&A-Arbeiten der letzten beiden Kriegsjahre, die fast ausnahmslos als Beiträge zur Planung und Formulierung der amerikanischen Besatzungs- und Nachkriegspolitik intendiert gewesen waren und zumindest implizit Empfehlungen enthalten hatten, die das Engagement der Abteilung zugunsten einer an sozialistisch-sozialdemokratischen Idealen orientierten politischen und gesellschaftlichen Erneuerung Deutschlands erkennen ließen, stellten die nun entstehenden Studien eher kritisch-distanzierte Bestandsaufnahmen dar, in denen die Entwicklungen im besetzten Deutschland nüchtern als Resultat einer zwar ungleichgewichtigen, zuweilen sogar von der formalen Omnipotenz der Besatzungsmächte verdeckten, letztlich aber doch wesentlich erscheinenden Interaktion von Besatzern und Besetzten beschrieben wurden².

¹ So die treffende Charakterisierung bei Borsdorf/Niethammer (Hrsg.), *Zwischen Befreiung und Besatzung*, S. 273; zu NA, RG 59, ORI/(R&A) 3200, „Revival of Political Life in Germany“ vom 11. 1. 1946 siehe VI., 1. Teil.

² Gesamtdarstellungen der Entwicklungen in Deutschland während der Besatzungszeit bieten z. B. Eschenburg, *Jahre der Besatzung*; Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung*; Benz, *Von der Besatzungsherrschaft zur Bundesrepublik*. Vgl. zum Folgenden auch Grabbe, *Unionsparteien, Sozialdemokratie und Vereinigte Staaten*, S. 77 ff.

Wie man in ORI Charakter und Ergebnisse dieser Interaktion ein Jahr nach Kriegsende beurteilte, läßt sich vielleicht am prägnantesten mit einem Zitat aus Eugen Kogons berühmtem Artikel „Das Recht auf den politischen Irrtum“ zusammenfassen, in dem Kogon mit Blick auf die Entnazifizierung festgestellt hatte: „Deutsche Mängel und alliierte Fehler haben einander mit verhängnisvoller Sicherheit [...] ergänzt und die Anstrengungen der Einsichtigen bisher beinahe um jeden Erfolg gebracht.“³ Auch in der Darstellung von ORI war es im wesentlichen auf „deutsche Mängel“ und „alliierte Fehler“ zurückzuführen, daß sich selbst ein Jahr nach Kriegsende kaum Ansätze zu einer dauerhaften demokratischen Neuordnung erkennen ließen: „From an over-all point of view, German political life still presents an appearance of artificiality – almost unreality – notwithstanding surface appearances of intense political activity. This results particularly from (a) the survival of a Nazi or Nazi-influenced mentality in large sections of the population; (b) limited real political interest on the part of the mass of the people, especially the youth; (c) the unimaginative outlook of the traditional political parties; and (d) the fact that the decisive influence in the German situation continues to lie with the occupying powers. Under these conditions, the question of Germany's future democratic potentialities is still an open one. All German political activity necessarily remains provisional and tentative until Allied action has established the definite conditions – territorial, economic, constitutional, and ideological – under which German political life will have to operate in the future.“⁴

Obwohl in der hier zitierten Passage die Auflistung der „deutschen Mängel“ mehr Raum einnimmt als die der „alliierten Fehler“, erscheinen letztere eindeutig als entscheidend für die Gesamtentwicklung. Den deutschen Anteil an der unbefriedigenden Entwicklung des ersten Nachkriegsjahres beschrieben ORI-Studien eben vor allem als „Mangel“ – als Mangel an politischem Interesse, als Mangel an Initiative, und damit implizit auch als Mangel an autochthonem demokratischen Potential⁵. Nur bedingt war man in ORI bereit, dies mit den politischen und sozialen Verhältnissen der unmittelbaren Nachkriegszeit zu entschuldigen. Für die politische Apathie der Mehrheit der Bevölkerung zeigte man insofern ein gewisses Verständnis, als konzediert wurde, „[that] the daily problems of food, shelter, transportation, and work require such tremendous effort that little energy is left for politics“. Für bedenklich hielt man es freilich, daß auch die Mehrheit der Jugendlichen in Deutschland in einem „political coma“ zu verharren schien – „unmoved by general promises, preoccupied with problems of physical survival, and susceptible to extreme solutions of their present dilemma“⁶. Man war sich jedoch nicht sicher, ob dies als Apathie oder aber als bewußte Ablehnung der Politik zu deuten sei.

³ Kogon, Das Recht auf den politischen Irrtum, in: Frankfurter Hefte 2/1947, wieder abgedruckt in ders., Die unvollendete Erneuerung, S. 23–40, Zitat S. 23.

⁴ NA, RG 59, ORI/(R&A) 3736, „The Political Situation in Germany a Year after Defeat“, 25. 6. 1946, in deutscher Übertragung gekürzt bei Söllner (Hrsg.), Archäologie der Demokratie, Bd. 2, S. 67–101; die folgenden Zitate, wenn nicht anders ausgewiesen, aus dieser Studie; vgl. außerdem die inhaltlich ähnliche, in ihren Beurteilungen bzw. in deren Formulierung aber etwas zurückhaltendere Arbeit NA, RG 59 ORI/(R&A) 3763 A, „Contribution to the Department of State Quarterly Policy Paper: Germany“, 11. 6. 1946.

⁵ Vgl. dazu auch Merritt/Merritt (Hrsg.), Public Opinion in Occupied Germany.

⁶ NA, RG 59, ORI/(R&A) 3471, „The Present Status of German Youth“, 15. 5. 1946.

In diesem Zusammenhang wurde die Rolle der Parteien überaus kritisch gesehen. Angesichts der weitverbreiteten Apathie falle den Parteien im politischen Leben eine monopolartige Stellung zu, die sie nach Ansicht von ORI jedoch in keiner Weise zu nutzen verstanden, da sie sich unfähig zeigten, den einschneidenden Veränderungen, die seit 1933 in Deutschland stattgefunden hatten, Rechnung zu tragen. Alle Parteien, einschließlich der neu gegründeten CDU, würden von Funktionären und Politikern kontrolliert, die schon vor 1933 aktiv gewesen seien. Mit Ausnahme der Kommunisten hätten die Parteien weder ihre politische Programmatik noch ihre Strategien wesentlich verändert. So sei die CDU „little more than a revival of the Center Party as it existed under the Empire and the Weimar Republic: a heterogeneous group, aligned with the Left or with the Right according to the changing political situation“; die SPD sei weiterhin „a non-militant, pseudo-socialist party, aspiring to a position similar to that of the British Labor Party, but unlikely to succeed in mustering a like nationwide parliamentary majority.“

Trotz dieser überaus kritischen Beurteilung konzedierte ORI, daß sich die deutschen Parteien mit beträchtlichen Schwierigkeiten und Problemen konfrontiert sähen. Daß die Parteien so wenig „Farbe“ bekannnten, führte ORI nicht zuletzt darauf zurück, daß politische Zuordnungen wie Linke, Rechte oder Mitte und die mit ihnen gemeinhin assoziierten Programme an Aktualität und Relevanz verloren hätten, „[since] the main division in German politics has become one between ‚Eastern‘ and ‚Western‘ orientation“. Insofern sah ORI die politischen Aktivitäten auf deutscher Seite vielfach als Reaktion auf die tatsächlichen oder nur eingebildeten Wünsche der Besatzungsmächte, und auch der „anämische“ Charakter des politischen Lebens in Deutschland war nach Ansicht der Abteilung ganz wesentlich als Konsequenz der totalen Niederlage und der Besatzung zu verstehen, denn, so argumentierte ORI: „Political life can flourish only when political parties are able freely to take a stand on basic political issues.“ Die Entscheidung dieser fundamentalen politischen Fragen sei aber den Besatzungsmächten vorbehalten, und nach Ansicht von ORI hatten diese es bislang versäumt, die Rahmenbedingungen für eine demokratische Neuordnung Deutschlands zu schaffen.

Als besonders problematisch betrachtete es ORI, daß die Alliierten ihre Besatzungspolitik ungeachtet der in Potsdam vereinbarten Grundsätze⁷ ganz unterschiedlich gestalteten und kaum koordinierten: „The policies of the Allied powers, while theoretically based on the principle of quadripartite cooperation, have been influenced by geographic, economic, and social differences between the four zones, by differences of approach inherent in their diverse social and economic traditions, and by differences of strategic aim.“⁸

⁷ Auf die in Potsdam vereinbarten Grundsätze zur politischen und wirtschaftlichen Behandlung Deutschlands wurde in ORI-Studien immer wieder als Maßstab bzw. offizielle Richtlinie der alliierten Besatzungspolitik Bezug genommen; vgl. dazu auch die unten ausführlicher behandelte Studie NA, RG 59, OIR/(R&A) 4286, „Implementation of the Potsdam Declaration: Democratization and Denazification“, 5.3. 1947. Zur Potsdamer Konferenz siehe FRUS, The Conference of Berlin 1945; einen knappen Überblick über die Aushandlung der zentralen Vereinbarungen in Potsdam bietet Frohn, Neutralisierung als Alternative zur Westintegration, S.17–37; eine extreme, oft sarkastisch formulierte Interpretation, die den Alliierten grundsätzliche Unwilligkeit zur Kooperation unterstellt, findet sich bei Mee, Meeting at Potsdam.

⁸ Vgl. dazu auch NA, RG 59, OCL/(R&A) 3521.10, „The Position of France, Great Britain, and the USSR Toward Germany“, (First Draft), 12.8. 1946; siehe außerdem: Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik; Schwabe, Die amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland, in: Fischer/Moltmann/Schwabe (Hrsg.), Rußland – Deutschland – Amerika, S.311–322.

Als wichtigstes Anliegen der amerikanischen Politik bezeichnete ORI die vollständige Entnazifizierung von Regierung, Verwaltung und Industrieführung, wobei sich letzteres, wie an anderer Stelle vermerkt wurde, ohne Veränderung bestehender gesellschaftlicher Strukturen vollziehe⁹. Die amerikanische Politik strebe im übrigen eine Demokratisierung „from below“ an, d.h. einen von der lokalen Ebene ausgehenden, schrittweisen Aufbau demokratischer Strukturen und Institutionen unter Beteiligung aller demokratischer Parteien. Zudem befürworteten die USA eine Dezentralisierung administrativer und politischer Strukturen, wünschten aber gleichzeitig die Formulierung eines einheitlichen Wirtschaftsprogramms für ganz Deutschland. Da man sich auf letzteres mit Franzosen und Sowjets bislang nicht habe verständigen können, hätten die USA Reparationen in Form von Demontagen und Entnahmen aus laufender Produktion ausgesetzt.

Mit Blick auf die britische Politik stellte ORI fest, „[that] industrial revival and continuity in the administration of government and business have taken precedence over the purge of Nazi elements“. Die Briten setzten sich zwar ebenfalls für eine Demokratisierung „von unten“ ein und hätten ein breites Spektrum politischer Parteien zugelassen, zeigten aber nach Ansicht von ORI „an obvious preference for the relatively conservative Social Democrats“.

Die französische Politik sei vor allem von unmittelbaren Sicherheitsinteressen bestimmt. Frankreich habe sich bislang jeglicher Zentralisierung im administrativen und wirtschaftlichen Bereich entgegengestellt und sei im übrigen vor allem bestrebt, sich ein Maximum an Reparationen und Wiedergutmachung zu sichern, wobei man allerdings versuche, die Wirtschaft von Gebieten, deren Anschluß an Frankreich angestrebt werde, nicht zu schädigen.

Als wichtigste Ziele der Sowjetunion bezeichnete ORI die Entnahme von Reparationen durch den Transfer von Produktionsanlagen und Kapital, und – wie eher vage formuliert wurde – den Aufbau von Strukturen in der eigenen Besatzungszone, „which will afford guarantees against Germany's again becoming a source of aggression against the Soviet Union“. Im Rahmen dieser Politik sei die Bodenreform durchgeführt worden, außerdem seien bestimmte Industrien verstaatlicht worden, um die Macht traditionell konservativer Elemente zu zerstören. Im Gegensatz zu Großbritannien und den USA strebe die Sowjetunion eine Demokratisierung „from top down“ an und unterstütze die Kommunistische Partei bzw. die neu gebildete SED „as the main implement of Soviet policy“.

Angesichts dieser disparaten politischen Konzeptionen und Interessen war die Instanz, die geschaffen worden war, um zumindest ein gewisses Maß an interalliiierter Koordination und Kooperation zu gewährleisten – der Alliierte Kontrollrat – meist nicht in der Lage, die für seine Beschlussfähigkeit notwendige Einstimmigkeit herzustellen. Nach Darstellung von ORI wurde die Arbeit des Kontrollrats vor allem durch Frankreich und die Sowjetunion behindert – Frankreich wolle der Einrichtung zentraler Behörden nicht zustimmen, solange die Rhein-Ruhr-Frage nicht geregelt war, und die Sowjetunion fürchte jegliche Beschneidung ihrer ausschließlichen Kontrolle der östlichen Besatzungszone, solange ihr Reparationsprogramm nicht abge-

⁹ NA, RG 59, ORI/(R&A) 3763 A, „Contribution to the Department of State Quarterly Policy Paper: Germany“, 11.6. 1946.

schlossen sei. So resümierte die Abteilung ein Jahr nach Kriegsende eine Entwicklung, vor der R&A schon im September 1943 gewarnt hatte¹⁰: „These differences of approach on the part of the occupation powers have led to wide variations in the status of economic reconstruction, democratization of government, administrative centralization or decentralization, political parties, and reeducation in the several zones.“

Nach Ansicht von ORI prägten sich diese Unterschiede zunehmend schärfer aus, wobei nach Darstellung der Abteilung besonders die Kluft zwischen den Verhältnissen in den westlichen Besatzungszonen einerseits und der sowjetischen Besatzungszone andererseits immer deutlicher hervortrat. Diese schon geradezu gegensätzliche Entwicklung, so warnte ORI bereits zu diesem Zeitpunkt, „may well be leading toward a de facto partition of Germany even while its legal unity is maintained“¹¹. Immer wieder wurde in den Arbeiten der Abteilung darauf verwiesen, „[that the] developments in Germany under military occupation cannot fail to leave a deep impress upon the future structure of the country“¹². Besonders die verschiedenartigen Grundstrukturen, die sich als Ergebnis der von den Besatzungsmächten nach jeweils eigenem Gutdünken betriebenen Politik beim Aufbau der Parteien sowie bei der Reorganisation von Regierung und Verwaltung ausbildeten, mußten sich nach Ansicht der Abteilung letztlich als „obstacles to the maintenance of German unity“ erweisen¹³. Bei allen Unterschieden, die ORI auch zwischen den drei westlichen Zonen feststellte, erschien als schärfste Trennungslinie doch immer die Grenze zur sowjetischen Besatzungszone.

Wie unterschiedlich die Weichen für die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen im West- und Ostteil des besetzten Deutschlands bereits gestellt waren, hatte ORI in einer Studie zu „Status and Prospects of German Trade-Unions and Works Councils“¹⁴ herausgearbeitet. Gemeinsamer Ausgangspunkt der in diesem Bereich schon ein Jahr nach Kriegsende völlig verschieden verlaufenden Entwicklungen war nach Darstellung der Abteilung das spontane Wiederaufleben der Gewerkschaftsbewegung nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes. Daß die Aktivitäten der Gewerkschaftsausschüsse und Betriebsräte bald eine radikale politische Richtung annahmen, habe allerdings auch bald dazu geführt, „[that they came] into conflict both with MG and with the old ruling groups, which were striving to retain their economic posi-

¹⁰ NA, RG 226, E 1, b 1, f 8, „Military Occupation and International Control of Germany“, 22. 9. 1943 (USSR Division, G. T. Robinson an William Langer), siehe dazu V, 2. Teil.

¹¹ NA, RG 59, ORI/(R&A) 3763 A, „Contribution to the Department of State Quarterly Policy Paper: Germany“, 11. 6. 1946; Hervorhebung im Text.

¹² NA, RG 59, OCL/(R&A) 3521.12, Intelligence Memorandum (First Draft): „Current Political Tendencies in Germany Bearing on Its Future Governmental Structure“, 12. 8. 1946.

¹³ NA, RG 59, ORI/(R&A) 3401, „Reorganization of Government and Administration in Germany“, 1. 5. 1946.

¹⁴ NA, RG 59, ORI/(R&A) 3381, 27. 5. 1946, in deutscher Übertragung gekürzt bei Söllner (Hrsg.), *Archäologie der Demokratie*, Bd. 2, S. 121–152. Kleßmann, *Betriebsräte und Gewerkschaften*, in: Winkler (Hrsg.), *Politische Weichenstellungen*, S. 44–73, bietet einen knappen, mit weiterführenden Literaturhinweisen versehenen Überblick zur Gewerkschaftsentwicklung in den ersten Nachkriegsjahren und spricht auch die Frage an, inwieweit die in der Gewerkschaftsbewegung vorhandenen Strukturen und Tendenzen den Konzeptionen der Besatzungsmächte entgegenkamen oder entgegenstanden; vgl. insbesondere zu dieser Frage auch den Beitrag von Mielke, *Der Wiederaufbau der Gewerkschaften*, ebenda, S. 74–87. Ausführlich zur amerikanischen Gewerkschaftspolitik Fichter, *Besatzungsmacht und Gewerkschaften*.

tion“. Innerhalb der Gewerkschaften selbst sei daraufhin wieder der traditionelle Konflikt zwischen militanten neuen Führungspersönlichkeiten und den weniger radikalen Vertretern der alten Gewerkschaftsbürokratie aufgebrochen.

An diesem Punkt sei die unterschiedliche Politik der Besatzungsmächte zum Tragen gekommen: Während die Russen die radikale politische Ausrichtung und eine entsprechende personelle Zusammensetzung der Gewerkschaften begrüßten und förderten, befürworteten die Westmächte „a gradualist democratic policy and political neutrality“. Nach Ansicht von ORI erklärte sich diese unterschiedliche Gewerkschaftspolitik durch fundamental verschiedene Konzeptionen antifaschistischer Politik. Die Westmächte strebten eine allmähliche Einführung demokratischer Strukturen von der Basis her an und wünschten einen möglichst geringen Grad an Zentralisierung; zudem betrachteten sie Gewerkschaften in erster Linie als wirtschaftliche Interessenvertretungen. Die Sowjets dagegen betonten das politische Versagen der Gewerkschaften und argumentierten, daß sich die gespaltene, mehrheitlich unter sozialdemokratischer Führung stehende deutsche Gewerkschaftsbewegung als unfähig erwiesen hätte, den Nationalsozialisten wirksamen Widerstand zu bieten, und sie vertraten deshalb den Standpunkt, daß die angestrebte Eliminierung der „reactionary and antidemocratic forces in Germany“ die Schaffung einer mächtigen, zentralisierten und politisch verlässlichen Gewerkschaftsorganisation erfordere, die überdies bereit sein müßte, ihre wirtschaftlichen Funktionen anstehenden politischen Aufgaben unterzuordnen.

Als Resultat dieser unterschiedlichen Konzeptionen sähen sich die Gewerkschaften in den westlichen Zonen sowohl in ihren politischen Aktivitäten als auch in ihrem Streben nach zentraler Organisation mehr oder minder stark eingeschränkt, während in der sowjetischen Besatzungszone bereits zonenweit der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund als integraler Bestandteil eines neuen politischen und gesellschaftlichen Ordnungssystems begründet worden sei. Keine der beiden Entwicklungen sah man in ORI unkritisch. Schon die Feststellung, daß beide Entwicklungen in erster Linie eine Funktion der unterschiedlichen politischen Konzeptionen der Besatzungsmächte seien, beinhaltete – zumal vor dem Hintergrund der von R&A vertretenen Forderung nach möglichst viel Freiraum für eine eigenständige Entwicklung der Gewerkschaften – implizite Kritik. Dabei entbehrte es allerdings nicht einer gewissen Ironie, daß gerade R&A immer wieder angeregt hatte, daß sich die Besatzungsbehörden bei der Demokratisierung Deutschlands auf die Mitarbeit der organisierten Arbeiterschaft stützen sollten. Unter ganz anderen Vorzeichen und auf ganz andere Weise, als man in R&A gehofft hatte, wurde diese Anregung nun umgesetzt, indem die Gewerkschaften – entsprechend modelliert – als Instrumente für die Realisierung der jeweiligen Demokratisierungskonzeptionen der Besatzungsmächte eingesetzt wurden.

So wies ORI die von den westlichen Besatzungsmächten vorgeblich angestrebte politische Neutralität der Gewerkschaften als „Fiktion“ zurück. Die Bevorzugung der gemäßigeren Vertreter der Gewerkschaftsbürokratie in den westlichen Zonen habe im wesentlichen sozialdemokratisch orientierte Gewerkschaften entstehen lassen, und nach Ansicht von ORI bedeutete dies in politischer Hinsicht „de facto acceptance of the existing form of society, the focus of union activity on representing the workers within the framework of this society, and thus continued adherence to a strategy of class collaboration rather than class struggle“.

Wenn ORI erwartete, daß die Gewerkschaften in den westlichen Besatzungszonen diese politische Linie auch künftig beibehalten würden, so schien damit wieder angedeutet, daß die von den westlichen Besatzungsmächten geförderte Entwicklung eben nicht nur oktroyiert war, sondern Traditionen und Tendenzen aufnahm, die ohnehin vorhanden waren und deshalb auch Bestand haben würden, wenn die Restriktionen der Besatzungszeit entfielen. ORI entwarf in diesem Zusammenhang ein recht zutreffendes Bild der künftigen Entwicklungen: „With the progress of political self-administration and economic reconstruction, in which Social Democrats and Christian Democrats are likely to play the leading part in the western zones, such a trade-union movement would be connected politically with an administration endeavoring to incorporate the working class into a democratic capitalist system. The situation of the trade-unions would thus be similar to that existing under the Weimar Republic. The Social Democratic conception of trade-unionism would direct union strategy to the gradual democratization of existing economic institutions and relations through increased government control over the economy, nationalization on a limited scale, and participation of labor in management.“

In der sowjetischen Zone habe man dagegen das Konzept der politischen Neutralität der Gewerkschaftsbewegung ausdrücklich zurückgewiesen¹⁵ und betrachte die Gewerkschaften als integralen Bestandteil der politischen Arbeiterbewegung, die durch die SED repräsentiert sei. Sowohl die Gewerkschaften wie die Partei strebten den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft an; solange diese allerdings nicht verwirklicht sei, bildeten die Gewerkschaften die Massenbasis für die Ausübung unangefochtener Führung durch die Partei. Die SED bestimme die politischen Ziele und Strategien, bei ihr liege die politische Führung, während es die Aufgabe der Gewerkschaften sei, „to educate the working masses along approved lines [. . . and] to fulfill the ordinary needs arising from their employment status“. Da sich die unmittelbaren Interessen der Arbeiter und die an langfristigen Überlegungen orientierten Forderungen der politischen Führung nicht immer miteinander vereinbaren ließen, müßte die politische Führung von Fall zu Fall entscheiden, ob die Erhaltung des „good will“ der Gewerkschaftsmitglieder oder die Erfüllung von Produktionsquoten wichtiger sei. Nicht ohne spöttischen Unterton bemerkte ORI, daß es vom Ergebnis dieser Entscheidung abhänge, „[if] the union leaders will [. . .] have to redouble their efforts at ‚educating‘ the membership [or if] they will be able to remind the workers of the gains achieved with respect to wages and hours“. In Anbetracht der bisher entwickelten Konzeptionen und Strukturen könnten die Gewerkschaften keinen von den anderen politischen und administrativen Institutionen der sowjetischen Besatzungszone unabhängigen Kurs verfolgen, denn, wie ORI abschließend bemerkte: „As an integral part of the new social fabric, the unions move at the same rate as the others in the direction of a centralized socialist society.“

So ließ die Entwicklung der Gewerkschaften nach Darstellung von ORI schon ein Jahr nach Kriegsende eine Weichenstellung für die Ausprägung zweier gegensätzlicher politischer und gesellschaftlicher Systeme in Deutschland erkennen: Im Westen deutete sich die Ausbildung eines „democratic capitalist system“ an, im Osten zeichnete

¹⁵ ORI illustrierte dies mit einem Zitat aus Walter Ulbrichts „Neue Aufgaben der freien Gewerkschaften“ (Berlin 1946).

sich der Aufbau einer „centralized socialist society“ ab. Im Westen wie im Osten war diese Entwicklung – ebenso wie die entsprechende Prägung des Wiederaufbaus der Gewerkschaften – nach Darstellung von ORI in erster Linie eine Funktion der unterschiedlichen bzw. gegensätzlichen politischen Konzeptionen, Strategien und „Weltanschauungen“ der Besatzungsmächte, die sich als unfähig erwiesen, die von ihnen in Potsdam vereinbarten Grundsätze zum Ausgangspunkt einer einheitlichen Deutschlandpolitik zu machen. Die statt dessen von jeder Besatzungsmacht nach eigenem Gutdünken betriebene Politik führte nach Darstellung von ORI dazu, daß aus den Maßnahmen zu Entnazifizierung und Demokratisierung sowie der Reorganisation von Wirtschaft und Verwaltung keine Grundlage für eine umfassende politische und gesellschaftliche Erneuerung Deutschlands erwuchs, sondern lediglich eine oft künstliche Prägung der einzelnen Zonen „nach dem Bild“ der Besatzungsmächte und eine sich dabei zunehmend ausprägende Auseinanderentwicklung der Ostzone und der Westzonen.

Insofern mochte der Eindruck entstehen, daß die Abteilung das in Besatzungszonen aufgeteilte Deutschland als bloßes Objekt alliierter Politik sah. Doch schon den von R&A im Auftrag des War Department ausgearbeiteten Papieren hatte stets die Überzeugung zugrunde gelegen, daß sich die Militärregierung in Deutschland aus pragmatischen wie politischen Überlegungen auf die Mitarbeit von Deutschen würde stützen müssen und daß diese – auch wenn sie zunächst nicht viel mehr als Befehlsempfänger sein mochten – angesichts der Komplexität der zu bewältigenden Aufgaben bald einen gewissen Handlungsspielraum und damit Möglichkeiten der Einflußnahme erlangen würden. Es war wohl diese Vorstellung von der „begrenzten“ Macht der formal über absolute Befehlsgewalt verfügenden Militärregierung, die dann die in Deutschland stationierten R&A-Mitarbeiter früh nach den politischen Tendenzen der „Zusammenbruchgesellschaft“ hatte fragen lassen. Obwohl die R&A-Mitarbeiter angesichts der von der Abteilung formulierten Hoffnungen und Erwartungen kaum unvoreingenommen an die Beantwortung dieser Frage gehen konnten, zeigten sie in ihren Berichten aus Deutschland doch wenig Neigung, die Bedeutung der Entwicklungen, die – wie vor allem die „Antifas“ – ihren Hoffnungen und Erwartungen entsprachen, zu überschätzen.

Konsequent erscheinen dann auch in dem von ORI gezeichneten Bild der Entwicklungen des ersten Nachkriegsjahres deutsche „Mängel“ als wesentlicher Faktor. Sowohl in der Zwischenbilanz zum „Revival of Political Life“ vom Januar 1946 wie in der Bestandsaufnahme zur „Political Situation in Germany a Year after Defeat“ vom Juni und in der Gewerkschaftsanalyse vom Mai beschreibt ORI eine Bevölkerung, die in ihrer Mehrheit den Bruch mit Denk- und Verhaltensmustern der NS-Zeit nicht vollzogen hat und sich – wie verständlich angesichts der existentiellen Notlage und der schwierigen Lebensbedingungen der unmittelbaren Nachkriegszeit auch immer – politisch weitgehend desinteressiert zeigt; Parteien, die phantasielos und politisch wenig kreativ nur den Rückgriff auf Programme, Strukturen und Strategien der Weimarer Zeit anzubieten haben und über neue Ansätze und Lösungen kaum nachzudenken scheinen, mithin den Vorgaben der Militärregierungen auch wenig entgegenzusetzen haben; und schließlich eine Arbeiterbewegung, die trotz verheißungsvoller Anfänge aus der Unterdrückung und Verfolgung der vergangenen zwölf Jahre keine tragfähige Einheit entwickelt hat und deren traditionelle Spaltung den Besatzungsmächten Ansätze bietet, sie für ihre gegensätzlichen Konzeptionen zu instrumentalisieren.

Diese gegensätzlichen Konzeptionen der beiden Großmächte erscheinen in der Darstellung von ORI zunächst insofern als gleichberechtigte Alternativen, als beide letztlich als aus eigenen Traditionen erwachsend und durch eigene Interessen motiviert erklärt werden und zudem mit Blick auf das „Objekt“ der jeweiligen Politik – Deutschland – eben nicht nur per Oktroi durchgesetzt werden, sondern an bereits vorhandene Tendenzen anknüpfen und sich mit den entsprechenden politischen Kräften „verbünden“ bzw. diese instrumentalisieren können. Grundsätzlich mußte ORI diese Instrumentalisierung hüben wie drüben ablehnen, da sie die autochthone Demokratisierung, auf die R&A gehofft hatte und die R&A für notwendig gehalten hatte, be- oder verhinderte. Legt man die während der letzten beiden Kriegsjahre formulierten Erwartungen und Empfehlungen zugrunde, so hatte sich die sowjetische Besatzungsmacht zwar sozusagen mit den „richtigen“ politischen und gesellschaftlichen Kräften „verbündet“, doch entsprach nicht nur deren unverzügliche Instrumentalisierung den von der Abteilung vertretenen Demokratisierungskonzeptionen wenig. Problematisch mußte dieses „Bündnis“ in den Augen der Abteilung auch dadurch werden, daß diese Kräfte weder die notwendige politische Energie noch Konzeptionen und Strategien entwickelt hatten, die sie zum gewissermaßen legitimen Motor einer Demokratisierung hätten machen können. Tatsächlich schien sich für die von der sowjetischen Besatzungsmacht verordnete „social revolution“ keine demokratische Mehrheit gewinnen zu lassen: Wie ORI konstatierte, zeigten die Ergebnisse der ersten Wahlen in der sowjetischen Besatzungszone die ungebrochene Stärke der antisozialistischen bürgerlichen Mittelschichten¹⁶. Andererseits schien nach Darstellung der Abteilung die von den westlichen Besatzungsmächten in Gang gesetzte Entwicklung, die im wesentlichen als „Restauration“ des Status quo ante beschrieben wurde, von einer Mehrheit der Deutschen gebilligt zu werden¹⁷: Fast schon enttäuscht verzeichnete ORI, daß sich die in der amerikanischen Zone abgehaltenen Gemeindevahlen sowie die dort bereits initiierte Ausarbeitung von Verfassungsentwürfen – „despite the democratic character of these procedures“ – meist „in a conservative direction“ entwickelt hätten.¹⁸ Der in dieser Beurteilung angedeutete Gegensatz zwischen „democratic“ und „conservative“ mochte noch einmal die politischen Wunschkonzeptionen der Abteilung verraten, doch in zunehmendem Maße schien sich ORI damit abzufinden, daß die Art von Demokratisierung, auf die R&A gehofft hatte, in Deutschland nicht „mehrheitsfähig“ war. Zwar mochte man die Entwicklungen in den westlichen Besatzungszonen immer noch als versäumte Neuordnung betrachten, doch schien man ihre Interpretation als „verhinderte Neuordnung“ nicht für gerechtfertigt zu halten¹⁹. Vor die-

¹⁶ NA, RG 59, OCL [ORI wurde inzwischen als Office of Intelligence Coordination and Liaison geführt, siehe dazu Kapitel VII.]/(R&A) 4152, „Controversial Issues in German Policy Raised by Secretary Byrnes' Stuttgart Speech“, 24. 9. 1946.

¹⁷ Petersons Auseinandersetzung mit der Kritik amerikanischer Linksliberaler an der US-Besatzungspolitik dürfte die Sicht von ORI wohl treffend beschreiben: „reaction meant going back not to Nazi, but pre-Nazi practices, and the reaction was democratic in that the people voted for it“; ders., *American Occupation*, S.351.

¹⁸ NA, RG 59, ORI/(R&A) 3763 A, „Contribution to the Department of State Quarterly Policy Paper: Germany“, 11. 6. 1946.

¹⁹ Schmidt, Die verhinderte Neuordnung 1945–1952. Interessant sind in diesem Zusammenhang die Überlegungen von Löwenthal, *The „Missing Revolution“*, in: Berghahn/Kitchen (Hrsg.), *Germany in the Age of Total War*, S.240–257.

sem Hintergrund wich die anfänglich weitgehend unparteiische Darstellung der von den USA und der Sowjetunion verfolgten Politik als im wesentlichen gleichberechtigter Alternativen allmählich einer Sichtweise, in der das Attribut „demokratisch“ – wenn auch meist in einem gewissermaßen rein verfahrenstechnischen Sinn – immer mehr der amerikanischen Politik vorbehalten wurde.

In diesem Sinne erschienen die Amerikaner auch mit Blick auf die Entwicklungen in den westlichen Zonen als die „besten“ Demokraten. Früher als Briten und Franzosen begannen sie mit der Reorganisation der Länder in ihrer Zone und leiteten die schrittweise Übertragung verwaltungsmäßiger Zuständigkeiten an deutsche Behörden ein²⁰. Bereits im Herbst 1945 hatte das neugegründete Office of Military Government (OMGUS) unter Leitung von General Lucius D. Clay²¹ die Einrichtung der drei Länder Groß-Hessen, Bayern und Württemberg-Baden vorbereitet und mit der Einsetzung des aus den drei Ministerpräsidenten bestehenden Länderrats zugleich ein zonales Koordinationsgremium geschaffen, das ein Umschlagen der Politik der einzelnen Länder von dem gewünschten Föderalismus in einen nicht intendierten Partikularismus oder Separatismus verhindern konnte. Nachdem Ende Januar 1946 Gemeindewahlen in der US-Zone abgehalten worden waren, erhielten die Ministerpräsidenten der drei Länder im Februar den Auftrag, die Ausarbeitung von Länderverfassungen vorzubereiten, womit nach Ansicht von ORI „a process of formal democratization“ initiiert worden war²².

Dessen Verlauf und Entwicklung betrachtete man in der Abteilung angesichts der konservativen Tendenzen, die man zu beobachten glaubte, freilich mit Skepsis²³. Interessanterweise hielt es ORI jedoch für angebracht, den von der Abteilung formulierten „Comments on the Draft Constitutions“ die fast schon rechtfertigende Bemerkung voranzustellen, daß es angebracht sei zu überprüfen, inwieweit die in den Verfassungsentwürfen vorgesehenen Bestimmungen mit den erklärten Grundsätzen und Zielen alliierter bzw. amerikanischer Politik vereinbar waren²⁴. Besonderes Augenmerk habe überdies den Bestimmungen zu gelten, die sich mit der Absicherung der Grundrechte und demokratischer Institutionen sowie der Regelung des Verhältnisses zwischen Ländern und Zentralregierung befaßten.

In allen Entwürfen vermißte ORI einen Hinweis auf die vorläufig noch gegebene Prerogative der Besatzungsmacht und empfahl die Einfügung entsprechender Klauseln. Abgesehen von dieser grundsätzlichen Kritik fand die Abteilung an dem von Groß-Hessen vorgelegten Entwurf am wenigsten auszusetzen. Obwohl er in Einzel-

²⁰ NA, RG 59, ORI/(R&A) 3401, „Reorganization of Government and Administration in Germany“, 1.5. 1946.

²¹ Zu der von Zeitgenossen und Historikern kontrovers beurteilten Rolle Clays Krieger, General Lucius D. Clay, und Backer, *Winds of History* (Die deutschen Jahre des Generals Clay).

²² NA, RG 59, ORI/(R&A) 3401, „Reorganization of Government and Administration in Germany“, 1.5. 1946.

²³ Dazu und zum Folgenden NA, RG 59, OCL/(R&A) 3521.13: „Comments on the Draft Constitutions for the Three States in the US Zone of Germany“, 19.8. 1946.

²⁴ Vgl. in diesem Zusammenhang Birke, *Die aufgezwungene Demokratie?*, in: Heideking/Hufnagel/Knipping (Hrsg.), *Wege in die Zeitgeschichte*, S. 151–163; sowie Fait, „In einer Atmosphäre von Freiheit“, in: *VfZ* 33 (1985), S. 420–455; vgl. außerdem den Überblick bei Eschenburg, *Jahre der Besatzung*, S. 242–262.

heiten verbesserungsbedürftig sei, bezeichnete ihn ORI nach Kriterien offizieller US-Politik als den am zufriedenstellendsten und sowohl dem württemberg-badischen wie dem bayerischen eindeutig überlegen.

An dem von Württemberg-Baden vorgelegten Entwurf kritisierte ORI eine zu weitgehende Orientierung an der Verfassung von Weimar, denn nach Ansicht der Abteilung hatten die württemberg-badischen Verfassungsväter auch manche der Schwächen ihrer Vorlage übernommen. So fand es ORI bedenklich, daß die Stellung des vorgesehenen Staatspräsidenten gar explizit als „being above the powers“ definiert wurde, da tatsächlich die Gefahr bestehe, daß diese Macht mißbraucht würde. Im übrigen lehnte ORI die im Entwurf vorgesehene Zweite Kammer ab und schlug vor, die Macht des Parlaments eher nach dem Vorbild des groß-hessischen Verfassungsentwurfs zu beschränken und etwa Bestimmungen aufzunehmen, die für ein Mißtrauensvotum eine absolute Mehrheit erforderlich machten. Außerdem hatte ORI Einwände gegen Formulierungen im Bereich der Grundrechte, da sie ähnlich wie in der Weimarer Verfassung keine ausreichende Absicherung gegenüber der Legislative garantierten. Die Bestimmungen des Entwurfs zur Außenpolitik waren nach Ansicht der Abteilung völlig überflüssig, da diese in den Kompetenzbereich einer künftigen Reichsregierung falle. Wie ORI nicht ohne Ironie meinte, sei es insofern „probably unnecessary for Württemberg-Baden to ‚renounce war as an instrument of policy“.

Der bayerische Entwurf – dessen Text der Abteilung allerdings nicht vorlag, so daß sich die Kritik auf Informationen aus der Presse stützte – wurde als völlig unbefriedigend zurückgewiesen. Kategorisch lehnte ORI alle auf einen bayerischen Freistaat abzzielenden Ambitionen ab und sah daher keine Notwendigkeit, eine bayerische Staatsbürgerschaft oder bayerische Außenpolitik zu diskutieren. Statt dessen forderte die Abteilung, daß Bayerns Status als Mitgliedsstaat des künftigen Deutschlands, dessen Verfassung Vorrang vor den Länderverfassungen haben würde, eindeutig festzulegen sei. Die im bayerischen Verfassungsentwurf entwickelten Vorstellungen von einem dem Schweizer Modell folgenden System einer auf vier Jahre fest gewählten Regierung erachtete ORI für Deutschland als geradezu gefährlich, da dadurch „Hitler-Karrieren“ begünstigt würden. Ohne Rücksicht auf bayerische Sensitivitäten forderte ORI, „[that the] system should be replaced by a parliamentary structure on the model of the Greater Hesse draft“.

Grundsätzlich sei, so resümierte ORI, an allen Entwürfen zu kritisieren, „[that they] allow unduly wide scope for the exercise of emergency powers by the executive, make inadequate provisions for the safeguarding of fundamental rights, and suffer from the prevalence of bombastic and diffuse language“. Die von den drei Ländern der amerikanischen Zone vorgelegten Verfassungsentwürfe dürften mithin wenig geeignet gewesen sein, die Skepsis der Abteilung gegenüber deutschen Vorstellungen von Demokratisierung zu beschwichtigen²⁵. Allerdings stand ORI mit dieser Skepsis keineswegs allein: Die OMGUS-Abteilungen, die die Verfassungsentwürfe kommentierten, fanden ebenfalls zahlreiche Kritikpunkte, und auch im War Depart-

²⁵ Die Bilanz zur „Implementation of the Potsdam Declaration: Democratization and Denazification“, 5.3. 1947 (NA, RG 59, OIR/(R&A)) 4286, s.u.), enthielt dann auch ein Kapitel zu „Democratic and Undemocratic Features of the Constitutions“.

ment sah man sich veranlaßt, eine lange Liste mit Änderungswünschen zu formulieren²⁶.

Ungeachtet der sich in dieser Kritik ausdrückenden Zweifel an der demokratischen „Reife“ der Deutschen begann sich seit Mitte 1946 in Washington aber die Überzeugung durchzusetzen, daß die amerikanische Deutschlandpolitik angesichts des bisherigen Scheiterns der interalliierten Kooperation und der infolgedessen ungelösten Probleme in eine neue Phase eintreten mußte. Wie ein ORI-Bericht im Juni konstatierte, verspürten sowohl die USA wie auch Großbritannien in Anbetracht der Hartnäckigkeit, mit der Franzosen und Russen die Regelung zentraler Probleme im Alliierten Kontrollrat blockierten, „an increasing disinclination further to complicate the difficulties of the situation by pressing enforcement of the negative clauses of Potsdam (reparations and deindustrialization) unless the clauses about treatment of Germany as an economic unit are also enforced“²⁷.

Tatsächlich hatte General Clay bereits Anfang Mai die vorläufige Aussetzung von Demontagen in der US-Zone angeordnet²⁸. Immer wieder hatte Clay die Washingtoner „decision makers“ gedrängt, Schritte zur Durchsetzung der in Potsdam vereinbarten Behandlung Deutschlands als wirtschaftlicher Einheit zu unternehmen, und im Mai hatte er in einem Bericht an das War Department sogar die Schaffung einer provisorischen deutschen Zentralregierung vorgeschlagen²⁹. Während man in Washington nicht so weit gehen wollte, signalisierte Byrnes mit seiner auf der Pariser Konferenz des Rats der Außenminister im Juli 1946 vorgetragenen Initiative für einen wirtschaftlichen Zusammenschluß der Besatzungszonen doch, daß die USA entschlossen waren, die wirtschaftliche Einheit Deutschlands nun ohne Rücksicht auf französische oder russische Obstruktion zu forcieren³⁰. Das bedeutete freilich auch, daß man bereit war, notfalls eine Vertiefung der Spaltung Deutschlands in Kauf zu nehmen, denn schließlich stand kaum zu erwarten, daß die von Byrnes ausgesprochene „Einladung“ zu einem wirtschaftlichen Zusammenschluß der Zonen von russischer oder französischer Seite plötzlich vorbehaltslos begrüßt würde. Nachdem tatsächlich nur die Briten dem amerikanischen Vorschlag folgten, begannen im Sommer 1946 die Vorbereitungen für die Einrichtung der „Bizone“³¹.

Vor diesem Hintergrund wurde im State Department Ende Juli eine eigens eingerichtete Arbeitsgruppe beauftragt, eine Denkschrift über die Grundzüge der langfristigen amerikanischen Deutschlandpolitik zu entwerfen³². Zur Arbeit dieser Gruppe

²⁶ Vgl. dazu Fait, „In einer Atmosphäre von Freiheit“, VfZ 33 (1985), S. 435 ff.; Birke, Die aufgezwungene Demokratie?, in: Heideking/Hufnagel/Knippling (Hrsg.), Wege in die Zeitgeschichte, S. 162 ff.

²⁷ NA, RG 59, ORI/(R&A) 3736 A, „Contribution to the Department of State Quarterly Policy Paper: Germany“, 11. 6. 1946.

²⁸ Siehe z. B. Krieger, General Lucius D. Clay, S. 139 ff.

²⁹ Lucius D. Clay, Entscheidung in Deutschland, S. 90 ff.

³⁰ Die Bewertung dieser Initiative und der mit ihr verbundenen Intentionen ist kontrovers, vgl. dazu Gimbel, Byrnes und die Bizone, in: Benz/Graml (Hrsg.), Aspekte deutscher Außenpolitik, S. 193–210; Frohn, Neutralisierung, S. 52 ff., 68 ff.

³¹ Einzelheiten dazu bei Benz, Von der Besatzungsherrschaft zur Bundesrepublik, S. 35 ff.; vgl. außerdem Overesch, Einheit oder Teilung?, in: Foschepoth (Hrsg.), Kalter Krieg und Deutsche Frage, S. 269–290, sowie ausführlich Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, S. 299 ff.

³² Vgl. dazu Frohn, Neutralisierung, S. 38, 73 ff. Laut Frohn (S. 73, Anmerkung 209; ebenso Kreikamp, Die amerikanische Deutschlandpolitik im Herbst 1946, in: VfZ 29 ((1981)), S. 269–285,

scheint ORI eine Reihe von Studien beigesteuert zu haben, deren wesentliche Thesen und Argumentationen in einem Memorandum zum „General Character of a Future German Government“ enthalten sind³³. Ausgangspunkt der in diesem Memorandum entwickelten Überlegungen war die Annahme, daß die amerikanische Politik in bezug auf eine künftige deutsche Regierung an drei „desiderata“ – nämlich „viability, stability, and democratic character“ – orientiert sein würde. Das erstgenannte Desiderat, die Existenzfähigkeit einer künftigen deutschen Regierung, war nach Ansicht von ORI allerdings weniger eine Funktion des „Charakters“ der deutschen Regierung selbst, sondern vielmehr der allgemeinen Rahmenbedingungen, unter denen sie zu operieren haben würde. Insbesondere territoriale Regelungen und Bestimmungen über wirtschaftliche Restriktionen sowie die sich daraus ergebenden Konsequenzen für den Lebensstandard in Deutschland seien in diesem Zusammenhang von entscheidender Bedeutung³⁴.

Um die Stabilität und den demokratischen Charakter einer künftigen deutschen Regierung zu sichern, waren nach Ansicht von ORI sowohl konstitutionell-strukturelle wie politische Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Im politischen Bereich seien vor allem zwei Faktoren von ausschlaggebender Bedeutung. Zum einen müsse eine künftige deutsche Regierung bei ihrem Amtsantritt bereits Klarheit über die Friedensbedingungen haben, da dies sowohl dem Ansehen der Regierung wie auch ihrer Fähigkeit zu planen und zu funktionieren zugute kommen würde; andernfalls sei zu befürchten, daß die Regierung als abhängig von „foreign powers“ erscheinen und entsprechend Autorität einbüßen könnte. Als weiteren wichtigen politischen Faktor nannte ORI die Existenz demokratischer Parteien. Wie ausgeführt wurde, ergebe sich allerdings ein Dilemma, wenn man sowohl die Stabilität einer Regierung als auch ihren demokratischen Charakter gewährleistet sehen wollte, denn, so argumentierte die Abteilung: „Strengthening certain authoritarian parties (Communists, reactionaries) might guarantee governmental stability, but at the expense of the democratic character of government.“

ORI erwartete, daß die amerikanische Politik deshalb zum einen bestrebt sein würde, auf die Verankerung stabilisierender Elemente in der Struktur einer künftigen deut-

siehe S.274f.) unterstand dieses Komitee der Leitung von James W. Riddleberger (Chief, Division of Central European Affairs); als Mitglieder nennt Frohn J. K. Galbraith (Direktor des Office of Economic Security Policy), H. P. Leverich (Mitarbeiter des Assistant Secretary of State for Public Affairs) sowie den ehemaligen R&A-Mitarbeiter Edward S. Mason, der inzwischen als Berater des State Department fungierte.

³³ NA, RG 59, OCL/(R&A) 3521.9, (First Draft): „The General Character of a Future German Government“, 12. 8. 1946, deutsch in Söllner (Hrsg.), *Archäologie der Demokratie*, Bd. 2, S. 102–112. Vgl. außerdem NA, RG 59, ORI/(R&A) 3521.6, „A Discussion of Possible Constitutional Provisions for a German Federal Government“, 20. 6. 1946, sowie die überarbeitete Fassung 3521.6a vom 8. 7. 1946, und NA, RG 59, OCL/(R&A) 3521.11, „The Present German Territorial Situation“, (First Draft), 12. 8. 1946, bzw. 3521.11 A, „Problems of the German Territorial Settlement“, 23. 10. 1946. Erst im Februar 1947 erschienen in dieser Serie OCL/(R&A) 3521.17, „Allied Policies on German Banking“, 7. 2. 1947, sowie OCL/(R&A) 3521.18, „The Problem of Central Control of German Occupation Costs“, 18. 2. 1947.

³⁴ Dazu NA, RG 59, OCL/(R&A) 3521.11, „The Present German Territorial Situation“, (First Draft), 12. 8. 1946, sowie die überarbeitete Fassung 3521.11 A, „Problems of the German Territorial Settlement“, 23. 10. 1946.

schen Regierung hinzuwirken, und daß sie zum anderen diejenigen Parteien fördern würde, die in ihrer Struktur und ihren Programmen demokratisch seien. Nur eine der größeren Parteien entsprach nach Ansicht von ORI diesen Kriterien: „So far only one major party (the Social Democratic) has emerged which fully guarantees liberal-democratic policies in the Western sense.“ Die Kommunistische Partei wurde mit der Bemerkung abgetan, daß sie „obviously [. . .] a different concept of ‚democracy‘“ vertrete, und an den bürgerlichen Parteien wurde kritisiert, daß sie trotz ihrer demokratischen Programme zuweilen „strongly reactionary tendencies in policies and personalities“ zeigten. Innerhalb dieser Parteien gebe es jedoch mehr oder minder deutlich hervortretende „linke Flügel“ oder „fortschrittliche Elemente“, die sich diesen Tendenzen entgegenstellten; dazu seien etwa die CDU-Verbände von Großhessen und Berlin – im Vergleich zur bayerischen CSU – zu rechnen. So resümierte ORI: „It is upon these portions of the middle-class parties and upon the Social Democratic Party (SPD), that US policy can chiefly rely for the implementation of a democratic governmental program.“

Abgesehen von diesen politischen Gesichtspunkten standen nach Ansicht von ORI vier konstitutionelle und strukturelle Fragen im Mittelpunkt der Überlegungen zur Absicherung der Stabilität und des demokratischen Charakters eines künftigen deutschen Regierungssystems: die Diskussion um einen föderalistischen oder zentralistischen Aufbau des künftigen deutschen Staates, die Frage des Wahlsystems, das Verhältnis von Legislative und Exekutive sowie die Beschränkung der staatlichen Macht durch die Garantie von Grundrechten und anderen Regelungen.

Die Bedeutung einer Dezentralisierung als Instrument der Demokratisierung wurde nach Ansicht von ORI häufig überschätzt³⁵. Unter Verweis auf das Hohenzollernreich und die Weimarer Republik argumentierte die Abteilung: „Whether Germany has been democratic and peace-loving, or authoritarian and aggressive, has depended on the policies of its government and the character of the groups supporting it rather than upon the distribution of power between Reich and member states.“ Beim Aufbau einer neuen Verwaltungs- und Regierungsstruktur sei es deshalb wichtiger, das demokratische Funktionieren der Reichsregierung sicherzustellen, als sich zu sehr auf zweifelhafte regionale Autonomiebestrebungen zu verlassen. Überdies sei zu berücksichtigen, daß ein moderner Staat für sein Funktionieren ein gewisses Maß an Zentralisierung benötige, und daß dies besonders für das zerstörte Deutschland gelte, dessen Wiederaufbau sinnvoll geplant und koordiniert werden müsse. Dementsprechend plädierte ORI für ein System, in dem die wichtigsten Regierungsgewalten – insbesondere die Legislative – bei den Reichsbehörden lägen, während Aufgaben wie interne Verwaltung, Bildungswesen und Polizei den Ländern übertragen werden könnten. Die Gefahr, daß ein zentralistischer Aufbau die Ausweitung des in der sowjetischen Besatzungszone etablierten Systems mit seiner deutlichen Tendenz zur Einparteienherrschaft begünstigen könnte, sah ORI nicht gegeben. Nach Ansicht der Abteilung mußte ganz im Gegenteil in Rechnung gestellt werden, daß eine stark föderalistisch ausgeprägte Struktur angesichts der verhältnismäßig großen Zahl regionaler Einheiten in der sowjetischen

³⁵ Zu diesem Thema legte die Abteilung im November eine umfassende Studie vor, in der die von den Alliierten vertretenen Positionen sowie die deutschen Tendenzen erörtert wurden: NA, RG 59, OCL/(R&A) 3782, „Centralism and Federalism in Germany“, 1. 11. 1946.

Zone deren Gewicht unter Umständen stärker zur Geltung bringen könnte als ein eher zentralistisch geprägtes System.

Mit Blick auf das Wahlsystem sei die Kontroverse um das Verhältniswahlrecht besonders wichtig. Erneut vertrat ORI die Ansicht, daß man sich nicht zu sehr auf eine „deterministische“ Sicht versteifen sollte, zumal sich das Scheitern der Weimarer Republik nicht, wie gelegentlich argumentiert würde, in erster Linie auf das Verhältniswahlrecht zurückführen ließe. Andererseits hielt ORI die Einführung des Mehrheitswahlrechts nicht für ratsam, da nicht auszuschließen sei, daß davon vor allem die Kommunisten und die konservativen Flügel der bürgerlichen Parteien profitieren könnten. Statt dessen war nach Ansicht der Abteilung ein modifiziertes Verhältniswahlrecht vorzuziehen; das Gewicht von Splitterparteien könne zudem durch die Festlegung eines notwendigen Mindestprozentsatzes an Wählerstimmen kontrolliert werden.

In der Frage, ob für Deutschland eine parlamentarische oder eine präsidentiale Demokratie vorzuziehen sei, plädierte ORI – wiederum unter Verweis auf die „Lehren“ der deutschen Geschichte – entschieden für ein parlamentarisches System: „An independent executive, whether issuing from monarchical authority or from a popularly elected president, always proved fatal to democracy.“ Der Grund dafür sei darin zu sehen, „that the executive in Germany has traditionally headed a bureaucracy which, because of its prestige and entrenched position, tended to concentrate actual powers in itself even if formal responsibility belonged to some elected body“.

Vor diesem Hintergrund hielt ORI es für besonders wichtig, daß die in der Verfassung³⁶ zu garantierenden bürgerlichen und politischen Grundrechte wie Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Schutz vor willkürlicher Verhaftung gegen Übergriffe der Exekutive abgesichert würden. Alle Notstandsbestimmungen, die die Außerkraftsetzung dieser Grundrechte ermöglichten, sollten zeitlich eng begrenzt und zudem äußerst sorgfältig definiert werden. Wie die Entwicklungen während der Weimarer Republik gezeigt hätten, sei es darüber hinaus erforderlich, einer Aushöhlung der Grundrechte durch den Gesetzgeber einen Riegel vorzuschieben. Problematisch war nach Ansicht der Abteilung in diesem Zusammenhang die Frage, ob solche Bestimmungen zum Schutz der Grundrechte auch Eigentumsrechte einschließen sollten. Unter Verweis auf die Erfordernisse des wirtschaftlichen Wiederaufbaus argumentierte ORI, daß es kaum realistisch sei, Eingriffe durch den Gesetzgeber grundsätzlich ausschließen zu wollen. Ferner sei zu bedenken, daß gewisse Reformen – wie etwa die in der sowjetischen Besatzungszone durchgeführte Neuverteilung von Grund und Boden – auch im Interesse einer Demokratisierung lägen³⁷, und daß die Verstaatlichung bestimmter Industrien dementsprechend nicht nur von kommunistischer Seite gefordert, sondern auch von Sozialdemokraten und sogar den linken Flügeln der bürgerlichen

³⁶ Überlegungen zu den Grundzügen einer künftigen deutschen Verfassung hatte ORI bereits im Juni skizziert: NA, RG 59, ORI/(R&A) 3521.6, „A Discussion of Possible Constitutional Provisions for a German Federal Government“, 20.6. 1946, überarbeitete Fassung 3521.6a vom 8.7. 1946.

³⁷ Vgl. dazu NA, RG 59, OCL/(R&A) 3525.10, „Land Reform in the Soviet Zone of Germany“, 5.9. 1946: „The agrarian reform, in abolishing the large estates, destroyed one of the groups which most consistently opposed any real democratization of German society“; außerdem wurde darauf verwiesen, daß diese Reform von breiten Teilen der Bevölkerung begrüßt werde und daß sich die mit Land bedachten Bauern der SED verpflichtet fühlen müßten.

Partein befürwortet werde³⁸. Explizit und eindringlich warnte ORI, daß ein amerikanisches Insistieren auf dem absoluten Schutz privater Eigentumsrechte die demokratischen Kräfte in Deutschland entfremden und gleichzeitig jenen konservativen bzw. reaktionären Kreisen zugute kommen würde, die ohnehin bestrebt seien, jegliche wirtschaftliche Macht für ihre politischen Zwecke zu nutzen³⁹.

In diesem mit bemerkenswertem Engagement vorgetragenen Plädoyer scheint unverkennbar noch einmal die von R&A entworfene Deutschlandpolitik auf, deren Ziel – ein ungeteiltes, demokratisch-sozialistisches Deutschland – inzwischen zum „dritten Weg“ zwischen einem zwar im technischen Sinne demokratischen, aber kapitalistischen Westdeutschland und einem zwar sozialistischen, aber undemokratischen Ostdeutschland geworden war. Deutlich wird hier auch noch einmal, daß die von R&A geforderte „social revolution“ – die wirtschaftliche und damit auch politische Entmachtung der traditionellen Herrschaftselite – das Herzstück dieser Alternative war: Während die Stellungnahmen der Abteilung zu politischen und verfassungsrechtlichen Fragen eher verhalten formuliert sind, setzte sich ORI fast schon leidenschaftlich dafür ein, daß die amerikanische Besatzungsmacht die Deutschen nicht an einer Demokratisierung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse hindern sollte. Damit schien sich in diesem Plädoyer die Hoffnung auszudrücken, daß zumindest eine partielle Verwirklichung der in R&A konzipierten Deutschlandpolitik noch möglich war, was voraussetzte, daß man es in der Abteilung trotz aller sonst immer wieder erkennbaren Resignation angesichts der „konservativen“ Tendenzen der Deutschen nicht für ausgeschlossen hielt, daß sich die Kräfte, die grundlegende Reformen befürworteten, doch noch durchsetzen könnten. Vor allem aber schien damit auch angedeutet, daß man die amerikanische Politik nicht als ideologisch fixiert sah: Auch wenn die US-Besatzungspolitik in den Augen der im State Department verbliebenen R&A-Mitarbeiter kaum geeignet sein konnte, eine „wirkliche“ Demokratisierung Deutschlands zu bewirken, schien man in der Abteilung doch noch immer davon auszugehen, daß ihr vorrangiges Ziel der Aufbau einer dauerhaften demokratischen Ordnung in Deutschland war.

Ganz offensichtlich unterstellte ORI auch nicht, daß sich hinter der amerikanischen Initiative zum wirtschaftlichen Zusammenschluß der Zonen die Absicht verbarg, einen westdeutschen Staat zu etablieren – zumindest sah der Entwurf keinen Weststaat vor, sondern skizzierte die allgemeinen Grundzüge einer gesamtdeutschen Regierung.

³⁸ Ein Jahr später legte die inzwischen als Office of Intelligence Research (OIR) geführte Abteilung einen Überblick über „German Proposals for the Organization of Nationalized Enterprises“ vor: NA, RG 59, OIR/(R&A) 4437, 6. 8. 1947; deutsch in Söllner (Hrsg.), *Archäologie der Demokratie*, Bd. 2, S. 153–168. Die politische Brisanz dieses Themas kam darin allerdings kaum zum Ausdruck, was Söllner als (bewußte) Strategie interpretiert hat (a. a. O., S. 117 ff.); es ließe sich m. E. allerdings genauso gut argumentieren, daß man die Brisanz dieser Frage in der Abteilung tatsächlich nicht länger gegeben sah, da man den Zeitpunkt für eine „social revolution“ für verpaßt hielt; bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, daß OIR zwischen „Sozialisierung“ und „Verstaatlichung“ (nationalization) unterschied.

³⁹ Winkler, *Die amerikanische Sozialisierungspolitik*, in: Winkler (Hrsg.), *Politische Weichenstellungen*, S. 88–110, verweist darauf, daß die im State Department entwickelten Konzeptionen für eine Demokratisierung Deutschlands die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien durchaus vorsahen, und vertritt die These, „daß das US-Außenministerium gegenüber den Forderungen von deutschen Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern eine weitaus liberalere Haltung einnahm, als in der Literatur gemeinhin unterstellt wird“.

Zwar waren die „desiderata“ der amerikanischen Politik dabei der leitende Gesichtspunkt, doch so wie ORI sie formulierte und interpretierte, waren damit keine Forderungen verbunden, die für die Sowjetunion grundsätzlich inakzeptabel sein mußten. Gerade in der überaus kontroversen Frage der föderalistischen oder zentralistischen Struktur eines künftigen deutschen Staates plädierte ORI für eine flexible Haltung der USA. Freilich erschien der von der Sowjetunion befürwortete Zentralismus in der Darstellung der Abteilung als schon geradezu idealer „Vorwand“ zur Schaffung einer starken demokratischen Zentralgewalt, die sich gegenüber einer Minderheit eventuell kommunistisch geführter Länder sehr viel besser würde behaupten können als eine von den Ländern in hohem Maße beeinflussbare Zentralregierung in einem stark föderalistischen System. Insofern könnte dieses Arbeitspapier als Dokument des Kalten Krieges gelesen werden: Obwohl ORI versuchte, Kompromißmöglichkeiten aufzuzeigen, wird die Eindämmung kommunistischen – und implizit sowjetischen – Einflusses in Deutschland als vitales amerikanisches Interesse stillschweigend vorausgesetzt.

Die Aussichten für die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung beurteilte man in der Abteilung allerdings auch nicht sonderlich optimistisch. Die vielbeachtete Rede, die Außenminister Byrnes am 6. September 1946 in Stuttgart gehalten hatte, nahm ORI zum Anlaß, die „Controversial Issues in German Policy“ zu referieren und zu erläutern, ob und inwiefern Byrnes' „Restatement of U.S. Policy“ Raum für eine gemeinsame alliierte Deutschlandpolitik ließ⁴⁰.

Wie ORI ausführte, hatte Byrnes in seiner Rede in Stuttgart den Stellenwert einer zentralen deutschen Regierung für die US-Politik stärker betont, als dies in bisherigen Erklärungen geschehen sei⁴¹. Byrnes zufolge befürworteten die USA zwar eine Dezentralisierung, wünschten aber auch die Bildung einer demokratisch gewählten und konstituierten zentralen deutschen Regierung. Diese Position entspreche im wesentlichen der britischen, nicht aber der französischen und sowjetischen. Die französische Politik, die vor allem von Sicherheitsinteressen bestimmt werde, strebe eine entscheidende Schwächung Deutschlands an und befürworte deshalb eine möglichst lockere staatenbündische Organisation. Die Sowjetunion dagegen wolle einen zentralistisch strukturierten deutschen Staat und werfe den Westmächten vor, daß sich hinter ihrem Eintreten für eine föderalistische Organisation „nothing but a more or less veiled division of Germany into several autonomous states“ verberge⁴². Auch Walter Ulbricht habe erklärt, daß die Schaffung der Bizone sowie die damit verbundenen amerikanischen Vorschläge nur die Teilung Deutschlands als politisches Ziel haben könnten. Nach Ansicht von ORI war vor diesem Hintergrund zu erwarten, daß sich die Sowjetunion der amerikanischen Politik gegenüber ablehnend verhalten würde und daß sich die Kluft zwischen den Westzonen und der Ostzone vertiefen würde.

Grundsätzlich verschiedene Positionen verträten die USA und die Sowjetunion auch hinsichtlich der Demokratisierung und Entnazifizierung. Byrnes habe erklärt, daß es

⁴⁰ NA, RG 59, OCL/(R&A) 4152, „Controversial Issues in German Policy Raised by Secretary Byrnes' Stuttgart Speech“, 24.9. 1946. Byrnes' Rede ist abgedruckt in: Department of State, Germany 1947–1949, S. 3–8.

⁴¹ Vgl. dazu auch NA, RG 59, OCL/(R&A) 3782, „Centralism and Federalism in Germany“, 1.11. 1946.

⁴² A.a.O.

die Fortschritte in diesen Bereichen inzwischen erlaubten, den Deutschen schrittweise die Verantwortung für ihre eigene Verwaltung und Regierung zu übertragen. Die Sowjetunion habe aber eine grundlegend andere Konzeption und sei der Ansicht, daß reaktionäre Kräfte noch viel zu stark, fortschrittliche und demokratische Kräfte dagegen noch zu wenig organisiert und schwach seien. In diesem Zusammenhang versuchte ORI – ähnlich wie auch schon in der Gewerkschaftsanalyse –, die sowjetischen Positionen gewissermaßen neutral als integralen Bestandteil der sowjetischen Demokratisierungskonzeption verständlich zu machen und aus dieser Perspektive die sowjetische Kritik an der Politik der westlichen Besatzungsmächte zu erklären. Die künftige Entwicklung der sowjetischen Politik schätzte man aber deshalb keineswegs unrealistisch ein. Angesichts der Ergebnisse der kürzlich in der sowjetischen Besatzungszone abgehaltenen Wahlen, die die ungebrochene Stärke antisozialistischer Gruppen des mittleren Bürgertums gezeigt hätten, mußte das sowjetische Ziel einer „antifascist democracy“ nach Ansicht von ORI in absehbarer Zukunft nur mit Hilfe einer „revolutionary dictatorship“ erreichbar scheinen. Ein solches Vorgehen entspreche jedoch nicht dem erklärten Kurs sowjetischer Besatzungspolitik, und auf revolutionäre Entwicklungen in Deutschland hofften auch die Sowjets nicht. Sie würden vielmehr „democratic forms and processes“ weiterhin ausbauen, gleichzeitig aber ohne Rücksicht auf Wahlergebnisse bestrebt sein, „[to] maintain and extend Soviet and pro-Soviet control over the economy and administration, and [to] integrate the Soviet Zone with the USSR's Eastern European orbit“. Große Bedeutung komme in diesem Zusammenhang wirtschaftlichen Kontrollen zu, und im Falle einer Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands war nach Meinung von ORI damit zu rechnen, daß die Sowjetunion versuchen würde, „to penetrate to the west“. Die enormen Kapazitäten der UdSSR als Absatzmarkt und Rohstofflieferant stellten dabei einen nicht zu unterschätzenden Faktor dar, und nach Ansicht von ORI konnte kein Zweifel daran bestehen, „[that their] ultimate objective is to bring the whole German economy into the Soviet orbit“.

So seien im wirtschaftlichen Bereich auch die größten Unterschiede zwischen den Positionen der USA und der Sowjetunion zu verzeichnen. In den zentralen Problemen – der Behandlung Deutschlands als wirtschaftlicher Einheit und der Frage der Reparationen – sei die britische Position der amerikanischen ähnlich, und selbst die französische unterscheide sich eher „in formal matters“. So akzeptierten die Franzosen immerhin zumindest das Prinzip der wirtschaftlichen Einheit, während die Russen bislang nur entsprechende Lippenbekenntnisse abgelegt, sich aber tatsächlich der Behandlung Deutschlands als wirtschaftlicher Einheit widersetzt hätten. Hinsichtlich der Reparationsfrage verträten die USA und Großbritannien gemäß ihrer Interpretation der in Potsdam getroffenen Vereinbarungen die Ansicht, daß es keine Entnahmen aus laufender Produktion geben sollte, was von der Sowjetunion und Frankreich freilich nicht eingehalten würde.

Daß ORI aus dieser Übersicht der in Byrnes' Rede berührten „Controversial Issues“ kein Fazit zog, mag darauf schließen lassen, daß man dies für überflüssig hielt. In der Tat war die Erkenntnis, daß es Großbritannien und den USA nicht schwerfallen dürfte, einen ausreichenden „gemeinsamen Nenner“ für eine einheitliche Politik zu finden, angesichts der Entwicklungen bereits obsolet; auch die Annahme, daß sich eine Einigung mit Frankreich problematischer gestalten, letztlich aber doch möglich sein würde,

konnte nicht als Neuigkeit gelten – ebensowenig wie die Erkenntnis, daß die Gegensätze zwischen den Westmächten und der Sowjetunion zunehmend schärfer hervortraten.

Interessant ist jedoch, daß ORI die Unterschiede im wirtschaftlichen Bereich zwar als besonders augenfällig und in politischer Hinsicht gewichtig beschrieb, andererseits aber die grundsätzliche Verschiedenheit der Systeme anhand der unterschiedlichen Demokratisierungskonzeptionen illustrierte. Das war mitnichten ein zufälliges Arrangement, sondern reflektierte vielmehr eine von der Abteilung *expressis verbis* zwar nicht getroffene, aber in zahlreichen Studien erkennbare Unterscheidung zwischen Ursache und Anlaß für die Spaltung Deutschlands und die Anfänge des Kalten Krieges.

Erstmals war diese Unterscheidung in der Studie über die Entwicklung der Gewerkschaften angedeutet, wo ORI versucht hatte, die unterschiedliche Politik der Besatzungsmächte auf ihr unterschiedliches Verständnis von Demokratie und ihre unterschiedliche Interpretation der für die nationalsozialistische Machtübernahme entscheidenden Faktoren zurückzuführen. Diesen Erklärungsansatz versuchte die inzwischen als Office of Intelligence (OIR) geführte Abteilung Anfang März 1947 in einer Arbeit zur „Implementation of the Potsdam Declaration“ auf alle wichtigen Bereiche alliierter Besatzungspolitik anzuwenden⁴³. Konsequenter wurde das Thema deshalb auf die Aspekte „Democratization and Denazification“ eingeschränkt, die beiden Elemente alliierter Besatzungspolitik also, die als nicht näher definierte Zielvorstellungen kaum kontrovers gewesen waren. In der umfassenden, hundert Seiten starken OIR-Studie wurden sie jedoch zum Ausgangspunkt einer unvermeidlich auseinanderstrebenden Entwicklung, die immer weniger reversibel zur Ausbildung zweier unterschiedlicher, ja gegensätzlicher Systeme im besetzten Deutschland und damit zu seiner Spaltung zu führen schien. Unvermeidlich schien diese Entwicklung insofern, als eine Demokratisierung Deutschlands nach dem westlichen Verständnis von Demokratie – bei allen aus der jeweiligen nationalen Tradition erwachsenden Nuancen – ganz andere Schritte erforderte, als nach kommunistischem Verständnis notwendig waren.

Wie OIR ausführte, verstünden die Russen unter Demokratisierung „first of all the introduction of certain fundamental changes in the social and economic structure“. Nachdem solche Veränderungen – in der sowjetischen Zone konkret die Bodenreform und die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien – durchgeführt seien, könne ein den neuen gesellschaftlichen Strukturen entsprechender politischer Apparat aufgebaut und Wahlen abgehalten werden. Nach Ansicht der Abteilung war auf diese Weise in der sowjetischen Zone zwar eine gewisse Grundlage für eine gesellschaftliche Demokratisierung geschaffen worden, doch sei dies „with scant regard for democratic forms and procedures“ geschehen. OIR stellte dieses Vorgehen der Entwicklung in den westlichen Zonen gegenüber, „[where] these forms and procedures have in the main been observed“. Die Westmächte verstünden unter Demokratisierung „first of all the replacement of the Nazi structure of government and political life with traditional liberal-democratic procedures and institutions“. Nach westlichem Verständnis sei es „the essence of democracy [. . .] to allow the public will as thus formulated to use such procedures and institutions for whatever purposes and policies it chooses“ – wobei man sich freilich beeilete hinzuzufügen: „at least in purely internal affairs“. Insofern entspreche es

⁴³ NA, RG 59, OIR/(R&A) 4286, „Implementation of the Potsdam Declaration: Democratization and Denazification“, 5.3. 1947.

nicht den westlichen Vorstellungen, auf bestimmten gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Veränderungen zu insistieren. Als Ergebnis dieses Vorgehens hätten sich in den westlichen Zonen wieder die traditionellen gesellschaftlichen Gruppen und Strukturen herausgebildet, was nach Ansicht von OIR jegliche grundlegenden Reformen, die vielleicht doch noch erwogen werden könnten, erheblich erschweren würde.

In diesem Zusammenhang machte die Abteilung keinen Hehl daraus, daß man solche grundlegenden Reformen für unverzichtbar hielt, wenn die von den Westmächten eingeführten „democratic forms and procedures“ mehr als leere Formen und Verfahrensweisen sein sollten. OIR versuchte zu verdeutlichen, daß Entnazifizierung und Demokratisierung in den westlichen Zonen die autoritären und undemokratischen Strukturen in Bürokratie, Administration und Rechtswesen sowie im Bereich der Wirtschaft weitgehend unangetastet gelassen hatten, so daß eine Demokratie ohne Fundament aufgebaut worden sei, deren Stabilität – zumal vor dem Hintergrund der in R&A-Studien immer wieder vertretenen Interpretation des Nationalsozialismus als Resultat struktureller, in der sozialen und wirtschaftlichen Verfassung Deutschlands liegender Probleme – überaus zweifelhaft erscheinen mußte.

Die Darstellung der in der sowjetischen Zone durchgeführten Reformen ließ dagegen deutlich erkennen, daß man in OIR der Ansicht war, daß sich die sowjetische Besatzungsmacht diese Versäumnisse nicht hatte zuschulden kommen lassen. Doch so positiv die einzelnen Demokratisierungsmaßnahmen als solche beschrieben wurden, so negativ fiel die Gesamtbeurteilung aus: Zwar waren die traditionellen Strukturen, auf die sich die Herrschaft autoritärer und antidemokratischer Eliten gestützt hatte, aufgebrochen worden, doch wollte man dies allein nicht als Demokratisierung gelten lassen. Je deutlicher sich abzeichnete, daß die sowjetische Besatzungsmacht keine demokratische Weiterentwicklung zuließ, sondern den einen Autoritarismus nur durch einen anderen ersetzte, desto schärfer formulierte OIR die Kritik an dieser Entwicklung, ohne sie freilich auf den ursprünglichen Ansatz auszudehnen.

Daß andererseits die Kritik der Abteilung an der westlichen Besatzungspolitik erhalten blieb, dürfte nicht zuletzt auf den institutionellen Rahmen zurückzuführen sein. Denn während die im State Department verfaßten Studien der Abteilung für die westlichen Besatzungszonen im wesentlichen eine Restauration des Status quo ante beschrieben und in ihr sowohl das verwirklichte negative Potential der Weimarer Republik wie auch ihre nicht realisierten Entfaltungsmöglichkeiten für eine demokratische Weiterentwicklung angelegt sahen, zeichneten die gewissermaßen privaten Versionen dieser Studien, die Mitarbeiter der Abteilung gelegentlich in politischen oder historischen Fachzeitschriften veröffentlichten, ein deutlich kritischeres und pessimistischeres Bild.

Wie weit sich die in diesen Veröffentlichungen entwickelten Überlegungen und Argumentationen einerseits mit denen in State Department-Studien deckten – manchmal bis zu identischen Formulierungen –, wieviel deutlicher aber andererseits die Beurteilungen ausfielen, läßt sich anhand eines im Juni 1947 publizierten Artikels Franz Neumanns illustrieren. Unter dem Titel *Re-educating the Germans – The Dilemma of Reconstruction*⁴⁴ präsentierte Neumann die zentralen Argumentationen und Interpreta-

⁴⁴ Neumann, *Re-educating the Germans – The Dilemma of Reconstruction*, in: *Commentary* 3/6, Juni 1947, S. 517–525; die folgenden Zitate 517 f., Hervorhebungen im Text; wieder abgedruckt in Neumann, *Wirtschaft, Staat, Demokratie*, S. 290–308.

tionen, die die bis Anfang 1947 unter seiner Leitung stehenden ORI-Mitarbeiter in den knapp zwei Jahren seit Kriegsende entwickelt hatten und die ihre Beurteilungen auch in den folgenden Jahren entscheidend prägen sollten. Analog zu der OIR-Studie über die Umsetzung der in Potsdam getroffenen Vereinbarungen versuchte Neumann dabei erneut zu demonstrieren, daß sich die unterschiedliche Politik der Besatzungsmächte auf ihre unterschiedlichen Interpretationen des Begriffs Demokratie und des Phänomens Nationalsozialismus zurückführen ließe. So legte Neumann einmal mehr dar, daß die Westmächte den Nationalsozialismus als ein politisches Phänomen betrachteten, dem beizukommen sei, wenn man Nationalsozialisten aus Machtstellungen entfernte und den politischen Prozeß demokratisch gestaltete, worunter vor allem die Abhaltung freier Wahlen verstanden werde. Die Deutschen in den westlichen Besatzungszonen genossen so bereits beträchtliche politische Freiheit: „all the paraphernalia of democracy exist and the practices of political democracy are widely resorted to“. Was die künftige Entwicklung betraf, blieb Neuman jedoch überaus pessimistisch, denn angesichts der Erfahrungen der Weimarer Republik wollte er nicht ausschließen, „that political democracy may again give birth to Nazism, perhaps not while the occupation lasts, but once the vigilance of the occupying powers has been relaxed“.

Dies zu verhindern, war nach Neumanns Darstellung das Anliegen der sowjetischen Besatzungspolitik. Entsprechend der sowjetischen Interpretation des Nationalsozialismus als politischen Ausdruck eines wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems – nämlich als „the ultimate form of monopoly capitalism“ – erfordere die Vernichtung des Nationalsozialismus nach sowjetischem Verständnis die Zerstörung dieses Systems, und der Aufbau einer demokratischen Ordnung könne sich nicht in der Einführung freier Wahlen erschöpfen, sondern erfordere „a society without exploitation, in which the equality of citizens is not confined to the legal and political spheres but is extended into the economic“. Daß sich die Sowjets einer Staatspartei bedienten, um diese Politik umzusetzen, beinhaltete nach Neumanns Ansicht jedoch wiederum die Gefahr, „that once that party achieves complete political control, freedom will not be established even when the socio-economic reforms are carried out“.

So war nach Neumanns Darstellung in Deutschland durch die unterschiedlichen politischen Konzeptionen und Praktiken der Besatzungsmächte ein Dilemma entstanden: „In the Western zones, there is the presence of freedom with the prospect of a rising neo-fascism; in the Soviet zone, there is the presence of repression with only a vague prospect of getting democracy. The choice between these alternatives is obviously no choice – there is neither a greater nor a lesser evil, there are two evils, and to be relieved of such a dilemma requires concrete action by the four powers.“

Die düsteren Zukunftsaussichten, die Neumann hier für die deutsche Demokratie – oder genauer: für die beiden „Experimente“ mit der Demokratie in Deutschland zeichnete, heben sich deutlich von den zwar auch nicht optimistischen, aber doch zurückhaltenderen Beurteilungen der ORI-Studien des Jahres 1946 ab. Dennoch dürften die meisten Mitarbeiter der Abteilung Neumanns Einschätzung geteilt haben, denn ähnlich pessimistische Beurteilungen der Entwicklungen in Deutschland finden sich zunehmend deutlicher formuliert in den Analysen der folgenden zwei Jahre. Angesichts der sich zuspitzenden Konfrontation zwischen den beiden Großmächten konnte man in der Abteilung freilich kaum eine andere Position einnehmen, da man mit Neumann der Auffassung war, daß das „Dilemma“ in Deutschland nur aufgelöst werden könnte, wenn die

Kriegsallianz zur praktischen Kooperation zurückfände⁴⁵. Vor dem Hintergrund der schon in R&A entwickelten Vorstellungen, die für die vom State Department übernommenen Mitarbeiter der Abteilung offensichtlich ihre Gültigkeit behielten, war die Teilung Deutschlands – ob sie in Realisierung alliierter Teilungspläne vollzogen wurde oder sich als Reflex des stufenweise manifest werdenden Systemgegensatzes zwischen demokratischem Kapitalismus und autoritärem Kommunismus ausbildete – unvereinbar mit dem Entstehen einer stabilen Demokratie in Deutschland. Das galt um so mehr, als man mit Neumann in beiden der in Deutschland durchgeführten Experimente mit der Demokratie wenig von dem verwirklicht sah, was man selbst als unverzichtbar für eine dauerhafte Demokratisierung Deutschlands erachtete. Auch in dieser Hinsicht bildeten die in R&A entwickelten Konzeptionen den Maßstab: Danach war in der sowjetischen Besatzungszone die Grundlage für eine gesellschaftliche Demokratisierung geschaffen worden, und in den Westzonen waren die traditionellen Verfahrensweisen und Institutionen liberaler Demokratie eingeführt worden, doch fehlte im Westen das Fundament und im Osten der „Überbau“. Angesichts des von ORI vermittelten Bildes vom politischen Verhalten der Deutschen in den ersten beiden Nachkriegsjahren konnte wenig Hoffnung bestehen, daß sie – wieder in die Selbständigkeit entlassen – diese „Fehlkonstruktionen“ letztlich doch noch zu einer stabilen Demokratie ausbauen würden.

Die „deutsche Frage“ im Kalten Krieg

Wenn die Leser des Commentary im Juni 1947 Franz Neumanns Artikel zur Umerzierung der Deutschen und dem „Dilemma of Reconstruction“ entnehmen konnten⁴⁶, daß die USA und die Sowjetunion für das „Dilemma“ in Deutschland – nämlich die Begründung zweier gegensätzlicher Systeme, aber keiner deutschen Demokratie – gleichermaßen Verantwortung trugen und es nur gemeinsam würden lösen können, so konnten die Leser der Juli-Ausgabe von Foreign Affairs dem Artikel eines mysteriösen Mr. X über die Sources of Soviet Conduct entnehmen⁴⁷, „that there can never be on Moscow's side any sincere assumption of a community of aims between the Soviet Union and powers which are regarded as capitalist“. Die USA müßten die Sowjetunion deshalb in der politischen Arena als Rivalen, nicht etwa als Partner betrachten und durch eine „policy of firm containment“ versuchen, „to confront the Russians with unalterable counterforce at every point where they show signs of encroaching upon the interests of a peaceful and stable world“. Welcher der beiden Artikel den Zeitgeist einfiel, war keine Frage: In den Ausführungen des Mr. X fand ein politisch interessiertes Publikum die Leitgedanken einer neuen, mit der im März verkündeten „Truman-Doktrin“ eingeleiteten amerikanischen Politik gegenüber der Sowjetunion formuliert⁴⁸.

⁴⁵ Ähnlich zur selben Zeit übrigens auch R&A-Mitarbeiter Carl E. Schorske in einer Veröffentlichung des Council on Foreign Relations: The Development of a Democratic Germany, in: Price/Schorske, The Problem of Germany, S. 138ff.

⁴⁶ Siehe oben VIII., 1. Teil.

⁴⁷ [George Kennan], The Sources of Soviet Conduct, in: Foreign Affairs 25 (1947), S. 567–582.

⁴⁸ Vgl. dazu Gaddis, Harry S. Truman and the Origins of Containment, in: Merli/Wilson (Hrsg.), Makers of American Diplomacy, S. 189–218; sowie Donovan, Conflict and Crisis, S. 279ff.; Yergin, Shattered Peace, S. 245ff.; Loth, Die Teilung der Welt, S. 120ff.

Daß sich Mr. X bald als der Leiter des im State Department neu eingerichteten Policy Planning Staff, George Kennan, entpuppte, mußte den Eindruck, daß seine Ausführungen offizielles Denken widerspiegelten, noch verstärken.

Freilich war mitnichten eindeutig, was Kennan unter dem Begriff „Containment“ genau verstanden wissen wollte und wie er sich eine amerikanische Eindämmungspolitik gegenüber der Sowjetunion vorstellte⁴⁹. Der angesehene Kolumnist Walter Lippmann interpretierte Kennans Ausführungen als Plädoyer für eine globale Konfrontationspolitik und kritisierte, daß Kennan unterstelle, daß die Sowjetunion grundsätzlich kompromißunfähig und kooperationsunwillig sei⁵⁰. Obwohl sich Kennan von Lippmann offenbar mißverstanden fühlte, unterließ er eine Richtigstellung⁵¹.

Ebensowenig eindeutig wie seine Ausführungen in Foreign Affairs war allerdings auch die „Urfassung“ dieses Artikels, Kennans als „langes Telegramm“ in die Geschichte eingegangene Analyse der sowjetischen Politik, die er im Februar 1946 noch als Mitarbeiter der amerikanischen Botschaft in Moskau nach Washington gekabelt hatte⁵². Ähnlich wie in Foreign Affairs hatte Kennan die sowjetische Weltsicht als neurotisch und irrational, die Politik als ideologiebestimmt und auf Expansion gerichtet beschrieben; er verneinte ein sowjetisches Interesse an einem Modus vivendi mit den USA und beschwor so insgesamt ein Menetekel, dem er schließlich selbst „einige ermutigendere Bemerkungen“ anfügen wollte⁵³. Diese liefen im wesentlichen darauf hinaus, daß kein Grund zu „antisowjetischer Hysterie“ bestehe, weil die Sowjetunion keine unmittelbare militärische Bedrohung darstelle und weil die westliche Welt, wenn sie nur genügend Zusammenhalt, Entschlossenheit und Kraft aufbrächte, eine Expansion der sowjetischen Macht verhindern könnte, um dann abzuwarten, bis das Sowjetsystem sozusagen an seinen inneren Konflikten zugrunde gehen würde – womit Kennan der von ihm beschriebenen marxistischen Erwartung eine vergleichbare kapitalistische entgegensetzte.

Kennans Zweideutigkeit – die Beschwörung eines Menetekels, gefolgt von „einigen ermunternden Bemerkungen“ – schien freilich Methode zu haben. Ähnlich wie dieses Telegramm baute Kennan nämlich offenbar auch einen Vortrag zum Soviet Way of Thought and Its Effect on Foreign Policy auf, den er Anfang Januar 1947 vor Mitgliedern des Council on Foreign Relations hielt⁵⁴: Nachdem er die sowjetische Weltsicht wiederum als irrational und ideologiebestimmt charakterisiert hatte, versicherte er seinen alarmierten Zuhörern, daß kein Grund zur Verzweiflung bestehe, da es für die USA und den Westen möglich sei, „to contain Russian power, if it [. . .] is done courteously and in a non-provocative way, long enough so that there might come about in-

⁴⁹ Dies konzidiert Kennan selbst in seinen Memoiren: ders., *Memoiren eines Diplomaten*, S. 357 ff. Vgl. außerdem Paterson, *The Search for Meaning*, in: Merli/Wilson (Hrsg.), *Makers of American Diplomacy*, S. 249–284; Gaddis, *Containment: A Reassessment*, in: *Foreign Affairs* 55 (July 1977), S. 873–887; und ders., *Strategies of Containment*.

⁵⁰ Die zwölf Kolumnen, in denen sich Lippmann im September und Oktober 1947 mit Kennans Artikel auseinandersetzte, erschienen noch im selben Jahr als Broschüre: Lippmann, *The Cold War*; neu aufgelegt 1972 (unter Einschluß von Kennans Artikel).

⁵¹ Kennan, *Memoiren eines Diplomaten*, S. 357 ff.

⁵² Abgedruckt in FRUS, 1946, VI, S. 696–709, sowie im Anhang zu Kennans Memoiren.

⁵³ In seinen Memoiren deutet Kennan an, daß er selbst manche seiner Warnungen im Rückblick für reichlich übertrieben hielt, siehe z. B. S. 297, 304.

⁵⁴ Vgl. dazu und zum Folgenden Wala, *Winning the Peace*, S. 107 f.

ternal changes in Russia“. Kennan soll in diesem Zusammenhang eine „get-tough-policy“ abgelehnt haben und statt dessen für eine „würdevolle und selbstsichere Haltung“ der USA in der Weltpolitik eingetreten sein.

Daß Kennans Fähigkeiten im State Department geschätzt wurden, ist angesichts dessen, daß er mit der Leitung des im Frühjahr 1947 eingerichteten Policy Planning Staff betraut wurde, kaum zu bezweifeln. Fraglich erscheint jedoch, ob daraus ohne weiteres auf den „Einzug des antikommunistischen Kampfgeistes ins State Department“ geschlossen werden kann⁵⁵. Abgesehen davon, daß Kennan selbst in seinem „Antikommunismus“ zweideutig blieb, belegt auch so manches Dokument, auf das sich diese und ähnliche Einschätzungen stützen dürften, vielleicht nur scheinbar eindeutig einen „antikommunistischen Kampfgeist“. Interessant und aufschlußreich erscheint in diesem Zusammenhang, wie OIR die Entwicklungen auf dem „Kalten-Kriegsschauplatz“ Deutschland analysierte und interpretierte.

Anfang März 1947, einen Tag bevor die im State Department verbliebenen, inzwischen als Office of Intelligence Research (OIR) firmierenden R&A-Mitarbeiter mit ihrer Studie zur „Implementation of the Potsdam Declaration“ eine Analyse der alliierten Besatzungspolitik vorgelegt hatten, die ähnlich wie Neumanns Artikel im Commentary kaum Argumente für eine – wie auch immer verstandene – „Containment“-Politik hergab, erschien ein ebenfalls in OIR ausgearbeiteter Bericht über „Reparations Removals from the Soviet Zone of Germany“⁵⁶, in dem einleitend die Rolle der Reparationen in der sowjetischen Politik in einer Weise dargestellt wurde, die einer „Kalten-Kriegserklärung“ gleichzukommen schien. Ausgehend von der Behauptung, daß zahlreiche Beobachter festgestellt hätten, daß ein grundsätzlicher Unterschied zwischen der anglo-amerikanischen und der sowjetischen Sicht und Behandlung der Nachkriegsprobleme in Deutschland bestehe, wurde ausgeführt, daß die Politik der Westmächte durch ihre „continuing and almost exclusive preoccupation with the German problem itself“ charakterisiert sei. Wie erklärt wurde, sei der ausschließliche Zweck der Besetzung ursprünglich „as one of political neutralization and military, industrial, and ideological disarmament of Germany“ definiert worden. Vorrangig unter diesem Gesichtspunkt hätten die Westmächte zunächst auch den Abbau von Produktionsanlagen gesehen, doch gerade wegen ihres starken Interesses an den deutschen Problemen selbst erkannten sie „increasingly and acutely [. . .] the double-edged character of a program which, while temporarily depriving Germany of the means with which to wage war, risks jeopardizing the objective of neutralizing Germany by impoverishing the German people to a point where participation, as a pawn or partner‘, in another war may appear to them as the only salvation“⁵⁷.

⁵⁵ Söllner (Hrsg.), *Archäologie der Demokratie*, Bd.2, S.61, unter Verweis auf Steininger, *Deutsche Geschichte*, Bd. I, S.221, wo behauptet wird, daß Kennans Analyse vor allem „im State Department auf größtes Interesse stieß, denn dort gab es genügend Beamte, die – genau wie Kennan – die sowjetische Außenpolitik als militant, aggressiv und expansionistisch ansahen“.

⁵⁶ NA, RG 59, OIR/(R&A) 3525.16, 4.3. 1947, sowie NA, RG 59, OIR/(R&A) 3525.16, Appendix A: „List of Plants Reported Partially or Totally Dismantled“, 4.3. 1947; im Tenor ähnlich die entsprechenden Abschnitte in NA, RG 59, OIR/(R&A) 4776, „The Effects of the Soviet Occupation on German Unity“, 2.11. 1948; siehe außerdem NA, RG 59, OIR/(R&A) 4792, „Soviet Takings From Germany, 1945–48“, 15.11. 1948.

⁵⁷ Die Formulierung „pawn or partner“ ist der Byrnes-Rede in Stuttgart entnommen, vgl. Department of State, *Germany 1947–1949*, S.3.

Die sowjetische Politik schiene vor allem durch zwei Gesichtspunkte bestimmt⁵⁸. Wie den Westmächten sei auch der Sowjetunion das künftige Verhältnis zwischen Deutschland und den Großmächten wichtig; dementsprechend sei die Sowjetunion gegen eine ausschließliche Kontrolle Deutschlands durch die Westmächte und versuche, ihren eigenen Einfluß und ihre Kontrolle über Deutschland zu erhalten bzw. zu erweitern. Anders als die Westmächte betrachteten die Sowjets die Besatzung aber auch unter dem Gesichtspunkt ihres Beitrages zur industriellen Kapazität und zum Lebensstandard der Sowjetunion. Wie OIR erklärte: „This policy serves their short-run interest in repairing the destruction caused by the war, which exceeds that suffered by any other Allied nation. It also serves their long-run objective: to develop the Soviet Union's industrial potential – and thereby its military potential – until it ‚equals and surpasses‘ the economic and military potential of any other great power.“

Diese beiden Ziele sowjetischer Politik – nämlich die Sicherung sowjetischen Einflusses in Deutschland und die Erlangung eines Maximums an Reparationen – ließen sich bis zu einem gewissen Grade miteinander vereinbaren; als Beispiel führte OIR an, daß es den Russen gelungen sei, „to effect drastic political, economic, and social changes in their zone while at the same time bleeding the zone economically“. Häufiger seien diese beiden Ziele jedoch nicht miteinander vereinbar, und in diesen Fällen hätten die Russen bislang meist ihre langfristigen politischen Ziele kurzfristigen wirtschaftlichen Vorteilen untergeordnet. Solange etwa die Demontage von Industrieanlagen ihren unmittelbaren Interessen dienlich schien, sei diese ohne Rücksicht auf andere Ziele – wie etwa Vollbeschäftigung oder Verstaatlichung – durchgeführt worden. Sobald Reparationen aus laufender Produktion vorteilhafter erschienen, hätten die Sowjets diesen Kurs eingeschlagen, obwohl damit eine Anhebung industrieller Produktion auch in jenen Gebieten Deutschlands verbunden sei, „which the Russians probably consider definitely as outside the Soviet sphere of influence in Europe“. Daraus glaubte OIR entnehmen zu können, „[that the] effect of the reparations program on Germany – on its ability and desire to wage war – [. . .] seems to have taken second place. [. . .] in most instances so far, the immediate needs of the Soviet Union have seemed the major concern of Soviet policy in Germany; the effects of Soviet policy on the political and economic complexion of Germany itself have appeared to be of lesser importance“.

Insgesamt schien es von dieser Darstellung der sowjetischen Deutschlandpolitik nicht weit zu der Feststellung, „[that the] ultimate, over-all objective of the USSR [. . .] the extension of Soviet hegemony over the whole of Germany“ sei – doch war das mitnichten die Schlußfolgerung von OIR. Mit diesem Satz charakterisierte vielmehr die „Konkurrenz“ von der Central Intelligence Group in einem vier Wochen nach der OIR-Studie vorgelegten Papier⁵⁹ die sowjetische Politik, was ihr, wie aus der beigehefteten Kritik hervorgeht, von OIR den Vorwurf einbrachte, unzulässig zu vereinfachen: „It minimizes or neglects the alternative policies which the USSR may pur-

⁵⁸ Vgl. dazu und zum Folgenden auch Geyer, Von der Kriegscoalition zum Kalten Krieg, in: ders. (Hrsg.), Osteuropa-Handbuch. Sowjetunion. Außenpolitik, S. 343–381.

⁵⁹ ORE 11/1, Central Intelligence Group, „Review of the Soviet, British, and French Programs with Respect to Germany“, 8.4. 1947, aus den Beständen der Truman Library, Papers of Harry S. Truman, President's Secretary File, in: CIA Research Reports, Europe 1946–1970, [Microfilm Publication], II, 0226 (künftig zitiert als: Truman/PSF – CIA/MF).

sue in Germany.“ Nach Meinung von OIR war für eine Beurteilung der sowjetischen Politik zu berücksichtigen, daß die Sowjetunion eventuell eine Teilung und dauerhafte Schwächung Deutschlands bevorzugen oder politische Interessen zugunsten konkreter wirtschaftlicher Vorteile zurückstellen könnte.

Diese Kritik der Abteilung an einer Charakterisierung der sowjetischen Politik, die auf den ersten Blick auch als Fazit der OIR-Studie hätte durchgehen können, verweist auf den Unterschied der von OIR vertretenen Interpretation der „sources of Soviet conduct“ und der von Kennan vertretenen. Kennans Thesen von der Irrationalität und der Ideologiegebundenheit der sowjetischen Politik ließen die Sowjetunion als unberechenbare und übelwollende Macht erscheinen, deren Expansionsgelüste die Welt in einen Kampf zwischen Gut und Böse stürzten. In der Darstellung von OIR erschien die Sowjetunion dagegen als eine Großmacht, die – wie es Großmächte seit eh und je getan hatten – ihre Interessen durchzusetzen suchte und dabei in der Wahl ihrer Mittel nicht zimperlich war. Sobald sie dabei die Interessen der USA gefährdete, mußten die USA – wie es Großmächte seit eh und je getan hatten – dies zu verhindern suchen. Die Konflikte zwischen beiden Großmächten waren in dieser Sichtweise traditionelle Interessenkonflikte, die mit traditionellen Mitteln gelöst werden konnten⁶⁰ und insofern auch die Möglichkeit eines Interessenausgleichs nicht grundsätzlich ausschlossen.

Während OIR damit die Teilnahme am Kalten Krieg zu verweigern schien, war es nach Darstellung der Abteilung doch eindeutig die Sowjetunion, die mit ihrer Reparationspraxis einer gemeinsamen, an den in Potsdam formulierten Zielvorstellungen orientierten alliierten Deutschlandpolitik Hindernisse in den Weg stellte. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß OIR behauptete, die Westmächte hätten stets eine Neutralisierung Deutschlands angestrebt. Während sich argumentieren ließe, daß die Vorstellung eines neutralen Deutschlands letztlich allen Überlegungen zugrunde lag, die die „deutsche Frage“ nicht durch die Abgrenzung von Einflußsphären lösen wollten, sondern dezidiert auf die weitere Kooperation der Siegermächte setzten⁶¹, war die Neutralisierung Deutschlands nie offiziell als Ziel amerikanischer Politik definiert worden – nicht zuletzt die „policy of postponement“ hatte der Formulierung umfassender Konzeptionen, wie sie dafür notwendig gewesen wären, entgegengestanden. Entsprechende Überlegungen waren allerdings möglicherweise in manchen der Planungsstäbe angestellt worden; so waren ja auch in R&A im ersten Halbjahr 1944 eine ganze Reihe von Denkschriften entstanden, die eine „Neutralisierung“ Deutschlands insofern vorsahen, als sie ein demilitarisiertes und demokratisches Deutschland, das weder einer britischen noch sowjetischen Einflußsphäre angehören sollte, in „some

⁶⁰ Freilich deuten auch viele Äußerungen Kennans darauf hin, daß er mit „Containment“ letztlich nichts anderes als eine globale, bipolare Version der klassischen „balance of power“-Politik verband, vgl. dazu z. B. den bei Frohn, Neutralisierung, S. 127 zitierten Auszug eines Briefes von Kennan an Bohlen vom 26. 1. 1945.

⁶¹ Vgl. dazu die Interpretation der „Original Premises of United States Policy in Germany“ in einer Denkschrift Kindlebergers: „Underlying all this policy [. . .] was the view that Germany's most appropriate penance for her sins of aggression would be to serve as neutral ground between East and West where negotiation and compromise would provide a basis for adjustment“, in: Kindleberger, Marshall Plan Days, S. 13. Siehe außerdem die Ausführungen zum Stellenwert von Neutralisierungsvorstellungen in der amerikanischen Deutschlandpolitik 1945/46 in Frohn, Neutralisierung, S. 39 ff.

form of European union not directed against either Britain or Russia, but integrated with both“ eingebunden sehen wollten⁶². Die in diesem Zusammenhang formulierten Vorstellungen waren in dem von leitenden Mitarbeitern der R&A-Branch verfaßten Memorandum über die „American Security Interests in the European Settlement“ zusammengefaßt, das tatsächlich als eine Art Grundsatzpapier für die von der Abteilung entwickelten Positionen gelten kann.

Der Umstand, daß mit Edward Mason einer der Autoren dieser R&A-Denkschriften Mitglied des Ende Juli 1946 im State Department eingesetzten Policy Committee on Germany war und daß der Leiter dieser Gruppe, James Riddleberger, die Arbeit von R&A offenbar stets geschätzt hatte⁶³, könnte möglicherweise ein Grund dafür sein, daß auch dieses Gremium in seiner Mitte September 1946 vorgelegten Denkschrift zur langfristigen amerikanischen Deutschlandpolitik feststellte: „It is still true, as it was a year ago, that the United States hopes eventually to see established a Germany that is neutral toward surrounding powers.“⁶⁴ Auch die weitere Zusammenfassung der bisherigen Leitgedanken der amerikanischen Deutschlandpolitik deckte sich mit den von R&A vertretenen Positionen: Den Ausführungen des Komitees zufolge war mit der von den USA angestrebten Neutralität Deutschlands die Vorstellung eines Deutschlands verbunden „incapable of making war, economically recovered and capable of contributing to the recovery of Europe, and finally a Germany that enjoys the substance as well as the forms of democratic government“⁶⁵. Wenn an anderer Stelle nochmals betont wurde, daß es stets die grundlegende Zielvorstellung der amerikanischen Politik gewesen sei, „that Germany shall be politically independent of other powers and militarily available to none“, und daß auch die deutschen Wirtschaftsbeziehungen mit anderen Ländern „without discrimination or favor“ gestaltet werden müßten, war damit wohl mehr als eine fast schon tautologische Definition der amerikanischen Neutralisierungskonzeption verbunden.

Daß es gerade diese unverzichtbaren Elemente einer Neutralisierung Deutschlands waren, die im Frühjahr 1947 – auch nach Darstellung von OIR – durch die sowjetische Politik ernstlich gefährdet schienen, mußte Konsequenzen für die amerikanische Politik haben. Man konnte dabei entweder im Sinne der von der CIG vertretenen Posi-

⁶² Vgl. dazu und zum Folgenden V., 2. Teil.

⁶³ Zum Komitee oben VIII., 1. Teil; zu Riddlebergers Wertschätzung für die Arbeit von R&A: NA, RG 226, E 1, b 3, f: Europe-Africa Division 1945: Neumann an Langer u. a., 22.5. 1945.

⁶⁴ Zit. nach Frohn, Neutralisierung, S. 38 [ohne die Hervorhebungen vom Verfasser].

⁶⁵ Frohn, in dessen Argumentation die im State Department ausgearbeiteten Neutralisierungskonzeptionen eine zentrale Rolle spielen, geht auf eventuell relevante, während der letzten beiden Kriegsjahre entwickelte Vorstellungen nicht ein; seiner Darstellung zufolge war es erst die intensive Diskussion im Frühsommer 1946, die im State Department „bis Ende Juni 1946 zu einem weitgehenden deutschlandpolitischen Konsens“ zugunsten eines neutralen, in eine europäische Ordnung eingebundenen Deutschlands führte, worauf im September 1946 „die einzelnen schrittweise entwickelten Elemente der amerikanischen Deutschlandpolitik erstmals als Neutralisierungskonzept formuliert und zugleich als Alternative zur drohenden Teilung Deutschlands neu akzentuiert“ wurden; Frohn, Neutralisierung, S. 72 und 138. Nicht gestellt wird dabei die Frage, wie es zu erklären ist, daß sich trotz der zuvor (S. 17 ff.) beschriebenen Unklarheit über die langfristigen Ziele der amerikanischen Deutschlandpolitik „die einzelnen schrittweise entwickelten Elemente der amerikanischen Deutschlandpolitik“ problemlos als „Neutralisierungskonzept“ formulieren ließen.

tion davon ausgehen, daß die UdSSR als „ultimate, over-all objective [...] the extension of Soviet hegemony over the whole of Germany“ anstrebe, oder man konnte mit OIR annehmen, daß die Sowjetunion auch „alternative policies“ mit dem Ziel einer Teilung und dauerhaften Schwächung Deutschlands verfolgen oder unter Umständen politische Interessen zugunsten konkreter wirtschaftlicher Vorteile zurückstellen könnte. Der wesentliche Unterschied bestand darin, daß das amerikanische Interesse an einem neutralen Deutschland im ersten Fall obsolet erscheinen mußte, während seine Verwirklichung im zweiten Fall zwar prekär, aber noch nicht ausgeschlossen schien. Da beide Positionen letztlich spekulativ waren, konnte dieser Unterschied für die Formulierung einer realistischen und verantwortungsvollen Politik in der Praxis allerdings nur geringfügige Bedeutung haben – sie mochte zwar auf das Beste hoffen, mußte aber versuchen, das Schlimmste zu verhindern⁶⁶.

Eine solche Haltung schien dann tatsächlich aus der Anregung zur Entwicklung eines europäischen Wiederaufbauprogramms zu sprechen, die Außenminister Marshall Anfang Juni 1947 während einer Rede in Harvard vortrug⁶⁷. Wenn Marshall die Unterstützung der USA bei der Ausarbeitung und Umsetzung dieses Programms zusagte, mochte dies vor dem Hintergrund der Truman-Doktrin als ein auf Westeuropa beschränktes Angebot interpretiert werden, durch das die USA ein Gegengewicht zum Ausbau der sowjetischen Einflußsphäre in Osteuropa schaffen wollten. Doch Marshall schloß in seinen Ausführungen bekanntlich weder die osteuropäischen Staaten noch die Sowjetunion aus; dementsprechend wurde der sowjetische Außenminister auch von Großbritannien und Frankreich, die die Initiative bei den Vorbereitungen für die Ausarbeitung des von Marshall angeregten Programms übernahmen, zu Beratungen eingeladen. Andererseits war kaum anzunehmen, daß die amerikanische Prämisse einer Einbeziehung der deutschen Wirtschaft in dieses Wiederaufbauprogramm – mit allen ihren Konsequenzen, vor allem dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft selbst, deren gesteigerte Produktion nicht etwa für Reparationen verwendet werden sollte – für die Sowjetunion akzeptabel war. Dennoch konnte das amerikanische Angebot von Wirtschaftshilfe zumindest als Test dafür angesehen werden, ob die Sowjetunion, wie OIR gemeint hatte, tatsächlich bereit war, politische Interessen zugunsten konkreter wirtschaftlicher Vorteile zurückzustellen. Dieser Test fiel bekanntlich negativ aus – oder, wenn man unterstellt, daß eine sowjetische Beteiligung nicht wirklich erwünscht war, positiv⁶⁸. Mit der sowjetischen Ablehnung des Marshall-Plans war freilich auch eine entscheidende Weichenstellung für die Spaltung Europas vollzogen.

⁶⁶ In diesem Zusammenhang sind allerdings auch innenpolitische Faktoren wie die seit November 1946 zuungunsten der Demokraten veränderten Mehrheitsverhältnisse in Senat und Repräsentantenhaus zu berücksichtigen, vgl. z. B. die Hinweise bei Frohn, Neutralisierung, S. 86, sowie Krieger, General Lucius D. Clay, S. 203 f. zum Wechsel von Byrnes zu Marshall.

⁶⁷ Zu Vorgeschichte und Entstehung des sog. Marshall-Plans Gimbel, *The Origins of the Marshall Plan*; Frohn, Neutralisierung, S. 86 ff., sowie die entsprechenden Beiträge in Kindleberger, *Marshall Plan Days*. Marshalls Rede ist z. B. abgedruckt in Schlesinger (Hrsg.), *The Dynamics of World Power*, I, S. 52–54.

⁶⁸ Die Bewertung der Intentionen und Auswirkungen des Marshall-Plans ist strittig, vgl. dazu z. B. Daniel, *Dollardiplomatie in Europa*; Mee, *The Marshall Plan*; Milward, *The Reconstruction of Western Europe*; Abelshausen, *Hilfe zur Selbsthilfe*, in: VfZ 37 (1989), S. 85–113.

Ausgerechnet vor diesem Hintergrund, der keiner der Hoffnungen, aber allen Kassandrarufern der R&A-Branch entsprach, wuchs dem von R&A so oft vertretenen Argument, daß ein wirtschaftlich drastisch geschwächtes Deutschland den nach dem Krieg notwendigen europäischen Wiederaufbau beeinträchtigen würde⁶⁹, bald der Rang einer Binsenwahrheit zu. Auch die Zusammenhänge zwischen wirtschaftlicher und politischer Stabilität in Deutschland und Europa, auf die in R&A-Studien so oft verwiesen worden war, wurden nun – freilich für ein geteiltes Deutschland und ein geteiltes Europa – allgemein anerkannt⁷⁰.

Für die Deutschlandpolitik der Westmächte hatte die Einbeziehung der westlichen Besatzungszonen in die amerikanische Wirtschaftshilfe weitreichende Folgen, da sie den Ausbau der Bizone zur Vorform eines westdeutschen Staates mit sich brachte⁷¹. Daß sich die Westdeutschen der Risiken und Kosten der damit verbundenen Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation und ihres politischen Status bewußt waren, zeichnete OIR in einem Bericht über die „Reaction to the E.R.P. [European Recovery Program] in Western Germany“ auf⁷². In OIR selbst hatte man allerdings offenbar trotz der Weichenstellung, die mit Einrichtung und Ausbau der Bizone, der Vorbereitung der Währungsreform und der Einbeziehung der westlichen Zonen in den Marshall-Plan für die Gründung eines westdeutschen Staates vollzogen schien, die Hoffnung auf eine Vermeidung einer endgültigen Spaltung Deutschlands noch nicht aufgegeben. Im Herbst 1947 entstand – möglicherweise in Vorbereitung der auf Ende

⁶⁹ Vgl. dazu oben V., 2. Teil; siehe auch das bei Kindleberger, *Marshall Plan Days*, S.3 ff. abgedruckte Memorandum.

⁷⁰ Peterson, *American Occupation*, S. 37, hat im Zusammenhang mit seiner Darstellung der Intervention Morgenthau festgestellt: „The policy of 1947 was [. . .] ready by August 1944, but folly intervened“; andererseits verweist er aber selbst auf das grundsätzlich veränderte politische Klima, in dem die „Politik von 1944“ 1947 umgesetzt wurde: „The Cold War meant that the conservative fear of Communism gradually replaced the liberal fear of fascism [. . .] the intent until 1947 was largely liberal, that is, to change things, but the intent thereafter largely conservative.“ (S.351)

⁷¹ Die wichtigsten Stationen dieser Entwicklung beschreibt Benz, *Die Gründung der Bundesrepublik*. Außer den im folgenden noch genannten bzw. in VIII., 3. Teil, ausführlicher erörterten OIR-Studien begleitete die Abteilung diese Entwicklung – meist ohne die Dimension der Westintegration zu problematisieren – vor allem mit Arbeiten zu wirtschaftlichen Fragen: NA, RG 59, OIR/(R&A) 4427, „Economic Situation and Prospects in the American and British Zones of Germany“, 3. 6. 1947; NA, RG 59, OIR/(R&A) 4390, „The Effects of a Financial Reform on German Production and Domestic and Foreign Trade“, 11. 7. 1947; sowie NA, RG 59, OIR/(R&A) 4392, „Currency Reform and Grain Collections in Germany“, 2. 6. 1947. Trokken referierende Berichte, in denen eine politische Analyse weitgehend fehlt und auf die nicht näher eingegangen wird, sind außerdem: NA, RG 59, OIR/(R&A) 4437, „German Proposals for the Organization of Nationalized Enterprises“, 6. 8. 1947; NA, RG 59, OIR/(R&A) 4724, „German Proposals for a Federal Constitution“, 6. 8. 1948; NA, RG 59, OIR/(R&A) 4724.1, „New Soviet Zone Directive for a National Constitution for Germany“, 15. 9. 1948. Außerdem stellte OIR biographische Informationen bereit: NA, RG 59, OIR/(R&A) 3197.6, „Principal German Officials (Bi-Zonal Economic Council)“, 18. 7. 1947; NA, RG 59, OIR/(R&A) 3197.7, „Principal German Officials“, 16. 4. 1948.

⁷² NA, RG 59, OIR/(R&A) 4677, 15. 5. 1948. Insgesamt glaubte OIR jedoch feststellen zu können: „Although still hesitant about the consequences of ERP for German unity and economic reform and sceptical of the worth of its promises, the Western Germans, being confronted by great want, are turning toward support of the aid program and are anxious for its success.“

November angesetzten fünften Außenministerkonferenz in London – eine Serie von Studien⁷³, die als Aktualisierung der Arbeiten vom August 1946 gelesen werden können⁷⁴. Wie schon im Jahr zuvor versuchte die Abteilung, die amerikanischen Interessen im Hinblick auf die wichtigsten Aspekte der „deutschen Frage“ in einer Weise zu bestimmen, die Raum für Kompromisse mit der Sowjetunion ließ. So versicherte OIR beispielsweise, daß die SED bei einer Zulassung auf gesamtdeutscher Ebene keine nennenswerten Stimmengewinne erzielen würde, während andererseits zu erwarten stünde, daß die SPD, auch wenn sie, wie anzunehmen sei, nur unter bestimmten Einschränkungen in der sowjetischen Besatzungszone kandidieren könnte, immer noch Wähler anziehen würde. Auch in der Kontroverse um einen zentralistischen oder föderalistischen Aufbau des deutschen Staates versuchte OIR wieder zu vermitteln und führte aus, daß ein gewisses Maß an Zentralisierung auf Zonenebene – einerseits in der anglo-amerikanischen Bizone, andererseits in der sowjetischen Zone – schließlich bereits erfolgt sei. In diesem Zusammenhang wiederholte OIR das Argument, daß die Tendenz zur Zentralisierung in einem modernen Staat letztlich unvermeidlich sei, und erneut wurde versichert, daß in einer weitgehend zentralistischen Struktur nicht unbedingt ein Hindernis für die Demokratisierung Deutschlands gesehen werden müsse.

Insgesamt werfen die in diesen Studien vorgetragenen Positionen ein bezeichnendes Licht auf die Haltung der Abteilung im Kalten Krieg: Während in der Frage der Parteienzulassung die Sowjetunion als inflexibel und nicht kompromißbereit erschien, waren es in der Zentralismus-Föderalismus-Kontroverse die USA, die zu wenig flexibel auf einem Standpunkt beharrten, der, zumindest nach Ansicht von OIR, nicht einmal ihren politischen Interessen entsprach⁷⁵. Bei aller Intransigenz, die auch OIR-Studien der Sowjetunion immer wieder bescheinigten, bestand man in der Abteilung darauf, den sich zunehmend ausprägenden Antagonismus zwischen Ost und West als „Gemeinschaftsproduktion“ der beiden Großmächte zu interpretieren. Besonders illustrativ ist in diesem Zusammenhang eine OIR-Studie, deren irreführender Titel – „The Effects of the Soviet Occupation on German Unity“⁷⁶ – „kalten Kriegern“ in Washington Argumentationshilfen versprach, die ihnen freilich nicht geboten wurden. Statt dessen bemühte sich OIR um ihre „Umerziehung“: Fast schon schematisch wurde die Entwicklung des Ost-West-Antagonismus als gewissermaßen negativ komplementärer Prozeß dargestellt, in dem sich die einzelnen, auseinanderstrebenden Schritte ergänzten und zu einer Auseinanderentwicklung führten, an der keine Seite die „Schuld“ trug. Denn wie schon in der Studie zur „Implementation of the Potsdam Declaration“⁷⁷ erschien die in Pots-

⁷³ NA, RG 59, OIR/(R&A) 4514, „Territorial Questions in Germany: Background and Documentation“, 17. 10. 1947; NA, RG 59, OIR/(R&A) 4515, „Transfers of Population in Germany: Background and Documentation“, 28. 10. 1947; NA, RG 59, OIR/(R&A) 4523, „Political Parties in Germany: Background and Documentation“, 17. 10. 1947; NA, RG 59, OIR/(R&A) 4525, „German Central Government: Background and Documentation“, 17. 10. 1947; alle Studien sind als „Preliminary Version“ gekennzeichnet.

⁷⁴ Dazu oben VIII., 1. Teil.

⁷⁵ Vgl. oben VIII., 1. Teil, NA, RG 59, OCL/(R&A) 3782, „Centralism and Federalism in Germany“, 1. 11. 1946.

⁷⁶ NA, RG 59, OIR/(R&A) 4776, 2. 11. 1948.

⁷⁷ Dazu oben VIII., 1. Teil.

dam vereinbarte Demokratisierung Deutschlands nur „as a common Allied objective“ – als ein Ziel, das man an diesem gemeinsamen Ausgangspunkt nicht genauer lokalisiert hatte, ganz zu schweigen von einer Verständigung darüber, wie es am besten zu erreichen wäre. Wieder führte OIR aus, daß die USA und die Sowjetunion aufgrund ihres unterschiedlichen, aus ihren jeweiligen Traditionen und „Weltanschauungen“ erwachsenden Demokratieverständnisses ganz unterschiedliche – im buchstäblichen Sinne divergierende – Vorstellungen darüber entwickelten, wie dieses „common Allied objective“ am besten zu erreichen sei, so daß sie fast unvermeidlich auch ganz verschiedene „Ziele“ erreichten:

„To the Soviet authorities, democratization meant destruction of the basis of the traditional ‚imperialist‘ groups by the introduction of fundamental changes in the social and economic structure [. . .] In the Western view, democratization meant replacement of the Nazi structure of government and political life by liberal democratic procedures and institutions, after which the German people would be permitted to decide on any specific social or economic change. The result of the introduction of the liberal democratic procedures in the West was the re-establishment of the traditional pattern of German society, whereas in the East a new social pattern was built up with little regard for democratic forms and procedures.“ Vor diesem Hintergrund war die Spaltung Deutschlands für OIR „the result of the Soviet policy of establishing a semi-socialist, authoritarian system in the Soviet Zone and the divergent Western Allied policy of reconstructing Germany according to the traditional pattern of Western democracy“.

In ähnlicher Weise, aber doch mit einer deutlichen Akzentverschiebung zu Lasten der Sowjetunion, in der die kritische Beurteilung der sowjetischen Reparationspolitik anklang⁷⁸, wurde auch die nicht verwirklichte Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit als Konsequenz der negativ komplementären Politik beider Seiten dargestellt: „Economic unification of Germany was made impossible by the Soviet authorities when they insisted on retaining trade controls and taking reparations from current production in their zone. The economic merger of the Western zones and the separate currency reforms in the East and West completed the split.“

Daß man in OIR trotz dieser weitgehend „neutralen“ Darstellung der Entwicklung des Ost-West-Gegensatzes immer weniger Sympathien für die sowjetische Politik hegte, wird gleichwohl eindeutig: Dem Verständnis für die sowjetischen Positionen als durch ein historisch gerechtfertigtes Sicherheitsbedürfnis und prinzipiell, wenn auch nicht notwendigerweise im einzelnen, legitime nationale Interessen motiviert, steht eine Darstellung der sowjetischen Besatzungspolitik gegenüber, die so negativ ist, daß die von OIR postulierte „Gleichberechtigung“ bzw. die implizierte Überlegenheit der sowjetischen Demokratisierungskonzeption in Frage gestellt wird. So entsprach zumindest die Beschreibung der Situation in der „Ostzone“ dem, was man von einem Bericht einer US-Behörde über die Auswirkungen der sowjetischen Besatzung Ende 1948 erwarten mochte: Der Aufbau neuer gesellschaftlicher Strukturen sei unter weitgehender Mißachtung demokratischer Prozesse erfolgt; die sowjetische Militäradministration mische sich ständig in die Angelegenheiten der Parteien ein; das Parteiensystem sei durch die uneingeschränkte Vormachtstellung der SED charakterisiert, deren Hand-

⁷⁸ Siehe oben S. 244 f.

lungsspielraum freilich auch eng begrenzt sei, da sie als „chief instrument for carrying out Soviet occupation objectives“ diene⁷⁹. Gewerkschaften und Bauernverbände seien ebenfalls vollständig instrumentalisiert worden; Regierung und Verwaltung seien zentralisiert und lägen zwar in deutscher Hand, doch hätten gewählte Körperschaften keinerlei Kontrolle über die zentralen Behörden, die Marionetten der sowjetischen Militäradministration und der SED seien. Die Verfassungen garantierten zwar Grundrechte, doch gebe es keine Rechtssicherheit, und die Polizei übe zahlreiche Funktionen aus, „which are not consistent with democratic government“. Bildungswesen und Medien seien ebenfalls in den Dienst des Systems gestellt worden, um die Bevölkerung politisch zu indoktrinieren.

Diese überaus negative Darstellung der sowjetischen Besatzungspolitik dürfte als Hinweis darauf anzusehen sein, daß man sich in OIR inzwischen in dem Verdacht, der in der Studie zur Reparationspolitik der Sowjetunion angeklungen war, bestätigt fühlte: Der Sowjetunion schien es nicht so sehr um den Aufbau einer deutschen Demokratie als vielmehr um die Sicherung ihres Einflusses und ihrer wirtschaftlichen Interessen zu gehen. Darin mochte sich freilich nur ein ähnlicher Wandel der sowjetischen Deutschlandpolitik zugrundeliegenden politischen Voraussetzungen ausdrücken, wie ihn Kindleberger für die amerikanische Politik beschrieb: „The German policy of the United States immediately after unconditional surrender was in large measure based on [...] the attempt to find a basis of accommodation with the Soviet Union. [...] Two years of frustration in attempting negotiation with the Soviet Union have produced in many quarters an attitude of mind based almost solely on [...] the attempt to secure strategic advantages to improve our chances of winning a possible war with the USSR.“⁸⁰

Die Vorstellung, daß dies auch umgekehrt für die Sowjetunion gelten könnte, mag hinter der konsequent durchgehaltenen Gegenüberstellung der in einer Vertiefung der Spaltung Deutschlands resultierenden sowjetischen und amerikanischen Schritte stehen. Der Beantwortung der Frage nach der „Schuld“ am Kalten Krieg schien sich OIR mithin hartnäckig zu verweigern – Partei ergriff die Abteilung dennoch: Bei aller Kritik an den Konzeptionen und der Durchführung der US-Politik in einzelnen Bereichen und bei aller Kritik an ihren Ergebnissen ließ OIR keinen Zweifel daran, daß man in der Abteilung die Instrumente der amerikanischen Besatzungspolitik – demokratische Institutionen und Strukturen – im Prinzip für die richtigen hielt. Das änderte nichts daran, daß man mit Franz Neumann der Meinung war, daß auch die amerikanische Politik keine Demokratie in Deutschland begründet hatte – freilich sah man in OIR die Verantwortung dafür nicht nur bei der Militärregierung.

⁷⁹ NA, RG 59, OIR/(R&A) 4676, „Recent Changes in the German Party System“, 16. 8. 1948.

⁸⁰ „Excerpts from the Cleveland–Moore–Kindleberger Memorandum“, in: Kindleberger, Marshall Plan Days, S. 3–24, Zitat S. 12f. Die bei Kindleberger abgedruckten Auszüge dieser keineswegs trocken formulierten Denkschrift des ehemaligen R&A-Mitarbeiters, der inzwischen in der Division of German and Austrian Economic Affairs des State Department tätig war, bieten eine scharfe Kritik an der amerikanischen Besatzungspolitik in Deutschland und einen interessanten Einblick in das in Washington herrschende politische Klima der „Marshall Plan Days“.

Eine „falsche Theorie der Demokratie“ in der Praxis?

Angesichts der sich abzeichnenden Westintegration rückte für OIR seit Ende 1947 erneut die Frage in den Vordergrund, wie das demokratische Potential und die demokratische „Reife“ Deutschlands bzw. Westdeutschlands einzuschätzen seien. In einer der Studien, die um diese Zeit wohl in Vorbereitung der für Ende November geplanten fünften Außenministerkonferenz entstanden, erörterte OIR zunächst einmal mehr, welche Faktoren eine stabile Demokratie in Deutschland garantieren könnten, und argumentierte in diesem Zusammenhang: „[It] should not be thought that federalization alone offers a guarantee for a peaceful, democratic Germany. Such guarantees must be sought elsewhere in a combination of external controls, changes in Germany's social structure and psychology, and the integration of Germany into a reactivated Europe.“⁸¹

Das erste Element dieser „Kombination“ bezog sich offenbar auf einen noch auszuhandelnden Friedensvertrag oder eine vergleichbare Regelung, die im Falle der Gründung eines deutschen Staates notwendig schien; das letztgenannte Element konnte dagegen durch die Einbeziehung Westdeutschlands in das Europäische Wiederaufbauprogramm als bereits abgedeckt gelten. Als Frage blieben mithin die für notwendig gehaltenen „changes in Germany's social structure and psychology“. Erstere zu bewirken, wäre nach den von R&A im Rahmen der Arbeit an den Civil Affairs Guides entwickelten Konzeptionen ganz wesentlich Aufgabe der Entnazifizierung gewesen⁸². Ihre erfolgreiche Durchführung mußte zugleich als unerläßliche Voraussetzung für die „changes in psychology“ erscheinen, die gerade die Amerikaner mit ihren Bemühungen um eine „reeducation“ der Deutschen anstrebten⁸³. Insofern verdient ein umfassender Bericht zum „Present Status of Denazification in Western Germany and Berlin“⁸⁴, den OIR Mitte April 1948 vorlegte, besonderes Interesse. Diese Bilanz ist auch deshalb interessant, weil sie deutlicher als die meisten anderen der nach 1945 entstehenden Berichte das Gegenbild der von R&A entwickelten Konzeptionen als Bewertungsmaßstab erkennen läßt.

⁸¹ NA, RG 59, OIR/(R&A) 4525, Preliminary Version, „German Central Government: Background and Documentation“, 17. 10. 1947.

⁸² Vgl. dazu oben V, 1. Teil.

⁸³ Vgl. dazu NA, RG 59, OIR/(R&A) 4237-R (PV), „The Progress of Reeducation in Germany“, 10. 11. 1947; eine offensichtlich längere, frühere Version vom 3. 6. 1947 auszugsweise in deutscher Übertragung bei Söllner (Hrsg.), Archäologie der Demokratie, Bd. 2, S. 177–216. Vgl. in diesem Zusammenhang auch Tent, Mission on the Rhine, sowie Pronay/Wilson (Hrsg.), The Political Re-education of Germany; vgl. auch den bereits genannten Artikel Neumanns zu diesem Thema in Commentary 3/6 (1947), S. 517–525, bzw. Neumann, Wirtschaft, Staat, Demokratie, S. 290–308.

⁸⁴ NA, RG 59, OIR/(R&A) 4626, „The Present Status of Denazification in Western Germany and Berlin“, 15. 4. 1948; in deutscher Übersetzung gekürzt bei Söllner (Hrsg.), Archäologie der Demokratie, Bd. 2, S. 217–249. Vgl. auch den Aufsatz von Herz (Mitarbeiter der German Section der Central European Branch in der Division of Research for Europe des OIR, siehe dazu Department of State, Register, April 1, 1948, S. 76), The Fiasco of Denazification, in: PSQ 63/4 1948, S. 569–594; wie die weitgehende Übereinstimmung von Material und Interpretation nahelegt, dürfte Herz an der Abfassung des OIR-Berichts beteiligt gewesen sein, zumindest muß er ihn aber für seinen eigenen Artikel benutzt haben. Vgl. außerdem ders., Denazification and Related Policies, in: ders. (Hrsg.), From Dictatorship to Democracy, S. 15–38.

Den von R&A entworfenen Richtlinien zur Entnazifizierung hatte die Vorstellung zugrunde gelegen, daß das NS-Regime von einer aus den Spitzen von Partei, Wirtschaft, Militär und Bürokratie zusammengesetzten Herrschaftselite getragen wurde, die es als Vorbedingung für eine Demokratisierung Deutschlands zu eliminieren gelte. Obwohl diese an gewissermaßen qualitativen Kriterien orientierte Konzeption später durch die eher quantitativ operierende – nämlich praktisch alle Erwachsenen erfassende – „Fragebogenaktion“ der US-Militärregierung überlagert wurde⁸⁵, erklärte OIR die Beobachtung, daß die Entnazifizierung von Anfang an eines der am heftigsten diskutierten Themen in der sich wiederbelebenden deutschen Politik gewesen sei, bezeichnenderweise mit einem impliziten Verweis auf die Zielrichtung der von R&A vertretenen Konzeption. So führte OIR aus, daß es unvermeidlich gewesen sei, „that the major parties and social groups should clash violently over a procedure which, if energetically implemented, might have led to a transformation of Germany’s social and economic structure and to a thorough change in its educational institutions and cultural orientation“.

Während hier scheinbar angedeutet wird, daß die Entnazifizierung nicht energisch genug betrieben worden sei, wird andererseits zumindest mit Blick auf die amerikanische Zone festgestellt, daß die Militärregierung im ersten Jahr eine recht gründliche Säuberung im politischen und administrativen Bereich sowie in leitenden Wirtschaftspositionen durchgeführt habe. Die angewandten Kriterien seien zunächst allerdings „rigid and mechanical“ gewesen, doch sei das Vorgehen flexibler geworden, nachdem mit dem Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus die Verantwortung an deutsche Behörden und Ausschüsse übergeben worden war. Die Ausschüsse hätten sich allerdings vornehmlich mit „minor or nominal Nazis“ befaßt, von denen den meisten nur geringfügige Geldbußen auferlegt worden seien, während man schwerere Fälle meist zurückgestellt habe. Daß die Militärregierung dann ihrerseits begann, Vorschriften immer mehr abzumildern, habe letztlich dazu geführt, „that at a time when most of the major Nazis were still to be tried the huge majority of them were downgraded to lower categories and thus escaped the more serious sanctions and employment restrictions“.

Ganz ähnliche Ergebnisse waren nach Darstellung von OIR für die britische Zone zu verzeichnen, wo die Entnazifizierung allerdings von vornherein mit weitaus weniger Ehrgeiz und Entschlossenheit betrieben worden sei, um bereits Anfang 1948, gerade als sie in deutsche Verantwortung übergehen sollte, eingestellt zu werden. In der französischen Zone habe man sich zunächst darauf beschränkt, ehemalige NS-Amtsinhaber mit Geldbußen zu belegen oder ihre Versetzung oder Entlassung anzuordnen. Die Anfang 1947 beschlossene Übernahme der Regelungen der amerikanischen Zone sei weitgehend ohne Konsequenzen geblieben, da es nicht gelungen sei, ein entsprechendes System aufzubauen. In Berlin erfolge die Entnazifizierung noch immer nach den Richtlinien der zu Beginn der Besatzung erlassenen Verfügung der Kommandantur und beschränke sich so auf die Bestätigung oder Entlassung von Stelleninhabern. Dieser Prozeß sei extrem langsam und rigide, und die Entscheidungen reflektierten nicht selten „political bias and pressures prevailing in the different occupation sectors“.

⁸⁵ Eine ausführliche Darstellung der amerikanischen Entnazifizierungspolitik und -praxis findet sich bei Niethammer, *Die Mitläuferfabrik*; vgl. außerdem Dorn, *Inspektionsreisen in der US-Zone*, S. 88 ff.

Nach dieser wenig positiven Bilanz wandte sich OIR der von deutscher Seite geäußerten Kritik an der Entnazifizierung zu. Nach Ansicht der Abteilung ließen sich die kritischen Stimmen ursprünglich zwei deutlich unterscheidbaren gesellschaftlichen und politischen Gruppen zuordnen: Als zu hart, ungerecht und unvereinbar mit persönlichen Freiheitsrechten und demokratischen Grundsätzen sei die Entnazifizierung vor allem in politisch rechtsstehenden Kreisen kritisiert worden, während die Linke die Entnazifizierung grundsätzlich befürwortet habe, ihre praktische Durchführung aber als zu lasch und letztlich ungerecht kritisierte.

In rechten Kreisen habe man zunächst die von der Militärregierung durchgeführte Entnazifizierung als zu inflexibel und mechanistisch kritisiert. Nachdem mit dem Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus deutsche Ausschüsse mit der Durchführung der Entnazifizierung betraut worden waren, habe man begonnen, die Entnazifizierung als zu umfassend zu kritisieren⁸⁶. Als dieser Kritik durch Gesetzesänderungen Rechnung getragen wurde, habe sich die Kritik grundsätzlich gegen die Entnazifizierung gerichtet, die nun als Bruch von Rechtsgrundsätzen dargestellt wurde, der nur geeignet sein könne, das Vertrauen der Deutschen in demokratische Prinzipien zu untergraben.

Die Linke habe die Entnazifizierung zunächst befürwortet, dann aber zunehmend bemängelt, daß die Art ihrer praktischen Durchführung die „kleinen“ Nazis gegenüber den „major Nazis“ in mehrfacher Hinsicht benachteilige: Zum einen träfen gewisse Sanktionen wie vorläufige Arbeitsverbote die Masse der „kleinen“ Nazis weitaus härter, zum anderen sei diese Gruppe zuerst „entnazifiziert“ worden, während Verfahren gegen schwerer belastete Personen oft zurückgestellt wurden, so daß diese schließlich in den Genuß von Herabstufungen und abgemilderten Bestimmungen gekommen seien.

Wie OIR ausführte, hatte die Milderung von Vorschriften und Verfahren überdies die Befürworter der Entnazifizierung in die Defensive gedrängt. Während es anfangs sowohl in der CDU wie in den Kirchen Gruppen gegeben habe, die für eine konsequente Säuberung eintraten, hätte sich dies angesichts der weitverbreiteten Opposition gegen die Entnazifizierung bald geändert. Nachdem die Verantwortung in deutsche Hände übergegangen war, sei jegliche Identifizierung mit dem Entnazifizierungsprogramm zunehmend als „political liability“ betrachtet worden, während seine Ablehnung als „political advantage“ erschien. Vor diesem Hintergrund hätten sich die rechten Parteien und die Kirchen zu den Hauptprotagonisten einer immer aggressiveren Kampagne gegen die Entnazifizierung entwickelt, an der sich in zunehmendem Maße auch die Linke beteilige.

Die Frage, ob und inwieweit die an der Entnazifizierung geäußerte Kritik gerechtfertigt sei, ließ sich nach Ansicht von OIR nur schwer genau beantworten. Gleichzeitig wurde jedoch darauf verwiesen, daß sich schon allein in den von der Presse berichteten Fällen zahlreiche Hinweise darauf fänden, daß Kritik an ungerechtfertigt milden Urteilen oft berechtigt sei⁸⁷; zudem sei eindeutig nachzuweisen, daß die Arbeit der

⁸⁶ Unter Verweis auf Eugen Kogons Artikel „Das Recht auf den politischen Irrtum“ wurde vermerkt: „This criticism borrowed a concept from a staunch anti-Nazi.“

⁸⁷ OIR belegte dies und die folgenden Aussagen mit einer umfassenden „Presseschau“ deutscher Zeitungen, die sich weitgehend identisch auch bei Herz, *Fiasco of Denazification*, in: PSQ 63/4 1948, S. 581 ff. findet. Fast schon kurios ist, daß ein späterer OIR-Bericht (NA, RG 59, OIR/(R&A) 4997, „The Denazification Program in the US Zone of Germany“, 27. 12. 1949) auf diesen Artikel von Herz als Beleg verweist.

Spruchkammern durch Druck – bis hin zur Bedrohung von Ausschußmitgliedern und Zeugen – erschwert werde und sich die Beweisführung oft schwierig gestalte, da Belastungszeugen nur schwer aufzufinden seien, während es vor allem einflußreichen Personen oft gelänge, sich „Persilscheine“ zu verschaffen. Darüber hinaus gebe es Anzeichen für „positive ill-will on the part of German authorities charged with carrying out the program“. Andererseits ließen sich praktisch keine Hinweise darauf finden, daß Angeklagte unangemessen hart oder unfair behandelt würden. Dieser Vorwurf sei nur insofern berechtigt, als nicht selten „kleine“ Nazis im Vergleich mit schwerer belasteten Personen zu hart bestraft worden seien; letztere entzögen sich den Prozessen oft erfolgreich oder erhielten milde Urteile, die oft mit widersprüchlichen Argumenten begründet würden.

Diese Entwicklung sei zwar – wie nicht ohne ironischen Unterton vermerkt wurde – „salutary for the administrative continuity of public life“, berge aber andererseits auch gewisse Gefahren. Die Abteilung wollte nicht ausschließen, daß sich die Entlassung von „major Nazis“ aus der Internierung als Bedrohung für die Sicherheit der Alliierten erweisen könne, zumal unter den Entlassenen „a considerable number of trained activists and terrorists“ zu vermuten sei. Als problematisch betrachtete OIR auch den aus neueren Statistiken hervorgehenden Sachverhalt, „that [. . .] a considerable number of former Nazis remain in the bureaucracy, particularly in what is called the higher civil service“. So zeige etwa ein Bericht der Militärregierung für die US-Zone, daß 50–60 % der Richter und Staatsanwälte ehemalige NSDAP-Mitglieder seien; ähnliche Zahlen gebe es für die britische Zone. Die kommunistische und sowjetische Propaganda könne sich dies zunutze machen; zudem sei nicht auszuschließen, daß dies zur Sabotage des demokratischen Prozesses führen könnte. Bedenklich sei auch, daß die CDU einen hohen Anteil an ehemaligen Nazis in ihrer Anhängerschaft hätte; allerdings werbe die Linke ebenfalls um die Gunst dieser Wähler. Nach Ansicht der Abteilung waren überdies negative Auswirkungen auf die politische „Moral“ der Deutschen nicht auszuschließen, wenn Nazis, die Verbrechen begangen hätten, nicht verfolgt würden, denn, so wurde argumentiert, „totalitarian crime thus appears to escape retribution“.

Bezeichnenderweise hielt es OIR abschließend für notwendig zu erörtern, welche Gegenmaßnahmen möglich seien, wobei ausnahmsweise – wenn auch eher zurückhaltend – Empfehlungen ausgesprochen wurden⁸⁸. Wie ausgeführt wurde, mochte es angesichts der Mängel der bisherigen Entnazifizierungspraxis und der sich daraus ergebenden Gefahren zwar erstrebenswert erscheinen, nochmals mit neuen und einheitlichen Richtlinien in den drei Westzonen eine „Nachbesserung“ der Entnazifizierung zu versuchen, doch müsse dies wohl als impraktikabel betrachtet werden. Realistisch und empfehlenswert sei aber ein begrenzteres Vorgehen: So könnten Inhaber bestimmter eng definierter Schlüsselpositionen des öffentlichen und kulturellen Lebens entweder direkt von der Militärregierung oder unter ihrer Kontrolle überprüft werden; darüber

⁸⁸ Seit der Übernahme durch das State Department war man in der Abteilung gezwungen, weitaus strenger als früher darauf zu achten, daß man mit expliziten (und impliziten) „policy recommendations“ keine traditionellen Kompetenzen verletze. Ab 1949 trugen OIR-Berichte dann auf der Titelseite den Vermerk: „This is an intelligence research report; nothing in it is to be construed as a statement of U.S. or Departmental policy or as a recommendation of any given policy.“ In den fünfziger Jahren gab es schließlich sogar entsprechend vorgedruckte Titelblätter.

hinaus könne die Militärregierung auf einer energischen Verfolgung von NS-Verbrechern durch die deutsche Justiz bestehen und diese unterstützen⁸⁹.

Insgesamt ließ diese Bilanz der Entnazifizierung kaum Zweifel daran, daß die wohl ehrgeizigste und aufwendigste Demokratisierungsstrategie der amerikanischen Besatzungspolitik nicht nur als politische Säuberung, sondern vor allem auch als Instrument einer Demokratisierung als gescheitert gelten mußte. Aus der OIR-Studie war auch bereits zu entnehmen, was zeitgeschichtliche Detailforschung erst nach mehr als zwei Jahrzehnten „Verdrängung“ wieder ans Licht befördern sollte: daß sich die Entnazifizierung in der Praxis weitgehend auf die Rehabilitierung der Masse der „Mitläufer“ beschränkte, zu denen in Folge der Neueinstufungen schließlich auch zahlreiche ehemals durchaus „aktive“ Nazis gerechnet wurden⁹⁰. Während dies nach Darstellung von OIR vor allem darauf zurückzuführen war, daß man sich nicht an qualitativen Kriterien orientierte, sondern den Ehrgeiz entwickelte, alle Erwachsenen zu erfassen, und eben deshalb gezwungen war, die nicht zu bewältigende Zahl der Fälle durch Amnestien und Neueinstufungen zu reduzieren, wurde in dem OIR-Bericht auch deutlich, daß gerade die Entnazifizierung der Bereich war, in dem sich „alliierte Fehler“ und „deutsche Mängel“ ergänzten⁹¹.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß die von OIR vorgeschlagenen Maßnahmen letztlich ein Plädoyer für die fortgesetzte Kontrolle der Deutschen durch die Militärregierung beinhalten. Ganz offensichtlich schätzte man den Willen der Besatzungsmacht zur „Befreiung“ der Deutschen von „Nazismus und Militarismus“ bei aller Kritik an ihrer Politik höher ein als den der Deutschen, die, wie in der OIR-Studie anklang, ihre versuchte „Befreiung“ als kränkende und ungerechte Bestrafung für einen doch zutiefst menschlichen „politischen Irrtum“ zu betrachten schienen⁹².

Wie gering das Interesse der Deutschen an einer „Selbstreinigung“ und damit an einem möglichst wenig kompromittierten demokratischen Neuanfang war, zeigte sich nach Darstellung von OIR nicht zuletzt auch an der in den Universitäten geübten Entnazifizierungspraxis⁹³. OIR konzidierte allerdings, daß die Entnazifizierung in diesem Bereich besonders problematisch sei, denn: „even when they had not joined Nazi organizations, many German professors had placed their great prestige at the service of the Nazis by passive acceptance of Nazi practices.“ Die Militärregierung habe die Entnazifizierung an den Universitäten an politisch akzeptable Fakultätsausschüsse übertragen; wie OIR fast schon verständnisvoll meinte, zeigten diese eine natürliche

⁸⁹ Vgl. dazu Broszat, Siegerjustiz oder strafrechtliche „Selbstreinigung“, in: VfZ 29/4 (1981), S. 477–544.

⁹⁰ Niethammers Darstellung Die Mitläuferfabrik erschien erstmals 1972 unter dem Titel Entnazifizierung in Bayern. – Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang im übrigen, daß sowohl in der OIR-Studie wie in dem Artikel von Herz notiert wird: „Nothing could be more revealing than the strange modification of meaning that the term ‚denazification‘ itself has undergone. While at first signifying the elimination of Nazis from public life, it has now in German everyday language come to mean the removal of the Nazi stigma from the individual concerned, that is, the procedure by which he gets rid of certain inhibitions or restrictions (‚Mr. X was denazified yesterday‘ – he can now take up his former profession again).“ Zit. nach Herz, Fiasco of Denazification, in: PSQ 63/4 1948, S. 590 (Anmerkung 108).

⁹¹ Vgl. dazu den oben Anmerkung 3 zitierten Artikel von Eugen Kogon.

⁹² Vgl. dazu Buscher, U. S. War Crimes Trial Program, S. 109f.

⁹³ NA, RG 59, OIR 4237-R (PV), „The Progress of Reeducation in Germany“, 10. 11. 1947.

Neigung zur Milde gegenüber ihren Kollegen. Letztlich habe sich die Militärregierung deshalb gezwungen gesehen, zusätzliche Säuberungen vorzunehmen, wobei an der Universität München weitere 33 Entlassungen von Fakultätsmitgliedern, in Erlangen 76 Entlassungen von Fakultäts- und Verwaltungspersonal als notwendig erachtet wurden.

Der „passive Widerstand“ und die vehemente Kritik, die die amerikanischen Bemühungen um eine „artificial revolution“⁹⁴ bei den Deutschen hervorriefen, wurden von OIR als bestürzende Indizien für den Mangel an demokratischem Potential in Deutschland gewertet. So schwer sich R&A mit den sozialpsychologischen Grundlagen des Nationalsozialismus getan hatte, so schwer taten sich nun die R&A-Nachfolgeorganisationen im State Department mit denen der „Zusammenbruchsgesellschaft“: Deren Weigerung, sich mit der eigenen jüngsten Vergangenheit auseinanderzusetzen, wurde in OIR ausschließlich als Ausdruck einer besorgniserregenden Kontinuität autoritären, antidemokratischen und nationalistischen Denkens gewertet.

Von dieser Bilanz zur Entnazifizierung scheint so eine direkte Linie zu Berichten zu führen, in denen OIR die deutschen Parteien und die politischen Tendenzen im Jahr vor der Gründung der Bundesrepublik beobachtete, um zu zutiefst pessimistischen Schlußfolgerungen zu gelangen.

So stellte die Abteilung in einer Analyse der „Recent Changes in the German Party System“⁹⁵ einleitend zwar zunächst fest, daß sich die politischen Parteien beim Aufbau der von den Besatzungsmächten gewünschten demokratischen Institutionen als unabkömmlich erwiesen hätten, doch wurde unter Hinweis auf die noch immer bestehende Prerogative der Besatzungsmächte sogleich davor gewarnt, daraus auf die feste Verankerung demokratischer Institutionen und Strukturen in der politischen Kultur „post-Nazi“-Deutschlands zu schließen: „This outward appearance of political life in post-Nazi Germany is deceptive. Though the parties are invested with all the paraphernalia of normal political activities, they operate under specifically limited conditions creating a peculiarly artificial and synthetic situation.“

Die Politiker benutzten das System der „dual authority“, die durch das Nebeneinander von fortbestehender Besatzungsherrschaft und der wiederhergestellten deutschen Regierungs- und Verwaltungsstruktur gegeben sei, um sich offener Verantwortung für politische und administrative Entscheidungen soweit wie möglich zu entziehen. Gleichzeitig übernahmen sie aber zunehmend offener die Rolle als Verteidiger nationaler deutscher Interessen gegenüber den Besatzungsmächten. Die deutsche Bevölkerung habe bislang allerdings nur wenig Interesse für die Politik der verschiedenen Parteien

⁹⁴ Die These, daß die amerikanische Besatzungspolitik eine kontrollierte, „künstliche Revolution“ anstrebte, hat Montgomery vertreten, in: *Forced to Be Free. The Artificial Revolution in Germany and Japan.*

⁹⁵ NA, RG 59, OIR/(R&A) 4676, 16. 8. 1948; deutsch bei Söllner (Hrsg.), *Archäologie der Demokratie*, Bd. 2, S. 258–285. Interessant ist der Vergleich dieser Studie mit dem 1948 publizierten Aufsatz Neumanns, *Military Government and the Revival of Democracy*, deutsch in: ders., *Wirtschaft, Staat, Demokratie*, S. 309–325, in dem die wichtigsten Themenpunkte der OIR-Studie ebenfalls angesprochen und – angesichts dessen, daß Neumann OIR Anfang 1947 verlassen hatte – bemerkenswert ähnlich erörtert und beurteilt werden. Auffällige Ähnlichkeit mit dieser und anderen OIR-Studien zeigt allerdings auch ein von Holborn Anfang 1948 im Auftrag des State Department verfaßter „Bericht zur deutschen Frage“, in: Hahn, Hajo Holborn, *Bericht zur deutschen Frage*, in: *VfZ* 35 (1987), S. 135–166.

gezeigt; die meisten seien mit ihren persönlichen Problemen vollauf beschäftigt und tendierten dazu, Politiker als Handlanger der jeweiligen Besatzungsmacht zu sehen und ihnen mit Mißtrauen zu begegnen.

Wie schon in früheren Berichten wurde das politische Leben in Deutschland auch hier wieder als „künstlich“ beschrieben, doch schien diese Künstlichkeit nun eine andere Qualität anzunehmen: Sie wurde nicht länger vor allem durch Zonenaufteilung und Besatzungsherrschaft erklärt, sondern ergab sich aus der Gegenüberstellung des von den Besatzungsmächten forcierten Aufbaus demokratischer Institutionen – für den sich Parteien und Politiker zwar als unabkömmlich erwiesen, doch für den sie gleichzeitig keine politische Verantwortung übernehmen wollten – und dem zunehmend engagierteren Eintreten für nationale deutsche Interessen gegenüber den Besatzungsmächten von seiten derselben Politiker. Dazu kam die weiterbestehende Apathie der Bevölkerung, deren politisches Interesse auch durch eine so zentrale Maßnahme wie die Wiederherstellung eines Mehrparteiensystems nicht zu wecken war. Insgesamt schien damit impliziert, daß diesem an sich demokratischen System seine demokratische Basis fehlte.

Das von OIR gezeichnete Bild der Parteien selbst gab überdies wenig Anlaß zu der Hoffnung, daß in ihnen vielleicht dennoch demokratische Energien gebündelt sein könnten. Die bürgerlichen Parteien waren nach Darstellung der Abteilung – zusammen mit der „new bureaucracy“, die weiterhin als der traditionelle, vorgeblich „unpolitische“ Vertreter von Interessen des Bürgertums und der Rechten fungiere – „strongly entrenched in the bizonal administration as well as in the governments of most of the Länder“. Sie übten auf regionaler Ebene starken Einfluß bei der Regelung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Fragen aus und hätten sich zumindest vorläufig gegen die Linke in den Kontroversen um die Sozialisierungsklauseln der Länderverfassungen sowie die Kompetenzen der Betriebsräte durchgesetzt. Als ihr bislang wichtigster Erfolg müsse allerdings die Verwässerung des Entnazifizierungsprogramms betrachtet werden, denn, wie OIR trocken bemerkte: „This was the issue in which they had the biggest stake, since the majority of their followers were affected by it.“

Die programmatischen Konzeptionen der bürgerlichen Parteien befänden sich noch in Entwicklung. Die gemäßigten Parteien, insbesondere die CDU, sähen sich wachsender Konkurrenz von seiten extremistischer nationalistischer oder partikularistischer Splittergruppen ausgesetzt. Deren politische Agitation fände zunehmend Unterstützung beim verarmten mittleren Bürgertum und den Millionen von Flüchtlingen. Die SPD könne sich noch immer auf die loyale, wenn auch wenig enthusiastische Anhängerschaft der Arbeiter verlassen und verfüge zudem – im Gegensatz zu den Jahren vor der nationalsozialistischen Machtübernahme – in der Person Kurt Schumachers über einen „outstanding leader“. Programmatisch hätten die Sozialdemokraten weitgehend auf traditionelle Positionen zurückgegriffen, wobei allerdings versucht worden sei, durch eine „Liberalisierung“ des Programms Teile des Bürgertums zu gewinnen. Dem sei wenig Erfolg beschieden gewesen, so daß OIR insgesamt glaubte konstatieren zu können: „Both organizationally and ideologically, this party is more and more reverting to its pre-war position as representative of the majority of the working class within the framework of a democratic and anti-totalitarian political order.“ Die Kommunistische Partei im Westen genieße zwar noch immer Unterstützung bei Teilen der Arbeiterschaft, doch sei es ihr nicht gelungen, aus ihrer Opposition gegen die West-

mächte politisches Kapital für den Aufbau einer stärkeren Bewegung zu schlagen, denn: „The people have consistently rejected the CP because of its identification with Soviet policies.“

Nach Ansicht von OIR mußte damit gerechnet werden, daß die Einrichtung eines westdeutschen Staates die politischen Konflikte zwischen den deutschen Parteien verschärfen würde. Ein wesentlicher Grund dafür sei, daß kaum zu erwarten stünde, daß die im Westen durchgeführte Währungsreform in absehbarer Zeit durch einen Ausgleich kriegsbedingter Lasten ergänzt würde, der die Erwartungen der Millionen von Ausgebombten und Flüchtlingen befriedigen könnte. Die daraus resultierende Unzufriedenheit werde die Tendenz zur Polarisierung des politischen Spektrums in eine extrem nationalistische und autoritäre Rechte einerseits und eine zahlenmäßig schwächere demokratische Linke andererseits beschleunigen; verschärfend komme hinzu, daß sich beide Gruppen wahrscheinlich einer zwar kleinen, aber gut organisierten Kommunistischen Partei gegenübersehen würden. So konnte OIR insgesamt nur eine düstere Perspektive für die deutsche Demokratie erkennen: „This [. . .] makes the chances for survival of constitutional government in Germany after the withdrawal of the occupation powers rather uncertain.“

Der Pessimismus von OIR gründete sich neben dem Scheitern der Entnazifizierung und den nach Ansicht der Abteilung daraus resultierenden Konsequenzen – den kaum veränderten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen sowie der weiterwirkenden autoritären politischen Kultur – auf die Bedeutung, die die Abteilung den besonderen sozialen Problemen der Nachkriegszeit, darunter vor allem dem Flüchtlingsproblem, zumaß. Wie OIR in einer Studie zum „Refugee Problem in Western Germany“ ausführte⁹⁶, mußte das Flüchtlingsproblem sowohl in seiner wirtschaftlichen Dimension wie auch in politischer und sozialer Hinsicht als überaus gravierend eingeschätzt werden. Besonders besorgniserregend war nach Ansicht der Abteilung der politische Sprengstoff, den diese Probleme bargen: „perhaps most dangerous politically is the economic plight of the refugees, which makes them vulnerable to the political extremism of both the Right and the Left, as well as the fact that so many refugees have been uprooted from their middle class economic foundation and now constitute a group similar to that which gave the Nazi Party its greatest support. The situation is full of political dynamite.“

Nach Darstellung von OIR zeigten die deutsche Bevölkerung und in hohem Maße auch die Behörden wenig Neigung, Flüchtlinge zu integrieren; statt dessen sähen sich viele Flüchtlinge ständiger Diskriminierung ausgesetzt, und ihre Anerkennung als Staatsbürger mit allen Rechten hätten die Militärregierungen häufig gegen die lokalen Behörden durchsetzen müssen. Viele Deutsche wollten die Schuld und Verantwortung für das Flüchtlingsproblem den Alliierten zuschieben; sie wünschten, „to have these people return to their former homes“, und sahen die Gelegenheit, „to shift the consequences of defeat onto another group“. Angesichts dieser Situation dürften die USA die Bedeutung des Flüchtlingsproblems in Westdeutschland nicht unterschätzen: „If ignored, it is likely to cause major disturbances in the social and political structure of Western Germany and would thus considerably retard Western Germany’s pacification and integration into the Western orbit.“

⁹⁶ NA, RG 59, OIR/(R&A) 4928, „The Refugee Problem in Western Germany“, 16. 5. 1949.

Entsprechend düster fielen die Prognosen der Abteilung in einer Studie zur „Present Strategy and Strength of German Nationalism“ aus⁹⁷. OIR ließ in dieser Arbeit keine Hoffnung für eine deutsche Demokratie: Weder ein „Wirtschaftswunder“ noch Westdeutschlands Integration in Europa, nicht einmal die Wiedervereinigung Deutschlands würden nach Ansicht der Abteilung verhindern können, daß in einem in die Selbständigkeit entlassenen Westdeutschland nationalistische Kräfte bald die Oberhand gewinnen und die von den Besatzungsmächten eingeführten demokratischen Institutionen und Verfahrensweisen zerstören würden. Daß dies für den Frieden in Europa und der Welt kaum Gutes verhieß, glaubte OIR nur in einem Nebensatz andeuten zu müssen.

Während die Befürchtung, daß sich in Deutschland wieder ein chauvinistisch-reaktionärer Nationalismus ausbreiten könnte, in vielen der seit 1947 entstandenen Arbeiten der Abteilung zu finden ist, schien sie in dieser Studie eine deutlich andere Qualität anzunehmen: OIR machte sich nun scheinbar eine Haltung zu eigen, die R&A während des Krieges immer wieder zurückgewiesen hatte – nämlich die als „Vansittartism“ bekanntgewordene Überzeugung von dem angeborenen aggressiven Nationalismus der Deutschen⁹⁸. Implizit war damit ein leidenschaftliches Plädoyer für den Verbleib der Besatzungstruppen verbunden, denn die von der Abteilung entworfenen „worst case scenarios“ waren erst nach der Einrichtung einer unabhängigen Regierung und dem Abzug der Besatzungstruppen zu erwarten. Auch darin schien die schon zuvor gelegentlich angedeutete Überlegung, daß die Deutschen noch nicht die demokratische „Reife“ zeigten, die ihre Entlassung in die Selbständigkeit erlauben würde, nun in das Gegenteil der von R&A stets vertretenen Ansicht umzuschlagen, denn R&A hatte immer dafür plädiert, daß die Militärregierung nur für einen möglichst kurzen Zeitraum aufrechterhalten werden sollte. Während R&A aber stets bezweifelt hatte, daß Deutschland durch ein Besatzungsregime erfolgreich demokratisiert werden könne, hatte man damals noch gehofft, daß es genügen würde, gewisse Grundvoraussetzungen für eine Demokratisierung zu schaffen, deren Vollendung man dann den Deutschen selbst überlassen können würde.

Doch die Nachkriegsentwicklungen hatten fast alle Befürchtungen, aber keine der Hoffnungen der Abteilung Wahrheit werden lassen: Die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen zeitigte all die negativen Konsequenzen, die man in R&A vorausgesagt hatte; wie man befürchtet hatte, ließ die Militärregierung die Entwicklung einer autochthonen demokratischen Bewegung in Deutschland nicht zu, erstickte die freilich nur zaghaften Ansätze zu der von R&A für so unverzichtbar gehaltenen „social revolution“ und scheiterte in ihren eigenen Bemühungen um eine „artificial revolution“. Wie die R&A-Nachfolgeorganisationen im State Department aufzeichneten, war letzteres freilich nicht nur der Unfähigkeit der amerikanischen Militärregierung oder der Inkompetenz der Washingtoner „decision makers“ zuzuschreiben: So wenig Unterstützung die demokratischen Gruppen in Deutschland von der Militärregierung erhalten hatten, so wenig vielversprechend schien auch ihr eigenes demokratisches Potential. Angesichts der politischen Haltung der Deutschen mochte man sich so in OIR –

⁹⁷ NA, RG 59, OIR/(R&A) 4929, 15. 6. 1949, deutsch bei Söllner (Hrsg.), *Archäologie der Demokratie*, Bd. 2, S. 286–310.

⁹⁸ Vgl. dazu auch Neumanns Bemerkungen in seinem 1948 erschienenen Artikel *Militärregierung und Wiederbelebung der Demokratie*, in: ders., *Wirtschaft, Staat, Demokratie*, S. 309f.

mit Horkheimers Mitarbeiter Gurland – fragen, „[if the] sorry outcome of four years of attempted democratization [...] would [...] have been different if the occupying powers had left the re-establishment of democracy in Germany to German democratic groups, German legislation, and German administration“⁹⁹. Wie immer die Verantwortung für das nach Ansicht von OIR offenbare Scheitern der Demokratisierung Deutschlands zu verteilen war, mußte die Entlassung der Deutschen in die – wenn auch noch eingeschränkte Selbständigkeit – vier Jahre nach Kriegsende als verfrüht erscheinen, denn die von den Besatzern geschaffenen demokratischen Institutionen schienen noch immer nur „auf Sand gebaut“, so daß „selbst ein kleineres Erdbeben [...] sie zu Fall bringen“ mochte¹⁰⁰.

Berücksichtigt man die sich über mehr als zwei Jahre erstreckende Ausprägung dieser Überzeugung und die ihr als Maßstab zugrundeliegenden, noch während der Kriegsjahre von R&A entwickelten Konzeptionen, so scheint es nicht gerechtfertigt, der OIR-Analyse zum deutschen Nationalismus „beinahe paranoide Züge“ zuzuschreiben oder zu behaupten, daß in ihr „fast schon verschwörungstheoretisch, eine Strategie der ewig Gestrigen“ unterstellt würde¹⁰¹. Wie Söllner ausführt, mußte die OIR-Analyse angesichts der Ergebnisse der zwei Monate später abgehaltenen ersten deutschen Bundestagswahl als völlig verfehlt erscheinen. Da aber ein solch massives Fehlurteil angesichts der Fach- und Sachkompetenz der OIR-Mitarbeiter kaum vorstellbar sei, vermutet Söllner hinter diesem „Fehlurteil“ wiederum eine politische Strategie: „... den amerikanischen Deutschlandpolitikern soll durch die Ausmalung des schlimmst-möglichen Szenarios jede Naivität und jeder voreilige Optimismus genommen werden; gleichzeitig soll die Aufmerksamkeit vor allem der amerikanischen Konservativen von der Fixierung auf den Ost-West-Konflikt ab- und auf das wichtiger scheinende Problem eines grassierenden deutschen Nationalismus hingelenkt werden.“¹⁰²

Doch abgesehen davon, daß sich die in der OIR-Analyse zum deutschen Nationalismus vertretenen Positionen weniger abrupt von den in anderen Arbeiten der Abteilung vorgetragenen Beurteilungen abheben, als Söllner annimmt, stand OIR mit dieser scheinbaren „Paranoia“ keineswegs allein. Um nur ein Beispiel zu nennen: In einer Analyse der „Political Trends in Western Germany“, die die neu gegründete Central Intelligence Agency (CIA) im Juli 1948 vorlegte¹⁰³, war festgestellt worden: „The

⁹⁹ Gurland, Why Democracy is Losing in Germany, in: Commentary 8/3, September 1949, S. 227–237. Gurland bot in diesem Artikel eine ausgezeichnete Analyse; seine Berücksichtigung der sozialpsychologischen Verfassung der „Zusammenbruchsgesellschaft“ erlaubte es ihm, den deutschen Nationalismus differenzierter und nüchterner einzuschätzen, als OIR es konnte. Die These, daß die amerikanische Besatzungspolitik letztlich nur geringfügigen Einfluß auf die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen hatte, hat später Peterson am entschiedensten vertreten: The American Occupation of Germany.

¹⁰⁰ So Holborn in seinem „Bericht zur deutschen Frage“ im Januar 1948, in: VfZ 35 (1987), S. 156.

¹⁰¹ Söllner (Hrsg.), Archäologie der Demokratie, Bd. 2, S. 251 ff.

¹⁰² Ebenda, S. 253 f.

¹⁰³ Truman/PSF-CIA/MF II, 0356: ORE 52–48, CIA, 22. 7. 1948. Ähnliche Beurteilungen finden sich – außer in den im folgenden noch erörterten Studien – z. B. in dem in Anmerkung 100 zitierten Bericht Holborns. Aufschlußreich auch die Klage Marion Dönhoffs über die große Aufmerksamkeit, die dem deutschen Nationalismus in US-Medien zuteil wurde, in dies., Germany Puts Freedom before Unity, Foreign Affairs, April 1950, S. 398–411.

East-West tensions in Germany [. . .] threaten to destroy Western German adherence to moderate political groups and to stiffen resistance to Western Allied policy. *The US stand against Communism is being interpreted as tacit permission for a revival of German nationalism.*¹⁰⁴ Wie wenig sich die in dieser Analyse vertretenen Positionen insgesamt von denen OIRs unterscheiden, mag hier ein ausführlicheres Zitat illustrieren:

„The present polarization of Western German thought toward political extremes is influenced by the following three basic indigenous factors: (1) growing dissatisfaction with the occupation and with the weak German governmental administrations identified with it; (2) the probability of the future disintegration of the moderate Social Democratic Party, the only strong non-Communist labor force in Germany; and (3) the rightist trend of general German political desires which has increased as a result of the large enfranchisement of ex-Nazis. In the course of this polarization, the Social Democrats may lose political strength to both the Right and the Left, while the alignment of the rightist parties will be affected by the strong current of resurgent German nationalism. [. . .] The trend as a whole may result in the diminution of the moderate parties, the development of a small but aggressive Left, and the expansion of the Right with increasing Western German independence of Allied controls.“

Aufschlußreich ist, daß diese pessimistischen Beurteilungen weder OIR noch das Office of Research and Estimates (ORE) der CIA daran hinderten, das Ergebnis der ersten deutschen Bundestagswahl im wesentlichen richtig vorauszusagen. OIR ließ allerdings in dem Ende Juli erscheinenden Bericht über den Wahlkampf keine Gelegenheit aus, um anzudeuten¹⁰⁵, daß das voraussichtlich formal-demokratisch befriedigende Wahlergebnis nicht darüber hinwegtäuschen dürfe, daß sich die deutsche Demokratie immer noch als bloße Episode erweisen könnte.

Nach Darstellung von OIR gestaltete sich der Wahlkampf für die erste Bundestagswahl am 14. August 1949 eher schwerfällig, was auf die Apathie der Wählerschaft und die Finanzknappheit der Parteien zurückzuführen sei¹⁰⁶. Die Mehrheit der Wähler erwarte sich vom Wahlausgang keinerlei bedeutsame Veränderungen in der Politik, sondern gehe davon aus, daß sich die neue Bundesregierung bei der Lösung der zentralen wirtschaftlichen und sozialen Probleme weiterhin auf die Westalliierten, insbesondere die USA, stützen und von ihnen abhängig sein würde. Gleichzeitig sei aber eine deutlich ausgeprägte Empfänglichkeit für jegliche Propaganda zu beobachten, die sich gegen die Einmischung fremder Mächte in deutsche Angelegenheiten richte.

Da alle Parteien um die Gunst von Wählern aus einer weitgehend einheitlichen sozialen Schicht konkurrierten, wiesen die Parteiprogramme große Ähnlichkeiten auf. Die meisten Programme wandten sich zentralen Problemen wie Wohnungsbauprogrammen, Arbeitsplätzen und Sonderfonds für Flüchtlinge sowie Fragen sozialer Sicherheit zu und betonten daneben die wichtigsten nationale Forderungen wie die Einstellung von Demontagen, eine Senkung der Besatzungskosten, die Vereinigung Deutschlands und die Rückgabe der Ostgebiete. Zwischen der SPD und den beiden

¹⁰⁴ Im Dokument von Hand unterstrichen.

¹⁰⁵ NA, RG 59, OIR/(R&A) 5014, „Election Campaign and Prospective Results in the New West German State“, 25.7. 1949.

¹⁰⁶ Ganz anders die Darstellung bei Benz, Von der Besatzungsherrschaft zur Bundesrepublik, S. 251 ff., der einen recht hitzigen Wahlkampf beschreibt.

bürgerlichen Parteien, der CDU und den Liberalen, konzentrierte sich die Auseinandersetzung auf die Diskussion der Vor- und Nachteile von wirtschaftlichem Liberalismus und Planwirtschaft.

Die CDU könne im Wahlkampf in hohem Maße auf die „moralische Unterstützung“ des katholischen Klerus rechnen und genieße überdies, wie auch die Liberalen, die traditionelle finanzielle Unterstützung der privaten Industrie. Die SPD dagegen sähe sich aufgrund der offiziell geltenden Neutralität der Gewerkschaften eines Teils ihrer traditionellen Unterstützung beraubt.

Das Wahlgesetz, das OIR als „hybrid“ charakterisierte – und das „more the outcome of political horse-trading between the CDU and SPD than of a search for an ideal election pattern“ sei –, kombiniere Mehrheitswahlrecht und Verhältniswahlrecht, begünstige die großen etablierten Parteien sowie diejenigen kleineren Parteien, die, wie etwa die Bayernpartei oder die Deutsche Partei, über starke regionale Anhängerschaft verfügten. Es sei insbesondere von Flüchtlingsorganisationen scharf angegriffen worden, da es, zusammen mit Verordnungen der Militärregierung, praktisch verhindere, daß sich Kandidaten aus diesen Gruppen unabhängig zur Wahl stellten.

Bei der Prognostizierung des Wahlergebnisses orientierte sich OIR an den Vorkriegswahlen sowie den seit Kriegsende abgehaltenen Landtagswahlen¹⁰⁷. Nach Ansicht der Abteilung war mit einer Wahlbeteiligung zwischen 70 und 80 Prozent zu rechnen; aufgrund des durchgängig hohen Anteils an ungültigen Stimmen in allen Nachkriegswahlen – nämlich zwischen sechs und sieben Prozent der abgegebenen Stimmen, im Gegensatz zu weniger als einem Prozent vor 1933 – sei ein entsprechend hoher Anteil ungültiger Stimmen auch bei der Bundestagswahl zu erwarten. In ihnen manifestierte sich nach Ansicht der Abteilung „the existence of a certain hard-core opposition to the new regime“ – und, wie hinzugefügt wurde: „given the opportunity, this element might in future elections support ultra-nationalist groups“. Insgesamt glaubte OIR so, den Prognosen zum Wahlausgang die einschränkende Bemerkung voranstellen zu müssen: „Owing to the mechanics of the election law, the licensing rules of Military Government, and the hesitation of many potential nationalist leaders to enter the political arena at this early stage, the elections, whatever their results, will not reveal the full force of the extreme right.“ Vorausgesagt wurde, daß die radikale Rechte sowie die Kommunisten im ersten Bundestag numerisch schwach sein würden. Die Abteilung hielt eine parlamentarische Mehrheit einer einzelnen Partei für unwahrscheinlich, glaubte allerdings, daß die SPD einen höheren Stimmenanteil als die CDU gewinnen würde. Konkret erwartete OIR, daß auf die SPD etwa 34 % der Stimmen entfallen würden, während für CDU und Zentrum mit einem Stimmenanteil von 25–26 % gerechnet wurde; das bedeute, daß beide Parteien zusammen über etwa zwei Drittel der Sitze verfügen würden.

Angesichts dieses Wahlergebnisses werde die erste Bundesregierung eine Koalitionsregierung sein; entweder könnte sie von SPD und CDU gebildet werden oder aber von CDU und Liberalen sowie einigen der kleineren konservativen Parteien des bürgerlichen Lagers. Es sei zu erwarten, daß die erstgenannte Kombination im

¹⁰⁷ Vgl. dazu auch NA, RG 59, OIR/(R&A) 4861, „Local Elections in Western Germany and Berlin October – December 1948“, 23.2. 1949.

Bundestag über eine „komfortable“ Zwei-Drittel-Mehrheit verfügen und insofern in der Lage sein würde, eine parlamentarisch stabile Regierung zu bilden. Eine nach der zweiten Kombinationsmöglichkeit gebildete Regierung – als „anti-Socialist coalition“ apostrophiert – würde dagegen nur über eine knappere Stimmenmehrheit verfügen und sich von Anfang an heftiger Opposition sowohl von seiten der Linken als auch der extremen Rechten ausgesetzt sehen. OIR erwartete, daß eine solche Koalition, ähnlich wie das Direktorium des bizonalen Wirtschaftsrats, dazu tendieren würde, „to rely heavily on so-called politically neutral expert ministers“; für administrative und legislative Maßnahmen wäre diese Koalition wegen ihrer knappen Mehrheit im Bundestag in hohem Maße auf die Unterstützung des Bundesrats angewiesen.

Wiederum stimmten die von OIR vertretenen Positionen weitgehend mit denen der Kollegen von der CIA überein. Sie hatten schon eine Woche vor OIR die „Probable Consequences of the Forthcoming West German Elections“¹⁰⁸ skizziert und ebenfalls vorausgesagt, daß CDU/CSU und SPD zusammen mindestens 60 Prozent der Stimmen erhalten würden, daß aber keine der beiden Parteien für sich allein über eine Mehrheit verfügen würde. So sah auch ORE zwei mögliche Koalitionen, nämlich CDU/CSU und SPD, eventuell mit einer Beteiligung der FDP, oder aber eine Koalition aus CDU/CSU, FDP und den kleineren Parteien der Rechten. ORE ließ keinen Zweifel daran, welche der beiden Möglichkeiten vorzuziehen sei: „Of the two coalitions, a CDU/CSU-SPD coalition would be the more favorable to US interests because of its control of the Federal Diet, its greater stability, its more progressive composition, and its firmness toward the Communists. The alternative coalition would be far less favorable to US interests because it: (a) would be less stable, (b) would face far more powerful parliamentary opposition, (c) would be of a more rightist complexion – thus evoking the opposition of organized labor – and (d) would be more likely to seek the reunification of Germany with Soviet support.“

Das Plädoyer der CIA-Abteilung für eine Regierungsbeteiligung der SPD und die in diesem Zusammenhang vorgetragenen Argumente illustrieren, daß es nicht gerechtfertigt wäre, die von OIR vertretenen Positionen als Ausnahmerecheinung innerhalb einer Nuancen gegenüber blinden, nur noch „rot“ sehenden US-Administration zu interpretieren¹⁰⁹. Die CIA-Studie erreichte immerhin den Schreibtisch des Präsidenten – der freilich weder am Ausgang der ersten deutschen Bundestagswahl noch an der folgenden Regierungsbildung viel ändern konnte.

Die „Effects of the Election in Western Germany“¹¹⁰ analysierte OIR dann in einer Ende August vorgelegten Studie, in der das Aufkommen eines neuen deutschen Nationalismus weitgehend unerwähnt blieb. Wenn auch wenig enthusiastisch, konzidierte die Abteilung: „Those groups which stand unconditionally for the reconstruction of Western Germany on Western democratic patterns, i.e., the SPD and the CDU/CSU have a clear majority of 60 percent, and with the FDP of over 70 percent of the total

¹⁰⁸ Truman/PSF-CIA/MF II, 0369: CIA, ORE 67–49, 19.7. 1949.

¹⁰⁹ Vgl. dazu auch oben VII., 1. Teil.

¹¹⁰ NA, RG 59, OIR/(R&A) 5024, „Analysis and Effects of the Election in Western Germany“, 31.8. 1949.

vote cast.“ Wie OIR ausführte, seien diese Parteien zwar durch das Wahlsystem eindeutig begünstigt worden, doch hätte auch ein reines Verhältniswahlrecht die wesentliche Verteilung der Stimmen mit ihrer Mehrheit für CDU/CSU und FDP gegenüber den Sozialdemokraten nicht verändert.

Während die Kommunisten sowohl absolut gesehen an Stimmen und noch mehr an Prozenten der Gesamtstimmen verloren hätten, hätten die beiden großen Parteien jeweils etwa eine Million Stimmen hinzugewonnen. Angesichts des durch Erstwähler und Flüchtlinge verursachten Wähleranstiegs von sieben Millionen hätten beide Parteien aber gemessen in Prozenten der abgegebenen Stimmen Anteile verloren. Nach Ansicht von OIR erklärte sich dies vor allem dadurch, daß viele Flüchtlinge für die FDP sowie die kleineren Parteien der Rechten und unabhängige Kandidaten gestimmt hätten; für die CDU/CSU falle auch die Bildung der Bayernpartei und der Deutschen Partei sowie ein Ausfall an protestantischen Wählerstimmen ins Gewicht. Insgesamt sei der Anteil der SPD und KPD an den Gesamtstimmen mit etwa 36 Prozent seit 1928 ungefähr gleich geblieben.

Unklar war jedoch nach Ansicht der Abteilung, „[if] the election [has] really given a clear anti-Socialist mandate to the future Bundestag, as the defenders of Dr. Erhard's economic policy assert“. Da der Wahlkampf nicht in erster Linie um die Frage der künftigen wirtschaftlichen Verfassung ausgefochten worden sei, sei auch nicht anzunehmen, daß der neue Bundestag diese Frage als zentrales politisches Problem betrachten würde. Die Abteilung glaubte davon ausgehen zu können, „[that] the Bundestag will be pressed by many groups both from among its components and from without, and issues will be fought and compromises concluded according to the need and strength of the groups concerned“. Über das Ergebnis dieses Prozesses konnte nach Ansicht von OIR nur spekuliert werden.

In drei wesentlichen Punkten ließ das Wahlergebnis nach Ansicht der Abteilung aber eindeutig die Richtung der künftigen Politik erkennen. So hätten die Gewerkschaften nun deutlich verringerte Aussichten, wirtschaftliche Mitbestimmung – insbesondere auf der über das einzelne Unternehmen hinausgehenden Ebene – als Recht für ganz Westdeutschland festgeschrieben zu haben; dasselbe gelte für Sozialisierungspläne auf westdeutscher Ebene, obwohl offen sei, inwieweit die Länder in der Lage sein würden, entsprechende Gesetze zu erlassen, da derartige Maßnahmen von der CDU/CSU entweder durch geeignete Bundesgesetzgebung oder durch ihren Einfluß in den Landesregierungen blockiert werden könnten. Eine weitere Frage, die durch das Wahlergebnis entschieden worden sei, habe im Wahlkampf zwar keine große Rolle gespielt, sei aber dennoch von Bedeutung: Die Stimmenmehrheit für CDU/CSU und FDP – die in dieser Frage zudem die Unterstützung der Mehrheit rechter Gruppen haben würden – bedeute „the definite return to pre-eminence of the higher bureaucracy and the casting aside of the more democratized type of civil service system that had been begun under MG auspices“. Davon abgesehen sei damit zu rechnen, daß sich das Verhältnis zwischen Westdeutschen und Alliierten nicht grundsätzlich ändern werde, auch wenn jede Regierung gezwungen sein würde, deutsche Interessen gegenüber fremden Mächten mit Nachdruck zu verfechten. Die klare Absage an den Kommunismus und die Tatsache, daß im Bundestag keine starke extreme Rechte vertreten sei, würde sowohl die Arbeit der deutschen Regierung wie der alliierten Hochkommissare erleichtern.

Eine pessimistische Perspektive war in dieser Analyse nur dann erkennbar, wenn man sie im Kontext der in anderen OIR-Arbeiten vertretenen Positionen las¹¹¹. Ansonsten wurde hier das Bild einer formal funktionierenden, aber mitnichten über eine stabile Basis verfügenden Demokratie gezeichnet, deren Zukunftsperspektiven ungewiß erschienen, zumal sie nach Darstellung von OIR letztlich doch eindeutig autoritäre und reaktionäre Tendenzen zeigte¹¹². Ihre Entlassung in die – wenn auch noch eingeschränkte – Selbständigkeit wurde hier nicht problematisiert, andererseits wurde aber auch kein Zweifel daran gelassen, daß dieses schwer erziehbare „Ziehkind“ unverzüglich, energisch und notfalls auch rücksichtslos versuchen würde, seine eigenen Interessen gegenüber seinen „Ziehvätern“ durchzusetzen.

Als Bündnispartner des Westens galt die junge Bundesrepublik dann auch noch bis in die fünfziger Jahre hinein als unsicherer Kandidat – und zwar gerade wegen des immer besorgt beobachteten Nationalismus und wegen weitverbreiteter tiefsitzender Zweifel an ihrer demokratischen Standfestigkeit. Ein entsprechend prekäres Bild vermittelte beispielsweise eine Ende 1949 fertiggestellte CIA-Studie, die sich relativ ausführlich mit der „deutschen Frage“ beschäftigte¹¹³. Ähnlich wie in R&A-Studien wurde einleitend zunächst der geschichtliche Hintergrund der aktuellen Situation skizziert, wobei herausgestellt wurde, daß sich seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland ein System ausgebildet habe, in dem die Macht dem preußischen Militär, den Junkern und den Großindustriellen gehörte, deren gehorsamstes Instrument eine „vast bureaucracy“ gewesen sei. Zentralismus und politischer Autoritarismus hätten so eine starke Tradition in Deutschland, und zudem seien die Deutschen seit 1871 immer mehr nationalistisch „indoktriniert“ worden.

So sei den Bemühungen der Westmächte um die Stärkung föderalistischer und anti-nationalistischer Tendenzen und Kreise nur begrenzter Erfolg beschieden gewesen: „Centralism and nationalism remain nonetheless predominant in the outlook of the average German and will become increasingly active forces as control over their own destiny is returned to the Germans“. Auch die Autoritätshörigkeit der Deutschen sei noch immer stark ausgeprägt; so sei man der von den Westmächten initiierten Rekonstruktion demokratischer politischer Strukturen zunächst nur „lukewarm or passively receptive“ begegnet, und noch in den Länderverfassungen zeige sich „the ingrained German predilection for granting extensive power to leaders“. Vor diesem Hintergrund hielt man den Abzug der Besatzungstruppen nicht für ratsam: „There is danger [...] that already existing anti-democratic and nationalist tendencies will be streng-

¹¹¹ Während andere Stellen – wie im folgenden noch illustriert wird – die Entwicklung eines neuen Nationalismus noch bis in die fünfziger Jahre hinein fürchteten, scheint man sich in OIR seit Ende 1949 mit diesbezüglichen Prognosen zurückgehalten zu haben; entsprechend nüchtern und weitgehend deskriptiv NA, RG 59, OIR/(R&A) 5176, „Western German Political Splinter Groups“, 11.5. 1950.

¹¹² Eine in diesem Zusammenhang interessante Analyse findet sich in NA, RG 59, OIR/(R&A) 5334, „The Composition of The German Bundestag, 1950“, 25.9. 1950; vgl. zu diesem Themenkreis auch Herz, German Officialdom Revisited, in: World Politics 7/1, October 1954, S.63–83; und ders., Denazification and Related Policies, in: ders. (Hrsg.), From Dictatorship to Democracy, S.15–38, besonders 30ff.; sowie Edinger, Post-Totalitarian Leadership, in: The American Political Science Review LIV (März 1960), S.58–82, und Benz, Versuche zur Reform des öffentlichen Dienstes, in: VfZ 29 (1981), S.216–245.

¹¹³ Truman/PSF-CIA/MF II, 0255: CIA, „Germany“, SR-20, 9.12. 1949.

thened [...] The existence of the present western German Government might ultimately be jeopardized by the attitude of nationalistic elements seeking to achieve their objectives through collusion with the USSR.“¹¹⁴

Noch Mitte 1950 beobachtete man die innere Entwicklung der Bundesrepublik nicht ohne Besorgnis¹¹⁵. Ein Bericht des US-Hochkommissariats beschäftigte sich 1954 eingehend mit den Tendenzen der Adenauer'schen Kanzlerdemokratie „towards a moderate authoritarian government in which the executive is the dominant branch of the government“. Die demokratischen Kräfte in Westdeutschland hätten keine tiefen Wurzeln und, so wurde festgestellt: „Many of the elements which made possible the rise of extremism in Germany are still present.“ Dabei sei insbesondere an die „longings and frustrations of the middle classes“ zu denken, die letztlich allerdings eher als potentielle denn akute Gefahr eingeschätzt wurden, denn man glaubte annehmen zu können, daß die konkrete Erfahrung des Nationalsozialismus viele Deutsche gegen Experimente mit politischen Extremen immunisiert habe. Dennoch wurde nicht ausgeschlossen, daß sich die bisher erkennbaren autoritären Tendenzen der westdeutschen Kanzlerdemokratie unter ungünstigsten Umständen, insbesondere im Falle einer wirtschaftlichen Stagnation, bedenklich verstärken könnten.

Mit ihrer pessimistischen Beurteilung der westdeutschen Demokratie standen die im State Department verbliebenen R&A-Deutschlandexperten so keineswegs alleine. Ob sich Franz Neumanns These, daß die Westmächte in Deutschland aufgrund ihrer „falschen Theorie der Demokratie“ nur „demokratische Prozeduren“ installiert, aber keine Basis für eine lebensfähige Demokratie gelegt hätten¹¹⁶, letztlich bestätigen würde, schien damit bis in die fünfziger Jahre hinein noch offen. Doch wie Neumann in anderem Zusammenhang selbst einmal angemerkt hatte, kann „die Wissenschaft der Politik“ eine solche Frage „nicht entscheiden – die Entscheidung fällt die Geschichte“¹¹⁷.

¹¹⁴ Ähnliche Schlußfolgerungen in Truman/PSF-CIA/MF II, 0377: CIA, ORE 1–50, „Political Orientation of the West German State“, 25.4. 1950, wo zwar für die nächsten Jahre – zumindest bis etwa 1953 – eine im wesentlichen westliche Ausrichtung der Bundesrepublik erwartet wird, gleichzeitig aber auch starke Kräfte zugunsten eines neutralen Deutschlands beschrieben werden und eine Schwächung bzw. Destabilisierung der Regierung Adenauer durch ein Erstarren der Rechten nicht ausgeschlossen wird.

¹¹⁵ „Some Observations on West German Political Developments“, U.S. HICOG, Bonn to The Department of State, Washington, dokumentiert von Schröder, Die Anfangsjahre der Bundesrepublik Deutschland, in: VfZ 37/2 (1989), S. 323–351.

¹¹⁶ Neumann, Militärregierung und Wiederbelebung der Demokratie in Deutschland (1948), in: ders., Wirtschaft, Staat, Demokratie, S. 309–325.

¹¹⁷ Neumann, Die Wissenschaft der Politik in der Demokratie (1950), in: ders., Wirtschaft, Staat, Demokratie, S. 392.

Schlußbetrachtung

„Bei der Darstellung der amerikanischen Besatzungspolitik [...] werden im allgemeinen zwei gegensätzliche Richtungen unterschieden: die eine, die Deutschland so schnell wie möglich zum amerikanischen Verbündeten gegenüber der Sowjetunion machen wollte; und die andere, die [...] Deutschland bestrafen, zerschlagen, ‚pastoralisieren‘ wollte. Vernachlässigt wird, gerade auch von der deutschen Forschung, eine dritte Richtung, die dazwischen lag und die vielleicht sogar damals die vorherrschende war – bei den Emigranten ohnehin, aber eben auch in den amerikanischen Regierungsstellen.“

John Herz¹

Die eingangs gestellte Frage – „Do Americans know what is going on in the world?“ – verweist auf ein Klischee, mit dem sich die „Alte Welt“ gerade in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg gelegentlich über die Vormachtstellung der „Neuen Welt“ hinwegtröstet hat. In Deutschland hatte man solchen Trost vor allem während der Besatzungszeit besonders nötig.² Das Bild der amerikanischen Deutschlandpolitik der ersten Nachkriegsjahre ist davon nicht unbeeinflusst geblieben: Die amerikanischen Besatzer sind vielen als „Kreuzfahrer“ in Erinnerung geblieben – als „Kreuzfahrer“, die ein System vernichten wollten, das der Mehrheit der Besetzten schon in der „Stunde Null“ untergegangen zu sein schien; die Demokratie, zu der die Sieger die Besiegten bekehren wollten, war für viele ungläubwürdig oder fremd, die damit verbundene Politik in einem vom Krieg zerstörten Land unsinnig und realitätsfern. In dem sich abzeichnenden und bald zuspitzenden Ost-West-Antagonismus wurde die Besatzungsmacht zwar zunehmend auch Schutzmacht, doch angesichts der damit einhergehenden Ausprägung zweier deutscher Staaten sahen viele den anfänglich propagierten Idealismus als eine moderne, säkularisierte Variante des alten Anspruchs cuius regio eius religio entlarvt. Die schrittweise Westintegration der Bundesrepublik und die dadurch bald wiedererlangte „Respektabilität“ hat allerdings letztlich eine Mehrheit mit diesen Entwicklungen ausgesöhnt und schließlich auch manche ehemals bittere Beurteilung gemildert.

Die hier skizzierten Stimmungslagen haben sich mehr oder minder deutlich auch in der Fachliteratur niederschlagen. Vor dem Hintergrund einer Neubewertung der Ursprünge und Mechanismen des Kalten Krieges³ sind seit Beginn der achtziger Jahre jedoch sowohl „realistische“ wie „revisionistische“ Interpretationen verschiedener Aspekte der amerikanischen Deutschlandpolitik der Nachkriegszeit in Einzelstudien modifiziert worden; sozialgeschichtliche Lokalstudien haben zudem den Blick dafür geschärft, daß die Deutschen während der Besatzungszeit mitnichten auf ein „Trizoniesier“-Dasein reduziert waren.

Das sich so abzeichnende differenziertere Bild der amerikanischen Deutschlandpolitik der ersten Nachkriegszeit weist freilich noch eine ganze Reihe weißer Flecken auf.

¹ Im Gespräch mit Alfons Söllner in: ders. (Hrsg.), *Archäologie der Demokratie*, Bd. 2, S. 37.

² Vgl. dazu und zum Folgenden z. B. Merritt/Merritt, *Public Opinion in Occupied Germany*, sowie die Hinweise bei Krieger, *General Lucius D. Clay*, S. 517 ff.

³ Vgl. dazu z. B. Gaddis, *The Emerging Post-Revisionist Synthesis on the Origins of the Cold War*, in: *Diplomatic History* 7 (1983), S. 171–204.

Mit der vorliegenden Arbeit ist versucht worden, zur Vervollständigung dieses Bildes beizutragen. Immer wieder ist hier die These vertreten worden, daß die vorherrschende Interpretation der R&A-Deutschlandanalysen als Zeugnisse eines ideen- und wissenschaftsgeschichtlich faszinierenden, aber politisch unbedeutenden Versuchs deutscher Linksintellektueller, ein ihren Idealen entsprechendes, doch kaum mit den Vorstellungen amerikanischer Regierungsbehörden zu vereinbarendes „anderes Deutschland“ auf den Weg zu bringen, zu kurz greift. Denn wenn man die Analysen der R&A-Branch in ihrer Zweckbestimmung ernst nimmt und sie als „intelligence“ für die am Prozeß der Formulierung, Planung und Umsetzung der amerikanischen Deutschlandpolitik beteiligten Beamten, Politiker und Militärs untersucht, sind sie nicht nur in dem von Söllner definierten Sinne „archäologische Dokumente“. Sie lassen dann vielmehr die eingangs angesprochene – von der Historiographie bislang tatsächlich eher vernachlässigte – „dritte Richtung“ amerikanischer Deutschlandpolitik erkennen, und vieles spricht dafür, daß diese „dritte Richtung“ bis zu der von Morgenthau im Sommer 1944 eingeleiteten Verschärfung der amerikanischen Deutschlandplanung zwar nicht auf der Ebene der „Großen Drei“, aber doch in den US-Planungsstäben „die vielleicht sogar [...] vorherrschende war“.

Der Beitrag, den R&A zu den während der letzten beiden Kriegsjahre in Washington angestellten deutschlandpolitischen Überlegungen leistete, umfaßte mehr als eine Reihe von Einzelstudien, denn den Arbeiten der Abteilung lag eine in sich weitgehend schlüssige deutschlandpolitische Konzeption zugrunde, die die R&A-Deutschlandexperten – ganz offensichtlich stark beeinflusst von ihrem „recognized intellectual leader“, Franz Neumann – aus ihren Analysen des „Dritten Reiches“ entwickelt hatten. Daß diese Konzeption so unübersehbar von dem in der Abteilung prominent vertretenen „linkshegelianischen Weltgeist“ geprägt war, bedeutete keineswegs, daß R&A eine Außenseiterposition einnahm.

Zwar kam es während der Arbeit an den Civil Affairs Guides zuweilen zu hitzigen Debatten, doch wurden diese nicht etwa dadurch ausgelöst, daß R&A linksradikale Positionen vertrat. Ganz im Gegenteil zogen die R&A-Deutschlandexperten Kritik auf sich, weil ihre Empfehlungen allzusehr an der vom War Department gewünschten „limited liability“ der Militärregierung orientiert schienen. Ob dies, wie Söllner vermutet hat, als „strategische Zurückhaltung“ angesichts eines von R&A unterstellten Konservatismus des War Department zu bewerten ist, scheint zweifelhaft, denn die von R&A vertretenen Positionen lassen sich nicht weniger schlüssig erklären, wenn man die in den Studien zum nationalsozialistischen Deutschland erkennbaren Erwartungen der Abteilung an die vom Nationalsozialismus befreite deutsche Arbeiterschaft in Rechnung stellt. Freilich war die Hoffnung, daß die Militärregierung die Entfaltung der von R&A geforderten „social revolution“ wohlwollend unterstützen würde, kaum realistisch. Gleichzeitig darf aber nicht übersehen werden, daß auf der Ebene, auf der die R&A-Studien rezipiert wurden, tatsächlich ein gewisser Konsens darüber vorhanden war, daß tiefgreifende soziale und politische Reformen eine unerläßliche Voraussetzung für eine Demokratisierung Deutschlands waren, obwohl es, wie vor allem die Kontroversen zwischen FEA und R&A zeigen, durchaus unterschiedliche Vorstellungen darüber gab, wie sich diese Demokratisierung im einzelnen vollziehen sollte.

Doch die für eine Demokratisierung Deutschlands notwendigen Rahmenbedingungen definierten Denkschriften des State Department kaum anders als R&A-Studien,

und die als Begründung vorgetragene Argumente unterschieden sich manchmal nur durch eine geringfügig andere Wortwahl. Während sich eindeutige Verbindungen zwischen R&A-Studien und Positionspapieren des State Department nur in Einzelfällen nachweisen lassen, deuten doch eine ganze Reihe von Indizien – wie etwa die starke Inanspruchnahme von R&A – darauf hin, daß man die Arbeit der Abteilung vor allem im State Department, aber auch in anderen Behörden, schätzte. Insgesamt dürften die von R&A zwischen 1943 und 1945 ausgearbeiteten Studien so als ein Beitrag zu der in Washington geführten deutschlandpolitischen Diskussion zu werten sein, den es für ein differenzierteres Verständnis der längerfristigen Entwicklung der amerikanischen Deutschlandpolitik zu berücksichtigen gilt.

Freilich zeichnete sich schon seit der von Finanzminister Morgenthau im Sommer 1944 ausgelösten Verschärfung der in Washington erwogenen deutschlandpolitischen Maßnahmen ab, daß die von R&A immer wieder formulierte Mahnung, daß das vorrangige Kriegsziel der Alliierten – die dauerhafte Ausschaltung Deutschlands als Aggressor – in der Nachkriegszeit mit politischem Augenmaß und Verantwortungsbewußtsein als „Friedensziel“ umgesetzt werden müsse, nicht beachtet werden würde. Obwohl die Gegner der unter dem Eindruck von Morgenthaus Initiative formulierten Deutschlandpolitik schrittweise Revisionen durchsetzten, wurden doch die Weichen dafür gestellt, daß die amerikanische Administration eine Deutschlandpolitik verfolgen würde, in der die in Grundzügen weitgehend übereinstimmenden Empfehlungen ihrer Deutschlandexperten kaum zu erkennen waren.⁴

Konzentriert man sich auf die Untersuchung der tatsächlich realisierten US-Besatzungs- und Deutschlandpolitik, so geraten in der Planungsphase entwickelte Alternativen und ihr Weiterwirken leicht in Vergessenheit. Gerade bei der Beschäftigung mit der Entstehungsphase des Kalten Krieges wird dadurch unter Umständen unzulässigen Vereinfachungen Vorschub geleistet, die schnell zu fehlgeleiteten Beurteilungen führen können. Insofern sind die ab 1945 entstehenden R&A-Deutschlandanalysen eine besonders interessante Quelle, denn sie bewahren diese Alternative – seit Herbst 1945 im State Department – noch weit bis in das Jahr 1947, das mit der Verkündung der „Truman-Doktrin“ den gewissermaßen offiziellen Beginn des Kalten Krieges markiert. Daß einigen der grundlegenden, schon 1943 in R&A-Deutschlandstudien formulierten Positionen ausgerechnet in dieser Situation – freilich für ein geteiltes Deutschland und ein geteiltes Europa – der Rang von Binsenwahrheiten zuwuchs, mag fast schon als Ironie der Geschichte anmuten.

So hätte wohl auch keiner der R&A-Deutschlandexperten der These zugestimmt, „[that the] policy of 1947 was [. . .] ready by August 1944“⁵. Obwohl die amerikanische Deutschlandpolitik seit der im September 1946 von Außenminister Byrnes in

⁴ Allerdings scheint nicht nur die US-Administration die Empfehlungen ihrer Deutschlandexperten ignoriert zu haben, vgl. in diesem Zusammenhang Kettenackers Darstellung der britischen Deutschlandplanung: Krieg zur Friedenssicherung; auch die unterhalb der Ebene der „Großen Drei“ während des Krieges stattfindenden Gespräche vermitteln zuweilen den Eindruck, daß man sich auf dieser Ebene über einige der zentralen deutschlandpolitischen Fragen durchaus hätte einigen können (vgl. dazu z. B. V., 2. Teil, Anmerkung 95).

⁵ Peterson, *American Occupation*, S. 37, vgl. aber auch S. 351, wo Peterson darauf verweist, daß die „Politik von 1944“ 1947 in einem grundlegend veränderten politischen Klima umgesetzt wurde.

Stuttgart gehaltenen Rede immer mehr Elemente enthielt, die den von US-Planungsstäben vor dem Eingreifen Morgenthau entwickelten Vorstellungen ähnelten, ließen sich diese auf eine Fortsetzung der interalliierten Kooperation rechnenden Konzeptionen 1947 bestenfalls modifiziert, aber damit auch in ihrer ursprünglichen Intention geschwächt, umsetzen. Unverkennbar hatten die Entwicklungen der Nachkriegszeit kaum eine der Hoffnungen, aber viele der in R&A-Studien formulierten Befürchtungen erfüllt. Es ist müßig zu spekulieren, ob es umgekehrt gewesen wäre, wenn die amerikanische Politik den von R&A gegebenen Empfehlungen und Warnungen entsprochen hätte⁶. Zwar ließen sich die Hoffnungen der Abteilung im Rückblick leicht als unrealistisch abtun, und ebenso leicht ließe sich kritisieren, daß die von R&A angenommenen politischen Rahmenbedingungen einen allzu rationalen politischen Prozeß voraussetzten; doch sollte es zu denken geben, daß die britischen Deutschlandexperten manche dieser im nachhinein so leicht als „falsch“ zu identifizierenden Vorstellungen teilten und letztlich ebensowenig wie ihre Kollegen in R&A die „Grenzen rationaler Planung“ überschreiten konnten.

⁶ Die Frage, inwieweit die von den Alliierten betriebene Politik die allseits festgestellte politische Apathie der Deutschen nach der Kapitulation förderte, hat Dülffer in seiner Rezension von Kettenackers Darstellung der britischen Deutschlandplanung (Krieg zur Friedenssicherung) aufgeworfen in: *Das Parlament*, 16–17, 13./20.4. 1990. Zum Folgenden siehe Kettenackers zusammenfassende Betrachtung zu den „Grenzen rationaler Planung“ in: ders., *Krieg zur Friedenssicherung*, S. 517–536.

Quellen und Literatur

1. Unveröffentlichte Quellen

National Archives, Washington, D. C.:

- RG 59 General Records of the Department of State: – Reports of the Research and Analysis Branch of the Office of Strategic Services (1941–1950); – Central Decimal File; – Policy Planning Staff, Numbered Papers
- RG 226 Records of the Office of Strategic Services
- RG 238 World War II War Crimes Records
- RG 243 Reports of the United States Strategic Bombing Survey

Franklin Delano Roosevelt Library, Hyde Park, N. Y.:

- President's Secretary's File: Safe File, OSS-Subject File
- OSS Numbered Bulletins, March 1943 – April 1945, Map Room

Hoover Institution, Stanford, CA:

- Daniel Lerner Collection
- Joseph E. Persico Collection
- Akte Schulte, Eduard

Wiener Library, Tel Aviv:

- War Department Pamphlet No. 31–121, Civil Affairs Guide, „Military Government and Problems with Respect to the Jews in Germany“, 22. 7. 1944
- Newsreels from 1933 to 1944. Prepared by the Field Photographic Branch, Office of Strategic Services

2. Veröffentlichte Quellen

- CIA Research Reports, Europe 1946–1970. Edited by Paul Kesaris [Microfilm Publication], Frederick, MD 1983.
- Department of State, Germany 1947–1949. The Story in Documents, Washington, D. C. 1950.
- Department of State, Occupation of Germany. Policy and Progress 1945–1946, Washington, D. C. 1947.
- Department of State, Postwar Foreign Policy Preparation, 1939–1945, Washington 1949/ Reprint Westport, Connecticut. 1975.
- Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg, 14. November 1945–1. Oktober 1946, Nürnberg 1947–1949.
- Documents on Germany under Occupation 1945–1954. Selected and edited by Beate Ruhm von Oppen, London, New York, Toronto 1955.
- Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers (1943–1945), Washington 1955–1968.
- Langer, Walter: The Mind of Adolf Hitler. The Secret Wartime Report by Walter C. Langer, New York 1972.
- Mendelsohn, John (Hrsg.): The Holocaust. Selected Documents in Eighteen Volumes. 11. The Wannsee Protocol and a 1944 Report on Auschwitz by the Office of Strategic Services, New York, London 1982.

- National Archives, Microfilm Publication M 1171 (RG 59: Policy Planning Staff, Numbered Papers).
- National Archives, Microfilm Publication M 1221 (RG 59: Reports of the Research and Analysis Branch of the Office of Strategic Services, 1941–1947).
- Schlesinger, Arthur M., Jr. (Hrsg.): *The Dynamics of World Power. A Documentary History of United States Foreign Policy 1945–1973*. Bd. I: Western Europe, New York 1973.
- The State Department Policy Planning Staff Papers, 1947–1949, 3 Bde., New York & London 1983.
- War Report of the OSS (Office of Strategic Services), [2 Bde.] with a new introduction by Kermit Roosevelt. Prepared by History Project, Strategic Services Unit, Office of the Assistant Secretary of War, War Department, Washington, D. C. 1976.
- Zevin, B. D. (Hrsg.): *Nothing to Fear. The Selected Addresses of Franklin Delano Roosevelt 1932–1945*, Cambridge 1946.

3. Literatur

- Abelshauer, Werner: *Hilfe zur Selbsthilfe. Zur Funktion des Marshallplans beim westdeutschen Wiederaufbau*, in: VfZ 37 (1989), S. 85–113.
- Acheson, Dean: *Present at the Creation. My Years in the State Department*, New York 1970.
- Agrell, Wilhelm/Huldt, Bo (Hrsg.): *Clio goes Spying: Eight Essays on the History of Intelligence*, Malmö 1983.
- Alcorn, Robert Hayden: *No Bugles for Spies. Tales of the OSS*, New York 1962.
- Alsop, Stewart/Braden, Thomas: *Sub Rosa. The O. S. S. and American Espionage*, New York 1946.
- Ameringer, Charles D.: *U. S. Foreign Intelligence. The Secret Side of American History*, Lexington, Mass., Toronto 1990.
- Andrew, Christopher/Dilks, David (Hrsg.): *The Missing Dimension. Governments and Intelligence Communities in the Twentieth Century*, London, Basingstoke 1984.
- Andrew, Christopher: *Her Majesty's Secret Service. The Making of the British Intelligence Community*, New York 1987.
- Backer, John H.: *Priming the German Economy. American Occupational Policies 1945–1948*, Durham, N. C. 1971.
- Backer, John H.: *The Decision to Divide Germany. American Foreign Policy in Transition*, Durham, N. C. 1978.
- Backer, John H.: *Winds of History: The German Years of Lucius DuBignon Clay*, New York 1983 (deutsch: *Die deutschen Jahre des Generals Clay. Der Weg zur Bundesrepublik 1945–1949*, München 1983).
- Balabkins, Nicholas: *Germany Under Direct Controls. Economic Aspects of Industrial Disarmament 1945–1948*, New Brunswick, N. J. 1964.
- Balfour, Michael: *The Origin of the Formula 'Unconditional Surrender' in World War II*, in: *Armed Forces and Society* 1979, 5(2), S. 281–301.
- Bancroft, Mary: *Autobiography of a Spy*, New York 1983.
- Bancroft, Mary: *Die Verschwörung – von außen gesehen*, in: Schultz (Hrsg.), *Der Zwanzigste Juli*, S. 50–58.
- Barker, Elisabeth: *British Policy in South-East Europe in the Second World War*, London 1976.
- Becker, Winfried (Hrsg.): *Die Kapitulation von 1945 und der Neubeginn in Deutschland* (Symposium an der Universität Passau 30.–31.10. 1985), Köln/Wien 1987.
- Beitzell, Robert: *The Uneasy Alliance. America, Britain, and Russia, 1941–1943*, New York 1972.
- Benz, Wolfgang/Graml, Hermann (Hrsg.): *Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Aufsätze Hans Rothfels zum Gedächtnis*, Stuttgart 1976.
- Benz, Wolfgang: *Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland*, München 1986.
- Benz, Wolfgang: *Versuche zur Reform des öffentlichen Dienstes in Deutschland 1945–1952. Deutsche Opposition gegen alliierte Initiativen*, in: VfZ 29 (1981), S. 216–245.
- Benz, Wolfgang: *Von der Besatzungsherrschaft zur Bundesrepublik. Stationen einer Staatsgründung 1946–1949*, Frankfurt a. M. 1984.

- Berghahn, Volker R./Kitchen, Martin (Hrsg.): *Germany in the Age of Total War. Essays in Honour of Francis Carsten*, Totowa, NJ 1981.
- Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte München und von der Research Foundation for Jewish Immigration. München, usw. 1980, 1983.
- Birke, Adolf M.: Die aufgezwungene Demokratie? Zur Verfassungspolitik in den westlichen Besatzungszonen, in: Heideking/Hufnagel/Knippling (Hrsg.), *Wege in die Zeitgeschichte*, S. 151–163.
- Blum, John Morton: *From the Morgenthau Diaries. Years of War 1941–1945*, Boston 1967.
- Borsdorf, Ulrich/Niethammer, Lutz (Hrsg.): *Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945*, Wuppertal 1976.
- Bosch, William J.: *Judgment on Nuremberg. American Attitudes Toward the Major German War-Crimes Trials*, Chapel Hill 1970.
- Bower, Tom: *The Pledge Betrayed: America and Britain and the Denazification of Post War Germany*, Garden City, NY 1982 (C 1980).
- Boyers, Richard (Hrsg.): *The Legacy of the German Refugee Intellectuals*, New York 1972 (Salmagundi 10/11, special number, 1969/70).
- Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf (Hrsg.): *Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945. Eine Bilanz*, Darmstadt 1983.
- Bracher, Karl Dietrich/Schulz, Gerhard/Sauer, Wolfgang: *Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34*, Köln/Opladen 1962.
- Breckinridge, Scott D.: *The CIA and the U.S. Intelligence System*, Boulder, London 1986.
- Breuer, William B.: *Operation Torch. The Allied Gamble to Invade North Africa*, New York 1985.
- Broszat, Martin: *Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung*, München 1969.
- Broszat, Martin: Siegerjustiz oder strafrechtliche „Selbstreinigung“. Aspekte der Vergangenheitsbewältigung der deutschen Justiz während der Besatzungszeit 1945–1949, in: VfZ 29 (1981), S. 477–544.
- Broszat, Martin/Henke, Klaus-Dietmar/Woller, Hans (Hrsg.): *Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland*, München 1988.
- Broszat, Martin/Schwabe, Klaus (Hrsg.): *Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg*, München 1989.
- Burridge, Trevor: Great Britain and the Dismemberment of Germany at the End of the Second World War, in: *The International History Review* III/4 (1981), S. 565–579.
- Buscher, Frank M.: *The U.S. War Crimes Trial Program in Germany, 1946–1955*, New York, usw. 1989.
- Campbell, A. E.: Franklin Roosevelt and Unconditional Surrender, in: Langhorne (Hrsg.), *Diplomacy and Intelligence during the Second World War*, S. 219–241.
- Carlson, John Roy [Derounian, Arthur]: *Under Cover. My Four Years in the Nazi Underworld of America – The Amazing Revelation of How Axis Agents and Our Enemies Within Are Now Plotting to Destroy the United States*, New York 1943.
- Casey, William: *The Secret War Against Hitler*, Washington, D. C. 1988.
- Cave Brown, Anthony: *The Last Hero. Wild Bill Donovan*, New York 1984 (C 1982).
- Chalou, George C. (Hrsg.): *The Secrets War. The Office of Strategic Services in World War II*, Washington, D. C. 1992.
- Clay, Lucius D.: *Entscheidung in Deutschland*, Frankfurt a. M. 1950.
- Cline, Ray S.: *Secrets, Spies and Scholars. Blueprint of the Essential CIA*, Washington, D. C. 1976.
- Cooke, Ronald/Nesbit, Roy Conyers: *Target Hitler's Oil: Allied Attacks on German Oil Supplies, 1939–1945*, London 1985.
- Corson, William R.: *The Armies of Ignorance. The Rise of the American Intelligence Empire*, New York 1977.
- Coser, Lewis A.: *Refugee Scholars in America: Their Impact and Their Experiences*, New Haven 1984.
- Cramer, Erich: *Hitlers Antisemitismus und die „Frankfurter Schule“. Kritische Faschismus-Theorie und geschichtliche Realität*, Düsseldorf 1979.

- Crawford, Rex W. (Hrsg.): *The Cultural Migration. The European Scholar in America*, Philadelphia 1953.
- Cruikshank, Charles: *The Fourth Arm. Psychological Warfare 1938–1945*, London 1977.
- Czempiel, Ernst-Otto/Schweitzer, Carl-Christoph: *Weltpolitik der USA nach 1945. Einführung und Dokumente*, Darmstadt 1984.
- Dallek, Robert: *Franklin D. Roosevelt and American Foreign Policy 1932–1945*, New York 1979.
- Daniel, Ute: *Dollardiplomatie in Europa. Marshallplan, kalter Krieg und US-Außenwirtschaftspolitik 1945–52*, Düsseldorf 1982.
- Daniels, Gordon (Hrsg.): *A Guide to the Reports of the United States Strategic Bombing Survey*, London 1981.
- Darling, Arthur B.: *The Central Intelligence Agency. An Instrument of Government to 1950*, University Park and London 1990.
- de Jong, Louis: *Die deutsche Fünfte Kolonne im Zweiten Weltkrieg*, Stuttgart 1959.
- Department of State: *Biographic Register of the Department of State / Register of the Department of State (1946, 1948, 1949)*, Washington 1947–1949.
- Deuerlein, Ernst: *Die Einheit Deutschlands. Bd. I: Die Erörterungen und Entscheidungen der Kriegs- und Nachkriegskonferenzen 1941–1949. Darstellungen und Dokumente*, Frankfurt a.M./Berlin²1961.
- Dönhoff, Marion: *Germany Puts Freedom before Unity*, in: *Foreign Affairs*, April 1950, S.398–411.
- Donovan, Robert J.: *Conflict and Crisis. The Presidency of Harry S. Truman, 1945–1948*, New York 1977.
- Dorn, Walter L.: *Inspektionsreisen in der US-Zone. Notizen, Denkschriften und Erinnerungen aus dem Nachlaß*. Übersetzt und herausgegeben von Lutz Niethammer, Stuttgart 1973.
- Dorn, Walter: *The Debate Over American Occupation Policy in Germany in 1944–1945*, in: *PSQ* 72/4 (1957), S. 481–501 (deutsch in *VfZ* 1958/1, S.60–77).
- Dubieli, Helmut/Söllner, Alfons (Hrsg.): *Horkheimer / Pollock / Neumann / Kirchheimer / Gurland / Marcuse: Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus. Analysen des Instituts für Sozialforschung 1939–1942*, Frankfurt a.M. 1981.
- Dulles, Allen W./Schulze-Gaevernitz, Gero von: *The Secret Surrender*, New York 1966 (deutsch: *Unternehmen „Sunrise“*. Die geheime Geschichte des Kriegsendes in Italien, Berlin 1967).
- Dulles, Allen W.: *The Craft of Intelligence*, New York 1963.
- Dulles, Allen W.: *Germany's Underground*, New York 1947 (deutsch: *Verschwörung in Deutschland*, Zürich 1948).
- Dunlop, Richard: *Donovan. America's Master Spy*, Chicago, usw. 1982.
- Eden, Anthony: *The Eden Memoirs. The Reckoning*, London 1965.
- Edinger, Lewis J.: *Post-Totalitarian Leadership: Elites in the German Federal Republic*, in: *The American Political Science Review* LIV (März 1960), S.58–82.
- Encyclopedia of American Intelligence and Espionage. From the Revolutionary War to the Present*. G.J.A. O'Toole, New York/Oxford 1988.
- Epstein, Klaus: *Vom Kaiserreich zum Dritten Reich. Geschichte und Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert. Ein Leitfaden*, hrsg. von E. Pikart, D. Junker und G. Hufnagel, Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1972.
- Erd, Rainer (Hrsg.): *Reform und Resignation: Gespräche über Franz L. Neumann*, Frankfurt a.M. 1985.
- Eschenburg, Theodor: *Jahre der Besatzung 1945–1949. Mit einem einleitenden Essay von Eberhard Jäckel*, Stuttgart/Wiesbaden 1983.
- Europäische Publikation e.V. (Hrsg.): Vollmacht des Gewissens, Band II*. Frankfurt a.M./Berlin 1965.
- Fainsod, Merle: *The Development of American Military Government Policy during World War II*, in: *Friedrich and Associates, American Experiences in Military Government in World War II*, S.23–51.
- Fait, Barbara: „In einer Atmosphäre von Freiheit“. Die Rolle der Amerikaner in der Verfassungsgebung in den Ländern der US-Zone 1946, in: *VfZ* 33 (1985), S.420–455.
- Fichter, Michael: *Besatzungsmacht und Gewerkschaften. Zur Entwicklung und Anwendung der US-Gewerkschaftspolitik in Deutschland 1944–1948*, Opladen 1982.

- Fischer, Alexander/Moltmann, Günter/Schwabe, Klaus (Hrsg.): Rußland – Deutschland – Amerika. Festschrift für Fritz T. Epstein zum 80. Geburtstag, Wiesbaden 1978.
- Fischer, Alexander: Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg (1941–1945), Stuttgart 1975.
- Fleischhauer, Ingeborg: Die Chance des Sonderfriedens. Deutsch-sowjetische Geheimgespräche 1941–1945, Berlin 1986.
- Fleming, Donald/Bailyn, Bernard (Hrsg.): The Intellectual Migration. Europe and America, 1930–1960, Cambridge/Mass. 1969.
- Foot, Michael: Was SOE Any Good?, in: JCH 16 (1981), S. 167–181.
- Ford, Corey: Donovan of OSS, Boston/Toronto 1970.
- Ford, Franklin: The 20th of July in the History of the German Resistance, in: American Historical Review, Juli 1946, S. 609–626.
- Foschepoth, Josef (Hrsg.): Kalter Krieg und Deutsche Frage. Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945–1952, Göttingen/Zürich 1985.
- Foschepoth, Josef: Konflikte in der Reparationspolitik der Alliierten, in: ders. (Hrsg.): Kalter Krieg und Deutsche Frage, S. 175–197.
- Fraenkel, Ernst: The Dual State. A Contribution to the Theory of Dictatorship, New York, usw. 1941.
- Friedrich, Carl J. and Associates: American Experiences in Military Government in World War II, New York 1948.
- Friedrich, Carl J.: Military Government and Democratization: A Central Issue of American Foreign Policy, in: ders. and Assoc.: American Experiences in Military Government, S. 3–22.
- Frieser, Karl-Heinz: Krieg hinter Stacheldraht. Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion und das Nationalkomitee „Freies Deutschland“, Mainz 1981.
- Frohn, Axel: Neutralisierung als Alternative zur Westintegration. Die Deutschlandpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika 1945–1949, Frankfurt a. M. 1985.
- Gaddis, John L.: Containment: A Reassessment, in: Foreign Affairs 55 (July 1977), S. 873–887.
- Gaddis, John L.: Strategies of Containment: A Critical Appraisal of Postwar American National Security Policy, New York 1982.
- Geyer, Dietrich (Hrsg.): Osteuropa-Handbuch. Sowjetunion. Außenpolitik 1917–1955, Köln/Wien 1972.
- Geyer, Dietrich: Deutschland als Problem der sowjetischen Europapolitik am Ende des Zweiten Weltkriegs, in: Foschepoth (Hrsg.): Kalter Krieg und Deutsche Frage, S. 50–65.
- Geyer, Dietrich: Von der Kriegskoalition zum Kalten Krieg, in: ders. (Hrsg.): Osteuropa-Handbuch. Sowjetunion, S. 342–381.
- Gilbert, Felix: Lehrjahre im alten Europa. Erinnerungen 1905–1945, Berlin 1989.
- Gilbert, Martin: Auschwitz und the Allies. How the Allies Responded to the News of Hitler's Final Solution, London 1981 (deutsch: Auschwitz und die Alliierten, München 1982).
- Gimbel, John: A German Community under merican Occupation. Marburg, 1945–52, Stanford, CA 1961.
- Gimbel, John: Byrnes und die Bizone. – Eine amerikanische Entscheidung zur Teilung Deutschlands?, in: Benz/Graml (Hrsg.): Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert, S. 193–210.
- Gimbel, John: The American Occupation of Germany. Politics and the Military, 1945–1949, Stanford, CA 1968.
- Gimbel, John: The Origins of the Marshall Plan, Stanford, CA 1976.
- Gisevius, Hans B.: To the Bitter End, Boston 1947 (deutsch: Bis zum bitteren Ende. Zürich 1946).
- Grabbe, Hans-Jürgen: Unionsparteien, Sozialdemokratie und Vereinigte Staaten von Amerika 1945–1966, Düsseldorf 1983.
- Graml, Hermann: Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948, Frankfurt a. M. 1985.
- Graml, Hermann (Hrsg.): Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten, Frankfurt a. M. 1984.
- Graml, Hermann: Zwischen Jalta und Potsdam, in: VfZ 24 (1976), S. 308 ff.
- Gurland, A. R. L.: Why Democracy is Losing in Germany. Behind the Recent Elections, in: Commentary 8/3, September 1949, S. 227–237.

- Hammond, Paul: Directives for the Occupation of Germany: The Washington Controversy, in: Stein (Hrsg.): *American Civil-Military Decisions*, S. 311–460.
- Heideking, Jürgen: Amerikanische Geheimdienste und Widerstandsbewegungen im Zweiten Weltkrieg, in: Schulz (Hrsg.): *Partisanen und Volkskrieg*, S. 147–177.
- Heideking, Jürgen: Die „Schweizer Straßen“ des europäischen Widerstands, in: Schulz (Hrsg.), *Alliierte Geheimdienste und Widerstandsbewegungen*, S. 143–187.
- Heideking, Jürgen/Hufnagel, Gerhard/Knipping, Franz (Hrsg.): *Wege in die Zeitgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Gerhard Schulz*, Berlin/New York 1989.
- Heideking, Jürgen/Mauch, Christof (Hrsg.): *USA und deutscher Widerstand. Analysen und Operationen des amerikanischen Geheimdienstes im Zweiten Weltkrieg*, Tübingen/Basel 1993.
- Herbst, Ludolf (Hrsg.): *Westdeutschland 1945–1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration*, München 1986.
- Herbst, Ludolf: *Der Totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda 1939–1945*, Stuttgart 1982.
- Herz, John H. (Hrsg.): *From Dictatorship to Democracy: Coping with the Legacies of Authoritarianism and Totalitarianism*, Westport 1983.
- Herz, John H.: *German Officialdom Revisited: Political Views and Attitudes of the West German Civil Service*, in: *World Politics* 7/1, October 1954, S. 63–83.
- Herz, John H.: *The Fiasco of Denazification in Germany*, in: *PSQ* 63/4 (1948), S. 569–594.
- Herz, John: *Vom Überleben: Wie ein Weltbild entstand. Autobiographie*, Düsseldorf 1984.
- Heydecker, Joe J./Leeb, Johannes: *Der Nürnberger Prozeß. Mit einem Vorwort von Eugen Kogon und Robert M. W. Kempner. Neue Dokumente, Erkenntnisse und Analysen. Überarbeitete und aktualisierte Ausgabe* (2 Bde.), Köln 1985.
- Hinsley, F.H. (et al.): *British Intelligence in the Second World War. Its Influence on Strategy and Operations*, Vol. I-III, 2, London 1979–1988.
- Hoffmann, Peter: *Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, vierte, neu überarbeitete und ergänzte Ausgabe*, München/Zürich 1985.
- Holborn, Hajo: *American Military Government. Its Organization and Policies*, Washington, D. C. 1947.
- Holborn, Hajo: *Bericht zur deutschen Frage. Beobachtungen und Empfehlungen vom Herbst 1947*, dokumentiert von Erich J. C. Hahn, in: *VfZ* 35 (1987), S. 135–166.
- Holborn, Hajo: *Germany and Europe: Historical Essays*, Garden City, NY 1971.
- Holborn, Hajo: *Inter Naciones Prize 1969*, Bonn-Bad Godesberg 1969.
- Holborn, Hajo: *The Collapse of the European Political System, 1919–1945*, in: *World Politics* I, October 1948–July 1949 (Reprint 1962), S. 442–466.
- Hoover, Calvin B.: *Dictators and Democracies*, New York 1937.
- Hoover, Calvin B.: *Germany Enters the Third Reich*, New York 1933.
- Hoover, Calvin B.: *Memoirs of Capitalism, Communism, and Nazism*, Durham 1965.
- Hoover, Calvin B.: *The Economic Life of Soviet Russia*, New York 1931.
- Hughes, H. Stuart: *Franz Neumann between Marxism and Liberal Democracy*, in: Fleming/Bailyn (Hrsg.): *The Intellectual Migration*, S. 446–462.
- Hull, Cordell: *The Memoirs of Cordell Hull*, Vol. II, New York 1948.
- Hüttenberger, Peter: *Dimensionen des Widerstandsbegriffs*, in: Steinbach (Hrsg.): *Widerstand*, S. 80–95.
- Hüttenberger, Peter: *Vorüberlegungen zum „Widerstandsbegriff“*, in: Kocka (Hrsg.): *Theorien in der Praxis des Historikers*, S. 117 ff.
- Hyde, H. Montgomery: *Secret Intelligence Agent*, London 1982.
- Hyde, H. Montgomery: *The Quiet Canadian: The Secret Service Story of Sir William Stephenson*, London 1962.
- Jay, Martin: *Permanent Exiles. Essays on the Intellectual Migration from Germany to America*, New York 1985.
- Jay, Martin: *The Dialectical Imagination. A History of the Frankfurt School and the Institute of Social Research, 1923–1950*, Boston, Toronto 1973 (deutsch: *Dialektische Phantasie. Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung 1923–1950*, Frankfurt a. M. 1976).
- Jeffreys-Jones, Rhodri: *American Espionage. From Secret Service to CIA*, New York/London 1977.

- Jeffreys-Jones, Rhodri: *The CIA and American Democracy*, New Haven and London 1989.
- Katz, Barry M.: *Foreign Intelligence. Research and Analysis in the Office of Strategic Services 1942–1945*, Cambridge, Mass., London 1989.
- Kempner, Robert M. W.: *Ankläger einer Epoche. Lebenserinnerungen*. In Zusammenarbeit mit Jörg Friedrich, Frankfurt a. M. 1983.
- Kennan, George F.: *Memoiren eines Diplomaten (Memoirs 1925–1950)*, Stuttgart 1968.
- [Kennan, George F.]: *The Sources of Soviet Conduct*, in: *Foreign Affairs* 25 (1947), S. 567–582.
- Kennedy, Paul: *The Rise and Fall of the Great Powers. Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000*, New York 1987.
- Kent, Sherman: *Strategic Intelligence for American World Policy*, Princeton 1949.
- Kettenacker, Lothar: *Sozialpsychologische Aspekte der Führer-Herrschaft*, in: Bracher/Funke/Jacobsen (Hrsg.): *Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945*, S. 97–131.
- Kettenacker, Lothar: *Der nationalkonservative Widerstand aus angelsächsischer Sicht*, in: Schmädke/Steinbach (Hrsg.): *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, S. 712–748.
- Kettenacker, Lothar: *Krieg zur Friedenssicherung. Die Deutschlandplanung der britischen Regierung während des Zweiten Weltkrieges*, Göttingen/Zürich 1989.
- Kettenacker, Lothar (Hrsg.): *Das „Andere Deutschland“ im Zweiten Weltkrieg. Emigration und Widerstand in internationaler Perspektive*, Stuttgart 1977.
- Kimball, Warren F.: *Swords or Ploughshares. The Morgenthau Plan for Defeated Nazi Germany, 1943–1946*, Philadelphia, usw. 1976.
- Kindleberger, Charles P.: *Marshall Plan Days*, Boston 1987.
- King, Frank: *Allied Negotiations and the Dismemberment of Germany*, in: *JCH* 16/3 (1981), S. 585–595.
- Kirchheimer, Otto: *Political Justice. The Use of Legal Procedures for Political Ends*, Princeton, N. J. 1961.
- Kleßmann, Christoph: *Betriebsräte und Gewerkschaften in Deutschland 1945–1952*, in: Winkler (Hrsg.): *Politische Weichenstellungen*, S. 44–73.
- Kleßmann, Christoph: *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955*, Darmstadt 1982.
- Klotzbach, Kurt: *Der Weg zur Staatspartei: Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945–1965*, Berlin/Bonn 1982.
- Knightley, Phillip: *Die Geschichte der Spionage im 20. Jahrhundert. Aufbau und Organisation, Erfolge und Niederlagen der großen Geheimdienste*, Bern/München/Wien 1989.
- Koch, Thomas: *Der amerikanische Geheimdienst OSS (Office of Strategic Services) und die Widerstandsbewegungen*, in: Schulz (Hrsg.): *Geheimdienste und Widerstandsbewegungen*, S. 79–104.
- Kocka, Jürgen (Hrsg.): *Theorien in der Praxis des Historikers. Forschungsbeispiele und ihre Diskussion*, Göttingen 1977.
- Koebner, Thomas/Sautermeister, Gert/Schneider, Sigrid (Hrsg.): *Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit, 1939–1949*, Opladen 1987.
- Kogon, Eugen: *Das Recht auf den politischen Irrtum*, in: *Frankfurter Hefte* 2/1947, wieder abgedruckt in ders.: *Die unvollendete Erneuerung*, S. 23–40.
- Kogon, Eugen: *Die unvollendete Erneuerung. Deutschland im Kräftefeld 1945–1963. Politische und gesellschaftspolitische Aufsätze aus zwei Jahrzehnten*, Frankfurt a. M. 1964.
- Kreikamp, Hans-Dieter: *Die amerikanische Deutschlandpolitik im Herbst 1946 und die Byrnes-Rede in Stuttgart*, in: *VfZ* 29 (1981), S. 269–285.
- Krieger, Leonard/Stern, Fritz (Hrsg.): *The Responsibility of Power. Historical Essays in Honor of Hajo Holborn*, London 1968.
- Krieger, Leonard: *The Inter-Regnum in Germany: March – August 1945*, in: *PSQ* LXIV, 1949, S. 507–532.
- Krieger, Wolfgang: *General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik 1945–1949*, Stuttgart 1987.
- Krohn, Claus-Dieter: *„Let us be prepared to win the peace“.* Nachkriegsplanungen emigrierter deutscher Sozialwissenschaftler an der New School for Social Research in New York, in: Koebner/Sautermeister/Schneider (Hrsg.): *Deutschland nach Hitler*, S. 123–135.
- Langer, William L.: *Explorations in Crisis. Papers on International History*, Cambridge, Mass. 1969.

- Langer, William L.: *In and Out of the Ivory Tower. The Autobiography of William L. Langer*, New York 1977.
- Langer, William L.: *When German Dreams Come True*, in: ders.: *Explorations in Crisis*, S. 227–243.
- Langhorne, Richard (Hrsg.): *Diplomacy and Intelligence during the Second World War. Essays in Honour of F.H. Hinsley*, Cambridge, usw. 1985.
- Laqueur, Walter/Breitman, Richard: *Der Mann, der das Schweigen brach. Wie die Welt vom Holocaust erfuhr*, Frankfurt a.M./Berlin 1986.
- Laqueur, Walter: *Was niemand wissen wollte: Die Unterdrückung der Nachrichten über Hitler* „Endlösung“, Frankfurt a.M./Berlin 1981.
- Laqueur, Walter: *World of Secrets. The Uses and Limits of Intelligence*, London 1985.
- Latour, Conrad F./Vogelsang, Thilo: *Okkupation und Wiederaufbau. Die Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands 1944–1947*, Stuttgart 1973.
- Lerner, Daniel: *Psychological Warfare Against Nazi Germany. The Sykewar Campaign, D-Day to VE-Day*, Cambridge, Mass. 1971 (C 1949).
- Lewin, Ronald: *Entschied ULTRA den Krieg? Alliierte Funkaufklärung im 2. Weltkrieg*, Koblenz, Bonn 1981 (Originalausgabe: *Ultra Goes to War. The First Account of World War II's Greatest Secret*, New York, usw. 1978).
- Link, Werner: *Die Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes (ISK). Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich*, Meisenheim a. Glan 1964.
- Lippmann, Walter: *The Cold War. A Study in U.S. Foreign Policy*, New York 1947 (Neuaufgabe: *With an Essay by George Kennan „The Sources of Soviet Conduct“*, Introduction by Ronald Steel, New York, usw. 1972).
- Lipstadt, Deborah E.: *Beyond Belief: The American Press and the Coming of the Holocaust, 1933–1945*, New York 1986.
- Lönnendonker, Siegward: *Freie Universität Berlin. Gründung einer politischen Universität*, Berlin 1988.
- Loth, Wilfried: *Die Teilung der Welt 1941–1955*, München 1980.
- Löwenthal, Richard: *The „Missing Revolution“ in Industrial Societies: Comparative Reflections on a German Problem*, in: Berghahn/Kitchen (Hrsg.): *Germany in the Age of Total War*, S. 240–257.
- MacIsaac, David: *Strategic Bombing in World War Two: The Story of the United States Strategic Bombing Survey*, New York 1976.
- Maier, Charles S.: *Production and Rehabilitation: The Economic Bases for American Sponsorship of West Germany in the Postwar Atlantic Community*, in: Trommler/McVeigh (Hrsg.): *America and the Germans*, Bd. 2, S. 59–73.
- Marks III, Frederick W.: *Wind Over Sand. The Diplomacy of Franklin Roosevelt*, Athens and London 1988.
- Mastny, Vojtech: *Russia's Road to the Cold War. Diplomacy, Warfare, and the Politics of Communism 1941–1945*, New York 1979 (deutsch: *Moskaus Weg zum Kalten Krieg*, München/Wien 1980).
- McDonald, Lawrence H.: *OSS Records at the National Archives*, in: *American Committee on the History of the Second World War*, Newsletter No. 39, Spring 1988, S. 14–17 (App. S. 17–49).
- McDonald, Lawrence H.: *The OSS and its Records*, in: Chalou (Hrsg.): *The Secrets War*, S. 78–102.
- Mee, Charles L., Jr.: *Meeting at Potsdam*, New York 1975.
- Mee, Charles L., Jr.: *The Marshall Plan*, New York 1984.
- Merli, Frank J./Wilson, Theodore A. (Hrsg.): *Makers of American Diplomacy. From Theodore Roosevelt to Henry Kissinger*, New York 1974.
- Merritt, Anna J./Merritt, Richard L. (Hrsg.): *Public Opinion in Occupied Germany. The OM-GUS Surveys, 1945–1949*, Urbana, usw. 1970.
- Mielke, Siegfried: *Der Wiederaufbau der Gewerkschaften: Legenden und Wirklichkeit*, in: Winkler (Hrsg.): *Politische Weichenstellungen*, S. 74–87.
- Milward, Alan S.: *The Reconstruction of Western Europe 1945–51*, London 1984.
- Minott, Rodney G.: *The Fortress That Never Was. The Myth of Hitler's Bavarian Stronghold*, New York, usw. 1964.

- Moltmann, Günter: Die frühe amerikanische Deutschlandplanung im Zweiten Weltkrieg, in: VfZ 5, (1957), S. 241–264.
- Montgomery, John D.: Forced to Be Free. The Artificial Revolution in Germany and Japan, Chicago 1957.
- Morgenthau, Jr., Henry: Germany Is Our Problem, New York and London 1945.
- Mosely, Philip E.: Die Friedenspläne der Alliierten und die Aufteilung Deutschlands, in: Europa-Archiv 1950/I, S. 3032–3043.
- Moulton, Harold G./Marlio, Louis: The Control of Germany and Japan, Washington, D. C. 1944.
- Müller, Klaus-Jürgen (Hrsg.): Der deutsche Widerstand 1933–1945, Paderborn, usw. 1986.
- Neumann, Franz: The Social Sciences, in: Crawford (Hrsg.): The Cultural Migration, S. 4–26.
- Neumann, Franz: Research Notes: The War Crimes Trials, in: World Politics II (Oct. 1949–July 1950, Reprint 1962), S. 135–147.
- Neumann, Franz: Demokratischer und autoritärer Staat. Studien zur politischen Theorie, Frankfurt, Wien 1967.
- Neumann, Franz L.: Re-educating the Germans – The Dilemma of Reconstruction, in: Commentary, vol. 3, no. 6, June 1947, S. 517–525 (deutsch in: ders.: Wirtschaft, Staat, Demokratie, S. 290–308).
- Neumann, Franz: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944, herausgegeben und mit einem Nachwort von Gert Schäfer, Frankfurt a. M. 1984 (amerikanische Originalausgabe 1942).
- Neumann, Franz L.: Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930–1954, Frankfurt a. M. 1978.
- Niethammer, Lutz (Hrsg.): „Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist.“ Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet, Berlin/Bonn 1983.
- Niethammer, Lutz/Borsdorf, Ulrich/Brandt, Peter (Hrsg.): Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland, Wuppertal 1976.
- Niethammer, Lutz: Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns, Berlin/Bonn 1982.
- Ninkovich, Frank: Germany and the United States. The Transformation of the German Question since 1945, Boston 1988.
- Nübel, Otto: Die amerikanische Reparationspolitik gegenüber Deutschland 1941–1945, Frankfurt a. M. 1980.
- Padover, Saul K.: Experiment in Germany, New York 1946.
- Penkower, Monty N.: The Jews Were Expendable: Free World Diplomacy and the Holocaust, Urbana/Chicago 1983.
- Persico, Joseph E.: Piercing the Reich. The Penetration of Nazi Germany by American Secret Agents during World War II, New York 1979.
- Peterson, Edward N.: The American Occupation of Germany. Retreat to Victory, Detroit 1977.
- Pollock, James Kerr: German Democracy at Work. A Selective Study, Michigan 1955.
- Pollock, James Kerr: The Government of Greater Germany, New York 1938.
- Price, Hoyt/Schorske, Carl E.: The Problem of Germany, New York 1947.
- Pronay, Nicholas/Wilson, Keith (Hrsg.): The Political Re-education of Germany & Her Allies After World War II, London & Sydney 1985.
- Ransom, Harry Howe: Secret Intelligence in the United States, 1947–1982: The CIA's Search for Legitimacy, in: Andrew/Dilks (Hrsg.): The Missing Dimension, S. 199–226.
- Rodnick, David: Postwar Germans. An Anthropologist's Account, New Haven 1948.
- Rothwell, Victor: Britain and the Cold War 1941–1947, London 1982.
- Rowan, Richard Wilmer: The Story of Secret Service, New York 1938.
- Ryszka, Franciszek: Widerstand: Ein wertfreier oder ein wertbezogener Begriff?, in: Schmädeke/Steinbach (Hrsg.): Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, S. 1107–1116.
- Schäfer, Gert: Franz Neumanns Behemoth und die heutige Faschismusk Diskussion, in: Neumann: Behemoth (Nachwort), S. 665–776.
- Scheurig, Bodo: Freies Deutschland. Das Nationalkomitee und der Bund Deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1943–1945, München 1961.
- Schmädeke, Jürgen/Steinbach, Peter (Hrsg.): Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München/Zürich 1985.
- Schoenhals, Kai P.: The Free Germany Movement. A Case of Patriotism or Treason? New York, usw. 1989.

- Schorske, Carl E.: *German Social Democracy, 1905–1917: The Development of the Great Schism*, Cambridge 1955.
- Schorske, Carl E.: *The Problem of Germany*, New York 1947.
- Schröder, Hans-Jürgen: *Die Anfangsjahre der Bundesrepublik Deutschland. Eine amerikanische Bilanz 1954*, in: VfZ 37 (1989), S. 323–351.
- Schultz, Hans Jürgen (Hrsg.): *Der Zwanzigste Juli. Alternative zu Hitler?* Stuttgart, Berlin 1974.
- Schulz, Gerhard (Hrsg.): *Die Große Krise der dreißiger Jahre. Vom Niedergang der Weltwirtschaft zum Zweiten Weltkrieg*, Göttingen 1985.
- Schulz, Gerhard (Hrsg.): *Geheimdienste und Widerstandsbewegungen im Zweiten Weltkrieg*, Göttingen 1982.
- Schulz, Gerhard (Hrsg.): *Partisanen und Volkskrieg. Zur Revolutionierung des Krieges im 20. Jahrhundert*, Göttingen, 1985.
- Schulz, Gerhard: *Die Anfänge des totalitären Maßnahmenstaates*, Frankfurt a. M., usw. 1974 (Erstausgabe 1962).
- Schulz, Gerhard: *Englische Geheimdienste und europäische Widerstandsbewegungen*, in: ders. (Hrsg.): *Geheimdienste und Widerstandsbewegungen*, S. 19–78.
- Schulz, Gerhard: *Nationalpatriotismus im Widerstand. Ein Problem der europäischen Krise und des Zweiten Weltkriegs – nach vier Jahrzehnten Widerstandsgeschichte*, in: VfZ 32 (1984), S. 331–372.
- Schulz, Gerhard: *Zur englischen Planung des Partisanenkriegs am Vorabend des Zweiten Weltkriegs*, in: VfZ 30 (1982), S. 322–358.
- Schwabe, Klaus: *Die amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland und die Entstehung des „Kalten Krieges“ (1945/46)*, in: Fischer/Moltmann/Schwabe (Hrsg.): *Rußland – Deutschland – Amerika*, S. 311–322.
- Schwabe, Klaus: *Die Ära Roosevelt in der Geschichte der Vereinigten Staaten und ihr Einfluß auf die Weltpolitik*, in: Schulz (Hrsg.): *Die Große Krise der dreißiger Jahre*, S. 200–214.
- Schwarz, Hans-Peter: *Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949*, Stuttgart ²1980.
- Sender, Toni: *Autobiographie einer deutschen Rebellin*, Frankfurt am Main 1981 (Originalausgabe 1939: *The Autobiography of a German Rebel*).
- Sharp, Tony: *The Wartime Alliance and the Zonal Division of Germany*, Oxford 1975.
- Simpson, Christopher: *Blowback. America's Recruitment of Nazis and Its Effects on the Cold War*, New York 1988.
- Smith, Bradley F./Agarossi, Elena: *Operation Sunrise. The Secret Surrender*, London 1979.
- Smith, Bradley F.: *Der Jahrhundertprozeß. Die Motive der Richter von Nürnberg. Anatomie einer Urteilsfindung*, Frankfurt a. M., 1977.
- Smith, Bradley F.: *The American Road to Nuremberg. The Documentary Record 1944–1945*, Stanford, CA 1982.
- Smith, Bradley F.: *The Shadow Warriors. OSS and the Origins of the CIA*, New York 1983.
- Smith, Myron J., Jr.: *The Secret Wars. A Guide to Sources in English*. 2 Bde., Santa Barbara, CA, Oxford 1980, 1981.
- Smith, Richard Harris: *OSS. The Secret History of America's First Central Intelligence Agency*, Berkeley, usw. 1972, ²1981.
- Söllner, Alfons (Hrsg.): *Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland (2 Bde.)*, Frankfurt a. M. 1986.
- Söllner, Alfons: *Franz L. Neumann – Skizzen zu einer intellektuellen und politischen Biographie*, in: Neumann: *Wirtschaft, Staat, Demokratie*, S. 7–56.
- Söllner, Alfons: *Marcuse's Political Theory in the 1940's and 1950's*, in: *Telos* 20/4 (74, 1988), S. 65 ff.
- Söllner, Alfons: *Wissenschaftliche Kompetenz und politische Ohnmacht. Deutsche Emigranten im amerikanischen Staatsdienst 1942–1949*, in: Koebner/Sautermeister/Schneider (Hrsg.): *Deutschland nach Hitler*, S. 136–150.
- Spivak, John L.: *Secret Armies. The New Technique of Nazi Warfare*, New York 1939.
- Stafford, David A.: *Britain and the European Resistance 1940–1945. A Survey of the Special Operations Executive, with Documents*, Toronto and Buffalo 1980.
- Stafford, David: *„Intrepid“: Myth and Reality*, in: *JCH* 22/2 (1987), S. 303–317.

- Stein, Harold (Hrsg.): *American Civil-Military Decisions. A Book of Case Studies*, Birmingham, Ala. 1963.
- Steinbach, Peter (Hrsg.): *Widerstand. Ein Problem zwischen Theorie und Geschichte*, Köln 1987.
- Stevenson, William: *A Man Called Intrepid. The Secret War*, New York/London 1976.
- Stiefel, Ernst C./Mecklenburg, Frank: *Deutsche Juristen im amerikanischen Exil (1933–1950)*, Tübingen 1991.
- Tent, James F.: *Mission on the Rhine. Reeducation and Denazification in American-Occupied Germany*, Chicago 1982.
- Trommler, Frank/McVeigh Joseph (Hrsg.): *America and the Germans. An Assessment of a Three-Hundred-Year History. Bd. 2: The Relationship in the Twentieth Century*, Philadelphia 1985.
- Troy, Thomas F.: *Donovan and the CIA. A History of the Establishment of the Central Intelligence Agency*, Frederick, MD 1981.
- United States Intelligence. *An Encyclopedia*. Edited by Bruce W. Watson, Susan M. Watson, Gerald W. Hopple, New York/London 1990.
- Volkov, Shulamit: *Kontinuität und Diskontinuität im deutschen Antisemitismus 1878–1945*, in: VfZ 33 (1985), S. 221–243.
- Wala, Michael: *Winning the Peace. Amerikanische Außenpolitik und der Council on Foreign Relations, 1945–1950*, Stuttgart 1990.
- Walker, David A.: *OSS and Operation Torch*, in: JCH 22 (Okt. 1987), S. 667–679.
- War Crimes, War Criminals, and War Crimes Trials. *An Annotated Bibliography and Source Book*. Compiled and edited by Norman E. Tutorow, New York, usw. 1986.
- Wark, Wesley K.: *British Military and Economic Intelligence: Assessments of Nazi Germany Before the Second World War*, in: Andrew/Dilks (Hrsg.): *The Missing Dimension*, S. 78–100.
- Welles, Sumner: *The Time for Decision*, New York/London 1944.
- Wiggershaus, Rolf: *Die Frankfurter Schule. Geschichte, theoretische Entwicklung, politische Bedeutung*, München 1988.
- Winkler, Allan M.: *The Politics of Propaganda. The Office of War Information 1942–1945*, New Haven/London 1978.
- Winkler, Dörte: *Die amerikanische Sozialisierungspolitik in Deutschland 1945–1948*, in: Winkler (Hrsg.): *Politische Weichenstellungen*, S. 88–110.
- Winkler, Heinrich August (Hrsg.): *Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945–1953*, Göttingen 1979.
- Winks, Robin W.: *Cloak & Gown. Scholars in the Secret War, 1939–1961*, New York 1987.
- Winks, Robin W.: *Getting the Right Stuff: FDR, Donovan, and the Quest for Professional Intelligence*, in: Chalou (Hrsg.): *The Secrets War*, S. 19–38.
- Winterbotham, Frederick W.: *The Ultra Secret*, New York, usw. 1974.
- Wolfe, Robert (Hrsg.): *Americans as Proconsuls. United States Military Government in German and Japan, 1944–1952. Papers and Proceedings of a Conference*, Washington, D.C., May 20–21, 1977, Carbondale, Edwardsville 1984.
- Woller, Hans: *Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone. Die Region Ansbach und Fürth*, München 1986.
- Wuermeling, Henric L.: *Die Weiße Liste. Umbruch der politischen Kultur in Deutschland 1945*, Berlin, usw. 1981.
- Wyman, David S.: *The Abandonment of the Jews, 1941–1945*, New York 1984.
- Yergin, Daniel: *Shattered Peace. The Origins of the Cold War and the National Security State*, Boston 1977.
- Ziemke, Earl F.: *The U.S. Army in the Occupation of Germany 1944–1946*, Washington, D.C. 1975.
- Zilbert, Edward R.: *Albert Speer and the Nazi Ministry of Arms. Economic Institutions and Industrial Production in the German War Economy*, Rutherford, usw. 1981.
- Zink, Harold: *American Military Government in Germany*, New York 1947.
- Zink, Harold: *The United States in Germany 1944–1955*, Princeton, N.J. 1957.

Abkürzungen

b	box
CAD	Civil Affairs Division
CIA	Central Intelligence Agency
CID	Central Information Division
CIG	Central Intelligence Group
CIS	Current Intelligence Staff
COI	Coordinator of Information
DCI	Director of Central Intelligence
DRE	Division of Research for Europe
DSI	Division of Special Information
E	Entry
ETO	European Theater of Operations
ETOUSA	European Theater of Operations, USA
EUR	Office of European Affairs
f	folder
FDRL	Franklin Delano Roosevelt Library
FEA	Foreign Economic Administration
FIS	Field Intelligence Studies
FN	Foreign Nationalities Branch
IRIS	Interim Research and Intelligence Service
JCH	Journal of Contemporary History
JCS	Joint Chiefs of Staff
MF	Microfiche
MG	Military Government
NA	National Archives, Washington D.C.
OCL	Office of Intelligence Coordination and Liaison
OIR	Office of Intelligence Research
OMGUS	Office of Military Government, United States
ONE	Office of National Estimates
ONI	Office of Naval Intelligence
ORE	Office of Research and Estimates
ORI	Office of Research and Intelligence
OSS	Office of Strategic Services
PPS	Policy Planning Staff
PSF	President's Secretary's File
PSQ	Political Science Quarterly
R&A	Research and Analysis Branch
RG	Record Group

SHAEF	Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Forces
SI	Secret Intelligence
SIS	Secret Intelligence Service (brit.)
SOE	Special Operations Executive (brit.)
SSU	Strategic Services Unit
USFET	United States Forces, European Theater
USGCC	United States Group, Control Council
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Anhang

Index

Verzeichnis der Civil Affairs Guides der R&A-Branch

*Das nachfolgende Verzeichnis führt alle von R&A ausgearbeiteten Civil Affairs Guides für Deutschland auf. Die jeweiligen Verfasser sind, soweit sie zu identifizieren waren, in Klammern angegeben, ein beigefügtes Fragezeichen deutet Unklarheiten an; die entsprechenden Hinweise sind den Unterlagen in NA, RG 226, E 44, b1 und b2 entnommen. Die Civil Affairs Guides waren im allgemeinen nach dem Schema Summary – Analysis of the Problem – Recommendations aufgebaut. Nur die mit der Bezeichnung „War Department Pamphlet No. ***“ sind gedruckt und als Führer verteilt worden. Ihnen ist folgender Hinweis vorangestellt:*

Civil Affairs Information Guides and Civil Affairs Guides are designed to aid civil affairs officers dealing with problems in liberated areas, each guide being focused upon a specific problem in a particular area. These guides are not basic collections of factual information, as are the Civil Affairs Handbooks, nor are the recommendations contained in the guides intended to take the place of plans prepared in the field. They are rather designed to point the factual information toward the making and executing of plans by those civil affairs officers assigned to this work in the theaters of operation. *In no sense is a Guide to be taken as an order.* Such orders will be issued in the normal manner. This Guide has been approved by the Committee on Civil Affairs Studies.

- R&A 1655.1 War Department Pamphlet No. 31–116, Civil Affairs Guide, Policy Toward Revival of Old Parties and Establishment of New Parties in Germany, 22.7. 1944. (Herbert Marcuse)
- R&A 1655.2 War Department Pamphlet No. 31–107, Civil Affairs Guide, Police and Public Safety in Germany, 22.7. 1944. (John Herz)
- R&A 1655.5 War Department Pamphlet No. 31–110, Civil Affairs Guide, Dissolution of the Nazi Party and Its Affiliated Organizations, 22.7. 1944; 1655.5 A: Supplement: De-Nazification of Important Business Concerns in Germany, 27.11. 1944. (Herbert Marcuse)
- R&A 1655.6 War Department Pamphlet No. 31–167, Civil Affairs Guide, Sickness Insurance in Germany, 22.7. 1944. (Oscar Weigert?)
- R&A 1655.6a War Department Pamphlet No. 31–168, Civil Affairs Guide, War Pensions, Service Men's Dependents Allowances, Children's Allowances, and Similar Programs of Public Aid in Germany, 22.7. 1944. (Oscar Weigert?)
- R&A 1655.6G War Department Pamphlet No. 31–165, Civil Affairs Guide, Unemployment Compensation in Germany, 29.7. 1944. (Oscar Weigert?)
- R&A 1655.7 Civil Affairs Guide, Preliminary Draft: The Abrogation of Nazi Laws in the Early Period of MG [o. D.]. (Otto Kirchheimer)
- R&A 1655.8C War Department Pamphlet No. 31–108, Civil Affairs Guide, Administration of German Criminal Justice under Military Government, 29.7. 1944. (Otto Kirchheimer?)
- R&A 1655.9 Civil Affairs Information Guide, Property Controls Under Present German Law as Related to Military Government (preliminary draft), 19.6. 1944.
- R&A 1655.10 Civil Affairs Guide, Agricultural Holdings and the Law of Hereditary Estates in Germany (draft), 10.7. 1944. (Lewis?)
- R&A 1655.12 War Department Pamphlet No. 31–113, Civil Affairs Guide, General Principles of Administration and Civil Service in Germany, 22.7. 1944. (Otto Kirchheimer)
- R&A 1655.14 War Department Pamphlet No. 31–114, Civil Affairs Guide, Adaption of the Administrative Machinery on the *Regional* Level in Germany, 22.7. 1944. (John Herz)

- R&A 1655.15 War Department Pamphlet No.31–171, Civil Affairs Guide, Adaption of the Administrative Machinery on the *Local* Level in Germany, 22.7. 1944. (John Herz)
- R&A 1655.16 War Department Pamphlet No.31–117, Civil Affairs Guide, Adaption of German Propaganda Controls, 22.7. 1944. (Richard Krautheimer? Uhlig?)
- R&A 1655.19 War Department Pamphlet No.31–182, Civil Affairs Guide, The Problem of German Youth Under Military Government, 29.7. 1944. (Richard Krautheimer)
- R&A 1655.20 War Department Pamphlet No.31–118, Civil Affairs Guide, German Elementary Schools, 22.7. 1944. (Richard Krautheimer, Paul E. Zinner)¹
- R&A 1655.21 War Department Pamphlet No.31–119, Civil Affairs Guide, German Higher Education and Adult Education Under Military Government, 22.7. 1944; R&A 1655.21 A: Appendix: Cultural Institutions in Germany (draft), 24.7. 1944 (Richard Krautheimer, Paul E. Zinner)²
- R&A 1655.22 War Department Pamphlet No.31–120, Civil Affairs Guide, The Protestant and the Catholic Churches in Germany, 22.7. 1944. (Johnson)
- R&A 1655.23 Part I/II/III, Civil Affairs Guide (Draft), Allied Military Government and the Jewish Problem, 29.4. 1944 (II: 14.7. 1944; III: 10.7. 1944). (Sharp)
- R&A 1655.25 Civil Affairs Guide, The Repatriation and Care of Foreign Civilian Laborers, 28.8. 1944. (Franz Neumann)
- R&A 1655.26 Civil Affairs Guide, German Agricultural Labor Under Military Government [o.D.]. (Donald Wheeler)
- R&A 1655.27 War Department Pamphlet No.31–163, Civil Affairs Guide, Public and Private Welfare Organizations in Germany, 22.7. 1944. (Louise Holborn)
- R&A 1655.28 War Department Pamphlet No.31–159, Civil Affairs Guide, Labor Relations and Military Government, 22.7. 1944. (Franz Neumann)
- R&A 1655.29 War Department Pamphlet No.31–115, Civil Affairs Guide, Territorial Units to be Used by Military Government in Germany, 20.6. 1944.
- R&A 1655.32 Civil Affairs Guide (Draft), Wages, Hours, and Working Conditions of Agricultural Labor in Germany, 10.8. 1944.
- R&A 1655.33 War Department Pamphlet No.31–112, Civil Affairs Guide, Legal and Administrative Aspects of the Protection of Monuments in Germany and Austria, 5.10. 1944.
- R&A 1758.1 War Department Pamphlet No.31–144, Civil Affairs Guide, Administration of German Railroads, 22.7. 1944; R&A 1758.2: Appendix, 5.10. 1944. (Ludwig M. Homberger)
- R&A 1759.1 War Department Pamphlet No.31–145, Civil Affairs Guide, Administration of German Roads and Motor Transport, 22.7. 1944; R&A 1759.2: Appendix, 29.7. 1944. (Givan)
- R&A 1760.1 War Department Pamphlet No.31–146, Civil Affairs Guide, German Inland Waterways Under Military Government, 22.7. 1944; R&A 1760.2: Appendix (Draft), 11.7. 1944. (Franzman)
- R&A 1762.1 Civil Affairs Guide (preliminary draft), Gas Systems of Northwest Germany, Planning Guide, 21.4. 1944; R&A 1762.2: Public Gas Supply in Northwest Germany, 17.4. 1944. (Marsh)
- R&A 1763.1 War Department Pamphlet No.31–150, Civil Affairs Guide, Electric Power Systems of Germany, Planning Guide, 22.7. 1944. (R&A in Zusammenarbeit mit FEA); R&A 1763.2: Appendix. (Tribou)
- R&A 1765.1 War Department Pamphlet No.31–149, Civil Affairs Guide, Telecommunications and Postal Services of Germany, 5.10. 1944. (Overton)

¹ Katz, Foreign Intelligence, S.75 ff., nennt als Verfasser dieses und des unter 1655.21 aufgeführten Guides Felix Gilbert und Richard Krautheimer. Katz belegt dies mit Unterlagen aus NA, RG 226, E 60, b 1, vom Januar 1944. Gilbert hat Washington jedoch bereits im Februar 1944 verlassen, um für R&A/London zu arbeiten; er kann also nur im Anfangsstadium des Civil Affairs-Projekts mitgearbeitet haben und ist wahrscheinlich deshalb in späteren Unterlagen nicht mehr aufgeführt.

² Siehe Anmerkung 1.

- R&A 1783.1 War Department Pamphlet No.31-148, Civil Affairs Guide, The German Merchant Marine, 5.10. 1944. (Hoffman)
- R&A 1904.C (Preliminary Draft) Cartels and Cartel-Like Organizations in Germany, 15.2. 1944. (Anderson?, Moses Abramovitz)
- R&A 1904.1 (Draft) Civil Affairs Guide, US Policy Toward German Cartels and Cartel-Like Organizations During Allied Occupation, 20.10. 1944. (Anderson?, Moses Abramovitz)
- R&A 1936.2 War Department Pamphlet No.31-137, Civil Affairs Guide, Food Administration for Germany During the Period of Occupation, 29.7. 1944. (R&A in Zusammenarbeit mit FEA: P. Alexander, H. Craven – Wennberg, Schломann)
- R&A 1937 Civil Affairs Guide: Price and Rent Control in Germany, 22.7. 1944. (Auerbach)
- R&A 1948 War Department Pamphlet No.31-141, Civil Affairs Guide, Leather and Footwear in Germany, A. Program, B. Administration, 1.8. 1944. (Amende)
- R&A 1949 War Department Pamphlet No.31-142, Civil Affairs Guide, Housing and Building Material in Germany: Program and Administration, 22.7. 1944. (Spiegel, Burns)
- R&A 1950.1 War Department Pamphlet No.31-139, Civil Affairs Information Guide, Textile Production and Distribution in Germany, 5.10. 1944. (H. Craven)
- R&A 2043 War Department Pamphlet No.31-125, Civil Affairs Guide, German Public Property, 22.7. 1944 (Morrison?)
- R&A 2306 Civil Affairs Information Guide, Production Planning and Allocation of Industrial Raw Materials in Germany (Preliminary Draft), 13.7. 1944.
- R&A 2502 Civil Affairs Guide (Draft), German Insurance Companies – Suggested Controls, 15.12. 1944.

Verzeichnis der Field Intelligence Studies (FIS) von R&A/ Germany

Wenn kein Fundort angegeben ist, sind die FIS verzeichnet nach NA, RG 226, E 1, b 16: OSS Mission for Germany, European Theater of Operations, R&A/Germany (Progress Reports, Juni 1945–Dezember 1945).

- FIS 1 ?
- FIS 2 [National Committee ‚Free Germany‘ in Munich, 27.6. 1945, erwähnt bei Borsdorf/Niethammer (Hrsg.), Zwischen Befreiung und Besetzung, S. 325, Anmerkung 116, ohne Fundort]
- FIS 3 [Antifaschistische Organisationen und Tendenzen im Frankfurter Raum, 18.6. 1945 – deutsch bei Borsdorf/Niethammer (Hrsg.), Zwischen Befreiung und Besetzung, S. 90–97; Fundort: NA, RG 226, OSS XL 11 911.]
- FIS 4 Trade Union Activities in Brunswick and Halle, 28.6. 1945, (? S.) – Hoover Inst., Lerner Collect., box 48.
- FIS 5 The Political Situation in Wuerttemberg: A Preliminary Survey, 2.7. 1945, (15 S.) – Hoover Inst., Lerner Collect., box 48; NA, RG 226, OSS FIS; deutsch bei Borsdorf/Niethammer (Hrsg.), Zwischen Befreiung und Besetzung, S. 156–164.
- FIS 6 Economic Conditions in the Ruhr Industrial Region – June 1945, 5.7. 1945, (7 S.) – Hoover Inst., Lerner Collect., box 48; auch erwähnt bei Borsdorf/Niethammer (Hrsg.), Zwischen Befreiung und Besetzung, S. 319, Anmerkung 38; Fundort: NA, RG 226, OSS 138087.
- FIS 7 The Political Situation in the Ruhr and in the Adjacent Industrial Region to the South, 6.6. 1945, (24 S.) – Hoover Inst., Lerner Collect., box 48; NA, RG 226, OSS FIS; deutsch bei Borsdorf/Niethammer (Hrsg.), Zwischen Befreiung und Besetzung, S. 98–106.
- FIS 8 Russian Economic Policies in Germany, 13.7. 1945, (23 S.) – Hoover Inst., Lerner Collect., box 48.
- FIS 9 Centrist Thinking in the Cologne-Bonn Area, 14.7. 1945, (8 S.) – Hoover Inst., Lerner Collect., box 48; NA, RG 226, OSS FIS; deutsch bei Borsdorf/Niethammer (Hrsg.), Zwischen Befreiung und Besetzung, S. 165–171.
- FIS 10 Communist Political Activities in Leipzig before the Russian Occupation, 16.7. 1945, (19 S.) – NA, RG 226, OSS FIS; deutsch bei Borsdorf/Niethammer (Hrsg.), Zwischen Befreiung und Besetzung, S. 117–123.
- FIS 11 The Catholic Community of Mainz, 18.7. 1945, (17 S.) – Hoover Inst., Lerner Collect., box 48.
- FIS 12 The Frankfurt Chamber of Commerce, 19.7. 1945, (7 S.) – Hoover Inst., Lerner Collect., box 48.
- FIS 13 The Regional Government Mittelrhein-Saar under American Occupation, 1.8. 1945, (24 S.) – Hoover Inst., Lerner Collect., box 48.
- FIS 14 The Political Situation in Bremen, 2.8. 1945, (13 S.) – Hoover Inst., Lerner Collect., box 48.
- FIS 15 Wuerttemberg and Baden under Joint French-American Occupation, 4.8. 1945, (10 S.).
- FIS 16 Preparations for Trade Union Activities in Bavaria, 8.8. 1945, (13 S.) – Hoover Inst., Lerner Collect., box 48.
- FIS 17 Recent Information from the Russian Zone of Occupation, 8.8. 1945, (23 S.).
- FIS 18 Left-Wing Political Activities in Hamburg, 10.8. 1945, (25 S.) – Hoover Inst., Lerner Collect., box 48.
- FIS 19 Views of Archbishop Groeber of Freiburg, 18.8. 1945, (7 S.) – Hoover Inst., Lerner Collect., box 48.
- FIS 20 Political Problems under the Bavarian State Administration, 7.9. 1945, (31 S.) – Hoover Inst., Lerner Collect., box 48; deutsch bei Borsdorf/Niethammer (Hrsg.), Zwischen Befreiung und Besetzung, S. 183–191.
- FIS 21 The Liberal Universities of Baden, I. Freiburg, 20.9. 1945, (37 S.) – Hoover Inst., Lerner Collect., box 48.

- FIS 22 Trade Union Developments in Essen and Adjacent Cities, 21.9. 1945, (20 S.) – Hoover Inst., Lerner Collect., box 48.
- FIS 23 The Political Parties of Frankfurt-am-Main, 24.9. 1945, (36 S.) – Erwähnt bei Borsdorf/Niethammer (Hrsg.), *Zwischen Befreiung und Besatzung*, S.343, Anmerkung 336; Fundort: NA, RG 226, OSS XL 18962.
- FIS 24 The Position of Prime Minister Schaeffer and the Organization of the Bavarian Christian Social Union, 27.9. 1945, (16 S.) – Hoover Inst., Lerner Collect., box 48; deutsch bei Borsdorf/Niethammer (Hrsg.), *Zwischen Befreiung und Besatzung*, S.191–193; Fundort: NA, RG 226, OSS XL 18971.
- FIS 25 Notes on the Berlin Bourgeois Parties, 27.9. 1945, (8 S.) – Hoover Inst., Lerner Collect., box 48; auch erwähnt bei Borsdorf/Niethammer (Hrsg.), *Zwischen Befreiung und Besatzung*, S.199; Fundort, NA, RG 226, OSS XL 18963.
- FIS 26 The Civilian Standard of Living in the American Occupation Zone, 4.10. 1945, (14 S.) – NA, RG 226, OSS FIS.
- FIS 27 Current Agricultural Conditions in the Russian-Occupied Zone of Germany, 8.10. 1945, (18 S.) – Hoover Inst., Lerner Collect., box 48; NA, RG 226, OSS FIS.
- FIS 28 The Conflict between the Mannheim and Heidelberg Chambers of Commerce, 11.10. 1945, (9 S.) – Hoover Inst., Lerner Collect., box 48; NA, RG 226, OSS FIS.
- FIS 29 The Political Parties of Nuernberg, 12.10. 1945, (13 S.) – Hoover Inst., Lerner Collect., box 48; NA, RG 226, OSS FIS.
- FIS 30 The Formation of the Hoegner Government in Bavaria, 12.10. 1945, (16 S.) – Hoover Inst., Lerner Collect., box 48; NA, RG 226, OSS FIS.
- FIS 31 Political Implications of the 20th of July, 15.10. 1945, (63 S.) – deutsch in Heideking/Mauch (Hrsg.), *USA und deutscher Widerstand*, S.142–147.
- FIS 32 The Structure, Functions and Significance of the German Chambers of Commerce and Industry, 17.10. 1945, (16 S.) – Hoover Inst., Lerner Collect., box 48; NA, RG 226, OSS FIS.
- FIS 33 Observations on the Berlin Political Scene in October 1945, 19.10. 1945, (13 S.) – Hoover Inst., Lerner Collect., box 48; NA, RG 226, OSS FIS; deutsch bei Borsdorf/Niethammer (Hrsg.), *Zwischen Befreiung und Besatzung*, S.199–207.
- FIS 34 Darmstadt, 24.10. 1945, (220 S.) – Entspricht IRIS/R&A 3298, Field Memorandum 1010, Germany [Biebrich] 24.10. 1945, „Darmstadt: A Survey of Political, Economic and Social Conditions in a Medium-Sized German City“, 29.12. 1945.
- FIS 35 Policies and Plans of the New Bavarian Ministries, 21.10. 1945, (31 S.) – Hoover Inst., Lerner Collect., box 48; NA, RG 226, OSS FIS.
- FIS 36 Food Conditions in the Russian Zone of Germany, 1.11. 1945, (12 S.) – NA, RG 226, OSS FIS.
- FIS 37 The National Conference of Social Democratic Leaders, 3.11. 1945, (35 S.) – NA, RG 226, OSS FIS; deutsch bei Borsdorf/Niethammer (Hrsg.), *Zwischen Befreiung und Besatzung*, S.208–228.
- FIS 38 The Beginning of Legal Party Activity in Offenbach, 5.11. 1945, (35 S.) – Erwähnt bei Borsdorf/Niethammer (Hrsg.), *Zwischen Befreiung und Besatzung*, S.344, Anmerkung 355; Fundort: NA, RG 338, Reports of United States Army Commands, 1942 (OSS Field Intelligence Reports).
- FIS 39 Statewide Tendencies of the Bavarian Political Parties, 8.11. 1945, (38 S.) – NA, RG 226, OSS FIS; deutsch bei Borsdorf/Niethammer (Hrsg.), *Zwischen Befreiung und Besatzung*, S.229–253.
- FIS 40 The National Position of the Social Democratic Party, 10.11. 1945, (17 S.) – NA, RG 226, OSS FIS.
- FIS 41 The Liberal Universities of Baden: II. Heidelberg, 13.11. 1945, (31 S.) – NA, RG 226, OSS FIS.
- FIS 42 Political Representation and Party Issues in the Gross-Hessen Government, 26.11. 1945, (16 S.) – NA, RG 226, OSS FIS.
- FIS 43 Political Activity in North Wuerttemberg-Baden, 1.12. 1945, (46 S.) – NA, RG 226, OSS FIS.
- FIS 44 Current Policies of the Berlin Social Democrats, 18.12. 1945, (9 S.) – NA, RG 226, OSS FIS.

Verzeichnis der Deutschlandanalysen der R&A-Branche und ihrer Nachfolgeorganisationen im Department of State

Hier sind nur die für die vorliegende Arbeit ausgewerteten Deutschlandanalysen verzeichnet; die von R&A für das War Department ausgearbeiteten Civil Affairs Guides sind in einem gesonderten Anhang aufgelistet und hier nicht erfaßt. Der Seitenumfang ist nicht für alle Studien angegeben, was z. T. die noch uneinheitliche Aufnahme während des Anfangsstadiums der Forschungsarbeit reflektiert, z. T. aber auch darauf zurückzuführen ist, daß gerade die umfangreicheren Arbeiten – besonders wenn sie Entwurfscharakter haben – nicht immer eine durchgängige Seitenzählung aufweisen. Studien über wirtschaftliche und territoriale Fragen enthalten zudem häufig umfangreiche Statistiken bzw. Karten, die zuweilen in den Text integriert sind, manchmal aber auch gesondert als Anhang oder „Supplement“ aufgeführt werden. – Wenn nicht anders angegeben, befinden sich die hier verzeichneten Arbeiten in den National Archives, RG 59, General Records of the Department of State, Reports of the Research and Analysis Branch of the Office of Strategic Services. (Die zwischen 1941 und 1947 entstandenen Arbeiten sind auch als Mikroforme erhältlich: M 1221.)

- R&A 61, „Foreign Labor in Germany“, o. D. [Mai 1944?] (knapp 300 S.). – 82 (72)
 R&A 84, „The War and German Nutrition“, (COI, Food and Agriculture Section, Special Memorandum EC 8), 5.12. 1941 (7 S. + Tabellen). – 37 (13)
 R&A 214, A, B, „The German Economic and Military Position“, 12.12. 1941 (220 S.). – 36–39
 R&A 275, „Goebbels' Statements as Indicators of German Domestic Attitudes“, 15.4. 1942 (21 S.). – 49 (66)
 R&A 297, „Prediction of German Military Offensives from Speeches of Leaders“, 12.6. 1942 (5 S. + Anhang). – 49/50 (66)
 R&A 379, „Military and Civilian Controls in German War Economy“, 4.12. 1942 (11 S.). – 40 (25)
 R&A 386, „Greater Germany, Economic Estimate“, 15.3.1942 (110 S.). – 39 (18)
 R&A 608, „Design of Propaganda in German Foreign Newsreels“, 19.3. 1942 (8 S.). – 49 (65)
 R&A 609, „Current German Attitudes and the German War Effort“, 19.3. 1942. – 50 (67)
 R&A 616, „The Radio Propaganda Atmosphere of the German Public“, 21.3. 1942. – 49 (65)
 R&A 634, „Procedures for Developing Morale in the German Armed Forces“, 11.5. 1942 (43 S.). – 49 (65)
 R&A 658, [Report No 70], „The Strengthening of German War Economy“, 28.7. 1942 (15 S.). – 40 (23), 82 (73)
 R&A 682, „An Estimate of the Population of Greater Germany by Consumer Groups“, 21.10. 1942 (7 S.). – 39 (18)
 R&A 701, „Nazi Use of Films in Psychological Warfare“, 22.2. 1943 (22 S.). – 49 (65)
 R&A 788, „German Strategic Survey / Survey of Greater Germany“, Section III und IV, 15.2. und 17.7. 1943 (108 S.). – 93 (118), 103 (155), 104 (156)
 R&A 834, „The Expansion of the Fascist Alliance [1942] / The German Position with Respect to Food and Textiles“, Dezember 1941 (49/2 S.). – 37 (13), 38 (16)
 R&A 850, „The Reorganization of the German Administration of Justice in 1942“, o.D. (9 S.). – 93 (118)
 R&A 878.1 (-13), „German Military Government Over Europe 1939-1943. Methods and Organization of Nazi Controls“, (1943/44). – 93 (118)
 R&A 883, „Digest of Applications for Foreign Labor From German Industrial Firms“, 1.4. 1943 (5 S. + Tabellen). – 41 (29)
 R&A 906, „Comparison of American and British Estimates of German Aircraft Production“, 27.5. 1943 (20 S.). – 41 (32)

- R&A 930, „Estimate of the Effect on the German Labor Force of Mobilization Decrees of Early 1943“, 16.6. 1943 (5 S.). – 40 (24), 81 (71)
- R&A 933, „German Morale After Tunisia“, 25.6. 1943 (4 S.). – 78 (49), 80 (61)
- R&A 934, „Banks, Industry and the Nazi Party“, o.D. [nach Mai 1943] (9 S.). – 74 (37)
- R&A 943, „MEW's Estimates of Foreign Workers in Germany: A Case in the Bits and Pieces Method“, 20.5. 1943 (3 S.). – 41 (32)
- R&A 992, „The Underground Movement in Germany“, 27.9. 1943 (27 S.). – 102 (152)–104, 138 (58)
- R&A 1005, „The Effect of Aerial Bombardment of the Ruhr on Axis War Potential“, 29.7. 1943 (35 S.). – 41 (33)
- R&A 1033, „The Free Germany Manifesto and the German People“, 6.8. 1943 (18 S.). – 92 (112)
- R&A 1034, „Possible Political Changes in Nazi Germany in the Near Future“, 10.8. 1943 (14 S.). – 84 (82)
- R&A 1043, „German Situation in 1918 and 1943“, o.D. (7 S.). – 91 (111)
- R&A 1069, „German Reactions to Wartime Conditions: A Quantitative Analysis of Trends and Geographic Differences“, 27.8. 1943 (26 S.). – 80 (64)
- R&A 1084, „A Reconsidered Estimate of Foreign Civilians Working in Germany“, 21.8. 1943 (7 S.).
- R&A 1085, „German Manpower in the Summer of 1943: The Armed Forces and the Civilian Labor Force“, 4.9. 1943 (18 S.). – 81 (68,71)
- R&A 1091, „The German War Economy, 1918 and 1943: A Comparison“, 5.10. 1943 (41 S.). – 82 (74)
- R&A 1113.1 (-182), „Weekly Roundup, Central European Section / Situation Report: Central Europe“, 3.4. 1943 – 23.6. 1948 (.176 – .182, 14.1. 1948 – 23.6. 1948 nicht freigegeben). – 73 (34), 77 (47), 78 (51), 107 (163), 108 (167)
- R&A 1130, „Changes in the Reich Government“, 26.8. 1943 (12 S.). – 84 (84)
- R&A 1142.1 (-750), „Psychological Warfare Daily Summary / The Daily Intelligence Summary“, 22.5. 1943 – 15.11. 1945. – 62 (55)
- R&A 1145, „The Relation Between Aggression and Business Structure in Germany“, 25.8. 1943 (36 S.). – 74 (35), 131 (37), 150/151 (106), 158 (129)
- R&A 1150.1 (-.52), The PW Weekly, 9.4. 1943 – 28.4. 1944. – 62 (56)
- R&A 1194, „Speer's Appointment as Dictator of the German Economy“, 13.9. 1943 (15 S.). – 80 (63), 82 (74)
- R&A 1214, „Morale in Germany“, 16.9. 1943 (7 S.). – 80 (62)
- R&A 1273, „German Losses in the Hamburg Raids, 24 July – 2 August 1943“, 18.9. 1943 (5 S.). – 41 (34)
- R&A 1281, „The Significance of Prussian Militarism for Nazi Imperialism: Potential Tensions in United Nations Psychological Warfare“, 20.10. 1943 (16 S.). – 89 (100)
- R&A 1298, „The Scope and Activities of the National Socialist Party in the German Reich“, 10.7. 1943 (127 S.). – 93 (118)
- R&A 1313.2 (-10), „War Profiteers“, Oktober/November 1943. – 74 (37)
- R&A 1333.1, „Economic Conditions in Germany at the Cessation of Hostilities“, 24.3. 1944 (46 S.). – 163/164 (143)
- R&A 1340, „Conditions Under Which Germany Might Welcome a Separate Peace with Russia“, 12.10. 1943 (9 S.). – 85 (85)
- R&A 1342, „Further Developments in German Occupation Policy“, o.D. [September 1943?] (13 S.). – 93 (118)
- R&A 1412, „Report on Important German Business and Financial Leaders and their Nazi Connections“, o.D. [Januar 1944] (NA, RG 238, E 52 f, b 26). – 74/75 (37)
- R&A 1477, „The Process of German Collapse“, 4.12. 1943 (9 S.). – 86 (89)
- R&A 1483, „Possible Patterns of German Collapse“, 21.9. 1943 (12 S.). – 85 (88)
- R&A 1547, „German Social Stratification“, 26.11. 1943 (19 S.). – 77 (44), 80 (59)

- R&A 1549, „The Social Democratic Party of Germany“, 1.9. 1945 (61 S.). – 138 (58), 186 (47)
- R&A 1550, „The German Communist Party“, 10. 7. 1944 (75 S.). – 91 (111), 116 (198), 186 (47)
- R&A 1568, „The German Political Emigration“, 3.12. 1943 (57 S.). – 70 (17), 95 (123), 115 (196)
- R&A 1593, „Free Germany: An Experiment in Political Warfare“, 26.11. 1943 (8 S.). – 91 (111)
- R&A 1756, „Development of German Pattern of Occupation“, 27.1. 1944 (27 S.). – 93 (118)
- R&A 1757, „Central Industrial Region of Germany“, 4.8. 1944 (Handbuch mit knapp 600 Seiten). – 154 (115)
- R&A 1788, „The Prospective Development of the German Civilian Labor Force During the Period of German Collapse“, 4.2. 1944 (6 S.). – 163/164 (143)
- R&A 1788.1, „An Estimate of the Level of Unemployment in Germany During the Period of German Collapse“, 25.5. 1944 (6 S.). – 163/164 (143)
- R&A 1844, „Concentration Camps in Germany“, 3.10. 1944 (42 S.). – 78 (51)
- R&A 1849, „German Misinterpretation of the Unconditional Surrender Policy and its Effect on German Morale“, 3.2. 1944 (8 S.). – 91 (107)
- R&A 1863, „A Quantitative Appraisal of Interest Groups in Germany“, 24.7. 1944 (18 S.). – 80/81 (64)
- R&A 1875, „Suggestions for a Statement of the Meaning of Unconditional Surrender for the German People“, 10.2. 1944 (3 S.). – 91 (107)
- R&A 1885, „Problems and Techniques of the Disarmament of Germany“ (First Draft), 10.2. 1944 (12 S.). – 159 (132)
- R&A 1890, „A Preliminary Discussion of the Future Disarmament of Germany“, 11.2. 1944 (14 S.). – 158 (127), 159 (131)
- R&A 1890.1, „Problems of German Disarmament“, [Preliminary Draft for Discussion and Review], 24.3. 1944 (42 S.). – 152 (109), 159 (131), 160 (137)
- R&A 1934, „The Problem of the Nazi Underground“, 21.8. 1944 (59 S.). – 86 (91)
- R&A 1934.1, „The Clandestine Nazi Movement in Post-War Germany“, 13.10. 1944 (25 S.). – 86 (91)
- R&A 1934.2, „The Pattern of Illegal, Anti-Democratic Activity in Germany after the Last War: The Free Corps“, 13.10. 1944 (36 S.). – 86 (91)
- R&A 2076, „The Revival of German Political and Constitutional Life Under Military Government“, 18.9. 1944 (47 S.). – 133 (42, 43)
- R&A 2215.1 (-5), „Monthly Review of Economic and Morale Factors Bearing on German Unconditional Surrender“, 24.12. 1943 – 26.4. 1944. – 38 (16)
- R&A 2232, „Manpower Shortage and the German Collapse in 1918“, 11.7. 1944 (24 S.). – 81 (69)
- R&A 2237, „Preliminary Analysis of the Question of a Partition of Germany“, 14.7. 1944 (26 S.). – 155 (119)
- R&A 2237.1, „Economic Consequences of Partitioning Germany“, 10.7. 1944 (12 S.). – 155 (119)
- R&A 2239.2, „European Civilian Textile Requirements During the First Year of Occupation: Germany“, 18.9. 1944 (12 S.). – 163/164 (143)
- R&A 2258, „Procurement and Allocation of German Products for the Relief and Reconstruction of Europe“, 6.7. 1944 (30 S.). – 162 (141), 164 (145)
- R&A 2291, „Certain Raw Materials Available in Germany at the Time of Surrender“, 24.7. 1944 (12 S.). – 163/164 (143)
- R&A 2302, „The Economic Consequences of Depriving Germany of Her Heavy Industry“, 11.11. 1944 (33 S.). – 159 (134)
- R&A 2332, „South Germany“, 22.9. 1944 (Handbuch mit etwa 1500 Seiten). – 64 (71), 154 (115)
- R&A 2345, „The Food Position of Germany West of the Oder-Neisse Line“, 4.8. 1945 (36 S.). – 157 (124)

- R&A 2350, „Problems of German Reparations“, 30.12. 1944 (42 S.). – 162 (141)
- R&A 2350.1, „Problems of German Reparations: Exportable Surpluses of German Industrial Products“, 9.8. 1945 (8 S.). – 163 (143)
- R&A 2350.2, „Problems of German Reparations: Some Possible Components of Reparation Claims“, 13.8. 1945 (21 S.). – 163 (143)
- R&A 2383, „Effects of the Attempted Coup D’Etat on the Stability of the German Regime“, 24.7. 1944; gedruckt als R&A 2383 S, “The German Coup D’Etat“, 28.7. 1944 (5 S.). – 107 (163)
- R&A 2387, „The Attempt on Hitler’s Life and Its Consequences“, 27.7. 1944 (29 S.). – 109 (170)
- R&A 2391, „The Financing of German Import Requirements in the Post-Hostilities Period“, 22.7. 1944 (12 S.). – 162 (141)
- R&A 2403, „Relative Desirability of North-western and Southern Germany as a Zone of American Military Occupation“, 29.7. 1944 (12 S.). – 154 (115)
- R&A 2431, „Problems of Military Occupation in Certain Parts of Germany“, 31.7. 1944 (10 S.). – 154 (115)
- R&A 2438, „The Civil Affairs Guide Program for Germany: An Analysis of its Principles and Aims“, 23.10. 1944. – 123 (15), 136 (52), 137 (55)
- R&A 2455, „Joint Intelligence Committee: German Plans for Underground Operations Following Surrender“, 9.8. 1944 (28 S.). – 86 (91)
- R&A 2456, „An Evaluation of the Goebbels Program for Total Mobilization in Germany“, 1.9. 1944 (6 S.). – 81/82 (71)
- R&A 2469, „US Policy Toward the Economic Disarmament of Germany“, o.D. (10 S.). – 160 (135)
- R&A 2500.1 (-23), „German Military Government over Europe“, Dezember 1944 – April 1945 (NA, RG 238, E 52 f, b 26 ff.). – 198 (72)
- R&A 2503, „An Analysis of the Proposal to Prohibit Heavy Industry in Germany“, 29.8. 1944 (12 S.). – 159 (134)
- R&A 2577, „Problems Concerning the Treatment of War Criminals“, 28.9. 1944 (NA, RG 238, E 52 f, b 28). – 198 (73)
- R&A 2577.2, „Problems Concerning the Treatment of War Criminals; List of Potential War Criminals Under Proposed US Policy Directives“, 30.9. 1944 (NA, RG 238, E 52 f, b 28). – 198 (73)
- R&A 2588, Vol.I, „German Post-Surrender Reactions to the United States in Southern Germany“, 2.10. 1944 (16 S.). – 154 (115)
- R&A 2603, „The Elimination of the German Iron and Steel Industry as a Disarmament Measure“, 8.12. 1944 (55 S.). – 161 (136)
- R&A 2664, „Oil and German Disarmament“, (Preliminary Draft), 26.4. 1945 (93 S.). – 161 (136, 139)
- R&A 2673 A, „Economic Characteristics and Interdependence of the Possible Zones of Occupation in Germany“, 3.8. 1945 (R&A 2673.1–5, Januar bis März 1945). – 154 (116)
- R&A 2675, „Estimated 1 January Population by Consumer Groups of the Possible Zones of Occupation in Germany“, 13.4. 1945 (23 S.). – 154 (116)
- R&A 2676, „The Elimination of the German Synthetic Rubber Industry as a Disarmament Measure“, 6.12. 1944 (16 S.). – 161 (136)
- R&A 2677, „The Control of the German Machine-Tool Industry as a Disarmament Measure and Its Economic Consequences for Germany“, 15.3. 1945 (98 S.). – 161 (136)
- R&A 2730, (Preliminary), “Expected Food Balance During the First Year of Occupation: Germany, By Regions“, 1.12. 1944 (53 S.). – 163/164 (143)
- R&A 2762, „An Analysis of the Proposal to Prohibit Heavy Industry in Germany“, 9.12. 1944 (20 S.). – 159 (134)
- R&A 2768, „Outline of a Post-Hostilities Study of the Political, Administrative and Morale Effects of Air Raids in Germany“, 12.12. 1944 (12 S.). – 42 (37)

- R&A 2773, „Significant Developments in the German Food Position“, 9.1. 1945 (10 S.). – 38 (14)
- R&A 2789, „Pre-Fascist Groups in Germany, 1918-1933“, 4.4. 1945 (36 S.). – 76 (41)
- R&A 2889, „The Conflict of Political Interests in the Making and Enforcement of German Disarmament Terms, 1918-1935“, 26.4. 1945 (27 S.). – 158 (127)
- R&A 2914, „Consequences of Major Transfers of German Territory: A Preliminary Report“, 1.5. 1945 (knapp 400 S.). – 156 (123)
- 2914.1, „Consequences of Major Transfers of German Territory: Food and Agriculture“, 21.6. 1945 (31 S.). – 157 (124)
- R&A 2934 S, „Economic Effect on Germany of Recent and Impending Allied Advances“, 2.3. 1945 (4 S.). – 83 (75)
- R&A 3005, „The Alpine Redoubt. An Interim Survey of Available Intelligence (Summer 1944 to Mid-February 1945)“, 30.3. 1945 (365 S. + Karten). – 86 (90)
- R&A 3068.1-8, „German Industry from the Point of View of Reparations“, (Mai 1945). – 163 (143)
- R&A 3069, „British and American Intelligence on the Strength of the German Army, 1939-1945“, 2.6. 1945 (25 S.). – 81 (70)
- R&A 3110, „Leadership Principle and Criminal Responsibility“, 18.7. 1945 (NA, RG 238, E 52 f, b 28). – 199 (75)
- R&A 3113, „Outline of Project: Principal Nazi Organizations Involved in War Crimes“, 5.6. 1945 (NA, RG 238, E 52 f, b 28). – 200 (76)
- R&A 3113.1, (Draft), „Criminal Responsibility in Connection with the Purge of 1934“, 15.6. 1945; 3113.1 Supplement (NA, RG 238, E 52 f, b 28). – 200 (76)
- R&A 3113.3, „Legislative Agencies Involved in War Crimes“ (Draft for the War Crimes Staff), 28.8. 1945 (NA, RG 238, E 52 f, b 28). – 200 (76)
- R&A 3113.6, „The Gestapo“, (Draft for use of War Crimes Staff), 6.8. 1945 (NA, RG 238, E 52 f, b 28). – 200 (76)
- R&A 3113.7, „The Nazi Party, Parts I and II“, (Draft for the Use of the War Crimes Staff), 24.7. 1945 (NA, RG 238, E 52 f, b 28). – 200 (76)
- R&A 3114, „Nazi Plans for Dominating Germany and Europe“, (Draft for the War Crimes Staff), 7.8. 1945 (95 S. + 22 S. Anhang) (NA, RG 238, E 52 f, b 29). – 201 (78)
- R&A 3114.2, „Nazi Plans for Dominating Germany and Europe: Domestic Crimes“, 13.8. 1945 (68 S. + 14 S. Anhang vom 5.9. 1945) (NA, RG 238, E 52 f, b 29). – 201 (78)
- R&A 3114.3, „Nazi Plans for Dominating Germany and Europe: The Criminal Conspiracy Against the Jews“, 13.8. 1945 (NA, RG 238, E 52 f, b 29). – 201 (78)
- R&A 3114.4, „The Nazi Master Plan, Annex 4: The Persecution of the Christian Churches“, 6.7. 1945 (etwa 100 S.) (NA, RG 238, E 52 f, b 29). – 201 (78)
- R&A 3114.5, „The Nazi Master Plan, Annex 5: The Illegal Annexation of Territory by Nazi Germany“, 6.7. 1945 (NA, RG 238, E 52 f, b 29). – 201 (78)
- R&A 3114.7, „Principal Nazi Organizations Involved in the Commission of War Crimes: Nazi Racial and Health Policy“, 15.8. 1945 (etwa 50 S.) (NA, RG 238, E 52 f, b 29). – 201 (78)
- R&A 3137, „The Size of the German Labor Force 1 June 1945“, 29.5. 1945 (4 S.). – 163/164 (143)
- R&A 3145 S, „Current Intelligence Study Number 25, “Action Groups in Germany“, 15.6. 1945 (4 S.). – 177 (19)
- R&A 3182.1, „Economic Interests of the European Countries in German Reparations: Immediate Needs of European Reparation Claimants for Relief and Rehabilitation“, 16.7. 1945 (22 S.). – 163 (143)
- R&A 3197.1 - 5, „Principal Post-Nazi German Officials“, August 1945 – März 1946. – 180 (29)

- OIR/(R&A) 3197.6, „Principal German Officials (Bi-Zonal Economic Council)“, 18.7. 1947 (9 S.). – 249 (71)
- OIR/(R&A) 3197.7, „Principal German Officials“, 16.4. 1948 (50 S.). – 249 (71)
- ORI/(R&A) 3200, „Revival of Political Life in Germany“, 11.1. 1946 (42 S. + 40 S. Anhang: biographische Angaben zu führenden politischen Persönlichkeiten). – 189 (53)-194
- IRIS/(R&A) 3298, Field Memorandum 1010, Germany [Biebrich] 24. October 1945, „Darmstadt: A Survey of Political, Economic and Social Conditions in a Medium-Sized German City“, 29.12. 1945 (etwa 220 S.). – 181 (39)
- IRIS/(R&A) 3370, „Observations on the Ruhr Coal Situation in the Summer and Fall of 1945“, 21.12. 1945 (35 S.). – 180/181 (34)
- IRIS/(R&A) 3371, „The Ruhr: Problems of Boundary Delimitation“, 11.12. 1945 (30 S.). – 180/181 (34)
- ORI/(R&A) 3381, „Status and Prospects of German Trade-Unions and Works Councils“, 27.5. 1946 (48 S. + Anhänge). – 225 (14)-228
- IRIS/(R&A) 3383, „The German Standard of Living and Industrial Capacity Available for Reparations“, 6.12. 1945 (Draft), 30.1. 1946 [bearbeitete Version]. – 180/181 (34)
- ORI/(R&A) 3388, „The Churches and Political Life in Post-War Germany“, 2.1. 1946 (42 S. + Anhänge). – 181 (37)
- ORI/(R&A) 3401, „Reorganization of Government and Administration in Germany“, 1.5. 1946 (56 S.). – 225 (13), 230 (20,22)
- IRIS/(R&A) 3426, „The Land Reform in the Soviet Zone of Germany: Social and Political Implications“, 5.11. 1945. – 180/181 (34)
- ORI/(R&A) 3471, „The Present Status of German Youth“, 15.5. 1946 (52 S.). – 222 (6)
- ORI/(R&A) 3474.1-3, „The Principal Political Leaders in Occupied Germany“, 12.3. 1946. – 180 (29)
- ORI/(R&A) 3521.6, „A Discussion of Possible Constitutional Provisions for a German Federal Government“, 20.6. 1946 (19 S.), bearbeitete Fassung 3521.6a vom 8.7. 1946. – 233 (33), 235 (36)
- OCL/(R&A) 3521.9 (First Draft), „The General Character of a Future German Government“, 12.8. 1946 (15 S.). – 233 (33)
- OCL/(R&A) 3521.10, „The Position of France, Great Britain, and the USSR Toward Germany“, (First Draft), 12.8. 1946 (41 S.). – 223 (8)
- OCL/(R&A) 3521.11, „The Present German Territorial Situation“, (First Draft), 12.8. 1946 (10 S.), bzw. 3521.11 A, „Problems of the German Territorial Settlement“, 23.10. 1946 (70 S.). – 233 (33,34)
- OCL/(R&A) 3521.12, Intelligence Memorandum, (First Draft), „Current Political Tendencies in Germany Bearing on Its Future Governmental Structure“, 12.8. 1946 (10 S.). – 225 (12)
- OCL/(R&A) 3521.13, „Comments on the Draft Constitutions for the Three States in the US Zone of Germany“, 19.8. 1946 (14 S.). – 230 (23)
- OCL/(R&A) 3521.17, „Allied Policies on German Banking“, 7.2. 1947 (14 S.). – 233 (33)
- OCL/(R&A) 3521.18, „The Problem of Central Control of German Occupation Costs“, 18.2. 1947 (20 S.). – 233 (33)
- OCL/(R&A) 3525.10, „Land Reform in the Soviet Zone of Germany“, 5.9. 1946 (10 S.). – 235 (37)
- OIR/(R&A) 3525.16, „Reparation Removals from the Soviet Zone of Germany“, 4.3. 1947 (20 S.), Appendix A: „List of Plants Reported Partially or Totally Dismantled“ (90 S.). – 244 (56)
- R&A 3605, „Disarmament of the German Aircraft Industry“, (Joint Report of Enemy Objective Unit, Economic Warfare Division of American Embassy and R&A, OSS-London), 29.8. 1944. – 161 (138)
- ORI/(R&A) 3736, „The Political Situation in Germany a Year after Defeat“, 25.6. 1946 (40 S.). – 222 (4)

- ORI/(R&A) 3763 A, „Contribution to the Department of State Quarterly Policy Paper: Germany“, 11.6. 1946 – Revision of report of June 4, 1946 (25 S. ?). – 222 (4), 224 (9), 225 (11), 229 (18), 232 (27)
- OCL/(R&A) 3782, „Centralism and Federalism in Germany“, 1.11. 1946 (88 S.). – 234 (35), 237 (41,42), 250 (75)
- OCL/(R&A) 4152, „Controversial Issues in German Policy Raised by Secretary Byrnes' Stuttgart Speech“, 24.9. 1946 (19 S.). – 229 (16), 237 (40) – 238
- OIR/(R&A) 4237-R (PV), „The Progress of Reeducation in Germany“, 10.11. 1947 (40 S.). – 253 (83), 257 (93)
- OIR/(R&A) 4286, „Implementation of the Potsdam Declaration: Democratization and Denazification“, 5.3. 1947 (100 S.). – 223 (7), 231 (25), 239 (43) – 240
- OIR/(R&A) 4390, „The Effects of a Financial Reform on German Production and Domestic and Foreign Trade“, 11.7. 1947 (8 S.). – 249 (71)
- OIR/(R&A) 4392, „Currency Reform and Grain Collections in Germany“, 2.6. 1947 (15 S.). – 249 (71)
- OIR/(R&A) 4427, „Economic Situation and Prospects in the American and British Zones of Germany“, 3.6. 1947 (22 S.). – 249 (71)
- OIR/(R&A) 4437, „German Proposals for the Organization of Nationalized Enterprises“, 6.8. 1947 (25 S.). – 236 (38), 249 (71)
- OIR/(R&A) 4514, „Territorial Questions in Germany: Background and Documentation“, 17.10. 1947 (67 S., Preliminary Version). – 250 (73)
- OIR/(R&A) 4515, „Transfers of Population in Germany: Background and Documentation“, 28.10. 1947 (30 S., Preliminary Version). – 250 (73)
- OIR/(R&A) 4523, „Political Parties in Germany: Background and Documentation“, 17.10. 1947 (10 S., Preliminary Version). – 250 (73)
- OIR/(R&A) 4525, „German Central Government: Background and Documentation“, 17.10. 1947 (20 S., Preliminary Version). – 250 (73), 253 (81)
- OIR/(R&A) 4626, „The Present Status of Denazification in Western Germany and Berlin“, 15.4. 1948 (70 S.). – 253 (84) – 257
- OIR/(R&A) 4676, „Recent Changes in the German Party System“, 16.8. 1948 (55 S.). – 252 (79), 258 (95) – 260
- OIR/(R&A) 4677, „Reaction to the E.R.P. in Western Germany“, 15.5. 1948 (15 S.). – 249 (72)
- OIR/(R&A) 4724, „German Proposals for a Federal Constitution“, 6.8. 1948 (31 S.). – 249 (71)
- OIR/(R&A) 4724.1, „New Soviet Zone Directive for a National Constitution for Germany“, 15.9. 1948 (15 S.).
- OIR/(R&A) 4776, „The Effects of the Soviet Occupation on German Unity“, 2.11. 1948 (33 S.). – 244 (56), 250 (76) – 251
- OIR/(R&A) 4792, „Soviet Takings From Germany, 1945-48“, 15.11. 1948 (40 S.). – 244 (56)
- OIR/(R&A) 4861, „Local Elections in Western Germany and Berlin October – December 1948“, 23.2. 1949 (33 S.). – 264 (107)
- OIR/(R&A) 4928, „The Refugee Problem in Western Germany“, 16.5. 1949 (24 S.). – 260 (96)
- OIR/(R&A) 4929, „The Present Strategy and Strength of German Nationalism“, 15.6. 1949 (40 S.). – 261 (97)
- OIR/(R&A) 4997, „The Denazification Program in the US Zone of Germany“, 27.12. 1949 (34 S.). – 255 (87)
- OIR/(R&A) 5014, „Election Campaign and Prospective Results in the New West German State“, 25.7. 1949 (14 S.). – 263 (105)-265
- OIR/(R&A) 5024, „Analysis and Effects of the Election in Western Germany“, 31.8. 1949. – 265 (110)-266
- OIR/(R&A) 5334, „The Composition of The German Bundestag, 1950“, 25.9. 1950 (15 S.). – 267 (112)

Studien zur Zeitgeschichte

Band 35

Margit Szöllösi-Janze
**Die Pfeilkreuzlerbewegung
in Ungarn**
Historischer Kontext,
Entwicklung und Herrschaft
1989. 499 Seiten

Band 36

Clemens Vollnhals
**Evangelische Kirche
und Entnazifizierung 1945 – 1949**
Die Last der national-
sozialistischen Vergangenheit
1989. 308 Seiten

Band 37

Elisabeth Kraus
**Ministerien für das ganze
Deutschland?**
Der Alliierte Kontrollrat
und die Frage gesamtdeutscher
Zentralverwaltungen
1990. 375 Seiten

Band 38

Reinhold Breder
**Kollaboration in Frankreich
im Zweiten Weltkrieg**
Marcel Déat und das
Rassemblement national
populaire
1992. 338 Seiten

Band 39

Jürgen Zarusky
**Die deutschen Sozialdemokraten
und das sowjetische Modell**
Ideologische Auseinandersetzung
und außenpolitische
Konzeptionen 1917 – 1933
1992. 328 Seiten

Band 40

Roger Engelmann
Provinzfaschismus in Italien
Politische Gewalt und
Herrschaftsbildung in der
Marmorregion Carrara
1921 – 1924
1992. 304 Seiten

Band 41

Christopher Boyer
**Zwischen Zwangswirtschaft und
Gewerbefreiheit**
Handwerk in Bayern 1945 – 1949
1992. 300 Seiten

Band 42

Detlef Garbe
**Zwischen Widerstand und
Martyrium**
Die Zeugen Jehovas im
„Dritten Reich“
1993. 2. Auflage 1994. 577 Seiten

Band 43

Stefan Zauner
Erziehung und Kulturmission
Frankreichs Bildungspolitik
in Deutschland 1945 – 1949
1994. 351 Seiten

Band 44

Bettina Blank
**Die westdeutschen Länder
und die Entstehung des Bundes-
republik**
Zur Auseinandersetzung
um die Frankfurter Dokumente
im Juli 1948
1995. 375 Seiten
